

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# LENIN

WERKE

20



HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS  
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES  
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

# W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN  
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE  
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS  
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1961

# W.I. LENIN

BAND 20

---

*DEZEMBER 1913 – AUGUST 1914*



DIETZ VERLAG BERLIN

1961

Russischer Originaltitel:

**В. И. ЛЕНИН - СОЧИНЕНИЯ**

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1961 · Printed in Germany  
Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf  
Lizenznummer 1

Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk, Pößneck, V 15/30

ES 1 C

## VORWORT

Die in Band 20 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Dezember 1913 bis August 1914. Eine Ausnahme bildet der Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, der, etwas früher geschrieben, abschnittsweise von Oktober bis Dezember 1913 veröffentlicht wurde.

Den größten Teil des Bandes bilden Arbeiten, die dem Kampf der Bolschewiki gegen den Opportunismus in der russischen und internationalen Arbeiterbewegung gewidmet sind: gegen die Liquidatoren, Trotzkisten, „Wperjod“-Leute, Sozialrevolutionäre und Opportunisten der II. Internationale. Zu diesen Arbeiten gehören: „Der Zerfall des ‚August‘-blocks“, „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit“, „Die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum als Elemente des Zerfalls in der Arbeiterbewegung“, „Der ideologische Kampf in der Arbeiterbewegung“, „Über die ‚Wperjod‘-Leute und die Gruppe ‚Wperjod‘“, „Bericht des ZK der SDAPR und instruktive Hinweise für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz“, „Blinder Eifer schadet nur“, „Zu Kautskys Brief“ und andere.

Der Begründung und Entwicklung des Programms der Bolschewiki zur nationalen Frage sind die Arbeiten „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ und „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ gewidmet.

Breiten Raum nehmen in dem Band Arbeiten ein, die sich mit der Agrarfrage befassen, darunter „Bauernschaft und Lohnarbeit“, „Die Fronwirtschaft auf dem Lande“, „Die Bodenfrage in Rußland“.

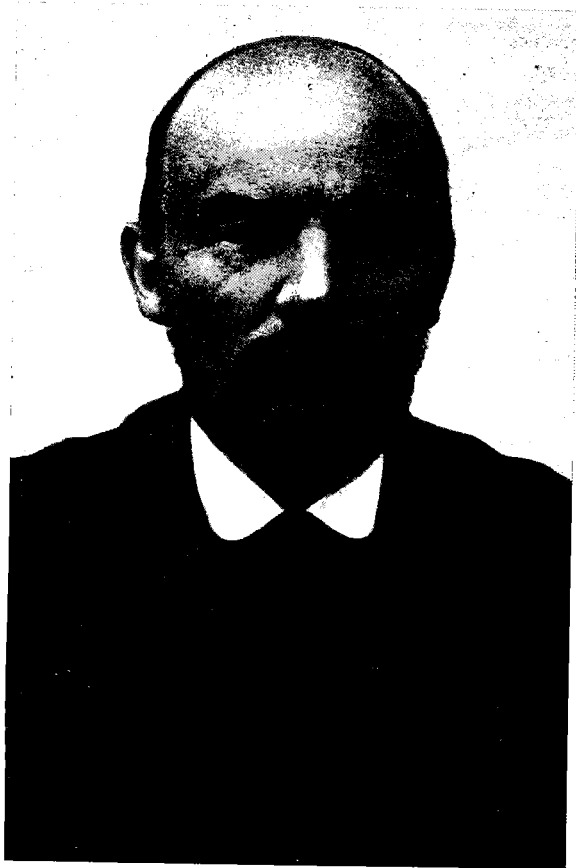
Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins werden in dem vorliegenden Band die Artikel „Die Beschlüsse der lettischen Marxisten und die

Liquidatoren“ und „Antwort auf einen Artikel der ‚Leipziger Volkszeitung‘“ veröffentlicht. In diesen Artikeln deckt Lenin auf, wie die Liquidatoren die Parteibeschlüsse entstellen und wie sie die objektiven Angaben über die Geldsammlungen für die marxistische und die liquidatorische Zeitung verheimlichen. Ferner wurden zum erstenmal folgende Arbeiten in die Werke aufgenommen: „Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten“ und der Artikel „Die polnische sozialdemokratische Opposition am Scheidewege“, die früher im Lenin-Sammelband XXX veröffentlicht worden waren.

Die „Instruktiven Hinweise“ für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz sind durch einen neuen Brief W. I. Lenins ergänzt worden.

In den früheren Ausgaben der Werke W. I. Lenins war der Entwurf der Rede „Zur Frage des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft“ nach dem Manuskript gedruckt, von dem vier Seiten verlorengegangen waren. In der 4. Ausgabe wurde der Entwurf durch einige fehlende, 1941 aufgefundene Seiten ergänzt.





W. I. LENIN

1914



KRITISCHE BEMERKUNGEN  
ZUR NATIONALEN FRAGE<sup>1</sup>

*Geschrieben Oktober–Dezember 1913.*

*Veröffentlicht 1913 in der  
Zeitschrift „Prosweschtschenije“*

*Nr. 10, 11 und 12.*

*Unterschrift: W. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*



Die nationale Frage nimmt gegenwärtig unter den Fragen des öffentlichen Lebens Rußlands ganz offensichtlich einen bedeutenden Platz ein. Sowohl der streitbare Nationalismus der Reaktion als auch der Übergang des konterrevolutionären, bürgerlichen Liberalismus zum Nationalismus (besonders zum großrussischen, dann aber auch zum polnischen, jüdischen, ukrainischen usw.) und schließlich die vermehrten nationalistischen Schwankungen unter verschiedenen „nationalen“ (d. h. nicht großrussischen) Sozialdemokraten, die bis zur Verletzung des Parteiprogramms geführt haben — all das verpflichtet uns unbedingt, der nationalen Frage mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken.

Der vorliegende Artikel verfolgt das besondere Ziel, eben diese Programmschwankungen von Marxisten und Auch-Marxisten in der nationalen Frage in ihrem allgemeinen Zusammenhang zu untersuchen. In Nr. 29 der „Sewernaja Prawda“<sup>2</sup> (vom 5. September 1913: „Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage“)\* hatte ich Gelegenheit, mich über den Opportunismus der Liberalen in der nationalen Frage zu äußern. Über diesen meinen Artikel fiel die opportunistische jüdische Zeitung „Zait“<sup>3</sup> in einem Artikel des Herrn F. Libman mit ihrer Kritik her. Zum anderen übte der ukrainische Opportunist Herr Lew Jurkewitsch Kritik an dem Programm der russischen Marxisten in der nationalen Frage („Dswin“<sup>4</sup>, 1913, Nr. 7/8). Diese beiden Publizisten haben so viele Fragen angeschnitten, daß eine Antwort an sie es erforderlich macht, die verschiedensten Seiten unseres Themas zu erörtern. Mir scheint es daher am zweckmäßigsten, zunächst einmal den Artikel aus der „Sewernaja Prawda“ wieder abzudrucken.

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 317–320, russ. *Die Red.*

## 1. LIBERALE UND DEMOKRATEN ZUR SPRACHENFRAGE

Die Zeitungen haben des öfteren auf einen Bericht des kaukasischen Statthalters hingewiesen, der nicht im Geiste der Schwarzhunderter, sondern im Geiste eines zaghaften „Liberalismus“ gehalten ist. Der Statthalter spricht sich unter anderem gegen die künstliche Russifizierung, d. h. Verrussung der nichtrussischen Völkerschaften, aus. Im Kaukasus seien die Vertreter der nichtrussischen Völkerschaften *selbst* bestrebt, die Kinder Russisch lernen zu lassen, z. B. in den armenischen Kirchenschulen, in denen der russische Sprachunterricht nicht obligatorisch ist.

Unter Hinweis darauf kommt eine der in Rußland verbreitetsten liberalen Zeitungen, das „Russkoje Slowo“<sup>5</sup> (Nr. 198), zu dem berechtigten Schluß, das feindselige Verhalten zur russischen Sprache in Rußland sei „ausschließlich“ eine Folge der „künstlichen“ (es müßte heißen: gewaltsamen) Aufpfropfung der russischen Sprache.

„Um das Schicksal der russischen Sprache braucht man sich keine Sorgen zu machen. Sie selbst wird sich in ganz Rußland Anerkennung erobern“, schreibt die Zeitung. Das ist auch richtig, werden doch die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die in einem Staat lebenden Nationalitäten (solange sie zusammenleben wollen) stets veranlassen, die Sprache der Mehrheit zu erlernen. Je demokratischer die Staatsform Rußlands sein wird, desto stärker, rascher und breiter wird sich der Kapitalismus entfalten, desto nachdrücklicher werden die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs die verschiedenen Nationalitäten zum Erlernen der Sprache drängen, die für die gemeinsamen Handelsbeziehungen am geeignetsten ist.

Aber die liberale Zeitung hat es eilig, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und ihre liberale Inkonsequenz zu beweisen.

„Schwerlich wird“, schreibt sie, „selbst unter den Gegnern der Russifizierung irgend jemand bestreiten wollen, daß es in einem solchen Riesenstaat wie Rußland *eine* allgemeine Staatssprache geben muß und daß diese Sprache... nur die russische sein kann.“

Eine verdrehte Logik! Für die kleine Schweiz ist es kein Verlust, son-

dern ein Gewinn, daß sie nicht *eine* allgemeine Staatssprache, sondern volle drei besitzt: Deutsch, Französisch und Italienisch. In der Schweiz sind 70% der Bevölkerung Deutsche (in Rußland 43% Großrussen), 22% Franzosen (in Rußland 17% Ukrainer), 7% Italiener (in Rußland 6% Polen und 4½% Belorussen). Wenn die Italiener in der Schweiz im gemeinsamen Parlament oft französisch sprechen, so tun sie das nicht unter der Fuchtel irgendeines barbarischen Polizeigesetzes (das gibt es in der Schweiz nicht), sondern einfach deshalb, weil zivilisierte Bürger eines demokratischen Staates selbst die Sprache vorziehen, die der Mehrheit verständlich ist. Die französische Sprache flößt den Italienern keinen Haß ein, da sie die Sprache einer freien, zivilisierten Nation ist, eine Sprache, die nicht durch widerliche Polizeimaßnahmen aufgezwungen wird.

Warum soll nun das „riesige“, viel buntscheckigere und furchtbar rückständige Rußland seine Entwicklung durch die Aufrechterhaltung eines wie immer gearteten Privilegs für eine der Sprachen *hemmen*? Ist es nicht umgekehrt, ihr Herren Liberalen? Sollte nicht Rußland, wenn es Europa einholen will, so bald wie möglich, so gründlich wie möglich und so entschlossen wie möglich mit allen und jeglichen Privilegien auf-räumen?

Wenn jegliche Privilegien wegfallen, wenn keine der Sprachen mehr aufgezwungen wird, dann werden alle Slawen einander leicht und schnell verstehen lernen und nicht vor dem „furchtbaren“ Gedanken zurückschrecken, daß im gemeinsamen Parlament Reden in verschiedenen Sprachen zu hören sein werden. Und die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs werden von selbst diejenige Sprache eines gegebenen Landes *bestimmen*, deren Kenntnis im Interesse der Handelsbeziehungen für die Mehrheit *von Vorteil* ist. Diese Bestimmung wird um so zwingender sein, als die zu verschiedenen Nationen gehörende Bevölkerung sie aus freien Stücken annehmen wird, sie wird sich um so rascher und umfassender durchsetzen, je konsequenter der Demokratismus sein und je schneller sich infolgedessen der Kapitalismus entwickeln wird.

Die Liberalen treten an die Sprachenfrage ebenso wie an alle politischen Fragen als heuchlerische Krämer heran, die die eine Hand (öffentlich) der Demokratie, die andere Hand (hinter dem Rücken) den Fronherren und Polizeigewaltigen hinstrecken. Wir sind gegen Privilegien, schreit der

Liberales, hinter dem Rücken aber erschachert er von den Fronherren bald dieses, bald jenes Privileg für sich.

So ist *jeder* bürgerlich-liberale Nationalismus, nicht nur der großrussische (er ist wegen seines gewalttätigen Charakters und seiner Verwandtschaft mit den Herren Purischkewitsch schlimmer als jeder andere), sondern auch der polnische, jüdische, ukrainische, georgische und jeder andere. Die Bourgeoisie *aller* Nationen sowohl in Österreich als auch in Rußland betreibt unter der Losung der „nationalen Kultur“ in Wirklichkeit die Zersplitterung der Arbeiter, die Schwächung der Demokratie und verhökert die Volksrechte und die Volksfreiheit an die Fronherren.

Die Losung der Arbeiterdemokratie heißt nicht „nationale Kultur“, sondern internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt. Mag die Bourgeoisie das Volk mit allen möglichen „positiven“ nationalen Programmen betrügen. Der klassenbewußte Arbeiter wird ihr entgegnen: Es gibt nur eine einzige Lösung der nationalen Frage (soweit ihre Lösung in der Welt des Kapitalismus, in der Welt der Profitmacherei, der Zwietracht und der Ausbeutung überhaupt möglich ist), und diese Lösung lautet: konsequenter Demokratismus.

Beweise: in Westeuropa die Schweiz, ein Land mit alter Kultur, und in Osteuropa Finnland, ein Land mit junger Kultur.

Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache; Lösung der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen, d. h. ihrer staatlichen Lostrennung, auf völlig freiem, demokratischem Wege; Erlass eines für den ganzen Staat geltenden Gesetzes, kraft dessen jede beliebige Maßnahme (der Semstvos, der Städte, der Gemeinden usw. usw.), die in irgendwelcher Hinsicht einer der Nationen ein Privileg gewährt und die Gleichberechtigung der Nationen oder die Rechte einer nationalen Minderheit verletzt, für ungesetzlich und ungültig erklärt wird — und jeder beliebige Staatsbürger berechtigt ist zu verlangen, daß eine solche Maßnahme als verfassungswidrig aufgehoben wird und diejenigen, die sie durchsetzen wollen, strafrechtlich belangt werden.

Dem nationalen Gezänk der verschiedenen bürgerlichen Parteien wegen der Sprachenfrage usw. stellt die Arbeiterdemokratie die Forderung



entgegen: unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten in allen Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und allen anderen Arbeiterorganisationen, als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nur bei einer solchen Einheit, einer solchen Verschmelzung kann die Demokratie behauptet werden, können die Interessen der Arbeiter gegen das Kapital – das bereits international ist und es immer mehr wird – behauptet, können die Interessen der Entwicklung der Menschheit zu einer neuen Lebensform, der jedes Privileg und jede Ausbeutung fremd sind, behauptet werden.

## 2. „NATIONALE KULTUR“

Wie der Leser sieht, erläutert der Artikel in der „Sewernaja Prawda“ an einem Beispiel, und zwar an der Frage der allgemeinen Staatssprache, die Inkonsequenz und den Opportunismus der liberalen Bourgeoisie, die in der nationalen Frage den Fronherren und den Polizeigewaltigen die Hand reicht. Jedem leuchtet ein, daß die liberale Bourgeoisie ebenso wie in der Frage der allgemeinen Staatssprache auch in einer ganzen Reihe anderer, wesensverwandter Fragen verräterisch, heuchlerisch und borniert vorgeht (und das sogar vom Standpunkt der Interessen des Liberalismus).

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß *jedweder* bürgerlich-liberale Nationalismus die größte Demoralisation in die Arbeiterschaft hineinträgt, daß er der Sache der Freiheit und der Sache des proletarischen Klassenkampfes größten Schaden zufügt. Das ist um so gefährlicher, als mit der Losung der „nationalen Kultur“ die bürgerliche (und bürgerlich-feudale) Tendenz *bemäntelt* wird. Im Namen der nationalen Kultur – der großrussischen, polnischen, jüdischen, ukrainischen usw. – besorgen die Schwarzhunderter und die Klerikalen wie dann auch die Bourgeois aller Nationen ihre reaktionären, schmutzigen Geschäfte.

So sieht das gegenwärtige nationale Leben in Wirklichkeit aus; wenn man es marxistisch, d. h. vom Standpunkt des Klassenkampfes, betrachtet, wenn man die Losungen nach den Interessen und der Politik der Klassen und nicht nach hohlen „allgemeinen Grundsätzen“, Deklamationen und Phrasen beurteilt.

Die Losung der nationalen Kultur ist ein bürgerlicher Betrug (und oft

auch einer der Schwarzhunderter und Klerikalen). Unsere Lösung ist die internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Hier stürzt sich nun der Bundist Herr Libman in den Kampf und zermalmt mich mit folgender vernichtenden Tirade:

„Jeder, der auch nur einigermaßen mit der nationalen Frage vertraut ist, weiß, daß die internationale Kultur keine anationale\* Kultur (Kultur ohne nationale Form) ist; anationale Kultur, die weder russisch noch jüdisch, noch polnisch, sondern nur reine Kultur sein darf, ist ein Unding; gerade die internationalen Ideen können der Arbeiterklasse nur dann nahegebracht werden, wenn sie der Sprache, die der Arbeiter spricht, und den konkreten nationalen Verhältnissen, in denen er lebt, angepaßt sind; der Arbeiter darf dem Stand und der Entwicklung seiner nationalen Kultur nicht gleichgültig gegenüberstehen, da er durch sie und nur durch sie die Möglichkeit erhält, an der internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt teilzunehmen. Das ist längst bekannt, aber W. I. will von alledem nichts wissen . . .“

Man denke sich in diesen typisch bundistischen Gedankengang hinein, der, wohlgemerkt, die von mir aufgestellte marxistische These zunichte machen soll. Mit der ungemein selbstsicheren Miene eines „mit der nationalen Frage vertrauten“ Mannes unterbreitet uns der Herr Bundist die üblichen bürgerlichen Ansichten als „längst bekannte“ Wahrheiten.

Jawohl, lieber Bundist, die internationale Kultur ist nicht unnational. Das hat niemand behauptet. Niemand hat eine „reine“ Kultur, die weder polnisch noch jüdisch, noch russisch usw. wäre, proklamiert, so daß Ihr leerer Wortschwall nur ein Versuch ist, die Aufmerksamkeit des Lesers abzulenken und das Wesen der Sache durch tönende Worte zu verschleiern.

In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den

\* Inter = zwischen; a = nicht; international = zwischen den Nationen, völkerumfassend; anational = nicht national, nicht volksverbunden, unnational, volklos.

meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von „Elementen“, sondern als *herrschende* Kultur. Deshalb ist die „nationale Kultur“ schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. Diese grundlegende, für den Marxisten elementare Wahrheit hat der Bundist unbeachtet gelassen, er hat sie mit seinem Wortschwall „weggeredet“, d. h., er hat vor dem Leser den Abgrund zwischen den Klassen, *statt* ihn aufzudecken und aufzuhellen, in Wirklichkeit verschleiert. In *Wirklichkeit* ist der Bundist wie ein Bourgeois aufgetreten, dessen ganzes Interesse verlangt, daß der Glaube an eine über den Klassen stehende nationale Kultur verbreitet werde.

Wenn wir die Losung der „internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt“ aufstellen, so entnehmen wir *jeder* nationalen Kultur *nur* ihre demokratischen und ihre sozialistischen Elemente; entnehmen sie *nur* und *unbedingt* als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus *jeder* Nation. Kein einziger Demokrat und erst recht kein einziger Marxist verneint die Gleichberechtigung der Sprachen oder die Notwendigkeit, in der eigenen Sprache gegen die „eigene“ Bourgeoisie zu polemisieren, anti-klerikale oder antibürgerliche Ideen unter dem „eigenen“ Bauerntum und Kleinbürgertum zu propagieren – darüber braucht man kein Wort zu verlieren, mit diesen unbestreitbaren Wahrheiten verdeckt der Bundist das Strittige, d. h. das, worin in Wirklichkeit die Frage besteht.

Die Frage ist die, ob Marxisten direkt oder indirekt die Losung der nationalen Kultur aufstellen dürfen, oder ob sie unbedingt verpflichtet sind, im *Gegensatz* zu ihr in allen Sprachen, „unter Anpassung“ an alle lokalen und nationalen Eigenheiten, die Losung des *Internationalismus* der Arbeiter zu propagieren.

Die Bedeutung der Losung der „nationalen Kultur“ wird nicht bestimmt durch das Versprechen oder durch die frommen Wünsche irgendeines Intellektuellen, diese Losung „in dem Sinne zu interpretieren, daß durch sie die internationale Kultur verwirklicht wird“. Die Dinge so zu sehen wäre kindischer Subjektivismus. Die Bedeutung der Losung der nationalen Kultur wird bestimmt durch das objektive Wechselverhältnis zwischen allen Klassen eines gegebenen Landes und aller Länder der Welt. Die nationale Kultur der Bourgeoisie ist eine *Tatsache* (wobei, wie gesagt, die Bourgeoisie überall mit den Gutsbesitzern und den Pfaffen Abmachungen

trifft). Der streitbare bürgerliche Nationalismus, der die Arbeiter abstumpft, verdummt und entzweit, um sie am Gängelband der Bourgeoisie zu führen – das ist die grundlegende Tatsache der Gegenwart.

Wer dem Proletariat dienen will, der muß die Arbeiter aller Nationen vereinigen und den bürgerlichen Nationalismus, sowohl den „eigenen“ als auch den fremden, unentwegt bekämpfen. Wer die Losung der nationalen Kultur verfidt, der gehört unter die nationalistischen Spießler, nicht aber unter die Marxisten.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Kann ein großrussischer Marxist die Losung der nationalen, großrussischen Kultur akzeptieren? Nein. Der Platz eines solchen Menschen ist bei den Nationalisten und nicht bei den Marxisten. Unsere Sache ist es, gegen die herrschende, erzreaktionäre und bürgerliche nationale Kultur der Großrussen zu kämpfen und ausschließlich in internationalem Geist und in engstem Bündnis mit den Arbeitern der anderen Länder jene Keime zu entwickeln, die auch in unserer Geschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung vorhanden sind. Gegen die eigenen großrussischen Gutsbesitzer und Bourgeois, gegen ihre „Kultur“ im Namen des Internationalismus zu kämpfen, „unter Anpassung“ an die Besonderheiten der Purischkewitsch und Struve – das ist unsere Aufgabe, keinesfalls aber die Losung der nationalen Kultur zu propagieren oder zu dulden.

Das gleiche gilt von der am meisten unterdrückten und gehetzten Nation: der jüdischen. Jüdische nationale Kultur – das ist die Losung der Rabbiner und Bourgeois, die Losung unserer Feinde. Aber es gibt in der jüdischen Kultur und in der ganzen Geschichte des Judentums auch andere Elemente. Von den 10 ½ Millionen Juden, die es in der ganzen Welt gibt, lebt etwas mehr als die Hälfte in Galizien und Rußland, in rückständigen, halbbarbarischen Ländern, wo die Juden mit Gewalt in der Lage einer Kaste gehalten werden. Die andere Hälfte lebt in der zivilisierten Welt, und dort gibt es keine kastenmäßige Absonderung der Juden. Dort haben sich die großen universal-fortschrittlichen Züge in der jüdischen Kultur deutlich gezeigt: ihr Internationalismus, ihre Aufgeschlossenheit für die fortschrittlichen Bewegungen des Zeitalters (der Prozentsatz der Juden in den demokratischen und proletarischen Bewegungen ist überall höher als der Prozentsatz der Juden in der Bevölkerung überhaupt).

Wer direkt oder indirekt die Losung der jüdischen „nationalen Kultur“ aufstellt, der ist (mögen seine Absichten noch so gut sein) ein Feind des Proletariats, ein Anhänger des *Alten* und des *Kastenmäßigen* im Judentum, ein Helfershelfer der Rabbiner und der Bourgeois. Die jüdischen Marxisten dagegen, die sich in den internationalen marxistischen Organisationen mit den russischen, litauischen, ukrainischen und anderen Arbeitern zusammenschließen und so ihr Teil (in russischer wie auch in jiddischer Sprache) dazu beitragen, die internationale Kultur der Arbeiterbewegung zu schaffen – diese Juden setzen – entgegen dem Separatismus des „Bund“<sup>6</sup> – eben durch ihren Kampf gegen die Losung der „nationalen Kultur“ die besten Traditionen des Judentums fort.

Bürgerlicher Nationalismus und proletarischer Internationalismus – das sind zwei unversöhnlich feindliche Losungen, die den beiden großen Klassenlagern der ganzen kapitalistischen Welt entsprechen und zwei Arten von Politik (mehr noch: zwei Weltanschauungen) in der nationalen Frage zum Ausdruck bringen. Wenn die Bundisten die Lösung der nationalen Kultur verteidigen und auf ihr einen ganzen Plan und ein praktisches Programm der sogenannten „national-kulturellen Autonomie“ aufbauen, treten sie *in Wirklichkeit* als Schrittmacher des bürgerlichen Nationalismus innerhalb der Arbeiterschaft auf.

### 3. DAS NATIONALISTISCHE SCHRECKGESPENST DES „ASSIMILANTENTUMS“

Die Frage des Assimilantentums\*, d. h. des Verlustes der nationalen Eigenheiten, des Übergangs in eine andere Nation, bietet die Möglichkeit, die Folgen der nationalistischen Schwankungen der Bundisten und ihrer Gesinnungsgenossen anschaulich darzustellen.

Herr Libman, der die üblichen Argumente – richtiger: Kniffe – der Bundisten getreulich kolportiert und wiederholt, nannte die Forderung nach Einheit und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten eines gegebenen Staates in einheitlichen Arbeiterorganisationen (siehe oben den Schluß des Artikels aus der „Sewernaja Prawda“) „*altes Assimilantengefasel*“.

\* Wörtlich: Angleichung, Identifizierung.

„Folglich“, sagt Herr F. Libman über den Schluß des Artikels in der „Sewernaja Prawda“, „soll der Arbeiter auf die Frage, welcher Nationalität er angehöre, antworten: Ich bin Sozialdemokrat.“

Das hält unser Bundist für den Gipfel der Witzigkeit. In Wirklichkeit entlarvt er sich endgültig durch *solche* Witze und durch das Geschrei über „Assimilantentum“, *gerichtet gegen* die konsequent demokratische und *marxistische* Losung.

Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen in der nationalen Frage. Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw.

Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus. Das nationale Programm der Marxisten rechnet mit beiden Tendenzen, es verfißt erstens die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen, die Unzulässigkeit aller wie immer gearteten *Privilegien* in dieser Hinsicht (aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wovon eigens weiter unten die Rede sein wird) und zweitens den Grundsatz des Internationalismus und des unversöhnlichen Kampfes gegen die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus, und sei es auch in seiner verfeinertsten Form.

Man fragt sich: Worum handelt es sich eigentlich bei unserem Bundisten, wenn er ein Wehgeschrei über das „Assimilantentum“ erhebt? Von Gewalttaten gegen Nationen, von *Privilegien* einer der Nationen *konnte* er hier *nicht* reden, denn der Ausdruck „Assimilantentum“ paßt überhaupt nicht hierher; denn alle Marxisten haben, sowohl einzeln wie auch als offizielles, einheitliches Ganzes, selbst die allergeringste nationale Vergewaltigung, Knechtung und Rechtsungleichheit ganz entschieden und unzweideutig verurteilt; denn schließlich ist auch in dem Artikel der „Sewernaja Prawda“, über den der Bundist hergefallen ist, dieser allgemeine marxistische Gedanke mit unbedingter Entschiedenheit ausgesprochen.

Nein. Hier sind keine Ausflüchte möglich. Als Herr Libman das „Assimilantentum“ verurteilte, verstand er darunter *nicht* Gewalttaten, *nicht* Rechtsungleichheit, *nicht* Privilegien. Bleibt nun nach Abstrich jeglicher Gewalt und jeglicher Rechtsungleichheit von dem Begriff des Assimilantentums noch etwas Reales übrig?

Unbedingt ja. Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur *Assimilation* der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.

Wer die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen nicht anerkennt und nicht verteidigt, wer nicht jede nationale Unterdrückung oder Rechtsungleichheit bekämpft, der ist kein Marxist, der ist nicht einmal ein Demokrat. Das unterliegt keinem Zweifel. Aber ebensowenig unterliegt es einem Zweifel, daß ein Quasimarxist, der einen Marxisten einer anderen Nation wegen „Assimilantentum“ nach Strich und Faden heruntermacht, in Wirklichkeit einfach ein *nationalistischer Spießler* ist. Zu dieser wenig achtbaren Kategorie von Menschen gehören alle Bundisten und (wie wir gleich sehen werden) die ukrainischen Nationalsozialen vom Schlage der Herren L. Jurkewitsch, Donzow und Co.

Um konkret zu zeigen, wie völlig reaktionär die Anschauungen dieser nationalistischen Spießler sind, werden wir Material von dreierlei Art beibringen.

Am meisten wettern gegen das „Assimilantentum“ der russischen orthodoxen Marxisten die jüdischen Nationalisten in Rußland überhaupt und unter ihnen die Bundisten im besonderen. Indessen ist aus den oben angeführten Angaben zu ersehen, daß von den 10½ Millionen Juden, die es in der ganzen Welt gibt, *ungefähr die Hälfte* in der zivilisierten Welt in Verhältnissen des *allergrößten* „Assimilantentums“ lebt, während nur die unglücklichen, eingeschücherteten, rechtlosen, von den (russischen und polnischen) Purischkewitsch niedergehaltenen Juden Rußlands und Galiziens in Verhältnissen des *geringsten* „Assimilantentums“, in der größten Absonderung leben, die bis zum „Ansiedlungsgebiet“, bis zum „*numerus clausus*“ und anderen Purischkewitsch-Herrlichkeiten geht.

Die Juden in der zivilisierten Welt sind keine Nation, sie sind meistens assimiliert, sagen K. Kautsky und O. Bauer. Die Juden in Galizien

und in Rußland sind keine Nation, sie sind hier leider (und zwar *nicht* durch ihre, sondern durch die Schuld der Purischkewitsch) noch eine *Kaste*. Das ist das unbestreitbare Urteil von Leuten, die zweifellos die Geschichte des Judentums kennen und die oben angeführten Tatsachen in Betracht ziehen.

Was besagen nun diese Tatsachen? Sie besagen, daß gegen das „Assimilantentum“ nur reaktionäre jüdische Spießier ein Geschrei erheben können, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, die es nicht von den Zuständen in Rußland und Galizien zu den Zuständen in Paris und New York, sondern umgekehrt laufen lassen wollen.

Niemals haben die besten Männer des Judentums, in der Weltgeschichte berühmte Männer, die fortschrittliche Führer der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt wurden, gegen das Assimilantentum gewettert. Gegen das Assimilantentum wettern nur die andächtigen Betrachter des jüdischen „Hinterteils“.

Eine annähernde Vorstellung davon, in welchem Umfang sich der Prozeß der Assimilation der Nationen unter den modernen Verhältnissen des fortgeschrittenen Kapitalismus überhaupt vollzieht, kann man sich z. B. auf Grund der Angaben über die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika machen. Europa hat in den zehn Jahren von 1891 bis 1900 3,7 Millionen Menschen und in den neun Jahren von 1901 bis 1909 7,2 Millionen Menschen dorthin abgegeben. Bei der Volkszählung im Jahre 1900 wurden in den Vereinigten Staaten über 10 Millionen Ausländer gezählt. Der Staat New York, in dem es laut dieser Volkszählung über 78 000 Österreicher, 136 000 Engländer, 20 000 Franzosen, 480 000 Deutsche, 37 000 Ungarn, 425 000 Iren, 182 000 Italiener, 70 000 Polen, 166 000 Einwanderer aus Rußland (größtenteils Juden), 43 000 Schweden usw. gab, gleicht einer Mühle, die die nationalen Unterschiede vermahlt. Und was im großen, internationalen Ausmaß in New York vor sich geht, geschieht auch in *jeder* großen Stadt und in *jeder* Fabriksiedlung.

Wer nicht in nationalistischen Vorurteilen versumpft ist, kann nicht umhin, in diesem, durch den Kapitalismus bewirkten Assimilationsprozeß der Nationen einen gewaltigen geschichtlichen Fortschritt, die Beseitigung der nationalen Verknöcherung der verschiedensten Krähwinkel zu sehen, die es namentlich in rückständigen Ländern wie Rußland gibt.



Nehmen wir Rußland und das Verhältnis der Großrussen zu den Ukrainern. Selbstverständlich wird jeder Demokrat, von einem Marxisten gar nicht zu reden, entschieden gegen die unerhörte Erniedrigung der Ukrainer kämpfen und ihre volle Gleichberechtigung verlangen. Es wäre jedoch ein glatter Verrat am Sozialismus und eine einfältige Politik *sogar* vom Standpunkt der bürgerlichen „nationalen Aufgaben“ der Ukrainer, den jetzt im Rahmen *eines* Staates bestehenden Zusammenhalt und Bund des ukrainischen Proletariats mit dem großrussischen Proletariat zu *schwächen*.

Herr Lew Jurkewitsch, der sich auch als „Marxist“ bezeichnet (armer Marx!), liefert ein Musterbeispiel dieser einfältigen Politik. Im Jahre 1906, so schreibt Herr Jurkewitsch, hätten Sokolowski (Bassok) und Lukaschewitsch (Tutschapski) behauptet, das ukrainische Proletariat sei gänzlich russifiziert und bedürfe keiner besonderen Organisation. Ohne den Versuch zu machen, auch nur eine einzige Tatsache *zum Wesen der Frage* anzuführen, fällt Herr Jurkewitsch deshalb über beide her und schreit hysterisch – ganz im Geiste des übelsten, stumpfsinnigsten und reaktionärsten Nationalismus –, das sei doch „nationale Passivität“, „Abschwörung der Nationalität“, diese Leute hätten „die ukrainischen Marxisten gespalten(!)“ usw. Bei uns sei jetzt ungeachtet des „Aufschwungs des ukrainischen Nationalbewußtseins unter den Arbeitern“ eine *Minderheit* der Arbeiter „nationalbewußt“, während die Mehrheit – so versichert Herr Jurkewitsch – „noch unter dem Einfluß der russischen Kultur steht“. Unsere Aufgabe – so ruft der nationalistische Spießher aus – ist es, „nicht den Massen zu folgen, sondern sie zu führen und ihnen die nationalen Aufgaben klarzumachen“ („Dswin“, S. 89).

Diese ganze Betrachtung des Herrn Jurkewitsch ist durch und durch bürgerlich-nationalistisch. Aber selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Nationalisten, von denen die einen volle Gleichberechtigung und Autonomie der Ukraine, die anderen einen unabhängigen ukrainischen Staat wollen, hält diese Betrachtung keiner Kritik stand. Gegner der Freiheitsbestrebungen der Ukrainer ist die Klasse der großrussischen und polnischen Gutsbesitzer, sodann die Bourgeoisie eben dieser beiden Nationen. Welche gesellschaftliche Kraft ist fähig, diesen Klassen Paroli zu bieten? Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat eine faktische Antwort gegeben: Diese Kraft ist einzig und allein die Arbeiterklasse, die mit sich die demo-

kratische Bauernschaft führt. Durch sein Bestreben, die wirklich demokratische Kraft, bei deren Sieg nationale Vergewaltigung unmöglich wäre, zu spalten und somit zu schwächen, verrät Herr Jurkewitsch die Interessen nicht nur der Demokratie überhaupt, sondern auch die seiner Heimat, der Ukraine. Bei einheitlichem Vorgehen der großrussischen und der ukrainischen Proletarier ist eine freie Ukraine möglich, ohne eine solche Einheit kann davon nicht einmal die Rede sein.

Die Marxisten beschränken sich jedoch nicht auf den bürgerlich-nationalen Standpunkt. Schon seit mehreren Jahrzehnten verläuft der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung ganz deutlich im Süden rasher, d. h. in der Ukraine, die aus Großrußland Zehntausende und Hunderttausende von Bauern und Arbeitern in die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe, Bergwerke und Städte zieht. Die Tatsache, daß sich – innerhalb dieser Grenzen – das großrussische und das ukrainische Proletariat „assimilieren“, unterliegt keinem Zweifel. *Und dies ist zweifellos* eine fortschrittliche Tatsache. Der Kapitalismus setzt an die Stelle des stumpfsinnigen, zurückgebliebenen, seßhaften und hinterwäldlerischen großrussischen oder ukrainischen Bauern den beweglichen Proletarier, dessen Lebensbedingungen die spezifisch nationale Beschränktheit, die großrussische wie die ukrainische, sprengen. Angenommen, zwischen Großrußland und der Ukraine wird es mit der Zeit eine Staatsgrenze geben – auch in diesem Fall wird die geschichtliche Fortschrittlichkeit der „Assimilation“ der großrussischen und der ukrainischen Arbeiter ebensowenig einem Zweifel unterliegen wie die Fortschrittlichkeit des Vermahlens der Nationen in Amerika. Je freier die Ukraine und Großrußland sein werden, desto *umfassender und rascher* wird sich der Kapitalismus entwickeln, der dann in noch stärkerem Maße Arbeitermassen, Arbeiter *sämtlicher* Nationalitäten aus allen Gebieten des Staates und aus allen Nachbarstaaten (falls Rußland zum Nachbarstaat der Ukraine werden sollte), in die Städte, in die Bergwerke und Fabriken ziehen wird.

Herr Lew Jurkewitsch handelt wie ein echter Bourgeois und obendrein wie ein kurzsichtiger, beschränkter, stumpfsinniger Bourgeois, d. h. wie ein Spießer, wenn er um eines momentanen Erfolgs der ukrainischen nationalen Sache willen die Interessen der Verbindung, der Verschmelzung, der Assimilation des *Proletariats* der beiden Nationen verwirft. Zuerst die nationale Sache und dann erst die proletarische, sagen die

bürgerlichen Nationalisten, und die Herren Jurkewitsch, Donzow und ähnliche Jammermarxisten plappern es ihnen nach. Allem voran die Sache des Proletariats, sagen wir, denn sie sichert nicht nur die dauernden, grundlegenden Interessen der Arbeit und die Interessen der Menschheit, sondern auch die Interessen der Demokratie, ohne Demokratie aber ist weder eine autonome noch eine unabhängige Ukraine denkbar.

Schließlich muß aus der an nationalistischen Perlen so ungewöhnlich reichen Betrachtung des Herrn Jurkewitsch noch folgendes erwähnt werden. Eine Minderheit der ukrainischen Arbeiter sei nationalbewußt, sagt er, während „die Mehrheit noch unter dem Einfluß der russischen Kultur steht“.

Wenn es sich um das Proletariat handelt, so ist diese Gegenüberstellung der ukrainischen Kultur, als Ganzes genommen, und der großrussischen Kultur, gleichfalls als Ganzes, der schamloseste Verrat an den Interessen des Proletariats zugunsten des bürgerlichen Nationalismus.

Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation, sagen wir allen Nationalsozialen. Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur. Es gibt eine großrussische Kultur der Purischkewitsch, Gutschkow und Struve, es gibt aber auch eine großrussische Kultur, die durch die Namen Tschernyschewski und Plechanow charakterisiert wird. Ebenso gibt es zwei *derartige* Kulturen bei den Ukrainern, wie auch in Deutschland, Frankreich, England, bei den Juden usw. Wenn die Mehrheit der ukrainischen Arbeiter unter dem Einfluß der großrussischen Kultur steht, so wissen wir bestimmt, daß hier neben den Ideen der pfäffischen und bürgerlichen großrussischen Kultur auch die Ideen der großrussischen Demokratie und Sozialdemokratie wirksam sind. In seinem Kampf gegen die „Kultur“ der ersten Art wird der ukrainische *Marxist* stets die Kultur der zweiten Art herausheben und seinen Arbeitern sagen: „Jede Möglichkeit der Verbindung mit dem großrussischen klassenbewußten Arbeiter, mit seiner Literatur, seinem Ideenkreis müßt ihr unbedingt mit allen Kräften wahrnehmen, ausnutzen, festhalten – das erfordern die grundlegenden Interessen *sowohl* der ukrainischen *als auch* der großrussischen Arbeiterbewegung.“

Sollte sich ein ukrainischer *Marxist* von dem *durchaus berechtigten und natürlichen* Haß gegen die großrussischen Unterdrücker so weit hinreißen lassen, auch nur einen winzigen Teil dieses Hasses, auch nur das

Gefühl der Entfremdung auf die proletarische Kultur und die proletarische Sache der großrussischen Arbeiter zu übertragen, so wird dieser Marxist damit in den Sumpf des bürgerlichen Nationalismus abgleiten. Genauso wird ein großrussischer Marxist in den Sumpf des Nationalismus abgleiten, nicht nur des bürgerlichen, sondern auch des Nationalismus der Schwarzhunderter, wenn er auch nur für eine Minute die Forderung der vollen Gleichberechtigung der Ukrainer oder ihr *Recht* auf Bildung eines selbständigen Staates vergessen sollte.

Die großrussischen und ukrainischen Arbeiter müssen gemeinsam und, solange sie in *einem* Staat leben, in engster organisatorischer Einheit und Verschmolzenheit für die allgemeine oder internationale Kultur der proletarischen Bewegung eintreten und in der Frage, in welcher Sprache sie propagiert wird und was für rein örtliche oder rein nationale *Besonderheiten* in dieser Propaganda berücksichtigt werden, absolute Toleranz üben. Das ist eine unbedingte Forderung des Marxismus. Jede Propagierung der Trennung der Arbeiter einer Nation von einer anderen, alle Ausfälle gegen marxistisches „Assimilantentum“, jede Gegenüberstellung der einen nationalen Kultur, als Ganzes genommen, und einer anderen, angeblich ein Ganzes darstellenden nationalen Kultur in Fragen, die das Proletariat betreffen, usw. ist *bürgerlicher* Nationalismus, gegen den unbedingt ein erbarmungsloser Kampf geführt werden muß.

#### 4. „NATIONAL-KULTURELLE AUTONOMIE“

Das Problem der Losung der „nationalen Kultur“ ist für Marxisten enorm wichtig nicht nur deshalb, weil sie den ideellen Inhalt unserer ganzen Propaganda und Agitation in der nationalen Frage zum Unterschied von der bürgerlichen Propaganda bestimmt, sondern auch noch deshalb, weil das ganze Programm der berüchtigten national-kulturellen Autonomie auf dieser Losung basiert.

Das fundamentale, prinzipielle Gebrechen dieses Programms besteht darin, daß es danach trachtet, den raffiniertesten und absolutesten, bis zu Ende geführten Nationalismus zu verwirklichen. Das Wesen dieses Programms: Jeder Staatsbürger bekennt sich zu dieser oder jener Nation, und jede Nation bildet ein juristisches Ganzes mit dem Recht obligatorischer

Besteuerung ihrer Mitglieder, mit nationalen Parlamenten (Landtagen) und nationalen „Staatssekretären“ (Ministern).

Eine solche Idee in bezug auf die nationale Frage ähnelt der Idee Proudhons in bezug auf den Kapitalismus. Den Kapitalismus und seine Grundlage, die Warenproduktion, nicht vernichten, sondern diese Grundlage von Mißbräuchen, Auswüchsen usw. säubern; den Tausch und den Tauschwert nicht abschaffen, sondern ihn, im Gegenteil, „konstituieren“, ihn zu einem allgemein gültigen, absoluten, „gerechten“ Wert machen, der von Schwankungen, Krisen und Mißbräuchen frei wäre – das war Proudhons Idee.

Ebenso kleinbürgerlich wie Proudhon ist, wie seine Theorie den Tausch und die Warenproduktion zu etwas Absolutem macht und zu einer Perle der Schöpfung erhebt, ebenso kleinbürgerlich sind die Theorie und das Programm der „national-kulturellen Autonomie“, die den bürgerlichen Nationalismus zu etwas Absolutem machen, zu einer Perle der Schöpfung erheben und ihn von Gewalt, Ungerechtigkeiten usw. säubern wollen.

Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so „gerecht“, „sauber“, verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationalen Trust, mit jedem (in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sowie in seinen Ideen und seinen Bestrebungen internationalen) Arbeiterverband.

Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft historisch unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führe.

Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation. Daher die *unbedingte* Pflicht des Marxisten, auf allen Teilgebieten der nationalen Frage den entschiedensten und konsequentesten Demokratismus zu verfechten. Das ist in der

Hauptsache eine negative Aufgabe. Weiter aber darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die „positive“ (bejahende) Tätigkeit der nach *Stärkung* des Nationalismus strebenden *Bourgeoisie*.

Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus *über* diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen *binaus* zu fördern heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen. Hier gibt es eine Grenze, die oft sehr fein gezogen ist und die die bundistischen und die ukrainischen Nationalsozialen völlig außer acht lassen.

Kampf gegen jede nationale Unterdrückung – unbedingt ja. Kampf für jede nationale Entwicklung, für die „nationale Kultur“ schlechthin – unbedingt nein. Die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft liefert uns in der ganzen Welt Beispiele nicht voll entwickelter nationaler Bewegungen, Beispiele für die Bildung großer Nationen aus einer Reihe kleiner oder zum Nachteil einiger kleiner Nationen, Beispiele der Assimilation von Nationen. Der Grundsatz des bürgerlichen Nationalismus ist die Entwicklung der Nationalität schlechthin, daher die Ausschließlichkeit des bürgerlichen Nationalismus, daher der ausweglose nationale Hader. Das Proletariat dagegen übernimmt es keineswegs, die nationale Entwicklung jeder Nation zu verteidigen, sondern im Gegenteil, es warnt die Massen vor solchen Illusionen, setzt sich für die vollste Freiheit des kapitalistischen Verkehrs ein und begrüßt jede Assimilation von Nationen mit Ausnahme der gewaltsam durchgeführten oder auf Privilegien gestützten.

Den Nationalismus in einer bestimmten, „gerecht“ abgegrenzten Sphäre verankern, den Nationalismus „konstituieren“, alle Nationen mit Hilfe einer besonderen staatlichen Institution fest und dauerhaft voneinander absondern – das ist die ideologische Grundlage und der Inhalt der national-kulturellen Autonomie. Dieser Gedanke ist durch und durch bürgerlich und durch und durch falsch. Das Proletariat kann keinerlei Verankerung des Nationalismus unterstützen, im Gegenteil, es unterstützt

alles, was dazu beiträgt, die nationalen Unterschiede zu verwischen, die Schranken zwischen den Nationen niederzureißen, alles, was den Zusammenhalt zwischen den Nationalitäten immer enger gestaltet, alles, was zur Verschmelzung der Nationen führt. Anders handeln heißt sich auf die Seite des reaktionären nationalistischen Spießertums schlagen.

Als das Projekt der national-kulturellen Autonomie auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten in Brünn (1899) zur Behandlung stand, wurde der theoretischen Bewertung dieses Projekts fast gar keine Beachtung geschenkt. Es ist jedoch lehrreich festzustellen, daß folgende zwei Argumente gegen dieses Programm vorgebracht wurden: 1. es würde zur Stärkung des Klerikalismus beitragen, 2. „zur Konsequenz führen, daß der Chauvinismus verewigt und in jede kleine Gemeinde, in jede kleine Gruppe getragen würde“ (S. 92 der offiziellen Protokolle des Brünner Parteitags in deutscher Sprache. Eine russische Übersetzung wurde von der jüdischen nationalistischen Partei „SERP“<sup>7</sup> herausgegeben).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die „nationale Kultur“ in der üblichen Bedeutung des Wortes, d. h. Schulwesen usw., gegenwärtig in allen Ländern der Welt unter dem vorherrschenden Einfluß von Klerikalen und bürgerlichen Chauvinisten steht. Wenn die Bundisten bei ihrem Eintreten für die „national-kulturelle“ Autonomie sagen, durch die Konstituierung von Nationen werde der Klassenkampf innerhalb dieser Nationen zu einem *reinen*, von allen Nebenerwägungen freien Klassenkampf, so ist das offenkundige und lächerliche Sophisterei. Der wirkliche Klassenkampf wird in jeder kapitalistischen Gesellschaft vor allem auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet geführt. *Hiervon* das Schulwesen abzusondern ist erstens eine unsinnige Utopie, weil man die Schule (wie die „nationale Kultur“ überhaupt) nicht von der Wirtschaft und der Politik trennen kann; zweitens aber *zwingt* gerade das wirtschaftliche und politische Leben eines kapitalistischen Landes auf Schritt und Tritt dazu, die widersinnigen und veralteten nationalen Schranken und Vorurteile zu zerschlagen, hingegen würde die Absonderung des Schulwesens usw. den „reinen“ Klerikalismus und den „reinen“ bürgerlichen Chauvinismus gerade konservieren, verschärfen und stärken.

In den Aktiengesellschaften sitzen die Kapitalisten verschiedener Nationen einträchtig beisammen, sind ein Herz und eine Seele. In den Fabriken arbeiten Arbeiter verschiedener Nationen zusammen. In jeder

wirklich ernsten und tiefgreifenden politischen Frage erfolgt die Gruppierung nach Klassen und nicht nach Nationen. Das Schulwesen usw. „der Kompetenz des Staates zu entziehen“ und den Nationen zu übergeben ist gerade ein Versuch, das sozusagen am meisten ideologische Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, wo die „reine“ nationale Kultur oder die nationale Kultivierung des Klerikalismus und des Chauvinismus am leichtesten durchzuführen ist, von dem die Nationen verschmelzenden Wirtschaftsleben zu trennen.

In seiner praktischen Verwirklichung würde der Plan einer „exterritorialen“ (nicht regionalen, nicht an das Gebiet, das diese oder jene Nation bewohnt, gebundenen) oder „national-kulturellen“ Autonomie nur das eine bedeuten: *Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten*, d. h. Einführung nationaler Kurien im Schulwesen. Es genügt, sich dieses wahre Wesen des vielgerühmten bundistischen Planes klar vor Augen zu halten, um zu begreifen, wie völlig reaktionär dieser selbst vom Standpunkt der Demokratie ist, ganz zu schweigen vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus.

Ein Beispiel und ein Projekt der „Nationalisierung“ des Schulwesens werden deutlich zeigen, worauf es hier ankommt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich bis auf den heutigen Tag die Einteilung in Nord- und Südstaaten auf allen Lebensgebieten erhalten; jene mit den stärksten Traditionen der Freiheit und des Kampfes gegen die Sklavhalter, diese mit den stärksten Traditionen der Sklaverei, mit Überresten der Negerverfolgung, mit wirtschaftlicher Bedrückung und kultureller Niederhaltung der Neger (44% Analphabeten unter den Negern und 6% unter den Weißen) usw. In den Nordstaaten also lernen die Neger gemeinsam mit den Weißen, in den gleichen Schulen. Im Süden gibt es besondere – „nationale“ oder, wenn man will, rassenmäßige – Schulen für Neger. Wahrscheinlich ist das das einzige Beispiel einer „Nationalisierung“ der Schule in der Praxis.

Im Osten Europas gibt es ein Land, wo bis auf den heutigen Tag Dinge wie die Beilis-Affäre<sup>3</sup> möglich sind, wo die Juden von den Herren Purischkewitsch zu einem Dasein verurteilt sind, das schlimmer ist als das der Neger. In der Regierung dieses Landes ist unlängst das Projekt einer *Nationalisierung der jüdischen Schule* aufgetaucht. Zum Glück wird diese reaktionäre Utopie kaum verwirklicht werden, ebensowenig wie die Uto-



pie der österreichischen Kleinbürger, die alle Hoffnung auf Verwirklichung einer konsequenten Demokratie und auf das Erlöschen des nationalen Haders verloren und nun für die Nationen besondere Futterale im Schulwesen erfunden haben, damit sie sich *wegen der Aufteilung* der Schulen nicht streiten . . . , sondern sich „konstituieren“ zum Zwecke ewigen Streits der einen „nationalen Kultur“ mit der anderen.

In Österreich ist die national-kulturelle Autonomie in hohem Maße ein Hirngespinnst von Literaten geblieben, das die österreichischen Sozialdemokraten selbst nicht ernst genommen haben. Dafür wurde sie in Rußland von sämtlichen bürgerlichen Parteien des Judentums und einigen spießbürgerlichen, opportunistischen Elementen verschiedener Nationen ins Programm aufgenommen, zum Beispiel von den Bundisten, den Liquidatoren im Kaukasus, der Konferenz der russischen nationalen Parteien der linken Volkstümlerrichtung. (Diese Konferenz – das sei in Parenthese bemerkt – fand im Jahre 1907 statt, und ihr Beschluß wurde *bei Stimmenthaltung* der russischen Sozialrevolutionäre und der polnischen Sozialpatrioten, der PPS<sup>9</sup>, angenommen. Stimmenthaltung ist eine erstaunlich charakteristische Art der Sozialrevolutionäre und der PPS-Leute, zu einer so wichtigen grundsätzlichen Frage auf dem Gebiet des nationalen Programms Stellung zu nehmen!)

In Österreich hat gerade Otto Bauer, der Haupttheoretiker der „national-kulturellen Autonomie“, ein besonderes Kapitel seines Buches dem Nachweis gewidmet, daß es unmöglich sei, dieses Programm auf die Juden anzuwenden. In Rußland haben gerade innerhalb des Judentums sämtliche bürgerlichen Parteien und ihr Nachbeter, der „Bund“, dieses Programm angenommen.\* Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Ge-

\* Begreiflicherwise bestreiten die Bundisten oft mit außergewöhnlicher Heftigkeit die Tatsache, daß *alle* bürgerlichen Parteien des Judentums die „national-kulturelle Autonomie“ angenommen haben. Diese Tatsache verrät allzu augenfällig die wirkliche Rolle des „Bund“. Als einer der Bundisten, Herr Manin, im „Lutsch“<sup>10</sup> den Versuch machte, die Sache abermals in Abrede zu stellen, wurde er von N. Skop. (siehe „Prosweschtschenije“ Nr. 3) völlig entlarvt. Wenn aber Herr Lew Jurkewitsch im „Dswin“ (1913, Nr. 7/8, S. 92) aus dem „Prosweschtschenije“ (Nr. 3, S. 78) den Satz von N. Sk. zitiert: „Die Bundisten verfechten schon lange – gemeinsam mit allen bürgerlichen jüdischen Parteien und Gruppen – die national-kulturelle Autonomie“, und dieses Zitat entstellt, indem er das Wort „Bundisten“ *streicht* und die Worte „national-

schichte durch die politische Praxis eines anderen Staates enthüllt hat, wie sinnlos die Erfindung Bauers ist, ebenso wie die russischen Bernsteinianer (Struve, Tugan-Baranowski, Berdjajew und Co.) durch ihre rapide Evolution vom Marxismus zum Liberalismus den wirklichen Ideengehalt der deutschen Bernsteinianer enthüllt haben.

Weder die österreichischen noch die russischen Sozialdemokraten haben die „national-kulturelle“ Autonomie in ihr Programm aufgenommen. Aber die bürgerlichen Parteien des Judentums in dem rückständigsten Land und eine Reihe kleinbürgerlicher quasisozialistischer Gruppen *haben sie aufgenommen*, um die Ideen des bürgerlichen Nationalismus in raffinierter Form in die Arbeiterschaft zu tragen. Diese Tatsache spricht für sich selbst.

Da wir schon einmal das österreichische Programm in der nationalen Frage berührt haben, können wir nicht umhin, eine von den Bundisten oft verdrehte Wahrheit wieder zu Ehren kommen zu lassen. Auf dem Brünner Parteitag *wurde ein reines Programm* „national-kultureller Autonomie“ präsentiert. Es war das Programm der südslawischen Sozialdemokratie, dessen Paragraph 2 lautet: „Jedes in Österreich lebende Volk ist, ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten ganz selbständig regelt und besorgt.“ Dieses Programm wurde nicht nur von Kristan, sondern auch von dem einflussreichen Ellenbogen verteidigt. Doch man setzte es von der Tagesordnung ab, da sich auch nicht eine einzige Stimme dafür fand. Angenommen wurde ein *territorialistisches* Programm, d. h. ein Programm, nach dem *keinerlei* nationale Gruppen „ohne Rücksicht auf die von den Mitgliedern einer Nation bewohnten Territorien“ gebildet werden sollen.

Paragraph 3 des angenommenen Programms lautet: „Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen

kulturelle Autonomie“ durch „nationale Rechte“ ersetzt, dann kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen!! Herr Lew Jurkewitsch ist nicht nur ein Nationalist, nicht nur ein erstaunlicher Ignorant in der Geschichte der Sozialdemokratie und in ihrem Programm, sondern auch *direkt ein Zitatenfälscher* zugunsten des „Bund“. Es muß schlecht um die Sache des „Bund“ und der Herren Jurkewitsch bestellt sein!

national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt" (siehe „Proswechtschenije“, 1913, Nr. 4, S. 28<sup>11</sup>). Es ist klar, daß auch dieses Kompromißprogramm nicht richtig ist. Ein Beispiel zur Erläuterung: Die deutsche Kolonistengemeinde im Gouvernement Saratow plus deutsche Arbeitervorstadt von Riga oder Lodz plus deutsche Siedlung bei Petersburg usw. bilden einen „national einheitlichen Verband“ der Deutschen in Rußland. Es ist offensichtlich, daß Sozialdemokraten so etwas nicht verlangen, für die gesetzliche Festlegung eines solchen Verbandes nicht eintreten können, obgleich sie selbstverständlich die Freiheit aller und jeglicher Verbände, darunter auch eines Verbandes beliebiger Gemeinden einer beliebigen Nationalität in einem gegebenen Staat, keineswegs ablehnen. Aber durch ein staatliches Gesetz die Deutschen usw. aus verschiedenen Gegenden und Klassen Rußlands zu einem einheitlichen nationalen deutschen Verband absondern, damit können sich Pfaffen, Bourgeois, Spießbürger und wer sonst Lust hat befassen – nur nicht Sozialdemokraten.

##### 5. DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER NATIONEN UND DIE RECHTE DER NATIONALEN MINDERHEIT

Eine sehr verbreitete Methode der russischen Opportunisten ist es, sich bei Erörterung der nationalen Frage auf das Beispiel Osterreichs zu berufen. In meinem Artikel in der „Sewernaja Prawda“\* („Proswechtschenije“ Nr. 10, S. 96–98), über den die Opportunisten hergefallen sind (Herr Semkowski in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“<sup>12</sup>, Herr Libman in der „Zait“), behauptete ich, daß es nur eine einzige Lösung der nationalen Frage gibt, soweit eine solche in der Welt des Kapitalismus überhaupt möglich ist, und diese Lösung ist der konsequente Demokratismus. Zum Beweis berufe ich mich unter anderem auf die Schweiz.

Diese Bezugnahme mißfällt den beiden obengenannten Opportunisten, die sich bemühen, sie zu widerlegen oder ihre Bedeutung abzuschwächen. Kautsky, man denke nur, habe gesagt, die Schweiz sei eine Ausnahme; die Schweiz habe eine ganz besondere Dezentralisation, eine besondere

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 4–7. Die Red.

Geschichte, besondere geographische Bedingungen, ganz einzigartige Siedungsverhältnisse der verschiedensprachigen Bevölkerung usw. usf.

Das alles ist lediglich ein Versuch, dem Wesen des Streits *auszuweichen*. Gewiß, die Schweiz ist insofern eine Ausnahme, als sie kein einheitlicher Nationalstaat ist. Aber eine ebensolche Ausnahme (oder Rückständigkeit, wie Kautsky hinzufügt) bilden Österreich und Rußland. Gewiß haben in der Schweiz nur die besonderen, originellen historischen Bedingungen und Lebensgewohnheiten für *mehr* Demokratismus gesorgt als in den meisten ihrer europäischen Nachbarländer.

Aber wozu das alles, wenn von einem *Vorbild* die Rede ist, dem man nacheifern soll? In der ganzen Welt bilden unter den heutigen Verhältnissen Länder, in denen diese oder jene Institution auf *konsequent* demokratischer Grundlage aufgebaut ist, eine Ausnahme. Hindert uns das etwa, in unserem Programm den konsequenten Demokratismus für alle Institutionen zu verfechten?

Die Besonderheit der Schweiz liegt in ihrer Geschichte, in ihren geographischen und sonstigen Verhältnissen. Die Besonderheit Rußlands ist eine in der Epoche der bürgerlichen Revolutionen noch nie dagewesene Stärke des Proletariats und eine schreckliche allgemeine Rückständigkeit des Landes, die bei Strafe aller möglichen Nachteile und Niederlagen eine ungemein rasche und entschiedene Vorwärtsbewegung objektiv notwendig macht.

Wir arbeiten das nationale Programm vom Standpunkt des Proletariats aus; seit wann nun empfiehlt es sich, die schlechtesten Beispiele statt der besten als Vorbilder zu nehmen?

Bleibt es nicht auf jeden Fall eine unbestrittene und unbestreitbare Tatsache, daß der nationale Frieden unter dem Kapitalismus (soweit er überhaupt zu verwirklichen ist) *ausschließlich* in Ländern mit konsequentem Demokratismus verwirklicht ist?

Steht das einmal fest, dann sind die beharrlichen Berufungen der Opportunisten auf Österreich statt auf die Schweiz eine echt kadettische Methode, denn die Kadetten pflegen stets die schlechtesten und nicht die besten europäischen Verfassungen abzuschreiben.

In der Schweiz gibt es *drei* Staatssprachen, bei einem Volksentscheid aber werden die Gesetzentwürfe in *fünf* Sprachen veröffentlicht, das heißt außer in den drei Staatssprachen noch in zwei „romanischen“ Dialekten.

Diese beiden Dialekte sprechen laut Volkszählung vom Jahre 1900 in der Schweiz 38 651 von 3 315 443 Einwohnern, d. h. etwas mehr als ein Prozent. In der Armee wird den Offizieren und Unteroffizieren „die weitestgehende Freiheit eingeräumt, die Soldaten in deren Muttersprache anzureden“. In den Kantonen Graubünden und Wallis (jeder hat etwas mehr als hunderttausend Einwohner) genießen die beiden Dialekte volle Gleichberechtigung.\*

Fragt sich nun, sollen wir diese aus dem Leben geschöpften *Erfahrungen* eines fortschrittlichen Landes propagieren und verfechten oder bei den Österreichern *Hirngespinnste* entlehnen, die noch nirgends in der Welt ausprobiert (und von den Österreichern selbst noch nicht angenommen) worden sind, vom Schlage der „exterritorialen Autonomie“?

Dieses Hirngespinnst propagieren heißt die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten propagieren, d. h. eine direkt schädliche Propaganda betreiben. Die Erfahrungen der Schweiz aber zeigen, daß die Sicherung des (relativ) größten nationalen Friedens bei (wiederum relativ) konsequentem Demokratismus des Gesamtstaates *in der Praxis möglich und verwirklicht ist*.

„Eine *Nationalitätenfrage* im osteuropäischen Sinne“, schreiben Leute, die diese Frage untersucht haben, „gibt es in der Schweiz nicht. Schon das Wort (Nationalitätenfrage) ist hier unbekannt . . .“ „Die Schweiz hat ihren Nationalitätenkampf schon hinter sich . . . (1797 bis 1803).“\*\*

Das besagt, daß die Epoche der großen französischen Revolution, die die fälligen Fragen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus höchst demokratisch löste, nebenbei, im Vorübergehen, auch die nationale Frage „zu lösen“ verstanden hat.

Nun sollen die Herren Semkowski, Libman und sonstige Opportunisten versuchen zu behaupten, diese „ausschließlich schweizerische“ Lösung sei *nicht anwendbar* auf einen beliebigen Kreis oder sogar auf einen Teil eines Kreises in Rußland, wo bereits auf 200 000 Einwohner *zwei Dialekte* mit 40 000 Staatsbürgern kommen, die in ihrem Gebiet die *volle sprachliche Gleichberechtigung* anstreben!

Wo die volle Gleichberechtigung der Nationen und der Sprachen

\* Siehe René Henry, „La Suisse et la question des langues“ (Die Schweiz und die Sprachenfrage. *Die Red.*), Bern 1907.

\*\* Siehe Ed. Blocher, „Die Nationalitäten in der Schweiz“, Berlin 1910.

propagiert wird, dort werden in jeder Nation allein die konsequent demokratischen Elemente (d. h. nur die Proletarier) herausgehoben und nicht entsprechend der Nationalität, sondern entsprechend ihrem Streben nach tiefgreifenden und ernstlichen Verbesserungen der gesamten Staatsordnung vereinigt. Wo dagegen die „national-kulturelle Autonomie“ propagiert wird, da werden, ungeachtet der frommen Wünsche einzelner Personen und Gruppen, die Nationen voneinander getrennt und faktisch die Arbeiter einer Nation ihrer Bourgeoisie nähergebracht (Annahme dieser „national-kulturellen Autonomie“ durch sämtliche bürgerlichen Parteien des Judentums).

In unlösbarem Zusammenhang mit dem Grundsatz voller Gleichberechtigung steht die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheit. In meinem Artikel in der „Sewernaja Prawda“ ist dieser Grundsatz fast genauso ausgedrückt wie in dem späteren offiziellen und exakteren Beschluß der Beratung der Marxisten\*. Dieser Beschluß verlangt „die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation und alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungültig erklärt werden“.

Herr Libman versucht, über diese Formulierung zu spotten, indem er fragt: „Woher weiß man denn, worin die Rechte einer nationalen Minderheit bestehen?“ Gehöre beispielsweise zu diesen Rechten etwa das Recht auf ein „eigenes Programm“ in den nationalen Schulen? Wie groß müsse eine nationale Minderheit sein, um das Recht auf eigene Richter, Beamte, Schulen mit Unterricht in der Muttersprache zu haben? Herr Libman will aus diesen Fragen die Notwendigkeit eines „positiven“ nationalen Programms ableiten.

In Wirklichkeit aber zeigen diese Fragen anschaulich, welche reaktionären Dinge unser Bundist unter dem Deckmantel eines Streites um angeblich geringfügige Details und Einzelheiten durchschmuggelt.

Ein „eigenes Programm“ in einer eigenen nationalen Schule!... Die Marxisten, mein lieber Nationalsozialer, besitzen ein *allgemeines* Schulprogramm, das zum Beispiel unbedingt die weltliche Schule fordert. Vom Standpunkt der Marxisten ist in einem demokratischen Staat nirgends und niemals eine *Abkehr* von diesem allgemeinen Programm zulässig

\* Siehe Anmerkung 25. *Der Übers.*

(seine Vervollständigung durch irgendwelche „lokalen“ Fächer, Sprachen usw. erfolgt auf Beschluß der örtlichen Bevölkerung). Aus dem Grundsatz, das Schulwesen „der Kompetenz des Staates zu entziehen“ und es den Nationen zu überlassen, folgt jedoch, daß wir Arbeiter in unserem, dem demokratischen Staat es den „Nationen“ anheimstellen, Volksgelder für eine klerikale Schule zu verwenden! Herr Libman hat, ohne es selbst zu bemerken, den reaktionären Charakter der „national-kulturellen Autonomie“ anschaulich demonstriert!

„Wie groß muß eine nationale Minderheit sein?“ Darüber enthält sogar das den Bundisten so ans Herz gewachsene österreichische Programm keine Bestimmung. Es besagt (noch kürzer und noch weniger klar als bei uns): „Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.“ (§ 4 des Brünner Programms.)

Warum hat noch niemand den österreichischen Sozialdemokraten mit der Frage zugesetzt, wie denn nun dieses Gesetz zu gestalten sei? Welcher Minderheit es denn nun Rechte gewährleisten soll und welche Rechte das sein sollen?

Darum, weil alle vernünftigen Menschen begreifen, daß es unangebracht und unmöglich ist, in einem Programm Einzelheiten zu bestimmen. Ein Programm stellt lediglich die Grundprinzipien fest. Im gegebenen Fall wird das Grundprinzip von den Österreichern stillschweigend vorausgesetzt, während es in dem Beschluß der letzten Beratung der Marxisten Rußlands direkt ausgesprochen wird. Dieses Prinzip ist: Unzulässigkeit jeglicher nationaler Privilegien und jeglicher nationalen Rechtsungleichheit.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, um dem Bundisten die Frage klarzumachen. In der Stadt St. Petersburg gab es nach der Schulzählung vom 18. Januar 1911 in den Elementarschulen des Ministeriums für Volks-„bildung“ 48 076 Schüler. Davon entfielen auf die Juden 396, d. h. weniger als ein Prozent. Ferner gab es unter den Schülern zwei Rumänen, einen Georgier, drei Armenier usw.<sup>43</sup> Läßt sich ein „positives“ nationales Programm aufstellen, das diese Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Bedingungen erfaßt? (Und Petersburg ist selbstverständlich längst nicht die „bunteste“ Nationalitätenstadt in Rußland.) Es scheint, daß nicht einmal Spezialisten für nationale „Feinheiten“ vom Schlage der Bundisten ein solches Programm zustande bringen werden.

Und doch, gäbe es in der Staatsverfassung ein grundlegendes Gesetz über die Ungültigkeit aller wie immer gearteten, die Rechte einer Minderheit verletzenden Maßnahmen, so könnte jeder beliebige Staatsbürger die Aufhebung einer Verfügung verlangen, die es beispielsweise ablehnen würde, besondere Lehrer der jiddischen Sprache, der jüdischen Geschichte usw. auf Staatskosten anzustellen oder von Staats wegen Schulräume für jüdische, armenische, rumänische Kinder, ja sogar für ein einziges georgisches Kind zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls ist nichts Unmögliches daran, auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle vernünftigen und berechtigten Wünsche der nationalen Minderheiten zu befriedigen, und niemand wird behaupten, daß die Propaganda der Gleichberechtigung schädlich sei. Dagegen wäre eine Propaganda für die Trennung des Schulwesens nach Nationen, die Propaganda beispielsweise einer besonderen jüdischen Schule für die jüdischen Kinder in Petersburg unbedingt schädlich und die Schaffung nationaler Schulen für jede nationale Minderheit, für ein, zwei, drei Kinder, direkt unmöglich.

Ferner ist es unmöglich, in irgendeinem für den ganzen Staat geltenden Gesetz zu bestimmen, wie groß eine nationale Minderheit sein muß, damit sie ein Recht habe auf eine besondere Schule oder besondere Lehrer in Ergänzungsfächern usw.

Dagegen kann ein für den ganzen Staat geltendes Gesetz über die Gleichberechtigung in besonderen Verordnungen, in Beschlüssen der Gebietslandtage, Städte, Semstvos, Gemeinden usw. sehr wohl detailliert ausgearbeitet und weiterentwickelt werden.

## 6. ZENTRALISATION UND AUTONOMIE

Herr Libman schreibt in seiner Erwiderung:

„Man nehme bei uns Litauen, die baltischen Provinzen, Polen, Wolhynien, Südrußland usw., und man wird überall eine *gemischte* Bevölkerung vorfinden; es gibt dort keine einzige Stadt ohne eine große nationale Minderheit. Mag man die Dezentralisierung noch so weit treiben, stets wird man in verschiedenen Ortschaften (hauptsächlich in den Stadtgemeinden) verschiedene Nationalitäten beieinander finden, und gerade der Demokratismus liefert die nationale Minderheit der nationalen Mehrheit aus. Bekanntlich aber steht W. I. einem solchen föderativen Staatsaufbau und einer endlosen Dezentralisation, wie die



Schweizerische Eidgenossenschaft sie hat, feindlich gegenüber. Fragt sich nun, weshalb er die Schweiz als Beispiel angeführt hat.“

Weshalb ich das Beispiel der Schweiz angeführt habe, ist bereits oben erläutert worden. Ebenso wurde auch erläutert, daß das Problem, wie die Rechte der nationalen Minderheit zu schützen sind, *nur* durch ein für den ganzen Staat geltendes Gesetz in einem konsequent demokratischen, nicht vom Grundsatz der Gleichberechtigung abweichenden Staate lösbar ist. In dem angeführten Zitat aber wiederholt Herr Libman noch eine der gangbarsten (und unrichtigsten) Einwendungen (oder skeptischen Bemerkungen), die gewöhnlich gegen das marxistische nationale Programm erhoben werden und deshalb eine Untersuchung verdienen.

Die Marxisten stehen selbstverständlich der Föderation und der Dezentralisation feindlich gegenüber, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Kapitalismus für seine Entwicklung möglichst große und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. *Unter sonst gleichbleibenden Umständen* wird das klassenbewußte Proletariat stets für einen größeren Staat eintreten. Es wird stets gegen mittelalterlichen Partikularismus ankämpfen, wird stets den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu großen Territorien begrüßen, auf denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann.

Eine breite und rasche Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus *erfordert* große, staatlich zusammengeschlossene und vereinigte Territorien, auf denen allein – alle alten, mittelalterlichen, ständischen, englokalen, kleinnationalen, konfessionellen und sonstigen Schranken niederreißend – die Klasse der Bourgeoisie, und mit ihr auch ihr unvermeidlicher Antipode, die Klasse der Proletarier, sich zusammenschließen kann.

Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, d. h. auf Los-trennung und Bildung eines selbständigen Nationalstaates, werden wir noch gesondert sprechen.\* Aber solange und soweit verschiedene Nationen einen Einheitsstaat bilden, werden die Marxisten unter keinen Umständen das föderative Prinzip oder die Dezentralisation propagieren. Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 395–461. *Die Red.*

Weg zum Sozialismus als über einen solchen (mit dem Kapitalismus unlösbar verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.

Es wäre jedoch unverzeihlich zu vergessen, daß wir, wenn wir den Zentralismus verfechten, ausschließlich den demokratischen Zentralismus verfechten. In dieser Beziehung haben alle Spießier überhaupt und das nationalistische Spießertum (darunter auch der verstorbene Dragomanow<sup>14</sup>) im besonderen die Frage dermaßen verwirrt, daß man immer von neuem seine Zeit auf ihre Entwirrung verwenden muß.

Der demokratische Zentralismus schließt die lokale Selbstverwaltung mit einer *Autonomie* für Gebiete, die sich durch besondere Wirtschafts- und Lebensbedingungen, durch eine besondere nationale Zusammensetzung der Bevölkerung usw. auszeichnen, keineswegs aus, er verlangt im Gegenteil notwendigerweise sowohl das eine als auch das andere. Bei uns wird fortwährend Zentralismus mit Willkür und Bürokratismus verwechselt. Die Geschichte Rußlands mußte naturgemäß eine solche Verwechslung verursachen, aber für einen Marxisten bleibt sie trotzdem ganz unverzeihlich.

Das läßt sich am besten an einem konkreten Beispiel erläutern.

Rosa Luxemburg macht in ihrem ausführlichen Artikel „Nationale Frage und Autonomie“\* unter zahlreichen anderen ergötzlichen Fehlern (darüber weiter unten) den besonders ergötzlichen Fehler, daß sie die Forderung der Autonomie auf Polen allein zu beschränken versucht.

Sehen wir jedoch zunächst zu, wie sie die Autonomie definiert.

Rosa Luxemburg erkennt an – und als Marxistin ist sie natürlich hierzu verpflichtet –, daß alle für die kapitalistische Gesellschaft wichtigen und wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Fragen keinesfalls in die Kompetenz der autonomen Landtage einzelner Gebiete fallen dürfen, sondern ausschließlich vom zentralen gesamtstaatlichen Parlament geregelt werden müssen. Zu diesen Fragen gehören: die Zollpolitik, die Industrie- und Handelsgesetzgebung, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen (Eisenbahn, Post, Telegraf, Telefon usw.), das Militärwesen, das Steuersystem, das Zivil-\*\* und Strafrecht, die allgemeinen Grundsätze des

\* „Przegląd Socjaldemokratyczny“<sup>15</sup>, Kraków 1908 und 1909.

\*\* Rosa Luxemburg geht bei der Entwicklung ihres Gedankens sogar auf Einzelheiten ein und erwähnt z. B. mit vollem Recht die Ehescheidungsgesetzgebung (Nr. 12, S. 162 der genannten Zeitschrift).

Schulwesens (zum Beispiel Gesetze über die ausschließlich weltliche Schule, die allgemeine Schulpflicht, den Minimal-Lehrplan, eine demokratische Schulordnung usw.), die Arbeitsschutzgesetzgebung, die politischen Freiheiten (Koalitionsrecht) usw. usf.

Die autonomen Landtage sind – auf der Grundlage der gesamtstaatlichen Gesetzgebung – für Fragen zuständig, die von rein lokaler, regionaler oder rein nationaler Bedeutung sind. Rosa Luxemburg entwickelt auch diesen Gedanken sehr – um nicht zu sagen übermäßig – detailliert, so weist sie zum Beispiel hin auf den Bau von Lokalbahnen (Nr. 12, S. 149), auf örtliche Landstraßen (Nr. 14/15, S. 376) usw.

Es liegt klar auf der Hand, daß man sich einen modernen, wirklich demokratischen Staat *ohne* Gewährung einer solchen Autonomie für jedes Gebiet mit nur einigermaßen wesentlicher Eigenart der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, mit besonderer nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung usw. nicht vorstellen kann. Das Prinzip des Zentralismus, der im Interesse der Entwicklung des Kapitalismus unentbehrlich ist, wird durch eine solche (lokale und regionale) Autonomie nicht nur nicht untergraben, sondern im Gegenteil gerade dank ihr – *demokratisch* und nicht bürokratisch – verwirklicht. Die umfassende, freie und schnelle Entwicklung des Kapitalismus wäre unmöglich oder zumindest äußerst erschwert *ohne* eine solche Autonomie, die sowohl die Konzentration des Kapitals als auch die Entfaltung der Produktivkräfte sowie den Zusammenschluß der Bourgeoisie und des Proletariats im *gesamtstaatlichen* Maßstab *erleichtert*. Denn die bürokratische Einmischung in *rein* lokale (regionale, nationale usw.) Angelegenheiten ist eins der allergrößten Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Entwicklung überhaupt und im besonderen ein Hindernis für den *Zentralismus* in gewichtigen, großen, grundlegenden Fragen.

Deshalb kann man sich kaum eines Lächelns erwehren, wenn man liest, wie unsere prächtige Rosa Luxemburg bemüht ist, mit ernstester Miene und in „rein marxistischen“ Worten nachzuweisen, daß die Forderung nach Autonomie *allein* auf Polen anwendbar sei, *nur* als Ausnahme! Selbstverständlich gibt es hier keine Spur von „Lokal“patriotismus – hier sind lediglich „sachliche“ Erwägungen im Spiel . . . zum Beispiel in bezug auf Litauen.

Rosa Luxemburg nimmt vier Gouvernements: Wilna, Kowno, Grodno

und Suwalki und versichert den Lesern (und sich selbst), daß die Litauer „hauptsächlich“ in diesen Gouvernements leben, wobei sie nach Zusammenzählung der Bevölkerung dieser Gouvernements 23 % Litauer und, rechnet man die Shmuden zu den Litauern, 31 % der Gesamtbevölkerung erhält, das heißt weniger als ein Drittel. Die Schlußfolgerung lautet selbstverständlich, daß der Gedanke einer Autonomie Litauens „willkürlich und erkünstelt“ sei (Nr. 10, S. 807).

Der mit den allbekannten Mängeln unserer russischen amtlichen Statistik vertraute Leser wird sofort den Fehler Rosa Luxemburgs erkennen. Weshalb war es nötig, das Gouvernement Grodno zu nehmen, wo die Litauer nur 0,2 %, zwei Zehntel Prozent, ausmachen? Wozu war es nötig, das ganze Gouvernement Wilna und nicht bloß den Kreis Troki zu nehmen, wo die Litauer die *Mehrheit* der Bevölkerung bilden? Wozu war es nötig, das ganze Gouvernement Suwalki zu nehmen, wodurch die Zahl der Litauer mit 52 % seiner Bevölkerung bestimmt wird, nicht aber die litauischen Kreise dieses Gouvernements, d. h. die fünf der sieben Kreise, in denen die Litauer 72 % der Bevölkerung ausmachen?

Es ist lächerlich, von den Bedingungen und Erfordernissen des modernen Kapitalismus zu sprechen und sich dabei nicht an die „moderne“, nicht an die „kapitalistische“, sondern an die mittelalterliche, feudale, amtsbürokratische administrative Einteilung Rußlands zu halten, noch dazu in ihrer größten Form (Gouvernements und nicht Kreise). Es ist sonnenklar, daß keine Rede sein kann von irgendeiner einigermaßen ernst zu nehmenden lokalen Reform in Rußland, ohne daß diese Einteilung beseitigt und durch eine *wirklich* „moderne“ Einteilung ersetzt wird, die wirklich den Forderungen *nicht* des Fiskus, *nicht* der Bürokratie, *nicht* der Routine, *nicht* der Gutsbesitzer, *nicht* der Pfaffen, sondern den Erfordernissen des Kapitalismus entspricht, wobei zu den modernen Erfordernissen des Kapitalismus zweifelsohne die Forderung größtmöglicher Einheitlichkeit in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung gehören wird, da die Nationalität, die Gleichheit der Sprache ein wichtiger Faktor ist für die vollständige Eroberung des inneren Marktes und für die volle Freiheit des Wirtschaftsverkehrs.

Kurios, daß dieser offenkundige Fehler Rosa Luxemburgs von dem Bundisten Medem wiederholt wird, der nicht die „ungewöhnlichen“ Eigen tümlichkeiten Polens nachweisen will, sondern die Untauglichkeit des

Prinzips der territorialen nationalen Autonomie (die Bundisten sind für eine exterritoriale nationale Autonomie!). Unsere Bundisten und Liquidatoren sammeln in der ganzen Welt alle Fehler und alle opportunistischen Schwankungen von Sozialdemokraten verschiedener Länder und verschiedener Nationen, wobei sie unbedingt das *Schlechteste* von der internationalen Sozialdemokratie in ihr Arsenal übernehmen: Ausschnitte aus den bundistischen und liquidatorischen Schreibereien könnten, zusammengefaßt, ein mustergültiges sozialdemokratisches *Museum des schlechten Geschmacks* abgeben.

Die Gebietsautonomie, belehrt uns Medem, eignet sich für ein Gebiet, für eine „Region“, nicht aber für den lettischen, den estnischen usw. Bezirk mit einer Bevölkerung von einer halben Million bis zu zwei Millionen und der Fläche eines Gouvernements. „Das wäre keine Autonomie, sondern einfach ein *Semstwo* . . . Über diesem *Semstwo* müßte man eine wirkliche Autonomie aufbauen . . .“, und der Verfasser verurteilt die „Zerreißung“ der alten Gouvernements und Kreise.\*

Wirklich „zerrissen“ und verstümmelt werden die Bedingungen für den modernen Kapitalismus durch die Beibehaltung der mittelalterlichen, aus der Zeit der Leibeigenschaft stammenden, fiskalisch-administrativen Einteilung. Nur vom Geist dieser Einteilung erfüllte Menschen können „mit gelehrter Kennermiene“ über die Gegenüberstellung von „*Semstwo*“ und „Autonomie“ rasonieren und sich darum sorgen, daß der Schablone nach großen Gebieten die „Autonomie“ und kleinen Gebieten das *Semstwo* zukomme. Der moderne Kapitalismus erfordert diese bürokratischen Schablonen gar nicht. Warum es keine autonomen nationalen Bezirke geben kann mit einer Bevölkerung von nicht nur einer halben Million, sondern auch schon von 50 000 Einwohnern, warum sich solche Bezirke nicht auf die verschiedenste Art und Weise mit Nachbarbezirken verschiedener Größe vereinigen können zu einer einheitlichen autonomen „Region“, wenn das zweckmäßig, wenn das für den Wirtschaftsverkehr erforderlich ist – das alles bleibt ein Geheimnis des Bundisten Medem.

Bemerkt sei, daß das Brünner nationale Programm der Sozialdemokratie sich voll und ganz auf den Boden der territorialen nationalen Autonomie stellt, denn es schlägt vor, Österreich „an Stelle der historischen

\* W. Medem, „Zur nationalen Frage in Rußland“, „Westnik Jewropy“<sup>46</sup>, 1912, Nr. 8 und 9.

Kronländer“ in „national abgegrenzte“ Selbstverwaltungskörper einzuteilen (§ 2 des Brüner Programms). So weit würden wir nicht gehen. Zweifellos ist die einheitliche nationale Zusammensetzung der Bevölkerung einer der sichersten Faktoren für einen freien und umfassenden, wirklich modernen Handelsverkehr. Zweifellos wird kein einziger Marxist und sogar kein einziger entschiedener Demokrat die österreichischen Kronländer oder die russischen Gouvernements und Kreise verteidigen (diese sind nicht so schlimm wie die österreichischen Kronländer, aber dennoch sehr schlimm) und die Notwendigkeit bestreiten, diese veraltete Einteilung durch eine der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung möglichst entsprechende Einteilung zu ersetzen. Schließlich ist es zweifellos für die Beseitigung jeder nationalen Unterdrückung äußerst wichtig, autonome Bezirke, sei es von ganz geringer Größe, mit geschlossener, einheitlicher nationaler Zusammensetzung zu schaffen, wobei auch freie Verbände jeglicher Art, Angehörige der betreffenden Nationalität, die in allen Ecken und Enden des Landes oder sogar des Erdballs verstreut sind, zu diesen Bezirken „tendieren“ und mit ihnen Beziehungen anknüpfen könnten. Das alles ist unbestreitbar, das alles kann nur vom Standpunkt verknöchertes Bürokraten aus bestritten werden.

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung ist zwar *einer* der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren, *nicht* aber der *einzigste* und *nicht* der *wichtigste* von ihnen. Die Städte z. B. spielen unter dem Kapitalismus eine *überaus wichtige* wirtschaftliche Rolle, und die Städte zeichnen sich überall – sowohl in Polen als auch in Litauen, in der Ukraine wie in Großrußland usw. – durch die bunteste nationale Zusammensetzung der Bevölkerung aus. Es ist absurd und unmöglich, die Städte um des „nationalen“ Moments willen von den wirtschaftlich zu ihnen tendierenden Dörfern und Bezirken zu trennen. Deshalb dürfen sich die Marxisten nicht ganz und ausschließlich auf den Boden des Prinzips „nationaler Territorien“ stellen.

Weit richtiger als die österreichische ist denn auch die von der letzten Beratung der Marxisten Rußlands entworfene Lösung der Aufgabe. In dieser Beratung wurde zu der erwähnten Frage der folgende Leitsatz aufgestellt:

„... notwendig ist ... eine weitgehende Gebietsautonomie“ (selbstverständlich nicht für Polen allein, sondern für alle Gebiete Rußlands) „und eine völlig

demokratische lokale Selbstverwaltung unter Festlegung der Grenzen der sich selbst verwaltenden und autonomen Gebiete“ (nicht gemäß den Grenzen der gegenwärtigen Gouvernements, Kreise usw.), sondern „auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.“\*

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung steht hier *in einer Reihe* mit anderen Bedingungen (allen voran den wirtschaftlichen, dann denen der Lebensweise usw.), die als Grundlage dienen sollen für die Festlegung neuer, dem modernen Kapitalismus und nicht fiskalischem Geiste und Asiatentum entsprechender Grenzen. Nur die örtliche Bevölkerung selbst vermag alle diese Bedingungen ganz genau „zu berücksichtigen“, und auf Grund dieser Berücksichtigung wird das zentrale Parlament des Staates die Grenzen der autonomen Gebiete und die Kompetenzsphäre der autonomen Landtage bestimmen.

\*

Es bleibt noch die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu erörtern. In dieser Frage hat sich eine ganze Kollektion von Opportunisten aller Nationalitäten, sowohl der Liquidator Semkowski als auch der Bundist Libman und der ukrainische Nationalsoziale Lew Jurkewitsch, darangemacht, die Fehler Rosa Luxemburgs „zu popularisieren“. Den nächsten Artikel werden wir dieser durch die ganze „Kollektion“ heillos verwirrten Frage widmen.

---

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 385, russ. *Die Red.*

## NOCH EINMAL ÜBER DAS INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE BÜRO UND ÜBER DIE LIQUIDATOREN

Der grundlegende Charakterzug der Publizisten von der „Nowaja Likwidatorskaja Gaseta“, die Heuchelei, gesteigert durch ohnmächtige Bosheit, hatte noch nie jene Grenzen erreicht, die sie in den Artikeln der Liquidatoren über den Beschluß des Internationalen Büros<sup>17</sup> erreichte.

Wie weit sie gegangen sind, geht schon daraus hervor, daß der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans, schon nach ihren ersten Artikeln über dieses Thema gezwungen war, den Genossen Popow zu bevollmächtigen, den russischen Arbeitern seinen Protest zur Kenntnis zu bringen gegen die Versuche der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“, die „mangelnde Informiertheit“ der russischen Leser „in ihrem Fraktionsinteresse auszunutzen“, sowie gegen die „absolute Falschheit und Illoyalität“ der von den Liquidatoren durch die Presse verbreiteten Nachrichten über die Beschlüsse des Büros.

Nachdem nun die Publizisten von der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ aus dem Munde des Sekretärs des Büros eine so schallende . . . Charakteristik erhalten haben, können wir ihre Versuche, uns der Entstellung des wahren Charakters der in London gefaßten Beschlüsse zu beschuldigen, ganz ruhig übergehen. Leute, die der Sekretär des Büros öffentlich überführt hat, daß sie dessen Beschlüsse „in ihrem Fraktionsinteresse ausnutzen“ und sich ihnen gegenüber „illoyal“ verhalten, können ihre Hochachtung vor der Internationale usw. so laut hinausschreien, wie sie wollen, es wird ihnen schwerlich jemand Glauben schenken. Jeder Arbeiter kennt jetzt die wahre Bezeichnung für jene Manipulationen, mit deren Hilfe Herr D.<sup>18</sup> mit großer Anstrengung aus der Resolution des Büros sowohl die „Methoden beim Aufbau“ der Partei als auch die „Verurteilung“ der



Sechs, die „Ablehnung“ unserer „Ansprüche“ sowie die „Anerkennung“ des sozialdemokratischen Charakters der „Lewica“ herausliest. Literarische Taschenspielererei mit den Resolutionen des Büros ist noch kein Kennzeichen für die Achtung vor diesen Resolutionen, Herr D.!

Wie groß ist doch die Konfusion dieser Taschenspieler! Man sehe, wie sie auf Schritt und Tritt genötigt sind, sich selbst zu widerlegen!

1. In Nr. 102 teilt Herr D. feierlich mit: „Das Internationale Sozialistische Büro hat den Austritt der sechs Abgeordneten aus der Fraktion *verurteilt*“; in der übernächsten Nummer, in Nr. 104, erklärt ein anderer Taschenspieler, Herr L. S.<sup>49</sup>, nicht weniger feierlich: „Das Internationale Sozialistische Büro hat weder Belobigungszeugnisse *noch Tadel* ausgeteilt.“ Und – man beachte! – beide Ehrenmänner sind mit dem Beschluß des Büros höchlichst zufrieden: der eine deswegen, weil es „*verurteilt*“, der andere deswegen, weil es keine Verurteilungen ausgesprochen hat! Kann man sich eine größere Konfusion vorstellen?

Die Herren Liquidatoren haben allerdings allen Anlaß, konfus zu sein! Der Hauptpunkt der Resolution des Büros besagt unzweideutig folgendes: *Bevor irgendein praktischer Schritt zur Einheit unternommen wird, muß Klarheit über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten geschaffen werden.*

Und dieser Beschluß ist vollkommen richtig.

Wenn wir der Arbeiterklasse nicht unter dem Namen der „Einheit“ eine formlose Mischung der verschiedensten Elemente bescheren wollen, wenn wir die tatsächliche Einheit der *Arbeit* wollen, dann muß der erste, unbedingt notwendige Schritt dazu in der genauen Klarstellung der „trennenden Punkte“ bestehen. Mögen die „trennenden Punkte“ durch eine „gemeinsame Aussprache“ genau herausgearbeitet werden, dann wird klar werden, ob man von irgendwelchen praktischen Schritten zur Vereinigung sprechen kann. So lautet die Fragestellung in der Resolution des Büros. Wir begrüßen diese Fragestellung voll und ganz. Den Vorschlag des Internationalen Sozialistischen Büros haben wir damit beantwortet, daß wir die Arbeiter aufforderten, die Meinungsverschiedenheiten nochmals ruhig und gründlich zu besprechen und ihre Meinung über die trennenden Punkte zu äußern. Wir haben unsererseits versprochen, den ausländischen Genossen bei der Information über die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf jede Art und Weise behilflich zu sein.

Die in Nr. 9 der „Proletarskaja Prawda“ veröffentlichte Resolution enthält eine ganz richtige Zusammenstellung der Auffassungen, die uns von den Liquidatoren trennen.<sup>20</sup> Das muß unsere Antwort auf den Vorschlag des Büros sein, und es konnte und kann natürlich keinen anderen Weg geben für diejenigen, die es ernst nehmen mit dem Beschluß des Büros, „eine gemeinsame Aussprache über die trennenden Punkte“ herbeizuführen.

Aber – und darin besteht die ganze Frage! – für die Herren Liquidatoren gibt es nichts Unangenehmeres, Unerwünschteres und Unannehmeres als die Klarstellung der herrschenden theoretischen, programmatischen, taktischen und organisatorischen Meinungsverschiedenheiten. All ihr falsches Spiel, ihre Entstellungen und Schmähungen im Zusammenhang mit der Resolution des Büros bezwecken ausschließlich, diese Forderung der Resolution nach einer vorhergehenden Klarstellung der Meinungsverschiedenheiten zu *vertuschen*. Sowohl Herr L. S. als auch Herr D. übereilen sich übereifrig: ob man sich denn nicht irgendwie „vereinigen“ könne, ohne in dem ideologischen „Fragebogen“ der sich Vereinigenden „nachzuschlagen“; ob es nicht auch ohne „Zitate aus alten Zeitschriften und Zeitungen“ gehe, meint Herr L. S. besorgt; ist es nicht möglich, das „Vergangene“ zu vergessen, bemerkt allzu besorgt Herr D. – Wir verstehen sie sehr gut, nichts Angenehmes liegt für Herrn L. S. in der Erinnerung an die Artikel über die Illegalität (Nr. 15 [101] des „Lutsch“) oder für Herrn D. in der Erinnerung an die Losung „Kampf für die Legalität“. Auch wir schließen uns dem Beschluß des Büros durchaus an, soweit er empfiehlt, Fehler der Vergangenheit nicht auszugraben. Wir werden den Herren Liquidatoren die von ihnen erbetene Amnestie für die „Fehler der Vergangenheit“ nicht verweigern. Das Vergangene interessiert uns nicht um seiner selbst willen, uns interessiert die heutige und die morgige Arbeit. Und eben was diese Arbeit anbelangt, möchten wir wissen, ob die Hetze gegen die Illegalität in den Zeitungen der Liquidatoren *fortgesetzt* werden wird, ob sie *fortfabren* werden, die „drei Grundpfeiler“<sup>21</sup> gegenwärtig für unpassend zu betrachten, ob sie die Entstellung des Programms durch die „Augustleute“ verteidigen werden, usw.

Die Klarstellung dieser Fragen und des Grades der Differenzen in diesen Fragen ist gemäß der Resolution des Büros die *Vorbedingung* eines

jeden Schrittes vorwärts in der Einheitsfrage, wenn man nicht, wie die Liquidatoren, die „Einheit“ in dem Sinne versteht, daß alle, denen es beliebt, sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen, prinzipienlos in einen Topf geworfen werden.

„Die Anklagepunkte sind bereits formuliert“, wettet Herr L. S. Wir möchten hier nicht an das Sprichwort von dem Dieb erinnern, der sich selbst verrät, aber warum hält denn Herr L. S. bloße Friedensbedingungen für „Anklagen“? Wir sagen: Die Organisation, die aus der Vereinigung hervorgehen würde, müßte auf den und den Prinzipien beruhen: auf der Anerkennung des alten Programms, der bekannten Organisationsform, der uneingeschränkten Losungen, der energischen Taktik usw. Doch Sie erklären sofort, diese Formulierung des Programms, der Taktik und der Aufgaben der Organisation sei nichts anderes als eine „vollständige Liste der Sünden der Liquidatoren“. Sie tun uns sehr leid, aber weder wir noch das Büro kennen eine andere Methode, neue Organisationen aufzubauen, als auf dem Wege der klaren Darlegung ihres Programms, ihrer Taktik usw.

Wir haben uns jedoch einer noch schwereren Sünde schuldig gemacht. Wir haben nicht nur die Bedingungen für die Schaffung der Organisation aufgestellt, das heißt nicht nur die Friedensbedingungen klar dargelegt, sondern überdies noch diese Bedingungen dem Urteil der Arbeiter unterbreitet.

Wir bestehen darauf, daß es, außer dem von uns gewählten, keinen anderen Weg gibt, dem Beschluß des Büros nachzukommen.

Das Büro ruft *alle*, die sich Sozialdemokraten nennen, auf, die sie trennenden Meinungsverschiedenheiten klarzustellen und damit einen Schritt zu tun, der der Lösung des Problems der Einheit vorangehen muß.

Die von uns veröffentlichte Resolution reagierte auf den Aufruf des Büros mit einer „Liste“ der Anschauungen über die Grundfragen des Programms, der Taktik und der Organisation und mit der Übergabe dieser unserer „Liste“ an die Genossen Arbeiter zur Erörterung. Wenn die Herren Liquidatoren unserem Beispiel folgten, so hätten wir in mehr oder weniger naher Zukunft die klar formulierten Meinungen aller Teile und genaue Klarheit darüber, auf wessen Seite die Mehrheit der organisierten Arbeiter steht. Die Aufgabe, die das Internationale Sozialistische

Büro dem russischen Proletariat gestellt hat, würde damit ihrer Lösung nähergebracht. Aber die Liquidatoren werden diesen Weg natürlich konsequent meiden, aus dem einfachen Grunde, weil es für die Interessen ihrer Gruppe gleichermaßen unvorteilhaft ist, ihre politischen Ansichten deutlich zu formulieren wie auch sie dem Urteil breiter Arbeiterkreise zu unterbreiten.

Unter diesen Umständen werden sie unvermeidlich bestrebt sein, an die Stelle einer deutlichen „Klarstellung der Meinungsverschiedenheiten“, wie sie das Büro fordert, kleinliches, persönliches Gezänk, Entstellungen und Fälschungen zu setzen, die nur geeignet sind, die Arbeit des Büros zu erschweren, und sie werden ständig jene Belehrung über „Loyalität“ nötig machen, die der Sekretär der Internationale bereits gezwungen war, den Herren Liquidatoren zu erteilen.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 11,  
19. Dezember 1913.

*Nach dem Text der*  
*„Proletarskaja Prawda“.*

---

## DER NATIONALLIBERALISMUS UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

In der Absicht, Herrn Mogiljanski, der sich verrannt hatte, zu helfen, brachte die Redaktion der liberalen „Retsch“<sup>22</sup> unlängst (Nr. 340) eine nichtgezeichnete, d. h. eine offiziell redaktionelle Erklärung zu der wichtigen Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Einer direkten Antwort ausweichend, versicherte Herr Mogiljanski, daß seine Ansicht „mit der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nichts gemein hat“. Nun erklärt die „Retsch“ offiziell, daß der Paragraph 11 des Programms der Kadettenpartei „zur Frage des Rechts auf freie *kulturelle* Selbstbestimmung eine direkte, exakte und klare Antwort“ gibt.

Das von uns hervorgehobene Wort ist besonders wichtig, weil sowohl im ersten Aufsatz des Herrn Mogiljanski als auch in der Antwort des Herrn Donzow sowie in der Polemik des Herrn Mogiljanski gegen Herrn Donzow eben *nicht* von der „kulturellen“ Selbstbestimmung die Rede war. Es war von der *politischen* Selbstbestimmung der Nationen, das heißt von dem Recht der Nationen auf Lostrennung die Rede, während die Liberalen unter der „kulturellen Selbstbestimmung“ (ein sinnloser, schwülstiger Wortgebrauch, der der *ganzen* Geschichte der Demokratie widerspricht) im Grunde nur den freien Gebrauch der Muttersprache verstehen.

Die „Retsch“ behauptet jetzt, die „Proletarskaja Prawda“ bringe hoffnungslos die Selbstbestimmung mit dem „Separatismus“, der Lostrennung dieser oder jener Nation durcheinander.

Auf wessen Seite liegt hier eine hoffnungslose (oder vielleicht absichtliche . . .) Verwechslung vor?

Wollen unsere aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ in Abrede stellen, daß in der ganzen Geschichte der internationalen Demokratie, namentlich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, unter der Selbstbestimmung der Nationen eben die *politische* Selbstbestimmung, d. h. das Recht auf Lostrennung, auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates verstanden wird?

Wollen unsere aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ in Abrede stellen, daß der Londoner Internationale Sozialistenkongreß im Jahre 1896, als er das anerkannte demokratische Prinzip wieder anführte (worauf sich der Kongreß natürlich nicht beschränkte), ebenfalls gerade die *politische* und durchaus nicht irgendeine „kulturelle“ Selbstbestimmung im Auge hatte?

Wollen unsere aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ in Abrede stellen, daß z. B. Plechanow, als er bereits im Jahre 1902 über die Selbstbestimmung schrieb, darunter eben die politische Selbstbestimmung verstand?

Erklären Sie sich doch bitte etwas genauer, meine Herren, enthalten Sie dem „Pöbel“ nicht die Früchte Ihrer „Aufklärung“ vor!

Zur Sache selbst erklärt die „Retsch“:

*„Die Kadetten haben es in der Tat auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf ‚Lostrennung der Nationen‘ vom russischen Staat einzutreten.“*

Herrlich! Wir danken für die Aufrichtigkeit und für die durchaus grundsätzliche Erklärung! Wir machen die „Rossija“, das „Nowoje Wremja“, die „Semschtschina“<sup>23</sup> u. a. auf diese „ausnehmend loyale“ Erklärung des offiziellen Organs der Kadetten aufmerksam!

Aber nehmen Sie es nicht übel, meine Herren Kadetten, wenn man Sie eben deshalb *Nationalliberale* nennen muß. Gerade hier ist eine der Grundlagen Ihres Chauvinismus und Ihres ideologisch-politischen Blocks mit den Purischkewitsch (oder Ihrer ideologisch-politischen Abhängigkeit von ihnen). Die Purischkewitsch und ihre Klasse erziehen die unaufgeklärte Masse in dem „festen“ Bewußtsein des „Rechts“, „festhalten und nicht loslassen“. Die Herren Kadetten haben die Geschichte studiert und wissen sehr gut; zu welchen... gelinde gesagt... „pogromartigen“ Handlungen die praktische Anwendung dieses „angestammten Rechts“

oft geführt hat. Ein Demokrat könnte nicht Demokrat bleiben (wir sprechen schon gar nicht von der proletarischen Demokratie), ohne gerade unter den großrussischen Massen und gerade in russischer Sprache die „Selbstbestimmung“ der Nationen im politischen und nicht im „kulturellen“ Sinne systematisch zu propagieren.

Der Nationalliberalismus wird allerorts eben dadurch gekennzeichnet, daß er sich gänzlich auf den Boden der Verhältnisse (und Grenzen) stellt, die von der Klasse der Purischkewitsch bestimmt und durch die Methoden der Purischkewitsch (oft entgegen den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und der „Kultur“) aufrechterhalten werden. Das bedeutet in Wirklichkeit die Anpassung an die Interessen der Fronherren und an die schlimmsten nationalistischen Vorurteile der herrschenden Nation an Stelle eines systematischen Kampfes gegen diese Vorurteile.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 12,  
20. Dezember 1913.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.

## DIE VOLKSTÜMLERRICHTUNG UND DAS LIQUIDATORENTUM ALS ELEMENTE DES ZERFALLS IN DER ARBEITERBEWEGUNG

Kürzlich erschien in der Petersburger Zeitung der Volkstümmer, in der „Sewernaja Mysl“<sup>24</sup>, eine Korrespondenz aus Riga über den Verlauf der Versicherungskampagne. Der Verfasser, B. Braines, schrieb unter anderem:

„Eine Boykottbewegung ist nur bei den Schuhmachern zu bemerken, wo Boykottgruppen gebildet worden sind. Die Hauptinspiratoren der Boykottgruppen sind leider die Volkstümmer. In den anderen Betrieben verläuft die Kampagne flau.“

Dieses offenerzige Geständnis wirft ein grelles Licht auf den heutigen Zustand und die politische Bedeutung der Volkstümlerrichtung in Rußland. Unerwarteterweise wird die Richtigkeit der Einschätzung der Volkstümlerrichtung, wie sie von der Beratung der Marxisten<sup>25</sup> gegeben wurde, von den Volkstümlern selbst besonders eindrucksvoll bestätigt.

Man bedenke nur: Die Zeitung der linken Volkstümmer, nicht imstande, mit irgendeiner Widerlegung aufzutreten, gibt dem *Bedauern* ihres Korrespondenten darüber Raum, daß die *Volkstümmer* die „*Hauptinspiratoren*“ der Boykottgruppen sind!

Das ist ein Musterbeispiel für die politische Zersetzung der Volkstümlerrichtung. Das ist ein Musterbeispiel für russische Prinzipienlosigkeit und Sorglosigkeit in Sachen der Partei. Bei diesem Beispiel muß man verweilen, weil uns das Beispiel aus dem Leben einer „fremden“ Partei besonders anschaulich die wahren Ursachen eines Übels zeigt, das überhaupt sehr verbreitet ist und unter dem wir sehr zu leiden haben.

Unter den Volkstümlern entstanden zur Zeit der Konterrevolution viele verschiedene, faktisch voneinander fast unabhängige Strömungen



und Gruppen. Hier wirkten sich offenbar sowohl bei den Volkstümlern als auch bei den Marxisten allgemeine Ursachen aus, die in der ganzen geschichtlichen Situation des Systems vom 3. Juni ihre Wurzeln haben. Bei den Volkstümlern traten gesondert, z. B. in der Presse, sowohl solche Gruppen auf, die weit mehr liquidatorisch waren als die unsrigen (die Pariser Publikationen der Jahre 1908–1910), als auch Gruppen von schon ganz anarchistischem Charakter, und die hervorragendsten Publizisten ihrer Richtung sanken zu liberalen und Renegatenreden hinab (Herr W. Tschernow in den „Sawety“<sup>26</sup>) usw.

Dennoch aber scheinen formell, nach außen hin die Volkstümler weit „geeinter“ zu sein als die Marxisten. Bei den Volkstümlern gibt es keine direkte Spaltung, keinen erbitterten, hartnäckigen, systematischen und langwierigen inneren Kampf, bei ihnen bleibt – auf den ersten Blick – immer ein gewisser allgemeiner Zusammenhalt bestehen, in ihrer ganzen Literatur begegnet man fortwährend stolzen Berufungen auf die volkstümlerische „Einheit“ im Gegensatz zur „marxistischen“ (und am allermeisten zur „bolschewistischen“) „Neigung zu Zwistigkeiten und Spaltungen“.

Wer den Sinn und die Bedeutung der Vorgänge in der Arbeiterbewegung Rußlands und im russischen Sozialismus verstehen will, muß über diese Gegenüberstellung von „marxistischen Spaltungen“ und „volkstümlerischer Einheit“ sehr reiflich nachdenken.

Bei uns, unter den Marxisten und solchen, die sich zu den Marxisten zählen, gibt es ebenfalls nicht wenige Gruppen, Grüppchen und Grüpplein, die faktisch fast unabhängig voneinander sind und eifrig die „Einheit“ (im Geiste der Volkstümler) predigen und noch eifriger die „marxistischen Spaltungen“ verurteilen.

Worum handelt es sich hier? Sollen wir auf die „volkstümlerische Einheit“ neidisch sein? Sollen wir die Ursachen des erwähnten Unterschieds in schlechten persönlichen Eigenschaften „gewisser“ „Führer“ (eine sehr verbreitete Methode) oder in der schlechten Neigung der Marxisten zum „Dogmatismus“, zur „Unduldsamkeit“ usw. suchen?

Man betrachte die Tatsachen. Die Tatsachen sagen uns, daß die Volkstümler weit duldsamer und versöhnlicher sind, daß sie „einiger“ sind und bei ihnen die Fülle von Grüppchen nicht von schroffen Spaltungen begleitet ist. Und gleichzeitig sagen uns die Tatsachen ganz unbestreitbar,

daß die Volkstümler politisch *ohnmächtig* sind, keine organisierten und festen Verbindungen mit den Massen haben und *keinerlei* politische Massenaktion durchzuführen imstande sind. Das Beispiel der Rigaer Volkstümler, die den Boykott vertreten, illustriert lediglich mit besonderer Prägnanz, was sich nicht nur bei der Versicherungskampagne, sondern auch bei den Wahlen zur Reichsduma wie auch in der Streikbewegung und in der Arbeiterpresse (sogar umfassender: in der demokratischen Presse überhaupt) sowie bei den Gewerkschaften usw. gezeigt hat. In Nr. 2 der Zeitung der linken Volkstümler, „Sewernaja Mysl“, lesen wir z. B.:

*„Zur Ehre der Marxisten muß bemerkt werden, daß sie gegenwärtig in den Verbänden“ (es handelt sich um die Gewerkschaftsverbände) „großen Einfluß haben, wird dagegen, die linken Volkstümler, arbeiten in ihnen ohne einen bestimmten Plan und machten uns deshalb fast gar nicht bemerkbar.“*

Was ist das für eine sonderbare Sache? Die versöhnlichen, duldsamen, „einigen“, sich nicht spaltenden, weitherzigen, nicht dogmatischen Volkstümler führen – *trotz ihres heißen Wunsches und Strebens* – weder eine Versicherungskampagne durch, noch haben sie Einfluß in den Gewerkschaften oder weisen eine organisierte Gruppe in der Reichsduma auf. Doch bei den „dogmatischen“, „sich endlos spaltenden“ und damit sich angeblich schwächenden Marxisten sehen wir eine ausgezeichnet durchgeführte Kampagne bei den Wahlen zur IV. Duma, sehen wir eine erfolgreiche Tätigkeit in den Gewerkschaften, sehen wir eine vorzügliche und einmütige Versicherungskampagne, eine ganz gute Arbeit in der Streikbewegung, sehen wir einheitliche, prinzipiell konsequente Beschlüsse, denen die offenkundige und unbestreitbare Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter einig, entschlossen und überzeugt folgt.

Ist das nicht sonderbar? Ist die „Versöhnlichkeit“ der Volkstümler samt ihren vielen anderen herrlichen Herzenseigenschaften nicht eine *taube Blüte*?

Eben, eine taube Blüte! Die „Einheit“ kleiner Intellektuellengröppchen aller möglichen Schattierungen wird von den Volkstümlern um den Preis ihrer vollständigen politischen Ohnmacht unter den Massen erkaufte.

Auch bei uns, den Marxisten, stellen die am meisten über die Einheit lamentierenden Grüppchen – Trotzlisten, Liquidatoren, „Versöhner“, „Tyszkianer“ – ebenfalls die Ohnmacht der Intellektuellen dar, während die tatsächlichen, nicht erdachten, sondern aus dem Leben erwachsenden politischen Kampagnen (Wahl- und Versicherungskampagnen, Kampagne für die Tagespresse, Streikkampagne usw.) zeigen, daß sich die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter um jene scharf, die am häufigsten, eifrigsten und erbittertsten als „Spalter“ beschimpft werden.

Die Schlußfolgerung ist klar, und wie unangenehm sie für die Vielzahl von Intellektuellengrüppchen auch sein möge – die Entwicklung der Arbeiterbewegung wird dazu zwingen, sie anzuerkennen. Diese Schlußfolgerung besteht darin, daß die Versuche, die „Einheit“ durch die „Verständigung“ oder durch das „Bündnis“ solcher Intellektuellengrüppchen herzustellen, die in Wirklichkeit Tendenzen vertreten, die für die Arbeiterbewegung schädlich sind (Volkstümlerrichtung, Liquidatorentum u. dgl. m.) – daß solche Versuche lediglich zu völliger Zersetzung und Ohnmacht führen. Sowohl die Volkstümlerrichtung als auch das Liquidatorentum haben dies durch ihr trauriges Beispiel bewiesen.

Nur gegen diese Gruppen, Grüppchen und Grüpplein entsteht (in schwerem Kampfe, der unter den bürgerlichen Verhältnissen und angesichts einer Unmenge kleinbürgerlicher Schwankungen unvermeidlich ist) die wirkliche Einheit der von der Mehrheit der klassenbewußten Proletarier geführten Arbeitermassen.

Naive Leute mögen nun fragen: Wie kann man denn die Intellektuellengrüppchen, die der Arbeiterbewegung Schaden zufügen, die sie zersetzen und zur Ohnmacht verurteilen, von jenen oder jener Gruppe unterscheiden, die ideologisch die Arbeiterbewegung verkörpert, die sie zusammenschweißt und dadurch vereinigt und festigt? Es gibt nur zwei Mittel, um sie zu unterscheiden: die Theorie und die praktische Erfahrung. Man muß den theoretischen Inhalt solcher Geistesströmungen wie die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum (der wichtigsten die Arbeiterbewegung zersetzenden kleinbürgerlichen Strömungen) ernsthaft untersuchen. Man muß die praktische Erfahrung der proletarischen Massenbewegung aufmerksam studieren, und zwar vom Standpunkt des Zusammenschlusses der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter auf dem Boden einheitlicher, durchdachter und prinzipieller Beschlüsse, die sowohl

bei den Wahlen und bei der Versicherungskampagne als auch bei der Tätigkeit in den Gewerkschaften und der Streikbewegung sowie für die „Illegalität“ usw. zur Anwendung gelangen.

Wer sich in die Theorie des Marxismus hineindenkt, wer die praktische Erfahrung der letzten Jahre eingehend betrachtet, der wird begreifen, daß sich in Rußland trotz der buntscheckigen, lärmenden, großmäuligen (in der Tat aber hohlen und schädlichen) Grüppchen der Volkstümler, Liquidatoren u. a. der Zusammenschluß der Elemente einer wirklichen Arbeiterpartei vollzieht. Die Einheit der Arbeiterklasse erwächst aus dem Zerfall dieser Grüppchen, die vom Proletariat eliminiert werden.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 12,  
20. Dezember 1913.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.

## ZU KAUTSKYS BRIEF<sup>27</sup>

K. Kautsky hat (endlich!) eingesehen, daß der Tyszkasche Zirkel „Tyszkas“ und Rosa Luxemburgs nicht die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter vertritt und daß man mit dem Warschauer und dem Lodzer Kollektiv rechnen muß.

Es ist gut, daß er die Tatsachen, die den in Rußland tätigen Marxisten schon *seit Jahren* bekannt sind, endlich begriffen hat. Aber gerade die Tatsache, daß Rosa L. und Tyszka *jabrelang* eine *Fiktion* als Realität hinzustellen vermochten, zeigt, wie bedauerlich schlecht die deutschen Sozialdemokraten, darunter auch Kautsky, informiert sind!

Eine noch schlechtere Kenntnis der Dinge legt Kautsky an den Tag, wenn er schreibt, der „linke Flügel (Lewica)“ der PPS habe sich, „soweit er unterrichtet ist“, von der „Prawica“ der PPS abgesondert, um sich *völlig* auf sozialdemokratischen Boden zu stellen.

Es ist bekannt – kann man hier sagen –, daß Kautsky diesmal über das, wovon er schreibt, *überhaupt nicht* unterrichtet ist. Der Leser sehe sich zum Beispiel den Artikel Henryk Kamiński „Vom Nationalismus zum Liquidatorentum“ an („Proswechtschenije“ Nr. 10). – Dieser Verfasser ist Pole und *kennt* das gut, worüber er schreibt. Aus dem Artikel ersieht der Leser, daß die „Lewica“ der PPS durchaus *nicht* aus Sozialdemokraten besteht. Und es wäre ja lächerlich zu glauben, daß Leute, die wünschen und *fähig* sind, sich *völlig* auf sozialdemokratischen Boden zu stellen, ein „eigenes“ Programm und einen nicht sozialdemokratischen Parteinamen beibehalten könnten.

Die kommende „Aussprache“ *aller* sozialdemokratischen Fraktionen Rußlands und Polens, bei Vermittlung des Exekutivkomitees des Inter-

nationalen Sozialistischen Büros, wird den Fehler Kautskys klarstellen und zeigen, daß *kein* polnischer Sozialdemokrat die „Lewica“ der PPS als eine sozialdemokratische Partei betrachtet, noch betrachten kann.

Wir fügen hinzu, daß Kautsky (obwohl er gerade im „Vorwärts“ schreibt) mit keiner Silbe die Art und Weise widerlegt, in welcher derselbe „Vorwärts“ seine Ausführungen über das „Verschwinden der alten Partei“ in Rußland wiedergegeben hat. Die bevorstehende „Aussprache“ wird diesen ungeheuerlichen Fehler Kautskys ebenfalls ans Licht bringen.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 12,  
20. Dezember 1913.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.

„NOWOJE WREMJA“ UND „RETSCH“  
 ÜBER DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT  
 DER NATIONEN

Wie zu erwarten war, bekundete das „Nowoje Wremja“ Interesse für die Polemik zwischen den Sozialdemokraten und den Kadetten über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. In seiner Nr. 13 563 schreibt das Hauptorgan des großrussischen Nationalismus:

„Was für die Sozialdemokraten ein Axiom politischer Weisheit darstellt“ (d. h. die Anerkennung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung), „das fängt heutzutage sogar unter den Kadetten an, Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen.“

Trotz dieser Stichelei der Schwarzhunderter gegen die Liberalen (das Wörtchen „sogar“) sieht sich das „Nowoje Wremja“ genötigt, die Erklärung der „Retsch“ anzuführen, daß „die Kadetten es niemals auf sich genommen haben, für das Recht der Nationen auf Lostrennung vom russischen Staat einzutreten“.

Diese Erklärung ist so eindeutig, daß das „Nowoje Wremja“ zu Ausflüchten greifen muß. Es schreibt:

„Der dehnbare Begriff der kulturellen Selbstbestimmung unterscheidet sich, den Tatsachen nach zu urteilen, vom Gesichtspunkt der Kadetten aus, vom Eintreten für den Separatismus offenbar nur in den Methoden.“

Doch das „Nowoje Wremja“ selbst hat den Unterschied zwischen der sinnlosen „kulturellen“ und der tatsächlichen, d. h. *politischen* Selbstbestimmung ausgezeichnet erfaßt, denn wir lesen weiter:

„Die Herren Kadetten aber haben es in der Tat niemals auf sich genommen, für das Recht der Nationen auf Lostrennung vom russischen Staat... anders einzutreten als auf dem unvergleichlich mehr kulturellen Wege, ihre Presseorgane von Fremdstämmigen und Juden unterstützen zu lassen.“

Die alte, abgedroschene, lächerliche Methode der Schwarzhunderter, den Liberalen vorzuwerfen, sie werden von den Juden unterstützt! Aber trotzdem darf man wegen dieser einfältigen Methoden das Wesentliche nicht vergessen: wesentlich ist, daß das „Nowoje Wremja“ den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kadetten durchaus begriffen hat, wenn es zugibt, daß es die Kadetten nicht auf sich genommen haben, für das *Recht auf Lostrennung* einzutreten.

Der Unterschied zwischen Kadetten und Sozialdemokraten ist der Unterschied zwischen Nationalliberalen und konsequenten Demokraten.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 16,  
25. Dezember 1913.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.



## BRIEF AN DIE REDAKTION

Herr Martow hat die in der „Proletarskaja Prawda“ bereits vermerkte Tatsache, daß ich der *Unterkommission* für die Streikfrage nicht angehört habe und daß ich in der *Kommission gegen die „kriminelle Strafbarkeit“* aufgetreten bin\*, *bestätigt*. Es bleibt mir jetzt nur übrig, hinzuzufügen, daß ich keineswegs nur für eine „Verminderung“ der Strafbarkeit eingetreten bin, wie Herr Martow „sich erinnert“, sondern selbstverständlich für die *gänzliche Unzulässigkeit* eines solchen Punktes. Und ich hatte nicht nötig, Abänderungsanträge einzubringen, denn in dem damals behandelten Entwurf *gab es überhaupt keinen* derartigen Punkt, und lediglich Herr Th. Dan hat erfolglos versucht, ihn hineinzubringen (selbst L. Martow entschloß sich damals, Herrn Th. Dan zu widersprechen).

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 17,  
29. Dezember 1913.  
Unterschrift: N. L e n i n.

*Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.*

---

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 473/474, russ. *Die Red.*

## 4000 RUBEL IM JAHR UND SECHSSTÜNDIGER ARBEITSTAG

Das ist der Kampftruf der klassenbewußten amerikanischen Arbeiter. Bei uns – erklären sie – gibt es nur *eine* politische Frage, und das ist die Frage des Einkommens der Arbeiter und ihres Arbeitstages.

Dem russischen Arbeiter wird eine solche Zusammenfassung aller sozialen und politischen Fragen zu einer einzigen Frage auf den ersten Blick höchst seltsam und unbegreiflich erscheinen. Aber in den Vereinigten Staaten von Amerika, in dem fortgeschrittensten Staat, mit fast voller politischer Freiheit und am höchsten entwickelten demokratischen Institutionen, bei gewaltigen Fortschritten in der Arbeitsproduktivität – ist es durchaus natürlich, daß die Frage des Sozialismus in den Vordergrund gerückt wird.

Dank voller politischer Freiheit ist es in Amerika besser als irgendwo anders möglich, die Gesamterzeugung der Reichtümer im Lande zu berechnen und eine statistische Aufstellung über die Produktion abzufassen. Und diese, auf einwandfreien Angaben begründete Berechnung zeigt, daß es in Amerika rund gerechnet 15 Millionen Arbeiterfamilien gibt.

Diese Arbeiterfamilien erzeugen zusammen jährlich Gebrauchsgüter für 60 Milliarden, d. h. 60 000 Millionen Rubel. Das macht 4000 Rubel im Jahr pro Arbeiterfamilie.

Aber gegenwärtig, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, fällt den Arbeitern, die neun Zehntel der Bevölkerung ausmachen, nur die Hälfte dieser gewaltigen Produktion zu, nur 30 000 Millionen. Die andere Hälfte nimmt sich die Klasse der Kapitalisten, die mit allen ihren

Apologeten und Schmarotzern nur den zehnten Teil der Bevölkerung ausmacht.

Wie in den anderen Ländern wütet auch in Amerika die Arbeitslosigkeit, und das Leben wird immer teurer. Die Not der Arbeiter wird immer qualvoller und unerträglicher. Die amerikanische Statistik hat ergeben, daß *etwa die Hälfte* aller Arbeiter *nicht voll* beschäftigt ist. Und was für eine Unmenge gesellschaftlicher Arbeit wird noch infolge der Aufrechterhaltung der vernunftwidrigen, rückständigen, zersplitterten Kleinproduktion verschwendet, besonders in der Landwirtschaft und im Handel!

In Amerika werden dank voller politischer Freiheit und dem Fehlen feudaler Gutsbesitzer Maschinen in größerem Ausmaß als irgendwo anders in der Welt angewendet. In Amerika beziffert sich allein in der verarbeitenden Industrie die maschinelle Kraft insgesamt *auf 18 Millionen* Pferdestärken der Dampfmaschinen. Und zu gleicher Zeit hat die Erforschung sämtlicher Energiequellen in Gestalt des Wassergefälles gezeigt, daß Amerika, laut Bericht vom 14. März 1912, bei Verwandlung der Kraft des Wassergefälles in Elektrizität mit einem Schlag noch weitere *60 Millionen* Pferdestärken erhalten kann!

Das Land ist schon heute unermeßlich reich, und es kann seine Reichtümer sofort *verdreifachen*, kann die Produktivität seiner gesellschaftlichen Arbeit *verdreifachen* und damit *allen* Arbeiterfamilien eine erträgliche, des vernunftbegabten menschlichen Wesens würdige Höhe des Einkommens und eine nicht übermäßige Dauer des Arbeitstages, 6 Stunden täglich, sichern.

Infolge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber sehen wir neben einer erschreckenden Arbeitslosigkeit und Armut in den Großstädten Amerikas, ja auch auf dem Lande, neben zweckloser Vergeudung menschlicher Arbeit einen unerhörten Luxus der Milliardäre, der Reichen, deren Vermögen sich auf Milliarden, auf Tausende von Millionen beläuft.

Die amerikanische Arbeiterklasse wird rasch aufgeklärt und schließt sich zu einer mächtigen proletarischen Partei zusammen. Unter allen Werktätigen wachsen die Sympathien für sie. Die Lohnsklaven Amerikas, die mit Hilfe ausgezeichneter Maschinen arbeiten und auf Schritt und Tritt die Wunder der Technik und die großartigen Erfolge der Arbeit auf Grund der Organisation der Großproduktion sehen, beginnen ihre

Aufgaben klar zu erkennen und einfache, allen verständliche, naheliegende Forderungen zu stellen: 4000 Rubel Einkommen für jede Arbeiterfamilie und sechsstündigen Arbeitstag.

In jedem zivilisierten Land der Welt ist dieses Ziel der amerikanischen Arbeiter ebenfalls ein durchaus erreichbares Ziel; aber dazu sind die Hauptbedingungen der Freiheit im Lande erforderlich . . .

Und es gibt keinen anderen Weg zu einer freien Zukunft als durch die eigenen bildenden, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen.

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 19,  
1. Januar 1914.  
Unterschrift: J.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.

## IST EINE OBLIGATORISCHE STAATSSPRACHE NOTWENDIG?

Die Liberalen unterscheiden sich von den Reaktionären dadurch, daß sie wenigstens der *Elementarschule* das Recht zugestehen, den Unterricht in der Muttersprache zu erteilen. Sie sind sich aber mit den Reaktionären vollkommen einig darüber, daß es eine obligatorische Staatssprache geben muß.

Was heißt das, obligatorische Staatssprache? Praktisch heißt das, daß die Sprache der Großrussen, die die *Minderheit* der Bevölkerung Rußlands bilden, der ganzen übrigen Bevölkerung Rußlands aufgezwungen wird. In jeder Schule soll der Unterricht der Staatssprache *obligatorisch* sein. Sämtliche Amtsgeschäfte sollen unbedingt in der Staatssprache und nicht in der Sprache der örtlichen Bevölkerung geführt werden.

Womit wird die Notwendigkeit der obligatorischen Staatssprache von denjenigen Parteien gerechtfertigt, die sie verteidigen?

Die „Beweisgründe“ der Schwarzhunderter sind natürlich kurz und bündig: alle Fremdstämmigen sind mit harter Hand anzupacken, und es darf nicht zugelassen werden, daß sie „aus der Zucht geraten“. Rußland muß ungeteilt bleiben, und alle Völker müssen sich dem großrussischen Element unterordnen, da die Großrussen angeblich die Erbauer und Mehrerer des russischen Landes waren. Deshalb muß die Sprache der herrschenden Klasse die obligatorische Staatssprache sein. Die Herren Purischkewitsch hätten sogar nichts dagegen, die „hündischen Dialekte“, die von den fast 60 Prozent der Bevölkerung Rußlands ausmachenden Nicht-Großrussen gesprochen werden, ganz und gar zu verbieten.

Die Stellung der Liberalen ist viel „kultivierter“ und „feiner“. Sie sind dafür, daß die Muttersprache in gewissen Grenzen (zum Beispiel in

den Elementarschulen) zugelassen werde. Aber gleichzeitig treten sie für die obligatorische Staatssprache ein. Das sei notwendig im Interesse der „Kultur“, im Interesse des „einheitlichen“ und „unteilbaren“ Rußlands usw.

„Die Staatlichkeit ist die Bekräftigung der Kultureinheit . . . Einen Bestandteil der Staatskultur bildet unbedingt die Staatssprache . . . Der Staatlichkeit liegt die Einheit der Macht zugrunde, und die Staatssprache ist das Werkzeug dieser Einheit. Die Staatssprache besitzt eine ebenso zwingende und allgemein verpflichtende Macht wie alle übrigen Formen der Staatlichkeit . . .

Wenn es Rußland beschieden sein soll, einheitlich und ungeteilt zu bleiben, so muß mit aller Entschiedenheit die staatliche Zweckmäßigkeit der russischen Schriftsprache verteidigt werden.“

Das ist die typische Philosophie eines Liberalen in der Frage der Notwendigkeit der Staatssprache.

Die oben zitierten Sätze haben wir dem Aufsatz des Herrn S. Patraschkin in der liberalen Zeitung „Den“<sup>28</sup> (Nr. 7) entnommen. Das Organ der Schwarzhunderter, das „Nowoje Wremja“, hat den Verfasser für solche Gedanken aus sehr begreiflichen Gründen mit einem saftigen Kuß belohnt. Herr Patraschkin spreche hier „ganz vernünftige Gedanken“ aus, erklärte die Zeitung Menschikows (Nr. 13 588). Die Schwarzhunderter loben fortwährend auch die nationalliberale „Russkaja Mysl“<sup>29</sup> für solche überaus „vernünftigen“ Gedanken. Und wie sollten sie sie nicht loben, da doch die Liberalen mit Hilfe von „kulturellen“ Begründungen das propagieren, was den Leuten vom „Nowoje Wremja“ so gefällt?

Die russische Sprache ist erhaben und gewaltig, sagen uns die Liberalen. So wollt ihr denn wirklich nicht, daß jeder, der in einem beliebigen Grenzgebiet Rußlands lebt, diese erhabene und gewaltige Sprache verstehe? Seht ihr denn nicht, daß die russische Sprache die Literatur der Fremdstämmigen bereichern und ihnen die Möglichkeit bieten wird, der großen Kulturwerte teilhaftig zu werden usw.?

Das ist alles richtig, ihr Herren Liberalen, antworten wir ihnen. Wir wissen besser als ihr, daß die Sprache Turgenjews, Tolstois, Dobroljubows und Tschernyschewskis erhaben und gewaltig ist. Wir wünschen dringender als ihr, daß unter den unterdrückten Klassen aller Rußland bewohnenden Nationen, ohne Unterschied, eine möglichst enge Gemeinschaft und eine brüderliche Einheit zustande komme. Und wir treten

selbstverständlich dafür ein, daß jeder Einwohner Rußlands die Möglichkeit habe, die erhabene russische Sprache zu erlernen.

Wir wollen nur eins nicht: das Element des *Zwangs*. Wir wollen die Menschen nicht mit dem Knüttel ins Paradies treiben. Denn, wieviel schöne Phrasen ihr über die „Kultur“ auch machen mögt – die *obligatorische* Staatssprache ist mit Zwang und Einhämmern verbunden. Wir glauben, daß die erhabene und gewaltige russische Sprache es nicht nötig hat, daß jemand, wer immer es auch sei, gezwungen wird, sie *unter Stockhieben* zu erlernen. Wir sind überzeugt, daß die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und überhaupt der gesamte Verlauf des gesellschaftlichen Lebens zur gegenseitigen Annäherung der Nationen führt. Hunderttausende Menschen werden von einem Ende Rußlands an das andere geworfen, die Bevölkerung vermischt sich in ihrer nationalen Zusammensetzung, Absonderung und nationale Verknöcherung müssen verschwinden. Diejenigen, die infolge ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Kenntnis der russischen Sprache angewiesen sind, werden sie auch ohne Stockhiebe erlernen. Der Zwang (der Stock) aber wird nur dazu führen, daß der erhabenen und gewaltigen russischen Sprache der Eingang in die übrigen nationalen Gruppen erschwert wird, und vor allem dazu, daß sich die Feindschaft verschärft, Millionen neuer Reibereien geschaffen sowie die Gereiztheit und das gegenseitige Nichtverstehen vermehrt werden usw.

Wer braucht das? Das russische Volk, die russische Demokratie brauchen das nicht. Das russische Volk erkennt *keinerlei* nationale Unterdrückung an, selbst nicht „im Interesse der russischen Kultur und Staatlichkeit“.

Das ist der Grund, weshalb die russischen Marxisten sagen, es ist notwendig, daß *keine* obligatorische Staatssprache besteht, wobei der Bevölkerung Schulen zu gewährleisten sind mit Unterricht in allen regionalen Sprachen, und wobei ein grundlegendes Gesetz in die Verfassung aufzunehmen ist, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation, alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungültig erklärt werden . . .

„Proletarskaja Prawda“ Nr. 14 (32),  
18. Januar 1914.

Nach dem Text der  
„Proletarskaja Prawda“.

## AN C. HUYSMANS

Auf Ihren persönlichen Wunsch schreibe ich im eigenen Namen den untenstehenden kurzen Bericht (bref rapport), wobei ich im voraus bitte, die Unzulänglichkeiten dieses Berichts (rapport) in Anbetracht äußersten Zeitmangels zu entschuldigen. Das Zentralkomitee unserer Partei wird wahrscheinlich Gelegenheit finden, dem Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros seinen offiziellen Bericht zu übermitteln\* und auch die möglichen Fehler meines privaten Berichts zu korrigieren.

Worin bestehen die Meinungsverschiedenheiten (dissentiments) zwischen dem ZK unserer Partei und dem *Organisationskomitee*? So lautet die Frage. Die Meinungsverschiedenheiten lassen sich in folgenden sechs Punkten zusammenfassen:

## I

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands wurde im Jahre 1898 als *illegale* Partei gegründet und ist *stets* eine solche geblieben. Auch heute kann unsere Partei nicht anders als illegal existieren, denn in Rußland ist selbst die Partei der gemäßigten Liberalen nicht legalisiert.

Vor der russischen Revolution von 1905 jedoch besaßen die Liberalen ein illegales Presseorgan im Ausland.<sup>30</sup> Nach der Niederlage der Revolution wandten sich die Liberalen von ihr ab und verwerfen empört den Gedanken einer illegalen Presse. Und nun entsteht nach der Revolution beim opportunistischen Flügel unserer Partei die Idee des Verzichts auf die illegale Partei, ihrer *Liquidierung* (daher die Bezeichnung „*Liquidatoren*“), ihrer *Ersetzung* durch eine legale („offene“) Partei.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 230–233. *Die Red.*



Unsere gesamte Partei hat zweimal, sowohl im Jahre 1908 als auch im Jahre 1910, das Liquidatorientum *in aller Form* und unbedingt verurteilt.<sup>31</sup> Die Differenzen sind hier absolut unversöhnlich. Man kann die illegale Partei nicht zusammen mit jenen wiederherstellen und aufbauen, die nicht an sie glauben und sie überhaupt nicht aufbauen wollen.

Das OK und die Augustkonferenz von 1912, von der es gewählt wurde, anerkennen *in Worten* die illegale Partei. *In der Tat* aber fuhr die Zeitung der Liquidatoren in Rußland (der „Lutsch“ und die „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ in den Jahren 1912/1913) nach den Beschlüssen der Augustkonferenz fort, in der legalen Presse ihre *Angriffe* gegen das bloße Bestehen der illegalen Partei zu richten (viele Artikel von L. S., Th. D., Sassulitsch u. a.).

Vom OK trennt uns somit der Umstand, daß das OK eine Fiktion ist, da es sich den Worten nach nicht als liquidatorisch betrachtet, in der Tat aber die Liquidatorengruppe in Rußland deckt und beschönigt.

Uns trennt der Umstand, daß das OK das Liquidatorientum nicht entschieden und unwiderruflich verurteilen will (und es nicht kann, denn es ist der Gruppe der Liquidatoren gegenüber machtlos).

Wir können die illegale Partei nicht anders aufbauen als im Kampf gegen jene Leute, die in der legalen Presse über sie herfallen. In Rußland gibt es jetzt (seit 1912) zwei Tageszeitungen für die Arbeiter in St. Petersburg: die eine führt die Beschlüsse der illegalen Partei durch und setzt sie in die Praxis um („Prawda“); die andere („Lutsch“ bzw. „Nowaja Rabotschaja Gaseta“) fällt über die illegale Partei her, macht sich über sie lustig und flößt den Arbeitern den Gedanken ein, sie sei nicht nötig. Solange diese Zeitung der Liquidatorengruppe ihre Richtung nicht grundlegend ändert, oder solange das OK sie nicht entschieden verurteilt und die Beziehungen zu ihr abbricht, ist die Einheit der illegalen Partei mit einer Gruppe, die gegen das Bestehen der illegalen Partei kämpft, unmöglich.

## II

Uns trennen von den Liquidatoren dieselben Meinungsverschiedenheiten, die überall Reformisten und Revolutionäre voneinander trennen. Diese Meinungsverschiedenheiten werden aber bei uns dadurch besonders

verschärft und unversöhnlich gemacht, daß die Liquidatoren in der legalen Presse die revolutionären Losungen bekämpfen. Die Einheit ist unmöglich mit einer Gruppe, die zum Beispiel in der legalen Presse erklärt, die Losung der Republik oder der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien sei für die Agitation unter den Massen ungeeignet. Wir können dieser Propaganda, die – objektiv – gleichbedeutend ist mit Verrat am Sozialismus und dem Übergang zu Zugeständnissen an den Liberalismus und die Monarchie, in der legalen Presse nicht entgegenreten.

Die russische Monarchie aber ist von der Art, daß es noch einer Reihe von Revolutionen bedarf, um den russischen Zaren den Konstitutionalismus beizubringen.

Unmöglich ist die Einheit unserer illegalen Partei, die illegal revolutionäre Streiks und Demonstrationen organisiert, mit einer Gruppe von Literaten, die in der legalen Presse die Streikbewegung als „Streikfieber“ bezeichnen.

### III

Uns trennt ferner die nationale Frage. Sie ist in Rußland sehr zugespitzt. Das Programm unserer Partei anerkennt die sogenannte „exterritoriale nationale Autonomie“ absolut nicht. Sie zu verteidigen kommt in Wirklichkeit der Propaganda eines verfeinerten bürgerlichen Nationalismus gleich. Die Augustkonferenz der Liquidatoren (1912) hat indessen, unter direkter Verletzung des Parteiprogramms, diese „exterritoriale nationale Autonomie“ anerkannt. Gen. Plechanow, der als Neutraler zwischen dem ZK und dem OK steht, hat sich gegen diese Verletzung des Programms gewandt und sie als eine Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus bezeichnet.

Uns trennt der Umstand, daß das OK seinen unser Parteiprogramm verletzenden Beschluß nicht zurücknehmen will.

### IV

Weiter trennt uns die nationale Frage in organisatorischer Hinsicht. Der Kongreß von Kopenhagen hat die Trennung der Gewerkschaften nach Nationalitäten direkt verurteilt.<sup>32</sup> Und die Erfahrung Österreichs

hat gezeigt, daß es unmöglich ist, in dieser Beziehung einen Unterschied zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei des Proletariats zu machen.

Unsere Partei hat stets den Standpunkt einer einheitlichen, internationalen Organisation der Sozialdemokratischen Partei vertreten. Im Jahre 1908, vor der Spaltung, wiederholte die Partei die Forderung nach Verschmelzung aller nationalen sozialdemokratischen lokalen Organisationen.

Uns trennt vom „Bund“, einer gesonderten Organisation der jüdischen Arbeiter, die das OK unterstützt, der Umstand, daß sich der „Bund“ entgegen den Parteibeschlüssen entschieden weigert, das Prinzip der Einheit aller lokalen nationalen Organisationen zu verkünden und diese Vereinigung tatsächlich durchzuführen.

Es muß betont werden, daß sich der „Bund“ nicht nur weigert, eine solche Vereinigung mit den unserem ZK untergeordneten Organisationen zu vollziehen, sondern daß er sie auch nicht mit der Lettischen Sozialdemokratischen Partei, mit der Polnischen Sozialdemokratie und mit der Polnischen Sozialistischen Partei (Lewica) vollziehen will. Deshalb weisen wir es zurück, wenn der „Bund“ sich als Vereiniger hinstellt, und erklären, daß gerade der „Bund“ der Spalter ist, da er die internationale Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter in den lokalen Organisationen nicht herstellt.

## V

Uns trennt jener Schritt des OK, daß es das Bündnis der Liquidatoren und des „Bund“ mit der nichtsozialdemokratischen Partei PPS (Lewica) verteidigt – *gegen* den Willen beider Teile der Polnischen Sozialdemokratie.

Die Polnische Sozialdemokratie gehörte unserer Partei schon seit 1906/1907 an.

Die PPS (Lewica) hat unserer Partei *niemals* angehört.

Das OK begeht einen himmelschreienden Akt der Spaltung, wenn es mit der PPS ein Bündnis *gegen* beide Teile der Polnischen Sozialdemokratie eingeht.

Das OK und seine Anhänger unter den Dumaabgeordneten begehen einen himmelschreienden Akt der Spaltung, wenn sie trotz der in aller

Form vorgebrachten Proteste beider Teile der Polnischen Sozialdemokratie den Nichtsozialdemokraten Jagiello, ein Mitglied der PPS, in die sozialdemokratische Dumafraktion aufnehmen.

Uns trennt vom OK der Umstand, daß es dieses zur Spaltung beitragende Bündnis mit der PPS (Lewica) nicht verurteilen und auflösen will.

## VI

Schließlich trennt uns sowohl vom OK als auch von vielen Auslandsgruppen und fiktiven Organisationen der Umstand, daß unsere Gegner nicht offen, loyal und vorbehaltlos anerkennen wollen, daß unsere Partei von der erdrückenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands unterstützt wird.

Diesem Umstand messen wir eine gewaltige Bedeutung bei, denn im Ausland werden auf Grund unbewiesener Behauptungen, die nicht bekräftigt werden können durch genaue, eine Überprüfung ermöglichende Angaben, oft himmelschreiende Unwahrheiten über den Stand der Dinge in Rußland verbreitet.

Eins von beiden: Entweder anerkennen unsere Gegner, daß unversöhnliche Differenzen mit uns vorhanden sind (dann sind ihre Reden über die Einheit heuchlerisch), oder sie sehen keine unversöhnlichen Differenzen (dann müssen sie in loyaler Weise unsere unbedingte Mehrheit anerkennen, wenn sie nicht zu Spaltern erklärt werden wollen).

Durch welche offenkundigen und nachprüfbaren Tatsachen läßt sich nun *beweisen*, auf wessen Seite die tatsächliche Mehrheit der klassenbewußten und organisierten sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands steht?

Erstens durch die Wahlen zur Reichsduma.

Zweitens durch Material aus den beiden sozialdemokratischen Zeitungen für das ganze Jahr 1912 und für fast das ganze Jahr 1913.

Es ist unschwer zu begreifen, daß die St.-Petersburger Tageszeitungen der beiden Richtungen während dieser zwei Jahre das einzige ernst zu nehmende Material über unsere Streitfragen bieten.

Drittens durch die Angaben über die offenen Erklärungen der Arbeiter in Rußland (in den Spalten *beider* Zeitungen) zugunsten der einen oder der anderen der beiden sozialdemokratischen Dumafraktionen.

Diese dreierlei Arten von Angaben sind alle im offiziellen Bericht

Обединено (29)  
за 2 года управлене  
Съединеното кралство  
ср. зорин в Россия,  
на явлени пред-  
варно признае как  
организационен  
метод. Огнуринго  
нео ма то европеи.

Кто признае  
неисправно нар-  
дно, того ма обви-  
нени в раскол,

30  
если он не  
требуется признать  
каким организацион-  
ный метод, подве-  
денный Делоркель-  
сверши и всей  
Семьдесятая созда-  
тельная рабочая.

Маме моей  
красный доктор.  
А. С. упр. Н. Семин.  
Вручил  
Дружеско 31 I - 1 II. 1914.

unseres ZK an das Internationale Sozialistische Büro (Tagung vom 14. Dezember 1913) veröffentlicht. Ich wiederhole diese Angaben kurz:

Erstens. Bei den Wahlen zur II. Duma (1907) hatten die „Bolschewiki“ (d. h. unsere Anhänger) 47% aller Abgeordneten der Arbeiterkurie; in der III. Duma (1907–1912) 50%; in der IV. Duma 67%.

Zweitens. In den 21 Monaten vom 1. Januar 1912 bis zum 1. Oktober 1913 wurden in den beiden Arbeiterzeitungen St. Petersburgs Abrechnungen über Geldsammlungen von Arbeitergruppen veröffentlicht: es waren 556 bei den Liquidatoren und *allen* ihren Verbündeten, und 2181 Gruppen bei unserer Partei.

Drittens. Für unsere Dumafraktion haben sich (bis zum 20. November 1913) 4850 Arbeiter *mit ihrer Unterschrift* ausgesprochen, gegenüber 2539 zugunsten der Liquidatoren (und aller ihrer Verbündeten: des „Bund“, der Kaukasier usw. usf.).

Diese genauen und eine Nachprüfung gestattenden Angaben beweisen, daß wir während dieser zwei Jahre, trotz der unerhörten Schwierigkeiten einer illegalen Partei in Rußland, die *erdrückende Mehrheit* der sozialdemokratischen Arbeitergruppen Rußlands *vereinigt haben*.

(Unser Übergewicht in der Herausgabe illegaler Literatur und der Veranstaltung illegaler, streng auf den Rahmen der Partei beschränkter Konferenzen ist noch größer.)

Da wir im Verlauf zweier Jahre die ungeheure Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeitergruppen Rußlands vereinigt haben, fordern wir die Anerkennung unserer Organisationsmethode. Wir können nicht von ihr abweichen.

Wer die illegale Partei anerkennt, den beschuldigen wir der Spaltung, wenn er unsere Organisationsmethode, die von einer zweijährigen Erfahrung und vom Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter bestätigt worden ist, nicht anerkennen will.

Das ist mein kurzer Bericht.

Mit sozialdemokratischem Gruß

N. Lenin

Brüssel, 31. I. – 1. II. 1914

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ (Die proletarische Revolution) Nr. 3 (26).

Nach dem Manuskript.

## ZUR FRAGE DER AUFGABEN DER SEMSTWOSTATISTIK

(*Gouvernementssemstwo von Pensa. Ergebnisse der taxations-statistischen Untersuchung des Gouvernements Pensa. Serie III. Untersuchung des Grundeigentums. Teil II. Hofzählung der Bauernwirtschaften. Abschnitt I. Informatorische Angaben über die Dörfer und ausführliche Tabellen nach den Ergebnissen der vollständigen Hofzählung. Lief. 3: Kreis Krasnoslobodsk. Pensa. 1913. Preis 1 Rubel. X + 191 Seiten.*)

Das Pensaer Semstwo stellt eine taxations-statistische Untersuchung an, nach einem Programm, das so vollständig und detailliert ist, daß es für jeden, der das ökonomische System Rußlands studiert, von ganz außerordentlich großem Interesse ist.

Es wird eine vollständige Hofzählung *aller* Bauernwirtschaften nach einem *gekürzten* Wirtschaftsfragebogen vorgenommen. Dann wird jede dritte Wirtschaft nach einem vollständigeren *kurzen* Wirtschaftsfragebogen und jede neunte nach einem noch vollständigeren, dem sog. *ausführlichen* Wirtschaftsfragebogen, ferner jede *siebenundzwanzigste* Wirtschaft nach einem noch vollständigeren *Spezialfragebogen* untersucht. Schließlich wird über das *Budget* von 25 Wirtschaften jedes Kreises (dies wird wahrscheinlich etwa ein Tausendstel der Gesamtzahl der Wirtschaften sein) eine ganz detaillierte Erhebung vorgenommen.

Insgesamt gibt es also *fünf* Grade von Ausführlichkeit der Untersuchung, wobei das vollständigere Programm unbedingt sämtliche Fragen des weniger vollständigen mit einschließt. Im Vorwort bestimmen die Verfasser die Vollständigkeit jeder dieser *fünf* Arten der Erhebung folgendermaßen:



„Das Budget umfaßt die ganze Produktion und Konsumtion des Bauernhofs.

Die spezielle Erhebung erfaßt bei jeder Wirtschaft den Verkauf und Kauf landwirtschaftlicher Produkte und den Umsatz in der Viehzucht (auf einem besonderen Formular) sowie sämtliche Fragen, die im ausführlichen Wirtschaftsfragebogen enthalten sind.

Im ausführlichen Wirtschaftsfragebogen werden sämtliche Besitztümer, Unternehmungen und Beschäftigungen der Mitglieder der Wirtschaft angeführt, werden die Angaben über Geschlecht, Alter und Elementarbildung der Familienmitglieder, der Wert des lebenden und toten Inventars und der Gebäude verzeichnet, werden die Einnahmen von den Unternehmungen und Beschäftigungen, die Ernte sowie die Ausgaben für Arbeitskräfte registriert.

Auf dem kurzen Wirtschaftsfragebogen verbleiben nur die Angaben über Geschlecht, Alter und Elementarbildung der Familienmitglieder und werden die Besitztümer, Unternehmungen und Beschäftigungen, das lebende und tote Inventar angeführt.

Auf dem gekürzten Wirtschaftsfragebogen wird registriert: Größe der Familie mit Teilung nach Geschlechtern, Zahl der männlichen Arbeitskräfte, Besitztümer und Unternehmungen der Familie, mit Ausnahme der gepachteten, das Großvieh, Elementarbildung und gewerbliche Beschäftigung der männlichen Arbeitskräfte sowie die Zahl der eine Schule besuchenden Knaben und Mädchen.“

Dem Werk liegt leider kein vollständiges Verzeichnis der Fragen aller fünf Arten der Erhebung bei. Beigegeben ist nur der kürzeste („gekürzte“) Fragebogen für jeden Hof, der (annähernd) eine nicht weniger ausführliche Erhebung der Wirtschaft enthält als die Fragebogen nach westeuropäischem Muster durchgeführter Agrarzählungen.

Wenn die Pensaer Statistiker das ganze Gouvernement nach dem obenerwähnten Programm untersuchen, so werden die gesammelten Angaben – das läßt sich ohne Übertreibung sagen – nahezu ideal sein. Nehmen wir an, es gäbe im Gouvernement 270 000 Höfe (in Wirklichkeit sind es wahrscheinlich mehr). Dann würden wir 90 000 Erhebungen mit Angaben über die Pachten und über das gesamte lebende und tote Inventar erhalten; ferner 30 000 Erhebungen mit Angaben über die Ernte (*jeder Wirtschaft*), über die Ausgaben für Arbeitskräfte, über den Wert des Inventars und der Gebäude; weiter 10 000 Erhebungen über den Verkauf und Kauf landwirtschaftlicher Produkte sowie des „Umsatzes in der Viehzucht“ (d. h. wahrscheinlich mit genauer Erhebung der Bedingungen der Haltung und der Fütterung des Viehs, der Produktivität

der Viehzucht u. a.); schließlich 250 Budgets, die, wenn man 10 typische Gruppen von Bauernwirtschaften annimmt, eine *erschöpfende* Erhebung *jeder* Gruppe, je 25 Budgets pro Gruppe, geben, d. h. durchaus genügen würden, um zuverlässige Durchschnittszahlen zu erhalten.

Mit einem Wort, bei Erfüllung dieses Programms wäre die bäuerliche Wirtschaft des Gouvernements Pensa ausgezeichnet erforscht, unvergleichlich besser, als dies bei den westeuropäischen Zählungen (die sich allerdings nicht nur auf Gouvernements, sondern auf das ganze Land erstrecken) der Fall ist.

Alles hängt nur von der *Verarbeitung* dieses ausgezeichneten Materials ab. Darin liegt die Hauptschwierigkeit. Das ist der wundeste Punkt unserer Semstwestatistik, die ausgezeichnet ist, was die Sorgfalt in der Arbeit und die Detailliertheit betrifft. Die Angaben über jeden der 300 000 Höfe (oder über jeden der 90 000, der 30 000, der 10 000) können ausgezeichnet sein, aber für wissenschaftliche Zwecke, für das Verstehen der Ökonomik Rußlands können diese Daten fast ganz verlorengehen, wenn ihre Verarbeitung unbefriedigend ist. Denn die Gesamtdurchschnitte für die Dorfgemeinden, Amtsbezirke, Kreise und Gouvernements besagen sehr wenig.

Gerade jetzt vollzieht sich in Rußland der Prozeß der kapitalistischen Umgestaltung der halbmittelalterlichen (patriarchalischen und fronherrlichen) Landwirtschaft. Dieser Prozeß deutete sich schon vor mehr als einem halben Jahrhundert an. Während dieser gewaltigen Zeitspanne ist in der ökonomischen Literatur Rußlands eine riesige Menge einzelner *Hinweise* auf verschiedene Merkmale dieses Prozesses gesammelt worden. Die Hauptsache ist jetzt, daß die in ihrer Detailliertheit, in der Sorgfalt, mit der sie gesammelt und überprüft wurden, ausgezeichneten, massenhaften Angaben der Semstwestatistik in entsprechender Weise *verarbeitet* werden. Sie müssen so verarbeitet werden, daß sich *eine Antwort ergibt*, eine genaue, objektive, auf die Masse von Daten gegründete Antwort *auf alle* Fragen, die von der mehr als halbhundertjährigen Analyse der Wirtschaft Rußlands nach den Reformen *aufgezeigt* oder angedeutet worden sind (und gegenwärtig wirft die Stolypinsche Agrargesetzgebung außerdem noch eine Menge sehr interessanter Fragen der Wirtschaft Rußlands *nach der Revolution* auf).

Die statistischen Daten müssen so verarbeitet werden, daß an Hand

dieser Daten der Prozeß des Zerfalls der alten Leibeigenen- und Fronwirtschaft, der Abarbeits- und Naturalwirtschaft sowie der Prozeß ihrer Ersetzung durch die warenproduzierende, kapitalistische Landwirtschaft studiert werden kann. Kein einziger gebildeter (in politisch-ökonomischer Hinsicht gebildeter) Mensch in Rußland kann heute daran zweifeln, daß dieser Prozeß stattfindet. Die Frage ist nur die, *wie* die ausgezeichneten Ergebnisse der Hofzählung zu verarbeiten sind, damit sie *nicht verlorengehen*, damit man, gestützt auf sie, *alle* Seiten dieses außerordentlich komplizierten und mannigfaltigen Prozesses erforschen kann.

Um diesen Ansprüchen zu genügen, muß die Verarbeitung der Ergebnisse der Hofzählung möglichst viele und möglichst rationell und detailliert zusammengestellte *Gruppen- und Kombinationstabellen* ergeben, damit man *alle* im Leben in Erscheinung getretenen oder *in Erscheinung tretenden* (das ist nicht minder wichtig) *Wirtschaftstypen* gesondert studieren kann. Ohne vielseitige und rationell aufgestellte Gruppen- und Kombinationstabellen werden die äußerst reichen Ergebnisse der Hofzählung geradezu verlorengehen. Darin liegt die größte Gefahr für die moderne Statistik, die in der letzten Zeit immer häufiger an einem gewissen, ich möchte sagen, „statistischen Kretinismus“ leidet; vor lauter Bäumen verschwindet der Wald, hinter Bergen von Zahlen verschwinden die *ökonomischen Typen* der Erscheinungen, Typen, die *nur* bei vielseitig und rationell zusammengestellten Gruppen- und Kombinationstabellen zum Vorschein kommen können.

Die Bedingung für die *Rationalität* ihrer Zusammenstellung ist aber vor allem die, daß der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in allen seinen Verzweigungen und Formen verfolgt werden kann. Als rationell läßt sich nur eine solche Verarbeitung bezeichnen, die es erlaubt, den Typ der am meisten erhalten gebliebenen Naturalwirtschaft und die verschiedenen Grade ihrer Ersetzung durch die warenproduzierende, kapitalistische Landwirtschaft herauszufinden (in den verschiedenen Gegenden nimmt die warenproduzierende Landwirtschaft verschiedene Formen an, wobei sie bald den einen, bald den anderen Zweig der Landwirtschaft in die Produktion für den Markt einbezieht). Besonders detailliert hervorzuheben sind die verschiedenen Wirtschaftstypen des Übergangs von der reinen Naturalwirtschaft auf dem Lande zum *Verkauf* der Arbeitskraft (die sog. „Gewerbe“, die im Verkauf der Arbeitskraft bestehen) wie

auch zum *Kauf* von Arbeitskraft. Besonders detailliert hervorzuheben sind die verschiedenen Wirtschaftstypen nach der Höhe des Wohlstands (nach dem Grade der Akkumulation von Kapital und nach der *Möglichkeit* seiner Bildung und Akkumulation), ferner nach dem Umfang der gesamten landwirtschaftlichen Produktion sowie nach dem Umfang eben derjenigen landwirtschaftlichen Produktionszweige, die am gegebenen Ort und zur gegebenen Zeit sich am ehesten in eine *warenproduzierende* Landwirtschaft oder Viehzucht verwandeln lassen usw. usw.

Bei der Untersuchung der heutigen Ökonomik der Landwirtschaft besteht der ganze Kern der Frage eben in dieser Umwandlung der Naturalwirtschaft in *Warenwirtschaft*, und die zahllose Menge von Fehlern und Vorurteilen in der offiziellen liberal-professoralen, kleinbürgerlich-volkstümlicherischen und opportunistischen „Theorie“ entspringt der Verkenning dieser Umwandlung oder dem Unvermögen, sie in ihren außerordentlich mannigfaltigen Formen zu verfolgen.

Die Arbeit der Pensaer Statistiker, die, nach der obengenannten Sammlung zu urteilen, von Leuten geleistet wird, die der Sache gegenüber keine bürokratische Einstellung haben, von Leuten, die tatsächlich daran interessiert und fähig sind, eine wissenschaftliche Forschungsarbeit von gewaltigem Wert zu leisten – diese Arbeit macht nichtsdestoweniger den Eindruck eines Übermaßes an statistischer Routine oder eines „Sichverlierens in die Statistik“ und eines Mangels an politisch-ökonomischer Einsicht und Durchsichtigkeit.

Die behandelte Sammlung enthält vor allem informatorische Angaben über die Dörfer. Diese Angaben nehmen etwas weniger als  $\frac{1}{10}$  des ganzen Buches ein. Die übrigen  $\frac{9}{10}$  sind mit Tabellen über die Dorfgemeinden angefüllt. Jeder *Bauerngruppe* (nach der Größe des Grundbesitzes) jeder Dorfgemeinde in jeder Ortschaft ist eine besondere horizontale Zeile gewidmet (insgesamt sind es ihrer 1009 für jeden Kreis), die 139 vertikale Rubriken enthält. Die Angaben sind außergewöhnlich detailliert. Sicherlich werden neun Zehntel dieser Angaben selbst dem wißbegierigsten Ortsbewohner niemals für irgendwelche Auskünfte vonnöten sein.

Aber die außergewöhnlich große Ausführlichkeit kommt schon fast einer statistischen Manie gleich, wenn wir die Rubriken 119–139 sehen, d. h. *einundzwanzig* Rubriken, die für jede der tausend Rubriken der

Kreise die *Verhältniszahlen* enthalten, d. h. die berechneten prozentualen Verhältnisse!!! Die Statistiker stellten allein für einen einzigen Kreis Tausende und Zehntausende von Berechnungen an, die selbst für Ortsbewohner nur in absoluten Ausnahmefällen nötig sein können. Die Statistiker stellten ungefähr 15 000–20 000 Berechnungen an, wovon vielleicht ein oder zwei Dutzend, und auch das *nur* von Ortsbewohnern, benötigt werden dürften, und dabei könnten diese in dem wenig wahrscheinlichen Fall einer solchen Notwendigkeit die für sie nötige Berechnung *selbst* vornehmen.

Die gewaltige Arbeit, die die Statistiker umsonst verschwendet haben, geht auf Kosten der gesamten Arbeitsmenge, die sie (bei den gegebenen Kräften und beim gegebenen Budget – die Semstwestbudgets für statistische Zwecke sind sehr bescheiden!) für die Forschung verwenden können. Die besprochene Sammlung, in der es Tausende von Zahlen eines keinem Menschen nötigen statistischen „Luxus“ gibt, enthält *kein einziges* Endergebnis. Alle und jedwede Endergebnisse werden bis zu den anderen Lieferungen verschoben. Erstens sind wir nicht sicher, ob diese anderen Lieferungen erscheinen werden, und auch die russischen Semstwestatistiker können dessen nicht sicher sein, da sie allzusehr von der Willkür der Polizei abhängig sind. Zweitens aber kann ein System der Gruppen- und Kombinationstabellen der Endergebnisse nach Gouvernements niemals im wissenschaftlichen Sinne völlig zufriedenstellend herausgearbeitet werden ohne die *Probe* verschiedenartiger Gruppen- und Kombinationstabellen nach Kreisen.

Vorläufig stehen wir vor einer bedauerlichen Tatsache: vor dem verschwindend geringen, fast Null gleichen wissenschaftlichen Wert einer semstweststatistischen Sammlung, auf die eine Unmasse von Mühe verwandt wurde und die eine Menge von außerordentlich reichhaltigen, wertvollen, neuen (*die Resultate des Gesetzes vom 9. November!*) Aufgaben enthält – aber nicht ausgewertet, nicht zusammengefaßt, nicht gruppiert, nicht kombiniert.

Wir wollen wenigstens einige Gruppierungen nennen, die zur Verwertung des so reichen Materials der Semstweststatistik vorgenommen werden könnten und hätten vorgenommen werden sollen. Wünschenswert wäre die Einteilung der Kreise und des Gouvernements in Bezirke entsprechend der größten Verbreitung der warenproduzierenden Land-

wirtschaft der verschiedenen Zweige (Verarbeitung von Getreide und Kartoffeln zu Branntwein; Absatz von Milchprodukten; Ölmühlen; besondere Handelsgewächse usw. usf.); ferner nach nichtlandwirtschaftlichen Gewerben und Arbeit außerhalb; nach den Bedingungen der gutsherrlichen Wirtschaft (Nähe von Gutswirtschaften oder deren Nichtvorhandensein, Vorwiegen von Leibeigenenwirtschaft, von Abarbeit, von Fronarbeit, von Halbpacht, von Gedingearbeit usw. oder von kapitalistischer, freie Lohnarbeiter beschäftigender gutsherrlicher Wirtschaft); weiter nach der Entwicklungsstufe des Handels und des kapitalistischen Warenumsatzes überhaupt (eine äußerst wichtige Einteilung, die vom Standpunkt des Abc der politischen Ökonomie unbedingt gemacht werden muß und die leicht zu machen ist, wenn sie auch gewöhnlich nicht gemacht wird: die Gruppierung der Dörfer entsprechend ihrer Entfernung von der Eisenbahn, von den Marktflecken, Handelszentren u. dgl. m.); nach der Größe der Dörfer (im Kreis Krasnoslobodsk gibt es in 278 Dörfern ungefähr 30 000 Höfe, während es in den 19 größten Dörfern mehr als 9000 Höfe gibt – die Verhältnisse müssen da wohl verschieden sein).

Wünschenswert und notwendig wäre die Gruppierung der Höfe nicht nur nach dem Bodenbesitz, sondern auch nach der Größe der Saatfläche (die Verfasser schreiben im Vorwort, im Gouvernement Pensa werde die bäuerliche Wirtschaft „hauptsächlich auf eigenem und nicht auf gepachtetem Boden“ betrieben; aber das ist ein allzu summarisches Urteil, wo doch die Pachtfrage von gewaltiger Bedeutung ist und einer detaillierten Bearbeitung bedarf); ferner nach der Größe der Anbaufläche der Handelsgewächse, wo und inwieweit sie festgestellt und ausgesondert werden können; weiter nach den „Gewerben“ (nicht in jener groben Form, auf die man sich, wie zum Hohne auf die politische Ökonomie, gewöhnlich in der Weise beschränkt, daß man die „Wirtschaften mit Gewerbetreibenden“ und diejenigen ohne solche nimmt, sondern mit unbedingter Berücksichtigung der Stellung der Person im Gewerbe: Wirtschaften mit starker, mittlerer und geringer Abgabe von Lohnarbeitern nach auswärts, Wirtschaften mit kleinen und großen betrieblichen Einrichtungen, bei geringer, mittlerer und starker Verwendung von Lohnarbeitern usw.); nach dem Besitz an Vieh (in der Sammlung teilweise schon durchgeführt) usw.

Kombinierte Tabellen in einer Zahl von, sagen wir, zehn, die die Wirtschaften in (wiederum beispielsweise) zehn Gruppen einteilen, entsprechend den verschiedenen Merkmalen des Eindringens des Kapitalismus in die Landwirtschaft, würden – wenn man 80 vertikale Rubriken annimmt – 8000 neue Berechnungen ergeben, d. h. würden weit weniger Platz einnehmen, als die keinem Menschen notwendigen 20 000 Berechnungen der Prozentualverhältnisse für jede einzelne Dorfgemeinde.

Dagegen wäre die wissenschaftliche Bedeutung derartiger kombinierter Tabellen, die durch ihre Mannigfaltigkeit die ungeheure Verschiedenartigkeit der Formen der Unterordnung der Landwirtschaft und des Bauern unter den Markt berücksichtigen, sehr groß. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, daß sie in der Wissenschaft von der Ökonomik der Landwirtschaft geradezu eine Revolution hervorrufen würden.

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 1,  
Januar 1914.  
Unterschrift: *W. Iljin*.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Prosweschtschenije*“.

## REZENSION

**„Exponate über Arbeitsschutz auf der Gesamtrussischen  
Hygiene-Ausstellung in St. Petersburg im Jahre 1913.“**  
*St. Petersburg 1913. 78 Seiten. Preis nicht angegeben*

Diese außerordentlich nützliche Schrift gibt eine kurze Zusammenstellung des Materials zu Fragen des Arbeitsschutzes, das auf der Gesamtrussischen Hygiene-Ausstellung gezeigt wurde. Die Schrift bietet zu einer ganzen Reihe von Fragen des Arbeiterlebens eine Menge wertvoller statistischer Daten: die Zahl der Arbeiter in einigen Industriezweigen, Frauen- und Kinderarbeit, Arbeitstag und Arbeitslohn, sanitäre Verhältnisse und Arbeitsschutz, Erkrankungsziffern und Sterblichkeit der Arbeiter, Alkoholismus, Arbeiterversicherung usw. usf.

Dem Buch liegt ein vortreffliches Verzeichnis der Literatur über den Arbeitsschutz bei.

Ein Mangel des Buches ist in vielen Fällen das Fehlen von absoluten Zahlen (es sind nur relative Zahlen genannt) sowie eines allgemeinen Sachregisters, das die Möglichkeit geben würde, die entsprechenden Angaben über einzelne Fragen rasch zu finden.

Es wäre wünschenswert, daß diese Mängel bei den folgenden Ausgaben behoben würden. Ohne Zweifel werden alle, die sich für die Arbeiterfrage interessieren, alle Gewerkschafts- und Versicherungs- und alle anderen Arbeitervereinigungen von diesem Buch Gebrauch machen. Bei den folgenden Ausgaben könnte und müßte es zu einer systematischen Zusammenfassung der Materialien über die Lage der Arbeiter und den Arbeitsschutz in Rußland werden.

*„Proswechtschenije“ Nr. 1,  
Januar 1914.  
Unterschrift: W. J.*

*Nach dem Text der Zeitschrift  
„Proswechtschenije“.*



---

## LIBERALE DEMORALISIERUNG DER ARBEITER

Der Boykott oder, richtiger, das tönende radikale Geschwätz, das immer mehr zum einzigen Inhalt des Geschreibsels der Liquidatoren wird, entzieht nicht selten die *prinzipielle* Propaganda der Liquidatoren der Aufmerksamkeit der Leser. Das gerade wollen denn auch die liberalen Arbeiterpolitiker: daß bei dem Lärm, dem Prasseln, dem Feuerwerk allgemeiner radikaler Phrasen unbemerkt die bürgerlichen Plattheiten *gegen* die marxistische Organisation geschluckt werden.

Aber das Geprassel, die Spielerei mit „politischen Kampagnen“, die von den Zerstörern der Arbeiterorganisation in Szene gesetzt werden, können die klassenbewußten Arbeiter nicht betrügen. Vor allem und am meisten schätzen die klassenbewußten Arbeiter an jedem Presseorgan dessen Prinzipienfestigkeit. Was lehrt man in Wirklichkeit die Arbeiter unter dem Deckmantel „oppositioneller“ Ausfälle und ebensolchen Geschreis, unter dem Deckmantel des Schutzes der Arbeiterinteressen? Das ist die wichtigste, grundlegende und eigentlich einzig wesentliche Frage für den denkenden Arbeiter. Denn der denkende Arbeiter weiß, daß in der Rolle von Ratgebern am gefährlichsten gerade jene liberalen Arbeiterfreunde sind, die die Interessen der Arbeiter zu verfechten vorgeben, in Wirklichkeit aber die Selbständigkeit des Proletariats als Klasse und seine Organisation zerstören.

Es ist deshalb unsere direkte Pflicht, den Arbeitern die Augen darüber zu öffnen, wie die Liquidatoren die Organisation zerstören. Man betrachte beispielsweise den programmatischen Neujahrsleitartikel des Organs der Liquidatoren. Man erzählt uns da:

„Die Arbeiterklasse schreitet einer legal tätigen politischen Partei des Proletariats entgegen, die stark und umfassend genug ist, daß kein politisches Regime sie in eine Lage äußerster Rechtlosigkeit bringen und ihr die Möglichkeit rauben kann, ihre normalen Funktionen der politischen Führung zu erfüllen.“

Da hat man das „normale“ liberale Geschwätz in seiner ganzen Herrlichkeit! Kein einziger vernünftiger Liberaler wird sich weigern, mit beiden Händen für diese ausgezeichnete Formel zu stimmen, mit der die Zeitung der Liquidatoren *verbüllt*, daß sie zur Zerstörung alles dessen „schreitet“ und strebt, was das Proletariat im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte beim Werk des marxistischen Zusammenschlusses mit solcher Mühe erreicht hat.

Und dann noch offenherziger:

„Der Weg zur legalen politischen Partei der Aktion ist gleichzeitig der Weg zur Einheit der Partei.“

Tausende und aber Tausende Male ist in aller Form, in ganz feierlichen Erklärungen schon im Jahre 1908, schon im Jahre 1910 erklärt worden, daß derartige Reden die Lossage von der Vergangenheit, ihre Liquidierung bedeuten. Die Herren Liquidatoren aber singen ihr Liedchen unbeirrt weiter, in der Hoffnung, einige unwissende, ganz und gar unwissende Leute mit dem Geschrei über die „Einheit“ zu betrügen.

Verräter an der ganzen marxistischen Vergangenheit, die nach einer „legalen Partei“ schreien – und dann „Einheit“!... Das ist doch eine Verhöhnung der klassenbewußten Arbeiter. Das ist doch eine Verhöhnung selbst der „August“konferenz von 1912, wo ein kleines Häuflein naiver Leute den Liquidatoren geglaubt hat, daß sie sich von der schändlichen liberalen Losung der legalen Partei lossagen.

Doch darin liegt ja gerade der Kernpunkt, daß eine Kumpanei liberaler Skribenten, alle diese Herren Th. D., Gamma, L. M., Em-El, Rakitin<sup>33</sup> usw. *ihren* liberalen Kampf für die Zerstörung der marxistischen Organisation führen, wobei sie bewußt den Resolutionen von 1908 und 1910 nicht Rechnung tragen und die unaufgeklärten Arbeiter zu betrügen suchen. Es werden sich, meinen sie, gewiß noch unwissende Leute finden, die den Verheißungen über die „legale Partei“ Glauben schenken und nicht verstehen werden, daß dies einfach eine Abart des liberalen

Kampfes gegen das Bestehen einer wirklich marxistischen Organisation ist! Und solange es unwissende Leute gibt, wird das Häuflein der liberalen Skribenten, die die Vergangenheit liquidieren möchten, sein unsauberes Geschäft besorgen, auch wenn ihnen noch so oft wiederholt wird, daß die „Einheit“ mit diesen zerstörenden und desorganisierenden Elementen Widersinn und Betrug ist.

Der Neujahrs„leitartikler“ der liquidatorischen Zeitung steht keineswegs allein. Ihm folgen sämtliche Liquidatoren, z. B. in Nr. 5 (123) der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ Herr P. Karpow, der versichert, daß

„die Überwindung (aller Hindernisse auf dem Weg zur Organisierung von Arbeiterkongressen) eben nichts anderes ist als der eigentliche Kampf für die Koalitionsfreiheit, d. h. für die Legalität der Arbeiterbewegung, die eng verbunden ist mit dem Kampf für die legale Existenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“.

Kein einziger Liberaler und sogar kein einziger Oktobrist wird es ablehnen, mit dem Kampf für die Legalität der Arbeiterbewegung zu sympathisieren! Kein einziger Liberaler wird auch nur mit einem Ton etwas gegen die „legale Partei“ einwenden, er wird jene, die sie predigen, sogar unterstützen als seine besten Helfershelfer beim Betrügen der Arbeiter.

In Erfüllung unserer Pflicht werden wir den klassenbewußten Arbeitern unermüdlich wiederholen: Die Propaganda für eine legale Arbeiterpartei ist leeres liberales Geschwätz, das die Arbeiter demoralisiert und die marxistische Organisation zerstört. Die Existenz und Entwicklung dieser Organisation ist *unmöglich* ohne entschiedenen und schonungslosen Kampf gegen die Leute, deren gesamte Anstrengungen auf die Zerstörung jenes marxistischen Organismus gerichtet sind, dem der Aufschwung der letzten zwei Jahre neue, gesunde Lebenskräfte zugeführt hat.

„Put Prawdy“ Nr. 9,  
31. Januar 1914.  
Unterschrift: K. J.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## BRIEF AN DIE REDAKTION

In seinem in Nr. 16 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ veröffentlichten Brief hat A. Bogdanow den Hauptgrund seiner Differenzen mit der „Prawda“ verheimlicht.

Dieser Grund ist der, daß A. Bogdanow seit langen Jahren als Gegner der Philosophie des Marxismus auftritt und bürgerlich-idealistische Anschauungen vertritt, die gegen den Materialismus von Marx und Engels gerichtet sind.

Aus diesem Grunde hielten es die bolschewistischen Marxisten schon vor mehreren Jahren für ihre Pflicht, gegen Bogdanow aufzutreten. Aus demselben Grunde führen auch die mensschewistischen Marxisten in der Person G. W. Plechanows einen literarischen Kampf gegen Bogdanow. Und schließlich entstand aus dem nämlichen Grunde sogar der Bruch zwischen Bogdanow und der sogenannten Gruppe „Wperjod“<sup>34</sup>.

Wir haben in der Tat seit Beginn der Mitarbeit Bogdanows an der „Prawda“ daran gezweifelt, daß er sich davon zurückhalten werde, seinen Kampf gegen die Philosophie des Marxismus in die Spalten des Arbeiterblatts zu tragen. Und A. Bogdanow beeilte sich leider, unsere Befürchtungen zu bestätigen. Nachdem er in der „Prawda“ einige kleine populäre Artikel über harmlose Themen untergebracht hatte, sandte er bald darauf an die Redaktion den Artikel „Ideologie“, in dem er – in äußerst „populärer“ Form – den Kampf gegen die Philosophie des Marxismus begann. *Die Redaktion lebnte es ab, diesen antimarxistischen Artikel abzudrucken. Und deswegen ist der Konflikt ausgebrochen.*

Wir raten A. Bogdanow, anstatt sich über „Familien“sitten zu beklagen, den genannten Artikel unter dem Titel „Ideologie“ drucken zu lassen

(die Zeitung der Liquidatoren wird einem antimarxistischen Artikel die Gastfreundschaft natürlich nicht versagen). Und dann werden alle Marxisten erkennen, worin unsere wirklichen Differenzen mit Bogdanow bestehen, über die er in seinem umfangreichen Brief *kein Wort* geäußert hat.

Wir sind der Meinung, daß die Arbeiter ihre Zeitung gegründet haben, damit sie den Marxismus *verteidige*, und nicht, um in ihr eine Verfälschung des Marxismus im Geiste bürgerlicher „Gelehrter“ zuzulassen.

Wir sind ferner sehr froh, daß A. Bogdanow noch einmal die Frage seines im Sommer in der „Prawda“ erschienenen Artikels über die Gruppe „Wperjod“ aufgeworfen hat. Da A. Bogdanow dies nun einmal will, so wird er (in der Zeitschrift „Proswechtschenije“) eine ganz ausführliche Klarstellung darüber erhalten, wieviel Unwahrheit in diesem Artikel enthalten war und welch großen Schaden diese Abenteurergruppe der Arbeiterbewegung in Rußland zugefügt hat.\*

„Put Prawdy“ Nr. 9,  
31. Januar 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 496–503. *Die Red.*

## DER FÜHRER DER LIQUIDATOREN ÜBER DIE BEDINGUNGEN DER LIQUIDATOREN FÜR DIE „EINHEIT“

Jede Krise irgendeiner Bewegung, jeder ihrer Wendepunkte pflegt deshalb besonders interessant (und für die an der Bewegung Beteiligten besonders lehrreich) zu sein, weil dabei die grundlegenden Tendenzen, die grundlegenden Gesetze der Bewegung klar und deutlich zum Ausdruck kommen.

Der Beschluß des Internationalen Sozialistischen Büros, eine „Aussprache“ aller Fraktionen der Arbeiterbewegung in Rußland herbeizuführen, bedeutet ebenfalls eine gewisse Krise oder einen Wendepunkt der Bewegung. „Loyal“ – nach dem Ausdruck in der Resolution des Intern. Soz. Büros –, d. h. aufrichtig vor einem autoritativen internationalen Kollegium eine „Aussprache zu führen“ ist unbedingt eine nützliche Sache. Sie wird *alle* zwingen, den *Gang* der Arbeiterbewegung in Rußland klarer und gründlicher zu betrachten.

Besonders und außerordentlich dankbar muß man dem bekannten Führer der Liquidatoren, Herrn Th. D., dafür sein, daß er *selbst* in Nr. 108 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ eine ungemein wertvolle und nur mit einem ganz leichten Schleier von Konvention und Schamhaftigkeit verhüllte Darstellung seiner Ansichten über die „Vereinigung“ gegeben hat. Besten Gruß, Herr Th. D.! Es ist weit angenehmer, sich mit dem Gegner *selbst* als mit wirren oder machtlosen Mittelsleuten u. dgl. m. zu unterhalten!

Herr Th. D. schildert und vergleicht mit höchst lobenswerter Offenheit *zwei* Standpunkte zur Vereinigung: den einen, den „grundfalschen“, lehnt er ab; den andern billigt und vertritt er.

Den ersten Standpunkt legt Herr Th. D. selbst folgendermaßen dar:

„Man kann so urteilen: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratischen Strömungen Rußlands sind geringfügig. Deshalb ist es nötig, ausgehend von ihrer Geringfügigkeit, mit Hilfe der Internationale irgendeine *organisatorische Form* der Vereinigung ausfindig zu machen – sei es eine Föderation oder eine gewisse Normierung, eine Begrenzung der Befugnisse jeglicher Mehrheit. Wird erst einmal eine annehmbare *äußere Form* der ‚Einheit‘ gefunden sein, so werden sich die geringfügigen Meinungsverschiedenheiten von selbst ‚überleben‘ – Geduld bringt Huld!“

Diesen Standpunkt bezeichnet Herr Th. D. als „grundfalsch“, ohne aber aus irgendeinem Grunde die Anhänger desselben (Trotzki, Kautsky und überhaupt alle „Versöhnler“) zu nennen. Gewiß hat der Schleier der Konvention oder der Schamhaftigkeit Herrn Th. D. gehindert, die allgemein bekannten Namen der Anhänger dieser „grundfalschen“ Idee zu nennen! Doch ist die Verheimlichung der Wahrheit in *Wirklichkeit* nur den Gegnern der Arbeiterklasse von Nutzen!

Also sind die Ansichten der Versöhnler „grundfalsch“. Warum?

Bei der Beantwortung dieser Frage verhüllt Herr Th. D. sein schamhaftes Gesichtchen dreifach mit dem Schleier. „Es wird zur Sprengung kommen“, erklärt er, „es wird zum Zerfall führen“, „*sind nun die Meinungsverschiedenheiten groß oder klein!!*“

Dieser von uns doppelt hervorgehobene Satz liefert Herrn Th. D. restlos aus. Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen, sei auch der „Schleier“ noch so fein.

Bei Ihrer großen Offenherzigkeit, Herr Th. D., sind kleinliche Ausflüchte zwecklos und lächerlich. Eins von beiden: sind die Meinungsverschiedenheiten *geringfügig*, oder sind sie *nicht geringfügig*? Sprechen Sie doch offen! Ein Mittelding gibt es hier nicht, denn es handelt sich gerade darum, ob die Einheit *möglich* (*ja, sie ist möglich*, wenn die Meinungsverschiedenheiten geringfügig oder klein sind) oder unmöglich ist (*nein, sie ist unmöglich*, wenn die Meinungsverschiedenheiten *nicht „geringfügig“* sind).

Da er den Standpunkt der „Geringfügigkeit“ der Meinungsverschiedenheiten verurteilt, gibt Herr Th. D. *eben damit* zu, daß die Meinungsverschiedenheiten wesentlich sind. Dies offen zu sagen, fürchtete er sich aber (was werden die „Sieben“ sagen? Was werden Trotzki, die Bun-

disten, An<sup>35</sup> und all die Versöhnler sagen?). Seine Antwort suchte er hinter langen, langen, überaus langweiligen Erörterungen über den zweiten Standpunkt in der Frage der Einheit zu verbergen.

Es fällt jedoch nicht schwer, auch aus diesen langen Erörterungen den kurzgefaßten Kern der Sache herauszuschälen:

„Diese Plattform“ (d. h. die für Herrn Th. D. wünschenswerte, für ihn annehmbare) „muß den Nicht-Leninisten die volle Möglichkeit gewährleisten, im Rahmen der einheitlichen Sozialdemokratie für die legale Existenz der Sozialdemokratie Propaganda zu machen und zu kämpfen.“

Das genügt! Das genügt vollauf, Herr Th. D.! Das ist der Kern der Sache und nicht Phrasen, nicht Deklamationen.

Den Liquidatoren die volle Möglichkeit des Kampfes gegen die Illegalität zu gewährleisten – darauf läuft die „Plattform“ des Herrn Th. D. hinaus, denn jedermann versteht sehr gut, daß man mit dem Feigenblatt des „Kampfes für die legale Existenz“ den allen Arbeitern längst bekannten Kampf gegen die „Illegalität“ verhüllen will.

Hier liegt der Kern der Sache, und all diese Trotzki, An, Bundisten, Versöhnler, „Siebenerleute“ u. a., sie alle sind nette Leute, aber politische Nullen. Der Kern der Sache ist die Gruppe des Herrn Th. D., die „alte“ Liquidatorengruppe.

Die Meinungsverschiedenheiten der marxistischen Organisation mit dieser Gruppe sind absolut unversöhnlich, denn es kann gar keine Rede sein von einem Übereinkommen (geschweige denn von der Einheit) nicht nur mit denen, die die „Illegalität“ verneinen, sondern auch mit denen, die in dieser Frage Zweifel haben. Die Arbeiter haben diesen Kern der Sache bei den Herren Liquidatoren schon längst begriffen und sie auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung ihrer Posten enthoben.

Es gab eine Zeit, wo die marxistische Organisation die Liquidatoren verurteilte (1908/1909). Diese Zeit ist längst vorbei. Es gab eine Zeit, wo die marxistische Organisation Vergebung und Frieden allen denen verkündete, die bereit wären, sich vom Liquidatorentum loszusagen (1910/1911). Diese Zeit ist längst vorbei. Es gab eine Zeit, wo die marxistische Organisation ihre Organisation gegen die Liquidatoren wiederherstellte (1912/1913). Diese Zeit ist ebenfalls vorbei. Es ist eine neue Zeit angebrochen, wo die marxistische Organisation gegen alle und jede



Liquidatoren samt ihren Verbündeten die erdrückende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter erobert hat.

Ganz unbestreitbare Tatsachen haben das bewiesen. Von 47% in der Arbeiterkurie bei den Wahlen zur II. Duma stieg der Anteil der Bolschewiki bei der III. Duma auf 50% und bei der IV. Duma (Herbst 1912) auf 67%. Im Verlauf von 21 Monaten, vom 1. Januar 1912 bis zum 1. Oktober 1913, hat die Partei zweitausend Arbeitergruppen um sich vereinigt, die Liquidatoren aber mit allen ihren Verbündeten zusammen nur ein halbes Tausend. Herr Th. D. und seine Freunde haben nicht nur nicht versucht, die unbestreitbaren Tatsachen zu widerlegen, sondern sie haben durch den Mund des Herrn Rakitin in der „Nascha Sarja“<sup>36</sup> selbst zugegeben, daß die Arbeitermassen für die Bolschewiki sind.

Es ist klar, daß es einfach eine Verhöhnung der „Einheit“ ist, wenn man der marxistischen Organisation eine „Plattform“ vorschlägt, die den Liquidatoren die „volle Möglichkeit“ gewährt, diese Organisation zu liquidieren! – wenn man „im Namen der Einheit“ den Willen der ungeheuren Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter nicht anerkennen und achten will.

Ihr wollt die Einheit? Dann sagt euch vorbehaltlos vom Liquidatoren-tum, vom „Kampf für die legale Existenz“ los, fügt euch loyal der Mehrheit. Ihr wollt nicht? Das ist euer freier Wille, aber dann beklagt euch nicht, wenn ihr in einigen Monaten überhaupt ohne Arbeiter bleibt, wenn ihr zu Intellektuellen werdet, die bereits nicht mehr in der Nähe der Partei, sondern in der Nähe der Kadetten stehen.

„Put Prawdy“ Nr. 12,  
4. Februar 1914.  
Unterschrift: K. J.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## ZUR GESCHICHTE DES NATIONALEN PROGRAMMS IN ÖSTERREICH UND IN RUSSLAND

In Österreich wurde das nationale Programm der Sozialdemokratie auf dem Brünner Parteitag im Jahre 1899 beraten und angenommen. Sehr verbreitet ist die irrtümliche Meinung, daß auf diesem Parteitag die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“ angenommen worden sei. Sie wurde im Gegenteil auf diesem Parteitag  *einstimmig abgelehnt*.

Die südslawischen Sozialdemokraten hatten dem Brünner Parteitag (siehe S. XV des offiziellen Protokolls in deutscher Sprache) ein folgendermaßen formuliertes Programm der national-kulturellen Autonomie vorgeschlagen:

„§ 2: Jedes in Österreich lebende Volk ist,  *ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien*, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten ganz selbständig regelt und besorgt.“

Die von uns hervorgehobenen Worte drücken das  *Wesen* der „national-kulturellen Autonomie“ (auch exterritorial genannt) besonders klar aus: der Staat soll die Abgrenzung der Nationen in Schul- und ähnlichen Angelegenheiten auf Grund des freien Bekenntnisses eines jeden zu einer beliebigen Nation festlegen.

Dieses Programm vertraten auf dem Parteitag sowohl Kristan als auch der einflußreiche Ellenbogen. Es wurde aber später zurückgezogen. Nicht eine einzige Stimme wurde dafür abgegeben. Der Führer der Partei, Victor Adler, sagte: „... ich bezweifle, daß irgend jemand heute die Sache für praktisch ausführbar hält“. (S. 82 des Protokolls.)

An grundsätzlichen Einwendungen wurde von Preußler die folgende gemacht: „Die Vorschläge der Genossen Kristan und Ellenbogen würden

zur Konsequenz führen, daß der Chauvinismus verewigt und in jede kleine Gemeinde, in jede kleine Gruppe getragen würde.“ (S. 92 ebenda.)

Der Paragraph 3 des auf dem Brünner Parteitag angenommenen Programms, der sich hierauf bezieht, lautet:

„Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.“

Das ist ein *territorialistisches* Programm, das daher z. B. eine *jüdische* national-kulturelle Autonomie *direkt ausschließt*. Der Haupttheoretiker der „national-kulturellen Autonomie“, Otto Bauer, hat ein *besonderes Kapitel* seines Buches (1907) dem Beweis der Unmöglichkeit gewidmet, eine „national-kulturelle Autonomie“ für die Juden zu fordern.

Zur Sache wollen wir bemerken, daß die Marxisten für die volle Freiheit der Verbände, darunter auch der Verbände beliebiger nationaler Gebiete (Kreise, Amtsbezirke, Dörfer usw.) eintreten, aber die Sozialdemokraten können unter keinen Umständen zustimmen, daß einheitliche *nationale Verbände* innerhalb des Staates durch ein Staatsgesetz *festgelegt* werden.

In Rußland haben gerade *sämtliche* bürgerlichen Parteien des Judentums (auch der „Bund“, der faktisch ihr Nachbeter ist) das von allen Theoretikern Österreichs sowie vom Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten abgelehnte Programm der „exterritorialen (national-kulturellen) Autonomie“ *angenommen!!*

Diese Tatsache, die die Bundisten oft und aus ganz begrifflichem Grunde in Abrede zu stellen suchten, ist leicht nachzuprüfen in dem bekannten Buch „Die Formen der nationalen Bewegung“ (St. Petersburg 1910) – siehe auch „Proswechtschenije“ 1913, Nr. 3.<sup>37</sup>

Diese Tatsache zeigt deutlich, wie die rückständigere und mehr kleinbürgerliche soziale Struktur Rußlands zu einer viel größeren Ansteckung eines Teils der Marxisten mit bürgerlichem Nationalismus geführt hat.

Die nationalistischen Schwankungen des „Bund“ wurden bereits auf dem *zweiten* Parteitag (1903) in aller Form unanfechtbar verurteilt. Auf diesem Parteitag wurde der Abänderungsantrag des Bundisten Goldblatt, betreffend die „Gründung von Institutionen, die die Freiheit der Entwicklung der Nationalitäten garantieren“ (ein Pseudonym für die „national-kulturelle Autonomie“), *direkt abgelehnt*.

Als auf der Augustkonferenz der Liquidatoren im Jahre 1912 die kaukasischen Menschewiki, die bis dahin zehn Jahre lang den „Bund“ entschieden bekämpft hatten, unter dem Einfluß der ganzen *nationalistischen* Atmosphäre der Konterrevolution selbst zum Nationalismus hinabglitten, wurden sie *keineswegs nur* von den Bolschewiki verurteilt. Sie wurden ganz entschieden auch von dem Menschewik Plechanow verurteilt, der ihren Beschluß „Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus“ nannte.

„Die kaukasischen Genossen“, schrieb Plechanow, „haben dadurch, daß sie anstatt von der politischen Autonomie von der kulturellen Autonomie zu sprechen begannen, nur die Tatsache ihrer unvernünftigen Unterordnung unter die Hegemonie des ‚Bund‘ bekundet.“

Die „national-kulturelle Autonomie“ wurde außer von den bürgerlichen Parteien des Judentums, dem „Bund“ und den Liquidatoren nur von der Konferenz der kleinbürgerlichen nationalen Parteien der linken Volkstümlerrichtung angenommen. Aber auch dort haben nur 4 Parteien (die „SERP“ – die Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei –, die belorussische Hromada, die Daschnakzutjun und die georgischen föderalistischen Sozialisten<sup>38</sup>) dieses Programm angenommen, während die zwei größten Parteien *sich der Stimme enthalten* haben, und zwar die russischen linken Volkstümpler wie auch die polnischen „Fracy“ (PPS)!

Im besonderen sprachen sich die russischen linken Volkstümpler gegen die staatsrechtlichen *Zwangsverbände* der Nationalitäten nach dem bekannten bundistischen Plan aus.

Nach diesem kurzen historischen Exkurs wird es begreiflich, warum sowohl die Februar- als auch die Sommerberatung der Marxisten im Jahre 1913 die kleinbürgerliche und nationalistische Idee der „national-kulturellen Autonomie“ entschieden verurteilt haben.\*

„Put Prawdy“ Nr. 13,  
5. Februar 1914.  
Unterschrift: M.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 430/431, 434–436, und Bd. 19, S. 385, russ. *Die Red.*

## EIN ERLAUCHTER LIBERALER GUTSBESITZER ÜBER DAS „NEUE SEMSTWORUSSLAND“

Über dem Lärm der landläufigen liberalen Phrasen vergißt man bei uns allzuoft die wirkliche Klassenstellung der tatsächlichen „Herren“ der liberalen Partei. Fürst Jewgeni Trubezkoi deckt diese Stellung in Nr. 12 der „Russkaja Mysl“ sehr treffend auf und zeigt anschaulich, wie sehr sich bei uns schon jetzt die liberalen Gutsbesitzer, die Trubezkoi, und die rechtsstehenden Gutsbesitzer, die Purischkewitsch, in allen ernstesten Fragen einander genähert haben.

Eine dieser sehr ernstesten Fragen ist die Stolypinsche Agrarpolitik. Der erlauchte liberale Gutsbesitzer sagt von ihr:

„Seit Stolypins Ministerpräsidentschaft sind alle Bemühungen der Regierung für das Dorf in der Hauptsache von zwei Beweggründen bestimmt: von der Furcht vor einer Pugatschowbewegung, die im Jahre 1905 so viel Unheil angerichtet hat, und von dem Bestreben, als Gegengewicht zu einer Pugatschowbewegung einen neuen Bauerntyp zu schaffen, den wohlhabenden und deshalb das Eigentum schätzenden, der revolutionären Propaganda unzugänglichen Bauern...“

Schon mit dem Wort „Pugatschowbewegung“ offenbart unser Liberaler seine völlige Übereinstimmung mit den Purischkewitsch. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Purischkewitsch dieses Wort wütend und mit Drohungen aussprechen, die Trubezkoi dagegen wie leere Schwätzer von der Art Manilows\*, süßlich, milde, mit Phrasen über Kultur, mit widerlich heuchlerischen Sprüchlein über das „neue bäuerliche Gemeinwesen“ und die „Demokratisierung des Dorfes“, mit rührseligen Reden über das Göttliche.

\* Manilow – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. *Der Übers.*

Infolge der neuen Agrarpolitik entwickelt sich die bäuerliche Bourgeoisie weit rascher als früher. Das ist unbestreitbar. Die bäuerliche Bourgeoisie muß sich unter jedem politischen und jedem Agrarsystem Rußlands entwickeln, denn Rußland ist ein kapitalistisches Land, das vollständig in den Kreislauf des Weltkapitalismus einbezogen ist. Unser liberaler Fürst wüßte das, wenn er auch nur die elementarsten Kenntnisse von den „Grundprinzipien des Marxismus“ hätte, von denen er mit grenzenlosem Aplomb und mit ebenso grenzenloser Unwissenheit spricht. Unser Fürst aber richtet alle Anstrengungen darauf, die grundlegende Frage zu vertuschen: wie die Entwicklung des Kapitalismus *ohne* jegliche Purischkewitsch vor sich geht und wie sie *unter* der Allgewalt ihrer Klasse vor sich geht. Unser Fürst redet sich außer Atem über die Erfolge des Genossenschaftswesens und des Futterkräuteranbaus sowie über den „Aufschwung des Wohlstands“, verliert aber weder über die Teuerung noch über den Massenruin der Bauern, noch über die verzweifelte Armut und die Hungersnöte, noch über die Abarbeit usw. auch nur ein einziges Wort. „Die Bauern werden zu Bourgeois“ – das sieht unser Fürst, und davon ist er begeistert, aber daß sie zu Lohnarbeitern werden unter Aufrechterhaltung der knechtenden Leibeigenschaftsverhältnisse, das will unser liberaler Gutsbesitzer nicht sehen.

„Die erste Berührung der Intellektuellen mit den breiten Bauernmassen“, schreibt er, „fand schon im Jahre 1905 statt, aber damals trug sie einen ganz anderen Charakter: einen zerstörerischen und keinen schöpferischen. Damals fand die Vereinigung einzig und allein zum Zwecke der gemeinsamen Zerstörung der alten Lebensformen statt und war deshalb oberflächlich. Der intellektuelle Demagoge trug keinen eigenen Gehalt ins bäuerliche Bewußtsein und ins bäuerliche Leben, sondern ließ sich eher selbst von den Instinkten der Volksmassen leiten, schmeichelte ihnen, paßte ihnen das Programm und die Taktik seiner Partei an.“

Die bekannte Sprache Purischkewitschs! Ein kleines Beispiel: Wenn man auf 2000 Desjatinen Land der Herren Trubezkoi 80 Bauernhöfe zu je 25 Desjatinen errichtet, so ist das „Zerstörung“, wenn aber ein oder zwei Dutzend solcher Bauernhöfe auf dem Grund und Boden ruinierter Bauern aus der Dorfgemeinde errichtet werden, so ist das „schöpferische Tätigkeit“. Ist es nicht so, erlauchter Fürst? Kommt Ihnen nicht in den Sinn, daß im ersten Falle Rußland tatsächlich ein „bürgerlich-demokra-

tisches“ Land wäre, im zweiten aber auf lange Jahrzehnte hinaus ein Land der Purischkewitsch bleibt?

Der liberale Fürst weicht jedoch unangenehmen Fragen aus und versichert den Lesern, die Großgrundbesitzer würden „bald, sehr bald“ endgültig verschwinden, da sie ihr Land verkaufen.

„Wenn die Regierung mit ihren Maßnahmen die künftige Revolution nicht zu sehr beschleunigt, so wird, wenn diese einsetzt, die Frage der ‚zwangsweisen Enteignung‘ überhaupt aufhören, eine Frage zu sein, denn es wird dann fast nichts mehr zu enteignen geben.“

Nach der letzten Statistik des Innenministeriums<sup>39</sup> besaßen im Jahre 1905 30 000 Gutsbesitzer 70 Millionen Desjatinen, und ebensoviel besaßen 10 Millionen Bauern. Doch was geht das den liberalen Fürsten an! Er muß den Lesern versichern, daß die Purischkewitsch sehr „bald“ verschwinden werden, um die Purischkewitsch verteidigen zu können. Ihn interessiert ernsthaft nur, daß es

„im Dorf genügend am Eigentum interessierte Leute geben wird, um nicht nur die Pugatschowsche, sondern auch jegliche sozialistische Propaganda zu bekämpfen“.

Wir danken für die Offenherzigkeit!

„Was aber wird das Resultat sein?“ fragt der liberale Fürst. „Wird die Regierung mit Hilfe der Intelligenz“ (die in die Genossenschaften usw. geht) „die Bauern zu regierungstreuen kleinen Gutsbesitzern umerziehen, oder aber umgekehrt, wird die Intelligenz sie auf Kosten von Regierungsdarlehen erziehen?“

Der Fürst erwartet, daß weder das eine noch das andere eintreten wird. Doch das ist nur eine heuchlerische Redewendung. In Wirklichkeit tritt er, wie wir gesehen haben, mit Leib und Seele für die Umerziehung der Bauern zu „regierungstreuen kleinen Gutsbesitzern“ ein, und er versichert, die „Intelligenz werde bodenständig“, und für das „demagogische Agrarprogramm“ der Sozialisten (das nach der Meinung Seiner Erlaucht den „Grundprinzipien des Marxismus“ zutiefst widerspricht – lacht nicht, Leser!) werde kein Platz sein.

Solche Ansichten sind bei einem Gutsbesitzer nicht erstaunlich. Seine Empörung über das Anwachsen des Atheismus und seine gottesfürchtigen Reden sind nicht erstaunlich. Erstaunlich ist, daß es in Rußland noch so

einfältige Leute gibt, die nicht begreifen, daß es lächerlich ist zu hoffen, die Volksinteressen könnten „unter Mitwirkung“ der Liberalen und Kadetten tatsächlich verteidigt werden, solange solche Gutsbesitzer und solche Politiker in der ganzen liberalen, darunter auch in der Kadettenpartei, den Ton angeben.

„Put Prawdy“ Nr. 13,  
5. Februar 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.



## DIE VOLKSTÜMLERRICHTUNG UND DIE KLASSE DER LOHNARBEITER

Die zehnte Wiederkehr des Todestages Michailowskis, des liberalen Volkstümlerpublizisten, hat den Volkstümlern Anlaß gegeben, die alte Streitfrage über die Bedeutung des Kampfes der Marxisten gegen die Volkstümler aufzuwerfen. Diese Streitfrage ist von nicht geringem Interesse: erstens historisch, denn es handelte sich hier um die Entstehung des Marxismus in Rußland; zweitens theoretisch – der Streit betraf die Grundfragen der marxistischen Theorie; drittens praktisch, *insofern* die in Petersburg erscheinende Zeitung der linken Volkstümler versucht, die Arbeiter auf ihre Seite herüberzuziehen. Der Volkstümler Herr Rakitnikow schreibt:

„Natürlich wird jetzt niemand die Frage in jener Form stellen, in der sie in den sechziger und siebziger Jahren gestellt wurde: Rußland könne die Phase“ (d. h. die Stufe, den Zeitabschnitt) „des Kapitalismus vermeiden. Rußland befindet sich bereits in dieser Phase.“

Diese interessante Erklärung des linken Volkstümlers führt uns gleich zum „Kern“ der Frage. Stimmt es, daß nur in den sechziger und siebziger Jahren davon gesprochen wurde, „Rußland könne die Phase des Kapitalismus vermeiden“? Nein, das stimmt ganz und gar nicht. Sowohl in den achtziger als auch in den neunziger Jahren haben die Volkstümler im allgemeinen und die Publizisten der Zeitschrift „Russkoje Bogatstwo“<sup>40</sup> (d. h. der Gruppe Michailowskis) im besonderen davon gesprochen. Es genügt, beispielsweise Herrn Nikolai-on<sup>41</sup> zu nennen.

Weshalb hat also Herr Rakitnikow die achtziger und neunziger Jahre den Lesern *verheimlicht*? Etwa nur deshalb, um die Fehler der Volkstümler zu verschleiern und damit ihre Verbreitung unter den Arbeitern

zu erleichtern? Das ist eine ganz schlechte Methode, und schlecht steht es um die Sache dessen, der derartige Methoden anwendet.

Welche Bedeutung hat die Theorie, „Rußland könne die Phase des Kapitalismus vermeiden“, die Theorie Michailowskis und seiner Gruppe, eine Theorie, die sich bis in die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gehalten hat?

Diese Theorie war die Theorie des utopischen, kleinbürgerlichen Sozialismus, d. h. eine *Träumerei* kleinbürgerlicher Intellektueller, die den Ausweg aus dem Kapitalismus *nicht im Klassenkampf* der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie, sondern in *Appellen* an das „ganze Volk“, an die „Gesellschaft“, das heißt an die *nämliche Bourgeoisie* suchten.

In allen Ländern überwogen vor der Entstehung der Arbeiterbewegung solche „sozialistischen“ Lehren, die in Wirklichkeit nur Träumereien kleinbürgerlicher Theoretiker waren, vom Klassenkampf verschont zu werden, ohne ihn auszukommen. In allen Ländern, wie auch in Rußland, mußte die klassenbewußte Arbeiterbewegung einen hartnäckigen Kampf gegen diese Lehren des kleinbürgerlichen, der Lage und dem Standpunkt der Kleinbesitzer entsprechenden „Sozialismus“ bestehen.

Die Arbeiterbewegung kann nicht bestehen und kann sich nicht erfolgreich entwickeln, solange diese Theorie der biedereren Kleinbesitzer von der Möglichkeit, den Kapitalismus zu „vermeiden“, nicht widerlegt ist. Dadurch, daß er den Grundfehler der Gruppe Michailowskis verschleierte, bringt Herr Rakitnikow Verwirrung in die Theorie des *Klassenkampfes*. Indessen hat nur diese Theorie den Arbeitern den Ausweg aus ihrer Lage gezeigt, hat gezeigt, wie die Arbeiter selbst ihre Befreiung erstreben können und müssen.

„Rußland befindet sich bereits in der Phase des Kapitalismus“, schreibt Herr Rakitnikow.

Dieses bemerkenswerte Eingeständnis ist gleichbedeutend mit dem Eingeständnis des Grundfehlers Michailowskis und seiner Gruppe.

Nicht genug damit. Es kommt einer vollständigen Lossage von der Volkstümlerideologie gleich.

Die linken Volkstümler, die mit diesem Eingeständnis einverstanden sind, kämpfen gegen die Marxisten schon nicht mehr als Volkstümler, sondern als Opportunisten innerhalb des Sozialismus, als Anhänger der kleinbürgerlichen Abweichungen vom Sozialismus.

In der Tat, wenn „Rußland sich bereits in der Phase des Kapitalismus befindet“, so ist also Rußland ein kapitalistisches Land. Also sind dort, wie in jedem anderen kapitalistischen Land, die *Kleinbesitzer* – darunter auch die Bauern – kleine Bourgeois. Also ist dort, wie in jedem anderen kapitalistischen Land, nur der Klassenkampf der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie der Weg zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das Programm der linken Volkstümler (schon ganz zu schweigen von ihren Freunden vom „Russkoje Bogatstwo“) wagt es bis heute nicht, Rußland als ein kapitalistisches Land anzuerkennen. Herr Rakitnikow verteidigt die Volkstümlerrichtung in der Weise, daß er das Programm der Volkstümler den Marxisten *preisgibt*! Das ist eine schwache Verteidigung.

Herr Rakitnikow streitet mit den Marxisten nicht als Volkstümler, sondern als Opportunist, wenn er erklärt:

„... die bäuerliche Wirtschaft zu unterstützen bedeutet keineswegs, wider den Stachel der unabwendbaren ökonomischen Entwicklung zu löcken. *Und immer mehr Sozialisten in Westeuropa stellen sich gerade auf diesen Standpunkt.*“

Wir haben die Worte hervorgehoben, die den armen „linken Volkstümler“ mit Haut und Haaren ausliefern! Es ist bekannt, daß im Westen *nur* die Klasse der Lohnarbeiter als Klasse imstande war, sozialistische Parteien zu schaffen. Es ist bekannt, daß die *Bauernschaft* des Westens als Klasse nicht sozialistische, sondern bürgerliche Parteien ins Leben ruft. Es ist bekannt, daß *nicht* die Sozialisten, sondern die Opportunisten des Westens für die Unterstützung der Wirtschaft der kleinen Bourgeoisie eintreten.

„Die bäuerliche Wirtschaft zu unterstützen...!“ Man sehe sich um. Die *besitzenden* Bauern gründen Verbände, um das Getreide, das Heu, die Milch, das Fleisch teurer zu verkaufen, um billiger Arbeitskräfte zu dinge. Je freier die Bauern sind, je mehr Land sie haben, desto klarer zeigt sich das.

Herr Rakitnikow will die Klasse der Lohnarbeiter zur „Unterstützung der Wirtschaft“ der kleinen Bourgeois verpflichten. Ein schöner „Sozialismus“ !!

Die Lohnarbeiter unterstützen nur den Kampf der Bauern gegen die Fronherren und gegen die Leibeigenschaft – das hat überhaupt gar keine Ähnlichkeit mit dem, was Herr Rakitnikow will.

Rußlands große Jahre, 1905–1907, haben endgültig bewiesen, daß allein die Klasse der Lohnarbeiter als sozialistische Kraft auftrat und sich zusammenschloß. Die Bauernschaft trat auf und schloß sich zusammen als bürgerlich-demokratische Kraft. Mit jedem Tage der Entwicklung des Kapitalismus wird der Unterschied zwischen den Klassen immer größer.

Die Propaganda der „linken Volkstümler“ läuft in Wirklichkeit auf die Demoralisierung und Desorganisierung der Bewegung der Klasse der Lohnarbeiter durch kleinbürgerliche Lösungen hinaus. Es wäre besser, die Herren linken Volkstümler würden sich dem demokratischen Wirken unter den Bauern zuwenden – dazu eignen sich auch Nichtsozialisten.

„Put Prawdy“ Nr. 15,  
18. Februar 1914.  
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

## NOCH EINMAL ÜBER „NATIONALISMUS“

„In unserer Zeit“, wo Versuche gemacht werden, eine zweite Beilis-Affäre zu inszenieren, empfiehlt es sich, die Agitation der Nationalisten des öfteren in Augenschein zu nehmen. Der unlängst abgehaltene zweite Kongreß der Vertreter des „Allrussischen Nationalverbandes“ hat besonders anschaulich gezeigt, welcherart diese Agitation ist.

Es wäre ein großer Fehler anzunehmen, diese Agitation sei bedeutungslos, da dieser ganze „Allrussische Verband“ mit seinen bloß 21 Delegierten von allen Enden Rußlands bedeutungslos und fiktiv (nur dem Schein nach bestehend) sei. Bedeutungslos und fiktiv ist der „Allrussische Nationalverband“, aber seine Propaganda wird von allen Rechtsparteien und allen *offiziellen* Institutionen unterstützt; sie wird in jeder Dorfschule, in jeder Kaserne, in jeder Kirche betrieben.

Hier eine Zeitungsmeldung über eins der Referate, das am 2. Februar auf diesem Kongreß gehalten wurde:

„Das Mitglied der Reichsduma Sawenko hielt einen Vortrag über das ‚Masepatum‘, wie die ukrainische Bewegung im Jargon der Nationalisten genannt wird. Der Referent hält die separatistischen Bestrebungen (d. h. nach Lostrennung vom Staat) unter den Belorussen und Ukrainern für besonders gefährlich. Ganz besonders die ukrainische Bewegung stellt eine große und reale Gefahr für die Einheit Rußlands dar. Das Programm der Ukrainer für die allernächste Zukunft läuft auf den Föderalismus und die Autonomie der Ukraine hinaus.

Die Ukrainer verbinden ihre Hoffnungen auf die Verwirklichung der Autonomie mit der Niederwerfung Rußlands in einem künftigen Krieg mit Österreich-Ungarn und Deutschland. Auf den Trümmern Großrußlands werden

unter dem Zepher der Habsburger innerhalb der Grenzen Österreich-Ungarns ein autonomes Polen und eine autonome Ukraine gegründet werden.

Sollte es den Ukrainern in der Tat gelingen, 30 Millionen Kleinrussen vom russischen Volke loszureißen, dann wird das Ende des großen Russischen Reiches kommen. (Beifall.)“

Warum steht dieser „Föderalismus“ weder der Einheit der Vereinigten Staaten von Nordamerika noch der der Schweiz im Wege? Warum steht die „Autonomie“ der Einheit Österreich-Ungarns nicht im Wege? Warum hat die „Autonomie“ die Einheit Englands mit vielen seiner Kolonien sogar auf lange hinaus gefestigt?

Herr Sawenko hat den von ihm verteidigten „Nationalismus“ besonders ungeschlacht zum Ausdruck gebracht, so daß er die Widerlegung seiner Ideen ungemein leicht macht. Die Autonomie der Ukraine „bedroht“, wohlgemerkt, die Einheit Rußlands, während die Einheit Österreich-Ungarns durch das allgemeine Wahlrecht und die Autonomie seiner einzelnen Gebiete *gefestigt* wird! Wie sonderbar! Wird es den Lesern und den Zuhörern der „nationalistischen“ Predigt nicht in den Sinn kommen, warum denn die *Festigung* der Einheit Rußlands *durch* eine Autonomie der Ukraine nicht möglich sein soll?

Der gutsherrliche und bürgerliche Nationalismus ist bestrebt, durch die Hetze gegen die „Fremdstämmigen“ die Arbeiterklasse zu zersplittern und zu demoralisieren, um sie so leichter einzuschläfern. Die klassenbewußten Arbeiter antworten darauf mit der Verfechtung der vollen Gleichberechtigung und der *Einheit* der Arbeiter aller Nationalitäten *in der Praxis*.

Wenn die Herren Nationalisten die Belorussen und die Ukrainer als Fremdstämmige bezeichnen, so vergessen sie hinzuzufügen, daß die Großrussen (die einzigen nicht „Fremdstämmigen“) in Rußland nicht mehr als 43 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Also sind die „Fremdstämmigen“ in der Mehrheit! Wie kann die Minderheit die Mehrheit festhalten, ohne dieser Mehrheit *Vorteile* zu gewähren, die Vorteile der politischen Freiheit, der nationalen Gleichberechtigung und der lokalen und Gebietsautonomie?

Durch die Hetze gegen die Ukrainer und andere wegen ihres „Separatismus“, wegen ihres Strebens nach Lostrennung, verfechten die Nationalisten das *Privileg* der großrussischen Gutsbesitzer und der großrussischen

Bourgeoisie auf „ihren“ Staat. Die Arbeiterklasse ist gegen jegliche Privilegien, daher verfißt sie das *Recht* der Nationen auf Selbstbestimmung.

Die klassenbewußten Arbeiter predigen keine *Lostrennung*, sie kennen die Vorteile großer Staaten und der Vereinigung großer Arbeitermassen. Die großen Staaten können jedoch nur bei voller Gleichberechtigung der Nationen demokratisch sein, und eine solche Gleichberechtigung bedeutet auch das *Recht* auf Lostrennung.

Der Kampf gegen die nationale Unterdrückung und gegen die nationalen Privilegien ist mit der Verfechtung dieses Rechts untrennbar verbunden.

„Put Prawdy“ Nr. 17,  
20. Februar 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## BAUERNSCHAFT UND LOHNARBEIT

Es gibt bei den Volkstümlern keine beliebtere Phrase als die, daß die Marxisten die Werktätigen „gegeneinander hetzen“, indem sie die Lohnarbeiter von den Bauern trennen und beide einander gegenüberstellen. Und es gibt keine verlogenerere Phrase, um die Verteidigung der Interessen des Kleinbesitzers, des kleinen Bourgeois, des Ausbeuters von Lohnarbeitern, zu verschleiern.

Hier einige interessante Daten aus dem Jahrbuch der Moskauer Semstwostatistik für das Jahr 1913 („Wirtschaftsstatistische Sammlung“, Lief. VII, Moskau 1913). Die Moskauer Statistiker haben den Gemüse- und Gartenbau des Kreises Moskau untersucht. Die Untersuchung umfaßte über 5000 Höfe, die die Statistiker in sieben Bezirke einteilten, je nach der Entfernung von Moskau und dem Grad der Intensität der Wirtschaft (d. h. nach der Größe des Aufwands an Kapital und Arbeit für jede Desjatine Land).

Ziemlich eingehend wurde die Frage der von den Bauern beschäftigten Lohnarbeiter untersucht. Was hat sich dabei ergeben?

Die Gesamtzahl der Höfe, die Lohnarbeiter beschäftigen, beträgt in den ersten vier Bezirken 67 Prozent (d. h. mehr als zwei Drittel der Gesamtzahl der Höfe), in den übrigen Bezirken 43 bis 64 Prozent. Daraus geht deutlich hervor, daß die überwiegende Mehrheit der Bauernhöfe in der Nähe Moskaus Wirtschaften von Kleinkapitalisten sind, die Lohnarbeiter einstellen.

Noch interessanter sind die Angaben über die Zahl der Höfe, die Jahres- und Halbjahresarbeiter einstellen. Der Prozentsatz dieser Höfe betrug:

im.	I. Bezirk	26,6	Prozent
"	II. "	16,7	"
"	III. "	16,4	"
"	IV. "	19,0	"



im V. Bezirk	9,9 Prozent
„ VI. „	5,0 „
„ VII. „	6,4 „

Je höher die Intensität der Wirtschaften im Bezirk, desto höher ist in der Regel der Prozentsatz der Bauern, die Jahres- oder Halbjahresarbeiter einstellen.

Aber die Angaben für die Bezirke im ganzen fassen die armen und die reichen Bauern jedes Bezirks zusammen. Diese Angaben sind folglich sehr grob und *beschönigen* die Wirklichkeit, *verschleiern* den Gegensatz von Elend und Reichtum, von Proletariat und Bourgeoisie.

Nehmen wir die Angaben über die Gruppen von Wirtschaften nach der Bodennutzung (d. h. nach der Größe des bebauten Landes). Diese Angaben sind weit zuverlässiger als die Angaben über den Besitz von Anteilland, der bis heute *selbst in der Umgebung von Moskau* einen fröhlich-domänenartigen Charakter bewahrt: unter denen, die wenig Anteilland haben, gibt es Reiche, die Land pachten, während es unter denen, die viel Anteilland haben, Arme gibt, die Anteilland verpachten, sowie solche, die gar kein Land bebauen, richtiger, keine Wirtschaft betreiben.

Bei den Bauern ohne Wirtschaft ist der Prozentsatz derjenigen, die Arbeiter einstellen, in allen Bezirken gleich Null. Das ist verständlich. Der Bauer ohne Wirtschaft ist selbst ein Proletarier.

Bei den Bauern mit einer Wirtschaft von weniger als einer halben Desjatine Land schwankt der Prozentsatz der Höfe mit Lohnarbeitern zwischen 0 (Null) und 57 Prozent (wir nehmen, um die Sache nicht zu komplizieren, eine der drei Untergruppen).

Hofbesitzer mit  $\frac{1}{2}$  bis 1 Desjatine Land: Höfe mit Lohnarbeitern von 0 bis 100% ;

Hofbesitzer mit 1 bis 3 Desjatinen Land: Höfe mit Lohnarbeitern von 46 bis 100% (in den verschiedenen Bezirken);

Hofbesitzer mit 3 bis 5 Desjatinen Land: Höfe mit Lohnarbeitern von 66 bis 97%.

Hofbesitzer mit 5 bis 10 Desjatinen bearbeiteten Bodens: Höfe mit Lohnarbeitern von 75 bis 100%.

Wir ersehen daraus klar, daß die Bauern ohne Wirtschaft selbst Proletarier (Lohnarbeiter) sind. Je bedeutender aber die Wirtschaft ist, *desto häufiger* kommt die Ausbeutung von Lohnarbeit zur Anwendung: sogar

bei den Hofbesitzern mit 3 bis 5 Desjatinen sind schon nicht weniger als  $\frac{2}{3}$  der Gesamtzahl der Hofbesitzer Ausbeuter von Lohnarbeit!!

Das ist eine einfache, allgemein bekannte und offenkundige Tatsache, die von den Volkstümlern entstellt wird. Das, was in der Umgebung von Moskau vor sich geht, geht – in geringerem Grade – überall vor sich. Jedermann weiß, daß jede Stadt, jede Werst Eisenbahnlinie die bäuerliche Wirtschaft in den kapitalistischen Handel hineinzieht. Nur die „linken Volkstümler“ wollen die ihre kleinbürgerliche Theorie zerstörende Wahrheit nicht sehen.

Diese Wahrheit besteht darin, daß jede Werst Eisenbahnlinie, jeder neue Laden im Dorf, jede den Einkauf erleichternde Genossenschaft, jede Fabrik usw. die bäuerliche Wirtschaft in den Handel einbezieht. Das aber bedeutet, daß die Bauernschaft zerfällt in Proletarier und in kleine Unternehmer, die Lohnarbeiter einstellen.

In der bäuerlichen Wirtschaft kann es keine einzige Verbesserung geben, die nicht die Ausbeutung von Lohnarbeit durch die stärker werdenden Wirtschaften erhöhen würde.

Deshalb vertreten nur die Marxisten die Interessen der Arbeit, indem sie die Proletarier, die Lohnarbeiter sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande aussondern.

Die Volkstümler dagegen verfechten (in der Tat) die Interessen der Ausbeuter von Lohnarbeitern, wenn sie von der „Bauernschaft“ und von der „bäuerlichen Wirtschaft“ reden, denn je mehr ein Bauer einem „Landwirt“ ähnlich ist, desto stärker beutet er Lohnarbeit aus.

Die Interessen der Bourgeoisie (der die Volkstümler blindlings nachtraben) verlangen das Vermengen von bäuerlichem Proletariat und bäuerlicher Bourgeoisie.

Die Interessen des Proletariats erfordern den Kampf gegen dieses Vermengen, erfordern überall, auch bei den Bauern, eine klare Abgrenzung der Klassen. Es hat keinen Zweck, sich und andere dadurch zu betrügen, daß man von der „Bauernschaft“ redet: man muß selbst lernen und die Bauern lehren, daß sich sogar in der Bauernschaft die Kluft zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit jedem Tage mehr vertieft.

„Put Prawdy“ Nr. 17,  
20. Februar 1914.  
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## HERR STRUVE ÜBER DIE „SANIERUNG DER STAATSGEWALT“

Herr Struve gehört zu den besonders offenherzigen konterrevolutionären Liberalen. Deshalb ist es oft sehr lehrreich, sich die politischen Betrachtungen eines Publizisten eingehend anzusehen, der die marxistische Analyse des Opportunismus besonders anschaulich bestätigt hat (denn Herr Struve fing bekanntlich beim Opportunismus, bei der „Marxkritik“ an und rutschte in wenigen Jahren zum konterrevolutionären bürgerlichen Nationalliberalismus hinab).

Im Januarheft der „Russkaja Mysl“ stellt Herr Struve Erörterungen über die „Sanierung der Staatsgewalt“ an. Er gibt vor allem den *Bankrott* der Politik Stolypins sowie der ganzen Reaktion der Jahre 1907–1914 und der Politik des Oktobrismus zu. Die Reaktion „hat sich in einer Krise festgefahren“, schreibt Herr Struve. Die Versuche mit rückwärts gerichteten Reformen in der Art der Verwandlung der Duma in eine gesetzesberatende Körperschaft werden nach seiner Meinung dazu führen, daß „sie die Staatsgewalt in die gleiche Lage bringen werden, in der sie sich vor 1905 schon befand“, mit dem wesentlichen Unterschied, daß das Volk bereits ein anderes geworden sei. „Die Sympathien und Instinkte der Volksmassen haben sich im Jahre 1905 auf die Seite der Intelligenz verlagert.“

Das schreibt einer der „Wechi“-Leute, ein heftiger Gegner der Revolution, ein Anhänger der obskursten Theorien. Und er ist gezwungen zuzugeben, daß sich die *Massen* nach links entwickelt haben, aber der Liberale entschließt sich nicht, direkter, klarer und genauer zu sagen, welche Klassen sich innerhalb dieser Massen welchen Parteien zugewandt haben!

\* Siehe Anmerkung 46. *Der Übers.*

„Unser Volk hat sich noch nicht endgültig herausgebildet und noch nicht endgültig gegliedert. Der Umstand, daß es lange Zeit in Trägheit verharrte und gleichsam mit einem Schlage revolutionär wurde, besagt nichts darüber, wie es sein wird, wenn sich alle in ihm schlummernden Möglichkeiten werden entwickeln können.“

Das ist ein Musterbeispiel von Phrasen, mit denen die Bourgeoisie für sie unangenehme Wahrheiten *verschleiern*. Unter Volk wird hier offenbar die Bauernschaft verstanden, denn die Bourgeoisie (ganz zu schweigen von den Gutsbesitzern) und die Arbeiterklasse haben sich genügend herausgebildet, sind genügend bestimmt. Der Liberale entschließt sich nicht, direkt zuzugeben, daß sich trotz der krampfhaften Bemühungen der neuen Agrarpolitik die *bäuerliche Bourgeoisie* „noch nicht herausgebildet“ hat.

„Welches ist nun der Ausweg aus der entstandenen Lage?“ fragt Herr Struve, und er antwortet: „Es kann nur zwei Auswege geben: entweder allmähliches Anwachsen staatlicher Wirren, in denen die Mittelklassen und die sie zum Ausdruck bringenden gemäßigten Elemente . . .“ (die Mittelklassen werden also von den gemäßigten Elementen „zum Ausdruck gebracht“?) Das ist nicht sehr literarisch, politisch aber ziemlich klar; von welchen Elementen aber werden die Bauernschaft und die Arbeiter „zum Ausdruck gebracht“?) „durch den elementaren Ansturm der von den extremen Elementen angestifteten Volksmassen von neuem in den Hintergrund gedrängt werden – oder *Sanierung der Staatsgewalt*. Wir haben jetzt nicht den ersten Ausweg zu untersuchen. Wir stehen unter den russischen Verhältnissen bewußt auf einem Standpunkt, der für uns die Möglichkeit ausschließt, diesen Ausweg aktiv anzustreben oder auch nur einfach zu wünschen . . .“ (Wir danken für die Offenheit, Herr Struve! Hier könnten unsere Liquidatoren Geradheit und Offenheit lernen, anstatt wie um den heißen Brei herumzugehen, wie es L. M. im Januarheft der „Nascha Sarja“ tut.)

„Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als vor dem öffentlichen Bewußtsein offen den zweiten Ausweg als Tagesproblem aufzuwerfen, das durch die vereinten Anstrengungen aller fortschrittlichen und gleichzeitig staaterhaltenden Kräfte verwirklicht werden muß.“

Über den zweiten Ausweg vermag Herr Struve außer hohlen Phrasen absolut nichts zu sagen. Die Bourgeoisie ist für das Gemäßigte, die Mas-

sen sind für das „Extreme“ – das muß der Liberale zugeben. Aber darüber, welches die soziale Struktur (Ordnung, Gefüge) der „Staatsgewalt“ ist, die es zu sanieren gilt, welches ihre klassenmäßige Stütze ist, wo die Gutsbesitzer hingekommen sind, die vor der Bourgeoisie unumschränkt geherrscht und regiert haben – über all das fürchtet Herr Struve auch nur nachzudenken. Hilflosigkeit, Ohnmacht, Prinzipienlosigkeit – das sind die unvermeidlichen Kennzeichen der liberalen Bourgeoisie, solange sie (wie Herr Struve und Co.) vor den Purischkewitsch kriecht.

„Wie sonderbar dies auch klingen mag“, schreibt Herr Struve, „nichts ist der Staatsgewalt so sehr zu wünschen wie dies: zu vergessen, daß es einst jene Ereignisse, Tatsachen und Stimmungen gegeben hat, die man als die russische Revolution zu bezeichnen pflegt.“

Ein ausgezeichnete, tief sinniger, kluger, ernsthafter politischer Rat-schlag! Möge die „Staatsgewalt vergessen“ – vergessen doch manchmal alte Leute alles, was mit ihnen und um sie herum vorgeht!

Die Vertreter der Senilität des russischen Liberalismus legen an die anderen ihren Maßstab an.

„Put Prawdy“ Nr. 18,  
21. Februar 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE VOLKSTUMLER ÜBER N. K. MICHAILOWSKI

Die zehnte Wiederkehr des Todestages N. K. Michailowskis (er starb am 28. Januar 1904) wurde mit der Veröffentlichung einer Menge lobpreisender Artikel in den bürgerlich-liberalen Zeitungen und in denen der Volkstümler (d. h. in den bürgerlich-demokratischen) begangen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Liberalen und die bürgerlichen Demokraten N. K. Michailowski lobpreisen, aber man kann die himmelschreiende Entstellung der Wahrheit und Demoralisierung des proletarischen Klassenbewußtseins nicht ohne Widerspruch hinnehmen, wenn versucht wird, Michailowski für einen Sozialisten auszugeben und zu beweisen, daß seine bürgerliche Philosophie und Soziologie mit dem Marxismus vereinbar sei.

Michailowski war einer der besten Vertreter und Interpreten der Ansichten der russischen bürgerlichen Demokratie im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Die bäuerliche Masse, die in Rußland als Masse die einzige ernst zu nehmende (wenn man von dem städtischen Kleinbürgertum absieht) Trägerin bürgerlich-demokratischer Ideen ist, lag damals noch in tiefem Schlaf. Die besten Menschen aus ihrer Mitte und Menschen, die ihre schwere Lage mitempfanden, die sogenannten Rasnotschinken\* – besonders die studierende Jugend, Lehrer und andere Vertreter der Intelligenz – bemühten sich, die schlafenden bäuerlichen Massen aufzuklären und zu wecken.

\* Rasnotschinken – „... die gebildeten Vertreter der liberalen und demokratischen Bourgeoisie, die nicht dem Adel, sondern der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum, der Kaufmannschaft, der Bauernschaft angehörten.“ (Siehe den vorliegenden Band, S. 242.) *Der Übers.*

Das große geschichtliche Verdienst Michailowskis in der bürgerlich-demokratischen Bewegung für die Befreiung Rußlands bestand darin, daß er tief die Lage der unterdrückten Bauern mitempfand und energisch gegen all und jede Erscheinung der feudalen Unterdrückung kämpfte, daß er in der legalen, offenen Presse, sei es auch nur in Form von Andeutungen, die Sympathien und die Achtung vor der „Illegalität“ vertrat, in der die konsequentesten und entschiedensten Demokraten der Rasnotschizzen wirkten, und diese Illegalität sogar selbst direkt unterstützte. In unserer Zeit des schamlosen und oft renegatenhaften Verhaltens gegenüber der Illegalität, und zwar nicht nur von seiten der Liberalen, sondern auch der Liquidatoren, sowohl der Liquidatoren unter den Volkstümlern („Russkoje Bogatstwo“) als auch der Liquidatoren unter den Marxisten, muß dieses Verdienst Michailowskis lobend hervorgehoben werden.

Doch teilte Michailowski, ein leidenschaftlicher Anhänger der Freiheit und der unterdrückten Bauernmassen, alle Schwächen der bürgerlich-demokratischen Bewegung. Ihm schien die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Bauern – besonders ohne Entschädigung – etwas „Sozialistisches“ zu sein; daher hielt er sich für einen „Sozialisten“. Natürlich ist das ein gründlicher Irrtum, der von Marx und auch durch die Erfahrungen *aller* zivilisierten Länder aufgedeckt wurde, in denen sich die bürgerlichen Demokraten bis zum völligen Sturz der Leibeigenschaft und des Absolutismus *stets* einbildeten, „Sozialisten“ zu sein. Die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Bauern, besonders zu den genannten Bedingungen, ist eine sehr nützliche Maßnahme bei Herrschaft der fronherrlichen Gutsbesitzer, aber diese Maßnahme ist eine bürgerlich-demokratische. Jeder vernünftige Sozialist unserer Zeit weiß das. Die gesamten Erfahrungen der ganzen Welt haben gezeigt, daß, je mehr (und je billigeren) Boden die Bauern von den Fronherren erhielten, je mehr „Land und Freiheit“ es gab, desto *schneller* sich der Kapitalismus entwickelte und desto *früher* sich die *bürgerliche* Natur des Bauern offenbarte. Wenn Herr N. Rakitnikow (in Nr. 3 der „Wernaja Mysl“) bis jetzt noch nicht verstanden hat, daß die Unterstützung der *bürgerlich*-demokratischen Bauernschaft durch das Proletariat gegen die Fronherren überhaupt kein „Sozialismus“ ist, so kann man über eine solche Naivität nur lächeln. Es ist langweilig, Fehler zu widerlegen, die von allen klassenbewußten Arbeitern schon längst abgetan worden sind.

Nicht nur auf ökonomischem Gebiet, sondern auch in der Philosophie und Soziologie waren Michailowskis Ansichten *bürgerlich-demokratische*, die durch *pseudo* „sozialistische“ Phrasen verdeckt waren. So seine „Fort-schrittsformel“, seine Theorie des „Kampfes für die Individualität“ usw. In der Philosophie bedeutete Michailowski einen *Schritt zurück* gegenüber Tschernyschewski, dem größten Vertreter des utopischen Sozialismus in Rußland. Tschernyschewski war Materialist und bis ans Ende seiner Tage (d. h. bis zu den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts) machte er sich lustig über die verschiedenen Konzessionen an den Idealismus und an die Mystik, die die in Mode gekommenen „Positivisten“ (Kantianer, Machisten usw.) machten. Und Michailowski hinkte hinter eben diesen Positivisten her. Noch heute herrschen unter den Schülern Michailowskis, selbst unter den „linkesten“ Volkstümlern (wie Herr Tschernow), diese reaktionären philosophischen Ansichten.

Daß der „Sozialismus“ Michailowskis und der Volkstümpler nur eine bürgerlich-demokratische Phrase ist, das hat die Erfahrung der Aktionen aller Klassen und ihrer Massenkämpfe in den Jahren 1905–1907 endgültig bewiesen. Die Mehrzahl der bäuerlichen Abgeordneten sowohl in der I. als auch in der II. Duma stellte sich *nicht* auf die Seite der linken Volkstümpler, sondern auf die Seite der „Trudowiki“ und der „Volkssozialisten“. Das ist eine Tatsache, die man weder vergessen noch entstellen darf. Und nach den Marxisten mußten sogar die linken Volkstümpler selbst, z. B. die Herren Wichljajew, Tschernow und andere, den bürgerlichen Charakter der Volkssozialisten zugeben!!

Mögen die einzelnen Arbeiter, die mit den linken Volkstümlern sympathisieren, von ihren Lehrern *alle* literarischen Erzeugnisse der linken Volkstümpler *gegen* die „Volkssozialisten“ aus den Jahren 1906–1907 verlangen.

Die Massenaktionen der Bauern in diesen Jahren haben endgültig bewiesen, daß die Bauernschaft gerade auf dem *bürgerlich-demokratischen* Standpunkt steht. Die linken Volkstümpler sind im besten Falle nur ein kleiner Flügel der bäuerlichen (d. h. bürgerlichen) Demokratie in Rußland. Die Arbeiter haben die Bauern unterstützt und werden es weiter tun (gegen die Fronherren), aber die Vermengung dieser Klassen, die Vermengung der bürgerlichen Demokratie mit dem sozialistischen Proletariat ist ein reaktionäres Abenteuer. Dagegen werden alle klassenbewußten Arbeiter entschieden kämpfen, besonders jetzt, wo die Scheidung der



Klassen durch die großartigen Erfahrungen der Massenkämpfe in den Jahren 1905–1907 vollständig erwiesen ist und bei uns im Dorf mit jedem Tage immer klarer und klarer hervortritt.

Michailowski war sehr lange, über zehn Jahre, das Haupt und die Seele der Literatengruppe um das „Russkoje Bogatstwo“. Was hat nun diese Gruppe in den großen Jahren 1905–1907 hervorgebracht?

Sie brachte die ersten Liquidatoren in den Reihen der Demokratie!

Mögen die einzelnen Arbeiter, die mit den linken Volkstümlern sympathisieren, von ihren Lehrern die Augustnummer des „Russkoje Bogatstwo“ aus dem Jahr 1906 und alle die Schriften der linken Volkstümler verlangen, in denen diese Gruppe als „Sozialkadetten“ u. ä. bezeichnet wird!

Aus der Gruppe Michailowskis kamen die ersten Liquidatoren, die im Herbst 1906 die „legale Partei“ proklamierten und sich von der „Illegalität“ und ihren Losungen lossagten – zwei bis drei Jahre früher als unsere, die marxistischen Liquidatoren. Was ist denn aus der „legalen Partei“ der Herren Mjakotin, Peschechonow und anderer Kampfgenossen von Michailowski geworden? Ein völliges Fehlen jeder Partei, eine völlige Loslösung der „legalen“ Gruppe der Opportunisten der Volkstümler-richtung von den Massen.

Man darf Michailowski, der sich von der Illegalität niemals losgesagt hat (oder richtiger: der kurz vor dem Übergang seiner Gruppe zum Liquidatorentum starb) für den kläglichen und verachtungswürdigen Opportunismus der Herren Peschechonow, Mjakotin und Co. nicht voll verantwortlich machen. Aber ist es nicht charakteristisch, daß wir in Nr. 3 der „Wernaja Mysl“, die Michailowski gewidmet ist, wieder den faulen Block (Bund) der „linken“ Volkstümler mit den „Sozialkadetten“ vom „Russkoje Bogatstwo“ sehen? Und wenn wir uns daran erinnern, was Michailowski an Lawrow über seine Stellung zu den Revolutionären schrieb, müssen wir da nicht anerkennen, daß die „Sozialkadetten“ im großen und ganzen seine getreuen Nachfolger sind?

Wir ehren Michailowski wegen seines aufrichtigen und talentvollen Kampfes gegen die Leibeigenschaft, gegen die „Bürokratie“ (man verzeihe das ungenaue Wort)\* usw., wegen seiner Achtung vor der Illegalität

\* Das „ungenaue Wort“ steht hier aus Zensurrücksichten anstatt „Zarismus.“ *Der Übers.*

und seiner Unterstützung derselben, aber nicht wegen seiner bürgerlich-demokratischen Ansichten, nicht wegen seines Schwankens zum Liberalismus hin, nicht wegen seiner Gruppe der „Sozialkadetten“ vom „Russkoje Bogatstwo“.

Die bürgerliche Demokratie Rußlands, d. h. vor allem die Bauernschaft, schwankt zwischen den liberalen Bourgeois und dem Proletariat nicht zufällig, sondern infolge ihrer Klassenstellung. Sache der Arbeiter ist es, die Bauernschaft im schonungslosen Kampf gegen die Lehren der „Volks-tümer“ vom Einfluß der Liberalen zu befreien.

„Put Prawdy“ Nr. 19,  
22. Februar 1914.  
Unterschrift: *W. I l j i n.*

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

## UBER A. BOGDANOW

Die Redaktion erhielt einen von 13 „linken Bolschewiki“ unterzeichneten und mit der Überschrift „Tiflis-Kaukasus“ versehenen Brief mit der Anfrage, wie sich die Redaktion zur Mitarbeit A. Bogdanows verhalte. Die Verfasser des Briefes bezeichnen sich als „Anhänger der Ideen der Gruppe ‚Wperjod‘“ und schlagen unserer Zeitung gegenüber einen offenkundig und entschieden feindseligen Ton an.

Dessenungeachtet halten wir es für nötig, uns ein für allemal mit ihnen auseinanderzusetzen.

Warum ist die Mitarbeit A. Bogdanows an Arbeiterzeitungen und -zeitschriften, die auf dem Standpunkt des konsequenten Marxismus stehen, unmöglich geworden? Weil A. Bogdanow kein Marxist ist.

Die Verfasser des Briefes beschreiten den Weg, den ihnen Bogdanow in seinem Brief in der Zeitung der Liquidatoren selbst aufgezeigt hat, und suchen die Erklärung für das Verschwinden der Arbeiten A. Bogdanows aus den Spalten unserer Zeitungen in irgendwelchen persönlichen Beziehungen, in der Ränkesucht einzelner Personen usw. Alles das ist blanker Unsinn, der weder untersucht noch erklärt zu werden verdient. Die Sache ist weit einfacher und klarer.

Wenn sich die Verfasser des Briefes nicht für „Persönliches“, sondern für die Geschichte der organisatorischen und ideologischen Beziehungen unter den Marxisten interessierten, so wüßten sie, daß schon im Mai 1909 ein kompetentes Gremium der Bolschewiki nach vorausgegangener gründlicher und langer Diskussion die *Verantwortung* für die literarisch-politische Tätigkeit A. Bogdanows *abgelehnt hat*.<sup>42</sup> Wenn die Verfasser des Briefes dem spießbürgerlichen Klatsch und Gerede weniger Bedeutung

beimäßen und mehr den ideologischen Kampf unter den Marxisten beachteten, so wüßten sie, daß A. Bogdanow in seinen Büchern ein bestimmtes sozial-philosophisches System geschaffen hat und daß sich *alle* Marxisten ohne Unterschied der Fraktion gegen dieses System als ein nicht-marxistisches und antimarxistisches ausgesprochen haben. Alle, die sich für die Geschichte des Marxismus und der Arbeiterbewegung in Rußland interessieren, wissen, und wer es nicht weiß, soll sich darüber unterrichten, soll darüber lesen und so erfahren, daß hinter der Frage der Mitarbeit A. Bogdanows an einer Arbeiterzeitung die wesentlichere, prinzipielle Frage nach dem Verhältnis zwischen der Philosophie von Marx und der Lehre A. Bogdanows steht. Diese Frage ist in Büchern, Broschüren und Artikeln untersucht, behandelt, durchgekaut worden. Der politische Standpunkt gegenüber der Mitarbeit dieses oder jenes Literaten an der Arbeiterpresse besteht darin, darüber nicht vom Standpunkt des Stils, des Scharfsinns, des Popularisierungstalents des in Frage stehenden Schriftstellers, sondern vom Gesichtspunkt seiner Richtung insgesamt, von dem Gesichtspunkt zu urteilen, *was* er mit seiner Lehre in die Arbeitermassen hineinträgt. Die Marxisten sind überzeugt, daß die literarische Tätigkeit A. Bogdanows als Ganzes genommen auf den Versuch hinausläuft, dem Proletariat übertünchte idealistische Vorstellungen bürgerlicher Philosophen einzuimpfen.

Wenn irgend jemand glaubt, daß dem nicht so sei, daß im Streit um die philosophischen Grundlagen des Marxismus nicht Plechanow, nicht Iljin<sup>43</sup>, sondern Bogdanow im Recht sei, so soll er auch mit einer Verteidigung des Bogdanowschen Systems und nicht mit Hinweisen darauf hervortreten, daß der eine oder andere populäre Artikel Bogdanows in den Spalten der Arbeiterpresse Raum finden könne. Doch wir kennen unter den Marxisten keine Verteidiger des Bogdanowschen Systems. Gegen seine Lehre haben sich nicht nur seine „Fraktions“gegner, sondern auch seine ehemaligen politischen Gesinnungsfreunde gewandt.

So steht die Sache mit Bogdanow. Die Marxisten haben seine Versuche, den Marxismus „abzuändern“ und zu „korrigieren“, untersucht und festgestellt, daß sie dem Geist der modernen Arbeiterbewegung fremd sind. Die Gruppen, mit denen er arbeitete, haben die Verantwortung für seine literarische und jede andere Tätigkeit abgelehnt. Man kann sich danach nun zu Bogdanow verhalten, wie man will, aber für ihn Platz in

den Spalten der Arbeiterpresse fordern, die dazu berufen ist, das Abc des Marxismus zu verbreiten, heißt weder den Marxismus noch die Lehre Bogdanows, noch die Aufgaben der marxistischen Aufklärung der Arbeitermassen verstehen.

Bei diesem Werk der Aufklärung der Arbeitermassen, dem unsere Zeitung dient, können wir mit Bogdanow nicht zusammengehen, denn er und wir haben verschiedene Auffassungen von dieser Aufklärung. Das ist das Wesen der Sache, das eigennützig durch Anspielungen auf persönliche Beziehungen verwischt wird. Die Arbeiter, denen die *Richtung* ihrer Zeitung teuer ist, müssen all diese Versuche, die Sache auf die „Person“ des einen oder anderen Literaten zurückzuführen, wie schmutzigen Kehricht beiseite werfen, sie müssen sich über den Charakter der Lehre Bogdanows Klarheit verschaffen. Und wenn sie begonnen haben werden, sich über sie Klarheit zu verschaffen, werden sie bald zu der Schlußfolgerung gelangen, zu der auch wir gelangt sind: Der Marxismus ist eins, die Lehre Bogdanows aber ist etwas ganz anderes. Ein Arbeiterblatt hat doch das Bewußtsein des Proletariats von dem bürgerlich-idealistischen Beigemisch zu reinigen, nicht aber in seinen Spalten dieses unverdauliche Gemisch zu servieren.

Aber, wird man uns sagen, die „Prawda“ hat doch immerhin einige Artikel A. Bogdanows abgedruckt. Ja, sie hat welche abgedruckt.

Doch das war, wie jetzt allen klar geworden ist, lediglich ein Fehler, der bei einer so neuen Sache wie der Schaffung der ersten Arbeiterzeitung Rußlands unvermeidlich war. Die Genossen, die bei diesem Werk am Ruder standen, hofften, daß in den populären Artikeln, die Bogdanow der Redaktion vorlegte, die Propaganda des Abc des Marxismus die besonderen Züge der Lehre Bogdanows in den Hintergrund drängen werde. Es erwies sich, wie zu erwarten war, daß dem nicht so war. Nach den ersten – mehr oder weniger neutralen – Artikeln sandte Bogdanow einen Artikel ein, in welchem er offenkundig versuchte, die Arbeiterzeitung in ein Werkzeug der Propaganda nicht des Marxismus, sondern seines Empirionismus zu verwandeln. Diesem seinem Artikel scheint A. Bogdanow eine derartige Bedeutung beigemessen zu haben, daß er danach, d. h. seit dem Frühjahr 1913, keinerlei Artikel mehr einsandte.

Seine Mitarbeit wurde nun für die Redaktion zu einer prinzipiellen Frage, und man entschied sie in dem den Lesern bekannten Sinne.

Jetzt einige Worte zur Gruppe „Wperjod“. Sie ist in unserer Zeitung als „Abenteurergruppe“ bezeichnet worden.\*

Da die Verfasser des Briefes nicht imstande sind, politisch zu denken, weil sie spießbürgerlich denken, sahen sie auch hier irgendwelche persönlichen Anspielungen auf Mitglieder dieser Gruppe. Das ist wiederum eine Ungereimtheit. Als „abenteuerlich“ bezeichnen die Marxisten die Politik von Gruppen, die nicht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, beispielsweise der Anarchisten, der Volkstümmer-Terroristen u. a. m. Die Abweichungen der „Wperjod“-Leute in der Richtung zum Anarchosyndikalismus, ihre Nachsicht gegenüber der „Gottbildneri“ Lunatscharskis, dem Idealismus Bogdanows, den theoretisch-anarchistischen Allüren St. Wolskis usw. wird niemand zu bestreiten wagen. Und inwiefern die Politik der „Wperjod“-Leute auf den Weg des Anarchismus und Syndikalismus geraten ist, insofern wird jeder Marxist sie als Politik des Abenteuertums bezeichnen.

Das ist einfach eine Tatsache, die durch den vollständigen Zerfall der Gruppe „Wperjod“ bestätigt wird. Sobald die Arbeiterbewegung wiedererstand, hat sich diese aus verschiedenartigen Elementen ohne bestimmte politische Linie, ohne Verständnis für die Grundlagen der Klassenpolitik und des Marxismus zusammengeleimte Gruppe restlos zersetzt.

Ohne sich von diesen Gruppen aufhalten zu lassen, von „Empiriomontisten“, „Gottbildnern“, „Anarchisten“ usw., wird die Arbeiterbewegung unter dem Banner des Marxismus vorwärtsschreiten.

„Put Prawdy“ Nr. 21,  
25. Februar 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 83. Die Red.

ANMERKUNG DER REDAKTION ZU DEM ARTIKEL  
VON VETERAN „DIE NATIONALE FRAGE  
UND DAS LETTISCHE PROLETARIAT“

Gern veröffentlichen wir den Artikel des Genossen Veteran<sup>44</sup>, der einen geschichtlichen Abriss der nationalen Frage bei den Letten im allgemeinen und den lettischen Sozialdemokraten im besonderen gibt. Abänderungs- oder Ergänzungsvorschläge der lettischen Marxisten zum Beschluß der Sommerberatung (1913) wären sehr wünschenswert. Bei den lettischen Sozialdemokraten gab es alte Sympathien für den „Bund“, die 1. infolge der theoretischen Kritik der Marxisten und 2. infolge des praktischen Separatismus der Bundisten, namentlich nach 1906, ins Wanken geraten sind. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Diskussion über die nationale Frage unter den lettischen Sozialdemokraten fortgesetzt werden und zur Annahme ganz bestimmter Beschlüsse führen möge.

Zum Inhalt der Bemerkungen des Gen. Veteran wollen wir nur folgendes sagen. Ihm scheint unsere Berufung auf die Schweiz\* nicht überzeugend zu sein, da dort alle drei Nationen geschichtliche und von allem Anfang an gleichberechtigte Nationen sind. Aber für „geschichtslose Nationen“ gibt es nirgends ein Beispiel oder Vorbild (es sei denn in der Utopie) außer unter den geschichtlichen Nationen. Und die Gleichberechtigung der Nationen setzen selbst die Anhänger der „national-kulturellen Autonomie“ voraus. Die Erfahrung der zivilisierten Menschheit lehrt uns folglich, daß *unter den Voraussetzungen* wirklicher Gleichberechtigung der Nationen und eines konsequenten Demokratismus die „national-kulturelle Autonomie“ überflüssig ist; *ohne* diese Voraussetzungen aber bleibt sie utopisch, und ihre Propaganda ist das Predigen eines verfeinerten Nationalismus.

„Proswechtschenije“ Nr. 2,  
Februar 1914.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„Proswechtschenije“.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 4/5. Die Red.

## VORWORT ZUM SAMMELBAND „MARXISMUS UND LIQUIDATORENTUM“<sup>45</sup>

Der Sammelband, der dem Leser unterbreitet wird, besteht aus Artikeln, die in den Jahren 1909–1914 geschrieben wurden. Das ist gerade jene Epoche in der Arbeiterbewegung Rußlands, wo sie besonders große Schwierigkeiten durchzumachen hatte. Die Marxisten begnügten sich jedoch nicht und konnten sich nicht begnügen mit einem bloßen Hinweis auf diese Schwierigkeiten, mit bloßen Klagen über den allgemeinen Niedergang, Zerfall usw. Es mußte festgestellt werden, welches die ökonomischen und politischen Ursachen des Niedergangs vom Gesichtspunkt einer besonderen Etappe der kapitalistischen Entwicklung Rußlands waren, welches die *klassenmäßige* Bedeutung der breitesten Strömung war, die diesen Zerfall zum Ausdruck brachte, nämlich der *liquidatorischen* Strömung.

Die grundlegende Antwort auf diese für die Arbeiterbewegung äußerst wichtige Frage haben die Marxisten im Dezember 1908 in Form von ganz genauen, in aller Form gefaßten offiziellen Beschlüssen gegeben. Diese Beschlüsse mußten erläutert, verbreitet und auf die Tagesfragen der ökonomischen und politischen Bewegung angewandt werden. Die Artikel, die wir im vorliegenden Sammelband vereinigt haben – leider bei weitem nicht vollständig, infolge „von der Redaktion unabhängiger“ Ursachen –, dienen dieser Arbeit.

Gegenwärtig, nach fast zweijährigem Bestehen einer marxistischen Tagespresse in Petersburg, ist die Frage nach der Bedeutung und Einschätzung des Liquidatorentums nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis bereits ganz und gar den Arbeitern selbst zur Entscheidung *übertragen worden* – wenn man sich so ausdrücken darf. Und das ist ein



gewaltiges Glück für die russische Arbeiterbewegung und ein hohes Zeichen ihrer Reife. Die klassenbewußten Arbeiter selbst suchen die Wahrheit und werden sie finden, werden die klassenmäßige Bedeutung des Liquidarentums bestimmen, werden in der Praxis ihrer Massenbewegung diese Einschätzung überprüfen, werden zweckmäßige Methoden zu seiner Bekämpfung ausarbeiten.

Allen Arbeitern, die sich für die Geschicke der Bewegung ihrer Klasse interessieren, möchten wir durch die Herausgabe des vorliegenden Sammelbandes zu Hilfe kommen. Die Artikel sind hier nicht chronologisch geordnet, sondern nach *Themen* in der (ungefähren) Folge des Übergangs von der Theorie zur Praxis.

An erster Stelle (1. Abschnitt) stehen die Grundfragen, ohne deren Lösung von einer durchdachten Taktik und Politik überhaupt keine Rede sein kann. Hier findet der Leser die Einschätzung des historischen Moments und der klassenmäßigen Bedeutung des Kampfes der marxistischen Strömungen, ferner die Untersuchung der Frage der Hegemonie des Proletariats im Zusammenhang mit der Kritik am Haupt„werk“ der Liquidatoren („Die soziale Bewegung“) und schließlich Artikel über die Frage der „Linksentwicklung“ der Bourgeoisie.

Dann folgen (2. Abschnitt) Artikel über die Wahlkampagne, über die Ergebnisse der Wahlen zur IV. Duma und über die Taktik in der Duma.

Den nächsten Platz (3. Abschnitt) nimmt die Frage der „legalen Partei“ und die damit untrennbar verbundene Frage der Einheit ein.

Der vierte Abschnitt ist der liberalen Arbeiterpolitik in ihren verschiedenen Anwendungsformen gewidmet. Nach einer allgemeinen Einschätzung des Reformismus werden hier Fragen der „Teilforderungen“, der Koalitionsfreiheit, der Streikbewegung, des Verhältnisses der Liquidatoren zu den Liberalen und umgekehrt untersucht.

Endlich das letzte Thema (5. Abschnitt): die Liquidatoren und die Arbeiterbewegung. Hier findet der Leser sowohl die Einschätzung der Arbeiterbewegung der Jahre 1905–1907, wie sie einer der Führer des Liquidarentums (Kolzow) in seinem Hauptwerk gibt, als auch eine Untersuchung über die Stellung der Arbeiter zu den Liquidatoren in der Praxis sowie das aktuellste Material zur Geschichte der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Duma.

Im „Nachwort“ wird der Versuch gemacht, in der Frage des Kampfes der Strömungen innerhalb der modernen Arbeiterbewegung ein gewisses allgemeines Fazit zu ziehen.

Wir hoffen, daß unser Sammelband es den Arbeitern erleichtern wird, Material über die strittigen Fragen zu finden und zu studieren. Es versteht sich, daß wir sehr vieles und sehr Wichtiges *nicht* bringen konnten. Andererseits sind in einem Sammelband von Artikeln verschiedener Verfasser aus einer ganzen Reihe von Jahren Wiederholungen unvermeidlich. Auch gibt es natürlich zwischen den Verfassern individuelle Schattierungen. Doch alle ihre Artikel sind als Ganzes nur der Kommentar (Auslegung), die Anwendung der offiziell gefaßten marxistischen Beschlüsse, deren Anerkennung, unter anderem, die klassenbewußten, organisierten marxistischen Arbeiter von den Liquidatoren der Arbeiterpartei sowie von jenen Leuten unterscheidet, die von ihr abfallen. Diese Beschlüsse erläutern und überprüfen, im Laufe der Zeit vielleicht nötig werdende Verbesserungen und Ergänzungen zu ihnen erleichtern – das ist eines unserer Hauptziele.

Februar 1914

*Veröffentlicht 1914 im Sammelband  
„Marxismus und Liquidatorentum“, Teil II,  
Verlag „Priboi“ (Die Brandung),  
St. Petersburg.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*

## POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNGEN UNTER DEN LIBERALEN

Am vergangenen Freitag brachte der „Put Prawdy“ (Nr. 18) den Artikel „Herr Struve über die ‚Sanierung der Staatsgewalt‘“\*, in dem er seine Leser mit der Einschätzung der politischen Lage Rußlands durch einen der offenherzigsten und konsequentesten konterrevolutionären Liberalen bekannt machte.

Am nächsten Tag brachte die Zeitung „Retsch“ ein umfangreiches „prinzipielles“ Feuilleton von Herrn Miljukow „gegen“ Herrn Struve aus Anlaß eben dieses seines Artikels über die Sanierung der Staatsgewalt. Es ist nützlich, bei dem Streit dieser beiden Liberalen zu verweilen, denn erstens geht der Streit um äußerst wichtige Fragen der russischen Politik, zweitens aber enthüllt er *zwei Typen* von bürgerlichen *Politikern*. Und das sind Typen, die auf lange, auf Jahrzehnte hinaus in Rußland von wesentlicher politischer Bedeutung sein werden und die in allen kapitalistischen Ländern eine ähnliche Bedeutung haben. Das Proletariat muß in seinem eigenen Interesse diese Typen kennen.

Herr Struve hat während der letzten Jahre seinen Standpunkt besonders klar in dem Buch „Wechi“<sup>46</sup> dargelegt. Es ist dies der Standpunkt eines konterrevolutionären Liberalen, eines Anhängers der Religion (und des philosophischen Idealismus als des sichersten und „gelehrtesten“ Weges zu ihr), eines Gegners der Demokratie. Es ist dies ein klarer, bestimmter Standpunkt, der nicht von persönlicher, sondern von klassenmäßiger Bedeutung ist, denn tatsächlich stand die *ganze Masse* der okto-*bristisch* und *kadettisch* gesinnten Bourgeoisie in Rußland in den Jahren 1907–1914 gerade auf diesem Standpunkt.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 105–107. *Die Red.*

Der Kern der Sache liegt in der Wendung sowohl der oktobristisch als auch der kadettisch gesinnten Bourgeoisie nach rechts, von der Demokratie weg. Der Kern der Sache liegt darin, daß diese Bourgeoisie vor dem Volk mehr Angst hat als vor der Reaktion. Der Kern der Sache liegt darin, daß nicht ein Zufall, sondern der Klassenkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat diese Wendung hervorgerufen hat. Der Kern der Sache liegt darin, daß Struve und nach ihm Maklakow die Wahrheit über ihre Klasse, über ihre Partei nur offener als die anderen Kadetten gesagt haben.

Diese Wahrheit ist jenen Diplomaten der Kadettenpartei (an deren Spitze Herr Miljukow steht) ein Dorn im Auge, die es für notwendig halten, mit der Demokratie zu liebäugeln, da sie der Meinung sind, die Rolle dieser Demokratie sei noch nicht ganz ausgespielt und die Bourgeoisie werde vielleicht nicht nur unter den von den Purischkewitsch geschaffenen Zuständen, sondern auch – Gott behüte – unter solchen Verhältnissen leben und handeln müssen, wie sie von der Demokratie, vom „Pöbel“, von der „Straße“, von den Arbeitern geschaffen werden.

Herr Miljukow, der dieselbe Politik betreibt wie die Herren Struve und Maklakow, will sie verhüllen, sich vor dem Publikum herausstreichen, die Demokratie betrügen und sie am Gängelband führen. Deshalb gibt sich Herr Miljukow den Anschein, als streite er mit den „Wechi“, als streite er mit Struve, als trete er Maklakow entgegen, während er in Wirklichkeit lediglich Struve und Maklakow lehrt, ihre Gedanken geschickter zu verbergen.

Der Kern des langen Feuilletons des Herrn Miljukow gegen Struve besteht darin, daß er Struve der „hoffnungslosen Konfusion“ beschuldigt.

Das ist scharf und energisch gesagt, nicht wahr?

Worin soll denn die Konfusion bestehen? Darin, daß Struve „optimistisch“ an die Sanierung der Staatsgewalt glaube, wobei er jedoch selbst sagt, die Staatsgewalt ziehe aus den „Erschütterungen“ keine Lehren und mache sie damit unvermeidlich. Der Ausweg bestehe nach Herrn Struve entweder in „Wirren“ oder in der Sanierung der Staatsgewalt. Den ersten Ausweg aber wolle Struve weder „aktiv anstreben“ noch auch nur „wünschen“.

Bei Struve liegt tatsächlich eine Konfusion vor, aber das trifft ganz und gar auch auf Miljukow zu. Denn die Kadettenpartei – und Miljukow ist

ihr Führer – kann den erstgenannten Ausweg ebenfalls weder „wünschen“ noch „ihn aktiv anstreben“.

Das beweisen nicht Worte (einfältig sind jene, die in der Politik Menschen und Parteien nach ihren Worten beurteilen), sondern *Taten*, d. h. die *ganze Geschichte* der Kadettenpartei von 1905 bis 1914, beinahe ein ganzes Jahrzehnt.

Die Kadettenpartei fürchtet sich mehr davor, auf die Seite der Arbeiter zu treten (in den Fragen des Minimalprogramms versteht sich), als von den Purischkewitsch abhängig zu sein.

Das gilt für die ganze Partei, für die ganze kadettisch und oktobristisch gesinnte Bourgeoisie, und Miljukow wirkt einfach lächerlich, wenn er versucht, daraus einen Vorwurf gegen Struve allein zu machen.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt uns in allen Ländern, daß die den Fortschritt wünschende Bourgeoisie schwankt, ob sie auf die Seite der Arbeiter treten oder von den Purischkewitsch abhängig sein soll. In allen Ländern – und je zivilisierter, je freier ein Land ist, desto stärker – sind zwei Typen von bürgerlichen Politikern zu beobachten. Der eine Typ neigt offen zur Religion, zu den Purischkewitsch, zum offenen Kampf gegen die Demokratie und bemüht sich, diese Neigung theoretisch konsequent zu begründen. Der andere Typ spezialisiert sich darauf, eben diese Neigung durch *Liebäugeln* mit der Demokratie zu *verbergen*.

Es gibt überall diplomatische Miljukows, und die Arbeiter müssen es verstehen, „den Fuchs sofort am Schwanz zu erkennen“.

„Put Prawdy“ Nr. 25,  
1. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE „WERKTÄTIGE“ BAUERNSCHAFT UND DER HANDEL MIT GRUND UND BODEN

Das Gerede der linken Volkstümler von der „werkstätigen“ Bauernschaft stellt einen so himmelschreienden Betrug und eine solche Demoralisierung des *sozialistischen* Bewußtseins der Arbeiter dar, daß es notwendig ist, immer und immer wieder bei der Untersuchung dieses Betrugs zu verweilen.

Je mehr unsere linken Volkstümler mit hohlen, allgemeinen Phrasen und süßlichen Reden prunken, desto wichtiger ist es, diesen Redereien genaue Angaben über die bäuerliche Wirtschaft entgegenzustellen.

Nichts fürchtet der linke Volkstümler so sehr wie *genaue* Angaben über die bäuerliche Bourgeoisie und das bäuerliche Proletariat.

Nehmen wir die Angaben der letzten semstwestatistischen Arbeit über die Bauern der Umgebung von Moskau.<sup>47</sup> Die Landwirtschaft hat hier dank der außerordentlich starken Entwicklung des Garten- und Gemüsebaus in verhältnismäßig sehr hohem Grade kommerziellen Charakter angenommen. Das Beispiel einer Gegend, die mehr entwickelt ist hinsichtlich der Vorherrschaft des Marktes, zeigt uns um so anschaulicher die *grundlegenden* Züge *jeder* bäuerlichen Wirtschaft unter der Herrschaft des Kapitalismus.

Der erste Bezirk bäuerlicher Wirtschaften in der Umgebung Moskaus (wir nehmen nur diesen ersten Bezirk, weil die Statistiker leider keine Gesamtergebnisse angeführt haben) umfaßt *mehr als zweitausend* Bauernwirtschaften. Diese Anzahl genügt, um die typischen Beziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie unter der „werkstätigen“ Bauernschaft zu studieren.

Interessant ist, daß sich die kapitalistische Landwirtschaft hier auf ge-

wöhnlichem Boden, bei außerordentlich geringem Umfang der Wirtschaften entwickelt. 2336 Bauernwirtschaften besitzen 4253 Desjatinen Anteilland, im Durchschnitt weniger als 2 Desjatinen pro Wirtschaft. Wenn man 1761 Desjatinen Pachtland hinzurechnet und 625 Desjatinen verpachtetes Land in Abrechnung bringt, so ergeben sich 5389 Desjatinen – weniger als zwei Desjatinen pro Wirtschaft. Und nichtsdestoweniger beschäftigen zwei Drittel der Bauern Lohnarbeiter!

Je höher das Niveau der landwirtschaftlichen Technik, je intensiver die Wirtschaft, je stärker der Einfluß des Marktes, desto häufiger findet man *Großproduktion* auf *kleinen* Landparzellen. Das vergessen die bürgerlichen Professoren und unsere linken Volkstümler ständig, die sich für die kleinen (dem Umfang des Bodens nach) Wirtschaften begeistern und den kapitalistischen Charakter der heutigen Kleinwirtschaften mit Lohnarbeitern *vertuschen*.

Sehen wir uns den Umsatz des Handels mit Anteilland an. Aus den Zahlen über das Pachten und Verpachten von Grund und Boden geht hervor, daß dieser kommerzielle Umsatz sehr beträchtlich ist. Ungefähr die Hälfte des gepachteten Landes ist *Anteilland*. Insgesamt werden 625 Desjatinen *Anteilland* verpachtet, während 845 Desjatinen gepachtet werden. Es ist klar, daß der alte Besitz von Anteilland, der seinem ganzen Charakter nach mit der Leibeigenschaft und dem Mittelalter verbunden ist, für den modernen kapitalistischen Handel zum *Hindernis* wird. Der Kapitalismus *zerschlägt* den alten Besitz von Anteilland. Die Wirtschaft paßt sich nicht dem *staatlich* regulierten Anteillandsystem an, sondern fordert den *freien* Handel mit Grund und Boden, freies Pachten und Verpachten des Bodens, entsprechend den Bedürfnissen des Marktes, den Bedürfnissen der bürgerlichen Wirtschaftsordnung.

Nehmen wir das bäuerliche Proletariat. Zu ihm müssen vor allem 405 Höfe (von 2336) gerechnet werden, die kein Land oder bis zu einer halben Desjatine Land bewirtschaften. Diese 405 Höfe besitzen 437 Desjatinen Anteilland. Das sind aber arme Bauern, die fast alle keine Pferde haben. Eine Wirtschaft zu führen sind sie nicht imstande. Und so verpachten sie 372 Desjatinen, den größeren Teil ihres Landes, während sie selbst zu Lohnarbeitern werden: von 405 Höfen „geben“ 376 Höfe entweder Landarbeiter oder Industriearbeiter „ab“, die sich von der Landwirtschaft loslösen.

Nehmen wir die reichste bäuerliche Bourgeoisie. 526 Höfe besitzen in ihrer Wirtschaft mehr als drei Desjatinen Land: das ist bei Garten- und Gemüsebau bereits kapitalistische Landwirtschaft. Von 526 Hofbesitzern stellen 509 Arbeiter ein. Auf 1706 mitarbeitende Familienangehörige entfallen bei ihnen 1248 Lohnarbeiter (Jahres- und Halbjahresarbeiter), wozu noch die Tagelöhner zu rechnen sind (51 000 Tagelöhner-tage).

Sie besitzen 1540 Desjatinen Land, weniger als drei Desjatinen Anteil-land pro Hof. Aber sie verpachten nur 42 Desjatinen, pachten dagegen 1102 Desjatinen, davon 512 Desjatinen Anteil-land! Dadurch, daß sie auf diese Weise Land „sammeln“, verwandeln sich diese „werk-tätigen“ Bauern, die je drei mitarbeitende Familienangehörige pro Wirtschaft haben, in typische Bourgeois mit durchschnittlich zweieinhalb Lohnarbeitern pro Wirtschaft und fast hundert Tagelöhner-tagen. Der Kauf und Verkauf der *Produkte* des Bodens führt zur Entwicklung des Kaufs und Verkaufs des *Bodens selbst* (Pachten und Verpachten) und dann auch zum Kauf und Verkauf von *Arbeitskraft*.

Man denke sich jetzt in die Behauptung der linken Volkstümler hinein, die Abschaffung des Privateigentums an Boden sei der „Entzug des Bodens“ aus dem Handel! Das ist das reinste Spießbürgermärchen. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: Diese Abschaffung würde die Einbeziehung des Bodens in den Handel in gewaltigem Maße verstärken. Kapitalien würden frei, die heute für den Ankauf von Boden verwendet werden, es würden die leibeigenschaftlichen und bürokratischen (behördlichen) Hindernisse für die freie Weitergabe des Bodens aus einer Hand in die andere wegfallen, der Kapitalismus, d. h. das Aufgeben des Landes durch das Proletariat und das „Sammeln“ des Landes durch die Bourgeoisie, würde sich noch stärker entwickeln.

Eine Maßnahme, die vom Standpunkt des Kampfes gegen die Fronherren nützlich ist, wird von den linken Volkstümlern für „Sozialismus“ ausgegeben, während sie in Wirklichkeit eine bürgerliche Maßnahme ist. Sowohl die bäuerlichen Proletarier als auch die bäuerlichen Bourgeois haben gegenüber den Gutsbesitzern *gemeinsame* Interessen, das ist unbestreitbar. Das weiß jeder marxistische Arbeiter, aber die Erkenntnis des Klassengegengesatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch das Gerede von der „werk-tätigen“ Bauernschaft zu trüben heißt auf die



Seite der Bourgeoisie übergehen, heißt auf die Seite der Feinde des Sozialismus treten.

Die Bauernwirtschaft in der Umgebung Moskaus zeigt uns – gleichsam wie unter einem Vergrößerungsglas – etwas, was in schwächerer und weniger leicht festzustellender Form *überall* in Rußland vor sich geht. Überall wird der Bauer, der sich nicht verdingt oder nicht selbst jemanden (einen „Arbeiter“) dingt, bereits zu einer Ausnahme. Jeder Tag bringt, selbst im entlegensten Nest, eine immer größere Entwicklung des Handels, eine immer größere Vertiefung der Kluft zwischen den Proletariern (Lohnarbeitern) und den Kleinbesitzern, den kleinen Bourgeois, den Bauern.

Aufgabe des städtischen Proletariats ist es, die klare Erkenntnis dieses Klassengegengesatzes zu entwickeln, der im Dorf durch die Besonderheiten der Landwirtschaft und die Überreste der Leibeigenschaft *verbüllt* wird. Aufgabe der Bourgeoisie, hinter der aus Unverstand auch die kleinbürgerlichen linken Volkstümmler hertrotten, ist es, die Erkenntnis dieses Klassengegengesatzes mit Hilfe hohler, inhaltloser und durch und durch verlogener Phrasen über die „werktätige“ Bauernschaft zu *erschweren*.

„Put Prawdy“ Nr. 26,

2. März 1914.

Unterschrift: W. J.

Nach dem Text des

„Put Prawdy“.

## DAS ANLIEGEN DER LIBERALEN

In der letzten Zeit ist, im Zusammenhang mit den Dumareden W. Maklakows und seinen Zeitungsartikeln zugunsten des „neuen“ Plans, zu einer gemeinsamen Taktik der Kadetten und Oktobristen zu kommen, nicht wenig von der Belebung des Liberalismus gesprochen worden. Das Semstwobankett in Moskau hat dieses Gerede ebenfalls verstärkt.

Es lohnt sich, hervorzuheben, daß dabei insbesondere betont wurde, *sogar* der sehr gemäßigte und zum Oktobristismus neigende Liberale W. Maklakow habe „den Glauben an die Möglichkeit, ohne revolutionäre Ausbrüche und Katastrophen einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden“, verloren. So schrieb wörtlich im Hauptorgan der Liberalen, in der „Retsch“, Herr Schingarjow, der zusammen mit Herrn Miljukow die „rechten“ Kadetten W. Maklakow und P. Struve *quasi von „links“* kritisierte.

Doch die Streitigkeiten unter den Kadetten sind äußerst geringfügig. Sie stritten darüber, ob der Vorschlag an die Oktobristen, in die Opposition überzugehen, neu oder nicht neu sei, ob es sich lohne, diesen Vorschlag, der schon hundertmal gemacht wurde und zu nichts geführt hat, zum hundertundersten Male zu wiederholen. Im Lärm dieses vollkommen inhaltlosen Streites bleibt das allgemeine und wichtigste *Anliegen* der Liberalen fast unbemerkt, das die Sache der Befreiung Rußlands nicht viel weniger hemmt als die Schwankungen der Oktobristen. Ihr streitet immer mit den Oktobristen und über die Oktobristen, meine Herren Liberalen! Schaut euch aber doch selber an!

Da habt ihr eine kleine politische Enzyklopädie, herausgegeben von der Zeitung „Retsch“ unter der Bezeichnung „Jahrbuch“ für das Jahr 1914. Die hervorragendsten und verantwortlichsten Kadetten, die anerkannten Führer der Partei, an ihrer Spitze die Herren Miljukow und Schingarjow, sind daran beteiligt. In dem Überblick (des Herrn Isgojew) über „unser öffentliches Leben“ lesen wir die folgende prinzipielle Beurteilung der Grundfragen der russischen Innenpolitik:

„Mit ihrem übermäßigen Eifer schwächt die Verwaltung lediglich die anti-revolutionären Kräfte in der Gesellschaft selbst.“

Ist es nicht lächerlich, meine Herren Kadetten, gegen die Oktobristen Blitz und Donner zu schleudern, wenn in eurer eigenen Literatur der echtste Oktobristismus gepredigt wird?

Als Resultat des „hoffnungslosen und unvernünftigen“ Kampfes der Verwaltung gegen die Bildungsinstitutionen – schreibt Herr Isgojew – ergibt sich

„eine Verderbnis des Lebens, die zu einer Schwächung der rein sozialen (!) Lebenstätigkeit führt, welche die geistigen Gegengifte gegen die das Land tatsächlich bedrohenden Ideen hervorbringt“.

Das ist schon nicht mehr nur ein oktobristischer Ton, das ist wahrhaftig der Ton eines Staatsanwalts, eines Schtscheglowitow. Und gleichsam, um anschaulich zu erklären, welche diese „das Land bedrohenden Ideen“ sind, meint unser Liberaler:

„Es ist verständlich (vom Standpunkt der Verderbnis des Lebens durch die Unvernunft der Verwaltung), warum in den Arbeiterversammlungen und in den Vereinigungen die Bolschewiki über die ruhigeren und kultivierteren Führer (!?) der Arbeiterbewegung die Oberhand gewinnen.“

Diese politische Einschätzung der Liquidatoren geben und wiederholen die Liberalen unendlich oft. In Wirklichkeit haben wir es hier mit nichts anderem als mit einem politischen Bündnis der Liberalen und der Liquidatoren zu tun. Die Liquidatoren leisten, wenn sie sich von der Illegalität abwenden und eine legale Partei propagieren, unter den Arbeitern gerade das, eben das, was die Liberalen brauchen.

„Put Prawdy“ Nr. 29,  
6. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE VOLKSTÜMLER UND DIE LIQUIDATOREN IN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

(Wertvolle Eingeständnisse)

In den letzten Nummern der Zeitung der linken Volkstümler finden wir neben Klagen über unser (der Prawdisten) „Fraktionswesen“ wertvolle Eingeständnisse einiger Volkstümler darüber, daß ihre Ansichten über die wichtige Frage der Gewerkschaftsbewegung mit den Ansichten der Liquidatoren übereinstimmen. Wir haben das immer behauptet. Doch ist es besonders angenehm, das Eingeständnis aus dem Munde der Gegner zu hören:

„Mit den Bolschewiki gehen wir in dieser Frage sehr stark auseinander, denn sie betrachten die Gewerkschaft als ihre Domäne (!) . . . Dagegen ist die Ansicht der „Menschewiki“ (die Volkstümler sagen aus irgendeinem Grunde „Menschewiki“ statt „Liquidatoren“) „über die Gewerkschaft als eine außerhalb der Fraktionen stehende Organisation mit der unsrigen“ (derjenigen der Volkstümler) „identisch. Dadurch erklären sich vielleicht auch unsere guten Beziehungen zu den Menschewiki in der früheren Arbeit.“ So schrieb die „Wernaja Mysl“ in Nr. 6.

„Die Handlungsweise der Vorstände derjenigen Gewerkschaften, die während der ganzen Zeit in den Händen der linken Volkstümler waren, unterschied sich in nichts von der Handlungsweise der sogenannten liquidatorischen Gewerkschaften“, fügte die nämliche Zeitung der linken Volkstümler hinzu.

Das sind selten offene und wertvolle Eingeständnisse! Unsere „schrecklich linken“ Volkstümler zeigen also nach ihrem eigenen Eingeständnis genau dasselbe Verhalten in der Gewerkschaftsbewegung wie die Liquidatoren.

Daher auch jene Blocks (Bündnisse, Abkommen) der Liquidatoren und Volkstümmer gegen die Marxisten, auf die unsere Presse schon wiederholt hingewiesen hat.

Die Zeitung der Volkstümmer „Stoikaja Mysl“ [Standhafter Gedanke] verteidigt sogar offen diese Blocks der linken Volkstümmer mit den Liquidatoren gegen die Marxisten.

„Jetzt, zur Zeit des Überwiegens der Prawdisten in den gewerkschaftlichen Organisationen... sind zeitweilige Vereinbarungen der Volkstümmer mit den Anhängern des ‚Lutsch‘ weder etwas Schlimmes noch etwas Sonderbares“, schreibt die „Stoikaja Mysl“ in Nr. 2.\*

Die Liquidatoren sind nicht so offenherzig. Sie wissen, daß man „das“ wohl tut, aber nicht „davon“ spricht. Sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen und gleichzeitig mit einer fremden Partei ein Bündnis gegen die Sozialdemokratie einzugehen – eine solche „Taktik“ läßt sich nur im stillen verfolgen.

Aber die Sache ändert sich dadurch nicht. Das Bündnis der Liquidatoren mit den Volkstümlern in der Gewerkschaftsbewegung (und in den Bildungsvereinen) ist eine *Tatsache*. Und bei der heutigen Lage der Dinge ist dies unvermeidlich. Liquidatoren und Volkstümmer vereinigt auf allen Arbeitsgebieten die feindselige Stellung zum konsequenten Marxismus. In der Gewerkschaftsarbeit aber vereinigt sie der Umstand, daß sowohl die einen als auch die anderen Vertreter des „Neutralismus der Schwäche“, des „unfreiwilligen Neutralismus“ sind. Weder die Liquidatoren noch die Volkstümmer besitzen in der Gewerkschaftsbewegung einen ernsthaften Einfluß. Als schwache Minderheit erstreben sie die „Gleichstellung“ mit den Marxisten. „Theoretisch“ kann diese Forderung nur vom Standpunkt des Neutralismus verteidigt werden. Hieraus

---

\* Der Verfasser des Artikels, Herr Boris Woronow, erzählt mit größtem Erstaunen von einem unglaublichen „Fraktionswesen“, das darin bestehe, daß in den Sitzungen des Vorstands einer der Gewerkschaften „Fragen der Unterstützung der Presse der Prawdisten und technische Redaktionsfragen (wie die Korrespondentenabteilung besser einzurichten sei usw.) behandelt werden“. O Schrecken! Welch ein Verbrechen, eine Zeitung, die neun Zehntel der fortgeschrittenen Arbeiter vereinigt, mit Korrespondenzen u. a. zu unterstützen! Wie sollen sich da die Volkstümmer angesichts dessen nicht den Liquidatoren in die Arme werfen ...

entspringt eben der „Neutralismus“ aller Gruppen, die in der Arbeiterbewegung wenig Einfluß haben.

Die Volkstümpler erklären, daß sie sich mit den Liquidatoren „*ausschließlich auf dem Boden der Verteidigung der fraktionellen Ungebundenheit der Arbeiterorganisationen gegen die maßlosen Ansprüche der Prawdisten*“ vereinigen. („Stoikaja Mysl“ Nr. 2 und Nr. 4.)

Worin bestehen denn diese „Ansprüche“ der Prawdisten? Haben sie die Türen irgendeiner Gewerkschaft oder irgendeiner Vereinigung vor den Arbeitern, die andere politische Ansichten hegen, verschlossen? Haben sie irgendeiner der Gewerkschaften ein „Etikett“ aufgeklebt? Haben sie irgendeine Organisation gespalten? Nichts dergleichen! Unsere Gegner haben keine einzige *Tatsache* angeführt und können keine anführen. Als „maßlose Ansprüche“ der Prawdisten bezeichnen sie den Umstand, daß die Prawdisten sich der kleinbürgerlichen Politik der Volkstümpler und Liquidatoren nicht anschließen wollen, sondern *innerhalb der einheitlichen Gewerkschaft*, sich der Mehrheit der Arbeiter loyal fügend, für den Einfluß ihrer marxistischen Ideen kämpfen.

Jene Sünden, die uns zugeschrieben werden, haben wir niemals begangen. Begangen haben sie gerade die Volkstümpler und Liquidatoren. Hier die *Tatsachen*. Vor einigen Jahren erhielten die Volkstümpler im Eisenbahnverband das Übergewicht, und zwar deshalb, weil sie sich nicht auf die Arbeiter, sondern auf die Eisenbahnangestellten stützten, sowie aus einigen anderen zufälligen Gründen. Was machten nun die Volkstümpler? Sie haben dieser Gewerkschaft sogleich ein „Etikett aufgeklebt“, haben sie gezwungen, ihre besondere „Plattform“ anzunehmen, haben die Sozialdemokraten und Parteilosen hinausgedrängt und diese gezwungen, eine eigene Parallelgewerkschaft zu gründen.

Das waren tatsächlich „maßlose Ansprüche“. Sie beeilten sich, den ersten zufälligen Sieg durch das Aufkleben eines Etiketts zu festigen. Wenn die Volkstümpler das in den anderen Gewerkschaften nicht tun, so nicht deswegen, weil sie sehr tugendhaft sind, sondern deswegen, weil ihr Einfluß unter den Arbeitern überall *äußerst schwach* ist.

Dasselbe gilt auch für die Liquidatoren. Als der Metallarbeiterverband in ihren Händen war, verwandelten sie ihn in eine Filiale der Liquidatoren. Im Organ des Verbandes veröffentlichten sie herausfordernde Artikel gegen die Illegalität (siehe „Nasch Put“ Nr. 20, Seite 2, „Metallist“

Nr. 3 u. a.<sup>48)</sup>), obwohl keine einzige allgemeine Mitgliederversammlung die Linie der Liquidatoren gebilligt hatte.

Das sind die wirklichen Tatsachen. Als „maßlose Ansprüche“ der Prawdisten wird ihre Forderung bezeichnet, daß die Angelegenheiten von den Arbeitern selbst mit Stimmenmehrheit entschieden werden sollen. Wenn sich in der allgemeinen Versammlung der Metallarbeiter für die Prawdisten 3000 Personen, für die Liquidatoren und Volkstümmer zusammen dagegen 100 bis 200 aussprechen, so sollen wir im Namen der angeblichen „fraktionellen Ungebundenheit“ der Gewerkschaften die Gleichheit der 3000 mit den 200 anerkennen! Das ist der Sinn der „fraktionellen Ungebundenheit“ bei den Liquidatoren und Volkstümmern.

Wir sind nicht für den Neutralismus, wir sind Gegner des Neutralismus. Aber wir handeln auch nicht so, wie die Volkstümmer und Liquidatoren gehandelt haben, wenn sie in irgendeiner Gewerkschaft zufällig die Mehrheit erhielten. Nur schwache, prinzipienlose Gruppen verlieren beim ersten „Sieg“ den Kopf und beeilen sich, ihren Sieg mit einer Mehrheit von irgendeinem Dutzend Stimmen zu „festigen“. „In Erregung und Eile“, um die glückliche Gelegenheit nicht zu verpassen, revidieren sie schnell ihre „Prinzipien“, vergessen ihren Neutralismus und kleben ein Etikett auf. So handeln die Marxisten nicht. Sie sind keine gelegentlichen Gäste in der Arbeiterbewegung. Sie wissen, daß früher oder später alle Gewerkschaften auf marxistischem Boden stehen werden. Sie sind überzeugt, daß die Zukunft ihren Ideen gehört, und sie forcieren die Ereignisse nicht, treiben die Gewerkschaften nicht an, kleben keine Etiketts auf, spalten die Gewerkschaften nicht.

Ruhig und unbeirrt betreiben sie ihre marxistische Propaganda. Geduldig, an Hand der Lehren des Lebens, lehren sie die Arbeiter den Marxismus. Und keine Abmachungen der prinzipienlosen Gruppen untereinander werden sie veranlassen, von diesem Wege abzuweichen.

Es gab eine Zeit, wo die heutigen Liquidatoren die Parteigebundenheit der Gewerkschaften und ihre organisatorische Vertretung in der Partei verlangten. Es gab eine Zeit, wo die Volkstümmer den Eisenbahnverband zwangen, offiziell auf ihr Programm zu schwören. Jetzt sind sowohl die einen als auch die anderen auf die andere Seite hinübergeschwenkt und verfechten den Neutralismus. Dazu hat sie ihre politisch schwache Position gezwungen.

Wir gehen unseren alten Weg, wie er von der marxistischen Gesamtheit seit langem verkündet und verfochten wird. Die Liquidatoren haben das volle Recht, ein Bündnis mit den Volkstümlern einzugehen. Aber dieses Bündnis ist ein Bündnis der Prinzipienlosigkeit und der Schwäche. Der Weg, den der Block der Liquidatoren und Volkstümler den Gewerkschaften vorschlägt, ist nicht der Weg der fortgeschrittenen Arbeiter.

„Put Prawdy“ Nr. 30,  
7. März 1914.

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*



## FROMME WÜNSCHE

Kürzlich wurde in den liberalen Zeitungen ein Appell K. Arsenjews, man solle der Sammlung von Nachrichten über administrative Verschickungen mehr Aufmerksamkeit schenken, abgedruckt und zustimmend besprochen.

„Wie zahlreich auch die Äußerungen administrativer Gesetzlosigkeit und Willkür sein mögen, die durch die Zeitungen bekannt werden“, schrieb K. Arsenjew, „eine Menge anderer, nicht weniger empörender Vorkommnisse bleibt unverzeichnet und unbemerkt. Diese Lücke könnte weitgehend ausgefüllt werden, wenn das Sammeln entsprechender Nachrichten in ein gewisses System gebracht würde. Nur zufällig und deshalb unvollständig werden die Gründe der administrativen Verschickungen und Verhaftungen bekannt, die bis jetzt in breitem Umfang, besonders unter der Arbeiterschaft, praktiziert werden. Nur durch Zufall gelangen in die Presse auch Nachrichten über die Lage der Verbannten am Ort ihrer Verschickung.“

Was wahr ist, ist wahr! Für die liberalen Parteien, die liberalen Duma-Mitglieder, die liberalen Rechtsanwälte, die liberalen Journalisten, für einzelne Gruppen von Liberalen usw. wäre es durchaus möglich, sowohl innerhalb als auch außerhalb der behördlichen Reichweite über jeden der Fälle, die „in breitem Umfang, besonders unter der Arbeiterschaft, praktiziert werden“, ein außerordentlich vollständiges und systematisches Material zu sammeln und zu veröffentlichen.

Da hat zum Beispiel die Zeitung „Retsch“ „alle diese Ratschläge und Appelle des geachteten Mannes des öffentlichen Lebens“, K. Arsenjews, „aufs wärmste begrüßt“.

Woran liegt es also, meine Herren? Wenn irgend jemand, so haben Sie die Möglichkeiten und Mittel, die regelmäßige Sammlung und Veröffentlichung von Informationen über die „Eigentümlichkeit“ des russischen Lebens zu organisieren, über die Sie sich alle empören, die Sie alle verurteilen, über die Sie alle fortwährend sprechen! Aber sehen Sie bloß: in keiner einzigen liberalen Zeitung, die doch (in jeder Hinsicht) tausendmal mehr „gesichert“ ist gegen alle Hindernisse und Störungen, werden genaue Angaben über *alle* Verschickungen und Verhaftungen gesammelt.

Da muß man sagen: Unsere Liberalen verstehen sich meisterhaft auf fromme gute Wünsche; aber daß etwa in demselben Arsenjewschen „Westnik Jewropy“, daß etwa in eben diesen „Russkije Wedomosti“<sup>49</sup> oder in der „Retsch“ die Namen aller Verschickten, Mitteilungen über sie, systematische Angaben über ihr Schicksal abgedruckt würden – das geschieht nicht.

Appelle in Worten „unterstützen“ muß doch wohl leichter (und ungefährlicher) sein, als etwas zu *tun*, um diesen Appellen *nachzukommen*...

„Put Prawdy“ Nr. 32,  
9. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## EIN LIBERALER PROFESSOR ÜBER DIE GLEICHHEIT

Der liberale Herr Professor Tugan-Baranowski hat sich zum Feldzug gegen den Sozialismus aufgemacht. Diesmal ist er nicht von der politisch-ökonomischen Seite, sondern von allgemeinen Betrachtungen über die Gleichheit an die Frage herangegangen (vielleicht schienen dem Professor diese allgemeinen Betrachtungen für die religiös-philosophischen Gespräche, bei denen er auftrat, passender zu sein?).

„Wenn man den Sozialismus“, verkündete Herr Tugan, „nicht als ökonomische Theorie, sondern als Lebensideal nimmt, so ist er zweifellos mit dem Ideal der Gleichheit verbunden, aber die Gleichheit ist ein Begriff . . ., der nicht aus der Erfahrung oder der Vernunft abgeleitet werden kann.“

Das sind Betrachtungen eines liberalen Gelehrten, der unglaublich abgedroschene und fadenscheinige Argumente wiederholt: die Erfahrung und die Vernunft bezeugten offenkundig, daß die Menschen *nicht* gleich seien, der Sozialismus aber begründe sein Ideal auf der Gleichheit. Also sei der Sozialismus, seht ihr wohl, eine Absurdität, widerspreche der Erfahrung und der Vernunft und so weiter!

Herr Tugan wiederholt die alte Methode der Reaktionäre: zuerst entstellen sie den Sozialismus dadurch, daß sie ihm eine Absurdität unterschieben, und dann widerlegen sie die Absurdität schlagend! Wenn man sagt, die Erfahrung und die Vernunft bezeugten, daß die Menschen *nicht* gleich seien, so versteht man unter Gleichheit die Gleichheit der *Fähigkeiten* oder die *Gleichartigkeit* der körperlichen Kräfte und der geistigen Fähigkeiten der Menschen.

Es versteht sich von selbst, daß in diesem Sinne die Menschen *nicht* gleich sind. Kein einziger vernünftiger Mensch und kein einziger Sozialist

vergißt dies. Nur hat *diese* Gleichheit mit dem Sozialismus *nichts* zu tun. Wenn Herr Tugan überhaupt nicht *denken* kann, so *kann* er jedenfalls lesen, und wenn er das bekannte Werk eines der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, den „Anti-Dühring“ von Friedrich Engels, zur Hand nähme, könnte Herr Tugan dort eine spezielle Erläuterung darüber lesen, daß es einfältig ist, unter Gleichheit auf ökonomischem Gebiet irgend etwas anderes zu verstehen als die *Abschaffung der Klassen*. Doch wenn die Herren Professoren sich daran machen, den Sozialismus zu widerlegen, so weiß man nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über ihre Borniertheit, ihre Unwissenheit oder ihre Gewissenlosigkeit.

Man muß mit den Anfangsgründen beginnen, wenn man es schon einmal mit Herrn Tugan zu tun hat.

Unter Gleichheit verstehen die Sozialdemokraten auf politischem Gebiet die *Gleichberechtigung* und auf ökonomischem Gebiet, wie bereits gesagt, die *Abschaffung der Klassen*. Dagegen denken die Sozialdemokraten gar nicht an die Herstellung einer Gleichheit der Menschen im Sinne der Gleichheit der Kräfte und der Fähigkeiten (der körperlichen und der geistigen).

Die Gleichberechtigung ist die Forderung nach gleichen politischen Rechten für *alle* Staatsbürger, die ein bestimmtes Alter erreicht haben und weder an gewöhnlichem noch an liberal-professoralem Schwachsinn leiden. Diese Forderung wurde zuerst durchaus nicht von den Sozialisten, nicht vom Proletariat, sondern von der *Bourgeoisie* erhoben. Die allgemein bekannte geschichtliche Erfahrung aller Länder der Welt bezeugt das, und Herr Tugan hätte dies leicht erfahren können, wenn er sich auf die „Erfahrung“ nicht ausschließlich zu dem Zwecke beriefe, um die Studenten und die Arbeiter zu verdummen, um den Machthabern mit der „Vernichtung“ des Sozialismus einen Gefallen zu erweisen.

Die Bourgeoisie hat die Forderung nach *Gleichheit* der Rechte aller Bürger im Kampf gegen die mittelalterlichen, feudalen, fronherrlichen, ständischen Privilegien aufgestellt. In Rußland zum Beispiel genießt, zum Unterschied von Amerika, der Schweiz usw., der Adelsstand auch heute noch im ganzen politischen Leben Privilegien, sowohl bei den Wahlen zum Reichsrat und zur Duma als auch in der lokalen Verwaltung sowie bei der Steuerzahlung und in vielem, vielem anderen.

Selbst der einfältigste und unwissendste Mensch kann begreifen, daß die einzelnen, dem Adelsstand angehörenden Menschen ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten nach *nicht* gleich sind, so wie auch die Menschen, die dem „steuerpflichtigen“, „gemeinen“, „niederen“ oder „nicht privilegierten“ bäuerlichen Stand angehören, untereinander *nicht* gleich sind. Aber in ihren *Rechten* sind alle Adligen *gleich*, während alle Bauern in ihrer Rechtlosigkeit gleich sind.

Versteht der gelehrte und liberale Herr Professor Tugan jetzt den Unterschied zwischen Gleichheit im Sinne der Gleichberechtigung und Gleichheit im Sinne der Gleichheit der Kräfte und Fähigkeiten?

Gehen wir nun zur Gleichheit im ökonomischen Sinne über. In den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch in anderen fortgeschrittenen Staaten gibt es keine mittelalterlichen Privilegien. Alle Bürger sind im Sinne der politischen Rechte gleich. Sind sie aber auch *in ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Produktion* gleich?

– Nein, Herr Tugan, sie sind nicht gleich. Die einen besitzen Grund und Boden, Fabriken, Kapitalien und leben auf Kosten der unbezahlten Arbeit der Arbeiter – das ist die verschwindende Minderheit. Die anderen, und zwar die gewaltige Masse der Bevölkerung, besitzen keinerlei Produktionsmittel und leben nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft – das sind die Proletarier.

Adlige gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht, und Bourgeois und Proletarier besitzen die *gleichen* politischen Rechte. Aber sie sind in ihrer *Klassenstellung* einander *nicht* gleich: die einen, die Klasse der Kapitalisten, besitzen die Produktionsmittel und leben auf Kosten der unbezahlten Arbeit der Arbeiter; die anderen, die Klasse der Lohnarbeiter, der Proletarier, besitzen keine Produktionsmittel und leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf dem Markt.

Die Klassen abzuschaffen bedeutet, *alle* Bürger in ein *gleiches* Verhältnis zu den *Produktionsmitteln* der gesamten Gesellschaft zu bringen, bedeutet, daß alle Bürger *gleiche* Arbeitsmöglichkeiten mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln, auf gesellschaftlichem Grund und Boden, in gesellschaftlichen Fabriken und so weiter haben.

Diese Erläuterung dessen, was Sozialismus ist, war notwendig zur Aufklärung des gelehrten liberalen Herrn Professors Tugan, der jetzt, wenn er sich anstrengt, vielleicht begreifen wird, daß es absurd ist, in der sozia-

listischen Gesellschaft die *Gleichheit* der Kräfte und Fähigkeiten der Menschen zu erwarten.

Kurz gesagt: Wenn die Sozialisten von Gleichheit sprechen, verstehen sie darunter stets die *soziale* Gleichheit, die Gleichheit der sozialen Stellung, keineswegs aber die Gleichheit der physischen und geistigen Fähigkeiten der einzelnen Personen.

Der Leser wird vielleicht befremdet fragen: Wie ist es möglich, daß ein gelehrter liberaler Professor diese elementaren Wahrheiten, die jedem aus einer beliebigen Darstellung der sozialistischen Anschauungen bekannt sind, vergessen hat? Die Antwort ist einfach: Die *persönlichen* Eigenheiten der heutigen Professoren sind solcherart, daß man unter ihnen sogar so selten bornierten Leuten wie Tugan begegnen kann. Doch die *soziale* Stellung der Professoren in der bürgerlichen Gesellschaft ist so, daß zu diesem Amt nur diejenigen zugelassen werden, die die Wissenschaft im Dienste der Interessen des Kapitals verkaufen, nur diejenigen, die bereit sind, gegen die Sozialisten den unglaublichsten Unsinn, die gewissenlosesten Absurditäten und das dümmste Zeug zu reden. All das verzeiht die Bourgeoisie den Professoren, wenn sie sich nur mit der „Vernichtung“ des Sozialismus befassen.

„Put Prawdy“ Nr. 33,  
11. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE ENGLISCHEN LIBERALEN UND IRLAND

Das, was jetzt im englischen Parlament im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf über die irische „Homerule“ (Selbstregierung oder, richtiger, Autonomie für Irland) vorgeht, ist außerordentlich interessant sowohl vom Gesichtspunkt der Klassenverhältnisse als auch vom Gesichtspunkt der Klärung der nationalen und der Agrarfrage.

England hat Irland jahrhundertlang unterjocht, hat die irischen Bauern zu unerhörten Hungerqualen und zum Hungertode getrieben, hat sie von Grund und Boden verjagt, hat Hunderttausende und Millionen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und nach Amerika auszuwandern. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Irland eine Bevölkerung von  $5\frac{1}{2}$  Millionen, jetzt hat es bloß noch  $4\frac{1}{3}$  Millionen Einwohner. Irland ist entvölkert worden. Im Laufe des 19. Jahrhunderts sind über 5 Millionen Iren nach Amerika ausgewandert, und in den Vereinigten Staaten leben jetzt *mehr* Iren als in Irland!

Die unerhörten Nöte und Qualen der irischen Bauern sind eins der lehrreichen Musterbeispiele dafür, wie weit die Gutsherren und die liberalen Bourgeois einer „herrschenden“ Nation gehen. England hat seine „glänzende“ ökonomische Entwicklung, die „Prosperität“ seiner Industrie und seines Handels in bedeutendem Maße auf solche Heldentaten gegen die irische Bauernschaft begründet, die an die russische Fronherrin Saltytschicha erinnern.

England „prosperierte“, Irland starb aus und blieb ein unentwickeltes, halbwildes, rein agrarisches Land, ein Land armer Pachtbauern. Doch wie sehr auch die „aufgeklärte und liberale“ Bourgeoisie Englands die Versklavung Irlands und sein Elend verewigen wollte, die Reform rückte

dennoch unausbleiblich heran, um so mehr, als die revolutionären Ausbrüche des Kampfes des irischen Volkes für die Freiheit und für Land immer bedrohlicher wurden. Im Jahre 1861 bildete sich die irische revolutionäre Organisation der *Fenier*. Die nach Amerika ausgewanderten Iren unterstützten sie auf jede nur mögliche Weise.

Seit dem Jahre 1868, seit der Regierung Gladstones, dieses Helden der liberalen Bourgeois und der stumpfsinnigen Kleinbürger, beginnt die *Epoche der Reformen* in Irland, eine Epoche, die sich glücklich bis in die gegenwärtige Zeit, d. h. über fast ein halbes Jahrhundert hinzog. Oh, die weisen Staatsmänner der liberalen Bourgeoisie verstehen es ausgezeichnet, sich mit ihren „Reformen“ „langsam zu beeilen“!

Karl Marx lebte damals schon über 15 Jahre in London und verfolgte den Kampf der Iren mit größtem Interesse und größter Sympathie. Am 2. November 1867 schrieb er an Friedrich Engels: „Diese Demonstration der englischen Arbeiter für Fenianismus habe ich auf alle Art zu provozieren gesucht... Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich halte sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag.“ In einem Brief vom 30. November desselben Jahres kommt Marx wieder auf dieses Thema zurück: „Fragt sich nun, was sollen wir den englischen Arbeitern raten? Nach meiner Ansicht müssen sie Repeal der Union“ (Aufhebung der Union Irlands mit England), „kurz den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt zu einem Artikel ihres Pronunziamento“ [Kampfprogramms] „machen. Es ist dies die einzig legale und daher einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer englischen Arbeiterpartei aufgenommen werden kann.“<sup>50</sup> Und weiter weist Marx nach, daß die Iren Selbstregierung und Unabhängigkeit von England, eine agrarische Revolution und Schutzzölle gegen England brauchen.

So sah das Programm aus, das Karl Marx den englischen Arbeitern im Interesse der Freiheit Irlands, der Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung und der Freiheit der englischen Arbeiter vorschlug; denn die englischen Arbeiter konnten die Freiheit nicht erringen, solange sie halfen (oder auch nur erlaubten), ein anderes Volk in Knechtschaft zu halten.

Doch leider! Die englischen Arbeiter erwiesen sich infolge einer ganzen Reihe besonderer historischer Ursachen im letzten Drittel des 19. Jahr-



hundreds als von den Liberalen abhängig und vom Geist der liberalen Arbeiterpolitik durchdrungen. Sie stellten sich nicht an die Spitze der Völker und Klassen, die für die Freiheit kämpfen, sondern befanden sich im Schlepptau der verachtungswürdigen Lakaien des Geldsacks, der Herren englischen Liberalen.

Und die Liberalen zogen die Befreiung Irlands *um ein halbes Jahrhundert* hinaus, und sie ist heutigentags noch nicht vollendet! Der irische Bauer begann sich erst im 20. Jahrhundert aus einem Pächter in einen freien Bodenbesitzer zu verwandeln, doch die Herren Liberalen zwangen ihm die *Ablösung auf Grund „gerechter“ Schätzung* auf! Millionen und aber Millionen zahlt er an Tribut und wird er noch lange Jahre den englischen Gutsherren als Belohnung dafür zahlen, daß sie ihn jahrhundertlang ausgeplündert und in ständiger Hungersnot gehalten haben. Die englischen liberalen Bourgeois zwangen die irischen Bauern, den Gutsherren das alles mit barem Geld zu lohnen . . .

Jetzt durchläuft das Gesetz über die „*Homerule*“ (Selbstregierung) Irlands das Parlament. Nun gibt es aber in Irland die nördliche Provinz Ulster; sie ist zum Teil von Einwanderern aus England bevölkert, die im Gegensatz zu den katholischen Iren Protestanten sind. Und da erhoben die englischen Konservativen, an ihrer Spitze der Gutsbesitzer und Schwarzhunderter Purischkewitsch . . . wollte sagen Carson, ein wütendes Geschrei gegen die Autonomie für Irland. Das hieße doch die Ulsterleute unter die Botmäßigkeit Andersgläubiger und Fremdstämmiger stellen! Lord Carson drohte mit Aufstand und organisierte bewaffnete Banden von Reaktionären.

Das ist selbstverständlich nur eine leere Drohung. Von einem Aufstand einer Handvoll Rowdys kann keine Rede sein. Von der „*Unterdrückung*“ der Protestanten durch ein irisches Parlament (dessen Macht durch ein *englisches* Gesetz festgelegt wäre) könnte gleichfalls nicht die Rede sein.

Es handelt sich einfach darum, daß die reaktionären Gutsherren die Liberalen *einschüchtern* wollen.

Und die Liberalen haben Angst, sie beugen sich vor den Reaktionären, geben ihnen nach und schlagen vor, in Ulster eine *besondere Volksabstimmung* (ein sogenanntes Referendum) durchzuführen und die Reform für Ulster um *sechs* Jahre aufzuschieben!

Der Kuhhandel zwischen den Liberalen und den Reaktionären geht

weiter. Die Reform kann warten: haben die Iren ein halbes Jahrhundert gewartet, werden sie auch noch weiter warten, man kann doch die Gutsherren nicht „kränken“!

Natürlich, wenn sich die Liberalen an das englische Volk, an das Proletariat wendeten, würde sich die reaktionäre Bande Carsons im Nu verflüchtigen und verschwinden. Die friedliche und vollständige Freiheit Irlands wäre gesichert.

Ist es aber denkbar, daß sich die liberalen Bourgeois an das Proletariat gegen die Gutsherren um Hilfe wendeten? Die Liberalen in England sind doch auch Lakaien des Geldsacks, die nur fähig sind, vor den Carson zu kriechen.

„Put Prawdy“ Nr. 34,  
12. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

## DAS TAYLORSYSTEM – DIE VERSKLAVUNG DES MENSCHEN DURCH DIE MASCHINE

Der Kapitalismus kann keinen Augenblick lang auf der Stelle stehenbleiben. Er muß vorwärts, immer vorwärts schreiten. Die Konkurrenz, die sich in Zeiten der Krise, wie wir sie jetzt erleben, besonders verschärft, zwingt dazu, stets neue Mittel zur Verbilligung der Produktion zu erfinden. Die Herrschaft des Kapitals aber verwandelt alle diese Mittel in Werkzeuge zur weiteren Knechtung des Arbeiters.

Das Taylorsystem ist eins dieser Mittel.

Kürzlich haben in Amerika die Anhänger dieses Systems folgende Methoden zur Anwendung gebracht.

An der Hand des Arbeiters wird eine kleine elektrische Lampe befestigt. Die Bewegungen des Arbeiters werden fotografiert und die Bewegungen der Lampe untersucht. Man findet, daß gewisse Bewegungen „überflüssig“ waren, und man zwingt den Arbeiter, diese Bewegungen zu vermeiden, d. h. intensiver zu arbeiten und keine Sekunde auf Erholung zu verschwenden.

Ganze Pläne für neue Fabrikbauten werden in der Weise angelegt, daß bei der Anlieferung des Materials in die Fabrik, bei seinem Transport aus einer Werkstatt in die andere und beim Abtransport des Fertigprodukts keine einzige Minute überflüssigerweise verlorengeht. Systematisch gelangt der Kinematograph zur Anwendung, um die Arbeit der besten Arbeiter zu untersuchen und um die Intensität der Arbeit zu erhöhen, d. h., um den Arbeiter stärker „anzutreiben“.

Zum Beispiel wurde der Arbeitsprozeß eines Monteurs während eines ganzen Tages kinematographisch aufgenommen. Nachdem man seine Bewegungen studiert hatte, stellte man ihm eine besondere Bank hin, gerade

so hoch, daß der Monteur keine Zeit zum Bücken zu verlieren braucht. Man gab dem Monteur einen Knaben als Hilfskraft bei. Der Knabe mußte ihm jeden Maschinenteil auf bestimmte, zweckmäßigste Weise zu-reichen. Nach einigen Tagen leistete der Monteur diese Arbeit bei der Montage der Maschine in einem *Viertel* der Zeit, die er früher gebraucht hatte!

Welch ein Erfolg der Arbeitsproduktivität! . . . aber der Lohn des Ar-beiters wird nicht auf das Vierfache, sondern höchstens auf das Andert-halbfache erhöht, und auch das *nur in der ersten Zeit*. Sobald die Arbeiter sich an das neue System gewöhnen, wird der Lohn wieder auf den frühe-ren Stand herabgesetzt. Der Kapitalist streicht gewaltige Gewinne ein, während der Arbeiter viermal so intensiv arbeitet und seine Nerven und Muskeln viermal so schnell erschöpft.

Den neu eintretenden Arbeiter führt man in den Kinoraum des Be-triebs, wo ihm die „vorbildliche“ Ausführung seiner Arbeit gezeigt wird. Der Arbeiter wird gezwungen, dieses Vorbild „einzuholen“. Nach einer Woche zeigt man dem Arbeiter im Kinoraum seine eigene Arbeit und vergleicht sie mit dem „Vorbild“.

Alle diese gewaltigen Vervollkommnungen richten sich *gegen* den Ar-beiter, denn sie führen zu seiner noch größeren Unterdrückung und Unterjochung und beschränken sich dabei auf die rationelle, vernünftige Arbeitseinteilung *innerhalb der Fabrik*.

Naturgemäß taucht der Gedanke auf: und die Arbeitseinteilung inner-halb der gesamten Gesellschaft? Was für eine Unmenge von Arbeit geht heutzutage infolge der Unorganisiertheit, des chaotischen Charakters der ganzen kapitalistischen Produktion ungenutzt verloren! Wieviel Zeit geht verloren bei der Lieferung von Rohmaterial an den Fabrikanten über Hunderte von Aufkäufern und Zwischenhändlern, wobei der Bedarf des Marktes unbekannt bleibt! Nicht nur Zeit, sondern die Produkte selbst gehen verloren und verderben. Und die Verluste an Zeit und Arbeit bei der Zustellung des Fertigfabrikats an die Verbraucher über eine Un-menge kleiner Vermittler, die ebenfalls den Bedarf der Käufer nicht ken-nen können und eine Menge nicht nur überflüssiger Bewegungen, sondern auch überflüssiger Ankäufe, Fahrten machen, und so weiter und so fort!

Das Kapital organisiert und regelt die Arbeit innerhalb der Fabrik zu weiterer Unterjochung des Arbeiters, zur Erhöhung seines Profits. In der

gesellschaftlichen Produktion als Ganzem aber bleibt und wächst das Chaos, das zu Krisen führt, wo der angehäuften Reichtum keine Käufer findet, während Millionen von Arbeitern hungern und zugrunde gehen, weil sie keine Arbeit finden.

Das Taylorsystem bereitet – ohne Wissen und gegen den Willen seiner Erfinder – die Zeit vor, wo das Proletariat die ganze gesellschaftliche Produktion in seine Hände nehmen und eigene Arbeiterkommissionen einsetzen wird, um die gesamte gesellschaftliche Arbeit richtig zu verteilen und zu regeln. Die Großproduktion, die Maschinen, die Eisenbahnen, das Telefon – all das gibt Tausende von Möglichkeiten, um die Arbeitszeit der organisierten Arbeiter auf den vierten Teil herabzusetzen und ihnen dabei einen viermal so großen Wohlstand als heute zu gewährleisten.

Die Arbeiterkommissionen werden mit Hilfe der Arbeiterverbände imstande sein, diese Prinzipien einer vernünftigen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zur Anwendung zu bringen, sobald diese aus ihrer Versklavung durch das Kapital befreit sein wird.

„Put Prawdy“ Nr. 35,  
13. März 1914.  
Unterschrift: M. M.

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

DIE „VERANTWORTUNGSBEWUSSTE  
OPPOSITION“ UND DIE BETEILIGUNG  
DER KADETTEN AN DER BERATUNG  
VOM ERSTEN MÄRZ

Die Zeitungen haben schon viel geschrieben über die am ersten März abgehaltene Beratung von Vertretern der Regierung mit einigen Duma-abgeordneten. Doch die Bedeutung dieser Beratung vom Gesichtspunkt der Stellung und der Aufgaben der „Opposition“ in der Duma ist bei weitem nicht genügend beleuchtet worden.

Erinnern wir uns daran, daß gerade vor dem ersten März in einer ganzen Reihe liberaler Presseorgane sowohl in Petersburg als auch in Moskau sowie in der Provinz allgemein die Fragen der Totenstille in der Duma, ihrer Ohnmacht und Leblosgigkeit, der Flucht von Abgeordneten aus der Duma, der Aufgaben der Opposition usw. aufgeworfen und eifrig diskutiert wurden.

Gerade vor dem ersten März sind die bekanntesten Führer der „konstitutionell-demokratischen“ Partei, die Herren Miljukow und Schingarjow, in der Presse beider Hauptstädte sowohl gegen Herrn Struve wegen seiner Aufrufe zur „Sanierung der Staatsgewalt“ als auch gegen den rechten Kadetten W. Maklakow wegen seiner „pessimistisch-optimistischen“ Appelle zu einem Abkommen mit den Oktobristen aufgetreten. Gerade vor dem ersten März war Herr Miljukow aus allen Kräften bemüht, sich als Gegner des „Wechismus“, d. h. der konsequenten und offenen Ideen des konterrevolutionären Liberalismus zu zeigen.\*

Die Zusammensetzung und der Charakter der Beratung vom ersten März haben ein übriges Mal bewiesen, daß alle diese Vorbehalte der Führer der Kadettenpartei gegen Struve und W. Maklakow, all die Be-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 121–123. *Die Red.*

mühungen, sich „linker“ als die genannten Politiker zu geben, nur Heuchelei und Betrug an der Demokratie sind. In Wirklichkeit triumphierte auf dieser Beratung gerade die Politik der „Wechi“-Leute unter den Liberalen, gerade die Politik der Herren Struve und W. Maklakow und nicht die der offiziellen Führer und Diplomaten der Kadettenpartei, der Herren Miljukow, Schingarjow und Co.

An der Beratung beteiligten sich nur die Vertreter der Regierungsparteien und der bürgerlich-liberalen Opposition. Weder die Sozialdemokraten noch die Trudowiki (bürgerliche Demokratie) waren dazu eingeladen worden (angeblich deshalb, weil sie „prinzipielle Antimilitaristen sind und stets gegen alle Militärkredite stimmen“, in Wirklichkeit aber, weil man nicht wünschte, eine motivierte, öffentliche Absage zu erhalten, die wenigstens von seiten der Sozialdemokraten sicher gewesen wäre).

Als die Abgeordneten von der Opposition – laut der hochoffiziellen Mitteilung der „Retsch“ – „den Versuch machten, auch die Frage unserer Innenpolitik aufzuwerfen“, wurde ihnen erklärt, daß nur von den Militärkrediten die Rede sein solle und daß „es die Vertreter der Regierung auf der gegenwärtigen Beratung nicht für möglich erachten, Erklärungen zu Fragen der Innenpolitik abzugeben“.

„Nichtsdestoweniger“, schrieb die „Retsch“, „haben einige Abgeordnete, darunter I. N. Jefremow, A. I. Schingarjow und andere, in ihren Reden auch Fragen unserer inneren Lage berührt.“

Um so mehr – muß man zu dieser Erklärung sagen – deplaciert, lächerlich, abgeschmackt und unwürdig war die Rolle der Abgeordneten der Kadetten, der Konstitutionell-Demokratischen Partei. Wenn ihre Partei sich als gemäßigte liberal-monarchistische Partei bezeichnete, d. h. einen Namen trüge, der ihren Klassencharakter und ihre wahre politische Natur richtig ausdrückte, dann wäre die Haltung der Abgeordneten der Kadetten parteimäßig normal! Aber Leuten, die wollen, daß man sie für Demokraten hält, Leuten, von denen sogar die am weitesten rechts Stehenden, wie zum Beispiel W. Maklakow, öffentlich erklären, sie hätten den Glauben verloren „an die Möglichkeit, ohne revolutionäre Ausbrüche und Katastrophen einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden“ (gerade so hat Herr Schingarjow selbst in Nr. 55 der „Retsch“ vom 26. Februar die Ansichten W. Maklakows dargelegt, und in demselben Sinn schrieb in der Nummer vom 25. Februar Herr Miljukow selbst) – solchen Leuten hat

die Beteiligung an der Beratung mit den Rechten und den Oktobristen eine öffentliche Ohrfeige versetzt.

Die Herren Kadetten haben sich selbst eine Ohrfeige versetzt. Sie haben sich durch ihre Beteiligung von ihren eigenen Worten über den „Verlust des Glaubens“ öffentlich losgesagt. Sie haben öffentlich ihre Bereitschaft demonstriert, die *Lebendigkeit ihres Glaubens* zu beweisen, die gleichbedeutend ist mit der Bereitschaft, zu dienen und zu dienen.

Denn wenn irgend jemand, so sind es jedenfalls die Kadetten, die sowohl den untrennbaren Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik als auch die Bedeutung der „Assignierung“ von Krediten ausgezeichnet verstehen . . .

„Put Prawdy“ Nr. 36,  
14. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.



## DER ZERFALL DES „AUGUST“BLOCKS

Alle, die sich für die Arbeiterbewegung und den Marxismus in Rußland interessieren, wissen, daß im August 1912 von den Liquidatoren, Trotzki, den Letten, den Bundisten und den Kaukasiern ein Block (Bündnis) geschlossen wurde.

Mit Lärm und Getöse wurde dieser Block in der Zeitung „Lutsch“ verkündet, die, und zwar nicht mit Arbeitergeldern, gerade zur Zeit der Wahlen in Petersburg gegründet wurde, um den Willen der Mehrheit der organisierten Arbeiter zu durchkreuzen. Man pries die „große Anzahl“ der an diesem Block Beteiligten, man pries das Bündnis der „Marxisten verschiedener Richtungen“, man pries die „Einheit“ und den nichtfraktionellen Charakter; man schleuderte Blitz und Donner gegen die „Spalter“, gegen die Anhänger der Januarkonferenz von 1912<sup>54</sup>.

Die Frage der „Einheit“ erstand damit vor den denkenden Arbeitern in einer neuen, praktischen Form. Die Tatsachen mußten zeigen, wer recht hat: ob diejenigen, die die „Vereinigungs“plattform und -taktik der „Augustleute“ priesen, oder diejenigen, die erklärten, daß dies ein verlogenes Aushängeschild ist, das dieselben bereits bankrotten Liquidatoren hinter einer neuen Aufmachung verdecken soll.

Seither sind genau *anderthalb* Jahre vergangen, eine gewaltige Zeitspanne für die Periode des Aufschwungs 1912/1913. Und nun wird, im Februar 1914, eine neue Zeitschrift gegründet, die diesmal aber ganz besonders „vereinigend“, besonders und in der Tat „nichtfraktionell“ ist, die Zeitschrift eines „wirklichen“ Anhängers der Augustplattform, Trotzki, unter dem Namen „Borba“<sup>52</sup>.

Sowohl der Inhalt der ersten Nummer der „Borba“ als auch das, was die Liquidatoren über die „Borba“ vor ihrem Erscheinen geschrieben haben, zeigt dem aufmerksamen Leser sofort den *Zerfall* des Augustblocks und die krampfhaften Anstrengungen, diesen Zerfall zu verbergen, die Arbeiter zu betrügen. Doch auch dieser Betrug wird sehr bald entlarvt sein.

Vor dem Erscheinen der „Borba“ veröffentlichte die Redaktion der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ die boshafte Notiz: „Die tatsächliche Physiognomie dieser Zeitschrift, von der in letzter Zeit in marxistischen Kreisen ziemlich viel gesprochen worden ist, bleibt uns vorläufig noch unklar.“

Der Leser bedenke nur: Von August 1912 an zählt Trotzki zu den Anführern des August-Vereinigungsblocks, aber schon das ganze Jahr 1913 zeigt, daß er sich vom „Lutsch“ und dessen Anhängern zurückzieht. Im Jahre 1914 gründet derselbe Trotzki seine *eigene* Zeitschrift, wobei er fiktiv immer noch sowohl zur „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ als auch zur „Nascha Sarja“ gezählt wird. „In den Kreisen spricht man ziemlich viel“ von einer von den Liquidatoren verheimlichten vertraulichen „Notiz“ Trotzkis gegen die Leute vom „Lutsch“, die Herren Th. D., L. M. und ähnliche „Unbekannte“.

Die wahrheitsliebende, nichtfraktionelle und für die Vereinigung eintretende Redaktion der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ aber schreibt: „Für uns ist die Physiognomie noch unklar!“

Ihnen ist noch nicht klar geworden, daß der Augustblock zerfallen ist!!

Nein, meine Herren Th. D., L. M. und Ihr anderen vom „Lutsch“, Ihnen ist das ausgezeichnet „klar“, und Sie betrügen einfach die Arbeiter.

Der Augustblock erwies sich – wie wir schon damals, im August 1912, erklärten – als ein bloßer Deckmantel für die Liquidatoren. Er ist gesprengt. Sogar seine russischen Freunde haben nicht mehr zusammengehalten. Die sattsam bekannten Vereiniger konnten sich nicht einmal untereinander einigen, und so ergaben sich zwei „August“-richtungen: die vom „Lutsch“ („Nascha Sarja“ und „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“) und die trotzkistische („Borba“). Beide halten je einen Fetzen des von ihnen zerrissenen „gemeinsamen vereinigten“ Augustbanners, und beide schreien mit heiserer Stimme „Einheit“!

Welches ist die Richtung der „Borba“? Trotzki schrieb darüber ein enormes Feuilleton in Nr. 11 der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“, aber die Redaktion der Zeitung der Liquidatoren antwortete ihm sehr treffend, daß „die Physiognomie immer noch unklar“ sei.

Tatsächlich haben die Liquidatoren ihre *eigene* Physiognomie, eine liberale und keine marxistische. Jeder, der mit den Schreibereien von Th. D., L. S., L. M., Jeshow<sup>53</sup>, Potressow und Co. vertraut ist, kennt diese Physiognomie.

Trotzki dagegen hat niemals irgendeine „Physiognomie“ gehabt, und er hat auch keine; bei ihm gab es nur hinüber- und herüberwechseln von den Liberalen zu den Marxisten und umgekehrt, Bruchstücke von Wörtchen und wohlklingenden Phrasen, die von hier und dort zusammengeholt wurden.

Zu keiner einzigen Streitfrage findet man in der „Borba“ *auch nur ein einziges lebendiges Wort.*

Das ist unglaublich, aber Tatsache.

Die Frage der Illegalität. *Kein Sterbenswörtchen.*

Teilt Trotzki die Auffassungen von Axelrod, Sassulitsch, Th. D., L. S. (Nr. 101 des „Lutsch“) usw.? *Kein Ton.*

Die Losung des Kampfes für eine legale Partei? *Kein einziges Wort.*

Die liberalen Reden der Jeshow und der anderen vom „Lutsch“ über die Streiks? Die Abänderung des Programms zur nationalen Frage? *Kein Ton.*

Das Auftreten L. Sedows und anderer Leute vom „Lutsch“ gegen zwei „Grundpfeiler“<sup>54</sup>? *Kein Ton.* Trotzki versichert, er sei für die Vereinigung der Teilforderungen mit dem Endziel, aber wie er sich zu der von den *Liquidatoren* praktizierten Verwirklichung dieser „Vereinigung“ stellt, darüber schweigt er sich aus!

Unter dem Mantel besonders wohlklingender, hohler und nebelhafter Phrasen führt Trotzki in Wirklichkeit die unaufgeklärten Arbeiter irre und verteidigt die Liquidatoren, da er die Frage der Illegalität verschweigt und versichert, es gebe bei uns keine liberale Arbeiterpolitik usw.

An die sieben Abgeordneten, an ihrer Spitze Tschcheidse, wendet sich Trotzki mit speziellen, langen Belehrungen darüber, wie man die Negierung der Illegalität und der Partei *schlauer* bewerkstelligen müsse. Diese ergötzlichen Belehrungen zeugen klar vom *weiteren Zerfall* der Sieben.

Burjanow hat sie bereits verlassen. Sie konnten sich über die Antwort an Plechanow nicht verständigen. Sie schwanken nun zwischen Dan und Trotzki, wobei Tschcheidse offenbar seine diplomatischen Talente anstrengt, um den neuen Riß zu verkitten.

Und diese Leute am Rande der Partei, die nicht imstande sind, sich auf dem Boden ihrer „August“plattform zu vereinigen, betrügen die Arbeiter mit Geschrei über „Einheit“! Vergebliches Bemühen!

Die Einheit ist die Anerkennung des „Alten“ und der Kampf gegen jene, die es negieren. Die Einheit ist die Vereinigung der Mehrheit der Arbeiter Rußlands auf dem Boden der allen längst bekannten Beschlüsse, die das Liquidatorentum verurteilen. Die Einheit ist die Verbindung der Dumaabgeordneten mit dem Willen der Mehrheit der Arbeiter, was von den sechs Arbeiterabgeordneten erreicht worden ist.

Die Liquidatoren aber und Trotzki, die „Sieben“ und Trotzki, die ihren eigenen Augustblock gesprengt, alle Beschlüsse der Partei beiseite geworfen und sich sowohl von der illegalen Arbeit als auch von den organisierten Arbeitern getrennt haben, sind die schlimmsten Spalter. Glücklicherweise haben die Arbeiter das bereits begriffen, und alle klassenbewußten Arbeiter stellen *in der Tat* ihre Einheit gegen die diese Einheit zerstörenden Liquidatoren her.

„Put Prawdy“ Nr. 37,  
15. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## KAPITALISMUS UND PRESSE

Wenn zwei Diebe sich streiten, haben ehrliche Leute immer einen gewissen Nutzen davon. Wenn „Persönlichkeiten“ des bürgerlichen Zeitungswesens sich vollends entzweien, dann offenbaren sie vor dem Publikum die Käuflichkeit und die Gaunerkniffe der „großen“ Zeitungen.

N. Snessarew vom „Nowoje Wremja“ entzweite sich mit dem „Nowoje Wremja“; er wurde bei Diebereien ertappt und mit Skandal entlassen. Jetzt hat er ein „Werk“ von 135 Seiten publiziert unter dem Titel „Die Fata Morgana des ‚Nowoje Wremja‘. Beinahe ein Roman. St. Petersburg 1914“. Herr Snessarew gibt sich, wie das so üblich ist, als „edler“ Mensch und beschreibt die Sitten und Bräuche, die sich in den kapitalistischen Ländern des Westens schon längst eingebürgert haben und die immer mehr in die bürgerliche Zeitungswelt Rußlands eindringen, natürlich unter Verhältnissen, die der Verdunklung und der Straflosigkeit von besonders schmutzigen, besonders niederträchtigen Bestechungen, Speichelleckereien usw. besonders günstig sind.

„Alle haben sich nach und nach daran gewöhnt, weit über ihre Verhältnisse zu leben“, schreibt der „zu Schaden gekommene“ Mann aus dem „Nowoje Wremja“ mit graziöser Naivität. „Wann und auf welche Weise die Gesellschaft sich von dieser Erscheinung befreien wird, und ob sie sich davon befreien wird, ist unbekannt. Aber daß es sich jetzt so verhält, ist eine anerkannte Tatsache.“ Eins der magischen Mittel, die es erlauben, mehr zu verbrauchen, als man verdient, ist die „Beteiligung“ der bürgerlichen Blätter an der Erteilung von Konzessionen. „Man kann“, erzählt der Mann vom „Nowoje Wremja“, „Dutzende verschiedener

Konzessionen nennen, die ihre Erteilung nicht nur bestimmten Beziehungen, sondern auch bestimmten Artikeln in bestimmten Zeitungen verdanken. Das ‚Nowoje Wremja‘ ist natürlich keine Ausnahme.“ Zum Beispiel erschien einmal bei Herrn Snessarew ein Vertreter der Londoner Marconi-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie und schlug vor, die Statuten für eine russische Marconi-Gesellschaft und den Entwurf einer Konzession zugunsten dieser Gesellschaft zu verfassen. „Als Entlohnung für diese Arbeit wurden 10 000 Rubel festgelegt, und die Vereinbarung wurde abgeschlossen.“

Der zu Schaden gekommene Snessarew teilt mit, daß nicht nur er allein sich den Kapitalisten für dieses Geld verkauft habe, die ganze Zeitung „Nowoje Wremja“ habe sich für die „Kampagne zugunsten der Konzession“ kaufen lassen und dafür eine Ermäßigung von 50% für Telegramme und das „Plätzchen“ eines Gründers der Gesellschaft mit Aktien für 50 000 Rubel bekommen.

Londoner Kapitalisten – Ausplünderung der Russen – Konzession von der russischen Regierung – Teilnahme der Presse – allgemeine Käuflichkeit – Kauf und Verkauf von wem immer für Zehntausende von Rubeln – das ist das getreue Bild, das von dem als Dieb entlarvten und beleidigten Snessarew entworfen wird.

Mit dem Millionenunternehmen des „Nowoje Wremja“ geht es bergab. Die Söhnchen des Millionärs und Renegaten A. S. Suworin verjübeln Millionen, werfen sie zum Fenster hinaus. Die edle Zeitung muß gerettet werden. Auf der Szene erscheint der „Leitende Direktor der Wolgaka-Bank P. L. Bark“ (S. 85). Er überredet A. S. Suworin, das Unternehmen einer Gesellschaft zu übergeben, die dann im August 1911 die *allerhöchst* bewilligten Statuten bekommen hat, wobei sich von 800 Anteilscheinen 650 in den Händen von A. S. Suworin befanden (ein Anteil zu 5000 Rubel). Bei Gründung der Gesellschaft, erklärt Herr Snessarew, wurde eine Scheinbilanz aufgestellt (S. 97), und er fügt hinzu, daß „auf eine solche Bilanz bei Gründung der Gesellschaft entweder nur Leute eingehen konnten, die sich in Zahlen gar nicht auskannten, oder Menschen wie Herr Gutschkow, d. h. solche, die die Sache sehr gut verstanden, aber nur ihre eigenen persönlichen Ziele verfolgten“. Die Helden dieser Gesellschaftsgründung (konstituierende Versammlung am 10. November 1911) waren *Snessarew selbst*, P. L. Bark, W. P. Burenin, der Okto-

brist und Mitglied der Reichsduma Schubinski, die Söhnchen des edlen Renegaten A. S. Suworin usw.

Diese hochachtbare Gesellschaft war, wie der Leser sieht, seit November 1911 besonders eifrig am Werk. Und *seit dem Jahre 1912* – erzählt der zu Schaden gekommene Snessarew – nahm das Privileg des „Nowoje Wremja“, die Inserate der Banken für Bodenkredit zu bekommen („keine so große Einnahme“: im ganzen 15 000 Rubel jährlich oder „ungefähr so viel“!), den Charakter von Subsidien an. Denn nach dem Gesetz müssen die Inserate in der meistverbreiteten Zeitung erscheinen. Das „Nowoje Wremja“ war zu jener Zeit *nicht* die am meisten verbreitete Zeitung, aber es verstand („zum erstenmal“, schwört der edle Snessarew), seine Einflüsse und Bekanntschaften hinter den Kulissen in den Regierungskreisen „in Gang zu setzen“, um die Inserate der Banken für Bodenkredit für sich zu behalten. „Bei der Entscheidung dieser Frage im Ministerrat wurde nach ziemlich ernststen Bedenken beschlossen, dem ‚Nowoje Wremja‘ die Inserate zu belassen“ (S. 21).

Es wird ein Klub der literarisch-künstlerischen Gesellschaft eingerichtet, „schlechtweg ein Spielklub“ (S. 69); „im Schuldbuch des Klubs waren die Mitarbeiter des ‚Nowoje Wremja‘ mit Tausenden von Rubeln belastet. Diese Schulden wurden einfach abgeschrieben.“

Der Börsianer Manus, der an der Börse reich geworden ist und ein Vermögen „von einigen Millionen“ zusammengerafft hat (S. 120), führt im „Nowoje Wremja“ unter Beteiligung der Herren Menschikow u. a. eine Kampagne für die Absetzung des Ministers Kokowzow. Den Lesern bleibt es überlassen zu erraten, wie viele Zehntausende alle diese „Persönlichkeiten“ bekommen haben und wieviel man ihnen schuldig geblieben ist.

Ein Tanz der Millionen. Eine Fünf-Millionen-Bilanz des „Nowoje Wremja“, wovon etwa drei Millionen eine Fiktion sind. Gehälter und Honorare – zwei- bis dreitausend Rubel *monatlich* an zweit- und drittrangige Mitarbeiter. Hunderttausende und Millionen werden hinausgeworfen. Hunderttausende an Bankdarlehen. Allgemeine Käuflichkeit, Prostitution jeder Art, ungesetzliche und gesetzliche, durch den Ehebund geweihte. Die beste und höchste Petersburger Gesellschaft. Millionäre, Minister, Börsianer, namhafte Ausländer. Spielklubs, Erpressung jeder Art. „Keinerlei politische Überzeugungen“ (S. 36). Neid und Hinterlist.

Amphiteatrow und Snessarew, die einen Ingenieur zum Duell fordern, der die Redaktion des „Nowoje Wremja“ beleidigte, als sie Studenten mit Schmutz bewarf. A. S. Suworin, der Amphiteatrow „sehr liebt“, aber „sich das Vergnügen nicht versagen kann, ihm eine Unannehmlichkeit zu bereiten“ dadurch, daß er das Erscheinen eines Feuilletons von Burenin mit einem „schmutzigen“ Ausfall gegen die Schauspielerin Raiskaja, die Frau Amphiteatrows, zuläßt. Burenin stößt Amphiteatrow weg. Die Söhnchen Suworins machen Schulden von Hunderttausenden von Rubeln.

Im Jahre 1905 hatte das „Nowoje Wremja“ ein Defizit von 150 000 Rubel.

Die Moskauer Kaufleute und Fabrikanten, erschreckt durch das Jahr 1905, spenden für eine Arbeiterzeitung patriotischer Richtung 100 000 Rubel. Das „Nowoje Wremja“ übernimmt es auf ihre Bitte hin, die Sache zu organisieren.

Die Zeitung „schleppte sich“ zwei Jahre lang „mühselig dahin“, und ihr Erscheinen wurde dann eingestellt. Die Moskauer verloren 100 000, die Leute vom „Nowoje Wremja“ 150 000 Rubel (S. 61).

Diebe, sich prostituierende Männer, käufliche Publizisten, käufliche Zeitungen. Das ist unsere „große Presse“. Das ist die Blüte der „höchsten“ Gesellschaft. Diese Menschen kennt „jeder“, sie haben „überall“ Beziehungen... Schamlose Frechheit der Fronherren und schamlose Käuflichkeit der Bourgeoisie, die sich im Finstern umarmen – das ist unser „heiliges Rußland“.

„Put Prawdy“ Nr. 41,  
20. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.



---

## EIN RADIKALER BOURGEOIS ÜBER DIE RUSSISCHEN ARBEITER

Es ist manchmal nützlich zu betrachten, wie *abseits stehende* Leute über uns, über unsere Arbeiterpresse, über unsere Arbeiterverbände, über unsere Arbeiterbewegung usw. urteilen. Lehrreich sind die Ansichten der offenen wie der versteckten Feinde, wie auch von Leuten ohne bestimmten Standpunkt oder unbestimmt-„sympathisierender“ Leute, sofern es nur einigermaßen vernünftige, unterrichtete Leute sind, die sich wenigstens etwas in der Politik auskennen.

Zu dieser letzteren Kategorie von Menschen gehört ohne Zweifel auch der „Trudowik“ oder „Volkssozialist“ – in Wahrheit: radikale Bourgeois oder bürgerliche Demokrat – Herr S. Jelpatjewski.

Dieser Publizist ist einer der treuesten Anhänger und Kampfgefährten N. K. Michailowskis, den die „linken Volkstümler“, die dem gesunden Menschenverstand zuwider als Sozialisten gelten wollen, jetzt so wenig klug hochpreisen. Herr S. Jelpatjewski ist ein aufmerksamer Beobachter des russischen Kleinbürgerlebens, dessen Stimmungen er „feinfühlig“ unterliegt.

Er kann als einer der wegweisenden russischen Liquidatoren bezeichnet werden, denn er und seine Freunde verkündeten schon im Herbst 1906 (siehe das Augustheft des „Russkoje Bogatstwo“ vom Jahre 1906, das eine traurige Berühmtheit erlangt hat) die Notwendigkeit einer „legalen Partei“, fielen über die Beschränktheit der „Illegalität“ her und machten sich daran, die wichtigsten Losungen dieser illegalen Arbeit im Geiste einer offenen, d. h. legalen Partei zu korrigieren. In den Worten und im Bewußtsein dieser „Sozialkadetten“ (wie *sogar* die linken Volkstümler sie damals nennen *mußten*) selbst war ihre Absage an die Illegalität und die

liquidatorische Verkündigung einer „legalen Partei“ oder des „Kampfes für eine legale Partei“ von dem Bestreben hervorgerufen, zu den „Massen“ zu gehen, die Massen zu organisieren.

In Wirklichkeit gab es im Plan der Herren „Volkssozialisten“ nichts als spießbürgerliche, kleinbürgerliche Kleinmütigkeit (gegenüber den Massen) und Leichtgläubigkeit (gegenüber der Regierung). Wegen der „legalen Partei“ wurde ihnen mit Kittchen teils gedroht, teils kam der eine oder andere ins Kittchen, und das Ergebnis war, daß sie nicht nur ohne legale, sondern überhaupt ohne jede Verbindung mit den Massen, nicht nur ohne legale, sondern überhaupt ohne jede Partei blieben. Sie blieben das, was auch unsere Liquidatoren sind, d. h. eine Gruppe von Legalisten und Liquidatoren, eine Gruppe von „unabhängigen“ (von der Illegalität unabhängigen, aber geistig vom Liberalismus abhängigen) Literaten.

Die Jahre der Niedergeschlagenheit, des Niedergangs und des Zerfalls sind vorüber. Es begann ein etwas anderer Wind zu wehen. Und feinfühlig für die spießbürgerlichen Stimmungen schreibt Herr S. Jelpatjewski im Januarheft des „Russkoje Bogatstwo“ für das laufende Jahr einen Artikel über die Stimmungen der verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft unter dem effektvollen Titel „Das Leben geht weiter“.

Das Leben geht weiter, ruft unser Volkstümpler aus, wobei er in seinem Gedächtnis sowohl allerhand Kongresse als auch die Rede Salaskins und die Beilis-Affäre durchgeht. Zweifellos gibt es eine Belebung in der Provinz, obwohl man „heute manchmal nicht nur einen rechten Kadetten von einem linken Oktobristen, sondern zuweilen auch einen Sozialrevolutionär oder Sozialdemokraten“ (wohl aus den Reihen der Liquidatoren, Herr volkstümplerischer Liquidator?) „von einem linken Kadetten nicht unterscheiden kann, wenn man nach der lokalen“ (natürlich ausschließlich legalen) „Taktik urteilt.“ „Es findet auf den beiden Seiten der Barriere, die Rußland getrennt hat, eine Art Sammlung Rußlands statt. Auf der einen Seite haben sich der vereinigte Adel, die vereinigte Bürokratie, die Leute von den Behörden und die Kleinbürger gesammelt, die so oder anders ‚aus der Staatskrippe zehren‘, auf der anderen Seite einfach der Kleinbürger, die Masse der Provinzgesellschaft.“

Man sieht, der Horizont unseres Volkstümlers ist nicht weit, seine Analyse ist seicht: stets dieselbe liberale Gegenüberstellung von Regierung

und Gesellschaft. Über den Klassenkampf innerhalb der Gesellschaft, über die Bourgeoisie und die Arbeiter, über die sich vertiefende Kluft zwischen Liberalismus und Demokratie kann man eben vom Standpunkt des provinziellen Kleinbürgers schwerlich irgend etwas sagen.

Schlußfolgerungen über die unteren Schichten des Dorfes zu ziehen, sei schwer – schreibt Herr S. Jelpatjewski.

„Finsternis und Schweigen liegen über dem Dorf; man sieht schlecht bis dorthin und man hört schlecht von dort...“ Die Genossenschaftsbewegung ist „unvermittelt entstanden und hat sich weit ausgebreitet...“ Der Kampf der Sonderland-Bauern und der Bauern in der Dorfgemeinde... „alles das ist nicht genügend klar zutage getreten“.

„Ja, man muß zugeben, daß die Barriere, die durch die Anstrengungen der Regierung zwischen den Sonderland-Bauern und den Bauern in der Dorfgemeinde errichtet worden ist, um die ländliche Masse zu teilen und zu zersplittern, immer höher wird, doch offensichtlich haben sich im Dorf bis jetzt noch keine den Absichten der Regierung entsprechenden Gefühle und Stimmungen herausgebildet. Wie früher brennt der Wunsch und die Erwartung, Land zu erhalten, in der Seele der einen wie der anderen gleich stark, und der Wunsch nach Freiheit, nach ‚Rechten‘, der früher von dem nach ‚Land‘ verwünscht wurde, tritt offensichtlich immer deutlicher und gebieterischer hervor.“

Und gegen Schluß schreibt unser Schilderer des russischen Lebens, nachdem er hervorgehoben hat, daß „jetzt gerade die rechten Kreise das Wort Revolution hartnäckig wiederholen“, daß diese Kreise „selbst wirklich erschreckt sind, daß sie tatsächlich einen Konflikt erwarten, überzeugt sind von der Unvermeidbarkeit einer Katastrophe“ – schreibt der Verfasser über die Arbeiter folgendes:

„Ich brauche hier nicht von den organisierten Arbeitern zu sprechen. Dort braucht man nicht tastend vorzugehen bei seinen Schlußfolgerungen, dort ist alles klar und für alle erkennbar. Dort stehen die Meinungen ziemlich fest, dort gibt es nicht nur Wünsche und Erwartungen, sondern auch Forderungen, bekräftigt durch Willensimpulse, nicht durch elementare Ausbrüche, sondern durch systematisierte und genügend ausgearbeitete Methoden...“ (Punkte von Herrn Jelpatjewski). „Und zweifellos sickern aus diesem organisierten Milieu in das ländliche, aus dem es hervor-

*gegangen ist, sowohl Meinungen als auch Wünsche und Erwartungen.“*

Das schreibt ein Mann, der nie zu den Marxisten gehörte und der stets abseits von den „organisierten Arbeitern“ stand. Um so wertvoller ist für die klassenbewußten Arbeiter dieses Urteil eines *Außenstehenden*.

Herr Jelpatjewski, einer der „wegweisenden“ Führer des Liquidatorentums, sollte über die Bedeutung dessen, was er jetzt hat anerkennen müssen, nachdenken.

Erstens: bei *welchen* Arbeitern „stehen die Meinungen ziemlich fest“ und sind „die Methoden genügend ausgearbeitet und systematisiert“? Nur bei den Gegnern des Liquidatorentums (denn bei den Liquidatoren herrscht ein vollständiges Chaos sowohl in den Meinungen als auch in den Methoden), *nur* bei jenen, die sich nicht kleinmütig und übereilt von der Illegalität abgewandt haben. Nur bei ihnen ist tatsächlich „*alles klar und für alle erkennbar*“. Es scheint paradox (sonderbar) zu sein, ist aber Tatsache: Chaos bei jenen, die sich nach einer „legalen Partei“ sehnen – „alles klar und für alle erkennbar“, „die Meinungen ziemlich feststehend und die Methoden genügend ausgearbeitet“ nur bei den Anhängern der „Illegalität“, bei denen, die das Vermächtnis dieser angeblich eingegangenen und abgestorbenen (siehe „Nascha Sarja“, „Lutsch“, „Nowaja Rabotschaja Gaseta“, „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“) Illegalität getreulich wahren.

Der erste von denen, die das Liquidatorentum begründeten (der Führer des „Russkoje Bogatstwo“, Herr Jelpatjewski), hat auch als erster dessen Todesurteil unterzeichnet und an seinem Grabe das „Ruhe sanft!“ gesprochen.

Es ist möglich, daß Herr Jelpatjewski selbst sich dessen nicht bewußt ist, doch die von ihm aufgeworfene Frage geht weit über die Grenzen der persönlichen Einsicht einzelner Politiker hinaus.

Der zweite und wichtigste Umstand: Warum braucht denn in einer der verworrensten und schwersten Perioden der russischen Geschichte, während des Jahrfünfts 1908–1913, von *allen* Klassen des russischen Volkes nur das Proletariat nicht zu „tasten“? Warum erwies sich nur bei ihm „alles klar und für alle erkennbar“? Warum geht es aus dem aller schlimmsten ideologischen Zerfall, dem programmatischen, taktischen, organisatorischen und jeglichem anderen Verfall und den Schwankungen –

sowohl bei den Liberalen als auch bei den Volkstümlern und den „Auch-Marxisten“ aus den Reihen der Intellektuellen – mit „ziemlich feststehenden Meinungen“, mit „systematisierten und genügend ausgearbeiteten Methoden“ hervor? Nicht nur deshalb, weil die Illegalität diese Meinungen festgelegt, diese Methoden ausgearbeitet hat, sondern auch deshalb, weil es sehr tiefgehende soziale Ursachen, weil es ökonomische Voraussetzungen, weil es Faktoren gibt, die mit jeder neuen Werst Eisenbahnlinie, mit jedem weiteren Fortschritt des Handels, der Industrie, des Kapitalismus in Stadt und Land immer stärker und stärker wirken, Faktoren, die das Proletariat vermehren, stärken, stählen und zusammenschweißen, die ihm helfen, nicht dem Kleinbürger zu folgen, nicht wie die Spießbürger zu schwanken, sich nicht feige von der Illegalität loszusagen.

Wer darüber etwas nachdenkt, der wird einsehen, welchen gewaltigen Schaden die Versuche anrichten, die fortgeschrittenen Elemente der Klasse der Lohnarbeiter mit der unvermeidlich schwankenden und wankelmütigen kleinbürgerlichen Bauernschaft zu einer Partei zu „verschmelzen“.

„*Proswechtschenije*“ Nr. 3,  
März 1914.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Proswechtschenije*“.

## POLITISCHE LEHREN

Der Reichsrat hat vor einiger Zeit die Einführung der polnischen Sprache in der künftigen Selbstverwaltung Polens vereitelt. Die Abstimmung darüber, die gegen den Willen des Regierungsoberhauptes ausfiel, gibt uns viel Aufklärung über die in Rußland kommandierenden Klassen und darüber, welche „Besonderheiten“ unsere Staatsordnung und Staatsverwaltung aufweisen.

In der Presse ist bereits die lange Geschichte von der polnischen Sprache in der Selbstverwaltung Polens aufgedeckt worden. Die am Staatsruder stehenden russischen Gutsbesitzer haben schon seit langem, seit dem Jahre 1907, mit dem polnischen Hochadel darüber Unterhandlungen gepflogen. Sie suchten sich über die Bedingungen wenigstens einer gewissen Zusammenarbeit oder einfach eines verhältnismäßig friedlichen Zusammenlebens der russischen Schwarzhunderter mit den polnischen Schwarzhundertern zu verständigen, wobei natürlich alles das gänzlich und ausschließlich im Namen der Interessen der „nationalen Kultur“ geschah.

Die polnische nationale Kultur wurde von den polnischen Gutsbesitzern verfochten, die sich die Selbstverwaltung (an Stelle der Autonomie) und die polnische Sprache ausbedangen. Die russische nationale Kultur wurde von den großrussischen Gutsbesitzern verfochten, die sich den Vorrang der russischen nationalen Kultur und die Lostrennung des „russischen“ Cholmer Gebiets von Polen vorbehielten (sie besaßen alles und brauchten sich nichts auszubedingen). Beide Seiten schlossen unter anderem ein Abkommen gegen die Juden, die von vornherein auf einen eng begrenzten „numerus clausus“ reduziert wurden, damit Polen in der reaktionären Hetze gegen die Juden und in deren Unterdrückung nicht hinter Rußland zurückstehe.

Wie mitgeteilt wird, hat Stolypin diese Verhandlungen mit der polnischen Aristokratie, mit den gutsherrlichen Magnaten Polens persönlich

geführt. Stolypin hat Versprechungen gemacht. Man brachte Projekte ein. Doch . . . das Cholmer Gebiet wurde abgetrennt, während unser Reichsrat die Einführung der polnischen Sprache in der polnischen Selbstverwaltung *ablehnte*. Die Sache Stolypins verfocht „treu und ergeben“ Kokowzow, aber es gelang ihm nicht, sie durchzufechten. Die rechtsstehenden Mitglieder des Reichsrats stellten sich nicht hinter ihn.

Hier noch ein wenn auch kleiner Vertrag, der „zerrissen“ wurde. Gutschkow erklärte unlängst im Namen der gesamtrossischen Bourgeoisie, sie habe mit der Regierung der Konterrevolution den stillschweigenden Vertrag geschlossen, „sie um den Preis von Reformen zu unterstützen“. Die Unterstützung wurde gegeben, aber die Reformen erfolgten *nicht*.

In unserem Beispiel hat nicht die Bourgeoisie, nicht die Opposition, sondern haben die reinblütigsten Gutsbesitzer ebenfalls einen stillschweigenden Vertrag geschlossen: „wir“ machen einen Schritt zu Stolypin hin, und man wird uns eine Selbstverwaltung mit polnischer Sprache geben. Den Schritt machten sie, die polnische Sprache aber erhielten sie nicht.

Aus diesem kleinen Beispiel ergeben sich reiche politische Lehren. Der Kampf der Nationalitäten verwandelt sich vor unseren Augen in ein Abkommen der herrschenden Klassen zweier Nationen unter der Bedingung der besonderen Unterdrückung einer dritten (der jüdischen). Vergessen wir nicht, daß alle herrschenden Klassen, nicht nur die Gutsbesitzer, sondern auch die Bourgeoisie, selbst die demokratischste Bourgeoisie, so handeln.

Die tatsächliche Ordnung und Regierung Rußlands tritt in ihrer klassenmäßigen Grundlage zutage: die Gutsbesitzer kommandieren, entscheiden, üben die Macht aus. Die Allmacht dieser Klasse ist gewaltig. Der Bourgeoisie „gestattet“ sie nur . . . Verträge zu schließen, die sie dann *zerreißt*.

Doch nicht genug damit. Es stellt sich heraus, daß auch *innerhalb der Grenzen* der kommandierenden Klasse Verträge mit ungewöhnlicher und außerordentlicher Leichtigkeit „zerrissen werden“. Das ist schon ein Unterschied zwischen Rußland und den übrigen Klassenstaaten, das ist schon unsere Eigenart, bei der Fragen ungelöst bleiben, die Europa vor 200 und vor 100 Jahren gelöst hat.

„*Prosweščtschenije*“ Nr. 3,  
März 1914.

Unterschrift: *W. Iljin*.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Prosweščtschenije*“.

## GESETZENTWURF ÜBER DIE NATIONALE GLEICHBERECHTIGUNG

Genossen!

Die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands hat beschlossen, in der IV. Reichsduma den unten beigefügten Gesetzentwurf über die Aufhebung der Beschränkungen der Rechte der Juden und der anderen „Fremdstämmigen“ einzubringen.

Der Gesetzentwurf bezweckt die Aufhebung aller nationalen Beschränkungen für alle Nationen: Juden, Polen usw. Besonders ausführlich beschäftigt er sich indessen mit den gegen die Juden gerichteten Beschränkungen. Der Grund ist verständlich: Keine einzige Nationalität wird in Rußland so unterdrückt und verfolgt wie die jüdische. Der Antisemitismus schlägt unter den besitzenden Schichten immer tiefere Wurzeln. Die jüdischen Arbeiter stöhnen unter einem zweifachen Joch: als Arbeiter wie auch als Juden. Die Verfolgung der Juden hat in den letzten Jahren ganz unglaubliche Ausmaße erreicht. Es genügt, an die Judenpogrome und an die Beilis-Affäre zu erinnern.

Unter diesen Verhältnissen müssen die organisierten Marxisten der Judenfrage gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Es versteht sich von selbst, daß die Judenfrage nur gemeinsam mit den in Rußland auf der Tagesordnung stehenden Hauptfragen ernsthaft gelöst werden kann. Es leuchtet von selbst ein, daß wir von der nationalistischen IV. Duma der Puriskewitsch nicht erwarten, sie werde die gegen die Juden und die anderen „Fremdstämmigen“ gerichteten Beschränkungen aufheben. Aber die Arbeiterklasse ist verpflichtet, ihre Stimme zu erheben. Und besonders laut muß die Stimme des *russischen* Arbeiters gegen die nationale Unterdrückung ertönen.



Wir veröffentlichen unseren Gesetzentwurf und hoffen, daß die jüdischen, die polnischen und die Arbeiter der anderen unterdrückten Nationalitäten ihre Meinung dazu äußern und ihre Abänderungsvorschläge einbringen, falls sie solche für notwendig erachten.

Und wir hoffen gleichzeitig, daß die russischen Arbeiter unseren Gesetzentwurf durch Erklärungen u. dgl. m. besonders energisch unterstützen.

Dem Gesetzentwurf werden wir, gemäß Artikel 4, ein besonderes Verzeichnis der aufzuhebenden Vorschriften und Bestimmungen beifügen. Diese Beilage wird ungefähr 100 derartige Bestimmungen umfassen, die allein die Juden betreffen.

GESETZENTWURF ÜBER DIE AUFHEBUNG  
SÄMTLICHER BESCHRÄNKUNGEN DER RECHTE  
DER JUDEN UND ÜBERHAUPT ALLER  
BESCHRÄNKUNGEN, DIE MIT DER ABSTAMMUNG  
ODER MIT DER ZUGEHÖRIGKEIT  
ZU IRGEND EINER NATIONALITÄT  
VERBUNDEN SIND

1. Die Bürger aller Rußland bewohnenden Nationalitäten sind vor dem Gesetz gleich.

2. Kein Bürger Rußlands, gleich welchen Geschlechts und Glaubensbekenntnisses, kann in seinen politischen und überhaupt in irgendwelchen Rechten auf Grund seiner Abstammung oder seiner Zugehörigkeit zu einer Nationalität, welche immer es sei, beschränkt werden.

3. Alle und jegliche Gesetze, zeitweilige Verordnungen, Erläuterungen zu Gesetzen u. dgl. m., die die Rechte der Juden auf irgendeinem Gebiet des sozialen und staatlichen Lebens beschränken, werden aufgehoben. Artikel 767, Bd. IX, der lautet, daß „die Juden den allgemeinen Gesetzen in allen jenen Fällen unterliegen, in denen keine besonderen Bestimmungen für sie festgesetzt sind“, wird aufgehoben. Aufgehoben werden alle und jegliche Beschränkungen für die Juden hinsichtlich des Rechts des Aufenthalts und der Freizügigkeit, des Rechts auf Bildung, der Rechte auf Anstellung im staatlichen und öffentlichen Dienst, der Wahlrechte, der Militärpflicht, des Rechts der Erwerbung und Pachtung von Immobilien in

der Stadt, auf dem Lande usw.; aufgehoben werden sämtliche Einschränkungen der Rechte der Juden auf Ausübung freier Berufe usw. usf.

4. Dem vorliegenden Gesetz ist ein Verzeichnis der aufzuhebenden gesetzlichen Bestimmungen, Verfügungen, zeitweiligen Verordnungen usw. beigefügt, die auf die Beschränkung der Rechte der Juden gerichtet sind.

„Put Prawdy“ Nr. 48,  
28. März 1914.

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

## DIE LÖHNE DER LANDARBEITER

Bekanntlich ist in der Industrie der Arbeitslohn seit dem Jahre 1905 um etwa zwanzig Prozent gestiegen.

Den ersten Schritt zur Untersuchung derselben Frage in bezug auf die Landarbeiterlöhne machte I. Drosdow in seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Die Löhne der Landarbeiter in Rußland im Zusammenhang mit der Agrarbewegung 1905/1906“ (St. Petersburg 1914, Verlag M. I. Semjonow, Preis 50 Kop.). Wir wollen die wichtigsten Ergebnisse dieser interessanten Arbeit würdigen.

Der durchschnittliche Tagelohn eines Landarbeiters im Europäischen Rußland betrug in Kopeken:

	in Kopeken	in %
Durchschnitt in den Jahren 1902–1904	64,0	100,0
Durchschnitt im Jahre 1905	64,8	101,2
"    "    "    1906	72,0	112,5
"    "    "    1907	73,1	114,2
"    "    "    1908	72,4	113,1
"    "    "    1909	75,8	118,4
"    "    "    1910	76,6	119,6

Aus diesen Angaben geht hervor, daß die größte Erhöhung des Lohnes gerade auf das Jahr 1906 fällt, d. h. eben auf jenes Jahr, in welchem sich der Einfluß der Bewegung des Jahres 1905 am stärksten auswirken mußte.

Vom Jahre 1905 an gelang es somit, auch die unglaublich niedrigen Löhne der Landarbeiter vorwärtszubringen! Daß diese Vorwärtsbewegung freilich bei weitem nicht genügend ist, geht aus dem Vergleich des Geldlohnes mit den Getreidepreisen hervor. Der Verfasser der Broschüre

nahm diesen Vergleich vor und drückte die von uns angeführten Geldlöhne der Landarbeiter *in Getreide* (Roggen) zu den lokalen Durchschnittspreisen aus. Es stellte sich heraus, daß die Löhne, in Getreide ausgedrückt, von 0,93 Pud in den Jahren 1902–1904 auf 0,85 Pud im Jahre 1905 und 0,91 Pud im Jahre 1906 *gesunken* sind.

Anders ausgedrückt: Mit seinem Tagelohn konnte der Landarbeiter in Rußland in den Jahren 1902–1904 0,93 Pud Roggen und im Jahre 1906 nur 0,91 Pud kaufen. Wäre der Anstoß der Jahre 1905 und 1906 nicht erfolgt, so wäre das Sinken des Reallohnes natürlich noch stärker gewesen.

In den einzelnen Jahren schwanken die Arbeitslöhne stark, abhängig von der Ernte und anderen Ursachen: so stiegen zum Beispiel die Löhne von 1905 bis 1907, wenn auch höchst ungleichmäßig, dann *sinken* sie im Jahre 1908 (dem Jahre der schärfsten Reaktion), um in den Jahren 1909 und 1910 wiederum ein wenig anzusteigen.

In Anbetracht der Schwankungen der Löhne in den einzelnen Jahren dürfen nicht die einzelnen Jahre, sondern müssen die Jahrzehnte miteinander verglichen werden. Herr Drosdow hat diesen Vergleich vorgenommen und bestimmt den Durchschnittslohn eines Landarbeiters im Europäischen Rußland im Jahrzehnt 1891–1900 mit 55,08 Kopeken und für das folgende Jahrzehnt (1901–1910) mit 69,18 Kopeken. Die Erhöhung beträgt 25,5%.

Das bedeutet, daß die *drei Millionen* Landarbeiter Rußlands (eine Zahl, die ohne Zweifel viel zu niedrig gegriffen ist) eine Aufbesserung der Löhne um eine Summe von etwa *80 Millionen Rubel im Jahr* erreicht haben, wenn man zum Beispiel zweihundert Arbeitstage pro Jahr rechnet.

Allerdings sind für dieselbe Zeit die Preise der Konsumgüter im Durchschnitt um 20,5% gestiegen. Folglich war die *tatsächliche* Erhöhung des Arbeitslohnes oder die Erhöhung des Reallohnes nicht sehr bedeutend. Bei der Umrechnung des Geld-Tagelohns in Getreide erhält der Verfasser eine Erhöhung während des revolutionären Jahrzehnts, verglichen mit dem vorrevolutionären, insgesamt um 3,9%. Folglich haben alle Anstrengungen der Arbeiter dahin geführt, die Löhne auf dem früheren Niveau zu *halten* und sie nur *sehr wenig* zu erhöhen.

Dafür zeigt der für dieselben zwei Jahrzehnte angestellte Vergleich der Änderungen in den Löhnen der Arbeiter und *in den Bodenpreisen* eine

riesenbafte Zunahme des Einkommens der Herren Gutsbesitzer. Der Kauf von Grund und Boden ist der Kauf des Ertrages, den der Boden abwirft, ist der Kauf der Rente; der Bodenpreis stellt deshalb die kapitalisierte Rente dar. Und nun sehen wir, daß der Durchschnittspreis einer Desjatine während der obengenannten zwei Jahrzehnte von 69,1 Rubel auf 132,4 Rubel, d. h. fast auf das Doppelte gestiegen ist!

Erhöhung der Löhne von Millionen von Lohnarbeitern um ein Viertel. Erhöhung des Einkommens der Gutsbesitzer auf das Doppelte. Die Erhöhung der Löhne der Lohnarbeiter vermag mit der Erhöhung der Preise der Konsumgüter kaum Schritt zu halten. Die Gutsbesitzer aber erhöhen ihre Einnahmen um das Fünffache der Erhöhung der Preise für die Produkte. Die Grundbesitzer und die wohlhabenden Hofbesitzer aus dem Kreise der Bauern bereichern sich immer mehr.

Man muß dabei im Auge behalten, daß die Zunahme der Einträglichkeit des Bodens und die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte die Klassenkluft zwischen dem ländlichen Bourgeois und dem ländlichen Proletarier, zwischen dem Kleinbesitzer (auch wenn er „werk-tätig“ ist) und dem Lohnarbeiter unablässig und unumgänglich vertieft. Wer daher dem „werk-tätigen“ Bauern erklärt: deine Kleinwirtschaft rettet dich unter dem Kapitalismus nicht vor Elend und Not, deine Rettung liegt einzig und allein im Anschluß an die Lohnarbeiter, der sagt die Wahrheit. Wer sich aber wie unsere „Volkstüm-ler“ daranmacht, die Interessen der „Arbeits-wirtschaft“ zu verteidigen, wer die Kleinwirtschaft unter dem Kapitalismus für lebensfähig erklärt, der unterstützt die bürgerlichen Bestrebungen, die bürgerliche und nicht die proletarische „Seele“ des Kleinbesitzers, der spricht wie ein Bourgeois.

„Put Prawdy“ Nr. 49,  
29. März 1914.  
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE LETTISCHEN ARBEITER ÜBER DIE SPALTUNG IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION

Die Arbeiter, die die Presse der Liquidatoren lesen, wissen, wie oft die russischen Liquidatoren damit geprahlt haben, auf ihrer Seite stünden die lettischen marxistischen Arbeiter. Als die Liquidatoren die Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion hervorgerufen hatten, beriefen sie sich auch besonders auf die Letten. Niemand wird es wagen – schrieben sie –, die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter der Ablehnung der „Illegalität“ zu beschuldigen, und sogar diese lettischen Arbeiter sind doch auf unserer Seite.

Wer mit den Tatsachen gut vertraut war, zweifelte nicht daran, daß die Liquidatoren... von der Wahrheit abweichen. Als die Frage der „Sechs“ und der „Sieben“ zur Behandlung vor die lettischen Arbeiter kam, begannen diese Arbeiter in ihrer gewaltigen Mehrheit, sich für die „Sechs“ auszusprechen. Die „Prawda“ brachte Dutzende von Resolutionen von Hunderten und aber Hunderten lettischer sozialdemokratischer Arbeiter und von einer ganzen Reihe von Gruppen in Riga, Mitau, Libau und anderen Orten zugunsten der von den sechs Arbeiterabgeordneten eingenommenen Haltung. Nach Petersburg reagierte am stärksten Riga, dieses größte proletarische Zentrum Lettlands. Die Resolutionen der erdrückenden Mehrheit der Rigaer Arbeiter atmeten den Geist größter Treue gegenüber den Ideen des konsequenten Marxismus und aufrichtigster Empörung über das Liquidatorentum.

Aber richtig war eins: Für die Liquidatoren und ihre „Sieben“ traten die lettischen „Spitzen“ leidenschaftlich ein. In der damals von Liquidatoren geleiteten lettischen Zeitung wurden Artikel gegen die „Sechs“ veröffentlicht, die weder ihrem skandalösen Ton noch ihrem liquidato-

rischen Inhalt nach hinter den Artikeln der Petersburger Zeitung der russischen Liquidatoren zurückstanden.

Zwar hat von den lettischen *Arbeitern* nur eine ganz unbedeutende Anzahl die Kampagne der Liquidatoren unterstützt, doch die „leitende“ Instanz stand auf seiten der Liquidatoren. Und diese fuhren fort, „im Namen“ des lettischen organisierten Proletariats zu sprechen . . .

Doch nun ist etwas Zeit verflossen. Es versammelten sich die Vertreter aller lettischen marxistischen Arbeiter.<sup>55</sup> Die Frage der Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion nahm dabei natürlich einen sehr wichtigen Platz ein. Die „leitenden“ Liquidatoren taten alles mögliche und unmögliche, um die „Sieben“ zu unterstützen oder wenigstens die Frage zu vertuschen. Aber o weh! Das gelang ihnen nicht. Die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter haben in der Person ihrer offiziellen Vertreter<sup>56</sup> folgende Resolution angenommen (wir führen sie wörtlich an, nur mit den zwangsläufigen Änderungen):

*Über die Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma:*

„Die Vertreter aller lettischen marxistischen Arbeiter geben ihrem größten Bedauern über die Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma Ausdruck und stellen fest, daß diese Spaltung eine unvermeidliche Folge der Spaltung außerhalb der Fraktion, unter den Marxisten Rußlands, war.

Sie betonen, daß die Einheit der Fraktion notwendig ist, und erklären, daß diese Einheit verwirklicht werden kann,

1. wenn als Grundlage der Vereinigung die Beschlüsse genommen werden, die vor der Spaltung der marxistischen Gesamtheit von ihren obersten Instanzen gefaßt worden sind: *das Programm der marxistischen Gesamtheit, ihr Statut, die Londoner Beschlüsse, die Beschlüsse der gesamtrussischen Vertretung der Marxisten vom Dezember 1908 und Januar 1910,*

2. wenn ein solcher Modus der gemeinsamen Tätigkeit gefunden wird, der die Rechte der Minderheit in der Fraktion garantieren würde.

Die lettischen marxistischen Arbeiter beauftragen ihre leitende Instanz, in Übereinstimmung

mit den in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachten Ansichten alle Schritte zur Vereinigung zu unterstützen.“

So lautet die Resolution. Ihr Kernpunkt besteht, wie der Leser sieht, darin, daß als obligatorische Bedingung für die Vereinigung die Anerkennung der *alten* marxistischen Gesamtheit aufgestellt wird. Wer das Programm, das Statut, die Beschlüsse von 1907, 1908 und 1910 nicht anerkennt, mit dem ist keine Vereinigung möglich. Das ist das Wort der lettischen Arbeiter. Darin besteht die große Bedeutung der lettischen Resolution.

Zweifellos waren auf dem lettischen Kongreß die versöhnlerischen Tendenzen sehr stark. Die Letten wollten der liquidatorischen Dumagruppe nicht direkt und offen erklären, daß sie eine Gruppe von Spaltern ist, die den Willen der Arbeiter verletzen, und daß sie verpflichtet ist, ihre Duma-mandate niederzulegen. Sie wollten es deshalb nicht, weil die lettische Minderheit nicht so weit geht wie die russischen Liquidatoren, und auch deshalb, weil bei den Letten noch gewisse Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Versöhnung mit der Fraktion Tschcheidse lebendig sind.

Aber jedenfalls haben die lettischen Arbeiter genaue und klare *Bedingungen* für die Einheit aufgestellt.

In der Tat, wie werden die strittigen Fragen, die die Fraktion gespalten haben, vom Standpunkt der lettischen Resolution aus entschieden?

Die Letten fordern erstens die Anerkennung des Programms. Das bedeutet, daß sie die Aufstellung der berüchtigten Losung der „national-kulturellen Autonomie“ auf der Dumatribüne *verurteilen*. Denn das Programm hat diese Forderung offiziell abgelehnt, und selbst der Liquidator L. Martow hat zugegeben, daß sich die „national-kulturelle Autonomie“ mit dem Programm nur schlecht vereinbaren läßt. Damit die Einheit möglich werde, müssen die Liquidatoren von der national-kulturellen Autonomie Abstand nehmen. Das ist der Sinn der lettischen Antwort auf die erste strittige Frage.

Weiter, es geht der Streit um die Aufnahme des Abgeordneten Jagiello in die Fraktion. *Wie* entscheiden die lettischen Arbeiter diese Streitfrage? Sie erklären: Siehe den Beschluß vom Dezember 1908. Wir schlagen das entsprechende Dokument nach, sehen hin und lesen:

„Über die Vereinigung mit der PPS-„Lewica“.



Nach Anhören des Vorschlags der Gen. Menschewiki über die Vereinigung mit der PPS-Lewica geht die gesamtrussische Vertretung der Marxisten ohne Debatte zur Tagesordnung über.“ (Siehe Bericht, S. 46.)

Die Sache ist klar. Der gesamtrussische Beschluß vom Jahre 1908 wollte keinesfalls etwas von einer Vereinigung mit der Partei Jagiellos wissen. Die Liquidatoren haben diesen Beschluß *verletzt*, folglich müssen sie ihren spalterischen Beschluß über Jagiello zurücknehmen.

Weiter fordern die Letten die Anerkennung überhaupt aller prinzipiellen Beschlüsse vom Dezember 1908 und Januar 1910. Was sind das für Beschlüsse, wie wird in ihnen über das Liquidatorentum geurteilt? Wir schlagen die entsprechenden Dokumente nach und lesen:

„Indem sie konstatiert, daß sich in verschiedenen Orten Versuche eines gewissen Teils der Parteiintelligenz bemerkbar machen, die ‚Illegalität‘ zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der marxistischen Gesamtheit... *hält sie es für notwendig, die Versuche der Liquidatoren aufs entschiedenste zu bekämpfen*, und fordert alle wahrhaft marxistischen Funktionäre ohne Unterschied von Fraktion und Richtung auf, diesen Versuchen ganz energischen Widerstand entgegenzusetzen.“

So haben die Beschlüsse vom Jahre 1908 das Liquidatorentum verurteilt (siehe S. 38 des Berichts). Die Anerkennung dieser Beschlüsse haben die Letten verlangt.

Dann kommen die Beschlüsse vom Januar 1910. Wir lesen dort: „Die historische Situation der sozialdemokratischen Bewegung in der Periode der bürgerlichen Konterrevolution erzeugt unvermeidlich, *als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat*... die Negierung der illegalen Partei, die Herabminderung ihrer Rolle und Bedeutung sowie Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Losungen der marxistischen Gesamtheit zu schmälern.“

So haben die Beschlüsse vom Jahre 1910 das Liquidatorentum verurteilt. Die Anerkennung auch dieser Beschlüsse haben die Letten von den Liquidatoren gefordert.

Die lettische Resolution ist *einstimmig* angenommen worden.

Sogar die anwesenden lettischen Liquidatoren haben es nicht gewagt, gegen sie zu stimmen. Die lettischen Arbeiter, die die „Illegalität“ achten und die Beschlüsse der alten marxistischen Gesamtheit anerkennen, haben ihnen eine genügend eindringliche Lehre erteilt. Gegen diese Resolution zu stimmen hätte bedeutet, alle lettischen Proletarier herauszufordern und die letzten Anhänger unter den Arbeitern zu verlieren.

So ist der Beschluß der lettischen Arbeiter (es waren mehr als 3000 organisierte Arbeiter vertreten).

In sehr höflicher Form, ohne das geringste scharfe Wort, aber entschieden und nachdrücklich haben die lettischen Arbeiter der Fraktion Tschcheidse erklärt:

Ihr wollt die Einheit? Erkennt die wichtigsten Beschlüsse der alten marxistischen Gesamtheit an, nehmt die Verletzungen des Programms und der Beschlüsse der Jahre 1908 bis 1910 zurück, sagt euch von jenen los, die sich von der „Illegalität“ losgesagt haben, mit einem Wort, stellt euch auf den Boden des Marxismus!

Die letzte, tatsächlich proletarische Organisation, in deren Namen die Fraktion Tschcheidse aufzutreten suchte, hat sich von dieser Fraktion abgewandt. Hinter den sieben Abgeordneten, die zum Liquidatorenentum hingenen, ist – wie zu erwarten war – nur ein Häuflein Liquidatoren verblieben. Alles Proletarische verläßt sie und hat sie verlassen.

*Eine Fraktion ohne Arbeiter* – das ist die Liquidatorenfraktion in der Duma.

Nach dem Beschluß der Letten ist das schon ganz unbestreitbar.

„Put Prawdy“ Nr. 50,  
30. März 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

## DIE ENTLARVUNG DER „AUGUST“ FIKTION

Im August 1912, vor mehr als anderthalb Jahren, trat ein Ereignis ein, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung Rußlands von ziemlich großer Bedeutung ist. Am Vorabend der Wahlen zur IV. Reichsduma „vereinigten sich“, wie sie es nannten, die Liquidatoren mit den Vertretern verschiedener Strömungen auf der Augustkonferenz, womit sie beweisen wollten, daß sie keineswegs Liquidatoren seien, daß sie nichts liquidiert haben und nichts liquidieren, daß die „Einheit“ der offenkundig ernsthaften, nicht fiktiven marxistischen Arbeiterorganisationen mit ihnen durchaus möglich sei.

Der Streit zwischen den Liquidatoren und ihren Gegnern wurde durch diese Augustkonferenz auf eine andere Ebene verlagert: es ging nicht nur darum, ob die Theorie und Taktik der Liquidatoren richtig sei, sondern auch darum, ob die Worte der Liquidatoren durch *ihre eigene* Praxis bestätigt oder widerlegt werden. Ist *ihre* Augustkonferenz eine Fiktion, Verstellung, Betrug, leeres Getue oder eine ernsthafte Sache, ein aufrichtiger Schritt, etwas Réales, das die *Möglichkeit* einer Besserung der Liquidatoren beweist?

So stand die Frage.

Durch ihre Taten, durch die Erfahrung ihrer Augustkonferenz sollten die Liquidatoren auf diese Frage eine Antwort geben.

Diese Antwort ist nun von dem einzigen marxistischen Faktor, nämlich von den lettischen Marxisten gegeben worden, die von ausnahmslos *allen* Strömungen und Fraktionen als Marxisten anerkannt worden sind, die die Beschlüsse der Partei nicht verletzen, und die *selbst* die bekannten

Augusterfahrungen gemacht haben. Aus sehr gut informierten Quellen wird uns mitgeteilt, daß die Versammlung der obersten Vertreter der organisierten lettischen Marxisten Rußlands beendet ist. Der kompetente Charakter dieser Versammlung der Vertreter der lettischen organisierten Marxisten ist von niemandem, von keiner einzigen Strömung, von keiner einzigen Fraktion bestritten worden; im Gegenteil, an der Versammlung haben bevollmächtigte und verantwortliche Delegierte nicht nur der Mehrheit der Arbeiter Rußlands (der Antiliquidatoren), *sondern auch der Liquidatoren*, ihrer leitenden Augustinstanz, des „Bund“ und der PPS-Lewica teilgenommen.

Die anderthalbjährige Erfahrung der Augustblocks und -instanzen ist von denjenigen, die diese Erfahrung selbst gemacht haben und den Liquidatoren zu helfen suchten, sich vom Liquidatorentum zu befreien, einer allseitigen Beratung und Beurteilung unterzogen worden.

Zu welchem Resultat hat nun diese Beratung und Beurteilung geführt?

*„Der Versuch der Versöhnler“, lautet der Beschluß der lettischen organisierten Marxisten, „sich um jeden Preis mit den Liquidatoren zu vereinigen (Augustkonferenz 1912), hat sich als nutzlos erwiesen, und die Vereiniger sind selbst in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten...“*

So lautet der offizielle Beschluß eines unvoreingenommenen Kollegiums von Marxisten, der eine vollständige und endgültige Entlarvung der Augustfiktion enthält!

Was wir im Laufe zweier Jahre gesagt haben – und was die Liquidatoren mit Schwüren und Beteuerungen, mit zahllosen Schimpfereien gegen uns bestritten haben –, das ist jetzt von *Teilnehmern* der Augustkonferenz, des Augustblocks und der leitenden Augustinstanz *selbst* bewiesen und offiziell festgestellt worden.

Die lettischen organisierten Marxisten haben offiziell zugegeben, daß „im Mittelpunkt des innerparteilichen Kampfes in den letzten fünf Jahren die Frage der liquidatorischen Richtung steht“, die von der ganzen Partei längst verurteilt worden ist, und daß ihr Vertreter, der lettische Vertreter aus der leitenden Augustinstanz *abberufen* wird, denn diese Instanz (heißt

es im Beschluß der lettischen Marxisten) „hat sich von den Liquidatoren nicht abgegrenzt“.

Die Ereignisse haben folglich die Liquidatoren immer und immer wieder entlarvt und damit durchaus bewiesen, daß wir im Recht waren. Wir hatten recht, als wir erklärten, daß die Augustkonferenz eine Fiktion ist, ein Betrug, der (bei kleinbürgerlichen Parteien und Gruppen) übliche Wahlschwindel. Die Liquidatoren wagten es nicht, unter ihrem Banner, mit einer ehrlichen Verfechtung ihrer Ansichten in den Wahlkampf zu gehen, sondern versteckten sich hinter dem Augustblock mit Schwüren und Beteuerungen, daß sie ja gar nichts liquidieren wollten.

Die Letten haben den Betrug entlarvt.

Und man beachte, daß diese lettischen Marxisten eine *neutrale* Stellung eingenommen haben und weiterhin einnehmen: sie sind so neutral, daß sie beschlossen haben, mit keinem Teil der organisierten Marxisten Rußlands organisatorische Beziehungen einzugehen! Die Entlarvung der Augustfiktion und der Wahlmaskerade der Liquidatoren wiegt um so schwerer, als sie von *neutralen* Organisationen ausgeht.

Wir werden noch mehr als einmal auf die Beschlüsse der lettischen Marxisten zurückkommen müssen, die immer und immer wieder bewiesen haben, wie sehr wir recht hatten, als wir erklärten, die Einheit der marxistischen Arbeiter Rußlands ist nur *gegen* die Liquidatoren möglich. Wir wollen hier zum Schluß nur einen besonders wichtigen Beschluß in der Frage des nationalen Prinzips innerhalb der marxistischen Organisation hervorheben.

Die lettischen Marxisten selbst sind Arbeiter einer nicht vollberechtigten und unterdrückten Nation, arbeiten selbst in Zentren mit sehr buntscheckiger nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung. In Riga z. B. haben sie es mit deutschem, russischem, lettischem, jüdischem und litauischem Proletariat zu tun. Und die Erfahrung langer Jahre hat die lettischen Marxisten durchaus in der Auffassung bestärkt, daß das Prinzip der *internationalen Einheit* der lokalen Organisationen der Arbeiterklasse richtig ist.

„In jeder Stadt“, heißt es im Beschluß der lettischen Marxisten, „soll eine vereinigte Organisation der marxistischen Proletarier bestehen, die auf den vom Stockholmer Parteitag festgeleg-

*ten Grundlagen und in Übereinstimmung mit den Kommentaren der gesamt-russischen Konferenz vom Jahre 1908 tätig ist."*

Es ist bekannt, daß dieser Kommentar das Föderationsprinzip *direkt* verurteilt. Nicht Föderation der nationalen Arbeiterorganisationen, sondern internationale Einheit, eine einheitliche Organisation, die ihre Arbeit in *allen* Sprachen des örtlichen Proletariats leistet.

Das ist das allein richtige Prinzip, das Prinzip des Marxismus. Das ist die allein dem Sozialismus entsprechende Gegenwehr gegen die nationalistischen Kleinbürger, die bestrebt sind, das Proletariat *national* zu *spalten*. Das ist die Forderung nach Ausführung des Beschlusses der gesamten Partei, den der „Bund“ in himmelschreiendster Weise verletzt hat und noch verletzt.

Es geht zu Ende mit dem Betrug, den die Liquidatoren und Bundisten, die die Spaltung selbst bewirkten und am lautesten über die „Einheit“ zu schreien bemüht waren, unter den Arbeitern verbreitet haben. Der Beschluß der in unserem, dem russischen, Kampf neutralen lettischen Marxisten zeigt allen Arbeitern endgültig, daß man die *Einheit* tatsächlich nur gegen jene Spalter herstellen kann und muß, die sich weigern, die alte und ständige Forderung der ganzen Partei zu erfüllen: sich vom Liquidorentum und von der Trennung der Arbeiterorganisationen nach Nationalitäten loszusagen.

„Put Prawdy“ Nr. 50,  
30. März 1914.

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

## NOCH EINE VERNICHTUNG DES SOZIALISMUS<sup>57</sup>

*Veröffentlicht im März 1914 in der  
Zeitschrift „Sowremenny Mir“ Nr. 3.  
Unterschrift: W. I l j i n.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*





---

Von der Sturmepoche 1905 trennen uns noch keine zehn Jahre, und doch erscheint der Wandel, der sich in dieser kurzen Zeit in Rußland vollzogen hat, ungeheuer. Rußland hat sich gleichsam mit einem Schlage aus einem patriarchalischen in ein modernes kapitalistisches Land verwandelt. Ein Ideologe des alten Rußlands, L. N. Tolstoi, hat das in einer charakteristischen und ergötzlich-betrübten Tirade ausgedrückt, in der er sich darüber beklagt, daß das russische Volk „erstaunlich schnell gelernt hat, Revolution und Parlamente zu machen“<sup>58</sup>.

Die „schlagartige“ Verwandlung Rußlands in ein bürgerliches Land im Laufe von fünf oder zehn Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts war selbstverständlich nur deshalb möglich, weil die ganze zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine der Etappen in der Ablösung der feudalen Ordnung durch die bürgerliche war.

Es ist nicht ohne Interesse zu beobachten, wie sich dieser Wandel in der Veränderung der Stellung unserer offiziellen, an der Universität gelehrtten Wissenschaft der politischen Ökonomie zum Marxismus widerspiegelt. In der guten alten Zeit befaßten sich bei uns nur die äußersten rechten, die Regierungsprofessoren, mit der „Vernichtung“ von Marx. Die ganze liberal-volkstümlerische professorale Wissenschaft verhielt sich zu Marx respektvoll, „anerkannte“ die Arbeitswerttheorie und rief damit bei den „linken Volkstümlern“ naive Illusionen hervor, als ob für eine Bourgeoisie in Rußland der Boden fehle.

Jetzt ist bei uns „plötzlich“ ein ganzer Haufen liberaler und progressiver „Marxfresser“ in der Art der Herren Tugan-Baranowski\* oder

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 137–140. *Die Red.*

Struve usw. aufgetaucht. Sie alle haben den wahren Inhalt und die Bedeutung des „Respekts“ der Liberalen und Volkstümpler vor Marx *enthüllt*: in Worten ist der Respekt geblieben, in der Tat hat das seit jeher fehlende Verständnis für die materialistische Dialektik und die Theorie des Klassenkampfes unvermeidlich zu einer Absage auch an die Arbeitswerttheorie geführt.

Bis zum Jahre 1905 sah die Bourgeoisie keinen anderen Feind als die Fronherren und die „Bürokraten“; deshalb suchte sie der Theorie des europäischen Proletariats gegenüber Sympathie zu zeigen, war sie bemüht, keine „Feinde von links“ zu sehen. Nach 1905 entsteht in Rußland eine konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie, und die professorale, liberale Wissenschaft macht sich allen Ernstes daran, Marx zu vernichten, *ohne* deshalb *im geringsten* in der „Gesellschaft“ an Prestige zu verlieren.

Mit der neuesten gelehrten Arbeit eines dieser „ersten“ Gelehrten wollen wir den Leser bekannt machen.

## I

Im vorigen Jahr erschien im Verlag von W. P. Rjabuschinski der erste Teil eines Werkes von Herrn Peter Struve „Wirtschaft und Preis“ (Moskau 1913). Das berüchtigte „Bündnis der Wissenschaft mit der Industrie“, das sich zuerst dadurch ankündigte, daß Herr Rjabuschinski die Betrachtungen des Herrn Struve über das „große Rußland“ herausgab, ist endgültig herangereift und erstarkt. Aus dem einfachen Bündnis zwischen Wissenschaft und Industrie ist inzwischen schon ein Bündnis von Wissenschaft, Industrie und Regierung geworden: das gelehrte Werk wurde von Herrn Struve zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht, dessen Herr Struve denn auch für würdig befunden wurde.

Herr Struve versichert im Vorwort, daß er den Plan zu dieser seiner Arbeit bereits vor etwa 15 Jahren gefaßt habe. Man hat also allen Grund, eine ernste und solide Arbeit zu erwarten.

Der Verfasser selbst hat eine sehr hohe Meinung von seinem Werk, er verspricht, darin eine „Überprüfung“ (und, versteht sich, eine „kritische“ Überprüfung) „einiger traditioneller Probleme und Grundsätze

der politischen Ökonomie“ zu geben. Die Überprüfung erstreckt sich auch auf die Bedeutung des Preises „als eines Grundbegriffs der politischen Ökonomie“.

„Diese Überprüfung wird zur Stellung neuer methodischer Aufgaben für unsere Wissenschaft im Geiste eines konsequenten Empirismus führen, der sich auf streng ausgearbeitete genaue Begriffe und klare Differenzierungen stützt.“

Die angeführten Sätze aus den Schlußzeilen des „Werkes“ des Herrn Struve enthalten sozusagen das Leitmotiv seiner Schrift. Das Programm des Verfassers ist ein „konsequenter Empirismus“ (so beginnt heutzutage unbedingt jeder Modephilosoph, ganz gleich, auf welches salbungsvolle Pfaffentum seine Theorie auch hinauslaufen mag) und die „strenge Ausarbeitung genauer Begriffe und klarer Differenzierungen“. Das ist das bekannte Motiv des berüchtigten „Kritizismus“, der so häufig auf eine Wortscholastik hinausläuft . . .

Einen „konsequenten Empirismus“ will Herr Struve insbesondere in jenem bedeutend umfangreicheren Teil seines Buches sehen, wo er „Studien und Materialien zur historischen Phänomenologie des Preises“ gibt (hierzu gehört fast die ganze zweite Abteilung des ersten Teils). Dagegen heißen „strenge Ausarbeitung genauer Begriffe und klarer Differenzierungen“ die Betrachtungen in der ersten Abteilung und in der Einführung „über einige grundlegende philosophische Motive in der Entwicklung des ökonomischen Denkens“, über „Wirtschaft und Gesellschaft“ usw.

Mit den grundlegenden theoretischen Betrachtungen des Herrn Struve wollen wir denn auch beginnen.

## II

„Von der normativen, ethischen Auffassung des Wertes“ (Herr Struve gebraucht hartnäckig eine unrichtige Terminologie, indem er „zennost“ statt „stoimost“ sagt, obgleich ihm diese Unrichtigkeit längst nachgewiesen worden ist), „die auch schon bei den Kanonisten herrscht, bis zur Auffassung des Wertes als der inneren ‚Grundlage‘ oder des ‚Gesetzes‘ des Preises ist es durchaus nicht so weit, wie es scheinen mag. Und in der Tat, wir sehen, daß sich die ‚bonitas intrinseca‘, ‚valor‘, ‚pretium natu-

rale\*\* der Kanonisten in die ‚intrinsic value‘ oder ‚natural value‘ oder ‚natural price‘\*\*\*, d. h. in den objektiven Wert (zennost)\*\*\* der späteren Ökonomen verwandelt“ (XXV).

Hier sehen wir den Hauptgedanken (oder richtiger, die Haupt-Gedankenscheu) des Herrn Struve und die typischen Methoden dieses Autors. Um das wissenschaftliche Wertgesetz zu diskreditieren, gibt sich Herr Struve die größte Mühe, in ihm eine Analogie zu dem „ethischen“ Gesetz der Kanonisten zu finden. Natürlich hat Herr Struve dafür nicht den Schatten eines Beweises. Wenn er schreibt „wir sehen“ und sich dabei in einer Anmerkung auf eine Stelle (die mit der Sache nichts zu tun hat) aus der Schrift eines russischen Kantianers von 1810 beruft, so kann man sich vorstellen, in welcher schwieriger Lage sich unser Gelehrter bei der Suche nach Beweisen befand!

Herrn Struve kann nicht unbekannt sein, daß jedes wissenschaftliche Gesetz, und durchaus nicht etwa nur das Wertgesetz, im Mittelalter im religiösen und ethischen Sinne aufgefaßt wurde. Auch die Gesetze der Naturwissenschaft wurden von den Kanonisten in ähnlicher Weise ausgelegt. Deshalb ist es ganz unmöglich, eine Analogie zwischen dem Preisgesetz der Kanonisten und dem der Vertreter der klassischen politischen Ökonomie ernst zu nehmen. Diesen „Gedanken“ des Herrn Struve kann man nicht Gedanken nennen; hier liegt einfach Gedankenscheu vor, die durch einen einfach kindischen Trick versteckt werden soll.

Herr Struve fährt fort:

„Das ‚Wertgesetz‘ wird zur ‚idée fixe‘† der politischen Ökonomie. Und das ‚universalistische‘ (‚realistische‘) Denkmotiv tritt auf diesem Gebiet am klarsten bei dem Schriftsteller hervor, bei dem es sich mit der größten

---

\* „innerer Nutzen, innewohnende Güte“; „Preis, Wert“; „natürlicher Preis“. *Die Red.*

\*\* „innerer, wahrer Wert“; „natürlicher, objektiver Wert“; „natürlicher Preis“. *Die Red.*

\*\*\* Übrigens, indem Herr Struve anerkennt, daß die „späteren“ (im Vergleich zu den mittelalterlichen Kanonisten) Ökonomen eben gerade den objektiven „Wert“ („zennost“) im Auge haben, verrät er mit einem Mal die Unrichtigkeit seines subjektivistischen Beharrens auf dem Worte „zennost“ im Gegensatz zum „objektiven“ „stoimost“.

† fixen Idee. *Die Red.*

Weite der allgemeinen philosophischen Konzeption der ökonomischen Wissenschaft paart – bei *Marx*. Dieses Motiv verbindet sich bei ihm mit einer in den Einzelheiten nicht ausgearbeiteten, aber um so geschlosseneren materialistischen Weltanschauung. Der Arbeitswert verwandelt sich nicht nur in ein Gesetz, sondern auch in die ‚Substanz‘ des Preises. Wie diese mechanisch-naturalistische und gleichzeitig ‚realistische‘ Wertkonzeption sich vergeblich abmüht, die Welt der empirischen Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu umfassen, und mit einem grandiosen und ausweglosen Widerspruch abschließt, das haben wir schon mehr als einmal in unseren Arbeiten dargelegt.“

Da hat man die „gelehrte“ Manier des Herrn Struve! Das ist seine Methode, Marx zu vernichten! Ein paar quasigelehrte Termini, irgendein Hindeuten auf Denk„motive“ und ein Hinweis auf einen kleinen Artikel in der Zeitschrift „Shisn“<sup>59</sup> von 1900 – das ist das ganze Rüstzeug. Ein bißchen wenig, Herr Professor . . .

Nicht nur keinen „grandiosen“, sondern überhaupt keinerlei Widerspruch hat Herr Struve bei Marx zwischen dem I. und dem III. Band des „Kapitals“, zwischen der Arbeitswerttheorie und der Bildung der Durchschnittspreise auf Grund des Wertgesetzes, mit seinen Zeitschriftenartikelchen nachzuweisen vermocht.

Die mittelalterliche „Differenzierung“ zwischen Nominalismus und Realismus, ferner die Gegenüberstellung von Universalismus und Singularismus, mit denen Herr Struve spielt, sind sowohl für das Verständnis der Marxschen Theorie als auch für ihre Kritik oder für die Aufhellung der eigenen Theorie (oder des Anspruchs auf eine eigene Theorie) des Herrn Struve absolut unnützlich. Das ist eben eine Spielerei, gelehrter Mist, aber keine Wissenschaft. Es gibt natürlich im Kampf zwischen den mittelalterlichen Nominalisten und Realisten Analogien zu dem Kampf zwischen Materialisten und Idealisten, aber sowohl Analogien als auch historische Kontinuität lassen sich noch mit vielen, vielen anderen Theorien herstellen, nicht nur bis ins Mittelalter, sondern sogar bis ins Altertum. Um den Zusammenhang auch nur der mittelalterlichen Streitigkeiten mit der Geschichte des Materialismus ernsthaft zu erforschen, wäre eine besondere Untersuchung notwendig. Bei unserem Verfasser aber ist gar keine Rede von etwas, was einem ernsthaften Studium auch nur ähnlich sieht. Er springt von Thema zu Thema, deutet flüchtig auf tausend Fragen

hin; ohne auf eine einzige einzugehen, und oktroyiert mit ergötzlicher Dreistigkeit die entschiedensten Schlußfolgerungen.

Er selbst ist in dem angeführten Zitat genötigt zuzugeben, daß bei Marx die Philosophie und die politische Ökonomie zu einer *in sich geschlossenen* materialistischen Weltanschauung verbunden sind. Bei Marx ist die allgemeine philosophische Konzeption *am weitesten!*

Solche Eingeständnisse macht man nicht zum Spaß. Jemand, der sie zu machen genötigt ist, und der von einer kritischen Überprüfung der politischen Ökonomie und von ihren neuen methodischen Aufgaben redet, wäre verpflichtet, *alle* einzelnen Bestandteile dieser „in sich geschlossenen“ Marxschen materialistischen Weltanschauung ernsthaft zu untersuchen. Nicht den kleinsten Schritt macht Herr Struve zu einer solchen Untersuchung! Er beschränkt sich auf geringschätzigte Bemerkungen gegen den „metaphysischen Materialismus“. Wer wüßte denn nicht, daß vom Standpunkt der in Mode gekommenen Theorien des Agnostizismus (Kantianertum, Positivismus, Machismus u. dgl. m.) sowohl der konsequente Materialismus als auch der konsequente philosophische Idealismus für „Metaphysik“ erklärt werden. Wenn Herr Struve solche Bemerkungen fallen läßt, *deutet* er seine philosophische Weltanschauung *nur an*, die jeder Geschlossenheit entbehrt. Aber solche Bemerkungen können die Untersuchung und das Studium der *in sich geschlossenen* materialistischen Weltanschauung von Marx nicht ersetzen. Damit stellt man sich nur ein Armutszeugnis aus.

### III

Dafür stellt der Versuch einer Analogie zwischen dem Marxismus und der scholastischen Lehre von der Erbsünde eine solche Perle in dem gelehrten Werk des Herrn Struve dar, daß man nicht umhinkann, das ausführlicher zu behandeln. Wir entschuldigen uns beim Leser im voraus wegen der langen Auszüge, aber hier gilt es, genau zu sein, um die Methoden der modernen liberal-professoralen Wissenschaft gründlich festzunageln.

„Für mich ist es ganz klar“, schreibt Herr Struve, „daß die Marxsche Arbeitswerttheorie in ihrer logischen Struktur vor vielen Jahrhunderten ihre grandiose Analogie und ihr Urbild in der ‚realistisch‘ begründeten

scholastischen Lehre von der Erbsünde hatte . . . Genauso wie bei Marx die empirischen ‚Preise‘ durch das Wertgesetz bestimmt werden, sozusagen ihr Dasein der Werts substanz entleihen, so sind für die Scholastik die empirischen Handlungen der Menschen vorbestimmt durch die Erbsünde.

Hier einige Gegenüberstellungen.

*Marx*: „Die Sache wird am leichtesten dargestellt, wenn wir die ganze Warenmasse, zunächst also eines Produktionszweigs, als eine Ware, und die Summe der Preise der vielen identischen Waren als in einen Preis zusammenaddiert auffassen. Was dann für die einzelne Ware gesagt worden, gilt nun wörtlich für die auf dem Markt befindliche Warenmasse eines bestimmten Produktionszweigs. Daß der individuelle Wert der Ware ihrem gesellschaftlichen Wert entspreche, ist jetzt dahin verwirklicht, oder weiter bestimmt, daß das Gesamtquantum die zu seiner Produktion notwendige gesellschaftliche Arbeit enthält, und daß der Wert dieser Masse = ihrem Marktwert.“<sup>60</sup>

*Thomas von Aquino*: „Wir müssen sagen, daß alle Menschen, die von Adam abstammen, als ein Mensch betrachtet werden können, insofern sie in ihrer Natur, die sie von ihrem Urvater geerbt haben, übereinstimmen, ähnlich wie zum Beispiel alle Leute, die in einer Grafschaft leben, als ein Körper gelten und die ganze Grafschaft als ein Mensch . . .“

Ich glaube, das genügt wohl? Herr Struve versichert, das sei „kein Spiel mit effektvollen (!??) Analogien und keine Geistreichelei“. Mag sein. Aber bestimmt ist es ein Spiel mit banalen Analogien, richtiger: einfach Narrenposen. Wenn Gelehrte, die sich für liberal und fortschrittlich halten, imstande sind, die Helden solcher Narrenposen in ihrer Mitte zu dulden, wenn man diesen Helden akademische Grade verleiht und die Ausbildung der Jugend überträgt, so zeigt das nur zum hundertsten und tausendsten Male das „Gesetz“ der bürgerlichen Epoche: je frecher und schamloser jemand die Wissenschaft verhöhnt, um Marx zu vernichten, desto mehr Ehre wird ihm erwiesen.

Die Narrenposen brauchte Herr Struve, um zu verschleiern, daß er völlig außerstande ist, Marx zu widerlegen. Daß alle Waren eines gegebenen Produktionszweigs gegen die Summe der Waren anderer Zweige ausgetauscht werden, ist eine unbestrittene Tatsache. Daß beliebige „Empiriker“ den Durchschnittspreis in der Weise bestimmen, daß sie die

Warenmasse nehmen und ihren Gesamtpreis durch die Zahl der Wareneinheiten dividieren – das ist ebenfalls eine Tatsache. Die Statistik, die Herrn Struve so lieb und wert ist (auf die er, wie wir weiter unten sehen werden, auch wieder nur „hindeutet“, anstatt sie wenigstens ein bißchen zu studieren), zeigt uns auf Schritt und Tritt die Anwendung der von Marx benutzten Methode. Aber was geht das alles die berufsmäßigen „Sozialistenfresser“ an? Wenn sie nur Marx einen Tritt versetzen können – das übrige findet sich schon.

Welcherart die philosophischen Autoritäten sind, die Herrn Struve zu solch edlem Werk ihren Segen geben, ersieht man unter anderem aus den folgenden Worten unseres Professors:

„Auf diesem Arbeitsgebiet“ (der Feststellung der Ergebnisse der gesamten Denkarbeit des 19. Jahrhunderts) „muß die vorurteilslose Nachwelt einen hervorragenden Platz dem großen französischen Metaphysiker Renouvier einräumen, auf den viele kritische und positive Ideen unserer Zeit zurückgehen“ (43).

Renouvier ist das Haupt der französischen Schule des „neokritischen Idealismus“, ein „höherer Obskurant“, wie ihn der Empiriokritiker (d. h. ein dem Materialismus feindlicher Philosoph) Willy genannt hat (siehe meine Bemerkungen über Renouvier in dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie“, Moskau 1909, S. 247\*). Renouvier schreibt das Wort „Gesetz“ mit großem Buchstaben und verwandelt es geradezu in die Grundlage der Religion.

Man sehe also, mit welchen Methoden Herr Struve die – nach seinem eigenen Geständnis – „in sich geschlossene materialistische Weltanschauung“ von Marx vernichtet: Marx wird einem mittelalterlichen Theologen gleichgesetzt, einfach auf der Grundlage, daß Marx die Warenpreise eines Produktionszweigs addiert, der mittelalterliche Theologe Thomas von Aquino aber die vom Urvater Adam abstammenden Menschen addiert, um die Lehre von der Erbsünde zu begründen. Und gleichzeitig wird Marx im Namen des „großen“ Renouvier vernichtet, der im 19. Jahrhundert einen philosophischen Idealismus predigte, der aus dem Begriff des „Gesetzes“ die Grundlage der Religion macht!!

\* Siehe W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus“, Berlin 1961, S. 201. *Der Übers.*



Oh, Herr Struve! Oh, Schüler des „großen“ Renouvier! Oh, berufener Lehrer der russischen Jugend!

## IV

„Bei jener gewaltigen Umgestaltung“, schreibt Herr Struve, „der nach dem Ansturm des Historismus – sowohl des mystischen als auch des materialistischen – das Gebäude der auf der Idee des natürlichen Gesetzes begründeten politischen Ökonomie unterworfen wurde, hat diese Idee einen völligen Zusammenbruch erlitten. Gezeigt hat sich ihr innerer Grundwiderspruch. Am klarsten ist er vielleicht in jener Form der ‚natürlichen‘ politischen Ökonomie aufgetreten, die zur theoretischen Grundlage des bürgerlichen ökonomischen Liberalismus geworden ist . . . In der Tat, wenn im Wirtschaftsleben ein natürliches Gesetz herrscht, dann kann es keine Tatsachen dieses Lebens geben, die mit dem natürlichen Gesetz nicht übereinstimmen, die dagegen verstoßen. In- dessen hat die liberale ‚natürliche‘ politische Ökonomie in der Literatur und im Leben ständig den Kampf gegen solche Tatsachen geführt . . . Nach dem Zusammenbruch der bürgerlich-liberalen politischen Ökonomie wurde es sogar irgendwie anstößig, von einem ‚natürlichen Gesetz‘ zu sprechen. Einerseits ist es offensichtlich unwissenschaftlich, aus dem ganzen, prinzipiell einheitlichen gesellschaftlich-ökonomischen Prozeß irgendwelche einzelnen Seiten, Beziehungen, Erscheinungen als ‚natürliche‘ auszusondern und sie als eine besondere Kategorie von Erscheinungen zu behandeln. Andererseits war die Proklamierung eines ‚natürlichen Gesetzes‘, obgleich sie auch im ökonomischen Liberalismus selbst auf einem nicht bewußt gewordenen ethischen Motiv beruhte, ethisch diskreditiert als Methode zur Rechtfertigung oder Verewigung gewisser sozialer Verhältnisse und Formen von nur zeitweiliger Bedeutung, als ‚bürgerliche‘ Apologetik“ (56/57).

So erledigt der Autor die Idee des natürlichen Gesetzes. Und das schreibt ein Mensch, der gezwungen ist zuzugeben, daß „der Materialist Marx über das ganze 18. Jahrhundert hinweg dem Materialisten Petty die Hand reicht“ (56) und daß „Petty der klarste und markanteste Vertreter jenes mächtigen Stromes ist, der sich in jener Epoche von der Naturwissenschaft zur Gesellschaftswissenschaft hin bewegte“ (50).

Der mächtige Strom von der Naturwissenschaft zur Gesellschaftswissenschaft floß bekanntlich nicht nur zu Pettys, sondern auch zu Marx' Zeiten. Und dieser Strom ist auch im 20. Jahrhundert nicht weniger .  
machtvoll, wenn nicht noch machtvoller. Wie kann man dann in einem

Werk, das Anspruch erhebt, wissenschaftlich zu sein, und sich die Aufgabe stellt, die „philosophischen Motive des ökonomischen Denkens“ zu erforschen, die Frage dieses „Stromes“ und des Materialismus von Petty und Marx aufwerfen, ohne auch nur das geringste über die philosophischen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen der Naturwissenschaft aufzuhellen??

Aber das ist ja eben die ganze Art Struves: tausendundeine Frage aufzuwerfen oder, besser gesagt, zu streifen, über alles zu „schwätzen“, alles als wohl abgewogen und berücksichtigt hinzustellen und in Wirklichkeit nichts zu geben als einen Mischmasch von Zitaten und flüchtigen Bemerkungen.

Es ist eine schreiende Unwahrheit, daß die Idee des natürlichen Gesetzes in der politischen Ökonomie Schiffbruch erlitten habe, daß es „anstößig“ sei, davon zu „sprechen“. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade der „Strom von der Naturwissenschaft zur Gesellschaftswissenschaft“ verstärkte und verstärkt diese Idee und macht sie unvermeidlich. Gerade der „materialistische Historismus“ hat diese Idee endgültig begründet und sie von den metaphysischen (in der marxistischen Bedeutung dieses Terminus, d. h. von den antidialektischen) Unsinnigkeiten und Mängeln gereinigt. Zu sagen, das „natürliche Gesetz“ der Klassiker sei als bürgerliche Apologetik „ethisch diskreditiert“, heißt unerträglichen Unsinn zusammenreden, heißt sowohl die Klassiker als auch den „materialistischen Historismus“ in der unverantwortlichsten Weise entstellen. Denn die Klassiker haben stets eine ganze Reihe „natürlicher Gesetze“ des Kapitalismus gesucht und gefunden, ohne seinen vergänglichen Charakter zu verstehen, ohne den ihm immanenten Klassenkampf zu sehen. Diese beiden Mängel wurden durch den materialistischen Historismus behoben, und das Gerede von einer „ethischen Diskreditierung“ hat hier gar nichts zu schaffen.

Hinter dem Gebrauch übertrieben „kräftiger“ Wörtchen (es sei „anstößig“, vom „natürlichen Gesetz“ zu sprechen) versucht Herr Struve vergeblich, die der Bourgeoisie eigene *Furcht* vor der Wissenschaft, die *Furcht* vor einer wissenschaftlichen Analyse der modernen Wirtschaft zu verbergen. Diese Bourgeoisie wird gleich allen in Verfall geratenden Klassen durch einen dünkelfaften Skeptizismus charakterisiert, aber die Idee des natürlichen Gesetzes im Funktionieren und in der Entwicklung

der Gesellschaft gerät nicht in Verfall, sondern erstarkt immer mehr und mehr.

## V

Sehen wir nun, welcherart die „streng ausgearbeiteten genauen Begriffe und klaren Differenzierungen“ sind, die uns Herr Struve zur „Stellung neuer methodischer Aufgaben“ für die politische Ökonomie zu geben verspricht.

„Wir definieren die Wirtschaft“, lesen wir auf S. 5, „als subjektive teleologische Einheit der rationalen wirtschaftlichen Betätigung oder des Wirtschaftens.“

Das klingt „schrecklich gelehrt“, ist aber in Wirklichkeit ein ganz leeres Spiel mit Worten. Die Wirtschaft wird als Wirtschaften definiert! Gebutterte Butter . . . „Subjektive Einheit des Wirtschaftens“ kann es sowohl im Traum als auch in einem phantastischen Roman geben.

Da er sich fürchtet, von der Erzeugung *materieller* Produkte („metaphysischer Materialismus“!) zu sprechen, hat Herr Struve eine Spielerei vollführt, aber keine Begriffsbestimmung gegeben. Nachdem Herr Struve jedwedes Element und Kennzeichen sozialer Beziehungen ausgemerzt hatte, „erdachte“ er, wie absichtlich, gerade eine solche „Wirtschaft“, die niemals Gegenstand der *politischen Ökonomie* gewesen ist und es auch nicht sein kann.

Weiter haben wir da die Festsetzung von „drei Haupttypen der Wirtschaftsordnung“: 1. die Gesamtheit nebeneinander bestehender Wirtschaften; 2. das System der aufeinander einwirkenden Wirtschaften und 3. die „Gesellschaft-Wirtschaft“, als „subjektive teleologische Einheit“. Zum ersten Typ gehören, man höre und staune, Wirtschaften, zwischen denen es weder Verkehr noch Wechselwirkung gibt (ein Versuch, den berühmten Robinson wieder auferstehen zu lassen!); zum zweiten Typ gehören sowohl die Sklaverei und die Leibeigenschaft als auch der Kapitalismus und die einfache Warenproduktion; zum dritten Typ gehöre der Kommunismus, der, „soweit er überhaupt verwirklicht werden kann, im Jesuitenstaat in Paraguay verwirklicht wurde“. Diese großartige Klassifizierung, die nicht eine Spur geschichtlicher Realität aufweist, wird durch die Festlegung eines Unterschieds zwischen der Wirtschafts- und der Gesellschaftsordnung ergänzt.

Die *wirtschaftlichen* Kategorien, so belehrt uns Herr Struve, „sind der Ausdruck der ökonomischen Beziehungen jedes beliebigen wirtschaftlich tätigen Subjekts zur Außenwelt“; die *zwischenwirtschaftlichen* Kategorien „sind der Ausdruck der Erscheinungen, die aus dem Aufeinanderwirken autonomer Wirtschaften hervorgehen“; die *sozialen* Kategorien „gehen aus der sozialen Ungleichheit der aufeinander einwirkenden wirtschaftlich tätigen Menschen hervor“.

So kann also die Wirtschaftsordnung der Sklaverei, der Leibeigenschaft, des Kapitalismus logisch, ökonomisch, historisch von der sozialen Ungleichheit getrennt werden!! Gerade das ergibt sich aus dem plumpen Bemühen des Herrn Struve, neue Definitionen und Differenzierungen einzuführen. „Die Gesamtheit nebeneinander bestehender Wirtschaften kann – abstrakt betrachtet – mit Beziehungen der Gleichheit und der Ungleichheit verbunden sein. Sie kann eine bäuerliche Demokratie oder eine feudale Gesellschaft sein.“

So urteilt unser Autor. Vom Standpunkt der Theorie, sowohl der logischen als auch der ökonomischen und historischen, ist seine Betrachtung himmelschreiender Unsinn. Dadurch, daß er alles mögliche unter den Begriff „Gesamtheit nebeneinander bestehender Wirtschaften“ einreihet, zeigt er die Inhaltslosigkeit dieses Begriffs in anschaulicher Weise auf. Sowohl die bäuerliche Demokratie als auch der Feudalismus und die nebeneinander (in demselben Treppenhaus, auf demselben Treppenabsatz eines Petersburger Hauses) bestehenden Haushalte – alles das ist eine „Gesamtheit nebeneinander bestehender Wirtschaften“! Der Autor hat schon vergessen, daß diese Gesamtheit in seinem System *eine der drei* Grundtypen der Wirtschaftsordnung charakterisieren soll. Die „gelehrten“ Definitionen und Differenzierungen des Herrn Struve sind einfach leeres Stroh.

Doch einen „Sinn“ eigner Art hat dieses plumpe und abgeschmackte Spiel, dieser Hohn auf die Logik und die Geschichte. Es ist dies der „Sinn“ der bürgerlichen Verzweiflung und des „Pfeif drauf“ (wenn man das französische „je m'en fiche“ so wiedergeben kann). Das Verzweifeln an der Möglichkeit, die Gegenwart wissenschaftlich zu analysieren, der Verzicht auf die Wissenschaft, das Bestreben, auf alle Verallgemeinerungen zu pfeifen, sich vor allen „Gesetzen“ der geschichtlichen Entwicklung zu verstecken, den *Wald* vor lauter Bäumen nicht sehen zu wollen – das

ist der klassenmäßige Sinn dieses in Mode gekommenen bürgerlichen Skeptizismus, dieser toten und tötenden Scholastik, die wir bei Herrn Struve finden. Die „sozialen Ungleichheiten“ dürfe man nicht aus der Wirtschaftsordnung erklären, das sei *unmöglich* (denn das ist der Bourgeoisie unerwünscht) – das ist die Theorie des Herrn Struve. Möge sich die politische Ökonomie mit Gemeinplätzen und Scholastik und mit unsinniger Jagd nach nichtigen Fakten (Beispiele folgen noch) befassen, die Frage der „sozialen Ungleichheiten“ aber schiebe man auf das weniger gefährliche Gebiet der soziologisch-juristischen Betrachtungen ab: dort, auf diesem Gebiet, kann man diese unangenehmen Fragen leichter „loswerden“.

Die ökonomische Wirklichkeit zeigt uns mit in die Augen springender Deutlichkeit die Klassenteilung der Gesellschaft als Grundlage der Wirtschaftsordnung sowohl des Kapitalismus als auch des Feudalismus. Die Aufmerksamkeit der Wissenschaft ist schon seit dem Aufkommen der politischen Ökonomie auf die *Erklärung* dieser Klassenteilung gerichtet. Die gesamte klassische politische Ökonomie machte eine Reihe von Schritten auf diesem Wege, Marx ging noch einen Schritt weiter. Und die moderne Bourgeoisie ist über diesen Schritt derart erschrocken, sie ist durch die allzu augenfälligen, allzu eindringlichen „Gesetze“ der modernen Wirtschaftsentwicklung derart beunruhigt, daß die Bourgeois und ihre Ideologen bereit sind, alle Klassiker und alle Gesetze beiseite zu werfen, nur um alle diese . . . diese . . . wie heißen sie nur? . . . sozialen Ungleichheiten ins Archiv der Jurisprudenz abzuschieben.

## VI

Besonders den Wertbegriff möchte Herr Struve gern dem Archiv einverleiben. „Der Wert“, schreibt er, „als etwas vom Preise Verschiedenes, von ihm Unabhängiges, ihn Bestimmendes ist ein Phantom“ (96). „Die Kategorie des objektiven Wertes ist sozusagen nur eine metaphysische Verdoppelung der Kategorie des Preises“ (97).

Herr Struve hat sich zur Vernichtung des Sozialismus die . . . radikalste und leichteste, dafür aber auch oberflächlichste Methode ausgesucht: die Wissenschaft überhaupt abzulehnen. Der dunkelhafte Skeptizismus des übersättigten und erschreckten Bourgeois geht hier bis zum *nec plus ultra*\*.

\* zur äußersten Grenze. *Die Red.*

So wie bei Dostojewski ein Advokat, der einen wegen Raubmordes Angeklagten verteidigt, sich so weit versteigt, zu behaupten, es habe weder einen Raub noch einen Mord gegeben, so „widerlegt“ Herr Struve die Werttheorie von Marx mit der einfachen *Versicherung*, daß der Wert ein Phantom sei.

„Heutzutage braucht sie“ (die Theorie des objektiven Wertes) „nicht einmal mehr widerlegt zu werden; es genügt, sie so zu schildern, wie wir es hier und in unserer ‚Einführung‘ getan haben, um zu zeigen, daß für sie in wissenschaftlichen Konstruktionen kein Platz ist und auch keiner sein kann“ (97).

Nun, kann man diese äußerst „radikale“ Methode anders denn als äußerst oberflächlich bezeichnen? Tausende Jahre hindurch beobachtet die Menschheit eine Gesetzmäßigkeit in der Erscheinung des Austauschs, strengt sie sich an, sie zu verstehen und genauer zu formulieren, überprüft sie ihre Erklärungen an Hand von Millionen und Milliarden tagtäglicher Beobachtungen des Wirtschaftslebens – und plötzlich will so ein in Mode gekommener Vertreter einer in Mode gekommenen Beschäftigung – des Sammeln von Zitaten (fast hätte ich gesagt: des Briefmarken-Sammelns) – „das alles annullieren“: „Der Wert ist ein Phantom“.

Nicht umsonst wird schon seit langem gesagt, daß auch die Wahrheiten der Mathematik heiß umstritten würden, wenn sie die Interessen der Menschen (richtiger: die Interessen der Klassen in ihrem Kampf) berührten. Um die unbezwingbaren Wahrheiten der ökonomischen Wissenschaft zu bestreiten, braucht man nur sehr geringes Rüstzeug. Da genügt es zum Beispiel, den Satz einzuflechten, daß der Wert *als etwas vom Preis Unabhängiges* ein Phantom sei, und alles ist in bester Ordnung!

Was macht es, daß diese Einflechtung absurd ist. Der Preis ist die Form, in der das Wertgesetz in Erscheinung tritt. Der Wert ist das Gesetz der Preise, d. h. die verallgemeinerte Ausdrucksform der Erscheinung des Preises. Hier von „Unabhängigkeit“ sprechen kann nur ein Hohn auf die Wissenschaft sein, die uns auf allen Wissensgebieten die Äußerung der Grundgesetze im scheinbaren Chaos der Erscheinungen zeigt.

Nehmen wir zum Beispiel das Gesetz der Veränderung der Arten und der Bildung höherer Arten aus niederen. Es wäre sehr billig, die Verallgemeinerungen der Naturwissenschaft, die bereits ermittelten Gesetze

(die von allen anerkannt werden, ungeachtet der Unmenge scheinbarer Widersprüche und Abweichungen in der Buntheit der einzelnen Fälle), die Forschungen zu ihrer Verbesserung und Ergänzung zum Phantom zu erklären. Einen Menschen, der auf dem Gebiet der Naturwissenschaften sagen würde, die Gesetze von den Naturerscheinungen seien ein Phantom, würde man ins Irrenhaus stecken oder einfach auslachen. Wenn aber ein Mensch auf dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaften so kühn einherstolztiert . . . splitternackt . . ., so wird er bereitwillig zum Professor ernannt, denn er ist dann in der Tat vollständig geeignet, die Bourgeoisöhnchen zu verdummen.

„Der Preis ist eine Tatsache. Sagen wir so: Der Preis ist der Begriff des realen Tauschverhältnisses zwischen den auszutauschenden Gütern, er ist das realisierte Tauschverhältnis.

Der Wert ist eine Norm. Sagen wir so: Der Wert ist der Begriff der idealen oder der sein sollenden Wechselbeziehung zwischen den Gütern im Prozeß des Austauschs“ (88).

Ist dieses nachlässig, betont unernst hingeworfene „sagen wir so“ für Herrn Struve nicht charakteristisch? Der absichtlich schwerfällige, mit komplizierten Termini und Neubildungen kokettierende Herr Struve geht plötzlich in den Feuilletonstil über . . . Es wäre ja auch ein bißchen schwierig, den Wert als Phantom hinzustellen, ohne in den Feuilletonstil überzugehen.

Wenn der Preis das „realisierte Tauschverhältnis“ ist, dann ist wohl die Frage erlaubt: Zwischen wem besteht dieses Verhältnis? Doch wohl zwischen den den Austausch vollziehenden Wirtschaften. Wenn dieses „Tauschverhältnis“ nicht zufällig als Ausnahme auf eine kurze Frist entsteht, sondern sich mit steter Regelmäßigkeit, allenthalben und tagtäglich wiederholt, dann ist offenbar, daß das „Tauschverhältnis“ die Gesamtheit der Wirtschaften zu einem *einheitlichen Wirtschaftssystem* verbindet; dann ist offenbar, daß zwischen diesen Wirtschaften eine feste Arbeitsteilung besteht.

Da stürzen *schon* alle Spitzfindigkeiten des Herrn Struve über die von den sozialen Beziehungen angeblich *trennbaren* „zwischenwirtschaftlichen“ Beziehungen wie ein Kartenhaus zusammen. Herr Struve hat den Begriff der Warenwirtschaft zur Tür hinausgeworfen, um ihn insgeheim durchs Fenster wieder hereinzulassen. Der sattsam bekannte „Empirismus“

des Herrn Struve besteht darin, daß er aus der Wissenschaft alle den Bourgeois unangenehmen Verallgemeinerungen hinausjagt, die man aber doch, sozusagen inoffiziell, wieder anerkennen muß.

Wenn der Preis ein Tauschverhältnis ist, dann muß man unvermeidbar den Unterschied verstehen zwischen einem einmaligen und einem ständigen Tauschverhältnis, zwischen einem zufälligen und einem massenweisen, zwischen einem Tauschverhältnis, das nur einen Augenblick währt, und einem solchen, das längere Zeiträume umfaßt. Wenn dem so ist – und es ist zweifellos so –, dann steigen wir ebenso unvermeidbar vom zufälligen und einmaligen Tauschverhältnis zum ständigen, massenweisen, vom Preis zum Wert empor. Der Versuch des Herrn Struve, den Wert als „sein sollend“ zu erklären, ihn zur Ethik oder der Lehre der Kanonisten in Analogie zu setzen usw., stürzt wie ein Kartenhaus zusammen.

Wenn Herr Struve die Einschätzung des Wertes als Phantom „Empirismus“ nennt und das Bestreben (das „von Aristoteles“ bis Marx geht – S. 91 –, wozu ergänzend bemerkt werden muß: das durch die ganze klassische politische Ökonomie hindurchgeht!) – das Bestreben, das Gesetz der Bildung und der Veränderung der Preise zu finden, als „Metaphysik“ bezeichnet, so ahmt er die Methode der neuesten philosophischen Reaktionen nach, die den naturwissenschaftlichen Materialismus überhaupt als „Metaphysik“, dagegen als „Empirismus“ eine Vorstufe zur Religion bezeichnen. Die Gesetze aus der Wissenschaft hinauszujagen, bedeutet in Wirklichkeit nur, die Gesetze der Religion durchschmuggeln zu wollen. Vergebens bildet sich Herr Struve ein, daß seine „kleinen Tricks“ irgend jemanden über diese einfache und unbestreitbare Tatsache hinwegtäuschen können.

## VII

Einem offenen Kampf mit den Marxisten ist Herr Struve, wie wir gesehen haben, dadurch ausgewichen, daß er sich hinter den Skeptizismus schlechthin versteckt hat. Mit um so größerem Eifer verstreut er in seinem Buche Bemerkungen gegen den Marxismus, die darauf berechnet sind, den durch eine Menge zusammengeklaubter, zusammenhangloser Zitate erdrückten Leser einzufangen.

Da wird z. B. ein kleines Zitat aus Saint-Simon angeführt, es wird



eine Reihe von Büchern über Saint-Simon genannt (dieses Abschreiben aus deutschen Bibliographien wird von unserem „Gelehrten“ systematisch praktiziert – augenscheinlich als der sicherste Weg . . . zu einem akademischen Grad), es werden die ausführlichsten Auszüge aus Renouvier über Saint-Simon gegeben.

Und die Schlußfolgerung?

Die Schlußfolgerung sieht so aus: „So paradox es klingen mag, es ist doch einfach eine unbestreitbare geschichtliche Tatsache, daß die höchste Form des Sozialismus, der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus, das Kind einer Verbindung der revolutionären mit der reaktionären Idee ist“ (51/52). Denn der Weg zum wissenschaftlichen Sozialismus führt über Saint-Simon, und „Saint-Simon ist ein Schüler zugleich der Aufklärer des 18. Jahrhunderts und der Reaktionäre vom Ausgang des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts“ (53). „Man muß stets dessen eingedenk sein: der historische Materialismus ist seinem Wesen nach eine Ausgeburt der Reaktion gegen den Geist des 18. Jahrhunderts. Er ist erstens einê Reaktion der organischen Anschauung gegen den Rationalismus, zweitens eine Reaktion des Ökonomismus gegen den Politizismus. Saint-Simon vertritt außerdem in seiner religiösen Periode die Reaktion des Gefühls und der Religion gegen die Ideen des Rechts und der menschlichen Gerechtigkeit“ (54/55). Und zur Bekräftigung wiederholt Herr Struve noch einmal: „Der Marxismus, das sind die Formeln der französischen theokratischen Schule und überhaupt der historischen konterrevolutionären Reaktion, übersetzt in die Sprache des Positivismus, Atheismus und Radikalismus. Weil er die Vernunft über Bord warf, blieb Marx Revolutionär und Sozialist“ (55) . . .

Wenn Marx es verstanden hat, einerseits den „Geist des 18. Jahrhunderts“ in seinem Kampf gegen die Macht der Feudalen und Pfaffen des Mittelalters und andererseits den Ökonomismus und Historismus (und auch die Dialektik) der Philosophen und Historiker vom Anfang des 19. Jahrhunderts in sich aufzunehmen und weiterzuentwickeln, so beweist das nur die Tiefe und die Kraft des Marxismus und bestätigt nur die Meinung derer, die im Marxismus das *letzte Wort* der Wissenschaft erblicken. Daß in den Lehren der Reaktionäre – der Historiker und der Philosophen – tiefe Gedanken über die Gesetzmäßigkeit und den Klassenkampf im Wechsel der politischen Ereignisse enthalten waren, darauf

hat Marx stets mit einer jedes Mißverständnis ausschließenden Klarheit hingewiesen.

Herr Struve aber schlägt Purzelbäume und erklärt, der Marxismus sei eine Ausgeburt der Reaktion, obwohl er an derselben Stelle hinzufügt, daß *nicht* der *pfäffische* Saint-Simon, sondern der Historiker und Ökonom Saint-Simon zum Marxismus führt!!

Es ergibt sich also, daß unser Autor mit Hilfe einer forschen Phrase, *ohne ein einziges ernstes Wort* darüber zu sagen, welche Errungenschaften Saint-Simon für die Gesellschaftswissenschaft *nach* den Aufklärern des 18. Jahrhunderts und *vor Marx* gebracht hat, sich mit einem *Sprung* über die ganze Gesellschaftswissenschaft schlechthin *hinwegsetzt*.

Da diese Wissenschaft in erster Linie von den klassischen Ökonomen aufgebaut wurde, die das Wertgesetz und die grundlegende Teilung der Gesellschaft in Klassen entdeckten; *da* diese Wissenschaft, anknüpfend an die klassischen Ökonomen, von den Aufklärern des 18. Jahrhunderts im Kampf gegen den Feudalismus und das Pfaffentum weiter bereichert wurde; *da* die Historiker und Philosophen vom Anfang des 19. Jahrhunderts, trotz ihrer reaktionären Ansichten, diese Wissenschaft vorwärtsgebracht haben, indem sie die Frage des Klassenkampfes noch weiter aufhellten, die dialektische Methode entwickelten und sie auf das gesellschaftliche Leben anwandten oder anzuwenden begannen: deshalb ist der Marxismus, der gerade auf diesem Wege eine Reihe gewaltiger Schritte vorwärts getan hat, *die höchste Entfaltung* der gesamten historischen, ökonomischen und philosophischen Wissenschaft Europas. Das ist die logische Schlußfolgerung. Bei Herrn Struve aber lautet die Schlußfolgerung: *Deshalb* lohnt es nicht, den Marxismus auch nur zu widerlegen, lohnt es nicht, von den Gesetzen des Wertes u. ä. auch nur zu sprechen, ist der Marxismus eine Ausgeburt der Reaktion!

Glaubt Herr Struve wirklich, durch so plumpe Methoden seine Hörer anführen und seinen Obskurantismus verbergen zu können?

## VIII

Die gelehrte Abhandlung des Herrn Struve wäre selbstverständlich keine gelehrte Abhandlung zur Erlangung eines akademischen Grades, wenn in ihr nicht die Unmöglichkeit des Sozialismus „bewiesen“ würde.

Vielleicht wird man das für übertrieben halten. In einem Werk, das der Frage des Preises und der Wirtschaft sowie „einiger philosophischer Motive“ der politischen Ökonomie gewidmet ist, die Unmöglichkeit des Sozialismus „beweisen“ zu wollen, ohne auch nur Ansätze zum Studium der historischen Tendenzen des Kapitalismus zu machen?

Oh, für Herrn Struve ist das ganz, ganz einfach! Man höre:

„Als Endergebnis schwebt dem ökonomischen Liberalismus die auf der Grundlage der Durchsetzung des ‚natürlichen Gesetzes‘ sich vollziehende völlige Übereinstimmung des Rationalen und Seinsollenden mit dem Natürlichen und Notwendigen im gesellschaftlich-ökonomischen Prozeß, dessen völliger Rationalismus vor . . . Der Sozialismus in seiner vollendetsten Form des historischen oder des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, der das ‚natürliche Gesetz‘ verneint, teilt zugleich diese Grundidee des ökonomischen Liberalismus. Er nimmt auch an, daß eine Harmonie zwischen der rationalen Konstruktion und dem natürlichen Gang der Dinge, daß eine völlige Rationalisierung des gesellschaftlich-ökonomischen Prozesses möglich sei“ (S. 58). Noch einige geringschätzigste Phrasen über diesen „Glauben“ (S. 59) und dann die Schlußfolgerung der ernstesten Wissenschaft (S. 60) (Abschnitt 7 des 2. Kapitels der ersten Abteilung im ersten Teil des „Werkes“ des Herrn Struve):

„Wenn sie das sozialistische und das liberale Ideal der wirklichen Welt gegenüberstellt, muß die wissenschaftlich-empirische Forschung bekennen, daß für sie der in diese Ideale eingeschlossene Glaube nicht existieren kann. In formeller Hinsicht sind diese beiden Ideale gleichermaßen unrealisierbar und gleichermaßen utopisch.“

Wahrhaftig, man traut seinen Augen nicht, wenn man solche Sachen liest. Auf einer solchen Stufe des Marasmus, des Verfalls und der Prostitution ist die heutige professorale Wissenschaft angelangt! Herr Struve weiß sehr gut, daß sich der wissenschaftliche Sozialismus auf die Tatsache stützt, daß der Kapitalismus die Produktion vergesellschaftet. Diese Tatsache wird durch eine Unmenge von Erscheinungen bewiesen, die in der ganzen Welt zu beobachten sind. Über den Grad und die Schnelligkeit der Entwicklung dieser Erscheinungen gibt es ein reiches „empirisches“ Material.

Unser Gelehrter aber, der die Frage der Vergesellschaftung der Produktion umgeht und bei seiner „wissenschaftlich-empirischen Forschung“

kein einziges Gebiet der zahlreichen Tatsachen berührt, erklärt die Frage auf Grund einiger leerer Redensarten über Liberalismus und Rationalismus für wissenschaftlich gelöst!

Es ist nicht wahr, daß dem Liberalismus der völlige Rationalismus vorschwebt. Es ist nicht wahr, daß der Marxismus das „natürliche Gesetz“ verneint. Unwahr und inhaltslos ist überhaupt die ganze Phrase vom „völligen Rationalismus“ – das alles sind jämmerliche Finten und platte Spielereien, die nur ein Ziel verfolgen: die vom wissenschaftlichen Sozialismus klar und exakt gestellte Frage zu umgehen und die studierende Jugend mit Lärm und Geschrei über die Unmöglichkeit des Sozialismus zu betäuben.

## IX

Ein sehr großer Teil der Arbeit des Herrn Struve, weit mehr als die Hälfte, ist den „Studien und Materialien zur historischen Phänomenologie des Preises“ gewidmet.

Hier hätte sich doch unser glühender Anhänger des „konsequenten Empirismus“, der den Wert als Phantom bezeichnet und die Preise als Tatsache studiert, bewähren können!

Die Statistik der Preise macht in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte. In allen Ländern ist eine Menge Material gesammelt worden. Es gibt eine ganze Reihe von Arbeiten über die Geschichte der Preise. Wenn sich der strenge Gelehrte nicht einmal soweit herablassen kann, die Marxsche Werttheorie zu widerlegen, warum sollte er nicht wenigstens einige grundlegende Fragen dieser Theorie mit Hilfe des „empirischen“ Materials aus der Geschichte und der Statistik der Preise durchanalysieren? Man kann tausenderlei Waren und Hunderte Abschnitte oder Perioden aus der Geschichte ihrer Preise finden, wo der Einfluß aller und jeglicher nebensächlichen Faktoren ausgeschaltet werden kann -- mit Ausnahme des „Faktors“ der Arbeit – und wo es über die Menge der Arbeit, die bei der Herstellung einer in Betracht kommenden Warenart aufgewendet wurde, genaue Angaben gibt. Warum sollte unser Anhänger des „konsequenten Empirismus“ bei der „wissenschaftlichen Forschung“ über den Preis in der Abteilung „Historische Phänomenologie des Preises“ diese Angaben nicht berühren wollen?

Warum? Selbstverständlich darum, weil Herr Struve die Hoffnungslosigkeit seiner Position, die Unmöglichkeit, die Theorie des objektiven, des Arbeitswerts zu widerlegen, eingesehen und instinktiv die Notwendigkeit empfunden hat, jeder wissenschaftlichen Forschung *eilends aus dem Wege zu geben*.

Die Hunderte von Seiten der Arbeit des Herrn Struve, die den „Studien und Materialien zur historischen Phänomenologie des Preises“ gewidmet sind, geben ein außerordentlich bemerkenswertes Beispiel davon, wie die heutigen bürgerlichen Gelehrten der Wissenschaft aus dem Wege gehen. Was es doch da nicht alles gibt! Bemerkungen über den normierten und den freien Preis – einige Beobachtungen über die Polynesier – Zitate aus dem Statut über den Handel auf dem Markt, erlassen (Gelehrtheit! Gelehrtheit!) vom Einiger Madagaskars, König Andrianampoinimerina, 1782–1810; einige Artikel aus dem Gesetz des babylonischen Königs Hammurabi (Epoche etwa 2100 Jahre v. u. Z.) über die Entlohnung des Arztes für eine Operation, einige Zitate, vorwiegend lateinische, in höchstem Grade gelehrte, über die Tarifizierung des Kaufpreises für Frauen im germanischen Volksrecht, die Übersetzung von sieben Artikeln über das Handelsrecht aus den Werken der heiligen Rechtsgelehrten Indiens, Manu und Yajñavalkya\*; der Schutz des Käufers im römischen Recht und so weiter und so weiter bis zu den hellenistischen Mustern für die polizeiliche Regulierung der Preise in Rom und zur Christianisierung des römischen Polizeirechts in der Gesetzgebung der Karolinger.

Es ist zu erwarten, daß Herr W. P. Rjabuschinski, der die Arbeit des Herrn Struve herausgegeben hat, seinen Ruhm als Mäzen und den Ruhm des Herrn Struve als eines ernstesten Gelehrten dadurch unsterblich machen wird, daß er noch an die zweihundert Bände Studien und Materialien zur historischen Methodologie des Preises herausgibt, nun, zum Beispiel eine Beschreibung der Märkte aller Zeiten und Völker mit Illustrationen im Text und Anmerkungen des Herrn Struve, zusammengeklaut aus den besten deutschen Bibliographien. Der konsequente Empirismus wird

\* Herr S. F. Oldenburg schrieb auf eine Anfrage des Herrn Struve die lebenswürdige Antwort, daß „die Gesetzbücher in den von Ihnen (Herr Struve) berührten Fragen augenscheinlich das Leben getreulich widerspiegeln“ (Anmerkung 51 b in Abschnitt 8 der Unterabteilung II des 2. Kapitels der II. Abteilung im ersten Teil der Arbeit des Herrn Struve).

triumphieren, die Phantome der verschiedenen „Gesetze“ der politischen Ökonomie aber werden sich wie Rauch verflüchtigen.

## X

Im alten, vorrevolutionären Rußland herrschte eine Teilung der Gelehrten in zwei große Lager: jene, die sich der Regierung anpaßten, und die Unabhängigen; wobei man unter den erstgenannten direkt käufliche Schreiberlinge und Verfasser von Werken auf Bestellung verstand.

Diese grobe Einteilung, die patriarchalischen, halbasiatischen Verhältnissen entspricht, ist zweifellos veraltet und sollte zu den Akten gelegt werden. Rußland europäisiert sich rasch. Unsere Bourgeoisie ist fast ganz herangereift und in mancher Hinsicht sogar überreif. Ihre Gelehrten sind von der Regierung „unabhängig“, sie sind keineswegs fähig, auf Bestellung zu schreiben, sie studieren die Fragen aufrichtig und gewissenhaft von dem Standpunkt und mit den Methoden, die nach ihrer aufrichtigen und ehrlichen Überzeugung mit den Interessen der „Führer“ unseres Handels und unserer Industrie von der Art des Herrn W. P. Rjabuschinski übereinstimmen. Heutzutage, wo alles so weit vorwärtsgeschritten ist, den Ruf eines soliden Gelehrten erwerben und eine offizielle Anerkennung seiner Arbeiten erhalten – heißt die Unmöglichkeit des Sozialismus mit Hilfe von ein paar „kantianisch“ abgeleiteten Definitionen beweisen; heißt den Marxismus vernichten, indem man den Lesern und Zuhörern erläutert, es lohne nicht einmal, ihn zu widerlegen, und indem man auf Tausende von Namen und Titeln von Werken europäischer Professoren verweist; das heißt überhaupt alle wissenschaftlichen Gesetze über Bord werfen, um religiösen Gesetzen Platz zu machen; das heißt Berge hochgelahrten Plunders und Unrats aufzuhäufen, um der studierenden Jugend die Köpfe vollzustopfen.

Wenn das alles viel grobschlächtiger ausfällt als bei den bürgerlichen Gelehrten Deutschlands, so hat das nichts zu sagen. Man muß doch den Umstand schätzen, daß Rußland immerhin endgültig den Weg der Europäisierung beschritten hat.

---

## VON DEN FORMEN DER ARBEITERBEWEGUNG<sup>64</sup>

### (Aussperrung und marxistische Taktik)

Aussperrungen, d. h. Massenentlassungen der Arbeiter auf Grund von Abmachungen der Unternehmer, sind eine ebenso notwendige und unvermeidliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft wie auch die Streiks der Arbeiter. Das Kapital, das sich mit seinem ganzen Gewicht auf die dem Ruin preisgegebenen Kleinproduzenten und auf das Proletariat stürzt, droht ständig, die Lebensbedingungen der Arbeiter bis zum direkten Hungern, bis zum Hungertod herabzudrücken. Und in allen Ländern hat es Beispiele, sogar ganze Perioden im Leben der Völker gegeben, wo die Arbeiter, da sie keinen Widerstand leisteten, einem unglaublichen Elend und allen Schrecken des Hungers ausgeliefert waren.

Der Widerstand der Arbeiter entspringt ihren Lebensbedingungen selbst – dem Verkauf der Arbeitskraft. Nur dank diesem Widerstand bewahren sich die Arbeiter, trotz der gewaltigen Opfer, die sie im Kampf bringen müssen, ein wenigstens einigermaßen erträgliches Lebensniveau. Aber das Kapital konzentriert sich immer mehr, die Unternehmerverbände wachsen an, die Zahl der Besitzlosen und der Arbeitslosen erhöht sich und damit gleichzeitig die Not des Proletariats, und es wird immer schwieriger, um ein erträgliches Lebensniveau zu kämpfen. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die während der letzten Jahre rasch zunimmt, macht oft alle Anstrengungen der Arbeiter zunichte.

Die Arbeiterorganisationen und in erster Linie die Gewerkschaften der Arbeiter, die eine stets größer werdende Masse des Proletariats zur Teilnahme am organisierten Kampf heranziehen, geben dem Widerstand der Arbeiter einen möglichst planmäßigen und systematischen Charakter. Der Streikkampf wird beim Bestehen verschiedenartiger, die Massen er-

fassender Gewerkschaften immer hartnäckiger; es finden seltener Streiks statt, aber jeder Zusammenstoß hat ein größeres Ausmaß.

Die Aussperrungen der Unternehmer werden durch die Verschärfung des Kampfes hervorgerufen und verschärfen ihn ihrerseits. Und das Proletariat, das sich im Kampf zusammenschließt und durch den Kampf sowohl sein Klassenbewußtsein als auch seine Organisation entwickelt und seine Erfahrung bereichert, kommt mehr und mehr zu der immer festeren Überzeugung, daß eine vollständige ökonomische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist.

Die marxistische Taktik besteht in der Verbindung *verschiedener* Kampfmethoden, im geschickten Übergang von einer zur anderen, in der beständigen Erhöhung des Bewußtseins der Massen und des Umfangs ihrer kollektiven Aktionen, von denen jede im einzelnen bald offensiv, bald defensiv sein kann, alle zusammen aber zu einem immer tiefer gehenden und entscheidenden Konflikt führen.

In Rußland fehlt die Hauptbedingung zu einer *solchen* Entwicklung des Kampfes, wie wir sie in den westeuropäischen Ländern sehen: des Kampfes unter Beteiligung von festgefügt und sich systematisch entwickelnden Gewerkschaften.

Zum Unterschied von Europa, wo es schon längst politische Freiheit gibt, hat die Streikbewegung bei uns in den Jahren 1912–1914 die eng-gewerkschaftlichen Grenzen überschritten. Die Liberalen *bestritten* dies, die liberalen Arbeiterpolitiker (Liquidatoren) begriffen es nicht oder verschlossen die Augen davor. Doch die Tatsache mußte anerkannt werden. In der Rede Miljukows in der Reichsduma anläßlich der Anfrage über die Lena-Ereignisse ist diese *erzwungene*, verspätete, halbschlächlige, platonische (d. h. nicht von praktischer Hilfe, sondern nur von Seufzern begleitete) Anerkennung der *allgemeinen* Bedeutung der Arbeiterbewegung deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Liquidatoren haben mit ihren liberalen Reden über das „Streikfieber“, *gegen* die Verbindung ökonomischer und anderer Motive in der Streikbewegung (wir erinnern daran, daß *solche* Reden der Herren Jeshow und Co. im Jahre 1912 ihren Anfang nahmen!), den gerechtfertigten Widerwillen der Arbeiter hervorgerufen. Deshalb haben die Arbeiter die Herren Liquidatoren bewußt und entschieden in der Arbeiterbewegung ihrer „Posten enthoben“.

Die Stellung der Marxisten zur Streikbewegung hat unter den Ar-



beitern keinerlei Schwankungen und Unzufriedenheit hervorgerufen. Dabei haben die organisierten Marxisten die Bedeutung der Aussperrungen schon im Februar 1913 formell und offiziell eingeschätzt (allerdings auf einer Arena, die die Sklaven der Liberalen, die Herren Liquidatoren, nicht sehen). Schon im Februar 1913 hat ein formeller Beschluß der Marxisten laut und deutlich auf die Aussperrungen sowie auf die Notwendigkeit hingewiesen, sie in der Taktik zu *berücksichtigen*.<sup>62</sup> Wie kann man sie berücksichtigen? Dadurch, daß man die Zweckmäßigkeit einzelner Aktionen aufmerksamer untersucht, die Formen des Kampfes ändert, die einen Formen durch andere ersetzt (gerade vom Ersetzen war die Rede!), wobei die *Höherentwicklung* der Formen die ständige Tendenz bleiben muß. Die klassenbewußten Arbeiter kennen sehr wohl auch einige konkrete Formen der Höherentwicklung, die in der Geschichte wiederholt erprobt wurden und nur für die Liquidatoren „unverständlich“ und „fremd“ sind.

Am 21. März, gleich nach der Verkündung der Aussperrung, haben die Prawdisten ihre klare Losung ausgegeben: die Zeit und die Formen der Aktionen *nicht* nach dem Willen der Fabrikanten zu wählen und jetzt nicht zu streiken. Die Arbeiterverbände und die organisierten Marxisten wußten und sahen, daß diese Losung *ihre eigene* ist, ausgearbeitet von derselben Mehrheit des fortgeschrittenen Proletariats, die ihre Vertreter in den Versicherungsrat brachte<sup>63</sup> und die die *gesamte* Tätigkeit der Petersburger Arbeiter leitet, *trotz* des desorganisierenden und liberalen Geschreis der Liquidatoren.

Die Losung vom 21. März, jetzt nicht zu streiken, war die Losung der Arbeiter, die wußten, daß sie imstande sein werden, die eine Form durch eine andere zu *ersetzen*, daß sie – durch alle Änderungen der Formen der Bewegung hindurch – zur allgemeinen Hebung des Niveaus der Bewegung gestrebt haben und streben werden.

Daß die Desorganisatoren der Arbeiterbewegung – die Liquidatoren und die Volkstümmler – die Sache der Arbeiter auch in diesem Falle zu desorganisieren versuchen werden, das wußten die Arbeiter, und sie rüsteten sich im voraus zur Gegenwehr.

Am 26. März brachten sowohl die liquidatorische als auch die Volkstümmlergruppe der Desorganisatoren, die den Willen der *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter Petersburgs und ganz Rußlands verletzen, in

ihren Zeitungen die in diesen Lagern üblichen bürgerlichen Plattheiten: die Volkstümpler schwatzten (zum Ergötzen der Liquidatoren) von „Leichtsinn“ (die klassenbewußten Arbeiter wissen längst, daß niemand leichtsinniger ist als die Volkstümpler), die Liquidatoren hielten liberale Reden (die bereits in Nr. 47 des „Put Prawdy“ untersucht und gebrandmarkt wurden) und predigten das Ersetzen der Streiks... nicht durch entsprechende, nicht durch höhere Formen, sondern... durch Bittschriften und „Resolutionen“!!!

Die fortgeschrittenen Arbeiter schoben die schändlich-liberalen Ratschläge der Liquidatoren wie auch das leichtsinnige Geschwätz der Volkstümpler beiseite und gingen festen Schritts ihren Weg.

Die Arbeiter haben den alten Beschluß über das Ersetzen der Streiks in *bestimmten* Fällen der Aussperrung durch *bestimmte*, ihnen entsprechende höhere Formen des Kampfes fest im Gedächtnis und haben ihn richtig angewandt.

Die Provokation der aussperrenden Fabrikanten ist nicht gelungen. Die Arbeiter haben den Kampf nicht dort angenommen, wo ihn die Feinde den Arbeitern aufzwingen wollten, die Arbeiter haben zur rechten Zeit den Beschluß der organisierten Marxisten angewandt und schreiten mit noch größerer Energie, noch eindeutiger in Erkenntnis der ganzen Bedeutung ihrer Bewegung auf dem alten Wege vorwärts.

„Put Prawdy“ Nr. 54,  
4. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## BESCHÖNIGUNG DER BOURGEOISIE DURCH DIE LINKEN VOLKSTÜMLER

Sobald die Herren linken Volkstümler von den hohlen, allgemeinen Phrasen über die „werk tätige Bauernschaft“, Phrasen, deren alle überdrüssig geworden sind und die ihre Unkenntnis sowohl des „Kommunistischen Manifests“ als auch des „Kapitals“ zeigen, zu *genauen Angaben* übergehen, tritt sofort zutage, daß die linken Volkstümler die Bourgeoisie beschönigen.

Verhüllt wird der bürgerliche Charakter der *gesamten* Theorie von der „werk tätigen Bauernschaft“ durch Phrasen und Ausrufe, entlarvt wird er durch die Tatsachen und durch das Studium der Marxschen Theorie.

In Nr. 14 der „Stoikaja Mysl“ stellt ein gewisser Herr Batrak\*<sup>64</sup> in der Sprache eines echten Intellektuellen Betrachtungen über „Sozialismus und Bauernschaft“ an.

„Die Arbeitswirtschaften nehmen zu“ – erklärt Herr Batrak und führt die Statistik Frankreichs und Deutschlands an. Die Statistik ist eine Sache, die man nicht mit Phrasen und Ausrufen abtun kann und wo Betrug sofort zum Vorschein kommt.

In Frankreich ist die Bodenfläche der „Kleinwirtschaften“, d. h. der Wirtschaften mit 5 bis 10 Hektar Land gestiegen (ein Hektar ist etwas weniger als eine Desjatine).

Sehr gut, Herr Batrak! Haben Sie aber noch nicht gehört, daß, je intensiver die Landwirtschaft ist, desto häufiger in den „kleinen“ (der Bodenfläche nach kleinen) Wirtschaften Lohnarbeit angewandt wird? Heißt es nicht die Bourgeoisie beschönigen, wenn man die Angaben über die Lohnarbeit verschweigt? Nun, Herr Batrak?

\* Batrak – Landarbeiter, Knecht. Der Übers.

Nehmen wir die deutschen Angaben. Auf 652 798 Wirtschaften mit 5–10 Hektar entfallen 487 704 *Lohnarbeiter*. Was sagen Sie dazu? Der größte Teil der Kleinbesitzer beutet Lohnarbeiter aus! Und in Frankreich? In Frankreich ist der Weinbau, der auf kleinen Landparzellen die Anwendung von *Lohnarbeit* erfordert, weit mehr verbreitet als in Deutschland.

Die Theorie von der „Arbeitswirtschaft“ ist eine Theorie zur Täuschung der Arbeiter, indem man die Angaben über die Lohnarbeit verschweigt.

Herr Batrak nimmt Deutschland. Als „Arbeits“wirtschaften sollen die „kleinen und mittleren“ gelten (die Zunge ist geschmeidig und man kann wen auch immer als „werk­tätigen“ Besitzer bezeichnen!). Und nun leitet Herr Batrak die Zunahme der „Arbeitswirtschaften“ aus der Zunahme der „kleinen“ und „mittleren“ Wirtschaften ab.

Man sehe sich aber die Angaben dieses neuen Beschützers der Bourgeoisie näher an.

Er beginnt mit den Wirtschaften *bis* zu 2 Hektar. Ihre Zahl betrug im Jahre 1882 – 58,03%, im Jahre 1895 – 58,22%, 1907 – 58,89%. Eine Zunahme, nicht wahr?

*Daß dies aber eine Zunahme an Lohnarbeitern ist, das hat unser „linker Volkstümler“ verschwiegen!!!*

Die Statistik, die er verfälscht, besagt deutlich: Von 3 378 509 Wirtschaften bis zu 2 Hektar sind (1907) *nur* 474 915, d. h. etwas mehr als  $\frac{1}{10}$  (ein Zehntel) selbständige Landwirte ihrem Hauptberuf nach. *Die Mehrheit dagegen sind Lohnarbeiter* (1 822 792).

Von 3 378 509 Wirtschaften sind 2 920 119, d. h. die gewaltige Mehrheit, *Nebenwirtschaften*, die wichtigste Verdienstquelle ist hier *nicht* die Landwirtschaft.

Es fragt sich nun: ist es etwa keine Beschönigung der Bourgeoisie und des Kapitalismus, wenn *Landarbeiter und Tagelöhner*, wenn Lohnarbeiter in die Kategorie „Arbeitswirtschaften“ eingereiht werden?!

Dient hier das einfältige Wort „werk­tätiger Besitzer“ etwa nicht dazu, die Kluft zwischen Proletariat (Lohnarbeitern) und Bourgeoisie zu *vertuschen*?? Dient dieses Wort etwa nicht dazu, bürgerliche Theorien einzuschmuggeln??

Weiter. Die Wirtschaften mit 2 bis 5 Hektar. Ihre Zahl betrug im Jahre 1882 – 18,60%, 1895 – 18,29% und 1907 – 17,57%. So schreibt Herr Batrak.

Und die Schlußfolgerung? Über die Schlußfolgerung *schweigt er*.

Die Schlußfolgerung lautet aber: eine *Abnahme* und keine Zunahme. Und gerade unter diesen Wirtschaften, und nur unter ihnen ist kein völliges Überwiegen von Lohnarbeiter *Beschäftigenden* (Privatarbeit Kaufenden) und *sich als Lohnarbeiter Verdingenden* zu beobachten. Lohnarbeiter Beschäftigende – 411 311 (Zahl der gedungenen Arbeiter), als Lohnarbeiter verdingen sich 104 251 (das ist noch nicht die volle Zahl der sich als Lohnarbeiter Verdingenden; die Statistik ist hier nicht vollständig). Zusammen erhält man 515 562; da es aber insgesamt 1 006 277 solcher Bauernwirtschaften gibt, so heißt das, daß sogar hier die größere Hälfte entweder sich als Lohnarbeiter verdingt oder selbst Lohnarbeiter einstellt!!

Das schöne Wort „Arbeitswirtschaft“ dient dazu, die Arbeiter durch *Verheimlichung* der Angaben über den *Kauf und Verkauf von Arbeitskraft* zu betrügen.

Weiter nimmt Herr Batrak die Wirtschaften mit 5 bis 20 Hektar und weist darauf hin, daß sie zunehmen.

Und die Lohnarbeit? Kein Wort, kein Ton darüber. Die Theoretiker der „Arbeitswirtschaft“ sind von der Bourgeoisie dazu bestellt, die Angaben über die Lohnarbeit zu verheimlichen.

Nehmen wir diese Angaben zur Hand. Auf 652 798 Wirtschaften mit 5–10 Hektar entfallen (1907) 487 704 Lohnarbeiter; mehr als die Hälfte sind also Ausbeuter von Lohnarbeit.

Auf 412 741 Wirtschaften mit 10–20 Hektar entfallen 711 867 Lohnarbeiter, *d. h., alle oder fast alle sind Ausbeuter von Lohnarbeit.*

Wie soll man einen Menschen bezeichnen, der sich als „Sozialist“ ausgibt, selber aber *Ausbeuter von Lohnarbeit* zu den „werk tätigen Besitzern“ rechnet?

Die linken Volkstümpler sind, wie es die Marxisten wiederholt erläutert haben, Kleinbürger, die die Bourgeoisie beschönigen und die von ihr betriebene Ausbeutung von Lohnarbeit vertuschen.

Auf die bürgerlichen Theorien der linken Volkstümpler und besonders

auf die des Herrn Batrak werden wir noch zurückkommen. Vorläufig aber wollen wir ein kurzes Fazit ziehen.

Die Theorie der „Arbeitswirtschaft“ ist ein bürgerlicher Betrug an den Arbeitern und beruht unter anderem darauf, daß die Angaben über den Kauf und Verkauf von Arbeitskraft *verheimlicht* werden.

Unter den „kleinen und mittleren“ Bauern, auf die die Herren linken Volkstümler gern summarisch hinweisen, gibt es in Wirklichkeit eine gewaltige Mehrheit, die entweder Arbeitskraft verkauft oder solche kauft, entweder sich als Lohnarbeiter verdingt oder selbst Lohnarbeiter einstellt. Gerade diesen *Kern der Sache* vertuscht die bürgerliche Theorie von der „Arbeitswirtschaft“.

Der Proletarier sagt dem Kleinbauern: Du bist selbst ein Halbproletarier; gehe *mit* den Arbeitern, eine andere Rettung gibt es für dich nicht.

Der Bourgeois sagt dem Kleinbauern: Du bist selbst Kleinunternehmer, ein „werktätiger Besitzer“. Die Arbeitswirtschaft „wächst“ auch unter dem Kapitalismus. Deine Sache ist die der Besitzer und nicht die des Proletariats.

Der Kleinbesitzer hat zwei Seelen: eine proletarische und eine „Besitzer“seele.

Die linken Volkstümler wiederholen *faktisch* die Lehre der Bourgeoisie, wenn sie die Kleinbauern durch „Besitzer“illusionen *demoralisieren*. Das ist der Grund, weshalb die Marxisten diese verderbliche bürgerliche Demoralisierung der Kleinbauern (und der zurückgebliebenen Arbeiter) durch die linken Volkstümler entschieden bekämpfen.

„Put Prawdy“ Nr. 56,  
6. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## ZUR FRAGE DER NATIONALEN POLITIK<sup>65</sup>

Ich will auf die Politik unserer Regierung in der nationalen Frage eingehen. Unter den Fragen, die bei uns „zum Ressort“ des Innenministeriums gehören, ist dies eine der höchst wichtigen. Seit die Reichsduma zum letztenmal das Budget dieses Ministeriums behandelte, wird die nationale Frage in Rußland von unseren kommandierenden Klassen auf die Tagesordnung gesetzt und spitzt sich mehr und mehr zu.

Die Beilis-Affäre hat wieder und wieder die Aufmerksamkeit der gesamten zivilisierten Welt auf Rußland gelenkt und die bei uns herrschenden schändlichen Zustände bloßgelegt. Es gibt in Rußland nichts, was auch nur im entferntesten einer Rechtsordnung ähnelt. Den Behörden und der Polizei ist einfach alles erlaubt bei der zügellosen und unverschämten Hetze gegen die Juden; alles ist erlaubt bis zur Deckung und Verheimlichung von Verbrechen. Gerade das war die Lehre der Beilis-Affäre, die die engste und intimste Verbindung zeigte . . .\*

Um zu zeigen, daß ich nicht übertreibe, wenn ich von einer Pogromatmosphäre spreche, die in Rußland herrscht, kann ich das Zeugnis eines im höchsten Grade „regierungstreuen“, konservativen, „Minister machenden“ Schriftstellers anführen, nämlich des Fürsten Meschtscherski. Hier die von ihm in seiner Zeitschrift „Grashdanin“<sup>66</sup> zitierte Äußerung eines „Russen aus Kiew“.

„Die Atmosphäre unseres Lebens erstickt uns: wohin man auch geht – überall Verschwörungsgeflüster, überall Blutdurst, überall der üble Geruch von Denunziationen, überall Haß, überall Murren, überall Stöhnen . . .“\*

\* Die folgende Seite des Manuskripts ist nicht aufgefunden worden. Die Red.

... die politische Luft, die Rußland atmet. Angesichts einer derartigen Atmosphäre von Recht, Gesetzlichkeit, Verfassung und ähnlichen liberalen Naivitäten zu sprechen oder daran zu denken, ist einfach lächerlich, richtiger: es wäre lächerlich, wenn es nicht so ... ernst wäre!

Diese Atmosphäre spürt täglich jeder einigermaßen denkende und aufmerksame Mensch in unserem Lande. Aber nicht alle haben genügend Mut, sich über die Bedeutung dieser Pogromatmosphäre klar Rechenschaft zu geben. Warum herrscht bei uns eine solche Atmosphäre? Warum kann sie herrschen? Nur deshalb, weil sich das Land in Wirklichkeit im Zustand eines schlecht verhüllten Bürgerkriegs befindet. Für manchen ist die Erkenntnis dieser Wahrheit sehr unangenehm, manche möchten diese Erscheinung mit einem Schleier verdecken. Unsere Liberalen, sowohl die Progressisten als auch die Kadetten, lieben es besonders, aus Fetzen fast ganz „konstitutioneller“ Theorien einen solchen Schleier zusammenzunähen. Doch erlaube ich mir die Meinung, daß es keine schädlichere und bei Volksvertretern verbreiteter Sache gibt, als „den erhebend schönen Wahn“\* von der Tribüne der Reichsduma zu verbreiten.

Die ganze Regierungspolitik gegenüber den Juden und anderen – man verzeihe den „regierungsamtlichen“ Ausdruck – „Fremdstämmigen“ wird sofort verständlich, natürlich, unvermeidlich, wenn man der Wahrheit ins Auge blickt und die unbezweifelbare Tatsache anerkennt, daß sich das Land im Zustand eines schlecht verhüllten Bürgerkriegs befindet. Die Regierung regiert nicht, sondern sie führt Krieg.

Wenn sie für den Krieg „echt russische“ Pogrommethoden wählt, so deshalb, weil *ihr keine anderen zur Verfügung stehen*. Jeder verteidigt sich, wie er kann. Purischkewitsch und seine Freunde können sich nicht anders verteidigen als mit einer „Pogrom“politik, denn über eine andere verfügen sie nicht. Hier hat es keinen Zweck zu seufzen, hier ist es absurd, die Sache mit Worten über Verfassung, über Recht oder über das Regierungssystem abtun zu wollen – hier handelt es sich einfach um die Interessen der Klasse der Purischkewitsch und Konsorten und die schwierige Lage dieser Klasse.

Entweder muß man mit dieser Klasse energisch und nicht nur in Worten „abrechnen“, oder man muß die Unvermeidlichkeit und Unabwendbarkeit der „Pogrom“atmosphäre in der ganzen Politik Rußlands anerken-

\* Zitat aus dem Gedicht „Der Held“ von A. S. Puschkin. *Der Übers.*



nen. Entweder muß man sich mit dieser Politik abfinden, oder man muß die gegen sie gerichtete Bewegung des Volkes, der Massen, vor allem des Proletariats unterstützen. Entweder – oder. Einen Mittelweg kann es hier nicht geben.

In Rußland zählt sogar die amtliche, d. h. offenkundig übertriebene und gemäß den „Absichten der Regierung“ verfälschte Statistik unter der gesamten Bevölkerung des Landes nur 43 % Großrussen. Die Großrussen bilden in Rußland *weniger* als die Hälfte der Bevölkerung. Sogar die Kleinrussen oder Ukrainer wurden bei uns offiziell, durch den Mund Stolypins „selbst“, zu den „Fremdstämmigen“ gezählt. Also machen die „Fremdstämmigen“ in Rußland 57 % der Bevölkerung aus, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung, fast  $\frac{3}{5}$ , in Wirklichkeit aber sind es gewiß mehr als drei Fünftel. Mich hat das Gouvernement Jekaterinoslaw in die Reichsduma gewählt, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus Ukrainern besteht. Das Verbot, Schewtschenko zu ehren, war vom Standpunkt der Agitation gegen die Regierung eine so ausgezeichnete, großartige, selten glückliche und treffliche Maßnahme, daß man sich gar keine bessere Agitation denken kann. Ich glaube, alle unsere besten sozialdemokratischen Agitatoren gegen die Regierung hätten niemals in so kurzer Zeit solche schwindelerregenden Erfolge im regierungsfeindlichen Sinne erreicht wie diese Maßnahme. Nach dieser Maßnahme fingen Millionen und aber Millionen von „Spießbürgern“ an, zu bewußten Bürgern zu werden und sich von der Richtigkeit des Ausspruchs zu überzeugen, daß Rußland ein „Völkergefängnis“ ist.

Unsere Rechtsparteien und unsere Nationalisten lärmen jetzt so heftig gegen die „Masepisten“, unser berühmter Bobrinski verteidigt die Ukrainer mit einem so großartigen Demokrateneifer gegen die Bedrückung durch die *österreichische* Regierung, als ob er in die sozialdemokratische Partei Österreichs eintreten wollte. Aber wenn das Hinneigen zu Österreich und die Bevorzugung seiner politischen Ordnung als „Masepatum“ bezeichnet wird, so erweist sich Bobrinski wohl nicht als der geringste der „Masepisten“; denn er klagt und schreit über die Bedrückung der Ukrainer in Österreich!! Man denke bloß, was die russischen Ukrainer – sagen wir, die Bewohner des Gouvernements Jekaterinoslaw, das ich vertrete – dazu sagen sollen, wenn sie das lesen oder hören! Wenn Bobrinski „selbst“, wenn der Nationalist Bobrinski, wenn der Graf Bobrinski, wenn

der Gutsbesitzer Bobrinski, wenn der Unternehmer Bobrinski, wenn der mit der höchsten Aristokratie (beinahe mit den höchsten „Sphären“) bekannte Bobrinski der Meinung ist, in Österreich, wo es nichts gibt, was mit dem schändlichen Ansiedlungsgebiet für die Juden oder mit den niederträchtigen Ausweisungen von Juden auf die Laune von despotischen Gouverneuren hin, oder mit der Vertreibung der Muttersprache aus den Schulen zu vergleichen ist – in Österreich sei die Lage der nationalen Minderheiten ungerecht und bedrückend: was soll man dann von den Ukrainern in Rußland sagen?? Was soll man von den übrigen „Fremdstämmigen“ in Rußland sagen??

Bemerken Bobrinski und die anderen Nationalisten sowie auch die Rechten wirklich nicht, daß sie unter den „Fremdstämmigen“ Rußlands, das heißt unter  $\frac{3}{5}$  der Bevölkerung Rußlands das Bewußtsein der *Zurückgebliebenheit* Rußlands *sogar* im Vergleich zu dem zurückgebliebensten der europäischen Länder, zu Österreich, wecken??

Die ganze Sache ist die, daß die Lage Rußlands, das von den Purischkewitsch regiert wird, oder richtiger: das unter dem Stiefel der Purischkewitsch stöhnt, so originell ist, daß die Reden des Nationalisten Bobrinski die sozialdemokratische Agitation ausgezeichnet erläutern und anspornen.

Geben Sie sich nur Mühe, bemühen Sie sich nur, erlauchter Unternehmer und Gutsbesitzer Bobrinski: Sie werden uns sicherlich helfen, sowohl die österreichischen als auch die russischen Ukrainer zu wecken, aufzuklären, aufzurütteln!! Ich hörte von einigen Ukrainern in Jekaterinow, daß sie dem Grafen Bobrinski eine Dankadresse für die erfolgreiche Propaganda zugunsten der Lostrennung der Ukraine von Rußland schicken wollen. Und ich wunderte mich nicht, als ich das hörte. Ich sah Flugblätter, auf deren einer Seite der Erlaß über das Verbot der Ehrung Schewtschenkos und auf der anderen Zitate aus den wohlklingenden Reden Bobrinskis *zugunsten* der Ukrainer standen . . . Ich riet, diese Flugblätter an Bobrinski, Purischkewitsch und an *andere* Minister zu senden.

Aber wenn Purischkewitsch und Bobrinski erstklassige Agitatoren für die Umgestaltung Rußlands zu einer demokratischen Republik sind, so wollen unsere Liberalen, und darunter die Kadetten, *ihre Einverständnis* mit den Purischkewitsch in einigen Hauptfragen der nationalen Politik vor der Bevölkerung verheimlichen. Wenn ich über das Budget des Innenministeriums spreche, das die allen bekannte nationale Politik betreibt,

würde ich meine Pflicht nicht erfüllen, wenn ich nicht dieses *Einverständnis* der Kadettenpartei mit den Prinzipien des Innenministeriums streifte.

In der Tat, ist es nicht klar, daß derjenige, der — — — drücken wir es milde aus — — — in „Opposition“ zum Innenministerium stehen will, auch die *ideologischen* Verbündeten dieses Ministeriums aus dem Lager der Kadetten kennen muß?

Laut Mitteilung der Zeitung „Retsch“ fand in St. Petersburg vom 23. bis 25. März dieses Jahres die ordentliche Konferenz der Kadettenpartei oder der „Partei der Volksfreiheit“ statt.

„Die nationalen Fragen“, schreibt die „Retsch“ (Nr. 83), „wurden . . . besonders lebhaft erörtert. Die Kiewer Delegierten, denen sich N. W. Nekrassow und A. M. Koljubakin anschlossen, verwiesen darauf, daß die nationale Frage ein heranreifender gewichtiger Faktor sei, dem man sich entschlossener als bisher zuwenden müsse. F. F. Kokoschkin verwies jedoch darauf, daß sowohl das Programm als auch die bisherige politische Erfahrung eine sehr vorsichtige Behandlung der ‚dehnbaren Formeln‘ der politischen Selbstbestimmung der ‚Nationalitäten‘ erforderlich machen.“

So stellt die „Retsch“ die Sache dar. Und obwohl diese Darstellung absichtlich so abgefaßt ist, daß *möglichst wenig* Leser das Wesen der Sache begreifen können, ist dennoch dieses Wesen für jeden aufmerksamen und denkenden Menschen klar. Die „Kiewskaja Mysl“<sup>67</sup>, die mit den Kadetten sympathisiert und ihre Ansichten vertritt, gibt die Rede Kokoschkins unter Hinzufügen folgender Motivierung wieder: „Denn dies kann zum Zerfall des Staates führen“.

Das war zweifellos der Sinn der Rede Kokoschkins. Der Standpunkt Kokoschkins besiegte bei den Kadetten sogar den ganz schüchternen Demokratismus der Nekrassow und Koljubakin. Der Standpunkt Kokoschkins ist der Standpunkt des *großrussischen* bürgerlich-liberalen Nationalisten, der die Privilegien der *Großrussen* verteidigt (obwohl diese in Rußland eine Minderheit darstellen), sie *Hand in Hand* mit dem Innenministerium verteidigt. Kokoschkin hat „theoretisch“ die Politik des Innenministeriums vertreten — das ist das Wesen, darin liegt der Kern der Sache.

„Vorsichtiger mit der politischen Selbstbestimmung“ der Nationen! Daß sie nicht etwa „zum Zerfall des Staates führe“! — das ist der *Inhalt* der nationalen Politik Kokoschkins, der mit der Grundlinie der Politik des

Innenministeriums völlig zusammenfällt. Aber Kokoschkin und die übrigen Führer der Kadetten sind keine Kinder. Sie kennen sehr wohl den Ausspruch: „Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbats willen.“ Der Staat ist des Volkes wegen, und nicht das Volk des Staates wegen da. Kokoschkin und die anderen Führer der Kadetten sind keine Kinder. Sie verstehen sehr gut, daß der Staat bei uns (in Wirklichkeit) die Klasse der Purischkewitsch ist. Die Unversehrtheit des Staates ist die Unversehrtheit der Klasse der Purischkewitsch. Das ist es, worum die Kokoschkin besorgt sind, man entleide nur ihre Politik der diplomatischen Mäntelchen und betrachte direkt das *Wesen* dieser Politik.

Zur anschaulichen Erläuterung erlaube ich mir, ein einfaches Beispiel anzuführen. Es ist bekannt, daß sich im Jahre 1905 Norwegen von Schweden trennte, trotz der heftigen Proteste der schwedischen Gutsbesitzer, die mit Krieg drohten. Zum Glück sind in Schweden die Fronherren nicht allmächtig, wie sie es in Rußland sind, und es brach kein Krieg aus. Norwegen, das die geringere Bevölkerungszahl aufwies, trennte sich von Schweden friedlich, demokratisch, kulturvoll, und nicht so, wie es die Fronherren und die Kriegspartei haben wollten. Was nun? Hat bei dieser Lostrennung das Volk den kürzeren gezogen? Haben die Interessen der Kultur darunter gelitten? Oder die Interessen der Demokratie? Die Interessen der Arbeiterklasse??

Keineswegs! Sowohl Norwegen als auch Schweden gehören zur Zahl der kulturell unvergleichlich höher als Rußland stehenden Länder, unter anderem gerade deshalb, weil sie es verstanden haben, die Formel der „politischen Selbstbestimmung“ der Nationen demokratisch anzuwenden. Die Lösung der gewaltsamen Bindung bedeutete Stärkung der freiwilligen wirtschaftlichen Verbindung, verstärkte kulturelle Annäherung, stärkere gegenseitige Achtung zwischen diesen beiden einander in der Sprache und anderem so nahestehenden Völkern. Die Gemeinsamkeit, die Verbundenheit des schwedischen und des norwegischen Volkes haben in Wirklichkeit durch die Lostrennung gewonnen, denn die Lostrennung war die Lösung der gewaltsamen Bindungen.

Aus diesem Beispiel wird, hoffe ich, klar, daß Kokoschkin und die Kadettenpartei gänzlich auf dem Standpunkt des Innenministeriums stehen, wenn sie uns mit dem „Zerfall des Staates“ schrecken und zur „vor-

sichtigen Handhabung“ der völlig klaren und in der ganzen internationalen Demokratie unbestrittenen Formel der „politischen Selbstbestimmung“ der Nationalitäten auffordern. Wir Sozialdemokraten sind Feinde *jedes* Nationalismus und Anhänger des demokratischen *Zentralismus*. Wir sind Gegner des Partikularismus, wir sind überzeugt, daß *bei sonst gleichen Bedingungen* große Staaten die Aufgaben des wirtschaftlichen Fortschritts und die Aufgaben des Proletariats in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie weit erfolgreicher lösen können als kleine Staaten. Doch schätzen wir nur die freiwillige Bindung, niemals aber die gewaltsame. Überall, wo wir *gewaltsame* Bindungen zwischen Nationen sehen, treten wir – ohne im entferntesten unbedingt die Lostrennung jeder Nation zu verfechten – *bedingungslos* und entschieden für das *Recht* jeder Nation ein, sich politisch selbst zu bestimmen, d. h. sich loszutrennen.

Dieses *Recht* vertreten, propagieren, anerkennen heißt die Gleichberechtigung der Nationen vertreten, heißt *gewaltsame* Bindungen nicht anerkennen, heißt gegen jedwede staatlichen Privilegien einer Nation, welche es auch sei, kämpfen, heißt auch die Arbeiter der verschiedenen Nationen zu unbedingter Klassensolidarität erziehen.

Die Klassensolidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen gewinnt bei Ersetzung der gewaltsamen, feudalen, militärischen Bindungen durch freiwillige Verbindungen.

Wir schätzen über alles die Gleichberechtigung der Nationen in der Volksfreiheit und für den Sozialismus . . .\*

. . . und die Verfechtung der Privilegien der Großrussen. Wir erklären aber: Für *keine einzige* Nation darf es Privilegien geben, volle Gleichberechtigung der Nationen und Zusammenschluß, Vereinigung der Arbeiter *aller Nationen*.

Vor achtzehn Jahren, im Jahre 1896, nahm der Internationale Sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß zu London einen Beschluß über die nationale Frage an, der allein den richtigen Weg weist sowohl für die Bestrebungen zugunsten der wirklichen „Volksfreiheit“ als auch für den Sozialismus. Dieser Beschluß lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jeden Landes sympathisiert, das

\* Die folgenden zwei Seiten des Manuskripts sind nicht aufgefunden worden. *Die Red.*

gegenwärtig unter dem Joche des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“

Auch wir rufen zur Einheit der Reihen der Arbeiter aller Nationen Rußlands auf, denn nur diese Einheit ist imstande, die Gleichberechtigung der Nationen, die Freiheit des Volkes und die Interessen des Sozialismus zu gewährleisten.

Das Jahr 1905 hat die Arbeiter aller Nationen Rußlands vereinigt. Die Reaktion ist bestrebt, nationale Feindschaft zu entfachen. Die liberale Bourgeoisie *aller* Nationen und vor allem und am meisten die großrussische kämpft um die Privilegien für *ihre* Nation (ein Beispiel: das polnische Kolo [Dumafraktion] ist gegen die Gleichberechtigung der Juden in Polen), kämpft für die nationale Absonderung, für die nationale Exklusivität und *unterstützt* damit die Politik unseres Innenministeriums.

Die wahre Demokratie dagegen, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, erhebt das Banner der vollen Gleichberechtigung der Nationen und des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationen in ihrem Klassenkampf. Von diesem Standpunkt aus verwerfen wir die sogenannte „national-kulturelle“ Autonomie, das heißt die Trennung des Schulwesens in einem Staate nach Nationalitäten oder das Entziehen des Schulwesens der Kompetenz des Staates und seine Übergabe an gesondert organisierte nationale Verbände. Der demokratische Staat muß die Autonomie der verschiedenen Gebiete anerkennen, besonders der Gebiete und Bezirke mit verschiedenartiger nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung. Eine solche Autonomie widerspricht dem demokratischen Zentralismus keineswegs, im Gegenteil, in einem großen und seiner nationalen Zusammensetzung nach bunt gemischten Staat *kann* ein wirklich demokratischer Zentralismus nur vermittels der Autonomie der Gebiete verwirklicht werden. Der demokratische Staat muß unbedingt die *volle Freiheit* der verschiedenen Sprachen anerkennen und *jedwede* Privilegien für eine der Sprachen ablehnen. Der demokratische Staat wird auf keinem Gebiet, in keinem Zweig der öffentlichen Angelegenheiten die Unterdrückung, die Majorisierung irgendeiner Nationalität durch eine andere zulassen.

Aber das Schulwesen den Händen des Staates zu entziehen und es nach Nationen aufzuteilen, die in besonderen nationalen Verbänden organisiert sind, das ist vom Standpunkt der Demokratie und noch mehr vom Standpunkt des Proletariats eine schädliche Maßnahme. Das würde nur zur Konsolidierung der Absonderung der Nationen führen, während wir ihre Annäherung anstreben müssen. Das würde zu einem Wachstum des Chauvinismus führen, während wir auf das engste Bündnis der Arbeiter aller Nationen, auf ihren gemeinsamen Kampf gegen *jeden* Chauvinismus, gegen *jede* nationale Exklusivität, gegen *jeden* Nationalismus hinarbeiten müssen. Die Schulpolitik der Arbeiter aller Nationen ist einheitlich: Freiheit der Muttersprache, demokratische und *weltliche* Schule.

Ich schließe, indem ich Purischkewitsch, Markow 2 und Bobrinski für ihre erfolgreiche Agitation gegen die ganze staatliche Ordnung Rußlands, für ihre *anschaulichen Lehren* über die Unvermeidlichkeit der Umwandlung Rußlands in eine demokratische Republik nochmals meinen Dank ausspreche.

*Geschrieben nach dem 6. (19.) April 1914.*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Proletarskaja  
Rewoluzija“ Nr. 3 (26).*

*Nach dem Manuskript.*

## DIE VERFASSUNGSKRISE IN ENGLAND

In Nr. 34 des „Put Prawdy“ sprachen wir bei der Beschreibung der interessanten Ereignisse in Irland von der Politik der englischen Liberalen, die sich von den Konservativen einschüchtern ließen.\*

Seit jene Zeilen geschrieben wurden, haben sich neue Ereignisse abgespielt, die den speziellen Konflikt (zwischen den Liberalen und den Konservativen) wegen der Selbstverwaltung Irlands zu einer allgemeinen Verfassungskrise in England ausgeweitet haben.

Da die Konservativen mit dem „Aufstand“ der Protestanten in Ulster gegen die Homerule (Autonomie, Selbstregierung) Irlands drohten, setzte die liberale Regierung einen Teil der Armee in Aktion, um dem Willen des Parlaments Achtung zu verschaffen.

Was aber geschah?

Die Generale und Offiziere des englischen Heeres meuterten!

Sie erklärten, daß sie gegen die Protestanten in Ulster nicht kämpfen werden, daß dies ihrem „Patriotismus“ widerspreche, daß sie ihren Abschied einreichen!

Die liberale Regierung war über diese Meuterei der Gutsherren, die an der Spitze der Armee stehen, ganz bestürzt. Die Liberalen sind gewöhnt, sich in Verfassungszugspinnungen und Phrasen über die Gesetzlichkeit zu wiegen und die Augen vor dem wirklichen Kräfteverhältnis, vor dem Klassenkampf zu verschließen. Dieses wirkliche Kräfteverhältnis aber war und bleibt so, daß sich in England, infolge der Feigheit der Bourgeoisie, eine ganze Reihe von Institutionen und Privilegien der Herren Gutsbesitzer aus der vorbürgerlichen Ära, aus dem Mittelalter erhalten hat.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 141–144. *Die Red.*



Um die Meuterei der aristokratischen Offiziere zu zerschlagen, hätte sich die liberale Regierung an das Volk, an die Massen, an die Proletarier wenden müssen, doch eben das fürchteten die Herren „aufgeklärten“ liberalen Bourgeois mehr als alles auf der Welt. Und die Regierung *gab in der Tat* den meuternden Offizieren *nach*, überredete sie, ihren Abschied zurückzunehmen, und gab ihnen die *schriftliche Zusicherung*, das Heer werde nicht gegen Ulster eingesetzt werden.

Vor dem Volk suchten sie diese schändliche Tatsache der Abgabe einer solchen schriftlichen Zusicherung (21. März) zu verheimlichen, und die Führer der Liberalen, Asquith, Morley u. a., logen in ihren offiziellen Erklärungen in der unglaublichsten und schamlosesten Weise. Die Wahrheit wurde jedoch trotzdem offenbar. Die Aushändigung schriftlicher Zusicherungen an die Offiziere ist nicht dementiert worden. Der König hatte anscheinend einen „Druck“ ausgeübt. Die Demission des Kriegsministers Seely und die Übernahme seines Portefeuilles durch Asquith „selbst“, die Wiederwahl Asquiths, der Runderlaß an das Heer über die Wahrung der Gesetzlichkeit – das alles ist durch und durch offizielle Heuchelei. Die Tatsache der Kapitulation der Liberalen vor den Gutsherren, die die Verfassung in Fetzen gerissen haben, bleibt Tatsache.

Im englischen Parlament kam es daraufhin zu einigen sehr stürmischen Szenen. Die Konservativen überschütteten die liberale Regierung mit durchaus wohlverdientem Hohn und mit Verachtung; der Arbeiterabgeordnete Ramsay MacDonald aber, einer der gemäßigtsten liberalen Arbeiterpolitiker, protestierte aufs heftigste gegen die Haltung der Reaktionäre. „Diese Leute“, sagte er, „sind jederzeit sehr gern bereit, gegen Streikende zu wüten. Doch als es um Ulster ging, weigerten sie sich, ihre Pflicht zu erfüllen, da das Gesetz über die Autonomie Irlands ihre Klassenururteile und -interessen berührt.“ (Die Gutsherren in Irland sind Engländer, und die Selbstverwaltung Irlands, als Selbstverwaltung der irischen Bourgeois und Bauern, droht den räuberischen Appetit der edlen Herren Lords ein wenig zu beschneiden.) „Diese Leute“, fuhr R. MacDonald fort, „sinnen nur darauf, die Arbeiter zu bekämpfen, wenn es sich aber darum handelt, daß die Reichen und Besitzenden genötigt werden sollen, die Gesetze zu achten, weigern sie sich, ihre Pflicht zu erfüllen.“

Die Bedeutung dieser Rebellion der Gutsherren gegen das „allmächtige“ (wie liberale Dummköpfe, besonders die liberalen Gelehrten dachten und

millionenmal sagten) Parlament in England ist außerordentlich groß. Der 21. März 1914, der Tag, an dem die edlen Lords und Gutsherren Englands die englische Verfassung und die englische Gesetzlichkeit in Scherben schlugen und so eine prächtige Lektion über den Klassenkampf gaben, wird zum Tage einer welthistorischen Wende werden.

Diese Lektion ergab sich aus der Unmöglichkeit, die Schärfe der Gegensätze zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie Englands durch die halbschlüchtige, heuchlerische, gewunden-reformistische Politik der Liberalen zu mildern. Diese Lektion wird für die gesamte Arbeiterbewegung Englands nicht umsonst gewesen sein; die Arbeiterklasse wird jetzt den philisterhaften Glauben an das Stückchen Papier, das sich englische Gesetzlichkeit und Verfassung nennt und das die englischen Aristokraten vor den Augen des ganzen Volkes in Fetzen gerissen haben, rasch abstreifen.

Diese Aristokraten haben als Revolutionäre *von rechts* gehandelt und damit alle und jegliche Konventionen, alle Hüllen zerrissen, die das Volk daran hinderten, die unangenehme, aber unverkennbare Wirklichkeit des Klassenkampfes zu sehen. Alle haben das gesehen, was von der Bourgeoisie und den Liberalen heuchlerisch verheimlicht wurde (sie sind immer und überall heuchlerisch, doch ist die Heuchelei kaum irgendwo bis zu einem solchen Ausmaß und zu solcher Verfeinerung gediehen wie in England). Alle haben gesehen, daß die Verschwörung mit dem Ziel, den Willen des Parlaments zu brechen, von langer Hand vorbereitet worden war. Die wirkliche Klassenherrschaft lag und liegt *außerhalb* des Parlaments. Die obenerwähnten mittelalterlichen Institutionen, die lange nicht mehr in Tätigkeit waren (richtiger: nicht in Tätigkeit zu sein schienen), traten rasch in Tätigkeit und erwiesen sich *stärker* als das Parlament. Und die kleinbürgerlichen Liberalen Englands, mit ihren die Arbeiter einschläfernden Reden von Reformen und von der Macht des Parlaments, erwiesen sich in Wirklichkeit als Nullen, als Marionetten, die man zur Verdummung des Volkes auftreten läßt, die aber unverzüglich *in die Schranken* *gewiesen* wurden von der Aristokratie, die die *Macht* in den Händen hat.

Wieviel Bücher sind nicht schon, insbesondere von deutschen und russischen Liberalen, zur Lobpreisung der Gesetzlichkeit und des sozialen Friedens in England geschrieben worden! Es ist ja bekannt, daß es die historische Berufung der deutschen und russischen Liberalen ist, sich sklavisch vor dem zu verbeugen, was sich aus dem Klassenkampf in England

und Frankreich ergeben hat, und die Resultate dieses Kampfes als „Wahrheiten der Wissenschaft“ auszurufen, die „über den Klassen“ stehe. In Wirklichkeit jedoch waren „die Gesetzlichkeit und der soziale Friede“ Englands nur ein kurzlebiges Resultat der Lethargie des englischen Proletariats, etwa von den Jahren um 1850 bis um 1900.

Die Monopolstellung Englands ist zu Ende. Die Weltkonkurrenz hat sich verschärft. Eine Teuerung ist hereingebrochen. Die Verbände der großen Kapitalisten haben die kleinen und mittleren Unternehmer erdrückt und sich mit voller Wucht auf die Arbeiter gestürzt. Wieder auf neue ist das englische Proletariat erwacht, wie Ende des 18. Jahrhunderts, wie im Chartismus der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Die Verfassungskrise des Jahres 1914 wird eine wichtige Etappe in der Geschichte dieses Erwachens sein.

„Put Prawdy“ Nr. 57,  
10. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## EINHEIT

In Petersburg sind bereits drei Nummern der Zeitschrift „Borba“ erschienen, die sich als „nichtfraktionell“ bezeichnet. Die Hauptlinie dieser Zeitschrift ist die Verfechtung der Einheit.

Einheit mit wem? – *Mit den Liquidatoren.*

Im letzten Heft der „Borba“ findet man zwei Artikel zur Verteidigung der *Einheit mit den Liquidatoren.*

Der erste Artikel stammt aus der Feder des bekannten Liquidators J. Larin. Das ist derselbe Larin, der unlängst in einem Organ der Liquidatoren schrieb:

„Die Säuberung des Weges der kapitalistischen Entwicklung von den absolutistischen Überresten wird ohne jede Revolution vor sich gehen . . . Die auf der Tagesordnung stehende Aufgabe besteht darin, . . . breite Kreise mit der richtungweisenden Idee zu durchdringen, daß sich die Arbeiterklasse in der nun eingetretenen Periode organisieren muß, aber nicht ‚für die Revolution‘, nicht ‚in Erwartung der Revolution‘. . .“

Dieser nämliche Liquidator verfißt also jetzt in der „Borba“ die Einheit und schlägt die Form dazu vor: *eine Föderation.*

Die Föderation ist ein Abkommen gleichberechtigter Organisationen. Larin schlägt also vor, bei der Bestimmung der Taktik der Arbeiterklasse den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, die auf dem Standpunkt der „uneingeschränkten Losungen“ stehen, *gleichzustellen* mit dem Willen der unbedeutenden Grüppchen von Liquidatoren, die mehr oder weniger auf dem Standpunkt stehen, der in den soeben zitierten Worten zum Ausdruck kommt. Nach dem schlaue erdachten Plan des Liquidators Larin wird der Mehrheit der Arbeiter das Recht entzogen, irgendeinen

Schritt zu unternehmen, bevor sie dazu die Einwilligung der Herren Liquidatoren von der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ erhält.

Die Arbeiter haben die Liquidatoren zurückgewiesen, und jetzt sollen diese nach dem Plan des Liquidators Larin mit Hilfe der Föderation wiederum eine führende Bedeutung gewinnen. Die von Larin vorgeschlagene Föderation ist somit ganz einfach ein Versuch, den Arbeitern von neuem den Willen der von der Arbeiterbewegung bereits zurückgewiesenen Liquidatoren aufzuzwingen. Man hat uns durch die Tür nicht hineingelassen, sagen sich die Liquidatoren – kriechen wir also durchs Fenster und bezeichnen wir diese faktische Verletzung des Willens der Arbeitermehrheit als „Einheit durch Föderation“.

Die Redaktion der Zeitschrift „Borba“ polemisiert gegen Larin. Die Föderation, d. h. eine allmähliche Verständigung zwischen Liquidatoren und Marxisten *als gleichberechtigten Partnern*, befriedigt diese Redaktion nicht.

Sie will nicht eine Verständigung mit den Liquidatoren, sondern eine neue Verschmelzung mit ihnen „auf der Grundlage gemeinsamer taktischer Beschlüsse“. Das bedeutet: Die gewaltige Mehrheit der Arbeiter, die sich auf dem Boden der taktischen Linie des „Put Prawdy“ zusammengeschlossen hat, soll um der *gemeinsamen Taktik mit den Liquidatoren* willen ihre Beschlüsse *aufgeben*.

Die Taktik, die von den klassenbewußten Arbeitern ausgearbeitet und durch die Erfahrung der gesamten Bewegung der letzten Jahre der Probe unterzogen wurde, soll nach der Ansicht der Redaktion der „Borba“ beiseite geschoben werden. Wofür? Um den taktischen Plänen der Liquidatoren, um den Ansichten, die sowohl von den Arbeitern selbst als auch durch den ganzen Gang der Ereignisse verurteilt worden sind, den Platz zu räumen.

Eine völlige Mißachtung des Willens, der Beschlüsse und der Ansichten der klassenbewußten Arbeiter – das ist es, was der Propaganda der Redaktion der „Borba“ für die Einheit mit den Liquidatoren zugrunde liegt.

Der Wille der Arbeiter ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen. Jeder Mensch, der noch nicht den Verstand verloren hat, vermag genau anzugeben, mit welcher Taktik die gewaltige Mehrheit der Arbeiter sympathisiert. Nun aber kommt der Liquidator Larin und erklärt: Der Wille der Mehrheit der Arbeiter ist für mich eine Lappalie; diese Mehrheit soll

Platz machen und den Willen des Grüppchens der Liquidatoren als gleichberechtigt und gleichwertig mit dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter anerkennen.

Und nach dem Liquidator kommt der Versöhnler von der „Borba“ und erklärt: Die Arbeiter haben sich eine bestimmte Taktik ausgearbeitet und arbeiten an ihrer Durchführung? Lappalien. Sie sollen auf diese erprobte Taktik um der *gemeinsamen taktischen Beschlüsse mit den Liquidatoren* willen verzichten.

Eben diese Verletzung des klar ausgesprochenen Willens der Mehrheit der Arbeiter, zu dem Zweck, den Liquidatoren einen gleichberechtigten Platz einzuräumen, bezeichnen die Versöhnler von der Zeitschrift „Borba“ als *Einheit*.

Doch das ist keine Einheit, sondern eine Verhöhnung sowohl der Einheit als auch des Willens der Arbeiter.

Die marxistischen Arbeiter fassen die Einheit nicht so auf.

Mit liberalen Arbeiterpolitikern, mit Leuten, die die Arbeiterbewegung desorganisieren und den Willen der Mehrheit verletzen, kann es keine Einheit geben, weder eine föderative noch irgendeine andere. Geben kann und soll es eine Einheit aller konsequenten Marxisten, aller Verfechter der marxistischen Gesamtheit und der uneingeschränkten Losungen, unabhängig von den Liquidatoren und ohne sie.

Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die *Einheit unter den Marxisten*, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.

Und wir müssen jeden, der von der Einheit spricht, fragen: Einheit mit wem? Mit den Liquidatoren? Dann haben wir nichts miteinander zu schaffen.

Wenn aber von einer tatsächlich marxistischen Einheit die Rede ist, so werden wir sagen: Seit dem Bestehen der prawdistischen Zeitungen rufen wir zum Zusammenschluß aller Kräfte des Marxismus auf, zur Einheit von unten, zur Einheit in der praktischen Arbeit.

Kein Liebäugeln mit den Liquidatoren, keine diplomatischen Verhandlungen mit den Zirkeln derer, die die Gesamtheit zerstören – alle Kräfte für den Zusammenschluß der marxistischen Arbeiter auf dem Boden der marxistischen Losungen, auf dem Boden der marxistischen Gesamtheit. Als ein Verbrechen werden die klassenbewußten Arbeiter jeglichen Ver-

---

such betrachten, ihnen den Willen der Liquidatoren aufzuzwingen, und als ein ebensolches Verbrechen werden sie die Zersplitterung der Kräfte der wirklichen Marxisten betrachten.

Denn die Grundlage der Einheit ist die Klassendisziplin, die Anerkennung des Willens der Mehrheit, die einmütige Arbeit in den Reihen dieser Mehrheit und in gleichem Schritt mit ihr. Wir werden nicht müde werden, alle Arbeiter zu dieser Einheit, zu dieser Disziplin, zu dieser einmütigen Arbeit aufzurufen.

*„Put Prawdy“ Nr. 59,  
12. April 1914.*

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

## DIE ORGANISIERTEN MARXISTEN ZUM EINGREIFEN DES INTERNATIONALEN BÜROS

Es wird uns mitgeteilt, daß im Internationalen Büro die Antwort der organisierten Marxisten auf den Vorschlag des Büros, in die Angelegenheiten der russischen Sozialdemokratie einzugreifen, eingegangen ist.<sup>68</sup> Wir geben im folgenden die wesentlichen Teile dieser Antwort wieder.

\*

Die Vertretung der organisierten Marxisten Rußlands hält es nach Empfang der „Beilage“ zu Nr. 11 des „Periodischen Bulletins des Internationalen Büros“ für ihre Pflicht, dem Internationalen Büro und seinem Exekutivkomitee für die Unterstützung der Arbeiterbewegung und für seine Sorge um ihre Stärkung und Festigung durch Sicherung ihrer Einheit ihren tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Die Lage der Dinge bei den russischen Marxisten ist gegenwärtig folgende.

Die allgemeine Lage der Dinge in den Jahren 1907/1908 hatte unter den Marxisten eine gewaltige ideologische Krise und den Zerfall ihrer Organisationen hervorgerufen. Sowohl im Jahre 1908 als auch im Jahre 1910 haben die organisierten Marxisten in aller Form das Vorhandensein einer Lehre der *Liquidatoren* festgestellt, die die alte Partei liquidieren, verneinen und von einer neuen, legalen Partei träumen. Diese Strömung ist durch einen Beschluß in aller Form entschieden und unwiderruflich verurteilt worden. Die Liquidatoren fügten sich jedoch den Beschlüssen nicht und setzten ihre splalterische und die „Gesamtheit“ zerstörende Tätigkeit fort.



Im Januar 1912 wurde die marxistische Gesamtheit *gegen* die Liquidatoren wiederhergestellt, und diese wurden für außerhalb dieser Gesamtheit stehend erklärt.

Seit jener Zeit hat sich die erdrückende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands auf dem Boden der im Januar 1912 gefaßten Beschlüsse und um die damals gewählte leitende Instanz zusammengeschlossen. Diese allen Arbeitern Rußlands bekannte Tatsache kann und muß angesichts der unglaublich vielen, völlig haltlosen und der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Behauptungen, die von den Liquidatoren und den zersplitterten Auslandsgruppen verbreitet werden, durch objektive Tatsachen erhärtet werden:

1. Das russische Wahlgesetz sondert die Arbeiter in eine besondere Arbeiterkurie aus. Von den Abgeordneten der Reichsduma, die von dieser Kurie gewählt wurden, waren Bolschewiki: in der II. Duma (1907) 47%, in der III. Duma (1907–1912) 50% und in der IV. Duma (1912–1914) 67%.

Die Wahlen zur IV. Duma fanden im September 1912 statt, und die errungene Mehrheit (%) bewies den vollen Sieg des organisierten Marxismus über das Liquidatorentum.

2. Im April 1912 entstand die marxistische Tageszeitung „Prawda“. Die Liquidatoren gründeten gegen sie, ebenfalls in Petersburg, das Konkurrenz- und Spalterblatt „Lutsch“. Im Verlauf zweier Jahre, vom 1. Januar 1912 bis zum 1. Januar 1914, ist die Zeitung der Liquidatoren mit all ihren Helfern in Gestalt zahlreicher Auslandsgruppen und des „Bund“ laut Berichten dieser Zeitung selbst von 750 Arbeitergruppen unterstützt worden, während die für die marxistische Linie kämpfende „Prawda“ in derselben Zeit 2801 Arbeitergruppen um sich vereinigte.

3. Anfang 1914 fanden in Petersburg unter den den Krankenkassen angehörenden Arbeitern die Wahlen zum Gesamtrussischen Versicherungsrat und zur Hauptstadtischen Versicherungsbehörde statt. In die erste Institution wählten die Arbeiter 5 Mitglieder und 10 Stellvertreter, in die zweite 2 Mitglieder und 4 Stellvertreter. In beiden Fällen ist die *Wahl*liste der Anhänger der „Prawda“ vollständig durchgekommen. Bei den letzten Wahlen stellte der Vorsitzende fest, daß die Zahl der Anhänger der „Prawda“ 37 Personen, die der Liquidatoren 7 Personen,

die der Volkstümler 4 Personen und der sich der Stimme Enthaltenden 5 Personen betrug.

Wir beschränken uns auf diese ganz kurzen Tatsachenangaben. Aus ihnen geht hervor, daß die tatsächliche Einheit der Marxisten in Rußland stete Fortschritte macht und bereits zum Zusammenschluß der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter auf dem Boden der Beschlüsse vom Januar 1912 geführt hat.

Weiter geht das Dokument zur Charakteristik der desorganisierenden Tätigkeit einzelner Auslandsgruppen und der Liquidatoren über, die hartnäckig versuchen, den *Willen* der Mehrheit der Arbeiter Rußlands zu *durchkreuzen*.

Es sind im Ausland heute, außer den Parteitreuen und den Liquidatoren, nicht weniger als *fünf* abgesonderte *russische* sozialdemokratische Gruppen tätig, die nationalen nicht gerechnet. Im Verlauf zweier voller Jahre, 1912 und 1913, hat sich nirgends auch nur ein Schatten objektiver Angaben über eine Verbindung dieser Auslandsgruppen mit der Arbeiterbewegung in Rußland gezeigt. Die Liquidatoren gründeten im August 1912 den sogenannten „Augustblock“, dem unter anderen Trotzki, der „Bund“ und die lettische Sozialdemokratie angehörten. Auf den fiktiven Charakter dieses „Blocks“, der faktisch die Liquidatoren deckte, ist schon längst hingewiesen worden. Jetzt ist dieser „Block“ endgültig zerfallen: der im Februar 1914 abgehaltene Kongreß der lettischen Sozialdemokratie hat beschlossen, seine Vertreter aus dem Block abzuberufen, da dieser Block sich nicht gegen die Liquidatoren abgegrenzt hat. Auch Trotzki gründete im Februar 1914 eine Zeitschrift seiner Gruppe, in der er seine Rufe nach Einheit mit seinem *Abfall* vom Augustblock bekräftigt!

Das „Organisationskomitee“, das gegenwärtig den „Augustblock“ vertritt, ist eine reine Fiktion, und es versteht sich von selbst, daß es unmöglich ist, mit dieser Fiktion in irgendwelche Beziehungen zu treten. Wenn die Liquidatoren von „Einheit“ und „Gleichberechtigung“ reden, so muß bemerkt werden, daß die erste Aufgabe der Anhänger der Einheit die ist, auf die Desorganisation der Arbeiter, die sich als gewaltige Mehrheit zusammengeschlossen haben, zu verzichten und sich von den Liquidatoren, den Zerstörern der „Gesamtheit“, entschieden loszusagen. Die Reden über die „Einheit“ sind im Munde der Liquidatoren ein ebensolcher Hohn auf die wirkliche Einheit der Mehrheit der Arbeiter Rußlands, als wenn

die „Partei Allemane-Cambier“ in Frankreich oder die „PPS“ in Deutschland von Einheit redeten.

Weiter wenden sich die Verfasser an das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros mit der dringenden Bitte, den „Meinungsaustausch zwischen allen Fraktionen der Sozialdemokratie über die strittigen Fragen“ (Resolution der Tagung des Internationalen Büros vom Dezember 1913) aus allen Kräften zu beschleunigen, damit der ganze fiktive Charakter des „Augustblocks“ und des „Organisationskomitees“ der Liquidatoren sowie ihre ganze desorganisierende Tätigkeit gegen die geschlossene Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands vor einem unparteiischen Kollegium vor der Internationale entlarvt werden.

„Put Prawdy“ Nr. 61,  
15. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE NATIONALE GLEICHBERECHTIGUNG

Die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands hat in Nr. 48 des „Put Prawdy“ (vom 28. März) einen Gesetzentwurf über die nationale Gleichberechtigung oder, wie der offizielle Titel lautet, einen „Gesetzentwurf über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind“\*, veröffentlicht.

Die russischen Arbeiter können und dürfen über der Unruhe und den Widerwärtigkeiten, die der Kampf ums Dasein und ums tägliche Brot mit sich bringt, nicht die nationale Unterdrückung vergessen, unter deren Joch viele Dutzend Millionen „Fremdstämmiger“ in Rußland schmachten. Die herrschende Nationalität – die Großrussen – bildet etwa 45 Prozent der gesamten Bevölkerung des Reiches. Von 100 Einwohnern gehören mehr als 50 zu den „Fremdstämmigen“.

Und diese ganze Bevölkerungsmasse lebt in Verhältnissen, die noch unmenschlicher sind als die der russischen Menschen.

Die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten ist die Politik der *Trennung* der Nationen. Sie ist gleichzeitig die Politik der systematischen *Demoralisierung* des Volksbewußtseins. Die Interessen der verschiedenen Nationen in Gegensatz bringen, das Bewußtsein der unaufgeklärten und unterdrückten Massen vergiften, darauf gründen sich alle Pläne der Schwarzhunderter. Nehmt ein beliebiges Schwarzhunderterblättchen, und ihr werdet sehen, daß die Verfolgung der „Fremdstämmigen“, daß die Entfachung des gegenseitigen Mißtrauens zwischen dem russischen Bauern, dem russischen Kleinbürger, dem russischen Handwerker und dem jüdischen, finnischen, polnischen, georgischen, ukrainischen Bauern, Klein-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 166–168. *Die Red.*

bürger und Handwerker das tägliche Brot der ganzen Schwarzhunderterbande ist.

Der Arbeiterklasse tut aber *nicht die Trennung, sondern die Einigkeit* not. Es gibt für sie keinen ärgeren Feind als die barbarischen Vorurteile und den Aberglauben, die von den Feinden der Arbeiterklasse in die un-aufgeklärte Masse hineingetragen werden. Die Unterdrückung der „Fremdstämmigen“ ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits schlägt es die „Fremdstämmigen“, andererseits das russische Volk.

Und deshalb muß sich die Arbeiterklasse aufs entschiedenste gegen jede wie immer geartete Unterdrückung der Nationalitäten aussprechen.

Der Agitation der Schwarzhunderter, die bemüht sind, die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die Hetze gegen die Fremdstämmigen abzulenken, muß sie ihre Überzeugung von der Notwendigkeit der vollen Gleichberechtigung und des vollständigen und endgültigen Verzichts auf jedes Privileg für jedwede Nation entgegenstellen.

Eine besonders gehässige Agitation wird von den Schwarzhundertern gegen die Juden betrieben. Die Purischkewitsch versuchen, das jüdische Volk zum Sündenbock für alle ihre eigenen Sünden zu machen.

Es ist daher ganz richtig, wenn die SDA-Fraktion Rußlands den ersten Platz in ihrem Gesetzentwurf der *jüdischen* Rechtlosigkeit einräumt.

Die Schule, die Presse, die Parlamentstribüne, alles, alles wird ausgenutzt, um einen finsternen, wilden, grimmigen Haß gegen die Juden auszusäen.

Mit diesem schmutzigen, niederträchtigen Werk befaßt sich nicht nur der Auswurf der Schwarzhunderter, sondern auch reaktionäre Professoren, Gelehrte, Journalisten und Abgeordnete befassen sich damit. Millionen und Milliarden Rubel werden verschwendet, um das Bewußtsein des Volkes zu vergiften.

Es ist Ehrensache für die *russischen* Arbeiter, den Gesetzentwurf der SDA-Fraktion Rußlands gegen die nationale Unterdrückung durch viele Tausende proletarische Unterschriften und Erklärungen zu unterstützen . . . Das wird mehr als alles andere die *vollkommene* Einheit und den Zusammenschluß aller Arbeiter Rußlands ohne Unterschied der Nationalität festigen.

„Put Prawdy“ Nr. 62,  
16. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE LIQUIDATOREN UND DIE LETTISCHE ARBEITERBEWEGUNG

Der kürzlich gefaßte Beschluß aller organisierten lettischen Arbeiter, durch den das Liquidatorentum verurteilt und die marxistische Linie unterstützt wird, hat dem „Augustblock“ einen entscheidenden Schlag versetzt, da er zeigte, daß alle proletarischen Elemente früher oder später mit den Liquidatoren brechen. Die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ versucht mit allen Kräften, um diese unangenehme Tatsache „herumzureden“. An diese nicht leichte Aufgabe haben sich L. M. und Th. D. gemacht.

Auf das von den Liquidatoren erhobene kleinliche Gezänk werden wir nicht antworten. Für uns ist hier nur jene Seite der Sache wichtig, die von organisatorisch-politischer Bedeutung ist.

Die Liquidatoren erklären: Gut, die lettischen Marxisten haben den „Augustblock“ verlassen, aber sie sind ja auch nicht zu den „Leninisten“ gegangen.

Ganz richtig, meine Herren! Die lettischen Marxisten sind tatsächlich *neutral* geblieben. Schon in unseren ersten Artikeln über die Beschlüsse der Letten haben wir gesagt, daß die Letten *nur den ersten Schritt* getan haben, daß sie eigentlich als *Versöhnler* aufgetreten sind.\*

Haben aber die Liquidatoren überlegt, was daraus folgt?

Wenn die Letten in der Tat *Versöhnler*, wenn sie Anhänger der Einheit um jeden Preis, wenn sie im organisatorischen Kampf *neutral* sind, so ist die politische Einschätzung des Liquidatorentums, die von den versöhnlerisch gestimmten lettischen Marxisten gegeben wurde, *für die Liquidatoren um so schmerzlicher*.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 172–176. *Die Red.*

Und diese Einschätzung ist in politischer Hinsicht durchaus klar und unzweideutig. Die lettischen Arbeiter haben den alten Beschluß, wonach das Liquidatorientum ein Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat ist, entschieden bestätigt. Sie erklärten, sich mit den Liquidatoren zu vereinigen bedeute, „in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren“ zu geraten.

Ja, meine Herren L. M. und Th. D., die Letten sind tatsächlich neutral geblieben, ja, sie haben die „versöhnlerischen“ Hoffnungen noch nicht aufgegeben, ja, sie haben noch nicht alle praktischen Schlußfolgerungen aus ihrer Position gezogen, ja, ihr Verhalten zu den Sie verteidigenden Gruppen war noch allzu milde. Aber gerade von diesen milden und neutralen Leuten haben Sie die Erklärung erhalten, daß Ihre liquidatorische Linie nur den Einfluß der *Bourgeoisie* auf die zurückgebliebenen Arbeiterschichten zum Ausdruck bringt.

Wie ergötzlich die Liquidatoren sich bei der Beurteilung der Beschlüsse der Letten verstrickt haben, geht aus Artikeln in der Zeitung der jüdischen Liquidatoren, „Zait“, hervor. Hier erzählt Herr Jonow in langatmigen Artikeln, daß „die lettischen Genossen nicht Anhänger der Spaltung, im Gegenteil, schärfste Gegner einer solchen Taktik sind“.

Und derselbe Verfasser erklärt, „der allgemeine Geist der Resolution“ (der Letten) „ist ohne jeden Zweifel Leninscher Geist. Sie“ (die Resolution) „beruht auf einem feindseligen Verhalten zum Liquidatorientum, auf der Anerkennung der Notwendigkeit des Kampfes dagegen“ („Zait“ Nr. 14).

Verständigen Sie sich untereinander, meine Herren Liquidatoren, und schreiben Sie irgendwie einheitlich.

Die Liquidatoren hoffen, die Letten werden noch einen Schritt zurück tun – zum Liquidatorientum. Wir hoffen, sie werden einen Schritt vorwärts machen – zur Position der russischen Marxisten. Wessen Hoffnungen in Erfüllung gehen – werden wir ja erleben. Wir überlassen dies ruhig dem Gang der lettischen und der gesamten Arbeiterbewegung Rußlands. Doch ist gegenwärtig eins erreicht: Die Letten haben dem „Augustblock“ einen tödlichen Schlag versetzt und das Liquidatorientum für eine bürgerliche Strömung erklärt.

Noch einige Worte zum Beschluß der Letten über die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion. Die sechs liquidatorisch gesinnten Abge-

ordneten haben keine direkte Antwort auf die Frage gegeben, ob sie die Bedingungen der Letten annehmen. Mit Hilfe des Herrn Th. D. versuchen sie, den Leuten, wie man so sagt, „blauen Dunst vorzumachen“. Das wird ihnen nicht gelingen.

Man betrachte die „Argumente“ des Herrn Th. D. Man zitiert ihm den (von den Letten *bestätigten*) Beschluß vom Jahre 1908 gegen die Vereinigung mit der Partei Jagiellos. Er aber antwortet mit dem Hinweis darauf, daß man in die Fraktion der II. Duma die . . . litauischen Sozialdemokraten aufgenommen habe. Der „kleine“ Unterschied besteht nur darin, daß die russischen Marxisten mehr als einmal beschlossen hatten, sich mit den Litauern zu *vereinigen*, während sie beschlossen hatten, sich mit der PPS *nicht zu vereinigen*, denn diese Partei ist *keine* marxistische. Der Unterschied besteht darin, daß die litauischen Abgeordneten mit voller Unterstützung aller Sozialdemokraten ihres Landes in die Duma einzogen, während Jagiello *gegen* den Willen der polnischen Sozialdemokraten, *gegen* den Willen der Mehrheit der Arbeiterwähler hineinkam.

Die Letten machten zur Bedingung für die Einheit die Anerkennung der gesamtrossischen Beschlüsse von 1908 und 1910, die das Liquidatorenentum als *bürgerliche* Strömung verurteilen. Nimmt die Fraktion Tschcheidse diese Bedingung an? Was hat ihr Verteidiger, Herr Th. D., zu diesem Punkt zu sagen? Nur das eine, daß „der Raummangel uns“ (d. h. ihm) „nicht erlaubt“, bei diesen gesamtrossischen Beschlüssen „zu verweilen“.

So werden wir denn warten, bis sich in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ mehr Raum findet, um endlich die Frage zu beantworten, wie sich diese Zeitung zu den Beschlüssen der marxistischen Gesamtheit aus den Jahren 1908 und 1910 stellt, die feststellen, daß das Liquidatorenentum eine bürgerliche Strömung ist.

Die Arbeiter werden aus diesen Ausflüchten der Liquidatoren zweifellos ihre Schlußfolgerungen ziehen und sich davon überzeugen, daß diese Leute für die Sache des Marxismus endgültig verloren sind.

„Put Prawdy“ Nr. 62,  
16. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.



## DIE FRONWIRTSCHAFT AUF DEM LANDE

Unsere Liberalen wollen es durchaus nicht wahrhaben, daß die Fronwirtschaft im russischen Dorf bis heute noch in unermesslich weitem Umfang besteht. Die Leibeigenschaft lebt noch. Denn wenn der halb zum Bettler gewordene Bauer mit seinem armseligen Vieh und seinen Geräten für den Gutsbesitzer arbeitet, da er durch erhaltene Darlehen oder durch Pacht von Land in völlige Abhängigkeit gebracht ist, so ist das eben der ökonomische Kern der Fronwirtschaft.

Unter dem Kapitalismus besitzt der Arbeiter weder Land noch Arbeitsmittel. Unter der Leibeigenschaft hat der ausgebeutete Arbeitsmensch sowohl Land als auch Arbeitsmittel, aber all das dient eben dazu, ihn zu knechten, ihn an den „gnädigen Herrn Gutsbesitzer“ zu ketten.

Und nun ist im Märzheft der Zeitschrift „Russkaja Mysl“, die dafür bekannt ist, daß sie die *Achtung* vor dem Gutsbesitzereigentum predigt, *versehentlich* die Wahrheit durchgeschlüpft.

„Sind die Verdingungen im Winter“, lesen wir dort, „nicht ein Widersinn in unserem Jahrhundert, dem Jahrhundert der Elektrizität und der Flugzeuge? Und doch gedeiht diese Form der Sklaverei und der Knechtschaft bis zum heutigen Tag weiter und spielt die Rolle eines Blutsaugers am Organismus der Bauernschaft.“

Die Verdingungen im Winter sind eine interessante und charakteristische Erscheinung in Rußland. Sie haben den aus der Zeit der Leibeigenschaft stammenden Begriff der ‚verpflichteten‘ Bauern in aller Frische bewahrt.“

Dies schreibt nicht irgendeine „linke“ Zeitung, sondern die Zeitschrift der konterrevolutionären Liberalen!

Die Zahl der „verpflichteten“ Höfe erreicht nach örtlichen Angaben für das Frühjahr 1913 zuweilen, z. B. im Gouvernement Tschernigow, 56 Prozent, d. h. fast *drei Fünftel* der Gesamtzahl der Höfe. Bei der Verdingung im Winter erhält aber der Bauer für seine Arbeit die  *Hälfte oder ein Drittel* dessen, was er bei Verdingung im Sommer erhält.

Wir haben es da mit einer rein fröherrlichen Knechtschaft und einem ausweglosen Elend der Bauern zu tun – neben jenen „Fortschritten“ wie Sonderland, Futterkräuteranbau, Einführung von Maschinen usw., über die manche naive Leute in solches Entzücken geraten. Bei Fortdauer der schrecklichen Verelendung und Knechtung der Bauernmassen verschlechtern diese Fortschritte in Wirklichkeit nur ihre Lage, erhöhen sie die Unvermeidlichkeit der Krise, vergrößern sie den Widerspruch zwischen den Erfordernissen des modernen Kapitalismus und den barbarischen, mittelalterlichen, asiatischen „Verdingungen im Winter“.

Die Halbpacht, die Bearbeitung des Bodens für die Hälfte der Ernte oder die Einbringung der Heuernte für ein Drittel des Schobers („auf Drittel“), stellt ebenfalls ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft dar. Der Umfang des von den Bauern gegen Halbpacht bearbeiteten Bodens erreicht nach den neuesten Angaben in verschiedenen Gebieten Rußlands 21–68% des bäuerlichen Eigenbesitzes. Und der Umfang der Heumahd auf Halbpacht ist noch größer: 50 bis 185% des bäuerlichen Eigenbesitzes! . . .

„In einigen Fällen“, lesen wir in der gemäßigt-liberalen Zeitschrift, „ist der Halbpächter, außer der Bezahlung der Bodennutzung mit der Hälfte der Ernte und beim Heu mit zwei Dritteln, verpflichtet, 1–2 Wochen *unbezahlte Arbeit* auf dem Gut zu leisten, meistens mit einem Pferd oder einem Halbwüchsigen.“

Wodurch unterscheidet sich denn das von der Leibeigenschaft? Der Bauer arbeitet gratis für den Gutsbesitzer und erhält von diesem Land in Halbpacht!

Unsere Liberalen betrachten die „Bauernfrage“ ständig vom Standpunkt des „Landmangels“ der Bauern oder der Notwendigkeit einer „staatlichen Regelung“ ihres Lebens oder der Zuteilung von Land nach dieser oder jener „Norm“ (darin sündigen auch die Volkstümler). Ein

solcher Standpunkt ist grundfalsch. Es handelt sich um den Klassenkampf auf der Grundlage frönherrlicher Wirtschaftsverhältnisse – das ist alles. Bei Aufrechterhaltung des heutigen Grundeigentums der Gutsbesitzer ist die Aufrechterhaltung der Knechtschaft, der Leibeigenschaft und, nach dem Ausdruck der „Russkaja Mysl“, der Sklaverei *unvermeidlich*. Hier werden keine „Reformen“ und keine politischen Änderungen helfen. Hier handelt es sich um das Grundeigentum einer Klasse, das jeden „Fortschritt“ zu einem Schnecken-tempo verurteilt, das die Masse der Bauern in niedergedrückte und an den „gnädigen Herrn“ gekettete Bettler verwandelt.

Nicht um die „Verbrauchs“- oder „Erzeuger“norm handelt es sich hier (all das ist volkstümlicher Unsinn), nicht um „Landmangel“, nicht um „Landzuteilung“ – es muß von der Beseitigung des frönherrlichen Klassenjochs gesprochen werden, das die kapitalistische Entwicklung des Landes hemmt. So und nur so kann man zum Verständnis der bekannten „Redensart“ der klassenbewußten russischen Arbeiter, der „Grundforderung“, gelangen.

„Put Prawdy“ Nr. 66,  
20. April 1914.

*Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.*

## AUS DER VERGANGENHEIT DER ARBEITERPRESSE IN RUSSLAND

Die Geschichte der Arbeiterpresse in Rußland ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der demokratischen und sozialistischen Bewegung. Deshalb kann man nur bei Kenntnis der Haupttappen der Befreiungsbewegung auch wirklich verstehen, warum die Vorbereitung und Entstehung der Arbeiterpresse gerade diesen und nicht irgendeinen anderen Weg gegangen ist.

Die Befreiungsbewegung in Rußland hat drei Haupttappen durchlaufen, entsprechend den drei Hauptklassen der russischen Gesellschaft, die der Bewegung ihren Stempel aufgedrückt haben: 1. Die Periode des Adels, ungefähr von 1825 bis 1861, 2. die der Rasnotschinzen oder die bürgerlich-demokratische, ungefähr von 1861 bis 1895, 3. die proletarische, von 1895 bis zur Gegenwart.

Die hervorragendsten Männer der Periode des Adels waren die Dekabristen und Herzen. Zu jener Zeit, unter der Leibeigenschaft, konnte von der Herausbildung einer Arbeiterklasse aus der Gesamtmasse des leibeigenen, rechtlosen, „niedereren“, „gemeinen“ Standes gar keine Rede sein. Die Vorläuferin der Arbeiterpresse (der proletarisch-demokratischen oder sozialdemokratischen Presse) war damals die allgemein-demokratische, unzensurierte Presse mit dem „Kolokol“<sup>69</sup> Herzens an der Spitze.

Wie die Dekabristen Herzen wachgerufen hatten, so halfen Herzen und sein „Kolokol“, die Rasnotschinzen wachzurufen, die gebildeten Vertreter der liberalen und demokratischen Bourgeoisie, die nicht dem Adel, sondern der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum, der Kaufmannschaft, der Bauernschaft angehörten. Die völlige Verdrängung der Adligen aus unserer Befreiungsbewegung durch die Rasnotschinzen hat, noch unter

der Leibeigenschaft, mit W. G. Belinski begonnen. Sein berühmter „Brief an Gogol“<sup>70</sup>, der das Fazit der literarischen Tätigkeit Belinskis zog, war eins der besten Erzeugnisse der unzensierten demokratischen Presse, die bis heute noch gewaltige, aktuelle Bedeutung bewahrt haben.

Die Abschaffung der Leibeigenschaft rief den Rasnotschiznen auf den Plan, als den wichtigsten, massenhaft auftretenden Träger sowohl der Befreiungsbewegung im allgemeinen als auch der demokratischen, unzensierten Presse im besonderen. Zur herrschenden Richtung wurde, dem Standpunkt der Rasnotschiznen entsprechend, die Volkstümplerbewegung. Sie war als soziale Strömung niemals imstande, sich nach rechts vom Liberalismus und nach links vom Anarchismus abzugrenzen. Doch Tschernyschewski, der nach Herzen die Anschauungen der Volkstümpler weiterentwickelte, machte gegenüber Herzen einen gewaltigen Schritt nach vorn. Tschernyschewski war ein weitaus konsequenterer und kämpferischerer Demokrat. Seine Werke atmen den Geist des Klassenkampfes. Er führte unnachsichtig die auf Entlarvung des Verrats des Liberalismus gerichtete Linie durch, die den Kadetten und Liquidatoren bis heute verhaßt ist. Obwohl sein Sozialismus utopisch war, übte er eine bemerkenswert tiefgreifende Kritik am Kapitalismus.

Die Epoche der sechziger und siebziger Jahre kennt eine ganze Reihe von unzensierten Presseerzeugnissen mit kämpferischem, demokratischem und utopisch-sozialistischem Inhalt, die bereits anfangen, in die „Massen“ zu gehen. Und unter den aktiven Kräften dieser Epoche nehmen die Arbeiter Pjotr Alexejew, Stepan Chalturin u. a. einen besonders hervorragenden Platz ein. Doch im allgemeinen Strom der Volkstümplerbewegung konnte sich die proletarisch-demokratische Strömung nicht herausbilden. Ihre Herausbildung wurde erst möglich, nachdem sich die Richtung des russischen Marxismus (die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, 1883) ideologisch formiert und nachdem die stetige, mit der Sozialdemokratie verbundene Arbeiterbewegung ihren Anfang genommen hatte (die Petersburger Streiks der Jahre 1895/1896).

Bevor wir jedoch zu dieser Epoche übergehen, mit der eigentlich die Arbeiterpresse in Rußland ihren Anfang nimmt, wollen wir Daten anführen, die den *klassenmäßigen* Unterschied zwischen den Bewegungen der drei genannten geschichtlichen Perioden anschaulich zeigen. Es sind dies die nach Ständen und Beschäftigungsarten (nach Klassen) geordneten

Angaben über die wegen Staats-(politischer) Verbrechen vor Gericht gestellten Personen.\* Von 100 solcher Personen waren:

	Adlige	Kleinbürger und Bauern	Bauern	Arbeiter	Intellektuelle
1827-1846	76	23	?	?	?
1884-1890	30,6	46,6	7,1	15,1	73,2
1901-1903	10,7	80,9	9,0	46,1	36,7
1905-1908	9,1	87,7	24,2	47,4	28,4

In der Periode des Adels, der Leibeigenschaft (1827-1846) stellen die Adligen, die eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung ausmachten, die gewaltige Mehrheit (76%) der „Politischen“. In der Periode der Volkstümpler, der Rasnotschizzen (1884-1890; für die sechziger und siebziger Jahre gibt es leider keine gleichartigen Angaben) rücken die Adligen in den Hintergrund, ergeben jedoch immerhin noch einen gewaltig hohen Prozentsatz (30,6%). Die Intellektuellen stellen die erdrückende Mehrzahl (73,2%) der Teilnehmer an der demokratischen Bewegung.

Die Periode von 1901 bis 1903, gerade die Zeit der ersten politischen marxistischen Zeitung, der alten „Iskra“ [Der Funke], ergibt bereits ein Überwiegen der Arbeiter (46,1%) gegenüber den Intellektuellen (36,7%), bei völliger Demokratisierung der Bewegung (10,7% Adlige und 80,9% „Nichtprivilegierte“).

Vorgreifend bemerken wir, daß die Periode der ersten Massenbewegung (1905-1908) eine Veränderung *nur* im Sinne der Verdrängung der Intellektuellen (28,4 gegenüber 36,7%) durch die Bauernschaft (24,2 gegenüber 9%) aufweist.

Begründer der Sozialdemokratie in Rußland ist die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, die im Jahre 1883 im Ausland entstand. Die literarischen Erzeugnisse dieser Gruppe, die unzensiert im Ausland gedruckt wurden, begannen zum erstenmal mit der systematischen und alle praktischen Schlußfolgerungen enthaltenden Darlegung der marxistischen Idee, die, wie die Erfahrung in der ganzen Welt gezeigt hat, allein das Wesen der Arbeiterbewegung und ihre Aufgaben richtig zum Ausdruck bringen. Im Laufe von 12 Jahren, von 1883 bis 1895, war wohl der einzige Versuch zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpresse in Rußland die

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 294-296, russ. *Die Red.*

Herausgabe der natürlich unzensierten sozialdemokratischen Zeitung „Rabotschi“ im Jahre 1885 in Petersburg; doch von dieser Zeitung erschienen nur zwei Nummern. Das Fehlen einer proletarischen Massenbewegung machte eine großzügige Entwicklung der Arbeiterpresse unmöglich.

Seit 1895/1896, seit der Zeit der berühmten Petersburger Streiks, setzt die proletarische Massenbewegung mit Beteiligung der Sozialdemokratie ein. Gerade diese Zeit ist im eigentlichen Sinne des Wortes die Zeit der Entstehung der Arbeiterpresse in Rußland. Die Haupterzeugnisse der Arbeiterpresse waren damals unzensierte Flugblätter, die zum größten Teil nicht gedruckt, sondern hektographiert wurden und der „ökonomischen“ (aber auch der nichtökonomischen) Agitation dienten, d. h. der Darlegung der Nöte und Forderungen der Arbeiter verschiedener Fabriken und Industriezweige. Es versteht sich von selbst, daß diese Literatur ohne die aktivste Teilnahme der fortschrittlichen Arbeiter an ihrer Herstellung und Verbreitung nicht hätte bestehen können. Von den Petersburger Arbeitern, die zu jener Zeit tätig waren, kann man Wassili Andrejewitsch Schelgunow nennen, der später erblindete und damit der Möglichkeit beraubt wurde, so aktiv wie vorher zu arbeiten, sowie Iwan Wassiljewitsch Babuschkin, den glühenden „Iskristen“ (1900–1903) und „Bolschewik“ (1903–1905), der Ende 1905 oder Anfang 1906 wegen Beteiligung am Aufstand in Sibirien erschossen wurde.

Herausgegeben wurden die Flugblätter von sozialdemokratischen Gruppen, Zirkeln und Organisationen, die von Ende 1895 an zum größten Teil den Namen „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ anzunehmen begannen. Im Jahre 1898 gründete denn auch der Parteitag der Vertreter der sozialdemokratischen lokalen Organisationen die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“.

Unmittelbar nach den Flugblättern begannen unzensierte Arbeiterzeitungen zu erscheinen, z. B. in St. Petersburg im Jahre 1897 der „S.-Peterburgski Rabotschi Listok“<sup>71</sup> und ebendort die „Rabotschaja Mysl“ [Arbeitergedanke], die bald darauf ins Ausland verlegt wurde. Die örtlichen sozialdemokratischen Zeitungen bestehen seit dieser Zeit fast ohne Unterbrechung bis zur Revolution unzensiert – natürlich wurden sie immer wieder vernichtet, sie entstanden aber immer wieder von neuem an allen Ecken und Enden Rußlands.

Alles in allem sind die Flugblätter der Arbeiter und die sozialdemokratischen Zeitungen jener Zeit, d. h. vor 20 Jahren, die direkten und unmittelbaren Vorläufer der heutigen Arbeiterpresse: die gleichen „Entwühlungen“ der Zustände in den Fabriken, die gleiche Chronik des „ökonomischen“ Kampfes, die gleiche prinzipielle Beleuchtung der Aufgaben der Arbeiterbewegung vom Standpunkt des Marxismus und des konsequenten Demokratismus und schließlich *die gleichen zwei Hauptrichtungen* in der Arbeiterpresse, die marxistische und die opportunistische.

Eine bemerkenswerte Tatsache, die bis heute bei weitem noch nicht genügend gewürdigt wurde, ist die: sobald in Rußland eine proletarische Massenbewegung entstand (1895/1896), zeigte sich sofort die Trennung in eine marxistische und eine opportunistische Richtung, eine Trennung, die Form, Ausdruck usw. wechselt, in ihrem Wesen aber von 1894 bis 1914 dieselbe bleibt. Offenbar gibt es tiefgehende soziale, klassenmäßige Wurzeln gerade für diese und nicht irgendeine andere Trennung und für den inneren Kampf unter den Sozialdemokraten.

Die oben erwähnte „Rabotschaja Mysl“ vertrat die damalige *opportunistische* Richtung, den sogenannten „Ökonomismus“. In den Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung im Lande zeichnete sich diese Richtung schon in den Jahren 1894/1895 ab. Und im Ausland, wo das Erwachen der russischen Arbeiter schon vom Jahre 1896 an zu einem ungeheuren Aufblühen der sozialdemokratischen Literatur führte, endete das Auftreten und der Zusammenschluß der „Ökonomen“ mit der Spaltung im Frühjahr 1900 (d. h. noch vor Entstehung der „Iskra“, deren erste Nummer ganz zu Ende des Jahres 1900 erschien).

Die Geschichte der Arbeiterpresse in den zwei Jahrzehnten von 1894 bis 1914 ist die Geschichte zweier Richtungen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie (richtiger: in der Sozialdemokratie Rußlands). Um die Geschichte der Arbeiterpresse in Rußland zu verstehen, muß man nicht nur und sogar nicht so sehr die Namen der verschiedenen Presseorgane kennen, Namen, die dem heutigen Leser nichts sagen und ihn nur verwirren, sondern vielmehr den *Inhalt*, den Charakter, die ideologische Linie der verschiedenen Teile der Sozialdemokratie.

Die wichtigsten Organe der „Ökonomen“ waren die „Rabotschaja Mysl“ (1897–1900) und das „Rabotscheje Delo“ [Arbeitersache] (1898 bis 1901). An der Spitze des „R. Delo“ standen B. Kritschewski, der in der



Folge zu den Syndikalisten übergang, A. Martynow, ein bekannter Menschewik und jetzt Liquidator, und Akimow, heute „unabhängiger Sozialdemokrat“ und in allem Wesentlichen mit den Liquidatoren einverstanden.

Gegen die Ökonomen kämpften anfangs nur Plechanow und die ganze Gruppe „Befreiung der Arbeit“ (die Zeitschrift „Rabotnik“ [Der Arbeiter] usw.), später die „Iskra“ (von 1900 bis August 1903, bis zum II. Parteitag der SDAPR). Worin bestand nun das Wesen des „Ökonomismus“?

Die „Ökonomen“ verfochten in Worten besonders energisch den Massencharakter der Arbeiterbewegung und die eigene freie Betätigung der Arbeiter, wobei sie die erstrangige Bedeutung der „ökonomischen“ Agitation betonten und Mäßigung oder Allmählichkeit beim Übergang zur politischen Agitation verlangten. Wie der Leser sieht, sind das dieselben beliebten Wörtchen, mit denen auch die Liquidatoren Staat machen. In Wirklichkeit aber betrieben die „Ökonomen“ eine liberale Arbeiterpolitik, deren Kern einer der damaligen Führer des „Ökonomismus“, Herr S. N. Prokopowitsch, kurz so ausdrückte: „Für die Arbeiter ist der ökonomische, für die Liberalen der politische Kampf da.“ In Wirklichkeit waren die „Ökonomen“, die am meisten von der eigenen freien Betätigung der Arbeiter und dem Massencharakter der Bewegung Aufhebens machten, ein opportunistischer, kleinbürgerlich-intelligenzlerischer Flügel der Arbeiterbewegung.

Die überwiegende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter, die schon in den Jahren 1901–1903 von 100 wegen Staatsverbrechen vor Gericht angeklagten Personen 46 stellten, gegenüber 37 Intellektuellen, stellte sich auf die Seite der alten „Iskra“ gegen den Opportunismus. Im Verlauf der dreijährigen Tätigkeit (1901–1903) der „Iskra“ wurden auf der Grundlage des konsequenten Marxismus sowohl das Programm der sozialdemokratischen Partei als auch die Grundlagen ihrer Taktik sowie die Formen der Verbindung des ökonomischen und des politischen Kampfes der Arbeiter ausgearbeitet. In den Jahren vor der Revolution nahm die um die „Iskra“ gescharte und unter ihrer ideologischen Führung stehende Arbeiterpresse an Umfang gewaltig zu. Die Zahl der unzensurierten Flugblätter und illegalen Druckereien war außerordentlich groß und stieg an allen Ecken und Enden Rußlands rasch an.

Der vollständige Sieg der „Iskra“ über den „Ökonomismus“, der proletarisch-konsequenten über die opportunistisch-intelligenzlerische Taktik im Jahre 1903 führte zu einem neuen, verstärkten Zustrom von „Mitläufern“ der Sozialdemokratie in ihre Reihen, worauf der Opportunismus wiedererstand, *innerhalb der „Iskra“-Richtung*, als ihr Bestandteil, als „Menschewismus“.

Der Menschewismus formierte sich auf dem II. Parteitag der SDAPR (August 1903) aus der *Minderheit der „Iskristen“* (daher auch die Bezeichnung Menschewismus\*) und aus *allen opportunistischen Gegnern der „Iskra“*. Die „Menschewiki“ kehrten zum „Ökonomismus“ zurück, natürlich in etwas erneuerter Form; sämtliche „Ökonomisten“, die in der Bewegung verblieben waren, an ihrer Spitze A. Martynow, füllten die Reihen der „Menschewiki“.

Hauptorgan des „Menschewismus“ wurde die *neue „Iskra“*, die vom November 1903 an unter einer anders zusammengesetzten Redaktion erschien. „Zwischen der alten und der neuen ‚Iskra‘ liegt ein Abgrund“, erklärte offen der damalige fanatische Menschewik Trotzki. Die Hauptorgane der „Bolschewiki“, die, getreu der alten „Iskra“, die Taktik des konsequenten Marxismus vertraten, waren der „Wperjod“ und der „Proletari“<sup>72</sup> (1905).

Ein Prüfstein für die beiden Hauptrichtungen in der Sozialdemokratie und in der Arbeiterpresse, die menschewistische und die bolschewistische, vom Standpunkt der tatsächlichen Verbindung mit den Massen und der Verkörperung der Taktik der proletarischen Massen, waren die Revolutionsjahre 1905–1907. Die legale sozialdemokratische Presse hätte im Herbst 1905 nicht mit einem Schlage entstehen können, wenn nicht die eng mit den Massen verbundene Tätigkeit der fortgeschrittenen Arbeiter den Boden für eine solche Presse vorbereitet hätte. Und wenn die legale sozialdemokratische Presse sowohl im Jahre 1905 als auch 1906 und 1907 die Presse *zweier* Richtungen und zweier Fraktionen war, so kann das wiederum nicht anders erklärt werden als durch den Unterschied zwischen der kleinbürgerlichen und der proletarischen Linie in der Arbeiterbewegung jener Epoche.

Die legale Arbeiterpresse trat in allen drei Perioden des Aufschwungs und der verhältnismäßigen „Freiheit“ auf: sowohl im Herbst 1905 (die

\* Abgeleitet von russ. menschinstwo – die Minderheit. *Der Übers.*

„Nowaja Shisn“<sup>73</sup> der Bolschewiki und das „Natschalo“<sup>74</sup> der Menschewiki, um nur die wichtigsten der zahlreichen Organe zu nennen) als auch im Frühjahr 1906 („Wolna“, „Echo“<sup>75</sup> usw. bei den Bolschewiki, „Narodnaja Duma“<sup>76</sup> u. a. bei den Menschewiki) sowie im Frühjahr 1907.

Das Wesen der menschewistischen Taktik in dieser Epoche hat unlängst L. Martow selbst mit den Worten ausgedrückt: „Der Menschewismus sah für das Proletariat keine andere Möglichkeit einer fruchtbaren Betätigung in dieser Krise als die Unterstützung der bürgerlich-liberalen Demokratie bei ihren Versuchen, den reaktionären Teil der besitzenden Klassen von der Staatsmacht zu verdrängen – eine Unterstützung freilich, bei deren Gewährung das Proletariat seine volle politische Selbständigkeit behalten muß.“ (Rubakin, „Unter Büchern“, Bd. II, S. 772.) Eben diese Taktik der „Unterstützung“ der Liberalen bedeutete in Wirklichkeit die *Abhängigkeit* der Arbeiter von ihnen, war faktisch eine liberale Arbeiterpolitik. Umgekehrt gewährleistete die Taktik des Bolschewismus die Selbständigkeit des Proletariats in der bürgerlichen Krise durch den Kampf für ihre Zuendeführung, durch die Entlarvung des Verrats des Liberalismus, durch die Aufklärung und Zusammenfassung des Kleinbürgertums (besonders des ländlichen) als Gegengewicht gegen diesen Verrat.

Es ist bekannt – und die Menschewiki bis zu den heutigen Liquidatoren Kozlow, Lewizki u. a. haben dies selbst vielfach zugegeben –, daß die Arbeitermassen in diesen Jahren (1905–1907) mit den Bolschewiki gingen. Der Bolschewismus brachte das proletarische Wesen der Bewegung zum Ausdruck, der Menschewismus ihren opportunistischen, kleinbürgerlich-intelligenzlerischen Flügel.

Wir können hier den Inhalt und die Bedeutung der Taktik der beiden Richtungen in der Arbeiterpresse nicht ausführlicher charakterisieren. Wir müssen uns darauf beschränken, die grundlegenden Tatsachen genau festzustellen und die Hauptlinien der geschichtlichen Entwicklung aufzuzeigen.

Die Arbeiterpresse in Rußland hat eine fast hundertjährige Geschichte hinter sich: zuerst die vorbereitende, d. h. die Geschichte einer *nicht* von den Arbeitern geführten, einer *nicht* proletarischen, sondern „allgemein-demokratischen“, d. h. bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegung, dann aber ihre eigene, die zwanzigjährige Geschichte der proletarischen Bewegung, der proletarischen Demokratie oder der Sozialdemokratie.

Nirgends in der Welt ist die proletarische Bewegung „mit einem Schlage“ entstanden, nirgends konnte sie so entstehen, konnte sie in klassenmäßig reiner Form fertig zur Welt kommen, so wie Minerva dem Haupte Jupiters entstieg. Erst durch lange Kämpfe und mühevollen Arbeit der fortgeschrittensten Arbeiter, aller klassenbewußten Arbeiter gelang es, die proletarische Klassenbewegung von kleinbürgerlichen Beimengungen, Beschränktheiten, Einengungen und Entartungen aller Art zu befreien und sie zu festigen. Die Arbeiterklasse lebt Seite an Seite mit dem Kleinbürgertum, dessen Ruin in die Reihen des Proletariats stets neue und neue Hinzukömmlinge treibt. Und Rußland ist das kleinbürgerlichste, spießbürgerlichste von allen kapitalistischen Ländern und macht erst jetzt jene Epoche der bürgerlichen Revolutionen durch, die z. B. in England das 17., in Frankreich das 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts kennzeichnet.

Der klassenbewußte Arbeiter, der heute seine eigene Sache, seine ur-eigenste Sache übernommen hat, die Arbeiterpresse, ihre Leitung, ihre Organisierung, Stärkung und Entwicklung, wird die zwanzigjährige Geschichte des Marxismus und der sozialdemokratischen Presse in Rußland nicht vergessen.

Einen schlechten Dienst erweisen der Arbeiterbewegung jene ihrer nervenschwachen Freunde aus den Reihen der Intellektuellen, die sich von dem inneren Kampf unter den Sozialdemokraten fernhalten wollen und die Luft mit Geschrei und Aufrufen erfüllen, sich davon fernzuhalten. Es sind dies nette, aber hohle Leute, und hohl ist ihr Geschrei.

Nur wenn sie die Geschichte des Kampfes des Marxismus gegen den Opportunismus studieren, nur wenn sie sich mit der Scheidung der selbständigen proletarischen Demokratie von dem kleinbürgerlichen Mischmasch gründlich und eingehend bekannt machen, werden die fortgeschrittenen Arbeiter ihr Klassenbewußtsein und ihre proletarische Presse endgültig festigen.

„Rabotschi“ Nr. 1,  
22. April 1914.

Nach dem Text des  
„Rabotschi“.

---

## WAS MAN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG NICHT NACHAHMEN SOLL

Einer der prominentesten und verantwortlichsten Vertreter der deutschen Gewerkschaften, C. Legien, veröffentlichte unlängst einen Bericht über seine Amerikareise in Form eines ziemlich umfangreichen Buches mit dem Titel „Aus Amerikas Arbeiterbewegung“.

Als einer der prominentesten Vertreter nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat C. Legien seine Reise mit einer besonderen, sozusagen staatsmännischen Wichtigkeit umgeben. Jahrelang führte er über diese Reise Verhandlungen sowohl mit der Sozialistischen Partei Amerikas als auch mit der „American Federation of Labor“<sup>77</sup>, dem Bund von Gewerkschaftsorganisationen, der von dem berühmten (traurig berühmten) Gompers geführt wird. Als sich herausstellte, daß auch Karl Liebknecht nach Amerika reist, wollte Legien nicht gleichzeitig mit ihm fahren, damit nicht „zwei Redner aus Deutschland zu gleicher Zeit in den Vereinigten Staaten tätig sind, zumal, wenn wie in diesem Falle ihre Ansichten über die Taktik der Partei und den Wert und die Bedeutung der einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung nicht völlig übereinstimmen“.

Material über die Gewerkschaftsbewegung in Amerika hat C. Legien in Hülle und Fülle gesammelt, hat es aber in seinem Buch in keiner Weise zu verarbeiten verstanden. Das Buch ist vorwiegend mit Plunderkram in Gestalt zusammenhangloser Reisebeschreibungen gefüllt, die dem Inhalt nach Feuilletons, in ihrer langweiligen Darstellung aber schlechter als Feuilletons sind. Selbst die Statuten der amerikanischen Gewerkschaftsverbände, die Legien besonders interessierten, sind nicht studiert und be-

arbeitet, sondern nur – unsystematisch und unvollständig – übersetzt worden.

Eine Episode von der Reise Legiens ist außerordentlich lehrreich und zeigt uns besonders klar die *zwei Tendenzen* der internationalen, besonders aber der deutschen Arbeiterbewegung.

Legien besuchte das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten, den sogenannten „Kongreß“. Die demokratischen Einrichtungen der Republik machten auf den im preußischen Polizeistaat erzogenen Mann einen angenehmen Eindruck, und er stellt mit begreiflichem Wohlgefallen fest, daß der Staat in Amerika jedem Abgeordneten nicht nur ein eigenes, mit allem modernen Komfort ausgestattetes Zimmer, sondern auch einen bezahlten Sekretär für die Erledigung der umfangreichen Abgeordnetenarbeit zur Verfügung stellt. Die einfachen und zwanglosen Umgangsformen der Abgeordneten und des Kongreßpräsidenten stachen sehr ab von dem, was Legien in anderen, europäischen Parlamenten und besonders in Deutschland gesehen hatte. In Europa wäre es undenkbar, daß ein Sozialdemokrat in der offiziellen Sitzung eines bürgerlichen Parlaments eine Begrüßungsansprache hält! In Amerika aber wickelte sich das sehr einfach ab, und der Name Sozialdemokrat erschreckte niemanden... außer *diesen Sozialdemokraten selbst!*

Hierin zeigte sich eben die amerikanisch-bürgerliche Art, die nicht hieb- und stichfesten Sozialisten „durch Milde zu erledigen“, und die deutsche opportunistische Art, aus Gefälligkeit gegenüber der „milden“, lebenswürdigen und demokratischen Bourgeoisie auf den Sozialismus zu verzichten.

Legiens Begrüßungsansprache wurde ins Englische übertragen (die Demokratie erschrak nicht im mindesten vor der „fremden“ Sprache in ihrem Parlament), mehr als 200 Abgeordnete schüttelten der Reihe nach Legien als dem „Gast“ der Republik die Hand; der Präsident des Hauses dankte ihm besonders.

„Form und Inhalt, die ich für die Ansprache wählte“, schreibt Legien, „fanden die Zustimmung der sozialistischen Presse der Vereinigten Staaten und auch der Deutschlands. Einige Redakteure in Deutschland konnten jedoch nicht umhin, zu bemerken, daß die Rede aufs neue beweise, daß es für einen Sozialdemokraten nicht möglich ist, vor einem bürgerlichen Auditorium eine sozialdemokratische Rede zu halten. Nun sie, diese Redakteure, hätten sicher an

meiner Stelle eine Rede gegen den Kapitalismus und für den Massenstreik gehalten, während es mir darauf ankam, vor diesem Parlamente zu betonen, daß die sozialdemokratische und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands den Frieden unter den Nationen will und durch den Frieden die Fortentwicklung der Kultur bis zur höchsten erreichbaren Stufe.“

Die armen „Redakteure“ – wie sie doch unser Legien durch seine „staatsmännische“ Rede zerschmettert hat! In der Arbeiterbewegung Deutschlands ist der Opportunismus der Gewerkschaftsführer im allgemeinen und Legiens im besonderen und speziellen eine altbekannte Tatsache, die von sehr vielen klassenbewußten Arbeitern richtig gewertet wird. Aber bei uns in Rußland, wo man allzuoft von dem „Vorbild“ des europäischen Sozialismus spricht, wobei man gerade die schlechtesten, gerade die negativen Züge des „Vorbilds“ wählt, wird es gut sein, sich mit der Rede Legiens etwas ausführlicher zu beschäftigen.

Der Führer der Zweimillionenarmee der deutschen Gewerkschafter, und zwar der sozialdemokratischen Gewerkschaften, ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags, hält vor dem höchsten Gremium der Repräsentanten des kapitalistischen Amerikas eine rein liberal-bürgerliche Rede. Es versteht sich, daß kein Liberaler, ja nicht einmal ein Oktobrist sich weigern würde, die Worte über „Frieden“ und „Kultur“ zu unterschreiben.

Und als Sozialisten in Deutschland die Bemerkung machten, daß das keine sozialdemokratische Rede war, da überschüttet unser „Führer“ der Lohnsklaven des Kapitals diese Sozialisten mit seiner großartigen Verachtung. „Redakteure“ – wer sind sie schon im Vergleich zu dem „sachlichen Politiker“ und Sammler von Arbeitergroschen! Unser kleinbürgerlicher Narziß hegt für Redakteure eine ebensolche Verachtung wie der polizeiliche Pompadour in einem gewissen Land für das dritte Element<sup>78</sup>.

Sie, „diese Redakteure“, hätten sicher eine Rede „gegen den Kapitalismus“ gehalten.

Man denke, worüber sich dieser Auch-Sozialist lustig macht: darüber, daß einem Sozialisten der Gedanke kommen kann, es sei notwendig, gegen den Kapitalismus zu sprechen. Den „Staatsmännern“ des deutschen Opportunismus liegt ein solcher Gedanke unendlich fern: sie reden in einer Weise, daß dem „Kapitalismus“ nur ja nicht zu nahegetreten werde.

Und während sie sich durch diesen lakaienhaften Verzicht auf den Sozialismus mit Schande bedecken, brüsten sie sich noch mit ihrer Schmach.

Legien ist nicht der erste beste. Er ist der Repräsentant der Armee oder, besser gesagt, des Offizierskorps der Armee der Gewerkschaften. Seine Rede ist durchaus kein Zufall, durchaus kein falscher Zungenschlag, keine einmalige Entgleisung, sie ist keineswegs der Fehler eines deutschen provinziellen „Kanzleibeamten“, der vor den liebenswürdigen, mit polizeilichem Dünkel nicht infizierten Kapitalisten Amerikas verlegen geworden ist. Wenn dem *nur* so wäre, würde es sich nicht lohnen, bei der Rede Legiens zu verweilen.

Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Auf dem Internationalen Kongreß in Stuttgart erwies sich die Hälfte der deutschen Delegation, die für die erzopportunistische Resolution zur Kolonialfrage<sup>79</sup> stimmte, als ebensolche Jammersozialisten.

Man nehme die deutsche Zeitschrift „Sozialistische (??) Monatshefte“<sup>80</sup>, und man wird darin ständig Artikel von Funktionären Legienschen Schlages finden, Artikel, die durch und durch opportunistisch sind, *nichts* mit dem Sozialismus gemein haben, Artikel zu *allen* wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung.

Und wenn die „offizielle“ Erklärung der „offiziellen“ deutschen Partei dahin geht, daß „kein Mensch die ‚Sozialistischen Monatshefte‘ liest“, daß sie keinerlei Einfluß haben usw., so ist das *nicht wahr*. Der Stuttgarter „Fall“ hat bewiesen, daß das nicht wahr ist. Die prominenten und verantwortlichen Funktionäre, Parlamentarier, Gewerkschaftsführer, die in den „Sozialistischen Monatsheften“ schreiben, tragen ihre Anschauungen ständig und unablässig in die Massen.

Der „amtliche Optimismus“ der deutschen Partei ist in ihrem eigenen Lager von jenen Leuten, die sich bei Legien den (vom bürgerlichen Standpunkt) verächtlichen und (vom sozialistischen Standpunkt) ehrenvollen Spitznamen „diese Redakteure“ verdient haben, schon längst erkannt worden. Und je öfter in Rußland von den Liberalen und Liquidatoren (unter ihnen natürlich Trotzki) der Versuch gemacht wird, diese nette Eigenschaft *auf unseren Boden zu verpflanzen*, desto entschiedener muß dem Widerstand entgegengesetzt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat gewaltige Verdienste. Dank dem Kampf von Marx gegen alle die Höchberg, Dühring und Co. besitzt sie



eine ganz präzise ausgearbeitete Theorie, die zu umgehen oder opportunistisch zu korrigieren unsere Volkstümpler vergeblich versuchen. Sie hat eine Massenorganisation, Zeitungen, Gewerkschaften, politische Verbände, sie verfügt über jene die Massen erfassende Organisiertheit, die sich jetzt auch bei uns allerorten in Gestalt des Sieges der prawdistischen Marxisten sowohl bei den Dumawahlen als auch auf dem Gebiet der Tagespresse, sowohl bei den Wahlen zum Versicherungsrat als auch in den Gewerkschaften so deutlich sichtbar entwickelt. Die krampfhaften Bemühungen unserer von den Arbeitern „ihrer Posten enthobenen“ Liquidatoren, die Frage dieser den russischen Verhältnissen angepaßten, die Massen erfassenden Organisiertheit in Rußland zu umgehen, sind ebenso vergeblich wie die Bemühungen der Volkstümpler und bedeuten ebenso wie diese nur eine intelligenzlerische *Absplitterung* von der Arbeiterbewegung.

Aber die Verdienste der deutschen Sozialdemokratie sind Verdienste nicht durch solch schmäbliche Reden wie die Rede Legiens und die „Reden“ (in der Presse) der Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, sondern trotz dieser Reden. Wir dürfen die unbestreitbare *Krankheit* der deutschen Partei, die sich in derartigen Erscheinungen kundtut, nicht vertuschen und durch „offiziell-optimistische“ Phrasen verhüllen, sondern wir müssen sie den russischen Arbeitern aufzeigen, damit wir aus den Erfahrungen einer älteren Bewegung lernen, lernen, was man nicht nachahmen soll.

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 4,  
April 1914.  
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Prosweschtschenije*“.

## REZENSION

N. A. RUBAKIN, „Unter Büchern“

Band II (Verlag „Nauka“ [Die Wissenschaft]). Moskau 1913

Preis 4 Rubel. (2. Auflage)

Der gewaltige Band von 930 Seiten in Großformat, engbedruckt, zum Teil zweispaltig, stellt den „Versuch eines Überblicks über den russischen Bücherreichtum im Zusammenhang mit der Geschichte der wissenschaftlich-philosophischen und literarisch-sozialen Ideen“ dar. So lautet der Untertitel des Buches.

Der Inhalt des vorliegenden zweiten Bandes umfaßt verschiedene Gebiete der Gesellschaftswissenschaften. Hier ist unter anderem auch der Sozialismus, sowohl der westeuropäische als auch der russische, enthalten. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß ein derartiges Werk von ungeheurem Interesse und daß der Plan des Verfassers im großen und ganzen durchaus richtig ist. In der Tat: Ein *vernünftiger* „Überblick über den russischen Bücherreichtum“ und ein „Nachschlagewerk“ zur Selbstbildung und für Bibliotheken kann nicht anders gegeben werden als im Zusammenhang mit der Geschichte der Ideen. Hier bedarf es eben „Vorbemerkungen“ zu jedem Abschnitt (die der Verfasser auch gibt) mit einem allgemeinen Überblick über den Gegenstand und mit einer genauen Darlegung *jeder* geistigen Strömung, ferner eines Literaturverzeichnisses zu diesem Abschnitt und zu jeder geistigen Strömung.

Der Verfasser und seine zahlreichen, im Vorwort genannten Mitarbeiter haben eine gewaltige Mühe aufgewandt und ein außerordentlich wertvolles Unternehmen begonnen, dem man von Herzen wünschen muß, es möge wachsen und sich in die Breite und Tiefe entfalten. Besonders wertvoll ist unter anderem der Umstand, daß der Verfasser weder die

ausländischen noch die Verfolgungen ausgesetzten Publikationen ausschließt. Keine solide Bibliothek wird ohne das Werk Herrn Rubakins auskommen können.

Die Mängel des Werkes sind der Eklektizismus des Verfassers und die ungenügende (richtiger: die kaum erst begonnene) Hinzuziehung von Spezialisten zur Mitarbeit bei bestimmten Fragen.

Der erstgenannte Mangel steht wohl im Zusammenhang mit der sonderbaren Voreingenommenheit des Verfassers gegen „Polemiken“. Herr Rubakin erklärt im Vorwort, er habe „niemals in seinem Leben an irgendwelchen Polemiken teilgenommen, von der Ansicht ausgehend, daß die Polemik in der übergroßen Zahl der Fälle eine der besten Methoden ist, um die Wahrheit durch menschliche Emotionen aller Art zu verdunkeln“. Der Verfasser kommt erstens nicht darauf, daß es ohne „menschliche Emotionen“ niemals ein *Suchen* der Menschen nach der Wahrheit gegeben hat, gibt und geben kann. Zweitens vergißt der Verfasser, daß er einen Überblick über die „Geschichte der Ideen“ geben will; die Geschichte der Ideen ist aber die Geschichte des Wechsels und *folglich des Kampfes* der Ideen.

Entweder – oder: *Entweder* nimmt man zu diesem Ideenkampf nicht bewußt Stellung, und dann fällt es wohl ein bißchen schwer, sich an seine Geschichte zu machen (schon ganz zu schweigen von der Beteiligung an diesem Kampf); *oder* man verzichtet auf den Anspruch: „niemals an irgendwelchen Polemiken teilnehmen“. Ich schlage zum Beispiel die „Vorbemerkungen“ des Herrn Rubakin über die Theorie der politischen Ökonomie auf und sehe sofort, daß der Verfasser aus dem erwähnten Dilemma erstens mittels einer *versteckten* Polemik (eine Art der Polemik, die alle ihre Mängel und keinen einzigen ihrer großen Vorzüge besitzt) und zweitens auf dem Wege einer Verteidigung des Eklektizismus herauskommt.

Bei der Darstellung des „Kurzen Lehrgangs“ von Bogdanow „erlaubt sich“ Herr Rubakin, die „interessante“ Analogie zwischen einer der Schlußfolgerungen des „marxistischen“ Verfassers und der „bekannten Fortschrittsformel N. K. Michailowskis“ hervorzuheben (S. 815) ...

Oh, Herr Rubakin, der „niemals in seinem Leben an irgendwelchen Polemiken teilgenommen hat“! ...

Und eine Seite vorher wird „die strenge Wissenschaftlichkeit, die tiefgehende Analyse und das kritische Verhalten zu den wichtigsten Theo-

rien“ gepriesen . . . bei wem wohl, was denken Sie? . . . bei dem Muster eines Eklektikers, bei Herrn Tugan-Baranowski!! . . . Herr Rubakin muß selbst zugeben, daß dieser Professor Anhänger ein wenig des Marxismus, ein wenig der Volkstümlerideen, ein wenig der „Grenznutzentheorie“ ist, er nennt ihn aber nichtsdestoweniger einen „Sozialisten“!!! So ungeheuerliche Dinge zu schreiben, heißt das etwa nicht, in der denkbar schlechtesten Form gegen den Sozialismus zu polemisieren?

Wenn Herr Rubakin jene mehr als 80 000 Lettern (d. h. eine ganze Broschüre), die er als Einführung in die Literatur über die politische Ökonomie geschrieben hat, in vier Teile geteilt und die Abfassung derselben, sagen wir, einem Schwarzhunderter, einem Liberalen, einem Volkstümmler und einem Marxisten übertragen hätte, so wäre darin mehr offene Polemik gewesen und 999 von 1000 Lesern würden die Wahrheit tausendmal leichter und schneller finden.

Herr Rubakin hat diese Methode – die Hinzuziehung der Vertreter der „Polemik“ zur Mitarbeit – in der Frage des Bolschewismus und des Menschewismus angewandt und mir\* sowie L. Martow je eine halbe Seite zur Verfügung gestellt. Was mich betrifft, so bin ich mit der Darstellung L. Martows außerordentlich zufrieden, zum Beispiel mit seinem Eingeständnis, das Liquidatorentum bestehe in dem Versuch, „eine legale Arbeiterpartei zu schaffen“, und in der „ablehnenden Stellung zu den erhalten gebliebenen illegalen Organisationen“ (S. 771/772), oder mit seinem Eingeständnis: „Der Menschewismus sah für das Proletariat keine andere Möglichkeit einer fruchtbaren Betätigung in dieser Krise“ (d. h. der Krise vom Jahre 1905) „als die Unterstützung der bürgerlich-liberalen Demokratie bei ihren Versuchen, den reaktionären Teil der besitzenden Klassen von der Staatsmacht zu verdrängen – eine Unterstützung freilich, bei deren Gewährung das Proletariat seine volle politische Selbständigkeit behalten muß“ (772).

Sobald Herr Rubakin beginnt, die Darlegung über den Menschewismus selbständig fortzusetzen, ergeben sich Fehler, zum Beispiel die Behauptung, Axelrod habe sich zusammen mit Plechanow vom Liquidatorentum „abgewandt“ (772). Ohne solche Fehler, die bei einem so vielseitigen Sammelwerk zunächst unvermeidlich sind, Herrn Rubakin als besondere Schuld anzurechnen, kann man nicht umhin zu wünschen, daß der

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 454/455, russ. *Die Red.*

---

Verfasser die Methode der Hinzuziehung von Vertretern der verschiedenen Richtungen *auf allen* Gebieten des Wissens öfter anwenden möge. Dadurch wird die Genauigkeit und Vollständigkeit des Werkes und zudem auch seine *Objektivität* gewinnen; eine Einbuße wird dabei lediglich der Eklektizismus und die *versteckte* Polemik erleiden.

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 4,  
April 1914.  
Unterschrift: *W. J.*

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Prosweschtschenije*“.

## EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG DES LIQUIDATORENTUMS

Die Leser unserer Zeitung wissen, wieviel Auseinandersetzungen und Kämpfe das Liquidatorentum in der heutigen Arbeiterbewegung Rußlands hervorruft. Wir haben unermüdlich darauf hingewiesen, daß kein einziger klassenbewußter Arbeiter (und in gewissem Sinne kann man sogar sagen: kein einziger überzeugter Demokrat) ohne einen klaren und deutlichen Begriff vom Liquidatorentum auskommen kann.

Unsere Gegner indessen, sowohl in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ als auch in der „Nascha Sarja“, unterlassen es nicht nur, die offiziellen Beschlüsse über das Wesen des Liquidatorentums vollständig wiederzugeben und sie ihren Lesern zu erklären (zum Beispiel nach dem Text von 1908 und 1910), sondern sie tun etwas noch weit Schlimmeres und Schädlicheres: entweder „leugnen“ sie das Liquidatorentum überhaupt, oder sie *ersetzen* die genaue Darlegung des  *einstimmigen* Beschlusses vom Jahre 1910 durch verworrene und nicht zur Sache gehörende Phrasen.

Deshalb glauben wir die ungewöhnlich seltene Gelegenheit benutzen zu müssen, daß *L. Martow selbst* in der Presse eine unwahrscheinlich (für diesen Publizisten unwahrscheinlich) genaue und wahrheitsgetreue Begriffsbestimmung oder Beschreibung des Liquidatorentums gegeben hat.

In Band II des bekannten Buches N. Rubakins „Unter Büchern“ (2. Auflage, Moskau 1913, S. 771) finden wir den von Herrn Rubakin ohne jede Änderung abgedruckten Brief L. Martows, die Antwort auf die Bitte des Herrn Rubakin, „das Wesen und die Geschichte des Menschewismus darzulegen“. L. Martow schreibt in diesem Brief wörtlich folgendes:

„Nach der Zerschlagung der sozialen Bewegung fand dieselbe Tendenz der Menschewiki“ (nämlich die Tendenz, „den Grund zu legen für einen Neuaufbau der Partei in einem bestimmteren klassenmäßig-sozialistischen Sinne oder der Sozialdemokratie eine neue Basis für eine grundlegende Selbstreformierung zu geben“) „zur organisatorischen Reformierung der Partei ihren Ausdruck in der verstärkten Tätigkeit bei der Gründung von nicht parteigebundenen Arbeiterorganisationen aller Art – Gewerkschaften, Bildungsvereine (zum Teil Genossenschaften) usw. – und in Versuchen, gestützt auf diese Vereinigungen, eine legale Arbeiterpartei oder ihre organisatorischen Vorposten zu schaffen (die an diesen Versuchen Beteiligten erhielten in der Polemik den Beinamen ‚Legalisten‘ oder ‚Liquidatoren‘ wegen ihrer ablehnenden Stellung zu den erhalten gebliebenen illegalen Organisationen).“

Das ist alles, was Martow über das Liquidatorentum gesagt hat. Wir haben hier die wichtigsten Stellen hervorgehoben. Wir wollen uns nicht bei der kleinen Unwahrheit aufhalten, als ob nur „in der Polemik“ und nur „die an diesen Versuchen Beteiligten“ als Liquidatoren bezeichnet worden seien; in Wirklichkeit wird in dem offiziellen, für alle Marxisten bindenden Beschluß der marxistischen Gesamtheit vom Jahre 1908 vom Liquidatorentum als einer bestimmten Strömung gesprochen. Doch ist das verhältnismäßig bedeutungslos.

Das Wichtigste und Wesentlichste aber ist, daß L. Martow hier unabsichtlich offenbart hat, daß er versteht und weiß, was das Liquidatorentum ist.

Versuche, eine legale Arbeiterpartei zu schaffen, und, was sich von selbst versteht, die Propagierung und Verfechtung dieser Idee. Eine ablehnende Stellung zu den erhalten gebliebenen (und, was sich von selbst versteht, zu den neu entstehenden) Organisationen vom „alten Typ“. Darin besteht das Wesen der Sache, das die „Nascha Sarja“, der „Lutsch“ und die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ Tausende von Malen zu verwirren, zu verdunkeln und zu bestreiten suchten und suchen.

Der Leser, der sich in die Bedeutung der angeführten Tatsachen hinein-denkt, wird begreifen, warum allein schon das Gerede der Liquidatoren von der „Einheit“ bei den klassenbewußten Arbeitern entweder stürmische Entrüstung und Empörung oder (je nach der Stimmung) beißenden Spott hervorruft. Denn man kann sich durchaus vorstellen, daß ein Anhänger der Idee der legalen Partei die „Illegalität“ aufrichtig und ehrlich ablehnt, wenn das einmal seine Überzeugung ist. Aber man kann sich

nicht vorstellen, daß die Reden über die „Einheit“ von seiten derer, die an der „Nascha Sarja“ oder an der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ mitarbeiten, aufrichtig und ehrlich sind. An diesen Organen mitzuarbeiten, bedeutet in Wirklichkeit gegen die „Illegalität“ kämpfen für eine legale Partei, die diese Organe zu predigen und zu verfechten fortfahren.

Darum erklärten die organisierten Marxisten sowohl Petersburgs als auch Moskaus, als das Internationale Sozialistische Büro im Dezember 1913 die Frage der Klarstellung der Bedingungen für die Einheit in Rußland auf die Tagesordnung stellte, sofort und öffentlich: Die erste und grundlegende Bedingung ist die entschiedene und bedingungslose Lossage vom Liquidatorentum, die vollständige, radikale Änderung der *ganzen Richtung* der Gruppe „Nascha Sarja“ und „Lutsch“. Die Anhänger des „Lutsch“ antworteten ebenfalls öffentlich (sowohl Th. D. als auch L. M.), sie seien damit nicht einverstanden.

Wenn das so ist, dann ist offenbar, daß Leute, die von einer „Einheit“ mit dieser auf ihren liberalen Ideen beharrenden Gruppe reden, sich und andere betrügen. Die tatsächliche Einheit der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter hat sich bereits herausgebildet und wird sich weiter herausbilden durch den Zusammenschluß auf der Grundlage der marxistischen Beschlüsse und der marxistischen Gesamtheit gegen diese spalterische Gruppe.

„Put Prawdy“ Nr. 73,  
29. April 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.



---

## NACHWORT ZUM SAMMELBAND „MARXISMUS UND LIQUIDATORENTUM“

Die Frage des Liquidatorentums ist nicht nur für die proletarische Demokratie, sondern auch für die Demokratie Rußlands überhaupt von wesentlicher Bedeutung. Wenn unsere demokratische Presse diese Frage zu umgehen oder sie als einen „privaten Streit“ unter den Marxisten so nebenher zu streifen sucht, offenbart sich darin nur das Bestreben, einer Beurteilung der wichtigsten politischen Probleme der gegenwärtigen Epoche auszuweichen. Denn die Frage des Liquidatorentums ist nichts anderes als die Frage der ganzen Einschätzung unseres Systems vom 3. Juni, sogar umfassender: unserer Konterrevolution überhaupt, die Frage der grundlegenden Aufgaben und Aktionsmethoden der Demokratie.

Noch kein einziger Mensch hat, wie es scheint, daran gezweifelt, daß die jüngste Epoche der russischen Geschichte, ungefähr vom Jahre 1908 an, nicht nur durch die bis zum äußersten verschärfte Verfolgung alles Demokratischen durch die Reaktion, sondern auch durch einen äußerst starken ideologischen Niedergang und Zerfall charakterisiert wird, der sowohl das Proletariat als auch sämtliche Elemente der bürgerlichen Demokratie erfaßt hat. Aber wenn *alle* diese offensichtliche Tatsache anerkennen, so haben sich doch allein die Marxisten die direkte und klare Aufgabe gestellt, die *klassenmäßigen* Ursachen und die *klassenmäßige* Bedeutung dieses Niedergangs und Zerfalls präzise zu bestimmen. Ohne eine solche Bestimmung ist eine bewußte Wahl der Taktik unmöglich.

Auch in der im Ausland erscheinenden marxistischen Presse wurde mit der Arbeit an dieser Bestimmung gleich im Jahre 1908 begonnen, d. h. gleich nachdem die Tatsache des Zerfalls offenbar geworden war. Die Marxisten konnten diesem Zerfall nicht nachgeben wie die Liberalen,

aber sie konnten sich auch nicht, wie das sogar die Besten (in demokratischer Hinsicht) der Volkstümler getan haben, auf die subjektive Verurteilung des Zerfalls beschränken. Die sozialen Strömungen erforderten eine sozial-ökonomische, das heißt eine klassenmäßige Erklärung.

Wir haben gesehen, wie bis zum Dezember 1908 die bolschewistische Presse die Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Liquidarentums ausarbeitete, eine Antwort, die damals durch einen allgemein verbindlichen Parteibeschluss erhärtet wurde. Und im Frühjahr 1909 erfolgte der formelle Bruch der Bolschewiki (durch ihre leitende Instanz) mit den sogenannten „Wperjod“-Leuten\*, die den Otsowismus selbst vertraten oder ihn als „berechtigte Schattierung“ zulassen wollten, mit den Verfechtern der „Gottbilderei“ und der reaktionären Philosophie des Machismus.\*\* Dieser Bruch zeigte die Grundzüge des „Liquidarentums von links“, zum Anarchismus hin, ebenso wie das Liquidarentum von rechts oder das Liquidarentum in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes eine Wendung zum Liberalismus hin war.

Etwa im Januar 1910 war diese, zu neun Zehnteln von der bolschewistischen Auslandspresse vorgenommene marxistische Analyse des gegenwärtigen Niedergangs und Zerfalls schon so weit abgeschlossen, stand schon so unanfechtbar fest, daß man in den bekannten, im Januar 1910 gefaßten Beschlüssen *aller* Marxisten, der Vertreter *aller* Strömungen (mit Beteiligung sowohl der Liquidatoren als auch der „Wperjod“-Leute), sowohl die „Abweichung“ der Liquidatoren als auch die der „Wperjod“-Leute einstimmig als *Ausdruck des bürgerlichen Einflusses* auf das Proletariat anerkennen mußte.

Um die soziale Bedeutung dieser marxistischen Analyse und dieses marxistischen Beschlusses zu beurteilen, genügt es, einen Blick auf die *nicht* marxistischen Strömungen zu werfen. Bei den Liberalen sehen wir das extremste Liquidarentum der „Wechi“-Leute und den *bis heute* herrschenden Wirrwarr über die Frage, ob die Methoden des Jahres 1905 liquidiert sind. Bei den *linken* Volkstümlern sehen wir ein extrem liquidatorisches Auftreten, angefangen von den Pariser Veröffentlichungen der Jahre 1908–1911 bis zu dem unbestimmt liquidatorischen „Potschin“<sup>81</sup> und den liquidatorischen Reden der Herren Sawinkow-Ropschin und

\* Alexinski, Bogdanow, Lunatscharski, Stan. Wolski u. a.

\*\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 15, S. 391–416, russ. *Die Red.*

Tschernow in den „Sawety“. Andererseits aber wird diese Richtung weiterhin vom offiziellen „Otsowismus“ der linken Volkstümmler zerfressen und entkräftet.

Die objektive Wahrheit der marxistischen Analyse wurde gerade dadurch bestätigt, daß im Verlauf von mehr als fünf Jahren, seit dem Jahre 1908, alle fortschrittlichen Strömungen sozialen Denkens immer wieder, auch heute noch gerade auf „diese“ Fehler der Liquidatoren und der Volkstümmler, gerade auf „diese“ Fragen nach der Fähigkeit stoßen, die alten Methoden zur Lösung der alten, noch immer nicht gelösten Aufgaben unter Vorbereitung der Kräfte in der neuen Situation mit neuen Mitteln zu verfechten.

Zu Beginn der Periode vom 3. Juni zeigte die marxistische Analyse die theoretischen Abweichungen zum Liquidatorentum und zum „Otsowismus“ hin auf. Am Ende dieser Periode sehen wir, wie sich die gewaltige Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands sogar ganz offen, vor den Augen aller um die Marxisten zusammenschloß, während die beiden Flügel der demokratischen Presse, die auf das Proletariat einzuwirken sucht, vom kleinbürgerlichen Liquidatorentum und der kleinbürgerlichen Volkstümlerrichtung gebildet werden. Vor nicht allzulanger Zeit schrieb das Organ der linken Volkstümmler „Sewernaja Mysl“ (Nr. 1) in einer Korrespondenz des Herrn Braines aus Riga über die Versicherungskampagne folgendes:

„Eine Boykottbewegung ist nur bei den Schuhmachern zu bemerken, wo Boykottgruppen gebildet worden sind. Die Hauptinspiratoren der Boykottgruppen sind leider die Volkstümmler.“ (Zitiert in der „Proletarskaja Prawda“, 1913, Nr. 12, 20. Dezember, im Artikel „Die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum als Elemente des Zerfalls in der Arbeiterbewegung“\*.)

Dieselbe Zeitung mußte zugeben:

„Zur Ehre der Marxisten muß bemerkt werden, daß sie gegenwärtig in den Verbänden (Gewerkschaftsverbänden) großen Einfluß haben, wir dagegen, die linken Volkstümmler, arbeiten in ihnen ohne einen bestimmten Plan und machen uns deshalb fast gar nicht bemerkbar . . .“ (Zitiert ebenda.)

Die theoretische Hilflosigkeit der linken Volkstümmler, die den neuesten Opportunismus der europäischen Spießbürger mit einer echt russischen

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 46–50. Die Red.

spießbürgerlichen Verfechtung der „werktätigen“ Kleinbesitzer vereinigen, wird durch taktische Hilflosigkeit und durch Schwankungen naturgemäß ergänzt. Von der alten Partei der linken Volkstümler sind ganz genauso wie bei den Liquidatoren nichts als Schwankungen übriggeblieben. Diesen beiden in der Arbeiterbewegung besiegten kleinbürgerlichen Richtungen blieb nichts weiter übrig, als sich zu *einem Block* (Vereinigung) gegen die Marxisten zusammenzuschließen.

Von Stufe zu Stufe! Von der Propaganda für die legale Partei, von den Reden der Herren Potressow und Juschkewitsch, die sich von der Idee der Hegemonie und vom Marxismus losgesagt haben, sind die Liquidatoren bis zum direkten Kampf gegen die marxistische Partei gelangt. Ein Petersburger linker Volkstümmler schrieb dieser Tage in der „Stoikaja Mysl“ (Nr. 5) folgendes:

„Sobald wir in den Raum traten“ (bei den Wahlen zum Versicherungsrat) „wurde uns sofort die eng fraktionelle Haltung der Prawdisten klar, aber wir verlieren die Hoffnung nicht. Zusammen mit den Liquidatoren stellen wir eine gemeinsame außerfraktionelle Liste auf, in der uns ein Platz unter den Mitgliedern des Rates und zwei unter ihren Stellvertretern eingeräumt sind.“ (Zitiert im „Put Prawdy“, 1914, Nr. 38, 16. März 1914.)

Kleinbürgerliche Demokraten aller Strömungen, die ihr die Arbeiter durch bürgerlichen Einfluß demoralisieren wollt, vereinigt euch gegen die Marxisten! Das einfältige Wörtchen „Fraktionslosigkeit“, das Leute bezaubert, die nicht zu denken imstande sind und nichts gelernt haben, ist so bequem und gefällt den Philistern so sehr! Nur hat den armen Liquidatoren der Block mit den linken Volkstümlern nichts geholfen, und er wird ihnen nichts helfen; die klassenbewußten Arbeiter haben *durchweg* Marxisten, Gegner des Liquidatorentums in den Versicherungsrat gewählt.

Die Grüppchen nicht parteiegebundener Intellektueller, die die Unterordnung der Arbeiter unter die bürgerliche Politik und die bürgerliche Ideologie betreiben, sind jetzt in Rußland in ihrem Wesen klar bestimmt: sie sind Liquidatoren und linke Volkstümler. Fast zwanzig Jahre lang, seit den ersten Anfängen des „Ökonomismus“ (1894/1895) wurde dieses Bündnis der Opportunisten aus den Reihen der Marxisten, die an der Peripherie der Partei stehen, mit den Volkstümlern gegen den konsequenten Marxismus vorbereitet. Heute ist es bereits an der Zeit, die

Dinge offen zu betrachten und entschieden und bestimmt zu sagen: Die marxistische Arbeiterbewegung in Rußland bildet sich und kann sich herausbilden *nur* im Kampf gegen das Liquidatorientum und die Volkstümlerrichtung.

Überall in der Welt hat das Proletariat, das unvermeidlich in jeder kapitalistischen Gesellschaft durch Tausende von Verbindungsfäden mit dem Kleinbürgertum verknüpft ist, in der Periode der Entstehung der Arbeiterparteien eine Zeit mehr oder weniger langwieriger und beharrlicher ideologisch-politischer Unterordnung unter die Bourgeoisie durchgemacht. Diese allen kapitalistischen Ländern gemeinsame Erscheinung nahm in den verschiedenen Ländern, je nach den historischen und ökonomischen Besonderheiten, verschiedene Formen an. In England verstand es die liberale Bourgeoisie, unter den Verhältnissen voller politischer Freiheit und der langen Monopolstellung Englands, die Mehrheit der denkenden Arbeiter für Jahrzehnte geistig zu demoralisieren und zu versklaven. In Frankreich machten und machen die Traditionen des republikanischen kleinbürgerlichen Radikalismus sehr viele Arbeiter zu Anhängern der „radikalen“ bürgerlichen Partei oder des nicht weniger bürgerlichen Anarchismus. In Deutschland folgten die Arbeiter vor einem halben Jahrhundert noch dem Liberalen Schulze-Delitzsch und unterlagen dem Einfluß der „national-liberalen“ (zugleich „königlich-preußischen“) opportunistischen Schwankungen Lassalles und Schweitzers, und heute folgen Hunderttausende von Arbeitern dem sich „demokratisch“ gebärdenden katholischen „Zentrum“.

In Rußland ist die *bürgerlich-demokratische* Lösung der Bauernfrage bis heute noch nicht vollzogen. Ist es also verwunderlich, wenn sich die kleinbürgerliche Volkstümlerrichtung mit dem Gewand des „Sozialismus“ drapiert? Rußland ist das *am meisten* kleinbürgerliche aller kapitalistischen Länder. Und deshalb ist im Marxismus, sobald er in Rußland zu einer sozialen *Massenströmung* wurde, der kleinbürgerliche Intellektuellen-Opportunismus aufgetaucht, zuerst in der Form des „Ökonomismus“ und des „legalen Marxismus“ (1895–1902), dann in der Form des Menschewismus\* (1903–1908) und schließlich in der Form des Liquidatorientums (1908–1914).

---

\* Ein besonders lächerliches Bild geben die liquidatorischen Historiker ab, wenn sie sich drehen und wenden müssen, um die unangenehme, aber un-

Jetzt ist das Liquidatorentum völlig reif geworden, ausgereift bis zum vollständigen Abfall von der marxistischen Arbeiterpartei: wenn der „linkeste“ der Liquidatoren – und der geschickteste, was ausweichende Formulierungen betrifft –, Herr L. M., schreibt, daß

„die Erfahrung bewiesen hat, daß die ‚legale Arbeiterpartei‘ kein reaktionärer Traum ist, denn gegenwärtig besteht in Rußland in einem gewissen Sinne dieses Wortes eine solche Partei...“ (hervorgehoben von Herrn L. M., „Nascha Sarja“, 1914, Nr. 2, Seite 83)

... so sollte allen klar sein, wie völlig absurd und lächerlich der Gedanke an die Möglichkeit der „Vereinigung“ oder „Versöhnung“ einer solchen Gruppe mit der marxistischen Arbeiterpartei ist.

Nur ausgesprochene Hohlköpfe können heute von der „Einheit“ der marxistischen Arbeiterpartei mit einer solchen Gruppe, mit der Gruppe der „Nascha Sarja“ und der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ reden.

Die politische Bestimmtheit der Klassenscheidungen in Rußland ist in den Jahren 1904 bis 1914 in jeder Beziehung weit fortgeschritten. Damals war der wohlgeborene Landadel noch nicht gegliedert, und der Salonliberalismus einiger seiner Vertreter schreckte sogar die alte Staatsmacht. Damals betrachtete dieselbe Macht den „schlichten“ Bauern so sehr als Stütze der Ordnung, daß sie ihm sowohl in der Buljginschen als auch in der Witteschen Duma einen gewaltigen Einfluß gewährte. Damals konnte der Liberalismus und Demokratismus der Gutschkow, Miljukow und Peschechonow noch geschlossen und einheitlich sein. Damals wollte der Menschewismus – und er war es tatsächlich, im großen und ganzen genommen – eine innerparteiliche Strömung sein, die ihre opportunistischen

bezwifelbare Tatsache zu verbergen, daß der Menschewismus (und noch mehr das Liquidatorentum) aus demselben „Okonomismus“, „Bundismus“ und „legalen Marxismus“ entstanden ist, wogegen die alte „Iskra“ drei Jahre lang gekämpft hat, die die Partei der Arbeiterklasse in Rußland schuf. Siehe zum Beispiel die Broschüre des Herrn Potressow über Axelrod. Herr Potressow versucht ebenso eifrig wie vergeblich die Tatsache zu bemänteln und zu verheimlichen, daß Axelrod im „Plan der Semstwokampagne“ erklärte, man dürfe die Liberalen nicht erschrecken. Übrigens hat selbst der Menschewik Plechanow hinsichtlich des Liquidatorentums durchaus zugegeben, daß es historisch (abgesehen vom Theoretischen) mit dem „Okonomismus“ und dem „legalen Marxismus“ verwandt ist.

Losungen *innerhalb der Grenzen* der Arbeiterpartei in „Diskussionen auf der Grundlage von Plattformen“ vertrat.

Das heutige Liquidatorentum, das seit jener Zeit meilenweit nach rechts abgeschwenkt ist, das die Partei verlassen und den Staub der „Illegalität“ von seinen Füßen geschüttelt hat, das sich zu einem festgefügtten antiparteilichen Zentrum legaler Journalisten liberaler und liquidatorischer Zeitungen zusammengeschlossen hat, das in allen Arbeiterorganisationen und -vereinigungen jedweder Art von den Arbeitern seiner Posten enthoben wurde – dieses Liquidatorentum mit dem Menschewismus der Jahre 1903–1907 gleichzustellen, bedeutet, sich von alten Bezeichnungen und Namen, vom Klange alter Worte blenden und betäuben zu lassen, bedeutet, von der jahrzehntelangen Entwicklung der Klassen- und Parteiverhältnisse in Rußland rein gar nichts zu verstehen.

Das heutige Liquidatorentum, das Liquidatorentum des Jahres 1914 ist dasselbe, was die Gruppe der Zeitung „Towarischtsch“<sup>82</sup> im Jahre 1907 war.

Es ist durchaus natürlich, daß in der Verbannung und in der Emigration, wo die Menschen vom lebendigen Leben so losgerissen sind, wo sie so aufgehen in Erinnerungen an das, was vor 7–10 Jahren war, Dutzende und aber Dutzende „gewesener Leute“ zu finden sind (sehr zahlreich, nur in weit traurigerem, in moralisch schlechtem Sinne des Wortes, auch unter den Teilnehmern der Arbeiterpartei in den Jahren 1904–1907 aus den Reihen der Intellektuellen, die jetzt auf verschiedenen legalen „einträglichen Pöstchen“ festsitzen), die von der „Einheit“ der Arbeiterpartei mit der Gruppe der Herren L. M., Th. D., Potressow, Jeshow, Sedow und Co. träumen.

Nicht weniger natürlich ist es jedoch, daß unter der heutigen russischen Arbeiterjugend, die die Abkehr der Liquidatoren von der Partei, ihre *Flucht* aus den „abgestorbenen Zellen“ *gesehen hat*, die ihre Renegatenreden über die Illegalität und über die Schädlichkeit der „Reklame für die illegale Presse“ (siehe Zitat aus der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ vom 13. März 1914) gehört hat, die sich gezwungen sah, *gegen* den Block dieser Herren sowohl mit den Volkstümlern als auch mit den Parteilosen auf einer ganzen Reihe von Kongressen, bei den Wahlen zur IV. Duma, in einer Reihe von Versammlungen der Arbeitervereinigungen, bei den Wahlen zum Versicherungsrat zu kämpfen, die gezwungen war, diese Gesellschaft in

allen Arbeitervereinigungen jeglicher Art *ihrer Posten zu entheben* – es ist ganz natürlich, daß unter der heutigen Arbeiterjugend die Träumereien und die Phrasen gutmütiger Leute über die „Einheit“ der Liquidatoren mit der Arbeiterpartei nur, je nach der Stimmung, entweder ein homerisches und keineswegs höfliches Gelächter oder einen verwunderten und mit-leidsvollen Blick auf die intelligenzlerischen Manilow hervorrufen.

Möge Trotzki in der „Borba“, wo er Skobelew und Tschcheidse flehende Blicke zuwirft, oder mögen die Mitarbeiter der in Paris erscheinenden Zeitung „Sa Partiju“\*, die mit Hoffnung und Vertrauen auf Burjanow<sup>83</sup> blicken, diese Phrasen über die „Einheit“ endlos wiederholen – ihre Worte tönen bereits irgendwie traurig und unangebracht.

Um die „Einheit“ der Marxisten mit Leuten zu predigen, die erklären, daß „die legale Arbeiterpartei kein reaktionärer Traum“ sei usw., dazu muß man entweder ein übernatürlich einfältiger Mensch sein oder von den Fragen der russischen Arbeiterbewegung und von der Lage der Dinge an Ort und Stelle rein gar nichts wissen und verstehen oder schließlich jene angenehme „Pendel“lage herbeisehnen, wo – wer weiß! – gerade Trotzki (oder irgendein anderer „fraktionsloser“ Herr Soundso) in der Eigenschaft eines „Fraktionslosen“ eingeladen wird, die Literatengruppen von „Nascha Sarja“, „Den“ und „Kiewskaja Mysl“ mit den marxistischen Arbeitergruppen „auf der Grundlage der Gleichheit“ zu vereinigen. Was für eine berauschend-reizvolle Perspektive!

Doch das wirkliche Leben, die wirkliche Geschichte der Versuche, sich mit den Liquidatoren zu „vereinigen“, zeigt uns etwas, was von diesen berauschend-reizvollen Perspektiven sehr weit entfernt ist. Es gab einen ernsthaften und tatsächlich allgemeinen Versuch der Vereinigung mit den Liquidatoren im Januar 1910 – die Liquidatoren haben ihn zum Scheitern gebracht. Es gab eine Vereinigung *sämtlicher* Gruppen und Grüppchen mit den Liquidatoren gegen die verhaßte Januarkonferenz vom Jahre 1912. Das war eine mit solchem Feuer und solcher Leidenschaft unternommene Vereinigung auf Grund der leidenschaftlichsten (sogar ganz saftigen) Flüche gegen diese Konferenz: sowohl Trotzki als auch die Mitarbeiter der „Sa Partiju“ sowie selbstverständlich auch alle „Wperjod“-Leute nahmen an dieser „Vereinigung“ teil. Wenn die „Leninisten“, diese böswilligen Spalter, wirklich ein Hindernis für die Einheit wären, wie schnell

\* Plechanow.



wäre dann die wahre Einheit aufgeblüht nach diesem gemeinsamen Auftreten aller und jedweder Gruppen zusammen mit den Liquidatoren gegen die „Leninisten“ im März 1912 in den Spalten des „Vorwärts“!

Aber o weh! Diese seltsamen Vereiniger fallen gerade seit jener Zeit, gerade seit März 1912 immer stärker auseinander, wo die Arbeiter in Rußland nach der im April erfolgten Gründung der „Prawda“ begonnen haben, Hunderte und Tausende von Arbeitergruppen an allen Ecken und Enden Rußlands auf der Grundlage des gewissenhaftesten Verhaltens zu den Parteiprinzipien zu vereinigen!! Im August 1912 wird der berühmte „Augustblock“ der Liquidatoren bereits *ohne* die „Wperjod“-Leute, *ohne* die „Sa Partiju“ gebildet.

Es vergehen anderthalb Jahre. Die Vereinigung der Arbeitergruppen Rußlands in *allen* legalen Arbeitervereinigungen, in allen Gewerkschaften und Organisationen, in einer ganzen Reihe von Zeitungen und Organen, mit der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Duma, die bereit ist, den Willen der Mehrheit der Arbeiter auszuführen, ist endgültig herangewachsen, herangereift und erstarkt.

Und unsere „Vereiniger“?

Oh, sie haben so erfolgreich, so erfolgreich „die Vereinigung betrieben“, daß anstatt der einen Gruppe „Wperjod“ nun *zwei* Gruppen „Wperjod“ entstanden sind (Bogdanow, den Empiriomonisten, nicht gerechnet, den einige für eine dritte Gruppe „Wperjod“ halten), daß es an Stelle eines einheitlichen Organs Trotzki's und der Liquidatoren („Lutsch“) nun ein besonderes Organ Trotzki's, die „Borba“ gibt, das diesmal die wahre „Fraktionslosigkeit“ verspricht. Und außer dem zaghaften Abfall Trotzki's von den Liquidatoren ist noch der ganz entschiedene Abfall *aller organisierten lettischen Marxisten* von ihnen eingetreten, die *trotz* ihrer strengen Neutralität und Fraktionslosigkeit auf ihrem Kongreß im Jahre 1914 direkt erklärten:

*„Die Versöhner (die Teilnehmer am Augustblock) sind selbst in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten!“*

Vom März 1912, als sich *alle* mit den Liquidatoren gegen die „Leninisten“, diese böswilligen „Spalter“ vereinigten, bis zum März 1914, als der fiktive „Augustblock“ endgültig zerfiel, hat sich mehr als klar gezeigt, daß sich die tatsächliche Vereinigung der marxistischen Arbeiter (in Ruß-

land, und nicht in Paris, nicht in Wien) nur *gegen* die Gruppe der Liquidatoren vollzieht und vollziehen wird, über die leeren Reden von der „Einheit“ mit den Anbetern der „legalen Arbeiterpartei“ hinweg.

Tausende Arbeitergruppen, die sich offen vor aller Augen um die marxistische Zeitung zusammenschließen – das ist der lebendige Beweis für die tatsächliche Einheit und ihr Wachstum. Auf der ideologischen Grundlage stehend, die von den Marxisten schon zu Beginn der Periode des 3. Juni ausgearbeitet wurde, vermochte diese Einheit – hundertmal erfolgreicher als irgend jemand anders – all und jede legalen Möglichkeiten auszunutzen, aber *im Geiste* des schonungslosen Kampfes gegen die Ideen, die dazu führen, daß man die „Reklame für die illegale Presse“ verurteilt, oder die mit der Sympathie für die „legale Partei“, mit dem Verzicht auf die Hegemonie oder mit der Zurückstellung der „Grundforderungen“ usw. usf. vereinbar sind.

Und nur eine solche Einheit ausschließlich auf dieser ideologischen Grundlage zeigt der Arbeiterklasse Rußlands den richtigen Weg.

*Geschrieben im April 1914.*

*Veröffentlicht 1914 im Sammelband  
„Marxismus und Liquidatorientum“, Teil II,  
Verlag „Priboi“, St. Petersburg.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*

---

## NOCH ETWAS ZUR POLITISCHEN KRISE

Über die bekannte Dumasitzung vom 22. April, wo alle Sozialdemokraten und Trudowiki hinausgeworfen wurden<sup>84</sup>, ist in den Zeitungen schon viel geschrieben worden. Aber die Bedeutung dieses Ereignisses wurde bis jetzt noch nicht genügend beleuchtet.

Jede politische Krise ist, unabhängig von ihrem Ausgang, auch dadurch von Nutzen, daß sie Verborgenes ans Licht bringt, die in der Politik wirkenden Kräfte bloßlegt, Betrug und Selbstbetrug, Phrasen und Fiktionen entlarvt, daß sie „das, was ist“, anschaulich darbietet und sozusagen gewaltsam in die Köpfe einhämmert.

Sämtliche demokratischen Dumaabgeordneten, sowohl die Sozialdemokraten als auch die Trudowiki, wurden von 15 Sitzungen ausgeschlossen, und man ließ sie größtenteils mit Militärgewalt entfernen. Dieser Ausschluß erfolgte jenen zuliebe, die durch das Verfahren gegen Tschcheidse deutlich die „feste“ Absicht bekundeten, einen Schritt (richtiger: ein Dutzend Schritte auf einmal) nach rechts zu tun. Für den Ausschluß stimmten die Rechten und die Oktobristen *samt einem Teil der Progressisten*, d. h. der bürgerlichen Liberalen, die in einem sehr engen, faktisch unlösbaren Bündnis mit den Kadetten stehen.

Die Kadetten enthielten sich der Stimme!!! Diese Stimmenthaltung einer Partei, die Anspruch auf Demokratismus erhebt, hat – bei weitem nicht zum erstenmal – den wahren Charakter des Liberalismus der Herren Kadetten glänzend offenbart. Die IV. Duma bereitet die Vertreibung Tschcheidses vor und nach ihm auch die der übrigen Sozialdemokraten und danach auch die sämtlicher Demokraten; und sie fängt mit ihrem Ausschluß an, und die Herren „Führer“ der liberalen Opposition üben

*Stimmhaltung!!* Welche Ströme von Tinte die Liberalen und die Kadetten nachträglich auch fließen lassen werden, um Sophismen und Ausflüchte auszuhecken, wie etwa, sie hätten ja nur die „Form“ des Auftretens der Sozialdemokraten mißbilligt u. dgl. m. – für jeden, der sich nicht selbst betrügen will, bleibt das Wesen der Sache klar.

Sich der Stimme zu enthalten, als Goremykin, Rodsjanko und deren Mehrheit die demokratischen Abgeordneten ausschlossen, bedeutete faktisch, Goremykin, Rodsjanko und deren Mehrheit durch sein Schweigen zu unterstützen, moralisch zu billigen, politisch zu stärken.

Der Standpunkt von L. M. in Nr. 61 der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“, wo er schrieb, daß „die Dumamehrheit, an ihrer Spitze die Oktobristen, politischen Selbstmord begangen“ habe, kann nicht als richtig anerkannt werden. Das ist der Standpunkt eines linken Liberalen, nicht aber eines Demokraten und schon gar nicht eines Sozialdemokraten.

Die Dumamehrheit und die Oktobristen haben keinerlei Selbstmord begangen. Sie alle sind bewußte Konterrevolutionäre, bewußte Teilnehmer am Block vom 3. Juni und am Stolypinschen System, bewußte Feinde der Demokratie. Was liegt denn hier für ein Selbstmord vor, wenn sie Goremykin als ihren politischen Führer anerkennen, diesem Führer gegen ihre Klassenfeinde, gegen die Vertreter der den Oktobristen offenkundig verhaßten Demokratie, folgen?

Wozu diese aufgeblasenen und von Grund auf falschen Phrasen von einem „Selbstmord“? Setzen doch diese Phrasen *voraus*, daß die Oktobristen *nicht* Feinde der Demokratie seien, d. h., sie setzen etwas empörend Verlogenes voraus. Gleichen doch diese Phrasen dem vulgären Demokratismus jener unverständigen linken Volkstümler, die häufig lamentierten, die III. und die IV. Duma seien „papierne“ Institutionen, Kartenhäuser. Als Selbstmord könnte man die Stimmabgabe der Oktobristen für Goremykin, Maklakow und Schtscheglowitow nur dann betrachten, wenn die Oktobristen Vertreter des „Volkswillens“ wären. In Wirklichkeit aber sind sie Vertreter des „Willens“ jener Schichten der Großbourgeoisie und der Gutsbesitzer, die das Volk wie den Tod fürchten.

Nein, wir wollen der Wahrheit gerade ins Gesicht sehen. Das ist in der Politik stets die beste und einzig richtige Methode.

Das, was sich am 22. April in der Duma ereignete, hat die Reste der

konstitutionellen und Legalitätsillusionen zerschlagen und vernichtet – das ist die Wahrheit. Der konterrevolutionäre Block Purischkewitschs, Rodsjankos und der „linken“ Oktobristen samt einem Teil der Progressisten ist direkt, *offen*, entschieden, militärisch (nicht im übertragenen, sondern im direkten Sinne dieses Wortes, denn es wurde Militär in die Duma geholt) gegen die Demokratie aufgetreten. Die konterrevolutionären Liberalen, die Miljukow und Co., *haben sich der Stimme enthalten*. Das war auch zu erwarten nach der ganzen Geschichte der III. und IV. Duma, nach der ganzen Geschichte der ersten zehn Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts.

Also gut! Je weniger Selbstbetrug – desto besser für das Volk. Was hat das Land durch den Dumazwischenfall vom 22. April gewonnen? Es hat das eine gewonnen, daß es einen weiteren Teil der Illusionen verloren hat, die für die Sache der Freiheit dieses Landes schädlich sind.

„Put Prawdy“ Nr. 76,  
3. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DER IDEOLOGISCHE KAMPF IN DER ARBEITERBEWEGUNG

Eine außerordentlich wichtige spezifische Besonderheit des nachrevolutionären Rußlands ist der tiefgehende ideologische Umschwung in den *oppositionellen* oder progressiven Schichten. Wer diese Besonderheit verißt, der beraubt sich der Möglichkeit, die russische Revolution und ihren Charakter ebenso wie die Aufgaben der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Epoche zu verstehen.

Der ideologische Umschwung in der liberalen Bourgeoisie äußert sich in der Schaffung einer antidemokratischen Richtung (Struve, Isgojew, W. Maklakow offen, die übrigen Kadetten im geheimen, „verschämt“).

Innerhalb der Demokratie äußert sich der Umschwung in einem gewaltigen ideologischen Zerfall und in Wankelmütigkeit bei den Sozialdemokraten (proletarische Demokratie) sowie auch bei den Sozialrevolutionären (bürgerliche Demokratie). Selbst die besten Vertreter der Demokratie begnügen sich damit, den Zerfall, die Wankelmütigkeit, das Renegatentum zu *beweinen*. Die Marxisten aber suchen die *Klassenwurzeln* dieser *sozialen* Erscheinung.

Die wichtigste Äußerung dieses Zerfalls ist das Liquidatorenentum, das schon im Jahre 1908 offiziell, durch die „marxistische Gesamtheit“ bekräftigt, definiert wurde als der „Versuch eines Teils der Intellektuellen“, die Illegalität „zu liquidieren“ und sie durch eine legale Arbeiterpartei zu „ersetzen“. Auf der letzten offiziellen Zusammenkunft der führenden Marxisten, im Januar 1910, bei der die Vertreter *aller* „Strömungen“ und aller Grüppchen zugegen waren, fand sich *kein einziger*, der imstande gewesen wäre, sich gegen die Verurteilung des Liquidatorenentums als eines *Ausdrucks des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat*

auszusprechen. Diese Verurteilung und gleichzeitige Erklärung der Klassenwurzeln des Liquidarentums wurde  *einstimmig*  angenommen.

Seitdem sind mehr als 4 Jahre vergangen, und die riesige Erfahrung der proletarischen Massenbewegung hat Tausende von Bestätigungen dieser Bewertung des Liquidarentums gegeben.

Die Tatsachen haben bewiesen, daß sowohl die Theorie des Marxismus als auch die Praxis der proletarischen Massenbewegung mit dem Liquidarentum als einer bürgerlichen antiproletarischen Strömung unwiderfürlich Schluß gemacht haben. Es genügt zum Beispiel, sich zu erinnern, wie allein im Monat März 1914 die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ die „illegale Presse“ (Nr. vom 13. März) oder die Demonstrationen (Herr Gorski in der Nr. vom 11. April) beschimpfte, wie Bulkin ganz in der Art der Liberalen die „Illegalität“ verunglimpfte („Nascha Sarja“ Nr. 3), wie der traurig berühmte *L. M.* im Namen der Redaktion der „Nascha Sarja“ Bulkin in diesem Punkt voll unterstützte und den „Aufbau einer legalen Arbeiterpartei“ verteidigte – es genügt, sich daran zu erinnern, um zu verstehen, warum die klassenbewußten Arbeiter *keine* andere Haltung gegenüber dem Liquidarentum einnehmen *können* als die der schonungslosen Verurteilung und des vollständigen Boykotts der Liquidatoren.

Aber hier taucht eine sehr wichtige Frage auf: Wie ist diese Strömung geschichtlich entstanden?

Ihr Entstehen wurzelt in der *zwanzigjährigen* Geschichte der Verbindung des Marxismus mit der proletarischen Massenbewegung in Rußland. Vor 1894/1895 gab es keine solche Verbindung. Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gab der Sozialdemokratie nur die theoretische Grundlage und machte den ersten Schritt zur Arbeiterbewegung hin.

Erst die Agitation in den Jahren 1894/1895 und die Streiks in den Jahren 1895/1896 schufen eine feste, kontinuierliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratie und der proletarischen Massenbewegung. Und *s o f o r t* begannen auch der ideologische Kampf zweier Strömungen im Marxismus: der Kampf der „Ökonomisten“ gegen die Konsequenten oder (später) die „Iskristen“ (1895–1902), der Kampf der „Menschewiki“ gegen die „Bolschewiki“ (1903–1908), der Kampf der Liquidatoren gegen die Marxisten (1908–1914).

Der Ökonomismus und das Liquidarentum sind verschiedene Formen

ein und desselben kleinbürgerlichen Intellektuellen-Opportunismus, der seit 20 Jahren besteht. Nicht nur der ideologische, sondern auch der personelle Zusammenhang aller dieser Formen des Opportunismus ist eine Tatsache, die außer Zweifel steht. Es genügt, A. Martynow, den Führer der Ökonomen, zu nennen, der später Menschewik wurde und jetzt Liquidator ist. Es genügt, sich auf einen solchen Zeugen wie G. W. Plechanow zu berufen, der selbst in sehr vielen Punkten\* den Menschewiki nahestand und nichtsdestoweniger unumwunden zugab, daß die Menschewiki die intelligenzlerisch-opportunistischen Elemente aufgesaugt haben, daß die Liquidatoren die Fehler des „Ökonomismus“ fortsetzen und die Arbeiterpartei zerstören.

Den größten Schaden bringen den Arbeitern jene, die (wie die Liquidatoren und Trotzki) diese zwanzigjährige Geschichte des ideologischen Kampfes in der Arbeiterbewegung umgehen oder entstellen.

Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert, der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein. Von allen kapitalistischen Ländern gehört Rußland zu den rückständigsten und kleinbürgerlichsten. Daher erzeugte die Massenbewegung der Arbeiter nicht zufällig, sondern unvermeidlich einen kleinbürgerlichen, opportunistischen Flügel in dieser Bewegung.

Der Fortschritt in der Reinigung der Arbeiterbewegung vom Einfluß der Bourgeoisie, vom Einfluß des Ökonomismus und des Liquidatoren-

---

\* Warum sagen wir in „sehr vielen Punkten“? Weil Plechanow eine *besondere* Position einnahm, wobei er sich *viele* Male von den Menschewiki entfernte: 1. auf dem Parteitag 1903 kämpfte Plechanow gegen den Opportunismus der Menschewiki; 2. nach dem Parteitag redigierte Plechanow die Nummern 46–51 der „Iskra“, ebenfalls gegen die Menschewiki; 3. im Jahre 1904 vertrat Plechanow den Axelrodtschen Plan der Semstwokkampagne in der Weise, daß er gerade dessen Hauptfehler mit Schweigen überging; 4. im Frühjahr 1905 ging Plechanow von den Menschewiki weg; 5. im Jahre 1906, nachdem die I. Duma auseinandergejagt war, nahm Plechanow eine ganz und gar nicht menschwistische Position ein (siehe „Proletari“<sup>65</sup>, August 1906 [siehe Werke, Bd. 11, S. 166–170. *Die Red.*]); 6. auf dem Londoner Parteitag 1907 bekämpfte Plechanow, wie Tscherewanin erzählt, den „organisatorischen Anarchismus“ der Menschewiki. Man muß diese Tatsachen kennen, um zu verstehen, warum der Menschewik Plechanow so lange und so entschlossen gegen das Liquidatorentum kämpfte und es bloßstellte.



tums in diesen 20 Jahren ist *gewaltig*. Jetzt wird zum erstenmal eine feste, wirklich proletarische Grundlage für eine wirkliche marxistische Partei gelegt. Alle geben das zu, selbst die Gegner der Prawdisten sind gezwungen, das zuzugeben – die Tatsachen zwingen sie, es zuzugeben! –, daß die überwältigende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Prawdisten sind. Was das marxistische „Plenum“ im Januar 1910 *theoretisch* feststellte (das Liquidatorentum ist „bürgerlicher Einfluß auf das Proletariat“), das haben die klassenbewußten Arbeiter in vier Jahren in die Tat umgesetzt, dem haben sie praktisch Geltung verschafft, indem sie die Liquidatoren jedes Einflusses beraubten, sie ihrer Posten enthoben und das Liquidatorentum in eine abseits von der proletarischen Massenbewegung stehende Gruppe von legalen opportunistischen Literaten verwandelten.

Die Arbeiterbewegung in Rußland wächst, festigt sich und reift unentwegt während dieser zwei Jahrzehnte des ideologischen Kampfes. Sie siegte über den „Ökonomismus“: die ganze Blüte des klassenbewußten Proletariats stellte sich auf die Seite der „Iskristen“. Sie ließ in allen entscheidenden Momenten der Revolution die „Menschewiki“ in der Minderheit: *sogar Lewizki selbst* mußte zugeben, daß die Arbeitermassen mit den Bolschewiki gingen.

Die Arbeiterbewegung hat jetzt schließlich über das Liquidatorentum gesiegt und dank diesem Umstand den richtigen Weg des breiten, von der marxistischen Theorie erleuchteten und durch die uneingeschränkten Losungen zusammengefaßten Kampfes der fortgeschrittensten Klasse für die höchsten historischen Aufgaben der Menschheit beschrritten.

„Put Prawdy“ Nr. 77,  
4. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

GESETZENTWURF ÜBER DIE  
GLEICHBERECHTIGUNG DER NATIONEN  
UND ÜBER DEN SCHUTZ DER RECHTE  
DER NATIONALEN MINDERHEITEN<sup>86</sup>

1. Die Grenzen der administrativen Einteilungen Rußlands, sowohl auf dem Lande als auch in den Städten (Dörfer, Amtsbezirke, Kreise, Gouvernements, Teile und Bezirke von Städten, Vororte usw.), werden auf Grund der festgestellten gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse und der nationalen Zusammensetzung der örtlichen Bevölkerung revidiert.

2. Diese Feststellung geschieht durch Kommissionen, die von der örtlichen Bevölkerung auf der Grundlage allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung bei proportionaler Vertretung gewählt werden, wobei die Minderheiten anderer Nationalitäten, die so klein sind, daß sie (bei proportionaler Vertretung) kein Mitglied der Kommission wählen können, ein Kommissionsmitglied mit beratender Stimme wählen.

3. Die endgültige Bestätigung der neuen Grenzen obliegt dem zentralen Parlament des Staates.

4. Die örtliche Selbstverwaltung wird in ausnahmslos allen Orten des Staates auf der Grundlage allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Abstimmung bei proportionaler Vertretung eingeführt, wobei die Gesamtheit der Orte, die durch besondere geographische, besondere Lebens- oder Wirtschaftsverhältnisse oder durch eine besondere nationale Zusammensetzung der Bevölkerung gekennzeichnet sind, das Recht haben, autonome Gebiete mit autonomen Gebietslandtagen zu bilden.

5. Die Festlegung der Kompetenzen der autonomen Landtage und der örtlichen Institutionen der Selbstverwaltung obliegt dem zentralen Parlament des Staates.

6. Alle Nationen des Staates sind unbedingt gleichberechtigt und jedes

wie auch immer geartete Privileg, das eine der Nationen oder eine der Sprachen genießt, wird für unzulässig und verfassungswidrig erklärt.

7. Die örtlichen Selbstverwaltungsorgane und die autonomen Landtage bestimmen die Sprache, in der die Geschäfte aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen des entsprechenden Ortes oder Gebietes geführt werden, wobei jede Minderheit anderer Nationalität das Recht hat, unbedingte Wahrung der Rechte der eigenen Sprache auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung zu fordern, zum Beispiel des Rechts, von den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten, in der die Anfrage erfolgte usw. Maßnahmen von Semstvos, Städten usw. sowohl auf finanziellem als auch auf administrativem, gerichtlichem und jedem anderen Gebiet, die gegen die Gleichberechtigung der Sprachen der nationalen Minderheiten verstoßen, werden für ungültig erklärt und müssen auf Protest hin, der von jedem beliebigen Staatsbürger, unabhängig von seinem Wohnort, erhoben werden kann, aufgehoben werden.

8. Jede sich selbst verwaltende Einheit des Staates, sowohl auf dem Lande als auch in den Städten, wählt auf der Grundlage der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung bei proportionaler Vertretung Schulräte, die die Ausgaben für ausnahmslos alle kulturellen und Bildungszwecke der Bevölkerung unter der Kontrolle und Leitung der städtischen und Semstwoinstitutionen vollständig und autonom verwalten.

9. In territorialen Einheiten, die ihrer nationalen Zusammensetzung nach gemischt sind, soll die Zahl der Mitglieder der Schulräte nicht weniger als 20 betragen. Diese Zahl (20) kann auf Beschluß der sich selbst verwaltenden Einheiten und der autonomen Landtage erhöht werden. Als Orte mit einer ihrer nationalen Zusammensetzung nach gemischten Bevölkerung gelten solche, in denen die Minderheit anderer Nationalität nicht weniger als 5% der Bevölkerung beträgt.

10. Jede nationale Minderheit einer entsprechenden sich selbst verwaltenden Einheit, die so klein ist, daß sie bei proportionaler Vertretung kein Mitglied des Schulrats wählen kann, hat das Recht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Schulrat zu wählen.

11. Der proportionale Anteil an den Summen, die für kulturelle und Bildungszwecke der Minderheiten anderer Nationalität des entsprechenden Ortes verausgabt werden, darf nicht geringer sein als der propor-

tionale Anteil dieser Minderheiten anderer Nationalität an der gesamten Bevölkerung des entsprechenden Ortes.

12. Volkszählungen unter Berücksichtigung der Muttersprache der Bürger werden nicht seltener als einmal in 10 Jahren im ganzen Staat und nicht seltener als einmal in 5 Jahren in den Gebieten und Gegenden mit einer ihrer nationalen Zusammensetzung nach gemischten Bevölkerung durchgeführt.

13. Alle Maßnahmen der Schulräte, die in irgendeiner Weise die volle Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen der örtlichen Bevölkerung oder die Proportionalität der Ausgaben für kulturelle und Bildungszwecke entsprechend dem Anteil der nationalen Minderheiten an der Bevölkerung verletzen, werden für ungültig erklärt und müssen auf Protest hin, den jeder beliebige Staatsbürger, unabhängig von seinem Wohnort, zu erheben berechtigt ist, aufgehoben werden.

*Geschrieben nach dem 6. (19). Mai 1914.*

*Zuerst veröffentlicht 1937  
im Lenin-Sammelband XXX.*

*Nach dem Manuskript.*

## „GUTSNACHBARN“

Es gibt geflügelte Worte, die das Wesen ziemlich komplizierter Erscheinungen erstaunlich treffend ausdrücken. Zu diesen Worten gehört zweifellos auch der Ausspruch eines Gutsbesizers und Mitglieds der rechten Mehrheit in der Reichsduma anlässlich der Rede Goremykins in der historischen Dumasitzung vom 22. April:

*„Wie angenehm wäre es, J. L. Goremykin als Gutsnachbarn zu haben!“*

Es ist sehr nützlich, sich an diese Worte, die am Tage der Vertreibung der proletarischen und bäuerlichen Abgeordneten aus der Reichsduma ausgesprochen wurden, heute zu erinnern, wo die hinausgeworfenen Abgeordneten ihre Plätze wieder eingenommen haben. Diese Worte geben ein ausgezeichnetes Bild von jener Kraft, mit welcher die Demokratie sowohl in der Duma als auch außerhalb der Duma zusammenstößt.

Der Krautjunker, der dieses geflügelte Wort von sich gab, wollte scherzen, hat aber versehentlich eine ernste und tiefere Wahrheit ausgesprochen, als er das wollte. In der Tat, diese ganze IV. Duma, diese ganze Mehrheit von Rechten und Oktobristen, sowie auch die „Würdenträger“ im Reichsrat – was sind sie anderes als „Gutsnachbarn“?

In Rußland befinden sich im Besitz von 194 Geheimräten 3 103 579 Desjatinen Land, d. h., es entfallen durchschnittlich mehr als zwanzigtausend Desjatinen auf einen Geheimrat. Insgesamt aber besitzen die größten Grundbesitzer Rußlands, deren Zahl weniger als 30 000 beträgt, 70 Millionen Desjatinen Land. Gerade in den Händen dieser Klasse befindet sich die Mehrheit sowohl der Reichsduma als auch des Reichsrats sowie der höheren Beamtschaft, schon gar nicht zu sprechen vom Semstwo und der Lokalverwaltung. Sie alle sind „Gutsnachbarn“.

Die „Gutsnachbarn“ werden in unserem kapitalistischen Zeitalter immer öfter selbst zu Fabrikanten, Besitzern von Schnapsbrennereien, Zuckerfabriken u. ä., sie beteiligen sich immer mehr an allen möglichen Handels-, Industrie-, Finanz- und Eisenbahnunternehmen. Die Spitzen des Adels verflechten sich immer enger mit der Großbourgeoisie.

Die „Gutsnachbarn“ stellen in Rußland die beste *Klassenorganisation* dar, denn sie sind nicht nur als Nachbarn, nicht nur in Verbänden organisiert, sondern sie sind auch als Staatsmacht organisiert. Alle wichtigsten Institutionen sind von ihnen besetzt, sind „nach ihrem Beispiel und Ebenbild“ und entsprechend ihren „Bedürfnissen“ und Interessen eingerichtet. Natürlich gibt es in unserem staatlichen System auch höchst wichtige Besonderheiten, die sich aus der Kriegsgeschichte Rußlands usw. erklären, Besonderheiten, die manchmal die Unzufriedenheit auch der Gutsbesitzerklasse hervorrufen können. Immerhin aber geben die Herren großrussischen Gutsbesitzer im großen und ganzen ein ausgezeichnetes Vorbild *klassenmäßiger* Organisiertheit!

Unsere Bourgeoisie macht schlecht von diesem Vorbild Gebrauch, sie fürchtet sich zum Beispiel, an die Organisation *ihrer* Klasse als Staatsmacht zu denken. Dafür aber hat das Proletariat, das sich als Klasse organisiert, das ausgezeichnete Vorbild der „Gutsnachbarn“ nie vergessen und wird es auch nicht vergessen.

„Put Prawdy“ Nr. 80,  
8. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE VOLKSTÜMLER UND DIE „FRAKTIONELLE VERGEWALTIGUNG“

Je mehr sich die Arbeiterbewegung entfaltet, je geschlossener ihre Aktionen werden, desto lauter schreien die von den Massen losgelösten Intellektuellengruppchen über „Fraktionswesen“, „Prawda-Seuche“, „fraktionelle Blendung“ usw. Diese guten Leute merken nicht einmal, daß sie sich damit selbst ein Armutszeugnis ausstellen. Dort, wo sie nur eine Naturkatastrophe sehen, über die man nur in lautes Wehklagen ausbrechen kann, dort zeigt sich in Wirklichkeit die Reife und Diszipliniertheit unserer Arbeiterbewegung.

Nichts hat die Armseligkeit, die ganze Verlogenheit des intelligenterischen Geschreis über das „Fraktionswesen“ der Arbeiter so entlarvt wie die kürzlich stattgefundenen offenen Versicherungswahlen der Arbeiter.

Man nehme die Zeitung der Volkstümler, „Mysl Truda“ [Gedanke der Arbeit]. Bereits *nach* allen Petersburger Versicherungswahlen finden wir in der Nummer vom 20. April einen außerordentlich großmäuligen Artikel, in dem mit ernster Miene bewiesen wird, daß man sich in keinem Fall „der fraktionellen Vergewaltigung (!!) durch die Prawdisten fügen“ dürfe.

Fraktionelle Vergewaltigung! Wieviel Unverfrorenheit brauchte die Zeitung der Volkstümler, um diese demagogischen Worte zu schreiben!

Der Leser bedenke: Es finden offene Wahlen bei den Arbeitern statt. Die Arbeiter befragen sich untereinander über die politische Richtung derer, die sich an der Wahl beteiligen. Zur allgemeinen Kenntnisnahme werden die folgenden, von niemandem bestrittenen Angaben über die politische Zusammensetzung der Wahlmänner veröffentlicht: 37 Prawdisten, 7 Liquidatoren, 4 Volkstümler und 5 ohne bestimmte Richtung. Die Arbeiter wählen natürlich eine Mehrheit von Prawdisten. (Eine gewisse Vertretung erhielt auch die Minderheit: die nicht liquidatorischen

Menschewiki.) Daraufhin erhebt die Zeitung der Volkstümmler ein Geschrei über „fraktionelle Vergewaltigung“.

Sie machen sich doch einfach lächerlich, meine Herren Volkstümmler. Sie zeigen an Ihrem eigenen Beispiel klar die ganze *Sinnlosigkeit* des abgedroschenen Wörtchens „Fraktionswesen“. Sie haben zwei einfache Zahlen vergessen: 37 und 4. Von 53 Arbeiterwahlmännern erwiesen sich als Volkstümmler 4, d. h. so etwa 7 Prozent. Die Volkstümmler sind jedoch offenbar der Meinung, die Arbeiter sollten ihre Vertreter nicht nach der Mehrheit, sondern *nach der Minderheit* der Stimmen wählen. Um es den Volkstümmlern recht zu machen, hätte man die 37 Arbeiterwahlmänner den 4 gleichsetzen müssen. 37 ist gleich 4 – das ist es eigentlich, was die guten und „nichtfraktionellen“ Volkstümmler den Arbeitern weiszumachen suchen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Arbeiter diese Superklugheit der Volkstümmler in keiner Weise begreifen können.

Alles hat seine Grenze, meine Herren „nichtfraktionelle“ Volkstümmler. Wenn Sie, die Sie 4 von 53 Wahlmännern haben, sich erlauben, über „fraktionelle Vergewaltigung“ durch die Mehrheit zu lamentieren, so zeigen Sie damit nur eins: daß Sie den Willen der Mehrheit nicht zu achten verstehen, daß Sie mit Ihrem unbändigen Geschrei über das „Fraktionswesen“ *den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter zu hintertreiben* versuchen. Sie, und niemand anders, versuchen tatsächlich, die erdrückende Mehrheit durch eine verschwindende Minderheit zu vergewaltigen.

Sie, die Sie die ganz erbärmliche, ganz prinzipienlose Politik eines von den Massen losgelösten Zirkels betreiben, versuchen mit Ihrem Geschrei über „fraktionelle Vergewaltigung“ die Arbeiter nervös zu machen und wollen auf diese wenig anziehende Art und Weise die Befriedigung Ihrer Zirkelinteressen *erpressen*. Wenn es ein „Fraktionswesen“ übelster Sorte gibt, so ist es gerade das Verhalten des liquidatorischen und des volkstümmlerischen Zirkels, die den Willen der Arbeiter hintertreiben.

Das gleiche Bild sehen wir auch im Zusammenhang mit den Versicherungswahlen in einem so großen Zentrum wie *Riga*.

Da findet die Versammlung der Vorstandsmitglieder der Krankenkassen statt, um die Kandidaten für die Versicherungsbehörde des Gouvernements aufzustellen. Es sind 21 Kassen vertreten. Die politischen Richtungen bekämpfen einander heftig. Auf der einen Seite Liquidatoren, Volkstümmler, Parteilose und einige Gewerkschaften. Auf der anderen die



Prawdisten. Von der einen wie von der anderen Seite treten eine Menge Redner auf. Im Ergebnis erhält die Liste der Prawdisten 44 Stimmen, der Block aller übrigen 20 Stimmen. (Wir entnehmen diese Angaben der „Mysl Truda“ selbst, Nr. 2.) Die Prawdisten haben somit mehr als zwei Drittel der Stimmen.

Danach erheben die Volkstümmler wiederum ein Wehklagen über „Fraktionswesen“ und „fraktionelle Vergewaltigung“.

Man beachte, wie sie mit den Worten spielen. Die Volkstümmler sind ja niemals eine *Fraktion* der Sozialdemokratie gewesen. Die Volkstümmler und die Sozialdemokraten haben stets *zwei* besondere *Parteien* mit besonderem Programm, besonderer Taktik und Organisation gebildet. Der Kampf zwischen den Sozialdemokraten und den Volkstümmlern ist ein Kampf von politischen *Parteien* und keineswegs ein „Fraktionskampf“. Was hat das mit „Fraktionswesen“ zu tun?

Ist es nicht klar, daß das Geschrei der Liquidatoren und der „Versöhnler“ über das „Fraktionswesen“ nur den *Feinden* der Arbeiterpartei in die Hände arbeitet, nur Chaos und Zwist sät, die Begriffe durcheinanderbringt und die Arbeiter verwirrt?

Das Geschrei gegen das „Fraktionswesen“ ist zum System geworden. Die Feinde der Marxisten machen von ihm bewußt Gebrauch, um die Arbeiter zu verwirren. Wenn diesem oder jenem Intellektuellen oder Zirkel von Intellektuellen ein Beschluß der Arbeiter nicht gefällt, so schreien sie: Hilfe, „Fraktionswesen“, rettet uns, „fraktionelle Vergewaltigung“!

Das macht auf niemanden Eindruck, meine Herren. Wenn der Spalter und Liberale Th. D. in der „Serwernaja Likwidatorskaja Gaseta“ [Liquidatorenzeitung des Nordens] auf jeder zweiten Zeile schwört, er sei für die „Einheit“, wenn Trotzki in seinem erzintellektuellen, durch und durch intellektuellen Zeitschriftchen in schwülstigen Ausdrücken nach „fraktioneller Entsklavung“ schreit, wenn die kleinbürgerlichen Auch-Sozialisten von der „Mysl Truda“ versichern, sie seien für die Einheit – so antworten ihnen die Arbeiter: Wer für die wahre Einheit der Arbeiterbewegung eintritt, der muß sich der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter fügen, der darf auf keinen Fall das marxistische Programm und die marxistische Taktik bekämpfen.

„Put Prawdy“ Nr. 81, 9. Mai 1914.

Nach dem Text des „Put Prawdy“.

## DEMORALISIERUNG DER ARBEITER DURCH VERFEINERTEN NATIONALISMUS

Je mehr die Arbeiterbewegung sich entwickelt, desto verzweifelter werden die Versuche der Bourgeoisie und der Fronherren, sie zu unterdrücken oder zu zersplittern. Diese beiden Methoden, die Unterdrückung mit Gewalt und die Zersplitterung durch bürgerliche Beeinflussung, werden in der ganzen Welt, in allen Ländern ständig praktiziert, wobei die verschiedenen Parteien der herrschenden Klassen bald die eine, bald die andere Methode in den Vordergrund rücken.

In Rußland kommt, insbesondere nach dem Jahre 1905, wo die klügsten Bourgeois die Aussichtslosigkeit der Anwendung nackter Gewalt allein erkannt haben, von seiten allerlei „fortschrittlicher“ bürgerlicher Parteien und Gruppen immer mehr die Methode der *Spaltung* der Arbeiter durch die Propagierung verschiedener bürgerlicher Ideen und Lehren, die den Kampf der Arbeiterklasse schwächen, zur Anwendung.

Zu diesen Ideen gehört der verfeinerte Nationalismus, der die Spaltung und Zersplitterung des Proletariats unter den wohlausehendsten und wohlklingendsten Vorwänden predigt, zum Beispiel unter dem Vorwand, die Interessen der „nationalen Kultur“, der „nationalen Autonomie oder Unabhängigkeit“ usw. usf. zu schützen.

Die klassenbewußten Arbeiter sind aus allen Kräften bemüht, *jeden* Nationalismus zurückzuweisen, sowohl den groben, gewalttätigen der Schwarzhunderter als auch den ganz verfeinerten, der die Gleichberechtigung der Nationen und *gleichzeitige* . . . *Zersplitterung* der Arbeitersache, der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterbewegung *nach* Nationalitäten predigt. Die klassenbewußten Arbeiter, die die Beschlüsse der letzten Beratung der Marxisten (Sommer 1913) in die Praxis umsetzen, verfechten – zum Unterschied von allen Abarten der nationalistischen Bourgeoisie – nicht nur die vollständigste, konsequente, restlos durchgeführte *Gleichberechtigung* der Nationen und Sprachen, sondern auch die *Ver-*

*schmelzung* der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in *einheitlichen* proletarischen Organisationen aller Art.

Darin besteht der grundlegende Unterschied zwischen dem nationalen Programm des Marxismus und dem jeder beliebigen Bourgeoisie, selbst der „fortschrittlichsten“.

Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen liegt den Marxisten nicht nur deshalb am Herzen, weil sie die konsequentesten Demokraten sind. Die Interessen der proletarischen Solidarität, der kameradschaftlichen Einheit des Klassenkampfes der Arbeiter erfordern volle Gleichberechtigung der Nationen zur Beseitigung auch des geringsten nationalen Mißtrauens, der Entfremdung, des Argwohns und der Feindschaft. Die völlige Gleichberechtigung aber schließt auch die Ablehnung jedweder Privilegien für eine der Sprachen, schließt die Anerkennung des *Rechts* auf Selbstbestimmung aller Nationen ein.

Für die Bourgeoisie jedoch ist die Forderung nach Gleichberechtigung der Nationen sehr oft faktisch gleichbedeutend mit der Propaganda für nationale Ausschließlichkeit und Chauvinismus, ist sie sehr oft vereinbar mit dem *Predigen* von Trennung und Entfremdung der Nationen. Damit ist der proletarische *Internationalismus*, der nicht nur die *Annäherung* der Nationen, sondern die *Verschmelzung* der Arbeiter aller Nationalitäten des betreffenden Staates in *einheitlichen* proletarischen Organisationen propagiert, *absolut* unvereinbar. Deshalb verurteilen die Marxisten entschieden die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“, das heißt die *Entziehung* des Schulwesens der Kompetenz des Staates und seine Übergabe in die Hände der *einzelnen* Nationalitäten. Dieser Plan bedeutet Trennung des Schulwesens nach den Nationalitäten des betreffenden Staatsverbandes, Bildung *nationaler Verbände* in den Fragen der „nationalen Kultur“ mit ihren *besonderen* Landtagen, Schulfinanzen, Schulräten und Schulinstitutionen.

Das ist ein Plan des verfeinerten Nationalismus, ein Plan, der die Arbeiterklasse demoralisiert und spaltet. Diesem Plan (der Bundisten, der Liquidatoren, der Volkstümler, d. h. der verschiedenen kleinbürgerlichen Gruppen) stellen die Marxisten das Prinzip entgegen: volle Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen bis zur Verneinung der Notwendigkeit einer Staatssprache, aber gleichzeitig damit Verfechtung einer möglichst großen Annäherung der Nationen, Einheit der *staatlichen* Insti-

tutionen für alle Nationen, Einheit der Schulräte, Einheit der Schulpolitik (weltliche Schule!), Einheit der Arbeiter der verschiedenen Nationen im Kampf gegen den *Nationalismus jeder nationalen Bourgeoisie*, gegen den Nationalismus, der, um die Einfältigen zu betrügen, in der Form der Losung der „nationalen Kultur“ aufgetischt wird.

Mögen die kleinbürgerlichen Nationalisten, die Bundisten, Liquidatoren, Volkstümler, die Publizisten des „Dswin“ ihre Prinzipien des verfeinerten bürgerlichen Nationalismus offen verfechten. Das ist ihr Recht. Sie sollen jedoch nicht die Arbeiter betrügen, wie dies z. B. Frau W. O. in Nr. 35 der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ tut, wenn sie versucht, den Lesern weiszumachen, die Zeitung „Sa Prawdu“ sei gegen den Unterricht in der Muttersprache!!!

Das ist eine grobe Verleumdung, denn die Prawdisten erkennen dieses Recht nicht nur an, sondern erkennen es *konsequenter* als alle an. Die Prawdisten, die sich mit der Beratung der Marxisten solidarisierten, die die *obligatorische Staatssprache ablehnte*, haben als erste in Rußland die Rechte der Muttersprache *restlos* anerkannt!

Den Unterricht in der Muttersprache mit der „Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten in den Grenzen eines Staates“, mit der „national-kulturellen Autonomie“, mit der „Entziehung des Schulwesens der Kompetenz des Staates“ zu verwechseln ist die himmelschreiendste Unwissenheit.

Nirgends in der Welt sind die Marxisten (und selbst die Demokraten) gegen den Unterricht in der Muttersprache. Und *nirgends in der Welt* haben die Marxisten das Programm der „national-kulturellen Autonomie“ angenommen, *nur* in Österreich wurde es *vorgeschlagen*.

Das Beispiel Finnlands, das Frau W. O. anführt, spricht gegen sie selbst, denn in diesem Lande ist die *Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen* (was wir bedingungslos und konsequenter als alle anderen anerkennen) anerkannt und durchgeführt, aber es *ist gar keine Rede* von der „Entziehung des Schulwesens der Kompetenz des Staates“, von besonderen nationalen Verbänden zur Leitung des gesamten Schulwesens, von der Trennung des gesamten staatlichen Schulwesens durch nationale Scheidewände usw.

„Put Prawdy“ Nr. 82, 10. Mai 1914.  
Unterschrift: W. I.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## ZUR POLITISCHEN LAGE

Die gegenwärtige politische Lage in Rußland wird charakterisiert durch das Anwachsen der Streikbewegung im allgemeinen, ferner durch die Zunahme der politischen Streiks (zum Beispiel der Streiks am 1. Mai) und das Erstarren der „Prawda“-Richtung unter den Arbeitern (die Wahlen zu den hauptstädtischen Versicherungsbehörden und zur gesamt-russischen Versicherungsbehörde haben das erneut bewiesen).

Der Zusammenhang zwischen dem Charakter der Arbeiterbewegung und der Richtung, die von der gewaltigen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter als die *ihre* anerkannt wurde, ist offenkundig und bedarf keiner besonderen Erläuterungen.

Weiter wird die gegenwärtige politische Lage gekennzeichnet durch ein besonders klares und deutliches Hervortreten eines „Linksblocks“, d. h. gemeinsamer Aktionen der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie (Trudowiki und Liquidatoren) sowohl gegen die Purischkewitsch als auch gegen den verräterischen bürgerlichen Liberalismus. Die Obstruktion der Linken in der Duma und der Ausschluß der Sozialdemokraten und Trudowiki mit den Stimmen der Rechten, der Oktobristen und eines Teils der Progressisten bei *Stimmhaltung* der Kadetten haben diesen „linken Block“ deutlich zum Vorschein gebracht. Die proletarische Demokratie hat von ihrer Selbständigkeit nicht ein Jota eingebüßt und ist von ihrer proletarischen Linie, von der „Prawda“-Linie nicht abgewichen. Unterstützt haben diese Linie gegen die Liberalen nur die Trudowiki und die Liquidatoren, obzwar sowohl diese als auch jene nicht selten zu den Liberalen hin schwanken.

Schließlich wird die gegenwärtige politische Lage in den bürgerlichen Klassen durch Schwankungen und Unzufriedenheit gekennzeichnet. Das ist in den Reden und in der Resolution des Kongresses für Handel und

Industrie zum Ausdruck gekommen. Eine offenkundige Unzufriedenheit mit der Regierung, eine offenkundig oppositionelle Stimmung.

Das kam bei der Behandlung des Etats des Innenministeriums zum Ausdruck, als die Oktobristen – Semstwoleute und Liberale – in der Duma eine Resolution gegen das Ministerium annahmen. Die Kadetten, die über den Übergang der Oktobristen auf „ihren“ Standpunkt frohlocken, vergessen hinzuzufügen, daß auch die Kadetten selbst hier *auf den* Standpunkt der *Oktobristen* übergegangen sind!!

Die von der IV. Duma angenommene Resolution geht von einem ganz bestimmten konterrevolutionären und imperialistischen Standpunkt aus. Die Regierungspolitik wird in dieser Resolution dafür verurteilt, daß

„die allgemeine administrative Willkür in den breiten, ruhigen“ (d. h. bürgerlich-reaktionären und gutsherrlichen) „Bevölkerungsschichten Unzufriedenheit und eine dumpfe Gärung hervorruft und dadurch die Entstehung und Stärkung von staatsfeindlichen Strömungen fördert“.

Bei den Herren Oktobristen ist von der Demokratie die Rede. Die Herren Kadetten haben sich von der Demokratie wieder und immer wieder öffentlich losgesagt. Um so besser, denn sie waren niemals Demokraten und können keine sein, denn sie haben die Demokratie jedesmal, wenn sie es auf sich nahmen, sie zu vertreten, nur betrogen. Die Demokratie kann in Rußland keinen Schritt vorwärtskommen, wenn sie sich nicht von dem Betrug des bürgerlichen Liberalismus der Kadetten befreit.

Fazit.

Weitere Erstarkung der Arbeiterbewegung. Weiterer Zusammenschluß der Mehrheit der Arbeiter mit dem „Prawdismus“.

Bestimmtes Hervortreten eines „Linksblocks“ im Sinne gemeinsamer Aktionen der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie (Trudowiki und Liquidatoren) gegen die Rechten und gegen die Kadetten.

Zerfall, Schwankungen, gegenseitiges Mißtrauen und Unzufriedenheit innerhalb des Systems vom 3. Juni, unter den Gutsbesitzern und der reaktionären Bourgeoisie. „Sie“ beschuldigen einander – die Purischkewitsch die Liberalen, die Liberalen die Purischkewitsch – der Förderung und Beschleunigung einer neuen Revolution.

So ist die Lage.

„Put Prawdy“ Nr. 85,  
13. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

---

## DIE EINHEIT DER ARBEITER UND DIE „STRÖMUNGEN“ DER INTELLEKTUELLEN

Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann.

Von allen Klassen Rußlands erörtert keine einzige Klasse, selbst die gebildete und reiche Bourgeoisie nicht so unumwunden, so scharf umrissen und, nach Maßgabe der Möglichkeit, so offen wie die Arbeiterklasse ihre Taktik, das heißt die Richtung und die Methoden ihrer Bewegung. Nur unklugen Leuten oder solchen, die die Beteiligung der breiten Massen an der Politik fürchten, erscheinen die in der Arbeiterpresse ständig zu beobachtenden offenen und leidenschaftlichen Debatten über die Taktik nicht am Platze oder überflüssig. In Wirklichkeit tragen gerade diese heißen Debatten dazu bei, daß alle Arbeiter herangezogen werden und lernen, über alle Seiten ihrer Politik, der Arbeiterpolitik, nachzudenken, daß sie eine feste, klare, bestimmte Klassenlinie der Bewegung herausarbeiten.

Arbeiter der „Staatspapierdruckerei“ haben unlängst ganz überzeugend demonstriert, wie sich die klassenbewußten Arbeiter zu den Diskussionen über die Taktik verhalten und verhalten sollen.

„Wir weisen“, schrieben sie in Nr. 68 des „Put Prawdy“, „jene Genossen von der Druckerei, die sich dem Appell der Anhänger der ‚Sewernaja Rabotschaja Gaseta‘ angeschlossen und eine Geldsammlung zu gleichen Teilen für beide Zeitungen durchgeführt haben in der Annahme, dies sei ein Schritt zur Verwirklichung der Einheit, darauf hin, daß dieser Schritt unserer Meinung nach falsch ist und nicht zur Einheit der Arbeiter-

bewegung führt, sondern umgekehrt den Zeitpunkt des Zusammenschlusses der Arbeiter unter dem einen Banner des Marxismus in die Ferne rückt. In der Tat, nehmen wir folgendes Beispiel. Nehmen wir an, wir sähen zwei Menschen, die leidenschaftlich über eine Frage streiten, die uns selbst betrifft, und dieser Streit wäre uns unangenehm, wir möchten ihm ein Ende machen. Was müssen wir in einem solchen Fall tun? Das ist sonnenklar: untersuchen, wer im Recht ist, und auf seine Seite treten; dann wird sich derjenige, der im Unrecht ist, von seinem Fehler überzeugen, oder es werden sich, wenn er seinen Fehler nicht einsehen kann, seine Kräfte erschöpfen, und er wird aufhören zu streiten. Wenn wir jedoch sowohl den einen als auch den andern unterstützen und anspornen werden, dann wird des Streitens kein Ende sein."

So schrieben die Arbeiter der Druckerei. Und es ist ganz unmöglich, ihre für alle Arbeiter so einfache Erläuterung der Sache zu widerlegen.

Die Unterstützung „zu gleichen Teilen“ oder der Wunsch, „alle Strömungen zu vereinigen“ oder miteinander zu verschmelzen (wovon übrigens die mit dem Liquidatorentum sympathisierenden Dumaabgeordneten reden), bedeutet faktisch nichts anderes als ein Bestreben, die Arbeiter von außen her zu kommandieren, in der Hoffnung, die Arbeiter selbst seien nicht imstande, „sich zurechtzufinden“. Jedes Grüppchen von Intellektuellen kann ein Broschürchen oder ein Zeitschriftchen herausgeben und sich zur „Strömung“ erklären, wie zum Beispiel das Grüppchen des antimarxistischen Philosophen Bogdanow oder das Grüppchen Trotzki oder das Grüppchen des zwischen den Volkstümlern und den Marxisten schwankenden N. N. Himmer u. a.

„Strömungen“ gibt es, soviel man will, die Arbeiter aber ruft man auf: unterstützt „zu gleichen Teilen“, erkennt „alle Strömungen“ an!!!

Natürlich wird jeder einigermaßen klassenbewußte Arbeiter fragen: Worum geht der Streit? Um *meinen* Kampf? Um *meine* Politik und Taktik? Um *meine* Partei?

So werde ich mich selbst zurechtfinden, ihr lebenswürdigen Herren, und werde nur die Taktik für die *meine* erklären, die ich billige und teile.

Das ist sonnenklar.

Nur deshalb, weil es in Rußland keine Pressefreiheit gibt und es (besonders in der Provinz) noch Massen von Arbeitern gibt, die zum ersten-



mal die eine oder andere Arbeiterzeitung sehen, die sich in den Fragen der Arbeiterpolitik noch absolut „nicht zurechtfinden“ – nur deshalb ist es in Rußland möglich, daß Intellektuelle so über Arbeiter kommandieren, wie es in den Appellen, „alle Strömungen“ anzuerkennen und sie „zu gleichen Teilen“ zu unterstützen, zum Ausdruck kommt.

Auf dem Markt kommt es oft vor, daß derjenige am meisten schreit und Gott zum Zeugen anruft, der besonders faule Ware loswerden will.

Auf dem Markt der intellektuellen Geschäftigkeit kommt es oft vor, daß gegen das Kommandieren über Arbeiter am lautesten gerade diejenigen Intellektuellen schreien, die über die Arbeiter kommandieren wollen und eine Unmenge antimarxistischer und antiproletarischer „Strömungen“ verkünden.

Man nehme Petersburg. Kaum einer, der gesunden Menschenverstand hat, kann bestreiten, daß die Arbeiter in Petersburg im Vergleich zu denen in der Provinz kultivierter, klassenbewußter und mehr gewohnt sowie fähig sind, sich in allen Fragen der marxistischen Lehre und der Praxis der Arbeiterbewegung tatsächlich selbständig „zurechtzufinden“.

Und was sehen wir?

Die Petersburger Arbeiter *haben sich zurechtgefunden* und haben die „Prawda“-Richtung als richtig anerkannt.

In Petersburg hat sich die erdrückende Mehrheit der Arbeiter für den „Prawdismus“ ausgesprochen und durch Taten bewiesen, daß sie *nur* diese „Strömung“ als die *ihre* anerkennt.

In der Provinz überwiegen die Prawdisten nicht so beträchtlich, aber immerhin ist ein Übergewicht zu erkennen. Das haben während zweier Jahre die Angaben über die Arbeitergruppen bewiesen, Angaben, die den Gegnern des „Prawdismus“ „unangenehm“ sind, deswegen aber nicht aufhören, Tatsachen zu sein.

Die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter hat sich zurechtgefunden, hat die Argumente für und wider die eine und die andere Taktik geprüft und die Taktik der „Prawda“ als die *ihre* anerkannt. Die Begründer intelligenzlerischer „Strömungen“, des Liquidatorentums, des Trotzismus („Borba“), des Gemischs von Volkstümplerideologie und Marxismus (der „Sowremennik“<sup>87</sup> des Herrn Himmer) u. a. versuchen jetzt, die Einheit und den Willen dieser Mehrheit der Arbeiter zu hintertreiben, zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß alle diese intelligenzlerischen „Strömungen“, die antimarxistische Ideen propagieren oder diesen Zugeständnisse machen, am Klassenbewußtsein und am Willen der fortgeschrittenen marxistischen Arbeiter zerschellen werden. Das Beispiel Petersburg bestätigt unsere Überzeugung.

Besonders lächerlich ist es, wenn die intellektuellen Begründer von Grüppchen und „Strömungen“, die die Einheit der Arbeiter zerstören, nach „Einheit“ schreien. Sie sind gegen die tatsächlich entstandene Einheit der Arbeiter und für eine in Worten versprochene Einheit der intelligenzlerischen Strömungen.

„Put Prawdy“ Nr. 85,  
13. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## ÜBER DIE LINKEN VOLKSTÜMLER

Die linken Volkstümler sind in Nr. 20 der „Stoikaja Mysl“ und die Volkstümler in Nr. 4 des „Russkoje Bogatstwo“ über die volkstümlerischen „Russkije Wedomosti“ hergefallen, weil diese sich für die freie Mobilisierung, d. h. Kauf, Verkauf und Verpfändung von Anteilland ausgesprochen haben.

Diese Frage ist deshalb interessant, weil sie das marxistische Urteil über die äußerste Rückständigkeit und den reaktionären Charakter der Theorie der Volkstümler besonders anschaulich bestätigt. Außerdem veranlaßt auch die praktische Bedeutung dieser Frage, bei ihr zu verweilen.

In einer Gesellschaft, in der die Warenproduktion herrscht, wird jeder ländliche Kleinbesitzer unvermeidlich immer mehr und mehr in den *Austausch* und in die Abhängigkeit vom *Markt*, und zwar nicht nur vom lokalen und nationalen, sondern auch vom *Weltmarkt* einbezogen. Jeder Tag der ökonomischen Entwicklung der ganzen Welt, jede Werst neuer Eisenbahnlinsen, jede neue Abwanderung aus dem Dorf zur Arbeit in die Stadt oder überhaupt in die Fabrik „auf Lohn“, jede neue landwirtschaftliche Maschine, mit einem Wort: buchstäblich jeder Schritt des wirtschaftlichen Lebens in der ganzen Welt trägt dazu bei, die abgelegensten Orte mit in den Austauschverkehr einzubeziehen. Millionen und Milliarden tagtäglich zu beobachtender Erscheinungen an allen Ecken und Enden der Welt, in ausnahmslos allen Ländern beweisen dieses Wachstum der Tauschwirtschaft, der Warenproduktion, des Kapitalismus. Denn die Umwandlung der Tauschwirtschaft und der einfachen Warenproduktion in Kapitalismus ist gleichermaßen eine Erscheinung, die durch Millionen und Milliarden tagtäglicher ökonomischer Beobachtungen in jedem Dorf, in jedem Handwerk und in jeder „Hausindustrie“ bestätigt wird.

Es ist klar, daß der in diese Verhältnisse der Weltwirtschaft hineingestellte Bauer ein *Warenproduzent* ist und mit jedem Tage mehr und mehr in die Abhängigkeit vom Markt hineingezogen wird, indem er seine Produkte verkauft, indem er Arbeitsmittel und Gebrauchsgegenstände kauft, indem er Arbeiter dingt oder sich selbst als Arbeiter verdingt. Bei dieser Sachlage ist – da das Privateigentum an Grund und Boden besteht – die Freiheit des Kaufs, des Verkaufs und der Verpfändung von Grund und Boden eine notwendige Entwicklungsbedingung des Kapitalismus. Die Versuche, diese Freiheit einzuschränken, können zu nichts anderem führen als zu tausenderlei Arten von Umgehungen des Gesetzes, zu tausenderlei Verschleppungen und bürokratischem Schematismus, zu einer *Verschlechterung* der Lage des Bauern. Den Weltkapitalismus durch Gesetze und Verordnungen, die die freie Mobilisierung des Grund und Bodens einschränken, aufzuhalten versuchen, ist eine ebensolche Borniertheit wie der Versuch, einen Eisenbahnzug mit einer Weidengerte zum Stehen zu bringen. Für derartige Versuche eintreten heißt die fronherrliche Knechtschaft, die Stagnation und das *Siechtum* des Dorfes vertreten.

Wer sich auch nur ein kleines bißchen mit politischer Ökonomie befaßt hat, weiß, daß in Rußland die Ablösung der Leibeigenschaft durch den Kapitalismus vor sich geht.

Eine andere, „dritte“ Form der Volkswirtschaft gibt es in Rußland *nicht*. Sowohl die Leibeigenschaft als auch der Kapitalismus bedeuten Ausbeutung der Arbeit, und *in diesem Sinne* bedeuten *beide* Formen – „Schlinge und Knechtschaft“. Der Leibeigenschaft sind aber eigen: jahrhundertelange Stagnation, Geducktheit und Unwissenheit der Werktätigen, niedriger Stand der Arbeitsproduktivität. Dem Kapitalismus hingegen sind eigen: eine sehr schnelle ökonomische und soziale Entwicklung, ein gewaltiges Steigen der Arbeitsproduktivität, die Beseitigung der Geducktheit der Werktätigen und das Erwecken ihrer Fähigkeit zum Zusammenschluß und zum bewußten politischen Leben.

Den Kapitalismus als Schlinge und Knechtschaft zu bezeichnen und gleichzeitig – wie dies die Volkstümpler tun – für das *Verzögern* der kapitalistischen Entwicklung *einzutreten* bedeutet deshalb *in Wirklichkeit*, zu Verfechtern der Überreste der Leibeigenschaft, der Barbarei und der Stagnation zu werden.

Die Marxisten haben die linken Volkstümpler wegen ihres Eintretens für die Beschränkung der freien Mobilisierung stets als „Sozialreaktionäre“ bezeichnet und werden sie auch weiter als solche bezeichnen.

Wir raten den klassenbewußten Arbeitern, gerade in dieser Frage mit den linken und allen anderen Volkstümlern „den Kampf aufzunehmen“! Wir bürgen mit unserem Kopf dafür, daß für die linken Volkstümpler nur schwachsinnige Greise eintreten werden, die außer der Beschränkung der freien Mobilisierung auch den Glauben an den Teufel, die Knechtseligkeit, die Knute, den sexuellen Mißbrauch der Schwiegertöchter und die „Belehrung“ der „Weibsbilder“ durch Prügel verfechten.

Für uns aber wird die gesamte frische, aufgeklärte, junge, an keinen Teufel glaubende Generation eintreten. Ein Zitat von Herrn Peschechonow wird genügen, damit diese Generation anfangs, sich derartigen Leuten gegenüber so zu verhalten, wie sie es verdienen:

„Ich habe gesagt“, schreibt Herr Peschechonow, „der Bauer versteht nicht, den Hypothekenkredit mit genügender Umsicht zu gebrauchen. Und das ist natürlich durchaus verständlich – das System der Arbeitswirtschaft ist nicht dazu geeignet . . .“

Ei, seht doch, den Bauern fehlt es an „Umsicht“! Ei, seht doch, die Fronherren und die liberalen Bürokraten „verstehen“ es, für die Bauern zu entscheiden!!

Hier hat man eine lebendige, nahe, praktische, kleine, aber klare Frage. An Hand dieser Frage muß man die Herren linken Volkstümpler vor jeder Versammlung, in der es wachgewordene, politisch bewußte Bauern gibt, dem Gelächter preisgeben.

Die „Arbeits“wirtschaft aber ist eine hohle, süßliche Intellektuellenphrase. Jeder Bauer weiß ausgezeichnet, daß man nicht leben kann, ohne zu verkaufen und ohne zu kaufen. Vor dieser einfachen Tatsache verfliegt das Geschwätz über das „System der Arbeitswirtschaft“ wie Staub.

\*

Die linken Volkstümpler streuen dem „Bäuerlein“ Sand in die Augen, wenn sie die Frage der freien Mobilisierung mit der Verfechtung des „Entzugs des Bodens aus dem Handel und seiner Umwandlung in Gemeingut des Volkes“ („Stoikaja Mysl“ Nr. 20) vermischen.

Erstens können nur völlige Ignoranten nicht wissen, daß „die Umwandlung des Bodens in Gemeingut des Volkes“ *nicht* den Entzug des Bodens aus dem Handel, *sondern umgekehrt*: seine noch großzügigere, freiere und schnellere *Einbeziehung* in diesen Handel bedeutet.

Studieren Sie doch die politische Ökonomie von Marx, meine Herren „Sozialreaktionäre“!

Zweitens können *radikale* Bourgeois, wie Marx bewiesen und gezeigt hat, die Forderung nach „Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeingut des Volkes“ erheben, und sie haben sie mehr als einmal erhoben. Das ist unbestreitbar. Aber zu glauben, die Verfechtung *fronherrlicher* Beschränkungen der freien Mobilisierung erleichtere eine derartige Umwandlung, bedeutet, nicht ein radikaler, sondern ein rückständiger Bourgeois zu sein.

Solange das Privateigentum an Grund und Boden besteht, ist die Einschränkung seiner Mobilisierung eine schädliche und reaktionäre Maßnahme. Für die Verwirklichung der Ideale der proletarischen Demokratie gibt es keinen anderen Weg als die schleunigste Beseitigung der Spuren der Leibeigenschaft und die schnellste Entwicklung des Kapitalismus.

\*

Die Marxisten haben stets erklärt und wiederholen es jetzt: Man muß die demokratischen Anschauungen der Bauern von den *fronherrlichen* Überbleibseln *säubern*. Der Volkstümler verdient Unterstützung *nur insofern*, als er gegen die Leibeigenschaft und für die Demokratie eintritt. Insofern er aber die Geducktheit und Rückständigkeit, die Engstirnigkeit und den Egoismus der Kleinbürger verfißt, ist er der größte Reaktionär.

„Put Prawdy“ Nr. 86,  
14. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Put Prawdy“.

## DIE LIQUIDATOREN UND DIE BIOGRAPHIE MALINOWSKIS

In ihren zahlreichen Artikeln über den Weggang Malinowskis<sup>88</sup> behaupten die Liquidatoren unter anderen Verleumdungen, nur die „Spalterei“ der Prawdisten habe Malinowski auf einen hervorragenden Platz gestellt. Malinowski sei eine politische „Wetterfahne“ usw. usf.

Wir bringen im folgenden Wort für Wort einen redaktionellen Artikel der liquidatorischen Zeitung „Lutsch“, den die Liquidatoren am Tage nach der Wahl Malinowskis in die Reichsduma veröffentlichten, d. h. damals, als die Liquidatoren es noch nicht nötig hatten, sich im Kampf mit dem Gegner bis zur gemeinen Lüge zu erniedrigen.

Hier der vollständige Artikel („Lutsch“ vom 28. Oktober 1912, Nr. 37):

### R. W. MALINOWSKI

(Abgeordneter der Moskauer Arbeiter)

Zum Abgeordneten der Arbeiter des Moskauer Gouvernements ist der frühere Sekretär des Petersburger Metallarbeiterverbandes, Roman Malinowski, gewählt worden. In seiner Person gewinnt die sozialdemokratische Dumafraktion zum erstenmal einen hervorragenden Praktiker der Gewerkschaftsbewegung, der in den schwersten Jahren der Reaktion in den legalen Arbeiterorganisationen aktiv tätig war.

Malinowski ist Mitglied des Verbandes seit dem Tage seiner Gründung, dem 1. Mai 1906. Anfang 1907 wurde er zum Sekretär des Verbandes gewählt, und er hatte dieses verantwortungsvolle Amt ohne Unterbrechung bis November 1909 inne, wo er in der vorbereitenden Versammlung der ersten Arbeiterdelegation zum Kongreß der Alkoholgegner verhaftet wurde. Die Ausweisung aus St. Petersburg unterbrach seine aktive Teilnahme an der Gewerk-

schaftsarbeit, doch wurde die geistige Verbindung mit der Organisation nach wie vor aufrechterhalten.

Die Jahre der Tätigkeit Malinowskis als Sekretär waren jene Periode im Leben des Verbandes, als man nicht nur mit schweren äußeren Bedingungen, sondern auch mit der Apathie der Arbeiter selbst zu kämpfen hatte. Das persönliche Beispiel Malinowskis konnte als scharfe Waffe gegen diesen „inneren Feind“ dienen.

Seine Energie schien keine Müdigkeit zu kennen. Er machte sich mit dem gleichen Feuereifer an das verantwortungsvolle Werk der Leitung eines Streiks wie an die mühselige Arbeit des organisatorischen Aufbaus.

Und was das Wichtigste ist, Malinowski war stets bestrebt, diese Alltagsarbeit mit den Gesamtaufgaben der Arbeiterbewegung zu verknüpfen, im Kampf um die Tagesfragen das Endziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Viel Zeit und Kräfte raubte Malinowski die Gewerkschaftsarbeit. Und trotzdem vergrub er sich nicht ausschließlich in ihr: er hat mehr oder weniger an sämtlichen Aktionen der Arbeiter in den letzten Jahren teilgenommen. Er war Delegierter der Petersburger Arbeiter zum Moskauer Genossenschaftskongreß 1908. Zu Ostern 1909 vertrat er die St.-Petersburger Metallarbeiter auf dem ersten Kongreß der Fabrikärzte, wo er ein Referat über die Alters- und Invalidenversicherung hielt. Ebenfalls die Metallarbeiter waren es, die ihn zum Kongreß der Alkoholgegner delegierten, aber seine Verhaftung verhinderte seine Teilnahme am Kongreß.

In Moskau wurde die Tätigkeit Malinowskis notgedrungen eingeengt. Aber auch hier legte er die Hände nicht in den Schoß: er nahm an der Vorbereitung des zweiten Kongresses der Fabrikärzte teil, stand eine Zeitlang der Arbeitergenossenschaft nahe usw.

Die politische Arbeiterbewegung hat den neuen Moskauer Abgeordneten ebenfalls stets lebhaft interessiert.

Seiner Gesinnung nach ist er Bolschewik. Aber das hat ihn im Jahre 1908 nicht gehindert, sich im Namen der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gegen seine Gesinnungsgenossen zu wenden, als sie nach dem Londoner Parteitag anfangen, eine Vertretung der Partei in den Gewerkschaftsvorständen anzustreben. Es hat ihn auf dem ersten Kongreß der Fabrikärzte nicht gehindert, sich im Namen der Einheit der Arbeiterdelegation gegen das desorganisierende Verhalten der Moskauer Bolschewiki zu wenden.

Man darf ruhig hoffen, daß die Tätigkeit des neuen Arbeiterabgeordneten auch auf politischem Gebiet ebenso fruchtbar sein wird wie auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung.

In solchen ehrenvollen Ausdrücken haben *vor zwei Jahren die Liquidatoren selber über den Bolschewik Malinowski geschrieben*. Wie hätte



es nach der Tätigkeit Malinowskis, die sich vor den Augen aller Arbeiter abgespielt hat, auch anders sein können? Sogar die Liquidatoren, schon damals seine politischen Feinde, konnten ihm eine ungeheure Achtung nicht verweigern. Sie sprechen von seiner vergangenen Arbeit, die ihn schon damals hervorhob, in den für Malinowski schmeichelhaftesten Ausdrücken. Sie stellen ihn anderen als Beispiel hin. Von „Wetterwendigkeit“ ist keine Rede. Es ist auch das Märchen noch nicht erfunden, er sei als Kandidat der liquidatorischen „Einheit“ in die Duma gekommen.

Einige Wochen später findet die erste Sitzung der vereinigten sozialdemokratischen Dumafraktion statt. Die Liquidatoren selbst wählen einstimmig Malinowski zum stellvertretenden Vorsitzenden der Dumafraktion, genauso wie sie früher seine Kandidatur zum Vorsitzenden von Arbeiterdelegationen auf öffentlichen Kongressen (z. B. dem Kongreß der Fabrikärzte) usw. unterstützt hatten. Ein sehr angesehener „Augustmann“ (eine Säule der jetzigen Zeitschrift „Borba“) schreibt an Malinowski nach den Dumawahlen für diesen äußerst schmeichelhafte Briefe, wobei er ihn beinahe einen zukünftigen Bebel nennt.

Als sich aber Malinowski als heftiger Gegner des Liquidatorentums erwies, als er einen Schritt tat, den er selbst bald darauf als grundfalsch anerkennen mußte, da gab es keine schmutzige Verleumdung, die die Liquidatoren nicht aus dem Unrathaufen der Schwarzhunderterzeitungen hervorgeholt und dem früheren Abgeordneten ins Gesicht geschleudert hätten, den sie selbst mit Lobreden überschüttet hatten.

Daß Malinowski angesichts seiner politischen Vergangenheit und seiner Begabung in jeder beliebigen Fraktion eine hervorragende Rolle spielen würde, daß die Liquidatoren ihm einen Ehrenplatz einräumen würden, wenn er sich mit ihnen solidarisierte, das weiß jeder. Die Liquidatoren aber schämen sich nicht zu erklären, Malinowski sei durch die „Spaltung“ emporgekommen.

*Man schämt sich* für die Leute, wenn man sieht, wie das persönliche Unglück eines Menschen zum Kampf gegen eine feindliche politische Richtung ausgenutzt werden soll. Wir wollen Malinowski nicht mit Chrustaljow vergleichen. Was würden aber die Liquidatoren sagen, wenn ihre politischen Gegner, nach dem, was mit Chrustaljow geschehen ist, auf Grund des Geschicks dieses einzelnen Menschen anfangen, den Menschewismus in den Schmutz zu ziehen und den Fall Chrustaljow gegen die

ganze menschewistische Richtung „auszunutzen“? Und es ist bekannt, daß Chrustaljow Menschewik war, daß er als einer ihrer hervorragenden Vertreter auf dem Londoner Parteitag, in der Presse usw. aufgetreten ist, es ist bekannt, daß die Menschewiki einst auf Chrustaljow stolz waren.

Die „Prawdisten“ haben keinen Mangel an politischen Gegnern. Aber keine einzige feindliche Zeitung – ausgenommen vielleicht nur die Dubrowin-Leute und die Zeitungen Purischkewitschs – hat es bis zu solchen Gemeinheiten gebracht wie die, zu denen in diesen Tagen die Zeitung der Liquidatoren herabgesunken ist. Selbst die Liberalen haben sich unvergleichlich anständiger aufgeführt.

Über den Gegner die unglaublichsten Niederträchtigkeiten zusammenzureden und mit einem wortreichen Appell zur . . . Einheit mit demselben verleumdeten Gegner zu schließen – das ist die heuchlerische, würdelose, verachtungswürdige Taktik all dieser Märtow und Dan.

Ihr widerliches Verhalten im Zusammenhang mit dem Weggang Malinowskis muß selbst Blinden die Augen öffnen.

„Rabotschi“ Nr. 2,  
22. Mai 1914.

Unterschrift: *E i n P r a w d i s t.*

*Nach dem Text des  
„Rabotschi“.*

---

## VON ZWEI WEGEN

Unlängst hat der Führer der kaukasischen Liquidatoren, An, in einem Artikel, der die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter auf sich gelenkt hat, erklärt, er sei mit dem „Lutsch“ und seinen Nachfolgern, mit ihrer *opportunistischen* Taktik nicht einverstanden.

Diese Erklärung kommt dem Zerfall des „Augustblocks“ gleich – keine Ausreden und Ausflüchte vermögen diese Tatsache zu widerlegen.

In diesem Augenblick möchten wir jedoch die Aufmerksamkeit der Leser auf etwas anderes lenken, nämlich auf die Betrachtungen Ans über zwei Entwicklungswege Rußlands. An schreibt:

„Der ‚Lutsch‘ verbindet seine Taktik mit der Möglichkeit von Reformen, hält Kurs auf Reformen. Die ‚Prawda‘ verbindet ihre Taktik mit dem ‚Sturm‘, hält Kurs auf den Umbruch.“

An zieht daraus den Schluß: man muß *beide* Taktiken vereinigen. Dieser Schluß taugt gar nichts. Es ist ein unmarxistischer Schluß.

Untersuchen wir die Sache.

Wodurch wird der *Weg* Rußlands, werden Charakter und Tempo seiner Entwicklung bestimmt?

Durch das Wechselverhältnis der sozialen Kräfte, durch die Resultante des Klassenkampfes.

Das liegt auf der Hand.

Welche sozialen Kräfte wirken in Rußland? Wie verläuft die Linie des Klassenkampfes?

Rußland ist ein kapitalistisches Land; es kann sich nicht anders als kapitalistisch entwickeln. Rußland durchlebt jetzt eine bürgerlich-demokratische Umgestaltung, die Befreiung von der Fronherrschaft, von der

Leibeigenschaft. Unter den Verhältnissen des Weltkapitalismus ist die Befreiung Rußlands von der Leibeigenschaft unvermeidlich. Ungewiß ist vorderhand nur, wie die Resultante der die Beseitigung der Leibeigenschaft anstrebenden sozialen Kräfte sein wird. Diese Kräfte sind in der Hauptsache die folgenden: 1. der bürgerliche monarchistische Liberalismus (die Kapitalisten und ein Teil der Gutsbesitzer in den Parteien der Progressisten, der Kadetten, zum Teil der Oktobristen); 2. die bürgerliche Demokratie (die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum, die Intelligenz u. dgl. m.); 3. das Proletariat.

Jede dieser Klassen wirkt – wir nehmen natürlich nur die Handlungen der Massen – auf einer Linie, die durch die ökonomische Lage jeder Klasse bestimmt wird. Es gibt nur eine Resultante und es kann *nur eine* geben.

In welchem Sinne kann man nun von zwei Wegen Rußlands sprechen? Nur in dem Sinne, daß wir diese Resultante, die sich *einer der zwei* ganz einfachen, klaren und sofort jedem sichtbaren Linien nähern wird, nicht kennen und bis zum Ausgang des Kampfes nicht kennen werden. Die erste Linie ist die der „Reformen“, die zweite die des „Sturms“.

Als Reformen bezeichnet man solche Änderungen, die der alten herrschenden Klasse die Macht im Staate *nicht* entreißen. Änderungen entgegengesetzter Art werden „Sturm“ genannt. Die Klasseninteressen des bürgerlichen Liberalismus erfordern *nur* Reformen, denn die Bourgeoisie fürchtet den „Sturm“ mehr als die Reaktion, die Bourgeoisie will die alten fronherrlichen Institutionen (Bürokratie, zwei Kammern usw. usf.) beibehalten, um sich gegen die Arbeiter zu schützen. Die Bauernschaft schwankt in ausnahmslos allen Ländern der Welt, darunter auch in Rußland, bei einer bürgerlich-demokratischen Umgestaltung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Solche Schwankungen sind unvermeidlich, denn die Bauern sind Gegner der Gutsherren und der Leibeigenschaft, aber gleichzeitig sind sie selbst Kleinbesitzer, kleine Bourgeois.

Was das Proletariat betrifft, so liegen seine Interessen, die mit den Interessen der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung, aller Ausgebeuteten zusammenfallen, auf dem *nicht*reformistischen Wege, einem Wege, der in Rußland durch die bekannten „drei Grundpfeiler“ gekennzeichnet wird.

Wenn die Mehrheit der Bauern und der Bevölkerung den Liberalen folgen wird, so wird das ein für die Arbeiter und Ausgebeuteten sehr

schlechter, sehr wenig vorteilhafter und äußerst qualvoller „Weg“ sein. Wenn die Mehrheit der Bauern und der Bevölkerung den Arbeitern folgen wird, dann wird sich das Gegenteil ergeben. Erst der endgültige Ausgang des Kampfes wird die eine oder andere Resultante gänzlich zum Vorschein bringen.

Jetzt sehen wir, welches der tatsächliche Sinn der unklaren und verworrenen Betrachtung Ans ist, der den Opportunismus der Liquidatoren und ihren Verrat an der Arbeiterklasse mehr gefühlt als begriffen hat.

Die Liquidatoren sind Reformisten. Sie betreiben in Wirklichkeit eine *liberale* und keine marxistische Arbeiterpolitik, und das führt zur Unterordnung der Arbeiter unter die Bourgeoisie.

Die „Prawdisten“ betreiben eine marxistische, proletarische Politik und verfechten bei der Umgestaltung Rußlands die Interessen der Arbeiterklasse. Verlieren nicht die „Prawdisten“ die Ausnutzung von Reformen aus dem Auge? Darauf läßt sich leicht mit einem Hinweis auf die Tatsachen antworten. Man nehme eine wirkliche und nicht eine eingebildete Reform, die Versicherung. Jeder sieht, daß sich die Anhänger der „Prawda“ zehnmal stärker an ihr „festklammern“ als die Liquidatoren: siehe „Woprossy Strachowanija“<sup>89</sup> und das Ergebnis der Wahlen zum Gesamtrussischen Versicherungsrat.

Man nehme die „Teilforderungen“ des wirtschaftlichen Kampfes bei Streiks. Jedermann weiß, daß die Prawdisten diese wirkliche und nicht ausgedachte Kampagne tausendmal stärker und energischer führen.

Wenn es eine solche Gruppe gäbe, die die Ausnutzung von Reformen und Teilverbesserungen ablehnte, so *dürfte* man sich *nicht* mit ihr vereinigen: das wäre eine für die Arbeiter schädliche, nicht marxistische Politik.

Auch mit den Liquidatoren darf man sich nicht vereinigen, denn die Ablehnung und Beschimpfung der „Illegalität“, die Ablehnung und Zurückstellung zweier „Grundpfeiler“, die Proklamierung des Kampfes für eine legale Partei und der Möglichkeit politischer Reformen im heutigen Rußland – all das ist Verrat an der Arbeiterklasse, Übergehen auf die Seite der Bourgeoisie.

Die Prawdisten „halten Kurs auf den Sturm oder den Umbruch“, nach dem Ausdruck Ans, ohne – das besagen die Tatsachen – auch nur eine, auch nur die geringste Möglichkeit tatsächlicher Reformen und Teil-

verbesserungen außer acht zu lassen, wobei sie den Massen die Verlogenheit des Reformismus erläutern. Diese Taktik ist die einzig richtige, die einzig marxistische, und deshalb haben die klassenbewußten Arbeiter ganz Rußlands sie in ihrer gewaltigen, erdrückenden Mehrheit angenommen (das haben die Tatsachen, hat die Anzahl der Arbeitergruppen bewiesen).

Nur die Anhänger der kleinbürgerlichen Demokratie, die Volkstümmler und die Liquidatoren, kämpfen, aber vergeblich, gegen die Arbeiter, gegen den „Prawdismus“.

„Rabotschi“ Nr. 3,  
24. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Rabotschi“.

PLECHANOW,  
DER NICHT WEISS, WAS ER WILL

Bekanntlich sind mit Plechanow in Fragen der Taktik und Organisation schon wiederholt traurige Dinge passiert. Er hat sich in diesen Fragen während der letzten 11 Jahre (seit dem Herbst 1903, wo er von den Bolschewiki zu den Menschewiki übergang) viele Male und auf komische Weise verheddert.

Jetzt fängt er wieder an, sich zu verheddern, und wir müssen die Leser mit diesem betrüblichen Bild bekannt machen. Erinnern wir uns zuerst des großen Verdienstes Plechanows in der schweren Zeit (1909–1911). Er pries die illegale Arbeit und unterstützte entschieden die Beschlüsse der Partei über den Kampf gegen das Liquidatorentum. Er zeigte den Opportunismus der Liquidatoren und wie sie den „Okonomismus“ (eine bürgerliche Strömung im Marxismus in den Jahren 1894–1902) wiederbelebt haben. Er wies nach, daß die Liquidatoren durch die Ablehnung der illegalen Arbeit die Partei verrieten. Er erläuterte mit Recht, daß „Herr Potressow“ Judas gleiche und daß die Apostel *ohne* Judas stärker gewesen seien als *mit* ihm.

Das waren klare, präzise Gedanken aus einem Guß, die durchaus den Beschlüssen der Jahre 1908 und 1910 entsprachen.

Man betrachte aber die neue „Wendung“ Plechanows. In der Zeitung „Jedinstwo“<sup>90</sup> verflucht er jetzt die Prawdisten wegen „Fraktionswesen“ und „Usurpation“ (unrechtmäßige Machtergreifung, Titelanmaßung) und versichert, wir hätten „nicht eine Arbeiterpresse, sondern ganze zwei“.

Das ist nicht sehr geschickt ausgedrückt, aber immerhin verständlich. Die Zeitung der Liquidatoren wird zur Arbeiterzeitung erklärt!! Da haben

wir's! Und der nämliche Plechanow hat doch die Richtigkeit der Resolution verfochten, die das Liquidatorientum als *bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat* bezeichnet hat.

Vergeblich will Plechanow das vergessen machen. Die Arbeiter werden über eine solche Vergeßlichkeit nur lachen.

Die Presse der Liquidatoren ist *keine* Arbeiterpresse, sondern eine Presse, die den *bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat* verwirklicht. Das ist im Beschluß der „Gesamtheit“ klar und deutlich gesagt.<sup>91</sup> Das bestätigen in einer für alle anschaulichen Weise die Liquidatoren bis zum heutigen Tag (siehe z. B. das übereinstimmende Auftreten Bulkins und Martows *gegen* die Illegalität in der „Nascha Sarja“, 1914, Nr. 3).

Welchen Sinn hat aber bei Plechanow der Aufruf zur Einheit mit den Liquidatoren? Einheit mit jener Gruppe von Liquidatoren, die ganz so wie Potressow die Illegalität ablehnt? Um eine derartige Einheit zu verfechten, muß man *die Lossage von der Illegalität verfechten!*

Plechanow hat sich so sehr verheddert, daß er nicht aus noch ein weiß!

Die Liquidatoren haben doch sowohl in der „Nascha Sarja“ als auch in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ (Th. D. und L. M., ihre Führer) sowie durch den Mund der Tschcheidse und Co. klar und deutlich gesagt, daß sie *auf dem Ihrigen beharren*, d. h. Potressow verteidigen und ihm gestatten, die illegale Arbeit zu beschimpfen. Sie verfechten die Idee einer legalen Arbeiterpartei.

Plechanow aber verurteilt das Liquidatorientum als ein Verbrechen gegen die Partei und verfißt zur gleichen Zeit die „Einheit“ mit den Liquidatoren.

Darüber kann man nur lächeln.

Die Prawdisten nehmen alle Arbeiter, die die von Potressow abgelehnte „Form“ tatsächlich anerkennen wollen, mit offenen Armen auf, halten aber die leeren Phrasen über die „Einheit“ mit den Gegnern der Illegalität für leere Phrasen von Leuten, die selbst nicht wissen, was sie wollen.

Auf die Anschuldigung der „Usurpation“ erwidern die Prawdisten ruhig: gleicht nicht einem Usurpator derjenige, der Deklamationen und Phrasen liebt und *Tatsachen* fürchtet? Plechanow lebt im Ausland; warum schweigt er denn so bescheiden über die Tatsache, daß die Liquidatoren von August 1912 bis Mai 1914 im Ausland *nicht eine einzige* Nummer einer Zeitung herausgegeben haben? Daß es *keinen einzigen* tatsächlichen



Hinweis auf solche „Organisationen“ gab, für die auch Plechanow eingetreten ist??

Die Gegner des Liquidatorentums dagegen haben *in einer ganzen Anzahl* von Nummern eine Reihe *tatsächlicher* Hinweise auf *alle* Gegenden Rußlands gegeben.

Plechanow verschweigt die Tatsachen, denn die Tatsachen machen seine Phrasen zuschanden.

Nehmen wir die in Rußland veröffentlichten Angaben, die eine öffentliche Überprüfung gestatten. In zwei vollen Jahren, 1912 und 1913, haben die Prawdisten (und sie bewiesen das durch Sammlungen in den Gruppen) 2801 Arbeitergruppen *zusammengeschlossen*, die Liquidatoren 750. Wenn wir das Jahr 1914, vom 1. Februar bis zum 6. Mai (vorläufige Berechnung) hinzufügen, so erhalten wir 5302 gegenüber 1382.

Die Prawdisten haben eine Mehrheit von etwa *vier Fünfteln!!*

Es leuchtet ein, daß Leuten, die die Tatsachen *fürchten*, nichts anderes übrigbleibt, als Phrasen und immer nur Phrasen zu dreschen.

Die Prawdisten haben auf dem Boden exakter und klarer Beschlüsse, die von den Vertretern der Arbeiter dreimal ergänzt und überprüft worden sind (im Januar 1912, im Februar und im Sommer 1913)  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands *zusammengeschlossen*. Diese Beschlüsse sind in Hunderten von Artikeln entwickelt und in die Praxis umgesetzt worden.

Das sind keine Phrasen, keine Märchen, keine Anekdoten von Kröpfen und von Wilden (Plechanow kaut immer alte Anekdoten wieder!), sondern *Tatsachen*. Das ist die *Einheit in der Tat*, die Einheit der Arbeiter, die *ihre* Taktik durch die Erfahrung erprobt haben.

Wenn man diese von Tausenden von Arbeitern gebilligte Taktik geringschätzig als „Leninsche“ bezeichnet, so ist das nur ein Lob für Lenin, und die 5000 Arbeitergruppen verschwinden deshalb nicht, es verschwindet nicht ihre Einheit, ihre Partei.

Die Worte über „Fraktionswesen“, „Zersplitterung“, „Zerfall“ usw. fallen gerade auf Plechanow und seine heutigen Freunde zurück. Man betrachte das auf der ersten Seite des Plechanowschen „Jedinstwo“ veröffentlichte Verzeichnis der Mitarbeiter des intelligenzlerischen, volkstümlicherischen Zeitschriftchens „Sowremennik“. Wir haben vor uns Herrn Himmer und Co., die *antimarxistische* Ideen predigen; Plechanow hatte

recht, als er diese Ideen die Ideen von „Sozialreaktionären“ nannte. Wir haben vor uns die Gottsucher und Machisten: Bogdanow, Basarow, Lunatscharski. Wir haben vor uns die Liquidatoren: Dan, Martow, Tscherewanin (aus irgendeinem Grunde verschwand der in Nr. 66 der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ genannte Potressow). Hier ist auch der liberale Bogutscharski usw.

Und in diesem „Sowremennik“, wo weit und breit kein Arbeiter zu sehen ist, rühmt sich Herr Himmer offen, daß Plechanow für die Einheit mit ihm sei!! *Plechanow aber schweigt.*

Ist es nicht Zeit, die Maske abzunehmen? Sonst werden die Arbeiter sie vielleicht unhöflich herunterreißen! *Antimarxistische* Intellektuellenzirkel, Trümmer der bürgerlichen Demokratie – dorthin ist der arme Plechanow unversehens geraten. Hier haben wir das Chaos, hier haben wir die Zersplitterung und die Fraktiönchen gegen die Einheit der Tausende von Arbeitergruppen der „Prawda“-Richtung, die sich in zwei Jahren zusammengeschlossen haben.

Plechanow tut uns leid – er hätte für seinen Kampf gegen die Opportunisten, Volkstümler, Machisten und Liquidatoren Besseres verdient. Wir werden fortfahren, die zu  $\frac{4}{5}$  bereits erreichte Einheit der Arbeitergruppen, die eine exakte, durch die Erfahrung überprüfte Taktik haben, weiter aufzubauen.

Wir nehmen alle und jeden auf, der sich vom Liquidatorentum lossagt; die Türen sind nicht verschlossen.

An Hand des Beispiels der „Borba“ Trotzki's und des „Jedinstwo“ Plechanow's aber werden wir die traurigen und lächerlichen Schwankungen der von der Arbeiterbewegung losgerissenen Intellektuellengruppchen aufzeigen, die schwanken, endlos schwanken, heute nach der einen, morgen nach der anderen Seite, vom Intellektuellen Potressow zum Intellektuellen Himmer.

Ein trauriges, jedoch in einem kleinbürgerlichen Lande in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen unvermeidbares Schauspiel.

„Rabotschi“ Nr. 4,  
25. Mai 1914.

Nach dem Text des  
„Rabotschi“.

---

## ZUR FRAGE DES ETATS DES MINISTERIUMS FÜR LANDWIRTSCHAFT<sup>92</sup>

Ihre neue Agrarpolitik, die Politik der verstärkten und beschleunigten Zerstörung der Dorfgemeinde mit Hilfe der Landeshauptleute, die Politik der Förderung von Sonderland hält unsere Regierung für einen besonders großen Erfolg in ihrem Kampf gegen die Revolution. Der Rat des vereinigten Adels<sup>93</sup> hat die Regierung schon 1906, gleich nach der Revolution, zur Ausdehnung des privaten bäuerlichen Grundeigentums aufgefordert, um so schnell wie möglich eine Schicht reicher Bauern zu schaffen, die auf die Seite der Gutsbesitzer gegen die Bauern treten würden. Stolypin betrat unverzüglich den vom Rat des vereinigten Adels gewiesenen Weg. Die Parteien der Gutsbesitzer in der III. Duma, die Rechten und die Okto- bristen, unterstützten diese neue Agrarpolitik aus allen Kräften, da sie in ihr nicht nur das beste Mittel zum Kampf gegen die Revolution, sondern auch einen großen Fortschritt in Richtung zum europäischen Wirtschaftssystem, einen Schritt vorwärts zur Vernichtung der Überreste der Leibeigenschaft erblickten.

Es ist bekannt, daß diese Lobpreisung der neuen Agrarpolitik als eines Werks der „Befreiung von der Leibeigenschaft“ in der offiziellen, rechten und oktobristischen Presse auf tausenderlei Art wiederholt wurde und wird.

Gerade von dieser Seite aus will ich denn auch in meiner Rede an die Bewertung der *Grundlagen* der Regierungspolitik in der Agrarfrage herangehen. Man spricht uns immer davon, wie die Anzahl von „Verschreibungen“ des Bodens als Privateigentum anwächst, wie sich der Anteil von Sonderland erhöht. Aber man sagt uns kein Wort davon, welche Ausmaße

die Knechtschafts- und Leibeigenschaftsverhältnisse in unserem Dorf auch heute noch erreichen. Und darin liegt doch der Kern der Sache. Man verspricht uns eine „europäische“ Umgestaltung unserer rückständigen Landwirtschaft bei Aufrechterhaltung der ökonomischen und politischen Allmacht der Klasse der Fronherren – der Purischkewitsch. Versprechen bleiben Versprechen, aber wie ist *jetzt* die Lage auf dem Lande, *n a c h* allen jenen Fortschritten, mit denen sich die Regierung brüstet? Wie groß ist *jetzt*, in der Gegenwart, die Verbreitung der Knechtschaft und der fronherrlichen Unterdrückung der Bauernmasse??

Zur Erläuterung dieser Frage führe ich als Zeugen eine Zeitschrift an, deren Leiter unlängst – und ganz mit Recht – vom Metropoliten *Antonius von Wolhynien s e l b s t* und zugleich natürlich auch von solchen durch ihre reaktionäre Gesinnung (und ihre Bereitschaft, Diener der Regierung zu sein) bekannten Publizisten wie Rosanow vom „Nowoje Wremja“ begeistert gelobt wurde. Das ist nicht irgendeine „linke“ Zeitschrift – Gott bewahre! Das ist eine Zeitschrift von Leuten, die bei *allen* Angriffen und Schimpfkanonaden der Reaktionäre gegen die Revolution mitgetan haben. Das ist eine Zeitschrift, in der jedwedes Pfaffentum und die Unantastbarkeit des Gutsbesitzereigentums mit Eifer verfochten werden. Sie haben wahrscheinlich erraten, daß ich von der „Russkaja Mysl“ spreche.

Diese Zeitschrift hat ausnahmsweise die Wahrheit gesagt und Daten angeführt, genaue Daten über die Verbreitung solcher Erscheinungen in Rußland wie der *Halbpacht* und der *Verdingung im Winter*. Jedermann weiß, daß das in unserem Dorf die gewöhnlichsten, alltäglichsten Dinge sind. Aber „jedermann“ zieht es vor, von allem möglichen zu reden, nur nicht von diesen alltäglichen Dingen.

„Sind die Verdingungen im Winter“, schreibt die genannte Zeitschrift, „nicht ein Widersinn in unserem Jahrhundert, dem Jahrhundert der Elektrizität und der Flugzeuge? Und doch gedeiht diese Form der Sklaverei und der Knechtschaft bis zum heutigen Tag weiter und spielt die Rolle eines Blut-saugers am Volkskörper . . . Die Verdingungen im Winter haben den aus der Zeit der Leibeigenschaft stammenden Begriff der ‚verpflichteten‘ Bauern in aller Frische bewahrt.“

Diese Beurteilung der Verdingung im Winter stammt nicht von mir, sondern aus einer Zeitschrift, die durch ihren Haß gegen die Revolution

bekannt ist. Sklaverei, Knechtschaft, Leibeigenschaft – durchaus „regierungstreue“ Leute sind *gezwungen*, unsere ländlichen „Zustände“ so zu bezeichnen.

Bei der Verdingung im Winter

„geht der Bauer auf die härteste Bedingung ein, auf einen Preis, der die Hälfte oder ein Drittel der Bezahlung der Arbeit im Frühjahr und Sommer beträgt. Annähernd wird im Winter für eine Desjatine – dreimal pflügen, säen, mähen (mit Sense oder Sichel), binden und zur Tenne bringen – das bezahlt, was im Sommer allein für das Ernten auf dem Felde (Mähen und Binden) bezahlt wird“.

Und wie viele Bauern befinden sich nun im Zustand dieser Leibeigenschaft, dieser Knechtung, dieser Sklaverei?

„Laut örtlichen Mitteilungen wurden im südwestlichen Gebiet in einigen Dörfern *zum Frühjahr 1913* bis zu 48%, im Gouvernement Mogiljow bis zu 52%, im Gouvernement Tschernigow bis zu 56% ‚verpflichtete‘ Höfe gezählt.“

Man beachte: Das wird vom Frühjahr 1913 gesagt!! Nach der Ernte des Jahres 1912!! Und zur Zeit jener angeblich schwindelerregenden Erfolge der sog. „Flurbereinigung“, von der die Regierung soviel Aufhebens macht und mit der sie vor aller Welt großtut!!

Kann man da die vielgerühmte „Flurbereinigung“ noch anders bezeichnen als einen übertünchten Sarg, der die gleiche frühere, alte Leibeigenschaft verbirgt?

Die Hälfte der Bauernhöfe sind „verpflichtete“ Höfe, geknechtet durch hoffnungsloses Elend. Der Hunger – Hunger selbst in einem Jahr mit sehr guter Ernte – zwingt sie, ihre Arbeit im Winter um zwei Drittel billiger an den Gutsherrn zu verkaufen. In Wirklichkeit kommt das völlig einem Fortbestehen des Frondienstes, der Leibeigenschaft gleich, denn das Wesen dieser Leibeigenschaft ist unversehrt geblieben: geblieben ist der bettelarme, hungernde, zugrunde gerichtete Bauer, der auch in einem guten Jahr genötigt ist, mit seinen armseligen Geräten und seinem abgezehrten Vieh den Boden der Gutsbesitzer unter den Bedingungen der „Verdingung im Winter“ zu bearbeiten.

Mag die Anzahl von Verschreibungen des Bodens als Privateigentum anwachsen. Das kann sogar eine sehr nützliche Maßnahme für diejenigen

Proletarier sein, die sich der Bürde entledigen und freier werden für den Kampf für Freiheit und Sozialismus.

Doch es ist klar, daß keinerlei „Verschreibungen“, keinerlei „Vorteile“ des Privateigentums den Millionen Höfen, den Dutzenden Millionen Bauern helfen, die aus dem Dorf *nirgendshin* abwandern können und sich im Winter in die Knechtschaft der Gutsbesitzer begeben müssen.

Diese Bauern müssen unweigerlich danach trachten, daß sämtliche Gutsbesitzerländereien unentgeltlich in ihre Hände übergehen, denn das ist der *einzig*e Ausweg für sie aus der trostlosen Knechtschaft. Da nützt das System des gemeinsamen Bodenbesitzes nichts. Sowohl der Hofbauer als auch der ganz uneingeschränkte „private Eigentümer“ bleiben ebenso wie der Bauer in der Dorfgemeinde ewig niedergehaltene Sklaven, wenn sie mit ihrem Getreide nicht länger als „*bis zum Nikolaustag*“ reichen und beim Gutsbesitzer zu Wucherbedingungen borgen müssen.

Für diese Dutzende Millionen Bauern ist es lächerlich, von einem „Fortschritt“ der Wirtschaft, von einem „Aufschwung der Kultur“, von einer Vervollkommnung der Bodenbearbeitung und ähnlichem auch nur zu sprechen! Wie kann man hier von Vervollkommnungen reden, wenn die fürchterliche Not dazu zwingt, sich um zwei Drittel billiger an den Gutsbesitzer zu verdingen, und im Sommer dann das eigene Getreide ausfällt? Im Sommer werden ihn die Gendarmen und Wächter mit Gewalt zum „*gnädigen Herrn*“ schleppen, von dem er gegen Arbeitsverpflichtung im voraus Getreide oder Geld genommen hat!!

Und der Gutsbesitzer, der im Winter gegen Arbeitsverpflichtung Getreide oder Geld gibt, gleicht keineswegs einem „europäischen“ Unternehmer oder einem kapitalistischen Unternehmer überhaupt. Das ist kein Unternehmer, sondern ein Wucherer oder ein Fronherr. Vervollkommnungen der Produktion sind bei einem solchen „Wirtschaftssystem“ nicht nur unnötig, sondern vom Standpunkt dieses Systems geradezu *unerwünscht, unnötig* und *schädlich*. Einen zugrunde gerichteten, bettelarmen, hungernden Bauern mit seinem hungernden Vieh und armseligen Geräten – das ist es, was eine solche gutherrliche Wirtschaft *braucht*, die die Rückständigkeit Rußlands und die Geducktheit der Bauern *verewigt*. Wenn die Masse der bäuerlichen Bevölkerung in derartige leibeigenschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse geraten ist, so vermögen diese Verhältnisse

sich noch jahrzehntelang zu halten, so lange, bis die Bauern sich selbst aus diesem Joch befreien werden, denn die Herausbildung einer geringen Minderheit von reichen „Sonderland-Bauern“ oder die Verschreibung von Boden und dessen Verkauf durch Proletarier ändern nicht das geringste an der Knechtschaft der Bauernmasse.

Das ist es, was die Lobpreiser der neuen, Stolypinschen Agrarpolitik vergessen oder richtiger: was sie zu vergessen, zu verhüllen, zu verdunkeln suchen. Sie singen im Chor, diese Politik bedeute einen „Fortschritt“, sie *verschweigen* jedoch, daß dieser Fortschritt eine allzu geringe Minderheit berührt und im Schneckentempo vorwärts geht, während die *Mehrheit* dennoch in der alten Knechtschaft und Leibeigenschaft verbleibt.

Die Zahl der Sonderland-Bauern steigt, es werden mehr Maschinen nach Rußland eingeführt, der Futterkräuteranbau entwickelt sich, die Genossenschaften auf dem Lande vermehren sich. All das ist richtig, meine Herren Verteidiger der Regierung! Aber es gibt noch eine andere Seite der Medaille, die Sie verbergen. Die Mehrzahl der Bauern verbleibt trotz all der vielberufenen Fortschritte in der Sklaverei der Leibeigenschaft. Daher sind alle „Fortschritte“ so *begrenzt* und *unsicher*, daher sind Hungersnöte unvermeidlich, daher ist der ganze innere Markt schwach und dürftig, daher halten sich Rechtlosigkeit und Willkür so dauerhaft, daher ist die Unvermeidlichkeit einer neuen Agrarrevolution *noch größer*. Denn größer ist der Widerspruch zwischen dem Zeitalter der Flugzeuge, der Elektrizität, der Autos einerseits und der „Verdingung im Winter“ oder der „Halbpacht“ anderseits.

Und hier haben Sie die *neuesten* Angaben über die Halbpacht in Rußland, und zwar aus derselben von Antonius von Wolhynien beifällig aufgenommenen Zeitschrift. Die Saatfläche der Bauern in Halbpacht beträgt, verglichen mit der Saatfläche auf eigenem Boden, 21% in den zentralen Gouvernements, 42% in den an den Seen gelegenen Gouvernements, 68% in den nordwestlichen!! Und die Heumahd in Halbpacht beträgt 50% in den zentralen Gouvernements und 110–185% in den an den Seen gelegenen Gouvernements, den Gouvernements im Transwolga-gebiet und in den nordwestlichen Gouvernements!!

Also *überwiegt* die Heumahd in Halbpacht in *drei* ungeheuer großen Gebieten Rußlands die eigene!!

Aber was ist das – „Halbpacht“?

„Der Bauer, der auf Gutsbesitzerland anbaut, mit eigenem Saatgut, bei vollständiger Bearbeitung des Bodens samt völliger Bergung der Ernte, einschließlich des Einbringens der Garben auf die Tenne, nimmt sich nur die Hälfte der Ernte. Bei der Heuernte dagegen wird ‚aufs Drittel‘ gearbeitet – der Halbpächter nimmt sich ein Drittel des Heues, während zwei Drittel an den Gutsbesitzer kommen.“

Ja, und auch das ist noch nicht alles.

„In einigen Fällen (insbesondere in den Gouvernements Minsk und Tschernigow) ist der Halbpächter, außer der Bezahlung der Bodennutzung mit der Hälfte der Ernte und beim Heu mit zwei Dritteln, *verpflichtet, 1–2 Wochen unbezahlte Arbeit auf dem Gut zu leisten, meistens mit einem Pferd oder einem Halbwüchsigen.*“

Ist das etwa nicht der reinste Frondienst? Ist das etwa nicht die alte Fronwirtschaft?

Diese Angaben enthalten durchaus nichts Neues. Im Gegenteil, das ist die graue Vorzeit, die sich in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit *neben* der „neuen“ Agrarpolitik erhalten hat. Diese graue Vorzeit kennt schon längst jeder, der mit dem Landleben in Berührung kommt. Über diese graue Vorzeit haben Statistiker und Beobachter des Dorfes Dutzende und Hunderte von Büchern geschrieben. Und diese graue Vorzeit herrscht bis zum heutigen Tage und verankert die himmelschreiende Rückständigkeit und die himmelschreiende Rechtlosigkeit in Rußland.

Dieser Fronwirtschaft läßt sich durch keinerlei Gesetze ein Ende machen, solange sich die Masse des Bodens in den Händen der allmächtigen Gutsbesitzer befindet; hier wird keine Ersetzung der „Dorfgemeinde“ der niedergedrückten Bauern durch den „privaten Grundbesitz“ helfen.

Nach der Regierungsstatistik über den Grundbesitz vom Jahre 1905, herausgegeben vom Innenministerium, besaßen im Europäischen Rußland *weniger als 30 000 Gutsbesitzer 70 Millionen Desjatinen Land...*

*Geschrieben vor dem 28. Mai  
(10. Juni) 1914.*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Proletarskaja  
Rewoluzija“ Nr. 3 (26).*

*Nach dem Manuskript.*



---

## ÜBER DIE EINHEIT

„Die Arbeiter sind der Spaltung müde. Die Arbeiter wollen die Einheit. Die Arbeiter sind empört darüber, daß die Spaltung manchmal sogar zu wahren Raufereien führt . . .“

Solche und ähnliche Feststellungen kann man zuweilen von den einen oder anderen Arbeitern hören.

Die Einheit ist für die Arbeiter tatsächlich notwendig. Und am notwendigsten ist es, zu begreifen, daß außer den Arbeitern selbst ihnen *niemand* die Einheit „geben“ wird, niemand *imstande ist*, ihnen zu ihrer Einheit zu verhelfen. Man kann die Einheit nicht „versprechen“ – das wäre leere Prahlerei, Selbstbetrug; man kann die Einheit nicht aus einer „Verständigung“ von Intellektuellengröppchen „schaffen“ – das ist der jämmerlichste, naivste und gröbste Irrtum.

Die Einheit muß *er kämpft* werden, und nur die Arbeiter selbst, die klassenbewußten Arbeiter selbst sind imstande, dies zu erreichen – in beharrlicher, hartnäckiger Arbeit.

Es gibt nichts Leichteres, als das Wort „Einheit“ in Riesenlettern zu schreiben, sie zu versprechen, sich für ihren Anhänger zu „erklären“. In Wirklichkeit kann man jedoch die Einheit nur durch die Arbeit und Organisation der fortgeschrittenen Arbeiter, *aller* klassenbewußten Arbeiter, vorwärtsbringen.

Die Einheit ist unmöglich ohne Organisation. Die Organisation ist unmöglich ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

Diese Wahrheiten sind unbestritten. Niemand wird sie bezweifeln. Bleibt nur – nur! –, sie in die Tat umzusetzen. Das ist nicht leicht. Das erfordert Arbeit, Beharrlichkeit, Zusammenschluß aller klassenbewußten

Arbeiter. Aber ohne eine derartige Arbeit kann man überhaupt nicht von einer Einheit der Arbeiter sprechen.

Die Amsterdamer Resolution der Internationale besteht auf der Einheit der Arbeiterpartei jedes Landes.<sup>94</sup> Diese Resolution ist richtig. Sie verlangt die *Einheit der Arbeiter*, bei uns aber setzt man an ihre Stelle die *Einheit von Intellektuellengröppchen, die den Willen der Mehrheit der Arbeiter nicht anerkennen wollen!!*

Das wäre wirklich lächerlich, wenn es nicht gar so traurig wäre.

Die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter ganz Rußlands hat sich in 2½ Jahren (seit dem 1. Januar 1912) auf dem Boden der im Januar 1912, Februar 1913 und Sommer 1913 gefaßten Beschlüsse der Prawdisten wirklich vereinigt. Das ist bewiesen durch genaue Angaben über die Arbeitergruppen, die verschiedenen Zeitungen ihre Geldbeiträge zukommen ließen. Wenn verschiedene Intellektuellengröppchen, die unter den Arbeitermassen keine Anhänger finden können, diese Angaben umgehen, darüber schweigen, so verschwinden die Angaben deswegen nicht: damit wird lediglich bewiesen, wie losgerissen die verschiedenen Intellektuellengröppchen von den Arbeitermassen sind und wie sie die *Wahrheit fürchten*.

Die Zahl der Arbeitergruppen, die an Zeitungen in St. Petersburg Geldbeiträge geleistet haben, betrug:

	Zeitungen der Prawdisten	Zeitungen der Liquidatoren
Während voller zwei Jahre, 1912 und 1913	2801	750
Während der Hälfte des Jahres 1914 (vom 1. Januar bis 13. Mai)	2873	671
<i>Insgesamt</i>	5674	1421

Aus diesen Angaben, die viele Male veröffentlicht und von niemandem korrigiert oder bestritten worden sind, geht hervor, daß die Liquidatoren *im ganzen ein Fünftel* der klassenbewußten Arbeiter hinter sich hatten (wobei hier zu den Liquidatoren *alle* ihre Verbündeten gezählt worden sind, die Kaukasier, Trotzlisten, Bundisten, Letten, während jetzt die Verbündeten von ihnen *abfallen*; die Letten *sind schon abgefallen*).

Also  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter haben die Beschlüsse der Prawdisten als die *ihren*

anerkannt, haben den Prawdismus gebilligt, haben sich *in der Tat* um den Prawdismus vereinigt.

Das ist Einheit der *Arbeiter* und nicht der Intellektuellengrüppchen, Einheit *in der Tat* und nicht in Worten, Einheit als Ergebnis von 2 ½ Jahren Arbeiterbewegung ganz Rußlands und nicht Einheit als Versprechen.

Diese Einheit ist es, für die weiterhin gekämpft werden muß, für die Unterordnung unter diese Vierfünftelmehrheit der Arbeiter. Einen anderen Weg *gibt es nicht* und *kann es nicht geben*. Sind denn die Arbeiter Kinder, die glauben werden, daß eine Vierfünftelmehrheit der Arbeiter einer Minderheit von  $\frac{1}{5}$  oder Intellektuellen, die überhaupt keine Arbeiter hinter sich haben, erlauben wird, den *Willen* der Mehrheit der Arbeiter zu *hintertreiben*?? Daran auch nur zu denken, ist lächerlich und unsinnig.

Möge, wer will, die Prawdisten als „Usurpatoren“ (Menschen, die unrechtmäßig Macht ergreifen, die sich einen Titel anmaßen) beschimpfen. Mögen sich in diesem Geschimpfe die Liquidatoren, Plechanow, Trotzki, die „Wperjod“-Leute, die Bundisten und wer immer vereinigen. All das ist Geschimpfe ohnmächtiger, wegen ihrer Ohnmacht wütender Grüppchen. Diese ohnmächtigen, von den Arbeitermassen losgelösten Grüppchen heucheln, wenn sie „Einheit“ schreien, denn gerade sie verletzen die Einheit, gerade sie *hintertreiben als Spalter den Willen der Mehrheit*.

Die Anstrengungen dieser Grüppchen sind vergebens. Es lohnt nicht, ihrem Geschimpfe Beachtung zu schenken. Die *Einheit der Arbeiter* aber errichten die prawdistischen Arbeiter, und sie werden sie errichten, trotz aller Schimpfkanonaden der erbosten, aber ohnmächtigen Intellektuellengrüppchen.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 2,  
30. Mai 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

## BLINDER EIFER SCHADET NUR

In der österreichischen sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf“ erschien kürzlich eine mit F. A.<sup>95</sup> gezeichnete sensationelle Notiz, der bekannte Führer der deutschen Opportunisten, Eduard Bernstein, habe sich von seinen revisionistischen, opportunistischen Ansichten losgesagt und sei wieder zum Marxismus zurückgekehrt.

Der Revisionismus oder die „Überprüfung“ des Marxismus ist gegenwärtig eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Erscheinungsform des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat und der bürgerlichen Demoralisierung der Proletarier. Gerade deshalb hat der Führer der Opportunisten, Eduard Bernstein, eine solche (traurige) Weltberühmtheit erlangt.

Und Eduard Bernstein soll wieder zum Marxismus zurückgekehrt sein? Diese Mitteilung mußte allen, die mit der deutschen sozialdemokratischen Literatur auch nur einigermaßen vertraut sind, sonderbar erscheinen: nach wie vor erscheint das Hauptorgan der Opportunisten, die „Sozialistischen Monatshefte“ (in deutscher Sprache), nach wie vor predigt es rein bürgerliche Anschauungen, die im Grunde genommen auf einen vollständigen Verrat am Sozialismus hinauslaufen. Bernstein ist immer noch der prominenteste Mitarbeiter dieser Zeitschrift. Was ist also los?

Die Sache ist die, daß Bernstein in Budapest ein Referat gehalten hat, und laut Darstellung einer dortigen Zeitung soll er sich in diesem Referat vom Revisionismus losgesagt haben.

Der Österreicher F. A. erwies sich als sehr leichtgläubig und unklug voreilig, als er sich beeilte, aller Welt den neuen Wechsel in den Ansichten Bernsteins zu verkünden. Aber der Liquidator W. Lewizki, einer der

prominentesten opportunistischen Mitarbeiter der opportunistischen Zeitschrift „Nascha Sarja“ (der Menschewik Plechanow bezeichnete diese Zeitschrift als die russischen „Sozialistischen Monatshefte“), erwies sich als zehnmal unverständiger, als er in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ (vom 3. April, Nr. 46) nur auf Grund der Worte von F. A. ein ganzes gewaltiges Feuilleton schrieb unter der klangvollen Überschrift „Vom Revisionismus zum Marxismus“.

Herr Lewizki wartete nicht einmal das Erscheinen des Bernsteinschen Referats in der Presse ab. Blinder Eifer schadet nur.

Als Eduard Bernstein vernahm, welches „Gerücht“ sich in der ganzen Welt wegen seines Budapester Referats verbreitete, schrieb er am 11. April einen Brief an die Brüsseler sozialdemokratische Zeitung „Le Peuple“<sup>96</sup> und erklärte in diesem Brief direkt: „Die Mitteilung des ‚Kampf‘ ist vollkommen falsch, ich habe in Budapest nichts Neues gesagt, ich bin von den Ansichten der ‚Voraussetzungen des Sozialismus‘“ (das opportunistische Hauptwerk Bernsteins) „in nichts abgewichen, und der Bericht der Budapester Zeitung über mein Referat hat einfach meine Worte mit den Bemerkungen des Berichterstatters durcheinandergebracht!“

Der ganze Lärm hat sich als eine gewöhnliche Zeitungssente entpuppt.

Zutage trat dabei lediglich die bedauerliche Schwäche einiger österreichischer (und etwa nur österreichischer?) Sozialdemokraten, den Opportunismus zu *bemänteln* und zu erklären, er sei verschwunden.

Der mehr eifrige als kluge Herr Lewizki hat sich geradezu überschlagen. Er schrieb in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“: „Nach der Umkehr (?) des Stammvaters (?) des Revisionismus, Bernsteins, zum Marxismus ist der Revisionismus innerhalb der deutschen Sozialdemokratie endgültig (!?) tot.“

Jedes Wort – eine Perle. Eine Umkehr hat nicht stattgefunden. Bernstein ist nicht der Stammvater. Der Revisionismus ist nicht tot.

„In Rußland“, schreibt der eifrige Herr Lewizki, „hat der Revisionismus sogar unter den linken Volkstümlern, die eine Zeitlang nicht abgeneigt waren, sich im Kampf gegen den Marxismus auf diese Lehre zu stützen, aufgehört, theoretische Mode zu sein. Innerhalb der russischen Sozialdemokratie selbst hat er keinerlei Einfluß besessen, trotz der Versuche einzelner Literaten, ihn auf russischen Boden zu übertragen . . .“

Wieder, jedes Wort – eine Unwahrheit. Die linken Volkstümler „stützen sich“ auch heute in *allen* wichtigen Fragen auf die revisionistischen „Lehren“; das geht aus jedem Heft des „Russkoje Bogatstwo“ und der „Sawety“, aus jeder Nummer der „Stoikaja Mysl“ hervor. Den Opportunismus der linken Volkstümler zu vertuschen ist schädlich.

In der russischen Sozialdemokratie hat der Revisionismus *seit dem Beginn* der proletarischen und sozialdemokratischen Massenbewegung, seit den Jahren 1895/1896, *Einfluß* besessen. Hat Herr Lewizki von dem langjährigen Kampf der konsequenten Marxisten und Anhänger der alten „Iskra“ gegen die „Ökonomisten“ etwa nichts gehört? Hat er etwa nichts gehört von den Partieresolutionen und den zahlreichen Artikeln aus jener Zeit, die behauptet, bewiesen und erläutert haben, daß der „Ökonomismus“ die russische Form des Revisionismus, des Opportunismus ist? Hat Herr Lewizki etwa Herrn A. Martynow vergessen, den prominenten Liquidator von heute und prominenten Ökonomisten von gestern?

Herr Lewizki sagt sich vom Revisionismus los, um *seinen* Revisionismus zu bemänteln. Wir wollen ihn nur an die folgenden vier Dinge erinnern: 1. Hat nicht der Menschewik Plechanow in den Jahren 1909/1910 in der Presse erklärt, die Menschewiki hätten eine ganze Reihe opportunistischer Elemente bei sich aufgenommen? 2. Hat nicht derselbe Plechanow den opportunistischen Charakter der liquidatorischen Losung „Kampf für die Legalität“ nachgewiesen? 3. Haben nicht *mehrere* antiquidatorische Menschewiki den *Zusammenhang* des Liquidatorentums mit dem „Ökonomismus“ nachgewiesen? 4. Ist es nicht Opportunismus, wenn Kolzow „zwei Grundpfeiler“ (von dreien) vom Standpunkt ihrer Eignung zur Agitation verneint?

Schon allein diese vier Tatsachen – und es ließen sich ihrer vierund-  
 verzig beibringen – sprechen klar davon, daß der „Ökonomismus“ der  
 Jahre 1895–1902, der „Menschewismus“ der Jahre 1903–1908, das Liqui-  
 datorentum der Jahre 1908–1914 nichts anderes sind als die russische  
 Form oder Spielart des Opportunismus und Revisionismus.

„Prosweščtschenije“ Nr. 5,  
 Mai 1914.  
 Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der Zeitschrift  
 „Prosweščtschenije“.

ÜBER DIE VERLETZUNG DER EINHEIT,  
BEMÄNTELT DURCH GESCHREI  
ÜBER DIE EINHEIT

*Veröffentlicht im Mai 1914 in der  
Zeitschrift „Prosweschtschenije“ Nr. 5.  
Unterschrift: W. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*





Die Fragen der modernen Arbeiterbewegung sind in vieler Hinsicht heikle Fragen – insbesondere für die Vertreter des gestrigen Tages (d. h. der historisch soeben vergangenen Etappe) dieser Bewegung. Hierher gehören vor allem die Fragen des sogenannten Fraktionswesens, der Spaltung usw. Man kann von Intellektuellen, die an der Arbeiterbewegung teilnehmen, nicht selten erregte, nervöse, fast hysterische Bitten hören, diese heiklen Fragen nicht zu berühren. Denjenigen, die die langen Jahre des Kampfes der verschiedenen Strömungen unter den Marxisten, zum Beispiel seit 1900/1901, miterlebt haben, mögen natürlich manche Betrachtungen über diese heiklen Fragen als überflüssige Wiederholungen erscheinen.

Aber es gibt gegenwärtig nicht gar so viel Teilnehmer des vierzehnjährigen Kampfes unter den Marxisten (und noch weniger des achtzehn- bis neunzehnjährigen Kampfes, gerechnet von den ersten Anzeichen des Auftretens des „Ökonomismus“). Die gewaltige Mehrheit der Arbeiter, die heutzutage die Reihen der Marxisten füllen, erinnert sich entweder nicht an den alten Kampf oder weiß überhaupt nichts von ihm. Diese gewaltige Mehrheit hat (wie unter anderem auch eine Umfrage unserer Zeitschrift zeigt) für die heiklen Fragen ein besonders großes Interesse. Wir beabsichtigen nun, bei diesen Fragen zu verweilen, die von der „nichtfraktionellen Arbeiterzeitschrift“ Trotzki's, der „Borba“, *gleichsam* neu (und für die junge Generation der Arbeiter tatsächlich neu) aufgerollt werden.

## I. ÜBER DAS „FRAKTIONSWESEN“

Trotzki bezeichnet seine neue Zeitschrift als „nichtfraktionell“. Dieses Wort setzt er in den Ankündigungen an die erste Stelle, er unterstreicht es auf jede Art und Weise in den redaktionellen Artikeln sowohl der „Borba“ selbst als auch in der liquidatorischen „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“, wo vor dem Erscheinen der „Borba“ ein Artikel Trotzki's über diese erschien.

Was ist das nun: „nichtfraktionell“?

Trotzki's „Arbeiterzeitschrift“ ist eine Zeitschrift Trotzki's für Arbeiter, denn in der Zeitschrift ist weder von einer proletarischen Initiative noch von einer Verbindung mit Arbeiterorganisationen auch nur eine Spur zu finden. In dem Wunsche, populär zu sein, erklärt Trotzki in seiner Zeitschrift für Arbeiter den Lesern die Wörter „Territorium“, „Faktor“ u. dgl. m.

Sehr gut. Warum sollte man den Arbeitern nicht auch das Wort „nichtfraktionell“ erklären? Ist es etwa *besser* verständlich als die Wörter Territorium und Faktor?

Nein. Nicht darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß die schlimmsten Vertreter der schlimmsten Überreste des Fraktionswesens die junge Arbeitergeneration mit dem Etikett „nichtfraktionell“ *hinters Licht führen*. Es lohnt sich, dies zu erläutern.

Das Fraktionswesen ist das wichtigste Merkmal der sozialdemokratischen Partei in einer bestimmten historischen Periode. Und zwar welcher? Der von 1903 bis 1911.

Um recht anschaulich zu erläutern, worin das Wesentliche des Fraktionswesens bestand, muß man sich an die konkreten Verhältnisse etwa der Jahre 1906 und 1907 erinnern. Die Partei war damals einheitlich, es gab keine Spaltung, aber es gab ein Fraktionswesen, d. h., *faktisch* bestanden in der einheitlichen Partei *zwei* Fraktionen, zwei *faktisch* getrennte Organisationen. Die unteren Arbeiterorganisationen waren einheitlich, aber die zwei Fraktionen arbeiteten in jeder ernsthaften Frage zwei Taktiken aus; ihre Verfechter stritten miteinander in den einheitlichen Arbeiterorganisationen (zum Beispiel in den Debatten über die Lösung: Duma-, d. h. Kadettenkabinett im Jahre 1906, oder bei den Wahlen

zum Londoner Parteitag von 1907), und die Fragen wurden durch *Mehrheitsbeschlus* entschieden: Die eine Fraktion erwies sich auf dem einheitlichen Stockholmer (1906), die andere auf dem einheitlichen Londoner Parteitag (1907) als besiegt.

Das sind allgemein bekannte Tatsachen aus der Geschichte des organisierten Marxismus in Rußland.

Es genügt, an diese allgemein bekannten Tatsachen zu erinnern, um die himmelschreiende Unwahrheit zu erkennen, die von Trotzki verbreitet wird.

Seit dem Jahre 1912, schon seit mehr als zwei Jahren, gibt es in Rußland unter den organisierten Marxisten *kein* Fraktionswesen, keinen Streit über die Taktik in *einheitlichen* Organisationen und auf einheitlichen Konferenzen und Parteitagen. Es besteht der Zustand eines *vollständigen* Bruchs zwischen der Partei und den Liquidatoren, die Partei hat im Januar 1912 offiziell erklärt, daß die Liquidatoren *nicht* zu ihr gehören. Trotzki bezeichnet diese Lage der Dinge nicht selten als „Spaltung“; über diese Bezeichnung werden wir im weiteren besonders sprechen. Es bleibt aber unzweifelhaft Tatsache, daß das Wort „Fraktionswesen“ *der Wahrheit nicht entspricht*.

Dieses Wort ist, wie bereits gesagt, eine Wiederholung, eine kritiklose, unverständige, sinnlose Wiederholung *dessen, was gestern richtig war*, d. h. in einer bereits vergangenen Zeitspanne. Und wenn Trotzki uns vom „Chaos des Fraktionskampfes“ erzählt (siehe Nr. 1, S. 5, 6 und viele andere), so wird sofort klar, *welch* überlebte Vergangenheit aus seinem Munde spricht.

Man betrachte die heutige Lage der Dinge vom Standpunkt der jungen russischen Arbeiter, die jetzt  $\frac{9}{10}$  der organisierten Marxisten Rußlands ausmachen. Er sieht vor sich *drei* Massenerscheinungen verschiedener Ansichten oder Strömungen in der Arbeiterbewegung: die „Prawdisten“, geschart um eine Zeitung mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren, die „Liquidatoren“ (15 000 Exemplare) und die linken Volkstümmler (10 000 Exemplare). Die Angaben über die Höhe der Auflagen erklären dem Leser den *Massencharakter* der jeweiligen Propaganda.

Es fragt sich nun, was denn das mit „Chaos“ zu tun hat. Trotzki liebt klangvolle und hohle Phrasen – das ist bekannt, aber das Wort „Chaos“ ist *nicht nur* eine Phrase, sondern es ist *außerdem* eine Übertragung (richtiger: ein vergeblicher Versuch der Übertragung) *ausländischer* Verhält-

nisse der *gestrigen* Periode auf den russischen Boden der heutigen Periode. Das ist der Kern der Sache.

Es gibt kein „Chaos“ im Kampf der Marxisten gegen die Volkstümler. Das wird, sollte man hoffen, *sogar* Trotzki nicht zu behaupten wagen. Der Kampf der Marxisten gegen die Volkstümler geht schon über 30 Jahre, seit dem Entstehen des Marxismus. Die Ursache dieses Kampfes ist die grundlegende Differenz zwischen den Interessen und dem Standpunkt zweier verschiedener Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft. Ein „Chaos“ ist, wenn überhaupt irgendwo, nur in den Köpfen der wunderlichen Käuze vorhanden, die das nicht verstehen.

Was bleibt nun übrig? Das „Chaos“ des Kampfes der Marxisten gegen die Liquidatoren? Das ist wiederum eine Unwahrheit, denn man kann den Kampf gegen eine *Strömung*, die von der ganzen Partei als eine solche gekennzeichnet und seit dem Jahre 1908 verurteilt ist, nicht als Chaos bezeichnen. Wer sich je um die Geschichte des Marxismus in Rußland gekümmert hat, der weiß, daß das Liquidatorentum sogar im Sinne der Zusammensetzung der Führerschaft und der Anhängerschaft mit dem „Menschewismus“ (1903–1908) und dem „Okonomismus“ (1894–1903) untrennbar und aufs engste verknüpft ist. Folglich haben wir es auch hier mit einer fast zwanzigjährigen Geschichte zu tun. Die Geschichte der eigenen Partei als ein „Chaos“ betrachten heißt eine unverzeihliche Leere im Kopf haben.

Man betrachte aber die heutige Lage vom Pariser oder Wiener *Gesichtspunkt*. Sofort wird sich alles ändern. *Außer* den „Prawdisten“ und „Liquidatoren“ gibt es noch *nicht weniger als fünf russische* „Fraktionen“, d. h. einzelne Gruppen, die sich zu ein und derselben sozialdemokratischen Partei zählen wollen: die Gruppe Trotzki's, zwei Gruppen „Wperjod“, die sogenannten „parteitreuen Bolschewiki“ und die „parteitreuen Menschewiki“. In Paris und in Wien (ich nehme als Beispiel diese zwei besonders großen Zentren) wissen das alle Marxisten ausgezeichnet.

Und hier hat Trotzki in gewissem Sinne recht: das ist tatsächlich Fraktionswesen, das ist wahrhaftig ein Chaos!

„Fraktionswesen“, d. h. Einheit dem Namen nach (*in Worten* sind alle von *einer* Partei) und in Wirklichkeit Zersplitterung (*in Wirklichkeit* sind alle Gruppen selbständig, führen miteinander Unterhandlungen und gehen Abkommen ein wie souveräne Mächte).

„Chaos“ heißt 1. Fehlen objektiver, eine Überprüfung ermöglichender Angaben über die Verbindung dieser Fraktionen mit der Arbeiterbewegung in Rußland und 2. Fehlen von Material zur Beurteilung der wahren ideologischen und politischen Physiognomie dieser Fraktionen. Man nehme die Zeitspanne voller zwei Jahre, 1912 und 1913. Dies waren bekanntlich Jahre der Belebung und des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, wo sich jede irgendwie einer *Massenströmung* ähnliche (und in der Politik gelten ja nur *Massenerscheinungen*) *Strömung* oder *Richtung* bei den Wahlen zur IV. Duma, in der Streikbewegung, in den legalen Zeitungen, in den Gewerkschaften, in der Versicherungskampagne usw. auswirken *mußte*. Nicht eine, nicht eine einzige dieser fünf ausländischen Fraktionen hat sich während dieser ganzen zweijährigen Periode *auch nur in einer* der eben erwähnten Erscheinungsformen der proletarischen Massenbewegung Rußlands irgendwie merkbar ausgewirkt!

Das ist eine Tatsache, die jedermann leicht nachprüfen kann.

Und diese Tatsache beweist, daß wir recht hatten, wenn wir von Trotzki als von einem Vertreter der „schlimmsten Überreste des Fraktionswesens“ sprachen.

Der in Worten nichtfraktionelle Trotzki ist, offenkundig für alle, die mit der Arbeiterbewegung Rußlands einigermaßen vertraut sind, der Vertreter der „Fraktion Trotzki“; hier liegt Fraktionswesen vor, denn es sind beide wesentlichen Merkmale desselben vorhanden: 1. Anerkennung der Einheit dem Namen nach und 2. gruppenmäßige Absonderung in Wirklichkeit. Hier liegt ein Überrest von Fraktionswesen vor, denn hier läßt sich nichts Ernsthaftes im Sinne einer Verbindung mit der proletarischen Massenbewegung Rußlands entdecken.

Hier liegt schließlich die schlimmste Art von Fraktionswesen vor, denn es gibt *keine* ideologisch-politische Bestimmtheit. Diese Bestimmtheit kann man weder den Prawdisten streitig machen (sogar unser entschiedener Gegner L. Martow anerkennt unsere „Geschlossenheit und Disziplin“ auf der Grundlage der allen bekannten offiziellen Beschlüsse in allen Fragen) noch den Liquidatoren absprechen (sie haben, wenigstens die prominentesten von ihnen, eine ganz bestimmte Physiognomie, nämlich eine liberale und keine marxistische).

Eine gewisse Bestimmtheit kann man einem Teil jener Fraktionen nicht absprechen, die, analog der Fraktion Trotzki, nur vom Standpunkt von

Wien und Paris, aber keineswegs vom russischen Standpunkt aus gesehen, real bestehen. Bestimmt sind zum Beispiel die *machistischen* Theorien bei der machistischen Gruppe „Wperjod“; bestimmt ist die entschiedene Verneinung dieser Theorien und die Verteidigung des Marxismus, neben der theoretischen Verurteilung der Liquidatoren, bei den „parteitreuen Menschewiki“.

Bei Trotzki dagegen gibt es keinerlei ideologisch-politische Bestimmtheit, denn das Patent auf den „nichtfraktionellen Charakter“ bedeutet lediglich (wir werden dies sogleich genauer betrachten) das Patent auf die völlige Freiheit des *Hinüberwechsels* von einer Fraktion zur anderen und zurück.

Das Fazit:

1. die historische Bedeutung der *ideologischen* Differenzen zwischen den Strömungen und Fraktionen des Marxismus erklärt und versteht Trotzki nicht, obwohl diese Differenzen die zwanzigjährige Geschichte der Sozialdemokratie füllen und die Grundfragen der Gegenwart berühren (wie wir noch zeigen werden);

2. die Hauptmerkmale des *Fraktionswesens*, wie die Anerkennung der Einheit dem Namen nach und in Wirklichkeit Zersplitterung, hat Trotzki nicht verstanden;

3. unter der Flagge des „nichtfraktionellen Charakters“ vertritt Trotzki eine der besonders prinzipienlosen ausländischen Fraktionen, die keinen Boden in der Arbeiterbewegung Rußlands haben.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. In den Phrasen Trotzki's gibt es viel Glanz und Getue, aber Inhalt haben sie keinen.

## II. ÜBER DIE SPALTUNG

„Wenn es bei euch Prawdisten kein Fraktionswesen gibt, d. h. keine Anerkennung der Einheit dem Namen nach bei Zersplitterung in Wirklichkeit, so gibt es bei euch etwas Schlimmeres – Spaltungstätigkeit“, entgegnet man uns. Gerade so spricht Trotzki, der, außerstande, seine Gedanken zu durchdenken und seine Phrasen miteinander in Einklang zu bringen, bald gegen das Fraktionswesen lamentiert und bald schreit: „Die Spaltung macht eine selbstmörderische Eroberung nach der andern“ (Nr. 1, S. 6).

Der Sinn dieser Erklärung kann nur der eine sein: „Die Prawdisten machen eine Eroberung nach der andern“ (das ist eine objektive, überprüfbare Tatsache, die durch das Studium der proletarischen Massenbewegung Rußlands, sagen wir in den Jahren 1912 und 1913, festgestellt werden kann), *aber ich, Trotzki, verurteile die Prawdisten 1. als Spalter und 2. als Selbstmordpolitiker.*

Wollen wir das untersuchen.

Vor allem danken wir Trotzki: Vor kurzem (von August 1912 bis Februar 1914) folgte er Th. Dan, der bekanntlich drohte und aufforderte, das Antiliquidatorentum zu „vernichten“. Jetzt droht Trotzki nicht mit dem „Vernichten“ unserer Richtung (und unserer Partei – seien Sie nicht böse, Bürger Trotzki, das ist doch die Wahrheit!), sondern prophezeit nur, daß sie sich *selbst* vernichten werde!

Das ist weit milder, nicht wahr? Das ist fast „nichtfraktionell“, nicht wahr?

Aber Spaß beiseite (obwohl Spaß die einzige Methode ist, auf die unerträgliche Phrasendrescherei Trotzkis milde zu reagieren).

Das mit dem „Selbstmord“ ist einfach eine Phrase, eine hohle Phrase, bloßer „Trotzkismus“.

Spaltungstätigkeit ist eine ernste politische Beschuldigung. Diese Beschuldigung wiederholen uns gegenüber auf tausenderlei Art sowohl die Liquidatoren als auch alle oben aufgezählten, von Paris und Wien aus gesehen zweifellos bestehenden Gruppen.

Und sie alle wiederholen diese ernste politische Beschuldigung erstaunlich unernst. Man nehme Trotzki. Er hat zugegeben: „die Spaltung macht“ (lies: die Prawdisten machen) „eine selbstmörderische Eroberung nach der andern“. Er fügt hinzu:

*„Zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter werden im Zustand völliger politischer Kopflosigkeit nicht selten selbst zu eifrigen Agenten der Spaltung“ (Nr. 1, S. 6).*

Lassen sich Beispiele eines unernsteren Verhaltens zu einer Frage finden als das, welches durch diese Worte enthüllt wird?

Ihr beschuldigt uns der Spaltungstätigkeit, während wir auf dem Felde der Arbeiterbewegung Rußlands außer dem Liquidatorentum schlechterdings nichts vor uns sehen. Ihr haltet also unsere Einstellung zum Liquidatorentum für falsch? Und tatsächlich, *alle* oben aufgezählten auslän-

dischen Gruppen, wie stark sie sich auch voneinander unterscheiden mögen, sind sich gerade darin einig, daß sie unsere Einstellung zum Liquidatorientum für falsch, für „spalterisch“ erklären. Darin besteht auch die Ähnlichkeit (und eine wesentliche politische Annäherung) *aller* dieser Gruppen mit den Liquidatoren.

Wenn unsere Einstellung zum Liquidatorientum theoretisch, prinzipiell falsch ist, so hätte Trotzki das *direkt* sagen, hätte er mit *Bestimmtheit* erklären und ohne Umschweife aufzeigen müssen, worin er dieses Falsche erblickt. Trotzki weicht jedoch diesem wesentlichen Punkt *seit Jahren* aus.

Wenn unsere Einstellung zum Liquidatorientum praktisch, durch die Erfahrung der Bewegung widerlegt wird, so muß man diese Erfahrung untersuchen, was Trotzki wiederum nicht tut. „Zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter“, gibt er zu, „werden zu *eifrigen Agenten* der Spaltung“ (lies: zu eifrigen Agenten der Linie, der Taktik, des Systems, der Organisation der Prawdisten).

Warum zeigt sich denn eine solche bedauerliche, laut Eingeständnis Trotzkis durch die Erfahrung bestätigte, Erscheinung, daß *fortgeschrittene Arbeiter*, und dazu noch *zahlreiche*, für die „Prawda“ eintreten?

Infolge der „völligen politischen Kopflosigkeit“ dieser fortgeschrittenen Arbeiter, antwortet Trotzki.

Eine für Trotzki, für alle fünf ausländischen Fraktionen und für die Liquidatoren außerordentlich schmeichelhafte Erklärung, da gibt's nichts zu sagen. Trotzki liebt es sehr, „mit gelehrter Kennermiene“, mit schwülstigen und klangvollen Phrasen die historischen Erscheinungen auf eine für Trotzki schmeichelhafte Art zu erklären. Wenn „zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter“ zu „eifrigen Agenten“ einer politischen und Parteilinie werden, die mit der Linie Trotzkis nicht in Einklang steht, so löst Trotzki, ohne sich zu genieren, die Frage auf einen Hieb und schnurstracks: Diese fortgeschrittenen Arbeiter befinden sich „im Zustand völliger politischer Kopflosigkeit“, er aber, Trotzki, offenbar „im Zustand“ einer politisch festen, klaren und richtigen Linie! . . . Und der nämliche Trotzki donnert, sich an die Brust schlagend, gegen das Fraktionswesen, gegen das Zirkelwesen, dagegen, daß die Intellektuellen den Arbeitern ihren Willen aufzwingen wollen! . . .

Wirklich, wenn man derartige Dinge liest, fragt man sich unwillkürlich, ob solche Stimmen nicht aus einem Irrenhaus ertönen?



Vor den „fortgeschrittenen Arbeitern“ hatte die Partei die Frage des Liquidatorentums und seiner Verurteilung seit dem Jahre 1908 aufgerollt, während die Frage der „Spaltung“ mit einer genau bestimmten Gruppe von Liquidatoren (nämlich mit der Gruppe „Nascha Sarja“), d. h. die Frage der Unmöglichkeit, die Partei anders aufzubauen als *ohne* diese Gruppe und gegen sie, im Januar 1912, vor mehr als zwei Jahren, aufgerollt wurde. Die fortgeschrittenen Arbeiter haben sich in ihrer gewaltigen Mehrheit gerade für die Unterstützung der „Januarlinie“ (1912) ausgesprochen. Trotzki gibt diese Tatsache selbst zu, wenn er von „Eroberungen“ und von den „zahlreichen fortgeschrittenen Arbeitern“ spricht. Und Trotzki tut das damit ab, daß er diese fortgeschrittenen Arbeiter einfach als „Spalter“ und als „politisch kopflos“ *beschimpft!*

Leute, die den Verstand nicht verloren haben, ziehen aus diesen Tatsachen einen anderen Schluß. Dort, wo sich die *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter auf dem Boden exakter und bestimmter Beschlüsse zusammengeschlossen hat, gibt es *Einheit* der Meinungen und Handlungen, dort gibt es Parteitreue und Partei.

Dort, wo wir von den Arbeitern „ihrer Posten enthobene“ Liquidatoren oder ein halbes Dutzend ausländischer Gruppen sahen, die zwei Jahre lang ihre Verbindung mit der proletarischen Massenbewegung Rußlands *durch nichts* bewiesen haben, dort gerade herrscht Kopfflosigkeit und *Spaltungstätigkeit*. Wenn Trotzki jetzt die Arbeiter zu überreden sucht, die *Beschlüsse* der von den prawdistischen Marxisten anerkannten „Gesamtheit“ *nicht auszuführen*, so *versucht er*, die Bewegung zu desorganisieren und eine Spaltung hervorzurufen.

Diese Versuche sind untauglich, doch man muß die in ihrem Eigendünkel alles Maß vergessenden Führer der Intellektuellengröppchen entlarven, die die Spaltung betreibend, über Spaltung schreien, die, nachdem sie im Verlauf von reichlich zwei Jahren bei den „fortgeschrittenen Arbeitern“ eine *völlige Niederlage* erlitten haben, mit unglaublicher Frechheit auf die Beschlüsse und auf den Willen dieser fortgeschrittenen Arbeiter *pfeifen* und sie als „politisch kopflos“ bezeichnen. Das sind doch ganz die Methoden eines Nosdrjow oder Juduschka Golowljow\*.

\*Nosdrjow – Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen“ von N. W. Gogol. Juduschka Golowljow – Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow“ von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

Und wir werden, gemäß unserer Pflicht als Publizisten, nicht müde werden, als Antwort auf das wiederholte Geschrei über die Spaltung, die nicht widerlegten und unwiderleglichen *exakten* Angaben zu wiederholen. In der II. Duma gab es in der Arbeiterkurie 47% bolschewistische Abgeordnete, in der III. – 50% und in der IV. – 67%.

Hier ist die Mehrheit der „fortgeschrittenen Arbeiter“, hier ist die Partei, hier ist die Einheit der Meinungen und Handlungen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter.

Die Liquidatoren wenden ein (siehe Bulkin, L. M., in Nr. 3 der „Nascha Sarja“), daß wir uns in unserer Argumentation auf die Stolypinschen Kurien beziehen. Das ist ein unvernünftiger und unlauterer Einwand. Die Deutschen messen ihre Erfolge an den Wahlen nach dem Bismarckschen Wahlgesetz, das die Frauen ausschließt. Nur Verrückte könnten den deutschen Marxisten daraus einen Vorwurf machen, wenn sie ihre Erfolge an Hand des *gegebenen* Wahlgesetzes messen, ohne dabei seine reaktionären Beschränkungen irgendwie zu rechtfertigen.

So haben auch wir, ohne die Kurien oder das Kurienystem zu verteidigen, unsere Erfolge an Hand des *gegebenen* Wahlgesetzes gemessen. Kurien gab es bei allen drei Dumas (II., III., IV.), und *innerhalb* ein und derselben Arbeiterkurie, *innerhalb* der Sozialdemokratie ist eine *vollständige* Verschiebung zuungunsten der Liquidatoren vor sich gegangen. Wer sich und andere nicht betrügen will, der muß diese objektive Tatsache des Sieges der *Einheit der Arbeiter gegen* die Liquidatoren zugeben.

Der andere Einwand ist nicht weniger „klug“: „Für diesen und jenen Bolschewik haben auch Menschewiki und Liquidatoren gestimmt (oder haben sich an den Wahlen beteiligt)“. Sehr gut! Aber bezieht sich dies nicht auch auf die 53% *nichtbolschewistischer* Abgeordneter der II. Duma, auf die 50% der III. Duma, auf die 33% der IV. Duma?

Wenn man an Stelle der Angaben über die Abgeordneten die Angaben über die Wahlmänner oder die Bevollmächtigten der Arbeiter usw. nehmen könnte, würden wir sie gern nehmen. Aber derartige, ausführlichere Angaben *fehlen*, und folglich streuen diejenigen, die diese „Einwände“ bringen, den Leuten einfach Sand in die Augen.

Und die Angaben über die Arbeitergruppen, die die Zeitungen der verschiedenen Richtungen unterstützt haben? In *zwei* Jahren (1912 und

1913) 2801 Gruppen für die „Prawda“ und 750 für den „Lutsch“.\* Jeder kann diese Zahlen nachprüfen, und niemand hat sie zu widerlegen versucht.

Wo ist hier die *Einheit der Handlungen und des Willens der Mehrheit* der „fortgeschrittenen Arbeiter“ und wo die *Verletzung des Willens der Mehrheit*?

Der „nichtfraktionelle Charakter“ Trotzki's bedeutet eben Spaltungstätigkeit im Sinne rücksichtslosester Verletzung des Willens der Mehrheit der Arbeiter.

### III. UBER DEN ZERFALL DES AUGUSTBLOCKS

Aber es gibt noch ein Mittel, und zwar ein sehr wichtiges, die Richtigkeit und Wahrhaftigkeit der uns von Trotzki ins Gesicht geschleuderten Beschuldigungen wegen Spaltungstätigkeit nachzuprüfen.

Ihr findet, daß gerade die „Leninisten“ die Spalter sind? Gut. Nehmen wir an, ihr habt recht.

Wenn ihr aber recht habt, warum haben denn alle übrigen Fraktionen und Gruppen *ohne* die „Leninisten“ und *gegen* die „Spalter“ nicht die Möglichkeit einer Einheit mit den Liquidatoren bewiesen? ... Wenn wir Spalter sind, warum habt denn ihr, die Vereiniger, euch untereinander und mit den Liquidatoren nicht vereinigt? Ihr hättet doch damit den Arbeitern *durch die Tat* die Möglichkeit einer Einheit und deren Nutzen gezeigt! ...

Erinnern wir uns des chronologischen Ablaufs.

Im Januar 1912 erklären die „Spalter“, die „Leninisten“, daß sie die Partei seien, *ohne* die Liquidatoren und *gegen* sie.

Im März 1912 *vereinigten sich* in ihren russischen Blättchen und in den Spalten der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ gegen diese „Spalter“ *alle* Gruppen und „Fraktionen“: die Liquidatoren, Trotzki'sten, „Wperjod“-Leute, die sogenannten „parteitreuen Bolschewiki“ und „parteitreuen Menschewiki“. Alle zusammen beschimpfen uns solidarisch,

\* Bis zum 1. April 1914 ergab die vorläufige Berechnung 4000 Gruppen für die „Prawda“ (vom 1. Januar 1912 an) und 1000 für die Liquidatoren plus alle ihre Verbündeten.

einhütig, übereinstimmend, einig als „Usurpatoren“, „Mystifikatoren“ und belegen uns mit anderen, nicht weniger zarten und schmeichelhaften Beinamen.

Sehr gut, ihr Herren! Aber was wäre denn für euch leichter gewesen, als euch *gegen* die „Usurpatoren“ zu vereinigen und den „fortgeschrittenen Arbeitern“ ein Beispiel von *Einheit* zu geben? Würden denn die fortgeschrittenen Arbeiter, wenn sie auf der einen Seite die Einheit aller gegen die Usurpatoren sähen, die Einheit sowohl der Liquidatoren als auch der Nichtliquidatoren, und auf der anderen Seite dagegen *einzig und allein* die „Usurpatoren“, die „Spalter“ usw., nicht erstere unterstützen??

Wenn die Differenzen nur von den „Leninisten“ ausgedacht oder aufgebaut usw. wurden, in Wirklichkeit aber die Einheit der Liquidatoren, der Plechanowleute, der „Wperjod“-Leute, der Trotzlisten usw. *möglich* ist, warum habt ihr denn das in den zwei Jahren nicht durch *euer* Beispiel bewiesen?

Im August 1912 versammelte sich die Konferenz der „Vereiniger“. Sogleich begann die *Trennung*: die Plechanowleute weigerten sich überhaupt zu kommen, die „Wperjod“-Leute kamen, gingen jedoch unter Protest und Entlarvung des fiktiven Charakters des ganzen Vorhabens wieder weg.

Es „vereinigten sich“ die Liquidatoren, die Letten, die Trotzlisten (Trotzki und Semkowski), die Kaukasier und die Sieben. Haben sie sich vereinigt? Wir haben schon damals erklärt, daß dem nicht so ist, daß dies nur eine Bemäntelung des Liquidatorentums ist. Haben die Ereignisse uns widerlegt?

Nach genau anderthalb Jahren, im Februar 1914, stellt sich heraus:

1. daß die Sieben zerfällt – Burjanow verläßt sie;
2. daß bei der übriggebliebenen neuen „Sechs“ Tschcheidse und Tuljakow oder irgendein anderer sich über die Antwort an Plechanow nicht verständigen können. In der Presse erklären sie, sie werden ihm antworten, *und sie können nicht antworten*;
3. daß Trotzki, der faktisch schon seit vielen Monaten aus dem „Lutsch“ verschwunden ist, *sich abspaltet* und „seine eigene“ Zeitschrift, die „Borba“, herausgibt. Wenn Trotzki diese Zeitschrift als „nichtfraktionell“ bezeichnet, so sagt er damit klar (klar für alle, die mit der Sache einigermaßen vertraut sind), daß die „Nascha Sarja“ und der „Lutsch“ nach

seiner, Trotzki's Meinung sich als „fraktionelle“, d. h. als schlechte Vereiniger erwiesen haben.

Wenn Sie, lieber Trotzki, ein Vereiniger sind, wenn Sie die Einheit mit den Liquidatoren für möglich erklären, wenn Sie im Verein mit ihnen auf dem Standpunkt der „im August 1912 formulierten Grundideen“ stehen („Borba“ Nr. 1, S. 6, „Von der Redaktion“), warum haben Sie sich dann nicht selbst mit den Liquidatoren in der „Nascha Sarja“ und im „Lutsch“ vereinigt?

Als in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ noch vor dem Erscheinen der Zeitschrift Trotzki's eine boshafte Notiz erschien über die „unklare“ Physiognomie der Zeitschrift und darüber, daß man von ihr „in marxistischen Kreisen ziemlich viel gesprochen“ habe, da mußte naturgemäß der „Put Prawdy“ (Nr. 37)\* die Unwahrheit dieser Behauptung enthüllen: „In marxistischen Kreisen sprach man“ von einer vertraulichen Notiz Trotzki's gegen die Leute vom „Lutsch“; die Physiognomie Trotzki's und seine Abspaltung vom Augustblock sind völlig „klar“.

4. An, der bekannte Führer der kaukasischen Liquidatoren, der den Versuch unternommen hat, gegen L. Sedow aufzutreten (und dem dafür von Th. Dan und Co. öffentlich der Kopf gewaschen wurde), taucht jetzt in der „Borba“ auf. Es bleibt „unklar“: Wollen die Kaukasier nun mit Trotzki oder mit Dan gehen?

5. Die lettischen Marxisten, die die einzige gänzlich unanzweifelbare Organisation im „Augustblock“ waren, sind offiziell aus ihm ausgetreten und haben in einer Resolution ihres jüngsten Kongresses (1914) erklärt, daß

*„der Versuch der Versöhner, sich um jeden Preis mit den Liquidatoren zu vereinigen (Augustkonferenz 1912), sich als nutzlos erwiesen hat und die Vereiniger selbst in ideologisch-politischer Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten sind“.*

Das hat, nach anderthalbjähriger Erfahrung, eine Organisation erklärt, die selbst eine neutrale Stellung einnimmt und mit keinem der zwei Zentren in Verbindung treten will. Um so schwerwiegender muß für Trotzki dieser Beschluß neutraler Leute sein!

Das wird wohl genügen?

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–154. Die Red.

Die Leute, die uns der Spaltungstätigkeit, der Abneigung oder des Unvermögens, uns mit den Liquidatoren zu vertragen, beschuldigten, sind selbst nicht mit ihnen ausgekommen. Der Augustblock hat sich als eine Fiktion erwiesen und ist zerfallen.

Wenn Trotzki seinen Lesern diesen Zerfall verheimlicht, betrügt er sie.

Die Erfahrung unserer Gegner hat bewiesen, daß wir recht haben, hat bewiesen, daß eine Zusammenarbeit mit den Liquidatoren unmöglich ist.

#### IV. RATSCHLÄGE EINES VERSÖHNLERS AN DIE „SIEBEN“

Der redaktionelle Artikel in Nr. 1 der „Borba“, „Die Spaltung der Dumafraktion“, enthält Ratschläge eines Versöhnlers an die sieben dem Liquidatorentum verfallenden (oder nach der Seite des Liquidatorentums schwankenden) Abgeordneten der Reichsduma. Der Kern dieser Ratschläge liegt in dem folgenden Satz:

„sich in erster Linie an die Sechs in allen Fällen zu wenden, wo eine Verständigung mit anderen Fraktionen notwendig ist“ (S. 29).

Das ist ein vernünftiger Rat, unter anderem wegen dieses Rates scheint Trotzki mit den Liquidatoren vom „Lutsch“ auseinanderzugehen. Seit Beginn des Kampfes der zwei Fraktionen in der Duma, seit der Resolution der Sommerberatung (1913) haben die Prawdisten gerade diesen Standpunkt eingenommen. Die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands hat auch nach der Spaltung wiederholt in der *Presse* erklärt, sie nehme diesen Standpunkt immer noch ein, trotz der wiederholten Absagen der „Sieben“.

Von allem Anfang an, seit der Resolution der Sommerberatung, glaubten wir, und wir glauben es noch, daß *Vereinbarungen* über die Fragen der Tätigkeit in der Duma wünschenswert und möglich sind: Wenn solche Vereinbarungen wiederholt mit den kleinbürgerlichen bäuerlichen Demokraten (Trudowiki) praktiziert wurden, so sind sie selbstverständlich um so mehr mit den kleinbürgerlichen, liberalen Arbeiterpolitikern möglich und notwendig.

Man darf die Differenzen nicht übertreiben und muß der Wirklichkeit gerade ins Antlitz sehen: Die „Sieben“ sind nach der Seite des Liqui-

datorentums hin schwankende Leute, die gestern ganz und gar Dan folgten und heute betrübt ihre Blicke von Dan auf Trotzki und dann wieder auf Dan richten. Die Liquidatoren sind eine von der Partei abgespaltene Gruppe von Legalisten, die eine liberale Arbeiterpolitik betreibt. In Anbetracht dessen, daß sie gegen die „Illegalität“ sind, kann von irgendwelcher Einheit mit dieser Gruppe in Sachen des Parteaufbaus und der Arbeiterbewegung gar keine Rede sein. Wer anders denkt, irrt sich sehr, da er nicht berücksichtigt, wie tiefgehend die seit 1908 eingetretenen Veränderungen sind.

Aber *Vereinbarungen* mit dieser außerhalb der Partei oder am Rande der Partei stehenden Gruppe in einzelnen Fragen sind natürlich zulässig: Wir *müssen* auch diese Gruppe, so wie die Trudowiki, stets zwingen, zwischen der proletarischen (prawdistischen) und der liberalen Politik zu wählen. Zum Beispiel zeigten sich in der Frage des Kampfes für die Pressefreiheit bei den Liquidatoren deutlich Schwankungen zwischen der liberalen Fragestellung mit ihrem Verneinen oder Übersehen der unzensierten Presse und der dieser Fragestellung entgegengesetzten, proletarischen Politik.

Innerhalb der Grenzen der Dumapolitik, wo die wichtigsten, nur *außerhalb der Duma zu entscheidenden* Fragen nicht unmittelbar aufgeworfen werden, sind Vereinbarungen mit den sieben liberalen Arbeiterabgeordneten möglich und wünschenswert. In diesem Punkt ist Trotzki *von den Liquidatoren zum Standpunkt der Sommerberatung der Partei (1913) übergegangen*.

Nur darf man nicht vergessen, daß vom Standpunkt einer außerhalb der Partei stehenden Gruppe unter Vereinbarung durchaus nicht das verstanden wird, was Parteimitglieder gewöhnlich darunter verstehen. Für Parteilose ist eine „Vereinbarung“ in der Duma die *„Ausarbeitung einer taktischen Resolution oder Linie“*. Für Parteimitglieder ist eine Vereinbarung ein Versuch, andere zur Durchführung der Parteilinie *heranzuziehen*.

Zum Beispiel: Die Trudowiki haben keine Partei. Unter Vereinbarung verstehen sie die sozusagen *„freie Ausarbeitung“* einer Linie, heute mit den Kadetten, morgen mit den Sozialdemokraten. Wir dagegen verstehen unter einer Vereinbarung mit den Trudowiki durchaus nicht das: Wir haben in allen wichtigen Fragen der Taktik Parteibeschlüsse, und wir

werden von diesen Beschlüssen niemals abweichen; eine Vereinbarung mit den Trudowiki bedeutet also für uns, sie auf unsere Seite *herüberzuziehen*, sie davon zu *überzeugen*, daß wir recht haben, auf gemeinsame Aktionen gegen die Schwarzhunderter und gegen die Liberalen *nicht zu verzichten*.

In welchem Grade Trotzki diesen elementaren Unterschied zwischen Vereinbarungen vom Parteistandpunkt und solchen vom parteilosen Standpunkt aus vergessen hat (er ist doch nicht umsonst bei den Liquidatoren gewesen!), zeigt seine folgende Betrachtung:

„Es ist notwendig, daß von der Internationale bevollmächtigte Personen beide Teile unserer gespaltenen Parlamentsvertretung zusammenführen und mit ihnen gemeinsam untersuchen, was sie vereinigt und was sie trennt . . . Es kann eine detaillierte taktische Resolution ausgearbeitet werden, die die Grundlagen der Parlamentstaktik formuliert . . .“ (Nr. 1, S. 29/30.)

Das ist ein charakteristisches und äußerst typisches Beispiel einer liquidatorischen Fragestellung! An die Partei denkt die Zeitschrift Trotzkis nicht: in der Tat, lohnt es sich, an eine solche Kleinigkeit zu denken?

Wenn sich in Europa (Trotzki liebt es, an unpassendem Ort von Europäertum zu reden) verschiedenartige Parteien verständigen oder vereinigen, so pflegt es so zu sein: Ihre Vertreter kommen zusammen und klären vor allem die trennenden Punkte (gerade das, was auch die Internationale für Rußland auf die Tagesordnung gesetzt hat, wobei sie die unbedachte Behauptung Kautskys, „die alte Partei besteht nicht mehr“, keineswegs in die Resolution aufgenommen hat). Nach Klarstellung der trennenden Punkte setzen die Vertreter fest, *welche Beschlüsse* (Resolutionen, Bedingungen usw.) in den Fragen der Taktik, der Organisation usw. *den Parteitag*en beider Parteien vorgelegt werden sollen. Wenn es gelingt, einen Entwurf einheitlicher Beschlüsse vorzulegen, entscheiden die Parteitage, ob sie angenommen werden; wenn *verschiedene* Vorschläge gemacht werden, so werden sie gleichermaßen von den Parteitagen beider Parteien endgültig begutachtet.

Den Liquidatoren und Trotzki sind nur die *europäischen* Vorbilder des Opportunismus „sympathisch“, keineswegs aber die Vorbilder der Prinzipienfestigkeit europäischer Parteien.

Eine „detaillierte taktische Resolution“ sollen die Dumaabgeordneten ausarbeiten!! Die russischen „fortgeschrittenen Arbeiter“, mit denen Trotzki nicht umsonst so unzufrieden ist, können an diesem Beispiel an-



schaulich sehen, wie weit in Wien und Paris die lächerliche Plänemacherei der ausländischen Grüppchen geht, die sogar Kautsky eingeredet haben, daß es in Rußland „keine Partei gibt“. Doch wenn es auch manchmal gelingt, Ausländer in dieser Frage zu betrügen, die russischen „fortgeschrittenen Arbeiter“ werden (auf die Gefahr hin, neuerlich den Unwillen des gestrengen Trotzki hervorzurufen) diesen Plänemachern ins Gesicht lachen.

„Detaillierte taktische Resolutionen“, werden sie ihnen sagen, „werden bei uns von den Parteitag und -konferenzen ausgearbeitet (wie es bei euch Parteilosen gemacht wird, wissen wir nicht), so zum Beispiel in den Jahren 1907, 1908, 1910, 1912 und 1913. Wir werden mit Vergnügen die unkundigen Ausländer und auch die vergeßlichen Russen mit unseren Parteibeschlüssen bekannt machen und werden mit noch größerem Vergnügen die Vertreter der ‚Sieben‘ oder der ‚Augustleute‘ oder der Leute von der ‚Lewica‘ oder sonst wen bitten, uns mit den Resolutionen ihrer Kongresse oder Konferenzen bekannt zu machen und auf ihrem nächsten Kongreß die bestimmte Frage nach ihrer Stellung zu unseren Resolutionen oder zur Resolution des neutralen Kongresses der Letten vom Jahre 1914 usw. aufzuwerfen.“

Das werden die „fortgeschrittenen Arbeiter“ Rußlands den verschiedenen Plänemachern sagen, das haben zum Beispiel die organisierten Marxisten Petersburgs in der marxistischen Presse *bereits gesagt*. Liebt es Trotzki, diese den Liquidatoren gestellten und veröffentlichten Bedingungen zu ignorieren? Um so schlimmer für Trotzki. Unsere Pflicht ist es, die Leser im voraus darauf aufmerksam zu machen, wie lächerlich das Entwerfen von „Vereinigungs“plänen (nach dem Typ der August„vereinigung“?) ist, wenn man nicht mit dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands rechnen will.

## V. DIE LIQUIDATORISCHEN ANSICHTEN TROTZKIS

Über seine Ansichten zum Kern der Sache suchte Trotzki in seiner neuen Zeitschrift möglichst wenig zu sagen. Der „Put Prawdy“ (Nr. 37) hat bereits vermerkt, daß Trotzki weder über die Frage der Illegalität noch über die Losung des Kampfes für eine legale Partei usw. auch nur

einen Ton geäußert hat.\* Eben deshalb sprechen wir übrigens in diesem Falle von *schlimmstem* Fraktionswesen, wo eine abgesonderte Organisation *ohne* jegliche ideologisch-politische Physiognomie entstehen will.

Wenn aber Trotzki seine Ansichten auch nicht offen darlegen wollte, so zeigt eine ganze Anzahl von Stellen in seiner Zeitschrift, welche Ideen er insgeheim und versteckt vertritt.

Gleich im ersten redaktionellen Artikel der ersten Nummer lesen wir:

„Die vorrevolutionäre Sozialdemokratie war bei uns nur ihrer Vorstellung, ihren Zielen nach eine *Arbeiterpartei*. In Wirklichkeit stellte sie die Organisation der marxistischen Intelligenz dar, die die erwachende Arbeiterklasse hinter sich herführte.“ (5.)

Das ist das altbekannte liberale und liquidatorische Liedchen, das in Wirklichkeit die *Verneinung* der Partei einleitet. Dieses Liedchen beruht auf einer Entstellung der geschichtlichen Tatsachen. Bereits die Streiks 1895/1896 haben eine sowohl ideologisch als auch organisatorisch mit der Sozialdemokratie verbundene proletarische *Massenbewegung* hervorge-rufen. Hat etwa bei diesen Streiks, bei der ökonomischen und nichtökono-mischen Agitation „die Intelligenz die Arbeiterklasse *hinter sich herge-führt*“ !!?

Oder nehmen wir die genauen Angaben über die Staatsverbrechen in den Jahren 1901–1903, verglichen mit der vorangegangenen Periode.

Von 100 Teilnehmern an der Befreiungsbewegung (die wegen Staatsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurden) waren beschäftigt in:

Periode	Landwirt-schaft	Industrie und Handel	Freie Berufe und Studium	Unbestimmte Beschäftigung und ohne Beschäftigung
1884–1890	7,1	15,1	53,3	19,9
1901–1903	9,0	46,1	28,7	8,0

Wir sehen, daß in den achtziger Jahren, als es in Rußland noch *keine* sozialdemokratische Partei gab, als die Bewegung noch „volkstümlicherisch“ war, die Intelligenz überwog: Sie stellt mehr als die Hälfte der Be-teiligten.

Dieses Bild änderte sich vollkommen in den Jahren 1901–1903, als es

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–154. *Die Red.*

schon eine sozialdemokratische Partei gab, als die alte „Iskra“ ihre Arbeit durchführte. Die Intelligenz macht nun unter den Teilnehmern der Bewegung bereits die *Minderheit* aus, Arbeiter („Industrie und Handel“) gibt es schon bedeutend mehr als Intellektuelle, Arbeiter und Bauern zusammen aber bilden mehr als die Hälfte der Gesamtzahl.

Gerade im Kampf der Strömungen innerhalb des Marxismus zeigte sich ein kleinbürgerlich-intellektueller *Flügel* der Sozialdemokratie, angefangen vom „Ökonomismus“ (1895–1903), über den „Menschewismus“ (1903 bis 1908) bis zum „Liquidatorium“ (1908–1914). Trotzki wiederholt die Verleumdungen der Liquidatoren gegen die Partei, wobei er sich fürchtet, die Geschichte des zwanzigjährigen Kampfes der Strömungen innerhalb der Partei zu berühren.

Hier ein anderes Beispiel:

„Die russische Sozialdemokratie hat in ihrer Stellung zum Parlamentarismus die gleichen drei Stadien durchlaufen ...“ (wie in anderen Ländern) „... zuerst den ‚Boykottismus‘ ... dann die prinzipielle Anerkennung der parlamentarischen Taktik, aber ...“ (ein herrliches „aber“, welches Schtschedrin mit dem Satz wiedergab: Die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, das tun sie nicht!) „... mit rein agitatorischen Zielen ... und schließlich das Vorbringen ... der Tagesforderungen auf der Dumatribüne ...“ (Nr. 1, S. 34.)

Wiederum eine liquidatorische Entstellung der Geschichte. Der Unterschied zwischen dem zweiten und dem dritten Stadium ist ausgedacht, um insgeheim die Verteidigung des Reformismus und Opportunismus einzuschmuggeln. Einen Boykottismus als Stadium in der „Stellung der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus“ gab es weder in Europa (dort war und blieb der Anarchismus) noch in Rußland, wo sich zum Beispiel der Boykott der Bulyginschen Duma nur auf eine bestimmte Institution bezog, niemals mit dem „Parlamentarismus“ in Zusammenhang gebracht wurde und durch den spezifischen Kampf zwischen Liberalismus und Marxismus um die Weiterführung des Ansturms hervorgerufen wurde. Wie sich dieser Kampf auf den Kampf der zwei Strömungen innerhalb des Marxismus auswirkte, darüber läßt Trotzki kein Wort fallen!

Wenn man sich auf die Geschichte bezieht, muß man die konkreten Fragen und die klassenmäßigen Wurzeln der verschiedenen Strömungen bloßlegen; wer den Kampf der Klassen und den Kampf der Strömungen wegen der Beteiligung an der Bulyginschen Duma marxistisch untersuchen

will, der wird dort die Wurzeln der liberalen Arbeiterpolitik sehen. Doch Trotzki „bezieht“ sich auf die Geschichte, um die konkreten Fragen zu *umgeben* und für die heutigen Opportunisten eine Rechtfertigung oder so etwas wie eine Rechtfertigung zu *konstruieren!*

„Faktisch werden von allen Strömungen“, schreibt er, „ein und dieselben Methoden des Kampfes und des Aufbaus angewandt.“ – „Das Geschrei über eine liberale Gefahr in unserer Arbeiterbewegung ist einfach eine grobe sektiererische Karikatur auf die Wirklichkeit.“ (Nr. 1, S. 5 und 35.)

Das ist eine sehr deutliche Verteidigung der Liquidatoren, und eine sehr erboste. Wir erlauben uns aber dennoch, wenigstens eine kleine Tatsache neueren Datums anzuführen – Trotzki wirft nur mit Phrasen um sich, wir möchten, daß die Arbeiter über die Tatsache selbst nachdenken.

Es ist Tatsache, daß die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ in der Nummer vom 13. März geschrieben hat:

*„Statt eine bestimmte, konkrete Aufgabe, vorder die Arbeiterklasse steht, hervorzuheben – die Dumazwingen, den Gesetzentwurf (über die Presse) abzulehnen –, wird die verschwommene Formel des Kampfes für die ‚uneingeschränkten Losungen‘ aufgestellt, zugleich mit der Reklame für die illegale Presse, was lediglich geeignet ist, den Kampf der Arbeiter für ihre legale Presse zu schwächen.“*

Das ist eine dokumentarische, klare, deutliche Verteidigung der Politik der Liquidatoren und eine Kritik an der Politik der Prawdisten. Wie nun? Wird sich ein einigermaßen gebildeter Mensch finden, der sagt, daß in der gegebenen Frage beide Strömungen „ein und dieselben Methoden des Kampfes und des Aufbaus“ anwenden? Wird sich ein einigermaßen gebildeter Mensch finden, der sagt, daß die Liquidatoren hier *keine liberale Arbeiterpolitik betreiben?* Daß hier die liberale Gefahr in der Arbeiterbewegung erfunden ist?

Trotzki meidet Tatsachen und konkrete Hinweise eben deshalb, weil sie all sein zorniges Geschrei und seine geschwellenen Phrasen unerbittlich widerlegen. Sich in Positur zu werfen und zu erklären: „eine grobe sektiererische Karikatur“, das ist natürlich sehr leicht. Und noch kräftigere, noch geschwellenere Worte über die „Befreiung aus der Sklaverei des konservativen Fraktionswesens“ hinzuzusetzen, ist ebenfalls nicht schwer.

Ist diese Art aber nicht zu billig? Ist diese Waffe nicht dem Arsenal jener Zeit entnommen, als Trotzki vor Gymnasiasten glänzte?

Die „fortgeschrittenen Arbeiter“, über die Trotzki erzürnt ist, wünschen dennoch, daß man ihnen offen und klar sage: Billigt ihr die „Methode des Kampfes und des Aufbaus“, die in der angeführten Beurteilung einer konkreten politischen Kampagne klar zum Ausdruck kommt? Ja oder nein? Wenn ja, so ist das eine liberale Arbeiterpolitik, ist das ein Verrat am Marxismus und an der Partei, und von „Frieden“ oder von „Einheit“ mit einer *solchen* Politik, mit Gruppen, die eine *solche* Politik betreiben, zu sprechen bedeutet sich und andere betrügen.

Nein? Dann sagt es offen. Mit Phrasen aber kann man dem heutigen Arbeiter nicht imponieren, kann man ihn nicht befriedigen und nicht einschüchtern.

Übrigens: Die von den Liquidatoren in dem angeführten Zitat verkündete Politik ist selbst vom liberalen Standpunkt aus dumm, denn die Annahme des Gesetzes in der Duma hängt von den „Semstwo-Oktoberisten“ vom Typ eines Bennigsen ab, der in der Kommission seine Karten bereits aufgedeckt hat.

\*

Die alten Teilnehmer an der marxistischen Bewegung in Rußland kennen die Figur Trotzki's genau, und für sie lohnt es nicht, von ihr zu sprechen. Aber die junge Arbeitergeneration kennt sie nicht, und man muß von ihr sprechen, denn dies ist eine Figur, die typisch ist für alle jene fünf ausländischen Grüppchen, die faktisch ebenfalls zwischen den Liquidatoren und der Partei schwanken.

In den Zeiten der alten „Iskra“ (1901–1903) gab man diesen Schwankenden und von den „Ökonomen“ zu den „Iskristen“ und umgekehrt Überlaufenden den Namen „Tuschinoer Überläufer“ (so nannte man in der „Zeit der Wirren“ in Rußland die Krieger, die von dem einen Lager ins andere überliefen).

Wenn wir von Liquidatorentum sprechen, stellen wir eine gewisse ideologische Strömung fest, die sich im Laufe von Jahren entwickelt hat, in der zwanzigjährigen Geschichte des Marxismus mit dem „Menschewismus“ und „Ökonomismus“ verwurzelt und mit der Politik und Ideologie einer bestimmten Klasse, der liberalen Bourgeoisie verknüpft ist.

Die „Tuschinoer Überläufer“ erklären sich als über den Fraktionen stehend, und das aus dem einzigen Grunde, weil sie ihre Ideen heute der einen, morgen der anderen Fraktion „entlehnen“. Trotzki war in den Jahren 1901–1903 ein eifriger „Iskrist“, und Rjasanow bezeichnete seine Rolle auf dem Parteitag von 1903 als die Rolle des „Leninschen Knüppels“. Ende 1903 ist Trotzki eifriger Menschewik, d. h. er ist von den Iskristen zu den „Ökonomen“ übergelaufen; er verkündet: „Zwischen der alten und der neuen ‚Iskra‘ liegt ein Abgrund.“ 1904/1905 rückt er von den Menschewiki ab und nimmt eine schwankende Haltung ein, wobei er bald mit Martynow („Ökonomist“) zusammenarbeitet, bald die absurd linke „permanente Revolution“ verkündet. 1906/1907 nähert er sich den Bolschewiki, und im Frühjahr 1907 erklärt er sich mit Rosa Luxemburg solidarisch.

In der Periode des Zerfalls geht er, nach langen „nichtfraktionellen“ Schwankungen, wiederum nach rechts, und im August 1912 geht er einen Block mit den Liquidatoren ein. Jetzt rückt er wiederum von ihnen ab, wobei er jedoch *dem Wesen der Sache nach* ihre armseligen Gedanken wiederholt.

Derartige Typen sind charakteristisch als Trümmer geschichtlicher Gestaltungen und Formationen von gestern, als die proletarische Massenbewegung in Rußland noch schlief und ein beliebiges Grüppchen „genügend Platz“ hatte, um sich als Strömung, als Gruppe, als Fraktion, mit einem Wort, als eine „Macht“ hinzustellen, die von Vereinigung mit anderen redet.

Es ist notwendig, daß die junge Arbeitergeneration genau weiß, mit wem sie es zu tun hat, wenn mit unglaublichen Ansprüchen Leute auftreten, die *weder* den Parteibeschlüssen, die seit dem Jahre 1908 das Verhältnis zum Liquidatorientum bestimmt und festgelegt haben, auch nur im geringsten Rechnung tragen wollen *noch* der Erfahrung der modernen Arbeiterbewegung Rußlands, die die *Einheit* der Mehrheit auf dem Boden der restlosen Anerkennung der genannten Beschlüsse in der Tat herstellt hat.

## REZENSION

**I. DROSDOW, „Die Löhne der Landarbeiter in Rußland  
im Zusammenhang mit der Agrarbewegung 1905/1906“**

St. Petersburg (Verlag M. J. Semjonow) 1914. 68 Seiten. Preis 50 Kop.

Die Initiative des Herrn Drosdow, der in seiner Broschüre eine überaus interessante und wichtige Frage aufgeworfen hat, muß man begrüßen. Der Verfasser nahm die Daten über den Tagelohn (in Geld und in Getreide ausgedrückt) und über die Ernteerträge an Roggen auf den Äckern der Grundbesitzer für die Jahre 1902–1904, hierauf die Jahresdaten für die Jahre 1905–1910 und verglich diese Daten nach Gebieten des Europäischen Rußlands.

Die größte Steigerung der Löhne im Jahre 1905 fand der Verfasser im südwestlichen Gebiet (eine Erhöhung um 10%, verglichen mit den Jahren 1902–1904). Im Durchschnitt ergab sich in ganz Rußland eine Erhöhung um 1,2% im Jahre 1905 und um 12,5% im Jahre 1906. Der Verfasser zieht daraus den Schluß, daß in den Gebieten mit dem am höchsten entwickelten landwirtschaftlichen Kapitalismus und der größten Verbreitung der Kampfform des Streiks (zum Unterschied von der sogenannten Form der „Zerstörung von Herrenhöfen und Abholzung von Wäldern“) der Lohn am meisten gestiegen sei. Strenggenommen sind die Daten für eine derartige Schlußfolgerung noch nicht hinreichend. Zum Beispiel nimmt in bezug auf die Erhöhung der Löhne im Jahre 1905 das Gebiet am Ural die zweite Stelle unter allen Gebieten ein (eine Erhöhung um 9,68% gegenüber 10,35% im südwestlichen Gebiet). Wenn man den Durchschnittslohn für die ganze Zeit nach der Revolution nimmt, d. h. für die Jahre 1905–1910, so ergeben sich (im Vergleich zu den Jahren 1902 bis 1904) 110,3% im südwestlichen Gebiet und 121,7% im Gebiet am Ural. Der Verfasser erhebt für das Gebiet am Ural sozusagen „Einspruch“, wobei er sich auf meine „Entwicklung des Kapitalismus“ beruft.

Ich habe aber dort das Gebiet am Ural bei der Untersuchung der Massenwanderungen der Arbeiter, nicht aber in bezug auf die Höhe der Löhne überhaupt ausgenommen\*, so daß die Berufung des Verfassers unrichtig ist. Auch die Berufung auf die Geringfügigkeit des Prozentsatzes der Saatfläche der Grundbesitzer im Ural\*\* ist wohl kaum befriedigend. Der Verfasser hätte detailliertere Angaben, Angaben über einzelne Gouvernements nehmen und die Erhöhung der Löhne mit den Angaben über die relative Stärke der Agrarbewegung im allgemeinen, sowohl in ihrer Form des Streiks als auch in ihrer Form der „Zerstörung von Herrenhöfen und Abholzung von Wäldern“ u. a. m. vergleichen sollen.

Im großen und ganzen stieg in Rußland der Geldlohn der Landarbeiter am meisten vom Jahre 1905 zum Jahre 1906: setzt man den Lohn in den Jahren 1902–1904 mit 100 an, haben wir 101,2% im Jahre 1905 und 112,5% im Jahre 1906. Für die folgenden vier Jahre betragen die entsprechenden Zahlen 114,2, 113,1, 118,4 und 119,6%. Es ist klar, daß wir es bei der *allgemeinen* Erhöhung des Geldlohns als Folge der Revolution mit einem direkten und vorwiegenden Einfluß des Kampfes der Jahre 1905/1906 zu tun haben.

Was die Einzelheiten betrifft, so verweisen wir den Leser auf die inhaltsreiche Broschüre des Herrn Drosdow und bemerken dabei, daß er die Forderungen der Bauern, die im Grunde genommen auf die „Ausräucherung der Gutsbesitzer“ hinausliefen, ganz zu Unrecht für „offensichtlich unerfüllbar“ erklärt (S. 30). Ebenso unbegründet und unbedacht ist die Erklärung, daß in dem Gebiet, wo zerstört und abgeholzt wurde, „der Kampf um die ausgleichende Bodennutzung und überhaupt um andere ähnliche kleinbürgerliche utopische Forderungen gegangen“ sei (38). Erstens kämpften die Bauern nicht nur um die Bodennutzung, sondern auch um den Bodenbesitz („Ausräucherung“); zweitens kämpften sie nicht für die Ausgleichung, sondern für den Übergang der Gutsbesitzerländereien an sie – das sind zwei verschiedene Dinge; drittens, utopisch waren und blieben die subjektiven *Erwartungen* (und „Theorien“) der Volkstümler hinsichtlich der „Ausgleichung“, der „Sozialisierung“,

\* Siehe Werke, Bd. 3, S. 607. *Die Red.*

\*\* Der Verfasser stellt in dieser Beziehung das nördliche Gebiet dem Ural gleich. Doch sind im nördlichen Gebiet die Löhne im Jahre 1905 um 6% gesunken und im Jahre 1906 nur um 8% gestiegen.



des „Entzugs des Bodens aus dem Handel“ und ähnlicher Unsinn, aber die „Ausräucherung“ der Fronherren durch die kleinbürgerliche Masse enthält nichts „Utopisches“. Der Verfasser verwechselt die objektive geschichtliche Bedeutung des Kampfes der Bauern um Grund und Boden, eines Kampfes, der fortschrittlich-bürgerlich und radikal-bürgerlich war, mit den subjektiven Theorien und Erwartungen der Volkstümler, die utopisch und reaktionär waren und geblieben sind. Eine solche Verwechslung ist grundfalsch, undialektisch, unhistorisch.

Die allgemeine Schlußfolgerung des Verfassers beim Vergleichen des Durchschnitts für die Jahre 1891–1900 und 1901–1910 besteht darin, daß in Rußland der Tagelohn in Geld um 25,5%, der in Getreide ausgedrückte Reallohn dagegen nur um 3,9% gestiegen ist, d. h., man kann sagen, sich fast nicht geändert hat. Bemerkte sei, daß nach dem Grade der Erhöhung der Geldlöhne in den genannten Jahrzehnten die Gebiete einander in der nachstehenden Ordnung folgen: Litauen + 39%, Gebiet an der Wolga + 33%, Gebiet am Ural + 30%, Kleinrußland + 28%, Zentrales Landwirtschaftsgebiet + 26% usw.

Zum Schluß vergleicht der Verfasser das Ansteigen des Lohnes der Landarbeiter in den zwei letzten Jahrzehnten (1891–1900 und 1901 bis 1910) mit dem Steigen der Grundrente. Es stellt sich heraus, daß der Durchschnittslohn in Rußland von 52,2 Kopeken pro Tag auf 66,3 Kopeken, d. h. um 27% gestiegen ist. Der Preis des Grund und Bodens aber – der Bodenpreis ist bekanntlich kapitalisierte Rente – stieg von 69,1 Rubel pro Desjatine auf 132,4 Rubel, das heißt um 91%. Mit anderen Worten: Die Arbeitslöhne stiegen um ein Viertel, die Grundrente dagegen hat sich fast verdoppelt!!

„Dieser Umstand aber“, folgert der Verfasser mit Recht, „bedeutet nur eins, und zwar: Sinken des relativen Lebensniveaus der Landarbeiter in Rußland bei gleichzeitigem relativem Steigen des Lebensniveaus der Klasse der Grundbesitzer . . . Die soziale Distanz zwischen der Klasse der Gutsbesitzer und der Klasse der Lohnarbeiter wird immer größer.“

„Proswechtschenije“ Nr. 5,  
Mai 1914.  
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„Proswechtschenije“.

## ES IST KLARHEIT GESCHAFFEN

Den klassenbewußten Arbeitern zur Beachtung

In Nr. 63 des „Put Prawdy“ hat die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands einen letzten Versuch gemacht klarzustellen, ob die sechs Abgeordneten (Fraktion Tschcheidse) nun, nachdem die gewaltige Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter deren Bündnis mit den Liquidatoren verurteilt hat, gesonnen sind, zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands die Hand zu reichen.<sup>97</sup>

Die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands hat der „Sozialdemokratischen Fraktion“ die Frage gestellt, ob sie jetzt beabsichtige, die Beschlüsse der marxistischen Gesamtheit vom Jahre 1903 (das Programm)<sup>98</sup> und von den Jahren 1908–1910 (Verurteilung des Liquidatorentums) *ohne jeden Vorbehalt* anzuerkennen. Es ist begreiflich, warum die SDAFR in erster Linie gerade diese Frage gestellt hat: die Beschlüsse der Jahre 1903, 1908 und 1910 wurden *noch vor irgendwelcher Spaltung* zwischen Marxisten und Liquidatoren angenommen; diese Beschlüsse sind das Banner aller Marxisten; wenn irgendeine Vereinbarung der SDAFR mit der „Sozialdemokratischen Fraktion“ möglich ist, so natürlich nur auf der Grundlage der bedingungslosen Anerkennung dieser vor der Spaltung gefaßten Beschlüsse.

In Nr. 2 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ ist die Fraktion Tschcheidse mit einer „Offenen Antwort“ hervorgetreten, die endgültig Klarheit geschaffen hat und deshalb die ernsthafteste Beachtung aller Arbeiter verdient, die ernstlich bestrebt sind, sich in den Meinungsverschiedenheiten zurechtzufinden, und eine wahrhafte Einheit wollen.

## 1. DAS PROGRAMM UND DIE NATIONALE FRAGE

Auf dem marxistischen *Parteitag*, der das Programm ausgearbeitet hat (1903), schlugen die Bundisten (die jüdischen Liquidatoren) vor, ins Programm die Forderung nach „Gründung von Institutionen, die ihnen die volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“, einzufügen. Dagegen wandten sich die heutigen Liquidatoren Martynow, Martow und Kolzow. Sie führten durchaus richtig den Nachweis, daß diese Forderung den internationalen Prinzipien der Sozialdemokratie widerspricht. Mit allen Stimmen gegen die der Bundisten *lebnte* der Parteitag diese Forderung *ab* (siehe Protokoll).

Die Marxisten behaupten, daß die „Gründung von Institutionen“ eben die von der Sozialdemokratie abgelehnte „national-kulturelle Autonomie“ ist.

Die sechs Abgeordneten behaupten in der „Offenen Antwort“ das Gegenteil. Sie sagen: Wir haben die „Gründung von Institutionen“, jedoch nicht die national-kulturelle Autonomie proklamiert.

Schön, antworten wir ihnen. *Nehmen wir* für einen Augenblick an, das sei in der Tat nicht ein und dasselbe. *Aber der Parteitag hat ja auch die „Gründung von Institutionen“ abgelehnt.* Ihr wißt das ausgezeichnet. Ihr wißt, daß *ibr* den Nationalisten zuliebe vom Programm abgewichen seid. Die Bundisten, deren Vorschlag der Parteitag abgelehnt hat, haben euch ja denn auch zu dieser Verletzung des Programms beglückwünscht.

Sie schrieben nach der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion zu Beginn der IV. Duma:

„Man kann darauf hinweisen, daß die Formel der Sozialdemokraten“ (d. h. der Liquidatoren) „nicht genügend klar war. Ganz richtig. *Wichtig aber ist, daß die Arbeiterabgeordneten*“ (d. h. die Anhänger Tschcheidses) „den verknöcherten Standpunkt verlassen haben, auf dem die offizielle Theorie in der nationalen Frage steht“. („Zeit“ Nr. 9, Leitartikel, Spalte 3.)

Die „offizielle Theorie“, das ist eben das *Programm*. Die Bundisten loben Tschcheidse und seine Freunde wegen der *Verletzung des Programms*. Die SDAFR hat angefragt, ob die „Sozialdemokratische Fraktion“ bereit sei, diese Verletzung des Programms zurückzunehmen.

Es erfolgte eine klare Antwort: „Diese Formel“ (d. h. die „Gründung

von Institutionen“) „enthält absolut nichts, wovon sich die Sozialdemokratische Fraktion loszusagen hätte“ (siehe „Offene Antwort“).

Wir wollen uns von der Verletzung des Programms nicht lossagen – das ist die Antwort der „Sozialdemokratischen Fraktion“.

## 2. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1908

Die SDA-Fraktion Rußlands hat ferner die „Sozialdemokratische Fraktion“ gefragt, ob sie bereit sei, den Beschluß der Marxisten vom Jahre 1908 anzuerkennen, den unlängst auch die versöhnlerischen Letten bestätigt haben.

Dieser Beschluß lautet:

„Das Liquidatorenum ist der Versuch eines gewissen Teils der Parteintellectuellen, die bestehende Organisation der Partei zu liquidieren“ (d. h. aufzulösen, zu zerstören, aufzuheben, ihre Tätigkeit einzustellen) „und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität“ (d. h. der Gesetzlichkeit, eines „offenen“ Bestehens) „um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen“ (d. h. die frühere Erfahrung) „der Partei.“

Und dieser Beschluß hält es für „notwendig, die Versuche der Liquidatoren ideologisch und organisatorisch aufs entschiedenste zu bekämpfen“ (siehe Bericht, S. 38).<sup>99</sup>

Dieser Beschluß wurde von der marxistischen Gesamtheit gefaßt, im Beisein der Vertreter aller Fraktionen, darunter auch der Liquidatoren (Dan, Axelrod u. a.), der Bundisten usw. Er wurde im Dezember 1908, vor irgendwelchen Spaltungen gefaßt.

Die SDAFR hat die Fraktion Tschcheidse gefragt, ob sie diesen das Liquidatorenum verurteilenden Beschluß vom Jahre 1908 anerkenne.

Was hat nun die Fraktion Tschcheidse geantwortet?

*Kein Wort!!!* Keinen Ton! Sie hat diesen Beschluß vom Jahre 1908 umgangen, als ob er überhaupt nicht vorhanden wäre. Das ist unglaublich, aber Tatsache. Und dieses Schweigen ist beredter als alle Worte. Es zeigt ein unglaublich *skrupelloses* Verhalten den Beschlüssen gegenüber. Die Beschlüsse, die mir nicht gefallen, bestehen für mich einfach nicht – das ist die Moral der in Liquidatorenum verfallenden Abgeordneten.

Ebenso verfahren diese Abgeordneten auch in der Frage der Aufnahme des Abgeordneten Jagiello in die Fraktion. Man macht sie darauf aufmerksam, daß der Beschluß vom Jahre 1908 die „Einheit“ mit der nicht-sozialdemokratischen Partei Jagiellos abgelehnt hat. Sie aber wenden ein, im Jahre 1907, d. h. ein Jahr vor diesem Beschluß, habe die Fraktion der zweiten Duma die Litauer, unbestrittene Sozialdemokraten, in ihre Mitte aufgenommen. Das ist eine offenkundige Verhöhnung der Beschlüsse.

### 3. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1910

Dieser Beschluß lautet:

„Die historische Situation der sozialdemokratischen Bewegung in der Periode der bürgerlichen Konterrevolution erzeugt unvermeidlich, als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat, einerseits die Negierung der illegalen sozialdemokratischen Partei, die Herabminderung ihrer Rolle und Bedeutung sowie Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Losungen der konsequenten Sozialdemokratie zu schmälern usw., andererseits die Ablehnung der Dumatätigkeit der Sozialdemokratie und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, das Nichtverstehen der Wichtigkeit des einen und des andern, das Unvermögen, die konsequent-sozialdemokratische Taktik den spezifischen historischen Verhältnissen der Gegenwart anzupassen usw.

Ein unabdingbares Element der sozialdemokratischen Taktik unter diesen Verhältnissen ist die Überwindung beider Abweichungen durch Ausdehnung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit auf allen Gebieten des Klassenkampfes des Proletariats und die Aufklärung über die Gefährlichkeit dieser Abweichungen.“

Er wurde einstimmig gefaßt, vor irgendwelchen Spaltungen, im Beisein der Vertreter aller Fraktionen. Er verurteilt das Liquidatorentum und den Otsovismus.

Die SDAFR fragt die „Sozialdemokratische Fraktion“: Erkennt Ihr diesen Beschluß an? Diese antwortet: „Die Beschlüsse vom Jahre 1910 enthalten ja nicht einmal das Wort Liquidatorentum“.

Das „Wort“ fehlt! Wen hatte denn die marxistische Gesamtheit im Auge, als sie die „Negierung der illegalen sozialdemokratischen Partei, die Herabminderung ihrer Rolle und Bedeutung“ verurteilte?? Wen denn sonst als die Liquidatoren?

Schließlich besitzen wir ein sehr genaues Dokument, das vor drei Jahren veröffentlicht und von niemandem widerlegt worden ist, ein Dokument, das von allen „nationalen“ Marxisten (Letten, Bundisten, Polen) und von Trotzki ausgeht (bessere Zeugen können sich die Liquidatoren gar nicht denken); dieses Dokument erklärt direkt, daß es „im Grunde genommen wünschenswert wäre, die in der Resolution bezeichnete Strömung, die bekämpft werden muß, als Liquidatorentum zu bezeichnen . . .“

Wo nehmen die Abgeordneten den Mut her, auf eine so un . . . schöne Art die Arbeiter . . . offenkundig irrezuführen?

Die „Sozialdemokratische Fraktion“ will die Beschlüsse vom Jahre 1910 nicht anerkennen! Statt dessen erklärt sie ihre „volle Solidarität“ mit der liquidatorischen „Nascha Rabotschaja Gaseta“.

Die Beschlüsse der marxistischen Gesamtheit aus den Jahren 1903, 1908 und 1910 existieren für die in Liquidatorentum verfallenden Abgeordneten nicht. Für sie bestehen nur die „Beschlüsse“ der Zeitung der Liquidatoren.

#### 4. DIE „STRÖMUNGEN“

Während sie die direkten Beschlüsse ablehnt und den Willen der Arbeiter ignoriert, verbreitet sich die „Sozialdemokratische Fraktion“ ausführlich über den Nutzen aller „Strömungen des Marxismus“.

In der ganzen Welt gehen die Marxisten von den *Arbeiterorganisationen* aus, bei uns will man von nicht faßbaren „Strömungen“ ausgehen. In Deutschland und überhaupt in der ganzen Welt vereinigt die Sozialdemokratie *Arbeiter*, deren Zellen, Organisationen, Gruppen. Bei uns will man irgendwelche „Strömungen“ vereinigen.

„Alle Strömungen unter den Marxisten“! Unter den Liquidatoren allein gibt es doch heute mindestens zwei „Strömungen“: die „Borba“ und die „Nascha Rabotschaja Gaseta“, die darüber streiten, wer das „Augustvermächtnis“ besser wahrt.

Die Vereinigung von zehn von den Massen losgelösten „Strömungen“ ist eine aussichtslose Sache. Die Vereinigung *aller Arbeiter*, die eine marxistische Gesamtheit aufbauen wollen, ist das große Werk, das sich vor unseren Augen vollzieht und von der SDAFR aufs eifrigste unterstützt wird.

Es ist Klarheit geschaffen. Die erdrückende Mehrheit der Arbeiter (siehe die Angaben über die Versicherungswahlen, über die gruppenweisen Geldsammlungen, über die Verbindung von Arbeitergruppen mit den beiden Dumafraktionen) hat sich für die Marxisten, für die SDAFR und gegen die Liquidatoren ausgesprochen. Der Augustblock ist auseinandergefallen: die lettischen Sozialdemokraten haben sich abgewandt, Burjanow hat sich abgewandt, die Anhänger Ans und der „Borba“ wenden sich ab. Die sechs Abgeordneten, die sich um Tschcheidse gruppieren, haben sich den *schlechtesten*, den am meisten liquidatorischen Trümmern des Augustblocks angeschlossen.

Die Arbeiter müssen ihre Schlußfolgerungen ziehen.

„*Trudowaja Prawda*“ Nr. 7,  
5. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„*Trudowaja Prawda*“.

## UBER ABENTEURERTUM

Wenn Marxisten vom abenteuerlichen Charakter gewisser Grüppchen sprechen, so haben sie dabei durchaus bestimmte soziale und historische Besonderheiten einer Erscheinung im Auge, die jeder klassenbewußte Arbeiter kennen muß.

In der Geschichte der Sozialdemokratie Rußlands wimmelt es von Grüppchen, die „auf eine Stunde“, auf einige Monate entstanden, ohne irgendwelche Wurzeln in den Massen zu haben (Politik ohne Massen aber ist Abenteuerpolitik), ohne irgendwelche ernsthaften und wohlbegründeten Ideen zu besitzen. In einem kleinbürgerlichen Land ist es *unvermeidlich*, daß sich in der historischen Periode der bürgerlichen Umgestaltungen den Arbeitern eine buntscheckige Intelligenz anschließt, es ist *unvermeidlich*, daß diese versucht, allerlei Grüppchen zu bilden, die einen im erwähnten Sinne des Wortes abenteuerlichen Charakter haben.

Die Arbeiter, die sich nicht an der Nase herumführen lassen wollen, müssen jedes Grüppchen sowohl auf die Ernsthaftigkeit seiner Ideen als auch auf seine Wurzeln in den Massen hin untersuchen. Nicht aufs Wort glauben, aufs strengste prüfen – das ist die Losung der marxistischen Arbeiter.

Erinnern wir uns an den Kampf zwischen „Iskrismus“ und „Ökonomismus“ in den Jahren 1895–1902. Es waren dies zwei Strömungen des sozialdemokratischen Denkens. Die eine war proletarisch und marxistisch, erprobt durch die dreijährige Kampagne der „Iskra“, geprüft von allen fortgeschrittenen Arbeitern, die die exakten, klaren, offiziellen Beschlüsse über die „iskristische“ Taktik und Organisation als die ihrigen anerkannten. Der „Ökonomismus“ war eine *bürgerliche*, opportunistische Strömung, die die Arbeiter den Liberalen unterordnete.

Außer diesen zwei ernst zu nehmenden Strömungen gab es eine Unmenge Grüppchen, die keinen festen Boden unter den Füßen hatten



(„Swoboda“ [Freiheit], „Borba“, die Gruppe der Berliner Flugblätter usw.), die längst vergessen sind. In diesen Gruppen befanden sich nicht wenige ehrliche und gewissenhafte Sozialdemokraten; sie erwiesen sich aber als abenteuerlich in dem Sinne, daß sie weder wohlbegründete, ernsthafte Ideen, weder Programm, Taktik, Organisation noch Wurzeln in den Massen hatten.

So und nur so, indem man die Geschichte studiert, sich in die Ideen einer bestimmten Lehre hineindenkt, die Phrasen durch die Tatsachen überprüft, muß man als ernster Mensch an die Einschätzung der heutigen Strömungen und Grüppchen herangehen.

Aufs bloße Wort glauben nur Narren.

Der „Prawdismus“ ist eine Strömung, die in allen Fragen der Taktik, der Organisation und des Programms exakte marxistische Antworten, Resolutionen gegeben hat (1908, 1910, 1912, 1913 – Februar und Sommer). Die Kontinuität dieser Beschlüsse seit der Zeit der alten „Iskra“ (1901–1903) ist streng gewahrt, schon ganz zu schweigen vom Londoner Parteitag (1907). Die Richtigkeit dieser Beschlüsse ist durch die fünf- bis sechsjährige Erfahrung (1908–1914) aller fortgeschrittenen Arbeiter, die diese Beschlüsse als die *ibrigen* anerkannt haben, überprüft worden. Der „Prawdismus“ hat in der Tat  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands vereinigt (5300 Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter von 6700 in  $2\frac{1}{2}$  Jahren).

Das Liquidatorentum ist eine Strömung. Es hat eine fast zwanzigjährige Geschichte, denn es ist die direkte Fortsetzung des „Ökonomismus“ (1895–1902) und eine Frucht des Menschewismus (1903–1908). Die bürgerlich-liberalen Wurzeln und der bürgerlich-liberale Inhalt dieser Strömung sind durch Beschlüsse festgestellt worden (1908 und 1910; nicht umsonst fürchten sich die Liquidatoren sogar, diese vollinhaltlich zu veröffentlichen!!). Die liberalen Ideen der Liquidatoren sind innerlich verbunden und bilden ein Ganzes: nieder mit der Illegalität, nieder mit den Grundpfeilern, für eine legale Partei, gegen das „Streikfieber“, gegen die höheren Formen des Kampfes usw. Die Sympathie für die Liquidatoren in der bürgerlich-liberalen „Gesellschaft“, sowohl bei den Kadetten als auch bei den parteilosen (und den an der Peripherie der Partei stehenden) Intellektuellen, ist alten Ursprungs und fest begründet. Das Liquidatorentum ist eine ernsthafte, nur keine marxistische, keine proletarische,

sondern bürgerlich-liberale Strömung. Von „Frieden“ mit den Liquidatoren können nur Leute ohne Verstand reden.

Nehmen wir nun alle übrigen Grüppchen, die ebenfalls „Strömungen“ sein möchten. Wir wollen sie aufzählen: 1. die „Wperjod“-Leute mit Alexinski; 2. dito mit Bogdanow; 3. dito mit Woinow; 4. die Plechanowleute; 5. die sogenannten „parteitreuen Bolschewiki“ (in Wahrheit Versöhnler: Mark Sommer samt Anhang); 6. die Trotzlisten (d. h. Trotzki, sogar ohne Semkowski); 7. die „Kaukasier“ (d. h. An – ohne den Kaukasus).

Wir haben diejenigen Grüppchen aufgezählt, von denen *in der Presse* etwas zu lesen war; in Rußland und im Ausland wurde erklärt, daß sie *besondere „Strömungen“* und Gruppen sein wollen. Wir waren bestrebt, alle russischen Grüppchen aufzuzählen, wobei wir die nichtrussischen beiseite ließen.

Alle diese Grüppchen stellen ohne jede Ausnahme ein einziges Abenteuererium dar.

Warum? Wo ist der Beweis? – wird der Leser fragen.

Der Beweis ist die Geschichte des letzten Jahrzehnts (1904–1914), des an Ereignissen reichsten und bedeutungsvollsten Jahrzehnts. Die Funktionen aller genannten Grüppchen zeigten in diesen 10 Jahren in den ernstesten Fragen der Taktik und Organisation äußerst hilflose, klägliche, lächerliche Schwankungen, zeigten sich *vollkommen unfähig*, in den Massen verwurzelte Strömungen zu schaffen.

Nehmen wir den besten von allen, Plechanow. Seine persönlichen Verdienste in der Vergangenheit sind gewaltig. Im Laufe von 20 Jahren, von 1883 bis 1903, hat er eine Menge ausgezeichnete Werke geschrieben, besonders gegen die Opportunisten, die Machisten und die Volkstümpler.

Doch seit dem Jahre 1903 schwankt Plechanow in den Fragen der Taktik und Organisation auf die lächerlichste Weise: 1. 1903, im August – Bolschewik; 2. 1903, im November (Nr. 52 der „Iskra“) – für den Frieden mit den menschewistischen „Opportunisten“; 3. 1903, im Dezember – Menschewik, und zwar ein eifriger; 4. 1905, im Frühjahr, nach dem Sieg der Bolschewiki – für die „Einheit“ der „feindlichen Brüder“; 5. von Ende 1905 bis Mitte 1906 – Menschewik; 6. Mitte 1906 beginnt er manchmal von den Menschewiki abzurücken, und in London, 1907, tadelt er sie

(Eingeständnis Tscherewanins) wegen „organisatorischen Anarchismus“; 7. 1908 – Bruch mit den Liquidatoren; 8. 1914 – neue Schwenkung zu den Liquidatoren. Plechanow predigt die „Einheit“ mit ihnen, ohne zwei klare Worte darüber sagen zu können, welches denn die *Bedingungen* der Einheit sind. Warum ist sie mit *Herrn* Potressow möglich geworden? Wo sind die Garantien für die Erfüllung dieser oder jener Bedingungen?

Nach der Erfahrung eines solchen Jahrzehnts garantieren wir, daß Plechanow fähig ist, Spritzer zu erzeugen, aber eine „Strömung“ gibt es da nicht und wird es nicht geben.

Wir verstehen die Prawdisten durchaus, die die Artikel Plechanows gegen die Liquidatoren gern abdruckten: konnten denn die Prawdisten Artikel ablehnen, die völlig den Beschlüssen der Jahre 1908 und 1910 gegen die Liquidatoren entsprachen? Plechanow hat jetzt angefangen, den Liquidatoren, Bogdanow u. a. Phrasen über die Einheit „aller Strömungen“ nachzuplappern. Wir verurteilen entschieden diese Methode, die schonungslos bekämpft werden muß.

Nirgends in der Welt vereinigen die Arbeiterparteien Grüppchen und „Strömungen“ von Intellektuellen, sondern sie vereinigen die *Arbeiter* unter der Bedingung 1. der Anerkennung und Durchführung bestimmter marxistischer Beschlüsse in den Fragen der Taktik und Organisation, 2. der Unterordnung der Minderheit der klassenbewußten Arbeiter unter deren Mehrheit.

Diese Einheit ist, auf der Grundlage der bedingungslosen Lossage von den Gegnern der Illegalität, von den Prawdisten im Verlaufe von 2½ Jahren (1912–1914) zu  $\frac{4}{5}$  verwirklicht worden. Wie sehr auch Hohlköpfe die Prawdisten als Fraktionsmacher, Spalter usw. beschimpfen mögen, die Tatsache der Einheit der Arbeiter wird durch diese Phrasen und Beschimpfungen nicht verschwinden . . .

Plechanow droht nun, diese Einheit der Mehrheit zu zerstören. Wir erklären den Arbeitern ruhig und fest: Glaub Wort nicht, überprüf sie an Hand der Tatsachen, und ihr werdet sehen, daß jeder Schritt jedes der obengenannten Abenteuergrüppchen immer anschaulicher ihre hilflosen und erbärmlichen Schwankungen offenbaren wird.

„Rabotschi“ Nr. 7, 9. Juni 1914.  
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des  
„Rabotschi“.

## DIE BESCHLÜSSE DER LETTISCHEN MARXISTEN UND DIE LIQUIDATOREN

Wer von den Arbeitern erinnert sich nicht daran, was für einen Lärm die Liquidatoren schlugen, als wir in einer besonderen Nummer unserer Zeitung den Leser mit den jüngsten Beschlüssen der lettischen Marxisten bekannt machten und dazu sagten: Die Letten haben dem Versöhnertum ihren Tribut entrichtet, aber gleichzeitig dem liquidatorischen Augustblock den Todesstoß versetzt.\*

Die Liquidatoren setzten alles, was sie konnten, in Bewegung, um diese Schlußfolgerung abzustreiten. Die ganze Wendigkeit Martows, die ganze . . . Wahrheitsliebe Dans, der ganze Verstand und das glänzende literarische Talent Semkowskis und Jonows – alles wurde für diesen Zweck mobilisiert. Um jeden Preis wollten die Liquidatoren „beweisen“, daß der lettische Kongreß das Liquidatorentum durchaus nicht verurteilt, sich nicht gegen den Augustblock ausgesprochen habe usw. usf. Mit einem Wort: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Es sind nun kaum 2–3 Monate vergangen. In der Zeitschrift der Liquidatoren selbst („Nascha Sarja“ Nr. 4) finden wir jetzt einen Artikel des „angesehensten“ lettischen Liquidators Herrn F. Weiß, der dieselbe den Tatsachen entsprechende Einschätzung der Ereignisse, wie wir sie gegeben haben, *voll und ganz bestätigt*.

Herr Weiß ist unser erbittertster Gegner. Er überschüttet die russischen „Leninisten“ und die lettische Mehrheit mit allerschärfster „Kritik“. Doch er hat den Mut, seine Niederlage offen zuzugeben, wobei er gleichzeitig verspricht, weiter für seine liquidatorischen Ansichten zu kämpfen. Er windet sich nicht, macht keine Ausflüchte, versucht nicht, wie es die Sem-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 172–180. *Die Red.*

kowski tun, weiß für schwarz auszugeben und umgekehrt. Mit einem solchen Gegner kann man heftig streiten, aber dennoch verdient er Achtung dafür, daß er nicht zu solchen ... erbärmlichen Methoden wie die Semkowski Zuflucht nimmt.

Herr Weiß schreibt:

- „Auf ihm“ (dem Kongreß) „überwog, freilich nur mit einer Stimme, in einigen Fragen mit zwei Stimmen, diejenige Strömung unter den lettischen Marxisten, die mit dem ... ‚Leninschen Zirkel‘ sympathisiert.
- Der IV. Kongreß der lettischen Marxisten ist ein Versuch der Rückkehr zu der alten ... bolschewistischen Ideologie.
- Die Resolution über die Fraktion“ (in der Duma) „wurde einstimmig angenommen. Sie ist ein großes Zugeständnis von seiten der Minderheit des Kongresses“ (d. h. ein Zugeständnis an die „Leninisten“).
- „Der Leninsche Zirkel kann auf die offizielle Unterstützung der Letten rechnen“ usw.

Der Verfasser macht den Vorbehalt, daß „es der Minderheit gelang, den Leninschen Triumph ein wenig zu mindern“, er bezeichnet (mit Recht!) jene Zugeständnisse, die die Mehrheit den Versöhnlern gemacht hat, als „kurios“.

Doch klar und unzweideutig erkennt er die Tatsache an: Der Kongreß hat sich auf den Boden des „Kampfes gegen das Liquidatorentum“ gestellt, der Kongreß folgte in den wesentlichen Fragen den Prawdisten.

Es ist wieder die alte Geschichte. Zwei bis drei Monate lang schlugen die Liquidatoren Lärm, und dann sind sie selbst gezwungen zuzugeben, daß gerade wir die Tatsachen richtig dargestellt haben.

Wie weit die Liquidatoren zuweilen in ihrem Bestreben gehen, die ihnen unangenehmen Parteibeschlüsse zu „erläutern“, ist aus folgendem ersichtlich. Bekanntlich lehnte die gesamtrussische Konferenz der Marxisten im Dezember 1908 eine Vereinigung mit der Partei Jagiellos (PPS) ab. Das geschah in äußerst scharfer Form: Man ging über den Antrag, sich mit der nichtsozialdemokratischen Partei des Abgeordneten Jagiello zu vereinigen, zur Tagesordnung über. Die Letten haben auf ihrem Kongreß 1914 alle 1908 gefaßten Beschlüsse bestätigt und damit ausgesagt, daß sie die Aufnahme des Nichtsozialdemokraten Jagiello in die sozialdemokratische Fraktion verurteilen. Dieser Beschluß ist den Liquidatoren besonders unangenehm.

Und was geschieht? In der Zeitung der jüdischen Liquidatoren, der „Zait“, wird dieser Beschluß folgendermaßen „erläutert“:

– „Was bedeutet es, wenn man zur Tagesordnung übergeht? Das bedeutet, daß die Versammlung den Antrag nicht zur Abstimmung bringen will, daß sie ihn nicht ablehnen und nicht annehmen will. In solch einem Fall geht man zur nächsten Frage über. Die Versammlung im Jahre 1908 ließ die Frage der Vereinigung mit der Richtung Jagiellos einfach offen (!!).“ („Zait“ Nr. 17.)

Ist eine solche „Erläuterung“ der Parteibeschlüsse nicht der Gipfel der Un...geniertheit?

Als der Antrag der Liquidatoren auf Vereinigung mit der Richtung Jagiellos abgelehnt worden war, schrieb Th. Dan damals, im Jahre 1908, in seinem gedruckten offiziellen Bericht:

– „Dem Antrag der polnischen Delegation“ (der polnischen Sozialdemokraten) „gemäß wollte die Konferenz unsere Resolution nicht einmal erörtern, sondern ging zur Tagesordnung über. In dieser geringfügigen Tatsache haben die Intoleranz der Zirkel und deren Denkgewohnheiten offensichtlich ihren Höhepunkt erreicht.“ (Bericht Th. Dans, S. 45.)

Th. Dan hat gerade deshalb geschimpft, weil er wußte: Das Übergehen zur Tagesordnung ist die *schärfste* Ablehnung der Vereinigung mit der nichtsozialdemokratischen Partei Jagiellos. Und jetzt „erläutert“ man uns diese ganz scharfe Ablehnung in dem Sinne, daß die Frage „offen gelassen wurde“ und daß jeder sie lösen kann, wie er will! Weiter kann man in der Verhöhnung von Beschlüssen der Marxisten schon nicht mehr gehen.

Wie sehr die Liquidatoren sich auch winden mögen, das Leben setzt sich durch. Das Leben ist für die marxistische Linie. Die Ereignisse in der lettischen Sozialdemokratie bestätigen das ebenso anschaulich wie der gesamte Verlauf der Arbeiterbewegung in ganz Rußland.

„Rabotschi“ Nr. 7,  
9. Juni 1914.

Nach dem Text des „Rabotschi“.

---

## ARBEITERKLASSE UND ARBEITERPRESSE

Es gibt für die klassenbewußten Arbeiter keine wichtigere Aufgabe als die, die *Bedeutung* ihrer Bewegung zu *begreifen* und sie *genau zu erkennen*. Die einzige – aber dafür auch unbesiegbare – Kraftquelle der Arbeiterbewegung, das ist das *Klassenbewußtsein* der Arbeiter und die Breite ihres Kampfes, d. h. die Beteiligung der *Masse* der Lohnarbeiter an ihm.

Die marxistische Presse in St. Petersburg, die schon jahrelang besteht, liefert ein *einzigartiges, ausgezeichnetes, unersetzliches*, durch alle und jeden nachprüfbares Material über die Breite der Arbeiterbewegung und über das Herrschen der verschiedenen Richtungen in ihr. Dieses Material umgehen, wie das die Liberalen und die Liquidatoren tun, können nur Leute, die die Wahrheit verbergen wollen.

Genosse W. A. T.<sup>400</sup> hat die vollständigen Angaben über die Geldsammlungen für die „prawdistischen“ (marxistischen) Zeitungen und die der Liquidatoren in St. Petersburg für die Zeit vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914 zusammengestellt. Wir drucken die von ihm aufgestellte Tabelle vollständig ab, während wir im Text des Artikels, um den Leser nicht gar zu sehr mit Zahlen zu belasten, hie und da abgerundete Zahlen angeben werden.

Hier die Tabelle des Gen. W. A. T. (Siehe S. 366.)

Verweilen wir vor allem bei den Angaben über die *Anzahl* der Arbeitergruppen. Diese Angaben gibt es für die ganze Zeit des Bestehens sowohl der „prawdistischen“ als auch der „liquidatorischen“ Zeitungen. Die Anzahl der Arbeitergruppen betrug:

Sammlungen für die marxistischen („prawdistschen“)  
und liquidatorischen Zeitungen in St. Petersburg  
vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914

Sammlungen, eingelaufen von	St. Petersburg		Moskau		Provinz		Zusammen									
	Prawdisten	Liquidatoren	Prawdisten	Liquidatoren	Prawdisten	Liquidatoren	Prawdisten	Liquidatoren								
	Sammlungen	Höhe des Betrages Rubel	Sammlungen	Höhe des Betrages Rubel	Sammlungen	Höhe des Betrages Rubel	Sammlungen	Höhe des Betrages Rubel								
Arbeitergruppen	2024	13 943,24	308	2231,98	130	865,—	719	4125,86	338	2800,62	2873	18 994,10	671	5296,12		
Nicht von Arbeitern	325	1 256,92	165	1799,40	46	260,51	332	1082,79	230	2113,90	713	2 650,01	453	6759,77		
davon:																
Schüler- und Jugendgruppen	26	369,49	19	292,13	8	119,30	3	21,—	20	162,13	23	317,09	54	650,92	45	630,22
Gruppen der „An- hänger“, „Freunde“ usw.	8	164,—	14	429,25	6	42,10	5	892,—	28	252,72	35	1129,35	42	458,82	54	2450,60
Die übrigen Gruppen	2	8,—	6	72,60	1	2,—	—	—	80	115,29	24	113,52	33	125,29	30	186,12
Einzelne Personen	281	650,96	120	966,72	29	63,61	14	197,80	221	332,05	132	443,80	531	1046,62	266	1608,32
Ohne Angaben	8	64,47	6	38,70	2	33,50	2	26,50	33	220,60	16	110,14	43	318,57	24	175,34
Aus dem Anstand	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	49,79	34	1709,17
Insgesamt	2349	15 200,16	473	4031,38	176	1125,51	49	1400,82	1051	5208,65	568	4914,52	3586	21 584,11	1124	12 055,89



	Zeitungen der Prawdisten	Zeitungen der Liquidatoren
für das ganze Jahr 1912	620	89
für das ganze Jahr 1913	2181	661
1914, vom 1. Januar bis 13. Mai	2873	671
<i>Insgesamt</i>	5674	1421

Die Gesamtzahl der Gruppen beträgt 7095. Es gibt natürlich auch Gruppen, die wiederholt Beiträge gesammelt haben, doch fehlen Angaben über die Zahl solcher Gruppen.

Wir sehen, daß *alles in allem*  $\frac{1}{5}$  (ein Fünftel) der Gesamtzahl der Arbeitergruppen mit den Liquidatoren sympathisiert. Der „Prawdismus“, die prawdistischen Beschlüsse, die prawdistische Taktik haben in  $2\frac{1}{2}$  Jahren  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands *vereint*. Es ist nützlich, diese Tatsache der Einheit der Arbeiter den Phrasen über die „Einheit“ gegenüberzustellen, die von verschiedenen Intellektuellengruppchen, von den „Wperjod“-Leuten, den „Plechanowleuten“, den „Trotzkisten“ usw. usf. gemacht werden.

Vergleichen wir die Angaben für die Jahre 1913 und 1914 (die Angaben für das Jahr 1912 kann man nicht vergleichen, denn die „Prawda“ entstand im April und der „Lutsch“ 5 Monate später). Wir sehen, daß die Zahl der prawdistischen Gruppen um 692, *d. h. um 31,7%*, gestiegen ist, die Zahl der liquidatorischen dagegen um 10, *d. h. um 1,5%*. Folglich ist die Bereitschaft der Arbeiter zur Unterstützung der prawdistischen Zeitungen *zwanzigmal schneller* gestiegen als ihre Bereitschaft zur Unterstützung der liquidatorischen Zeitungen.

Betrachten wir die Verteilung der Arbeiter beider Richtungen in ganz Rußland:

	Prozentsatz der Arbeitergruppen	
	der Prawdisten	der Liquidatoren
in St. Petersburg	86%	14%
in Moskau	83%	17%
in der Provinz	68%	32%

Die Schlußfolgerung ist klar: Je entwickelter die Arbeitermassen sind, je höher ihr Klassenbewußtsein und ihre politische Aktivität, *desto stärker* überwiegen die Prawdisten unter den Arbeitern. In Petersburg sind die Liquidatoren fast ganz verdrängt (14 von 100); einigermaßen halten sie

sich noch immer in der Provinz (32 von 100), wo die Massen sich am wenigsten in der Politik auskennen.

Es ist äußerst lehrreich hervorzuheben, daß die Angaben aus einer ganz anderen Quelle, nämlich über die Zusammensetzung der Bevollmächtigten der Arbeiter zu den Wahlen für die Versicherungseinrichtungen, den Angaben über die Arbeitergruppen bemerkenswert nahekommen. Bei den Wahlen zur hauptstädtischen Versicherungsbehörde waren 37 Bevollmächtigte Prawdisten und 7 Liquidatoren, d. h. 84% und 16%. Von der Gesamtzahl der Bevollmächtigten machten die Prawdisten 70% aus (37 von 53) und bei den Wahlen zur *gesamtrussischen* Versicherungseinrichtung 47 von 57, d. h. 82%. Die Liquidatoren, Parteilosen und Volkstümler sind eine geringe Minderheit von Arbeitern, die sich noch unter bürgerlichem Einfluß befinden.

Weiter. Hier interessante Angaben über die durchschnittliche Höhe der Sammlungen der Arbeitergruppen:

	Durchschnittssumme der Sammlungen der Arbeitergruppen	
	der Prawdisten	der Liquidatoren
in St. Petersburg	6,88 Rbl.	7,24 Rbl.
in Moskau	6,65 "	10,54 "
in der Provinz	5,74 "	8,28 "
in ganz Rußland	6,58 "	7,89 "

Die prawdistischen Gruppen zeigen uns eine sozusagen natürliche, begreifliche, normale Erscheinung: In dem gleichen Maße, in dem der Durchschnittslohn der Arbeitermassen steigt, erhöht sich der Durchschnittsbeitrag der durchschnittlichen Arbeitergruppe.

Bei den Liquidatoren dagegen beobachten wir, abgesehen von dem besonderen Sprung bei den Moskauer Gruppen (es sind ihrer nur 25!), einen *höheren* Beitrag der Gruppen in der Provinz im Vergleich zu den Petersburger Gruppen!!! Wodurch läßt sich diese sonderbare Erscheinung erklären?

Eine zuverlässige Antwort auf diese Frage kann nur eine eingehendere Durcharbeitung der Daten geben, die viel Mühe erfordert. Unsere hypothetische Antwort ist die: Die Liquidatoren vereinigen eine aus bestbezahlten Arbeitern bestehende Minderheit in einigen Zweigen der Industrie. In der ganzen Welt hat man festgestellt, daß diese Arbeiter am stärksten an

liberalen und opportunistischen Ideen hängen. Bei uns in Petersburg wurden die Liquidatoren am längsten bei den Buchdruckern gelitten, und erst bei den letzten Wahlen in ihrer Gewerkschaft, am 27. April 1914, errangen die Prawdisten die Hälfte der Plätze auf der Liste der Vorstandsmitglieder und die Mehrheit auf der Liste der Ersatzleute. Die Buchdrucker neigen aber in allen Ländern am meisten zum Opportunismus, und einige ihrer Kategorien gehören zu den bestbezahlten.

Wenn unsere Schlußfolgerung über die Sympathie einer aus der Arbeiteraristokratie bestehenden Minderheit für die Liquidatoren nur hypothetisch ist, so unterliegt die Sache bei den *Einzelpersonen* keinem Zweifel. Von den Beiträgen der Nichtarbeiter machen *mehr als die Hälfte* die Beiträge der Einzelpersonen aus (531 von 713 bei uns, 266 von 453 bei den Liquidatoren). Die durchschnittliche Höhe dieser Beiträge ist bei uns 1,97 Rubel, bei den Liquidatoren 6,05 Rubel!!

Es ist klar, daß es sich im ersten Falle um untere Angestellte, Beamte und ähnliche kleinbürgerliche Elemente halbproletarischen Charakters handelt. Bei den Liquidatoren dagegen sehen wir reiche Freunde aus der Bourgeoisie.

Noch bestimmter kommen diese reichen Freunde aus der Bourgeoisie in Gestalt der „Gruppen der Anhänger, Freunde usw.“ zum Vorschein. Uns gaben diese Gruppen 458,82 Rubel, d. h. 2% der gesamten Summe der Sammlungen, wobei die durchschnittliche Sammlung einer Gruppe 10,92 Rubel betrug, nur das Anderthalbfache der durchschnittlichen Sammlung einer Arbeitergruppe. Den Liquidatoren dagegen gaben die in Frage stehenden Gruppen 2450,60 Rubel, d. h. *mehr als 20%* der gesamten Summe der Sammlungen, wobei die durchschnittliche Sammlung einer Gruppe 45,39 Rubel beträgt, d. h. das *Sechsfache* der durchschnittlichen Sammlung einer Arbeitergruppe!!

Fügen wir das Ausland hinzu, wo die Hauptquelle der Geldsammlungen die bürgerliche Studentenschaft ist. Uns gab das Ausland 49,79 Rubel, d. h. weniger als  $\frac{1}{4}\%$ ; den Liquidatoren gab es 1709,17 Rubel, d. h. 14%.

Wenn wir die Einzelpersonen, die „Anhänger, Freunde“ und das Ausland zusammennehmen, erhalten wir als Ergebnis der Sammlungen aus diesen Quellen:

Bei den Prawdisten 1555,23 Rubel, d. h. 7% aller Beiträge.

Bei den Liquidatoren 5768,09 Rubel, d. h. 48% aller Beiträge.

Uns liefert diese Quelle weniger als  $\frac{1}{10}$  dessen, was die Arbeitergruppen liefern (18 934 Rubel), den Liquidatoren *mehr* als die Arbeitergruppen (5296 Rubel)!!

Die Schlußfolgerung ist klar: Die Zeitung der Liquidatoren ist *keine* Arbeiterzeitung, sondern eine *bürgerliche* Zeitung. Sie wird hauptsächlich von Mitteln *reicher Freunde aus der Bourgeoisie* erhalten.

Die tatsächliche Abhängigkeit der Liquidatoren von der Bourgeoisie ist weit größer, als unsere Angaben zeigen. Die Sache ist die, daß die prawdistischen Zeitungen ihre finanziellen Berichte *viele Male* zur allgemeinen Kenntnis gebracht haben. Aus ihnen war ersichtlich, daß die Zeitung, unter Hinzufügung der Sammlungen zu den Einnahmen, ihre Kosten deckt. Bei einer Auflage von 40 000 (Durchschnitt für Mai 1914) ist das verständlich, trotz der Konfiskationen und des Mangels an Inseraten. Die Liquidatoren dagegen haben *nur einmal* (Nr. 101 des „Lutsch“) ihre Abrechnung veröffentlicht, die ein Defizit von 4000 Rubel aufwies, sind aber später zur allgemeinen bürgerlichen Gewohnheit übergegangen, keine Abrechnungen zu veröffentlichen. Bei einer Auflage ihrer Zeitung von 15 000 ist ein Defizit unvermeidlich, und gedeckt wird es offenbar immer wieder von reichen Freunden aus der Bourgeoisie.

Die liberalen Arbeiterpolitiker lieben es, auf eine „*offene* Arbeiterpartei“ anzuspielen, aber den wirklichen Arbeitern die eigne wirkliche Abhängigkeit von der Bourgeoisie *offen aufzeigen* wollen sie nicht! So müssen wir, die Illegalen, die liberalen Liquidatoren über den Nutzen offener Abrechnungen belehren . . .

Insgesamt ergibt sich folgendes Verhältnis der Sammlungen von Arbeitern und Nichtarbeitern:

Es entfallen bei den Sammlungen: Von jedem Rubel der Sammlung für  
die Zeitungen der

	Prawdisten	Liquidatoren
auf Arbeiter	87 Kopeken	44 Kopeken
auf Nichtarbeiter	13 Kopeken	56 Kopeken
<i>Insgesamt</i>	1 Rubel	1 Rubel

Die Prawdisten genießen zu  $\frac{1}{7}$  die Unterstützung der Bourgeoisie, und zwar, wie wir gesehen haben, ihrer demokratischsten und am wenigsten

bemittelten Schichten. Das Unternehmen der Liquidatoren ist *in der Hauptsache* ein bürgerliches Unternehmen, dem eine Minderheit der Arbeiter noch folgt.

Die Angaben über die Quellen der Sammlungen zeigen uns auch die Klassenlage der Leser und Käufer einer Zeitung.

Freiwillige Beiträge laufen nur von ständigen Lesern ein, die mit der Richtung einer Zeitung am bewußtesten sympathisieren. Und die Richtung einer Zeitung „paßt sich“ ihrerseits wohl oder übel der am meisten „einflußreichen“ Schicht des Leserkreises „an“.

Die Schlußfolgerungen, die sich aus unseren Angaben ergeben, sind erstens theoretische, d. h. solche, die der Arbeiterklasse dazu dienen, die Bedingungen ihrer Bewegung zu erkennen; zweitens praktische, die direkte Hinweise für unsere Arbeit geben.

Es wird zuweilen gesagt, es gebe in Rußland zwei Arbeiterpressen. Sogar Plechanow hat dies kürzlich wiederholt. Aber das ist falsch. Wer so spricht, offenbart entweder seine völlige Ignoranz oder den geheimen Wunsch, den Liquidatoren zu helfen, den bürgerlichen Einfluß unter den Arbeitern zu verbreiten. Die Parteibeschlüsse haben längst und wiederholt (z. B. in den Jahren 1908 und 1910) den bürgerlichen Charakter des Liquidatorentums klar, deutlich und offen aufgezeigt. In den Artikeln der marxistischen Presse ist diese Wahrheit Hunderte von Malen klar dargelegt worden.

Die Erfahrung einer Tageszeitung, die sich offen an die Massen wendet, mußte unausbleiblich den tatsächlichen Klassencharakter der liquidatorischen *Strömung bloßlegen*. Die Erfahrung hat ihn bloßgelegt. Die Zeitung der Liquidatoren hat sich in Wirklichkeit als ein bürgerliches Unternehmen erwiesen, das eine Minderheit der Arbeiter hinter sich herführt.

Vergessen wir außerdem nicht, daß die Zeitung der Liquidatoren fast bis zum Frühjahr 1914 das Organ des Augustblocks war. Von ihm sind jetzt erst die Letten abgefallen; den Liquidatoren kehrten den Rücken oder sind im Begriff es zu tun: Trotzki, Em-El, An, Burjanow, Jegorow; der Zerfall des Blocks dauert an. Die nächste Zukunft wird unvermeidlich sowohl den bürgerlichen Charakter der liquidatorischen *Strömung* als auch die Lebensunfähigkeit der Intellektuellengruppchen – der „Wperjod“-Leute, der Plechanowleute, der Trotzkiisten usw. – mit noch größerer Klarheit aufdecken.

Die praktischen Schlußfolgerungen kann man in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Zahl von 5674 Arbeitergruppen, die von den Prawdisten in weniger als 2½ Jahren vereinigt worden sind, ist angesichts der schweren Bedingungen in Rußland ziemlich bedeutend. Aber das ist nur der Anfang. Wir brauchen nicht Tausende, sondern Zehntausende von Arbeitergruppen. Die Arbeit muß verzehnfacht werden. Von Hunderten von Arbeitern kopekenweise gesammelte 10 Rubel sind sowohl ideell als auch organisatorisch wichtiger und wertvoller als 100 Rubel von reichen Freunden aus der Bourgeoisie. Selbst in finanzieller Hinsicht zwingt die Erfahrung zu der Feststellung, daß es mit den Kopeken der Arbeiter möglich ist, eine festfundierte Arbeiterzeitung zu schaffen, während das mit bürgerlichen Rubeln nicht möglich ist. Das Unternehmen der Liquidatoren ist eine Seifenblase, die platzen muß und platzen wird.

2. Besonders zurückgeblieben ist bei uns die Provinz, wo volle 32% der Arbeitergruppen den Liquidatoren folgen!! Jeder klassenbewußte Arbeiter muß alle Kräfte anstrengen, um diesem traurigen und beschämenden Zustand ein Ende zu machen. Man muß sich mit allen Kräften auf die Provinz konzentrieren.

3. Die Landarbeiter scheinen von der Bewegung fast überhaupt noch nicht berührt zu sein. Wie schwierig die Arbeit hier auch sein mag, sie muß hartnäckig und energisch durchgeführt werden.

4. Wie eine Mutter ihr krankes Kind sorgsam pflegt und es besser nährt, so müssen auch die klassenbewußten Arbeiter jene Bezirke und Fabriken sorgsamer pflegen, wo die Arbeiter am Liquidatorentum kranken. Diese von der Bourgeoisie ausgehende Krankheit ist in der jungen Arbeiterbewegung unvermeidlich, doch sie geht bei richtiger Pflege und beharrlicher Behandlung vorüber, ohne bei den Arbeitern fürs ganze Leben besonders schädliche Spuren zu hinterlassen. Intensivere Ernährung der kranken Arbeiter mit marxistischer Literatur, sorgsamere und populärere Erläuterung der Geschichte und der Taktik der Partei, des Sinnes der Parteibeschlüsse über den bürgerlichen Charakter des Liquidatorentums, eingehenderes Verweilen bei der unbedingten Notwendigkeit der proletarischen Einheit, das heißt der Unterordnung der Minderheit der Arbeiter unter die Mehrheit, das heißt der Unterordnung des einen Fünf-

tels unter die vier Fünftel der klassenbewußten Arbeiter Rußlands – das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 14 und 15,  
13. und 14. Juni 1914.

Sammelband „Marxismus und  
Liquidatorentum“, Teil II,  
Verlag „Priboi“, St. Petersburg 1914.  
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des Sammel-  
bandes, verglichen mit dem  
Text der „Trudowaja  
Prawda“.

## DIE LINKEN VOLKSTÜMLER UND DER MARXISMUS

Die Marxisten haben schon wiederholt auf die Bedeutung der Frage der freien Mobilisierung (d. h. der Freiheit des Kaufs, des Verkaufs und der Verpfändung) des bäuerlichen Grund und Bodens hingewiesen. Gerade in dieser besonders lebensnahen und praktischen Frage zeigt sich am anschaulichsten der kleinbürgerliche und sogar *direkt reaktionäre Charakter* unserer Volkstümpler.

Alle Volkstümpler, von den halben Kadetten („Sozialkadetten“, wie die Herren Tschernow, Wichlajew usw. sie einstmals richtig genannt haben) vom „Russkoje Bogatstwo“ bis zu den am weitesten „links“ stehenden Volkstümlern von der „Stoikaja Mysl“, sind Gegner der völlig freien Mobilisierung des bäuerlichen, besonders des Anteillandes.

Die Marxisten dagegen erklären in ihrem *Programm* direkt, daß sie sich *„immer und stets allen Versuchen widersetzen werden, den Gang der ökonomischen Entwicklung zu hemmen“*.

Die ökonomische Entwicklung Rußlands, wie die der ganzen Welt, geht von der Leibeigenschaft zum Kapitalismus und über den maschinellen Großkapitalismus zum Sozialismus.

„Träumereien“ von einem „anderen“ Weg zum Sozialismus außer über die *weitere* Entwicklung des Kapitalismus, über die maschinelle *kapitalistische* Großproduktion sind in Rußland entweder liberalen Herrchen oder rückständigen Kleinbesitzern (Kleinbürgern) eigen. In diesen Träumereien, mit denen sich die linken Volkstümpler bis heute das Gehirn verstopfen, widerspiegelt sich lediglich die Rückständigkeit (das Reaktionäre) und die Hilflosigkeit des Kleinbürgertums.

Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt und darunter auch



Rußlands überzeugen sich immer mehr von der Richtigkeit des Marxismus, denn das Leben selbst zeigt ihnen, daß nur die maschinelle Großproduktion die Arbeiter weckt, sie aufklärt und zusammenschweißt und die *objektiven* Bedingungen für eine *Massenbewegung* schafft.

Als der „Put Prawdy“ die allgemein bekannte marxistische Wahrheit wiederholte, daß der Kapitalismus im Vergleich zur Leibeigenschaft *fortschrittlich\**, daß ein Aufhalten der Entwicklung des Kapitalismus die sinnloseste, reaktionärste, für die Werktätigen schädlichste Utopie ist, da beschuldigte der linke Volkstümler Herr N. Rakitnikow (Nr. 7 der „Smelaja Mysl“ [Kühner Gedanke] den „Put Prawdy“, er habe die „wenig ehrenvolle Aufgabe, die kapitalistische Schlinge zu beschönigen“.

Das ist etwas, worüber nachzudenken für jeden nützlich ist, der sich für den Marxismus und die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung interessiert!! Selten kann man einer so ungeheuerlichen Unkenntnis des Marxismus begegnen wie bei Herrn N. Rakitnikow und den linken Volkstümlern – höchstens etwa bei den bürgerlichen Ökonomen.

Hat Herr Rakitnikow wirklich weder „Das Kapital“ noch „Das Elend der Philosophie“, noch das „Kommunistische Manifest“ gelesen? Wenn er sie nicht gelesen hat, dann sollte er überhaupt nicht über Sozialismus sprechen, dann ist es lächerlich, damit Zeit zu verlieren.

Wenn er sie aber gelesen hat, so muß er wissen, daß die *grundlegende* Idee (Gedanke) von Marx in *allen* seinen Werken, ein Gedanke, der nach Marx durch die Erfahrung aller Länder bestätigt wurde, der Gedanke von dem *fortschrittlichen* Charakter des Kapitalismus im Vergleich zur Leibeigenschaft ist. Gerade in diesem Sinne „beschönigen“ (nach dem plumpen und unklugen Ausdruck Rakitnikows) Marx und alle Marxisten die „kapitalistische Schlinge“!!

Nur Anarchisten oder Kleinbürger, die die Bedingungen der geschichtlichen Entwicklung nicht verstehen, können sagen: Ganz gleich, ob die fronherrliche oder die kapitalistische Schlinge – Schlingen sind beide!! Das heißt, sich auf das *Verurteilen* beschränken und den *objektiven* Gang der ökonomischen Entwicklung nicht begreifen.

Das Verurteilen zeigt unsere subjektive Unzufriedenheit an. Der objektive Gang der Entwicklung der Leibeigenschaft zum Kapitalismus bewirkt jedoch, daß infolge des Wachstums der Städte, der Eisenbahnen,

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 297–300. *Die Red.*

der Großbetriebe, der Wanderungen der Arbeiter *Millionen* Werktätige aus dem Zustand der Lethargie der Leibeigenschaft *herausgerissen*, vom Kapitalismus selbst geweckt, von ihm zusammengeschweißt werden.

Sowohl die Leibeigenschaft als auch der Kapitalismus unterjochten den Arbeiter und suchen ihn in Unwissenheit zu halten. Aber die Leibeigenschaft *kann* Millionen von Bauern in Geducktheit halten und hält sie *jahrhundertlang* darin (z. B. in Rußland vom 9. bis zum 19. Jahrhundert; in China noch Jahrhunderte länger). Der Kapitalismus dagegen *kann* die Arbeiter *nicht* in Unbeweglichkeit, in Lethargie, in Geducktheit und Unwissenheit halten.

Die Jahrhunderte der Leibeigenschaft waren Jahrhunderte der Lethargie der Werktätigen.

Die Jahrzehnte des Kapitalismus haben Millionen von Lohnarbeitern aufgeweckt.

Dies nicht begreifen, meine Herren linken Volkstümler, heißt vom Sozialismus rein gar nichts verstehen oder den Sozialismus aus einem durch die objektiven Bedingungen hervorgerufenen Kampf von Millionen in das Märchen eines wohlmeinenden Herrensöhnchens verwandeln!

Irgendeine, auch nur die geringste, *Beschränkung* der freien Mobilisierung des Anteillandes verteidigen bedeutet *in Wirklichkeit*, zu einem Reaktionär, zu einem Helfershelfer der Fronherren zu werden.

Die Beschränkungen der freien Mobilisierung des Anteillandes *halten* die ökonomische Entwicklung *auf*, *erschweren* die Bildung, das Wachstum, das Erwachen, den Zusammenschluß der Klasse der Lohnarbeiter, *verschlechtern* sowohl die Lage der Arbeiter als auch die der Bauern und *verstärken* den Einfluß der Fronherren.

Die Herren Peschechonow und Rakitnikow erweisen sich *in Wirklichkeit* als Helfershelfer eben dieser „Kategorien“, wenn sie die Beschränkung der freien Mobilisierung des bäuerlichen Grund und Bodens verfechten.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 19,  
19. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

## DIE BODENFRAGE IN RUSSLAND

Die Bodenfrage ist in Rußland gegenwärtig von gewaltiger Bedeutung. Es ist allgemein bekannt, daß nicht nur die breiten Volksmassen, sondern auch die Regierung diese Frage zu einer der zentralen Fragen gemacht hat.

Die Bewegung des Jahres 1905 ist historisch gerade dadurch gekennzeichnet, daß die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung Rußlands, nämlich die Bauernschaft, die Bodenfrage an die erste Stelle gerückt hat. Sowohl die bürgerlich-liberale als auch die Arbeiterpartei haben dieser Tatsache in ihren Programmen Rechnung getragen. Andererseits hat auch die Regierung, die im System vom 3. Juni das Bündnis der Gutsbesitzer mit den Spitzen der Bourgeoisie verwirklicht, gerade die Bodenfrage zum Mittelpunkt ihrer Politik gemacht (gewaltsame Zerstörung des Grundbesitzes der Dorfgemeinden und Einführung des Privateigentums an Anteilland, vorwiegend im System der Einzelhöfe).

Worin besteht nun das ökonomische Wesen der Bodenfrage in Rußland? In der bürgerlich-demokratischen Umgestaltung Rußlands. Rußland ist zu einem kapitalistischen, bürgerlichen Land geworden. Der Grundbesitz aber ist bei uns in noch sehr hohem Grade ein fronwirtschaftlicher geblieben, sowohl der gutsherrliche als auch der Anteilbesitz, der bäuerliche Besitz. Das Wirtschaftssystem ist in einer sehr großen Zahl von Fällen fronwirtschaftlich geblieben: Abarbeit, Frondienst in der Weise, daß die halb ruinierten, bettelarmen, hungernden Kleinbesitzer bei den Gutsbesitzern Boden, Heuschläge, Weideland pachten oder Geld ausleihen, wobei sie sich verpflichten, dafür auf den Ländereien der „Herrschaft“ „abzuarbeiten“.

Je mehr das ländliche Rußland mit seiner Leibeigenschaft hinter dem

industriellen, kommerziellen, kapitalistischen Rußland zurückblieb, desto schärfer mußte der unvermeidliche Umbruch des alten, fronwirtschaftlichen Landbesitzes, des gutherrlichen wie auch des Anteilandbesitzes sein.

Die Gutsbesitzer suchten diesen Umbruch auf gutherrliche Art und Weise, gemäß den Interessen der Gutsbesitzer durchzuführen, sie suchten ihren ganzen Landbesitz zu behalten und halfen den Kulaken, die Bauern möglichst schnell landlos zu machen. Die Bauern suchten in ihrer Mehrheit diesen Umbruch auf bäuerliche Art und Weise, gemäß den Interessen der Bauern durchzuführen.

In beiden Fällen *bleibt* die Umgestaltung eine *bürgerliche*. Marx hat sowohl im „Elend der Philosophie“ als auch im „Kapital“ sowie in den „Theorien über den Mehrwert“ vollauf bewiesen, daß die *bürgerlichen* Ökonomen mehr als einmal die *Nationalisierung* des Grund und Bodens, d. h. die Umwandlung des gesamten Grund und Bodens in gesellschaftliches Eigentum verlangten, und daß diese Maßnahme *durchaus bürgerlich* ist. Der Kapitalismus wird sich durch eine derartige Maßnahme noch breiter, noch freier, noch schneller entwickeln. Diese Maßnahme ist sehr fortschrittlich, sehr demokratisch; sie wird die Fronwirtschaft endgültig ausrotten, sie wird das Monopol des Grundbesitzes untergraben, sie wird die *absolute Rente* (die der Liquidator P. Maslow, hinter den bürgerlichen Gelehrten einhertrottend, irrtümlich ableugnet) untergraben. Sie wird die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft beschleunigen und den Weg für die Klassenbewegung der Lohnarbeiter frei machen.

Aber wir wiederholen: Das ist eine *bürgerlich*-demokratische Maßnahme. Die linken Volkstümler, beispielsweise Herr W-dimow in der „Smelaja Mysl“, bezeichnen die *bürgerliche* Nationalisierung des Grund und Bodens hartnäckig als „*Sozialisierung*“ und umgehen hartnäckig die äußerst gründlichen Erläuterungen von Marx über das Wesen der Nationalisierung des Grund und Bodens unter dem Kapitalismus.

Die linken Volkstümler wiederholen hartnäckig die rein bürgerliche Lehre von der „Arbeitswirtschaft“ und ihrer Entwicklung unter der „*Sozialisierung*“, während sich in Wirklichkeit bei der Nationalisierung des Grund und Bodens gerade der *kapitalistische* Grundbesitz, und dabei in der reinsten und von der Leibeigenschaft freiesten Form, unvermeidlich am breitesten und schnellsten entwickeln wird.

Das Wörtchen „Sozialisierung des Grund und Bodens“ zeigt lediglich, daß den linken Volkstümlern das Verständnis für die Grundlagen der politischen Ökonomie von Marx völlig abgeht und daß sie (von Zeit zu Zeit, im geheimen, oft unbewußt) auf die Seite der bürgerlichen politischen Ökonomie übergehen.

Marx empfahl den klassenbewußten Arbeitern bei klarer Erkenntnis des bürgerlichen Charakters aller Bodenreformen auf der Grundlage des Kapitalismus (darunter auch der Nationalisierung), die bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen gegen die Fronherren und die Leibeigenschaft zu unterstützen. Jedoch dürfen Marxisten nicht bürgerliche Maßnahmen mit Sozialismus verwechseln.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 22,  
22. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

## UBER DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DES GESCHIMPFES

(Zur Frage der Einheit)

Kann denn Geschimpfe eine politische Bedeutung haben? – wird der Leser fragen.

Zweifellos. Hier ein Beispiel aus einem Gebiet, das alle klassenbewußten Arbeiter interessiert.

Uns, die Prawdisten, schimpft man „Usurpatoren“ (Menschen, die unrechtmäßig Macht ergreifen). Auf der Grundlage dieses Geschimpfes „vereinigten“ sich im März 1912 die Plechanowleute, die „Wperjod“-Leute, die Trotzlisten, die Liquidatoren und noch eine Menge anderer Grüppchen.

Jetzt, im Juni 1914, nach gut zwei Jahren, „vereinigen“ sich noch einmal auf der Grundlage dieses Geschimpfes die Anhänger des „Jedinstwo“, die Liquidatoren, die „Wperjod“-Leute, die Trotzlisten und wahrscheinlich noch ein Dutzend anderer Grüppchen.

Um sich in die politische Bedeutung dieses Geschimpfes hineinzudenken, laden wir den Leser ein, sich einiger elementarer Dinge zu erinnern, die die Anhänger des „Jedinstwo“ und Co. durch Lärm und Geschimpfe „zerreden“ wollen.

Die Konferenz vom Januar 1912 haben „sie“ alle als Usurpation, als unrechtmäßige Machtergreifung erklärt. Sie habe nicht das Recht gehabt, sich als oberstes Organ, als eine Instanz der ganzen Gesamtheit zu bezeichnen.

Ausgezeichnet, meine Herren! Seht aber nur, wie die politischen Tatsachen die ganze Inhaltslosigkeit und Verlogenheit eurer Phrasen entlarven.

Nehmen wir an, ihr hättet recht, nehmen wir an, die Konferenz vom

Januar 1912 sei eine „unrechtmäßige Machtergreifung“ gewesen. Was folgt daraus?

Daraus folgt, daß alle Gruppen, Strömungen, Zirkel, alle Sozialdemokraten, die sich durch diese „unrechtmäßige Machtergreifung“ gekränkt fühlten, für die „Rechtmäßigkeit“ hätten auftreten müssen. Nicht wahr? Sie hätten sich nicht nur zur Beschimpfung der Usurpatoren, sondern auch zu ihrem Sturz vereinigen müssen.

Das ist wohl unbestreitbar.

Man sollte meinen, der tapfere Plechanow, der mutige Trotzki, die kühnen „Wperjod“-Leute, die edlen Liquidatoren hätten sich nicht zur Beschimpfung der Usurpatoren vereinigen können, ohne sich zum Sturz der Usurpatoren zu vereinigen.

Denn wenn unsere Helden dies nicht getan hätten, so hätten sie sich als leere Schwätzer erwiesen, nicht wahr?

Was aber war erforderlich zum Sturz der „Usurpatoren“?

Dazu hätte es genügt, wenn die edlen Protesterheber gegen die Usurpation sich ohne die Usurpatoren versammelt, sie verurteilt und den Arbeitern ein Beispiel, eine Erfahrung, eine Tatsache – eine Tatsache, und kein Versprechen, eine Tat, und keine Phrasen – von rechtmäßigen Einrichtungen zum Unterschied von denen der Usurpatoren gezeigt hätten.

Wer nicht sämtliche klassenbewußten Arbeiter Rußlands für Idioten hält, wird selbstverständlich mit uns darin übereinstimmen, daß diese Arbeiter, wenn sie die vereinigte Arbeit der edlen Protesterheber gegen die „Usurpatoren“ gesehen hätten, diese Protesterheber unterstützt, die Usurpatoren hinausgeworfen, sie mit Spott und Verdammung bedacht haben würden!!

Das dürfte wohl klar sein?

Es ist wohl absolut unbestreitbar, daß nicht nur ein Marxist, sondern jeder sich selbst achtende Demokrat verpflichtet gewesen wäre, sich mit allen Gegnern des „Usurpatorentums“ zum Sturz der Usurpatoren zu vereinigen.

Und in Wirklichkeit?

Was ergab sich in Wirklichkeit?

Was ergab sich zwei Jahre nach der Zeit, wo unsere edlen Gegner des „Usurpatorentums“ gegen die Usurpatoren zu Felde gezogen waren?

Es ergab sich, daß die „Usurpatoren“  $\frac{4}{5}$  (*vier Fünftel*) aller klassenbewußten Arbeiter Rußlands auf dem Boden ihrer Beschlüsse vereinigten.

In  $2\frac{1}{2}$  Jahren, vom 1. Januar 1912 bis 13. Mai 1914, sind den Zeitungen der Prawdisten 5674 Arbeitergruppen mit ihren Beiträgen zu Hilfe gekommen, den edlen Gegnern des „Usurpatorentums“ aber, den Liquidatoren und ihren Freunden, 1421 Arbeitergruppen.

Die „Usurpatoren“ haben in der Tat, nicht in Worten, die *Einheit* von  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter Rußlands verwirklicht.

Die edlen Feinde des „Usurpatorentums“ dagegen sind wie Staub zerstoßen, denn ihr Augustblock ist zerfallen, abgedorrt haben sich Trotzki, die Letten, die kaukasischen Führer usw. zu *einzelnen Grüppchen*, die sich in der *wirklichen Bewegung* sowohl einzeln als auch zusammengenommen als *Nullen erwiesen haben*.

Was sind das für Wunder?

Wie konnte es denn geschehen, daß  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter für das niederträchtige „Usurpatorentum“ eintraten, *gegen* die zahlreichen, verschiedenen, eine „*Vielzahl von Strömungen*“ vertretenden edlen Feinde des Usurpatorentums?

Das konnte und mußte, lieber Leser, aus folgendem Grunde geschehen: Das Geschimpfe verhüllt in der Politik nicht selten die völlige Prinzipienlosigkeit und Hilflosigkeit, die Ohnmacht, die wütende Ohnmacht der Schimpfenden.

Weiter nichts.

Die klassenbewußten Arbeiter aber vereinigen sich und werden sich ungeachtet allen Geschimpfes auf die „Prawdisten“, die „Usurpatoren“, die „Leninisten“ usw. usf. um die Ideen und die Taktik des konsequenten Marxismus vereinigen. Ungeachtet dieses ganzen Geschimpfes anerkennen sie *nur die Einheit von unten, die Einheit der Arbeiter auf der Grundlage der Verurteilung des Liquidarentums*, auf der Grundlage der Anerkennung aller Beschlüsse der „Gesamtheit“. Nur die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit kann das Prinzip der Arbeiterbewegung sein, und nicht ein Abkommen mit Intellektuellengrüppchen.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 23,  
24. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.



---

OBJEKTIVE ANGABEN ÜBER DIE STÄRKE  
DER VERSCHIEDENEN STRÖMUNGEN  
IN DER ARBEITERBEWEGUNG<sup>101</sup>

Es gibt für die klassenbewußten Arbeiter keine wichtigere Aufgabe als die, die Bewegung ihrer Klasse, ihr Wesen, ihre Ziele und ihre Aufgaben, ihre Bedingungen und praktischen Formen zu *erkennen*. Denn die ganze Stärke der Arbeiterbewegung liegt in ihrer Bewußtheit und in ihrem *Massencharakter*: Der Kapitalismus vermehrt mit jedem Schritt seiner Entwicklung die Zahl der Proletarier, der Lohnarbeiter, schweißt sie zusammen, organisiert sie, klärt sie auf und bildet auf diese Weise eine Klassenkraft heran, die unvermeidlich ihren Zielen zustreben muß.

Das Programm der Marxisten und ihre taktischen Beschlüsse, die in der Presse ständig erläutert werden, tragen zur Herausbildung der Erkenntnis der Arbeitermassen vom Wesen, von den Zielen und den Aufgaben der Bewegung bei.

Der Kampf der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung Rußlands hat tiefe klassenmäßige Wurzeln. Die beiden „Strömungen“, die in der Arbeiterbewegung Rußlands gegen den Marxismus (Prawdismus) kämpfen und die (ihrem Massencharakter und ihren Wurzeln in der Geschichte nach) die Bezeichnung von „Strömungen“ verdienen – die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum – bringen den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat zum Ausdruck. Das ist von den Marxisten viele Male erläutert und in einer Reihe von Beschlüssen der Marxisten festgestellt worden, sowohl in bezug auf die Volkstümler (der

Kampf mit ihnen dauert schon 30 Jahre) als auch in bezug auf die Liquidatoren (die Geschichte des Liquidatorentums zählt etwa 20 Jahre, denn das Liquidatorentum ist die direkte Fortsetzung des „Ökonomismus“ und des Menschewismus).

Gegenwärtig häufen sich bereits immer mehr die *objektiven* Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung Rußlands. Diese objektiven Angaben, die die Haltung und Stimmung nicht einzelner Personen und Gruppen, sondern der *Massen* betreffen, Angaben, die verschiedenen, *feindlichen* Zeitungen entnommen sind, Angaben, die von jedem des Lesens und Schreibens kundigen Menschen *überprüft* werden können – diese Angaben müssen mit allen Kräften gesammelt, überprüft und studiert werden.

Nur an Hand solcher Angaben kann man lernen und die Bewegung seiner Klasse studieren. Einer der wesentlichsten Mängel, wenn nicht der wesentlichste (oder ein Verbrechen an der Arbeiterklasse) sowohl der Volkstümler als auch der Liquidatoren sowie der verschiedenen Intellektuellengröppchen, der „Wperjod“-Leute, der Plechanowleute, der Trotzisten, ist ihr *Subjektivismus*. Ihre Wünsche, ihre „Meinungen“, ihre Urteile, ihre „Absichten“ geben sie auf Schritt und Tritt für den Willen der Arbeiter, für Erfordernisse der Arbeiterbewegung aus. Wenn sie z. B. von der „Einheit“ sprechen, ignorieren sie hochmütig die *Erfahrung* bei der Schaffung einer tatsächlichen Einheit durch die *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter Rußlands im Laufe von 2½ Jahren, von Anfang 1912 bis Mitte 1914.

Geben wir nun eine Zusammenstellung der vorhandenen *objektiven* Angaben über die Stärke der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung. Möge, wer will, den subjektiven Beurteilungen und Verheißungen glauben und zu den „Gröppchen“ gehen, wir wenden uns nur an diejenigen, die den Wunsch haben, die objektiven Tatsachen zu studieren. Hier die Tatsachen:

	Prawdisten	Liquidatoren	in Prozent		linke Volkstümler
			Prawdisten	Liquidatoren	
<i>Wahlen zur Reichsduma:</i>					
1. Zahl der Abgeordneten der Arbeiterkurie					
II. Duma, 1907	11	12	47	53	-
III. Duma, 1907-1912	4	4	50	50	} Boykott
IV. Duma, 1912	6	3	67	33	
<i>Zahl der Beiträge leistenden Arbeitergruppen:</i>					
2. Zahl der Beiträge von Arbeitergruppen an die Petersburger Zeitungen					
1912	620	89	-	-	-
1913	2181	661	76,9	23,1	264
bis 13. Mai 1914	2873	671	81,1	18,9	524
<i>Arbeiterwahlen zu den Versicherungseinrichtungen:</i>					
3. Zahl der Bevollmächtigten bei den Wahlen zur gesamtrossischen Versicherungseinrichtung	47	10	82,4	17,6	21-22
4. Desgleichen bei den Wahlen zur hauptstädtischen Versicherungseinrichtung	37	7	84,1	15,9	4
<i>Unterschriften auf den Resolutionen für die Dumafraktionen:</i>					
5. Unterschriften in den Zeitungen beider Gruppen für die „Sechs“ (Prawdisten) und für die „Sieben“ (Liquidatoren)	6722	2985	69,2	30,8	-

	Prawdisten	Liquidatoren	in Prozent		linke Volks- tümmler
			Prawdisten	Liquida- toren	
<i>Verbindungen mit Arbeitergruppen:</i>					
6. Zahl der Zuschriften mit verschiedenen Beiträgen von Arbeitergruppen an die eine oder andere Fraktion (von Oktober 1913 bis 6. Juni 1914)	1295	215	85,7	14,3	-
<i>Auflage der Petersburger Zeitungen:</i>					
7. Anzahl der gedruckten Exemplare (von E. Vandervelde gesammelte und veröffentlichte Angaben)	40 000	16 000	71,4	28,6	12 000 (dreimal wöchentl.)
<i>Im Ausland erscheinende Presse:</i>					
8. Zahl der nach der Augustkonferenz (1912) der Liquidatoren bis Juni 1914 erschienenen Nummern der führenden Zeitung	5	0	-	-	9
9. Zahl der in diesen Nummern angegebenen <i>nicht</i> legalen Organisationen (jeder Ort gilt als eine Angabe)	44	0	-	-	21
<i>Abhängigkeit von der Bourgeoisie:</i>					
10. Geldsammlungen für St.-Petersburger Zeitungen (vom 1. Januar bis 13. Mai 1914). Prozentsatz der Sammlungen von <i>Nicht</i> arbeitern	-	-	13	56	50

	Prawdisten	Liquidatoren	in Prozent		linke Volkstümer
			Prawdisten	Liquidatoren	
11. Zahl der während der ganzen Zeit von den Zeitungen veröffentlichten Abrechnungen	3	1	-	-	?(0?)
12. Davon Prozentsatz der Abrechnungen mit einem Defizit, das aus unbekanntem, d. h. bürgerlichen Quellen gedeckt wird	-	-	0	100	?
13. Geldbeträge, die durch die eine oder andere Dumafraktion gingen (von Oktober 1913 bis 6. Juni 1914). Prozentsatz der <i>nicht</i> von Arbeitern stammenden Beträge	-	-	6	46	-
14. Zahl der Korrespondenzen, die stillschweigend für Arbeiterkorrespondenzen ausgegeben wurden, tatsächlich aber bürgerlichen Zeitungen ohne Quellenangabe entnommen wurden	-	5	(in zwei Nummern: 17 und 19 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“)		0
<i>Die Gewerkschaften:</i>					
15. Zahl der Gewerkschaften in St. Petersburg, in denen die Mehrheit der Mitglieder (nach der Mehrheit der Mitglieder des Vorstands zu urteilen) mit dieser oder jener Richtung sympathisiert	14½*	3½*	-	-	2

\* In einer Gewerkschaft sind die Anhänger der Prawdisten und der Liquidatoren gleich stark.

Wir wollen die angeführten Angaben zunächst mit einigen kurzen Erläuterungen versehen und werden dann zu den Schlußfolgerungen übergehen.

Die Erläuterungen lassen sich am besten nach den Punkten geben. Punkt 1. Angaben über die Wahlmänner und die Bevollmächtigten *gibt es nicht*. Wer sich über die Verwendung der „Kurien“angaben beklagt, macht sich einfach lächerlich, denn andere Angaben gibt es nicht. Die deutschen Sozialdemokraten messen ihre Erfolge nach dem Bismarck-schen Wahlgesetz, das die Frauen ausschließt und eine „Männer“kurie ergibt!

Punkt 2. Die Zahl der Arbeitergruppen, die Geldbeiträge leisten und nicht nur „Resolutionen unterschreiben“, ist das zuverlässigste und sicherste Kennzeichen der Stärke nicht nur der Strömung, sondern auch der Organisiertheit, der Stellungnahme für die Partei.

Deshalb legen die Liquidatoren und die „Grüppchen“ eine subjektive Abneigung gegen dieses Merkmal an den Tag.

Die Liquidatoren haben eingewendet: Wir haben noch eine jüdische und eine georgische Zeitung, während die „Prawda“ allein steht. Das stimmt nicht. Erstens, die estnische und die litauische Zeitung sind prawdistisch.<sup>102</sup> Zweitens, darf man, wenn man die Provinz nimmt, Moskau vergessen? Das Moskauer Arbeiterblatt hat im Laufe des Jahres 1913 390 Arbeitergruppen zusammengeschlossen, vereinigt („Rabotschi“ Nr. 1, S. 19), während die jüdische Zeitung „Zait“ seit ihrer zweiten Nummer (29. Dezember 1912) bis zum 1. Juni 1914 296 Arbeitergruppen vereinigt hat (davon 190 bis 20. März 1914 und 106 vom 20. III. bis 1. VI. 1914). Also hat Moskau allein die subjektive Berufung der Liquidatoren auf die „Zait“ mit Überschuß „gedeckt“!

Wir fordern die georgischen und armenischen Genossen auf, Angaben über die kaukasischen Zeitungen der Liquidatoren zu sammeln. Wie viele Arbeitergruppen gibt es dort? Es sind allseitige objektive Angaben notwendig.

Bei der Berechnung der Gruppen sind Fehler möglich, jedoch nur einzelne. Wir fordern alle auf, zu prüfen und zu korrigieren.

Die Punkte 3 und 4 bedürfen keiner Erläuterungen. Wünschenswert ist eine Erhebung zur Sammlung *neuer* Angaben über die Provinz.

Punkt 5. In den 2985 Unterschriften zugunsten der Liquidatoren

sind 1086 von den Bundisten und 719 von den Kaukasiern enthalten. Wünschenswert ist eine Überprüfung dieser Zahlen durch die Genossen an Ort und Stelle.

Punkt 6. Die Kassierer beider Fraktionen veröffentlichen die Abrechnungen über sämtliche Beträge, die für verschiedene Zwecke bei der Fraktion eingehen. Das ist ein genauer, objektiver Maßstab für die Verbindungen mit den Arbeitern.

Punkt 7. Die Auflage der Zeitungen. Angaben, gesammelt und veröffentlicht von E. Vandervelde, aber verschwiegen von den Liquidatoren und den Liberalen („Kiewskaja Mysl“). „Subjektivismus“. Es ist wünschenswert, wenigstens für den Zeitraum eines Monats vollständigere Angaben zu sammeln.

Punkt 8 und 9. Eine der objektiven Illustrationen für die Lossage der Liquidatoren von der „Illegalität“, d. h. von der Partei. Das Ausland gab doch vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914 den Prawdisten 49,79 Rubel ( $\frac{1}{4}\%$ ), den Liquidatoren dagegen 1709,17 Rubel (14%). Sage nicht: „Ich kann nicht“, sondern sage: „Ich will nicht“!

Punkt 10 bis 14. Objektive Kennzeichen der Abhängigkeit der Liquidatoren und Volkstümmler von der Bourgeoisie, ihres bürgerlichen Charakters. *Subjektiv* sind die Liquidatoren und die Volkstümmler – „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“. *Objektiv* sind sie, sowohl dem Inhalt ihrer *Ideen* als auch der *Erfahrung* der Massenbewegung nach, bürgerliche Intellektuellengruppen, die eine Minderheit der Arbeiter von der Arbeiterpartei abspalten.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser besonders auf die Fabrikierung fiktiver Arbeiterkorrespondenzen durch die Liquidatoren. Das ist ein unerhörter, himmelschreiender Betrug! Mögen alle Marxisten ihn an Ort und Stelle entlarven und objektive Angaben sammeln (siehe „Trudowaja Prawda“ Nr. 12 vom 11. Juni 1914<sup>103</sup>).

Punkt 15. Besonders wichtige Angaben, die durch eine besondere Erhebung ergänzt und nachgeprüft werden sollten. Wir haben die Angaben des „Weggefährten des Arbeiters“, Verlag „Priboi“, St. Petersburg 1914<sup>104</sup> genommen. Zu den liquidatorischen Gewerkschaften haben wir die Büroangestellten, Zeichner und Pharmazeuten gezählt (bei der letzten Wahl des Vorstands der Buchdrucker vom 27. April 1914 wurden zu Vorstandsmitgliedern zur Hälfte, und zu Ersatzleuten für Vorstands-

mitglieder mehr als die Hälfte Prawdisten gewählt). Zu den Volkstümler-Gewerkschaften haben wir die Bäcker und die Futteralmacher gezählt. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt etwa 22 000.

In Moskau stehen von 13 Gewerkschaften 10 auf seiten der Prawdisten, 3 haben eine unbestimmte Richtung, stehen aber den Prawdisten näher. Auf seiten der Liquidatoren und der Volkstümler steht nicht eine.

Die Schlußfolgerungen aus den objektiven Angaben zeigen, daß wir nur im Prawdismus eine von der Bourgeoisie tatsächlich unabhängige, marxistische, proletarische Strömung vor uns haben, die *mehr* als  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter organisiert, vereinigt (81,1% der Arbeitergruppen im Jahre 1914, verglichen mit den Liquidatoren). Das Liquidatorentum und die Volkstümlerrichtung sind ohne Zweifel bürgerlich-demokratische und keine proletarischen Strömungen.

Die Erfahrungen der Massenbewegung in den Jahren 1912, 1913 und in der ersten Hälfte 1914 haben restlos und glänzend sowohl die programmatischen als auch die taktischen sowie die organisatorischen Ideen und Beschlüsse und die Linie der Prawdisten bestätigt. Aus der Gewißheit, daß wir auf dem richtigen Wege sind, müssen wir Energie für eine noch intensivere Arbeit schöpfen.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 25,  
26. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.



## WIE STARK DIE STRÖMUNG DER LINKEN VOLKSTÜMLER UNTER DEN ARBEITERN IST

Bekanntlich folgt in der ganzen Welt ein Teil der Arbeiter noch der einen oder anderen bürgerlichen Partei. In Rußland folgt in der Periode der bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen eine Minderheit der politisch interessierten Arbeiter noch der bürgerlichen Gruppe der liquidatorischen Literaten und der bürgerlich-demokratischen Strömung der Volkstümler.

Daß die ganze Volkstümlerrichtung, darunter auch die linken Volkstümler, die bürgerliche (bäuerliche) Demokratie Rußlands verkörpert, davon ist viele Male in ganz exakten, klaren und offiziellen *Beschlüssen* der Marxisten (1903, 1907, 1913) gesprochen worden.<sup>105</sup> Daß ein Teil der Arbeiter den linken Volkstümlern folgt, die die kühnen *bäuerlichen* (im Grunde genommen durchaus und absolut *bürgerlichen*) Forderungen als „Sozialismus“ bezeichnen, das ist in einem kapitalistischen Lande in der Periode der Verschärfung der gegen die Leibeigenschaft gerichteten Bewegung durchaus verständlich.

Wie groß ist der Teil der politisch interessierten Arbeiter, der den linken Volkstümlern folgt?

Kürzlich hat eins der prinzipienlosesten Intellektuellen-Zeitschriftchen, der „Sowremennik“, der (auf dem Boden verlogener Phrasen) die linken Volkstümler, Plechanow, Herrn Potressow und Co. „vereinigt“, erklärt, daß „ungefähr“  $\frac{1}{2}$  der Arbeiter den linken Volkstümlern folge.

Das ist eine ebenso freche und gewissenlose Lüge wie die üblichen Lügen der Liquidatoren.

Unseres Wissens gibt es nur drei Arten von objektiven Angaben über den Grad des Einflusses der linken Volkstümler unter den Arbeitern.

Erstens die Angaben über die Auflageziffern der Zeitungen. Zweitens die Angaben über die Zahl der Arbeitergruppen, die Beiträge geleistet haben. Drittens die Angaben über die Anzahl der Bevollmächtigten bei den Wahlen zur hauptstädtischen Versicherungseinrichtung.

Vergleichen wir diese Angaben, die sich von den gewissenlosen Lügen der Herren Martow, Himmer und Co. dadurch unterscheiden, daß *jeder* mann sie in legalen, öffentlichen Quellen von *verschiedenen* Parteien finden und nachprüfen kann.

	in Prozent					
	Prav- disten	Liqui- datoren	linke Volks- tümpler	Prav- disten	Liqui- datoren	linke Volks- tümpler
Wöchentliche Anzahl der Exemplare der Petersburger Zeitung	240 000	96 000	36 000	64,5	25,8	9,7
Anzahl der Geldbeiträge von Arbeitergruppen für das ganze Jahr 1913	2 181	661	264	70,2	21,3	8,5
Für das Jahr 1914 (bis 13. Mai)	2 873	671	524	70,6	16,6	12,8
Zahl der Bevollmäch- tigten bei den Wahlen zur hauptstädtischen Versicherungseinrichtung	37	7	4	77,1	14,6	8,3

Die für die bürgerlichen Gruppen (Liquidatoren und linke Volkstümpler) „günstigsten“ Angaben sind die Angaben über die Auflage der Zeitungen. Aber bei den Liquidatoren und den linken Volkstümplern sind es eben *nicht* Arbeiterzeitungen, sondern bürgerliche Zeitungen! Das beweisen die Angaben über die Sammlungen (vom 1. Januar bis 13. Mai 1914). Bei den Liquidatoren wurden Sammlungen von Nichtarbeitern in der Höhe von 56% aller Sammlungen ausgewiesen („Trudowaja Prawda“ Nr. 15).\* Bei den linken Volkstümplern beträgt die entsprechende Zahl 50%. Dabei haben die linken Volkstümpler, soweit bekannt ist, keine Abrechnungen ihrer Zeitung veröffentlicht, die offen-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 365–373. Die Red.

bar, wie es auch bei den Liquidatoren der Fall ist, von reichen Freunden aus der Bourgeoisie unterhalten wird.

Nur die Zeitung der Prawdisten ist eine Arbeiterzeitung. Sowohl die Zeitung der Liquidatoren als auch die der linken Volkstümpler sind bürgerliche Zeitungen. Diese objektive Tatsache kann durch keinerlei Lügen widerlegt werden.

Die Angaben über die Arbeitergruppen sind die genauesten und kommen den westeuropäischen Angaben über die Zahl der Parteimitglieder am nächsten.

Die linken Volkstümpler nehmen zahlenmäßig sehr schnell zu (Verdoppelung im Laufe eines Jahres) und erreichten 12,8%. Sie nehmen auf Kosten der Liquidatoren zu, denn bei diesen ist ein fast absoluter Stillstand in der Anzahl der Gruppen eingetreten (in der ersten Hälfte des Jahres 1914 sind bei allgemeinem gewaltigem Wachstum der Arbeiterbewegung nur 10 Gruppen hinzugekommen) und eine Verringerung des Anteils an Arbeitergruppen von 21,3% auf 16,6%.

Der Opportunismus der Herren Liquidatoren und ihre Lossage von der Partei stoßen die Arbeiter ab, zu einer anderen bürgerlichen Gruppe hin, einer (in Worten) „radikaleren“.

Die Prawdisten haben von 1913 bis 1914 um 692 Gruppen zugenommen, die Liquidatoren um 10, die linken Volkstümpler um 260. In Prozenten beträgt die Zunahme: Prawdisten 31,7%, Liquidatoren 1,5%, linke Volkstümpler 100% (kleine Zahlen wachsen stets schneller als große; wenn z. B. Plechanow 9 Arbeitergruppen hat und ihrer bis Wien<sup>106</sup> – und für Wien – 27 oder 45 werden, so ist das, in Prozenten ausgedrückt, eine Zunahme von 200% bzw. von 400%).

Die Angaben über die Wahlen zu den Versicherungseinrichtungen beziehen sich nur auf Petersburg. Es muß bemerkt werden, daß 1914 in St. Petersburg die linken Volkstümpler in der Anzahl der Geldbeiträge von Arbeitergruppen den Liquidatoren voraus waren.

Und zwar betrug die Anzahl der Geldbeiträge von Arbeitergruppen in St. Petersburg vom 1. Januar bis 13. Mai 1914 bei den Prawdisten 2024, bei den Liquidatoren 308, bei den linken Volkstümlern aber 391. In Prozenten ausgedrückt: Prawdisten 74,3%, Liquidatoren 11,4%, linke Volkstümpler 14,3%.

Als echte Opportunisten gingen unsere Liquidatoren infolge dieser

Erstarkung der linken Volkstümmler nicht zu einem verstärkten prinzipiellen Kampf für den Marxismus, sondern zu einem Block (Bündnis) mit den linken Volkstümmlern gegen die Marxisten (Prawdisten) über!!

Dabei predigen die linken Volkstümmler im „Sowremennik“ offen ein solches Bündnis im Namen aller ihrer Führer. Die Liquidatoren aber *wagen es nicht*, den Arbeitern offen und klar zu sagen, worum es sich handelt, und verstecken sich. Echte Kadetten.

Kürzlich erschien z. B. in der Zeitung der linken Volkstümmler („Shiwaja Mysl Truda“ [Der lebendige Gedanke der Arbeit] Nr. 3 vom 15. Juni 1914) der Artikel „Zu den Wahlen der Bevollmächtigten für die Krankenkasse des Betriebes ‚Aiwas‘“. In diesem Artikel lesen wir: „... den Arbeitern des Betriebes ‚Aiwas‘ werden notwendigerweise zwei Listen zur Entscheidung vorgelegt werden: *eine gemeinsame der Menschewiki und der linken Volkstümmler*...; die andere Liste ist die der Prawdisten...“ (hervorgehoben von uns).

Das Bündnis mit den Liquidatoren legen die linken Volkstümmler in demselben Artikel direkt als ein Prinzip der Zusammenarbeit aller „sozialistischen“ Richtungen aus, d. h., den Liquidatoren wird direkt die Preisgabe nicht nur der Resolution vom Jahre 1907 über den bürgerlichen Charakter der Richtung der linken Volkstümmler, sondern auch der Resolution von 1903, die von Axelrod vorgeschlagen wurde, zugeschrieben.

Für die Marxisten ist die Erstarkung der linken Volkstümmler eins der Merkmale oder einer der Vorboten des Aufschwungs in der Bauernschaft, der naturgemäß nichtklassenbewußten Proletariern und kleinbürgerlichen Intellektuellen „zu Kopf steigen“ kann. Uns, die Marxisten, wird dieser Umstand lediglich veranlassen, die Propaganda des Marxismus im Gegensatz zu der kleinbürgerlichen Volkstümmlerideologie energischer zu betreiben.

Genossen! Arbeiter! Glaubt weniger Versicherungen und Märchen! Studiert aufmerksamer die *objektiven* Angaben sowohl über eure eigene, proletarische Bewegung als auch darüber, wie die bürgerlichen Ideen und die bürgerliche Praxis der Liquidatoren und der linken Volkstümmler eine Minderheit der Arbeiter beeinflussen.

„Trudowaja Prawda“ Nr. 27,  
28. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

ÜBER DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT  
DER NATIONEN

*Geschrieben Februar–März 1914.*

*Veröffentlicht April–Juni 1914  
in der Zeitschrift*

*„Prosweschtschenije“ Nr. 4, 5 und 6.*

*Unterschrift: W. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*



Paragraph neun des Programms der Marxisten Rußlands, der vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen handelt, hat in der letzten Zeit (wie wir im „Prosweschtschenije“ bereits aufgezeigt haben)\* einen wahren Feldzug der Opportunisten hervorgerufen. Sowohl der russische Liquidator Semkowski in der Petersburger Liquidatorenzeitung als auch der Bundist Libman und der ukrainische Nationalsoziale Jurkewitsch sind in ihren Organen über diesen Paragraphen hergefallen und haben ihn mit der Miene größter Geringschätzung behandelt. Zweifellos steht dieser „Feldzug der zwölf Völkerschaften“ des Opportunismus gegen unser marxistisches Programm in engem Zusammenhang mit den gegenwärtigen nationalistischen Schwankungen überhaupt. Daher scheint uns eine gründliche Untersuchung der angeschnittenen Frage zeitgemäß. Es sei nur bemerkt, daß keiner der genannten Opportunisten auch nur ein einziges selbständiges Argument vorgebracht hat: alle wiederholen sie nur, was Rosa Luxemburg in ihrem langen polnischen Artikel vom Jahre 1908/1909 „Nationale Frage und Autonomie“ gesagt hat. Mit den „originellen“ Argumenten dieser Verfasserin werden wir uns denn auch in unseren Darlegungen am häufigsten auseinandersetzen.

#### 1. WAS IST SELBSTBESTIMMUNG DER NATIONEN?

Es ist natürlich, daß diese Frage in erster Linie gestellt werden muß, wenn der Versuch gemacht wird, die sogenannte Selbstbestimmung

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 1-37. *Die Red.*

marxistisch zu untersuchen. Was ist darunter zu verstehen? Ist die Antwort in juristischen Definitionen (Begriffsbestimmungen) zu suchen, die von allen möglichen „allgemeinen Rechtsbegriffen“ abgeleitet werden? Oder muß die Antwort im historisch-ökonomischen Studium der nationalen Bewegungen gesucht werden?

Es ist nicht verwunderlich, daß es den Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch nicht einmal in den Sinn gekommen ist, diese Frage zu stellen, suchen sie sich doch mit einfältigem Gekicher über die „Unklarheit“ des marxistischen Programms aus der Affäre zu ziehen und wissen in ihrer Einfalt offensichtlich nicht einmal, daß von der Selbstbestimmung der Nationen nicht nur das russische Programm von 1903, sondern auch die Resolution des Londoner Internationalen Kongresses vom Jahre 1896 spricht (ausführlicher darüber an entsprechender Stelle). Weit verwunderlicher ist es, daß Rosa Luxemburg, die viel darüber deklamiert, daß der betreffende Paragraph abstrakt und metaphysisch sei, sich selbst gerade dieser Sünde schuldig macht und ins Abstrakte und Metaphysische ableitet. Gerade Rosa Luxemburg verliert sich ständig in allgemeinen Betrachtungen über die Selbstbestimmung (selbst bis zu höchst ergötzlichem Spintisieren darüber, wie man wohl den Willen der Nation in Erfahrung bringen könne), ohne irgendwo klar und präzise die Frage zu stellen, worauf es ankommt, auf juristische Definitionen oder auf die Erfahrungen aus den nationalen Bewegungen der ganzen Welt.

Diese für den Marxisten unumgängliche Frage exakt stellen würde bedeuten, mit einem Schlage neun Zehntel der Argumente Rosa Luxemburgs zunichte machen. Nationale Bewegungen entstehen nicht zum erstenmal in Rußland und sind nicht ihm allein eigen. In der ganzen Welt war die Epoche des endgültigen Sieges des Kapitalismus über den Feudalismus mit nationalen Bewegungen verbunden. Die ökonomische Grundlage dieser Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache und ihre Entfaltung in der Literatur. Die Sprache ist das wichtigste Mittel des Verkehrs der Menschen untereinander; die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich



freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen, schließlich eine Voraussetzung für die enge Verbindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer.

Die Bildung von *Nationalstaaten*, die diesen Erfordernissen des modernen Kapitalismus am besten entsprechen, ist daher die Tendenz (das Bestreben) jeder nationalen Bewegung. Die grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren drängen dazu, und in ganz Westeuropa – mehr als das: in der ganzen zivilisierten Welt – ist deshalb der Nationalstaat für die kapitalistische Periode das *Typische*, das Normale.

Wenn wir also die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen begreifen wollen, ohne in ein Spiel mit juristischen Definitionen zu verfallen, ohne abstrakte Begriffsbestimmungen „auszuhecken“, vielmehr indem wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen der nationalen Bewegungen untersuchen, so kommen wir unvermeidlich zu dem Schluß: Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Los-trennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaats zu verstehen.

Weiter unten werden wir noch andere Gründe kennenlernen, warum es falsch wäre, unter Selbstbestimmungsrecht etwas anderes zu verstehen als das Recht auf gesonderte staatliche Existenz. Jetzt müssen wir dabei verweilen, wie Rosa Luxemburg sich über den unumgänglichen Schluß „hinwegzusetzen“ suchte, daß das Streben nach dem Nationalstaat tiefe ökonomische Ursachen hat.

Rosa Luxemburg kennt sehr wohl Kautskys Broschüre „Nationalität und Internationalität“ (Beilage zur „Neuen Zeit“<sup>107</sup> Nr. 1, 1907/1908; russische Übersetzung in der Zeitschrift „Nautschnaja Mysl“ [Wissenschaftlicher Gedanke], Riga 1908). Sie weiß, daß Kautsky, nachdem er in Abschnitt 4 dieser Broschüre die Frage des Nationalstaats gründlich untersucht hat, zu dem Schluß kommt, daß Otto Bauer „die Kraft des Dranges nach Herstellung des Nationalstaats unterschätzt“ (S. 23 der zitierten Broschüre). Rosa Luxemburg selbst zitiert Kautskys Worte: „Der Nationalstaat ist die den modernen“ (d. h. kapitalistischen, zivilisierten, ökonomisch fortschrittlichen, im Unterschied zu den mittelalterlichen, vorkapitalistischen usw.) „Verhältnissen *entsprechendste* Form des

Staates, jene, in der er seine Aufgaben am leichtesten erfüllen kann“ (d. h. die Aufgaben der freiesten, umfassendsten und schnellsten Entwicklung des Kapitalismus). Dem muß die noch präzisere schlußfolgernde Bemerkung Kautskys hinzugefügt werden, die Staaten mit bunter nationaler Zusammensetzung (die sogenannten Nationalitätenstaaten, im Unterschied zu den Nationalstaaten) seien „alles Staaten, deren innere Gestaltung aus irgendwelchen Gründen rückständig oder abnorm blieb“. Selbstverständlich spricht Kautsky von Abnormalität ausschließlich im Sinne der Nichtübereinstimmung mit dem, was den Erfordernissen des sich entwickelnden Kapitalismus am besten angepaßt ist.

Es fragt sich nun, wie stellte sich Rosa Luxemburg zu diesen historisch-ökonomischen Schlußfolgerungen Kautskys: Sind sie richtig oder falsch? Hat Kautsky mit seiner historisch-ökonomischen Theorie oder hat Bauer recht, dessen Theorie ihrem Wesen nach eine psychologische ist? Worin besteht der Zusammenhang des unzweifelhaften „nationalen Opportunismus“ Bauers, seines Eintretens für die national-kulturelle Autonomie, seiner nationalistischen Neigungen („die zeitweise zu einer Verstärkung des nationalen Momentes führen“, wie sich Kautsky ausdrückt), seiner „gewaltigen Überschätzung des nationalen“ und „völligen Vernachlässigung des internationalen Momentes“ (Kautsky) mit seiner Unterschätzung der Stärke des Dranges nach Schaffung eines Nationalstaats?

Rosa Luxemburg hat diese Frage nicht einmal gestellt. Sie hat diesen Zusammenhang nicht bemerkt. Sie hat sich in das *Ganze* der theoretischen Anschauungen Bauers nicht hineingedacht. Sie hat sogar nicht einmal die historisch-ökonomische und die psychologische Theorie in der nationalen Frage einander gegenübergestellt. Sie hat sich auf folgende Bemerkungen gegen Kautsky beschränkt:

„Dieser ‚beste‘ Nationalstaat ist nur eine Abstraktion, die sich leicht theoretisch entwickeln und theoretisch verfechten läßt, die aber der Wirklichkeit nicht entspricht“ („Przegląd Socjaldemokratyczny“, 1908, Nr. 6, S. 499).

Und zur Bekräftigung dieser entschiedenen Erklärung folgen Betrachtungen darüber, daß die Entwicklung der kapitalistischen Großmächte und der Imperialismus das „Selbstbestimmungsrecht“ für die kleinen Völker illusorisch machen. „Kann man denn“, ruft Rosa Luxemburg aus, „im Ernst von einer ‚Selbstbestimmung‘ der formell unabhängigen Montenegro, Bulgaren, Rumänen, Serben, Griechen, teilweise sogar der

Schweizer sprechen, deren Unabhängigkeit selbst ein Produkt des politischen Kampfes und des diplomatischen Spiels des ‚europäischen Konzerts‘ ist?“! (S. 500.) Am besten entspräche den Verhältnissen „nicht der Nationalstaat, wie Kautsky meint, sondern der Raubstaat“. Es folgen einige Dutzend Zahlen über die Größe der Kolonien, die England, Frankreich usw. gehören.

Liest man derartige Betrachtungen, so wundert man sich unwillkürlich über das Talent der Verfasserin, nicht zu verstehen, *was zueinander gehört!* Mit wichtiger Miene Kautsky darüber zu belehren, daß die kleinen Staaten von den großen ökonomisch abhängig sind, daß zwischen den bürgerlichen Staaten ein Kampf um die räuberische Niederwerfung anderer Nationen tobt, daß es Imperialismus und Kolonien gibt – das ist ein lächerliches, kindisches Klugtun, denn mit der Sache selbst hat all das nicht das geringste zu tun. Nicht nur die kleinen Staaten, sondern beispielsweise auch Rußland sind ökonomisch völlig von der Macht des imperialistischen Finanzkapitals der „reichen“ bürgerlichen Länder abhängig. Nicht nur die Miniaturstaaten des Balkans, sondern auch Amerika war im 19. Jahrhundert, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas, wie schon Marx im „Kapital“ aufgezeigt hat.<sup>108</sup> All das weiß Kautsky wie jeder Marxist natürlich ausgezeichnet, aber mit der Frage der nationalen Bewegungen und des Nationalstaats hat das entschieden gar nichts zu schaffen.

Rosa Luxemburg setzte an Stelle der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit, die Frage ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das ist ebenso gescheit, wie wenn jemand, der die Programmforderung nach der Oberhoheit des Parlaments, d. h. der Versammlung der Volksvertreter, im bürgerlichen Staat erörtert, anfänge, seine vollkommen richtige Überzeugung darzulegen, daß bei jeder beliebigen Staatsordnung eines bürgerlichen Landes das Großkapital die Oberhoheit innehaben werde.

Zweifellos befindet sich der größte Teil Asiens, des bevölkersten Erdteils, entweder in der Lage von Kolonien der „Großmächte“ oder von Staaten, die bis zum äußersten abhängig und national unterdrückt sind. Wird denn aber durch diesen allgemein bekannten Umstand auch nur im geringsten die unbestreitbare Tatsache erschüttert, daß in dem gleichen

Asien die Voraussetzungen für die vollste Entfaltung der Warenproduktion, für das freieste, umfassendste und schnellste Wachstum des Kapitalismus nur in Japan, d. h. nur in einem selbständigen Nationalstaat, geschaffen worden sind? Dieser Staat ist ein bürgerlicher Staat, und daher begann er selbst, andere Nationen zu unterdrücken und Kolonien zu versklaven; wir wissen nicht, ob es Asien gelingen wird, bis zum Zusammenbruch des Kapitalismus ein System selbständiger Nationalstaaten herauszubilden, wie es Europa aufweist. Aber es bleibt unbestreitbar, daß der Kapitalismus, der Asien zum Erwachen gebracht hat, auch dort überall nationale Bewegungen ins Leben gerufen hat, daß es die Tendenz dieser Bewegungen ist, Nationalstaaten in Asien zu schaffen, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus gerade durch solche Staaten gewährleistet werden. Das Beispiel Asiens spricht für Kautsky, gegen Rosa Luxemburg.

Das Beispiel der Balkanstaaten spricht ebenfalls gegen sie, denn jeder sieht heute, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Balkan gerade in dem Maße geschaffen werden, wie auf dieser Halbinsel selbständige Nationalstaaten entstehen.

Sowohl das Beispiel der gesamten fortgeschrittenen zivilisierten Menschheit als auch das Beispiel des Balkans und das Beispiel Asiens beweisen folglich, entgegen Rosa Luxemburg, die unbedingte Richtigkeit der These Kautskys: Der Nationalstaat ist im Kapitalismus die Regel und die „Norm“; der Staat von bunter nationaler Zusammensetzung ist etwas Rückständiges oder eine Ausnahme. Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet zweifellos der Nationalstaat die günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein solcher Staat auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse die Ausbeutung und Unterdrückung von Nationen ausschließen könnte. Das bedeutet nur, daß die Marxisten die mächtigen ökonomischen Faktoren nicht außer acht lassen können, die den Drang zur Schaffung von Nationalstaaten erzeugen. Das bedeutet, daß die „Selbstbestimmung der Nationen“ im marxistischen Programm vom historisch-ökonomischen Gesichtspunkt aus keine andere Bedeutung haben kann als politische Selbstbestimmung, staatliche Selbständigkeit, Bildung eines Nationalstaats.

An welche Bedingungen vom marxistischen, d. h. vom proletarischen

Klassenstandpunkt aus die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Forderung nach dem „Nationalstaat“ geknüpft werden muß, davon wird weiter unten ausführlich die Rede sein. Hier beschränken wir uns auf die Definition des Begriffs „Selbstbestimmung“ und müssen nur noch vermerken, daß Rosa Luxemburg den Inhalt dieses Begriffs („Nationalstaat“) *kennt*, während ihre opportunistischen Parteigänger, die Libman, Semkowski, Jurkewitsch, *selbst das nicht einmal wissen!*

## 2. DIE HISTORISCHE KONKRETE FRAGESTELLUNG

Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen *bestimmten* historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um ein Land handelt (zum Beispiel um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb ein und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.

Was bedeutet diese unbedingte Forderung des Marxismus in Anwendung auf unsere Frage?

Vor allem bedeutet sie die Notwendigkeit, zwei unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bewegungen grundverschiedene Epochen des Kapitalismus streng zu unterscheiden. Zunächst ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus, die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum erstenmal zu Massenbewegungen werden und so oder anders *alle* Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Dann aber haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie – einer Epoche, die man als den Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann.

Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft als die zahlreichste und am schwersten in

Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in diese nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt.

Gewiß ist die eine Epoche von der anderen nicht durch eine Mauer getrennt, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenglieder miteinander verbunden, wobei die einzelnen Länder sich noch in dem Tempo der nationalen Entwicklung, in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Verteilung usw. usf. unterscheiden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Marxisten eines bestimmten Landes an die Aufstellung ihres nationalen Programms schreiten, ohne alle diese allgemeinen historischen und konkreten staatlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Und hier eben stoßen wir auf die schwächste Stelle in den Betrachtungen Rosa Luxemburgs. Mit ungewöhnlichem Eifer schmückt sie ihren Aufsatz mit einer Auslese von „Kraft“ wörtchen gegen den Paragraphen 9 unseres Programms, den sie für eine „vage Redensart“, eine „Schablone“, eine „metaphysische Phrase“ erklärt und so endlos weiter. Nun wäre natürlich zu erwarten, daß eine Schriftstellerin, die die Metaphysik (im Marxschen Sinne, d. h. die Antidialektik) und leere Abstraktionen so trefflich zu verurteilen weiß, uns ein Vorbild konkret historischer Behandlung der Frage geben werde. Es handelt sich um das nationale Programm der Marxisten eines bestimmten Landes, Rußlands, und einer bestimmten Epoche, des Anfangs des 20. Jahrhunderts. Vermutlich stellt Rosa Luxemburg auch die Frage, *welche historische Epoche Rußland durchmacht, welches die konkreten Besonderheiten der nationalen Frage und der nationalen Bewegungen des gegebenen Landes in der gegebenen Epoche sind?*

*Kein Sterbenswörtchen läßt Rosa Luxemburg darüber verlauten! Keine Spur einer Analyse, wie die nationale Frage in Rußland in der gegebenen historischen Epoche gestellt ist und welche Besonderheiten Rußland in dieser Beziehung aufzuweisen hat, ist bei ihr zu finden!*

Uns wird gesagt, daß sich die nationale Frage auf dem Balkan anders darstelle als in Irland, daß Marx die polnische und die tschechische nationale Bewegung unter den konkreten Bedingungen des Jahres 1848 so und so beurteilt habe (eine Seite Auszüge aus Marx), daß Engels den Kampf der Schweizer Waldkantone gegen Österreich und die Schlacht am Morgarten, die im Jahre 1315 stattgefunden hat, so und so beurteilt habe (eine Seite Zitate aus Engels mit entsprechendem Kommentar von Kautsky), daß Lassalle den deutschen Bauernkrieg im 16. Jahrhundert als reaktionär betrachtet habe usw.

Man kann nicht sagen, daß diese Bemerkungen und Zitate durch Neuheit glänzten, jedenfalls aber ist es für den Leser interessant, sich wieder und wieder in Erinnerung zu rufen, wie gerade Marx, Engels und Lassalle an die Untersuchung konkreter historischer Fragen einzelner Länder herangegangen sind. Liest man nun nochmals die lehrreichen Zitate aus Marx und Engels, so sieht man besonders anschaulich, in welcher lächerlichen Lage sich Rosa Luxemburg gebracht hat. Sie predigt beredt und zornig die Notwendigkeit einer konkreten historischen Analyse der nationalen Frage, wie sie sich in verschiedenen Ländern zu verschiedener Zeit darstellt, und – macht selbst nicht den geringsten Versuch, zu bestimmen, welches historische Entwicklungsstadium des Kapitalismus Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts durchmacht, welches die Besonderheiten der nationalen Frage in diesem Lande sind. Rosa Luxemburg bringt Beispiele, wie andere die Frage marxistisch untersucht haben, als wollte sie damit absichtlich hervorheben, wie häufig der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist und hinter gutgemeinten Ratschlägen sich nur der mangelnde Wille oder das Unvermögen verbergen, sie in der Tat zu befolgen.

Nehmen wir einen der lehrreichen Vergleiche. Rosa Luxemburg wendet sich gegen die Losung der Unabhängigkeit Polens und beruft sich dabei auf ihre Arbeit vom Jahre 1898, in der die schnelle „industrielle Entwicklung Polens“ durch den Absatz seiner Industrieprodukte in Rußland nachgewiesen ist. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß sich daraus noch nicht das Geringste hinsichtlich der Frage des Rechts auf Selbstbestimmung ergibt, daß damit nur das Verschwinden des alten Polens der Schlachta bewiesen ist usw. Rosa Luxemburg geht jedoch ständig unmerklich zu der Schlußfolgerung über, unter den Faktoren, die Rußland und Polen

verbinden, würden schon jetzt die rein ökonomischen Faktoren der modernen kapitalistischen Beziehungen überwiegen.

Nun aber wendet sich unsere Rosa der Frage der Autonomie zu und beginnt – obgleich ihr Aufsatz „Nationale Frage und Autonomie“ *schlechtthin* überschrieben ist – das *ausschließliche* Recht des Königreichs Polen auf Autonomie darzulegen (vgl. „Proswechtschenije“, 1913, Nr. 12).<sup>\*</sup> Um Polens Recht auf Autonomie zu erhärten, charakterisiert Rosa Luxemburg die Staatsordnung Rußlands offensichtlich sowohl nach ökonomischen als auch politischen, nach kulturgeschichtlichen wie soziologischen Merkmalen durch die Gesamtheit der Züge, die in ihrer Summe den Begriff des „asiatischen Despotismus“ ergeben („Przegład“ Nr. 12, S. 137).

Es ist allbekannt, daß eine derartige Staatsordnung sehr große Festigkeit in den Fällen besitzt, wo in der Ökonomik des gegebenen Landes völlig patriarchalische, vorkapitalistische Züge überwiegen und die Warenwirtschaft und die Klassendifferenzierung nur ganz geringfügig entwickelt sind. Ist nun in einem solchen Lande, dessen Staatsordnung sich durch einen ausgeprägt vorkapitalistischen Charakter auszeichnet, ein national abgegrenztes Gebiet vorhanden, in dem sich der Kapitalismus *rasch* entwickelt, so wird, je rascher diese kapitalistische Entwicklung vor sich geht, der Widerspruch zwischen ihr und der vorkapitalistischen Staatsordnung um so schärfer, die Lostrennung des fortgeschrittenen Gebiets von dem Ganzen um so wahrscheinlicher – ist doch das Gebiet mit dem Ganzen nicht durch „modern-kapitalistische“, sondern durch „asiatisch-despotische“ Bande verknüpft.

Rosa Luxemburg ist also sogar mit der Frage nach der sozialen Struktur der Staatsmacht in Rußland in ihrem Verhältnis zum bürgerlichen Polen durchaus nicht zu Rande gekommen, die Frage nach den konkreten historischen Besonderheiten der nationalen Bewegungen in Rußland aber hat sie nicht einmal gestellt.

Auf diese Frage müssen wir nun eingehen.

---

<sup>\*</sup> Siehe den vorliegenden Band, S. 30–37. *Die Red.*



### 3. DIE KONKRETEN BESONDERHEITEN DER NATIONALEN FRAGE IN RUSSLAND UND SEINE BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE UMGESTALTUNG

„Trotz der Dehnbarkeit des Prinzips vom ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘, das der reinste Gemeinplatz ist und offenbar nicht nur auf die Völker Rußlands, sondern auch auf die in Deutschland und Österreich, in der Schweiz und in Schweden, in Amerika und in Australien lebenden Nationen in gleicher Weise angewendet werden kann, finden wir es in keinem einzigen Programm der modernen sozialistischen Parteien.“ („Przegląd“ Nr. 6, S. 483.)

So schreibt Rosa Luxemburg zu Beginn ihres Feldzugs gegen den Paragraphen 9 des marxistischen Programms. Während sie uns unterstellt, wir faßten diesen Programmpunkt als „reinsten Gemeinplatz“ auf, macht sich Rosa Luxemburg selbst gerade dieser Sünde schuldig, wenn sie mit ergötzlicher Dreistigkeit erklärt, dieser Punkt könne „offenbar in gleicher Weise“ auf Rußland, Deutschland usw. „angewendet werden“.

Offenbar, erwidern wir, wollte Rosa Luxemburg in ihrem Artikel eine Sammlung logischer Fehler liefern, die sich für Lehrübungen von Gymnasiasten eignen. Denn die Tirade Rosa Luxemburgs ist von A bis Z Unsinn und ein Hohn auf eine historisch konkrete Fragestellung.

Wenn man das marxistische Programm nicht auf kindische, sondern auf marxistische Weise auslegt, so ist es wahrhaftig nicht schwer dahinterzukommen, daß es sich auf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Ist dem aber so – und es ist unzweifelhaft so –, dann ergibt sich daraus „offenbar“, daß sich dieses Programm „vage“, als „Gemeinplatz“ usw. auf *alle* Fälle von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Nicht weniger offenbar wäre auch für Rosa Luxemburg bei dem geringsten Nachdenken der Schluß, daß sich unser Programm *nur* auf die Fälle bezieht, wo eine derartige Bewegung gegeben ist.

Hätte Rosa Luxemburg über diese naheliegenden Erwägungen nachgedacht, so hätte sie ohne besondere Mühe erkannt, welchen Unsinn sie gesagt hat. Während sie *uns* vorwirft, einen „Gemeinplatz“ vorzutragen, führt sie *gegen uns* das Argument ins Feld, daß im Programm der Länder,

in denen es *keine* bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen gibt, von der Selbstbestimmung der Nationen nicht die Rede sei. Ein außerordentlich gescheites Argument!

Der Vergleich der politischen und ökonomischen Entwicklung verschiedener Länder wie auch ihrer marxistischen Programme ist vom Standpunkt des Marxismus aus von ungeheurer Bedeutung, denn sowohl die gemeinsame kapitalistische Natur der modernen Staaten als auch ihr gemeinsames Entwicklungsgesetz stehen außer Zweifel. An einen derartigen Vergleich muß man aber mit Verstand herangehen. Die elementare Voraussetzung ist dabei die Klärung der Frage, ob die historischen Entwicklungsperioden der zu vergleichenden Länder miteinander *vergleichbar* sind. Das Agrarprogramm der Marxisten Rußlands können zum Beispiel nur ausgemachte Ignoranten (wie der Fürst J. Trubezkoi in der „Russkaja Mysl“) mit den westeuropäischen Programmen „vergleichen“, denn unser Programm beantwortet die Frage nach der *bürgerlich-demokratischen* Umgestaltung der Agrarverhältnisse, von der in den westlichen Ländern keine Rede mehr ist.

Dasselbe gilt für die nationale Frage. In den meisten westlichen Ländern ist sie schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen. Rosa Luxemburg hat hier gerade die Hauptsache außer acht gelassen: den Unterschied zwischen Ländern mit seit langem abgeschlossenen und solchen mit nicht abgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen.

In diesem Unterschied liegt der Angelpunkt der ganzen Frage. Die völlige Ignorierung dieses Unterschieds macht denn auch den überaus langen Artikel Rosa Luxemburgs zu einem Haufen leerer, inhaltsloser Gemeinplätze.

In Westeuropa, auf dem Festland, umfaßt die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen einen ziemlich bestimmten Zeitraum, etwa von 1789 bis 1871. Gerade diese Epoche war die Epoche der nationalen Bewegungen und der Herausbildung von Nationalstaaten. Nach Abschluß dieser Epoche war Westeuropa bereits zu einem System von bürgerlichen Staaten geworden, und zwar in der Regel von national einheitlichen Staaten. Heute in den Programmen der westeuropäischen Sozialisten das Selbstbestimmungsrecht suchen heißt daher das A b c des Marxismus nicht begreifen.

In Osteuropa und in Asien hat die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen erst im Jahre 1905 begonnen. Die Revolutionen in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan – das ist die Kette von Weltereignissen *unserer* Epoche in unserem „Osten“. Und in dieser Kette von Ereignissen kann nur ein Blinder das Erwachen *einer ganzen Reihe* von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen, von Bestrebungen zur Schaffung national unabhängiger und national einheitlicher Staaten nicht wahrnehmen. Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Aber setzen wir das oben angeführte Zitat aus dem Artikel von Rosa Luxemburg noch etwas fort:

„Insbesondere im Programm einer Partei“, schreibt sie, „die in einem Staat von sehr bunter nationaler Zusammensetzung wirkt und für die die nationale Frage eine erstrangige Rolle spielt – im Programm der österreichischen Sozialdemokratie, ist das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht enthalten“ (ebenda).

Man will also den Leser „insbesondere“ durch das Beispiel Österreichs überzeugen. Sehen wir uns vom konkret historischen Gesichtspunkt aus einmal an, ob an diesem Beispiel viel Gescheites dran ist.

Erstens, stellen wir die Grundfrage, ob die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet ist. In Österreich begann sie 1848 und endete 1867. Seitdem, fast ein halbes Jahrhundert, herrscht dort eine im großen und ganzen feststehende bürgerliche Verfassung, auf deren Boden die legale Arbeiterpartei legal tätig ist.

Daher gibt es unter den inneren Entwicklungsbedingungen Österreichs (d. h. vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Kapitalismus in Österreich im allgemeinen und unter seinen verschiedenen Nationen im besonderen) *keine* Faktoren, die Sprünge verursachen, deren eine Begleiterscheinung die Entstehung national selbständiger Staaten sein könnte. Wenn Rosa Luxemburg bei ihrem Vergleich voraussetzt, daß Rußland sich in diesem Punkt in analogen Verhältnissen befindet, gestattet sie sich nicht nur eine grundfalsche, antihistorische Annahme, sondern gleitet unwillkürlich auch zum Liquidatorentum ab.

Zweitens, von besonders großer Bedeutung ist das völlig unterschied-

liche Verhältnis in der uns beschäftigenden Frage zwischen den Nationalitäten in Österreich und in Rußland. Österreich war nicht nur lange Zeit ein Staat, in dem die Deutschen die Vorherrschaft hatten, sondern die österreichischen Deutschen erhoben auch Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der deutschen Nation überhaupt. Diese „Prätention“ wurde, wie sich Rosa Luxemburg (die ja angeblich Gemeinplätze, Schablonen, Abstraktionen so gar nicht liebt . . .) vielleicht gütigst erinnern wird, durch den Krieg von 1866 zunichte gemacht. Die in Österreich herrschende Nation, die deutsche, sah sich *außerhalb* des selbständigen deutschen Staates, der im Jahre 1871 endgültig geschaffen wurde. Andererseits brach der Versuch der Ungarn, einen selbständigen Nationalstaat zu errichten, schon im Jahre 1849 unter den Schlägen des aus Leibeigenen bestehenden russischen Heeres zusammen.

So ergab sich eine ganz spezifische Lage: Die Ungarn und dann auch die Tschechen neigen nicht etwa zur Lostrennung von Österreich, sondern vielmehr zur Erhaltung der Integrität Österreichs, und zwar gerade um der nationalen Unabhängigkeit willen, die von den raubgierigeren und stärkeren Nachbarn ganz vernichtet werden könnte! Österreich wurde infolge dieser spezifischen Lage zu einem Staat mit zwei Zentren (dualistisch) und verwandelt sich jetzt in einen Staat mit drei Zentren (trilateralistisch: Deutsche, Ungarn, Slawen).

Gibt es etwas Ähnliches in Rußland? Gibt es bei uns einen Hang der „Fremdstämmigen“ zur Vereinigung mit den Großrussen, weil sie sonst Gefahr liefen, in eine noch *schlimmere* nationale Unterdrückung zu geraten?

Es genügt, diese Frage zu stellen, um zu erkennen, wie unsinnig, schablonenhaft und ignorantenhaft ein Vergleich Rußlands mit Österreich in der Frage der Selbstbestimmung der Nationen ist.

Die spezifischen Verhältnisse Rußlands hinsichtlich der nationalen Frage sind gerade das Gegenteil von dem, was wir in Österreich gesehen haben. Rußland ist ein Staat mit *einem* nationalen Zentrum: dem großrussischen. Die Großrussen bewohnen ein riesiges zusammenhängendes Territorium, und ihre Zahl erreicht ungefähr 70 Millionen. Die Besonderheit dieses nationalen Staates ist: 1. daß die „Fremdstämmigen“ (die in ihrer Gesamtheit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen: 57%) gerade in den Randgebieten leben; 2. daß die Unterdrückung dieser Fremd-

stämmigen bei weitem stärker ist als in den Nachbarstaaten (und dabei nicht nur in den europäischen); 3. daß in einer ganzen Reihe von Fällen die in den Randgebieten lebenden unterdrückten Nationalitäten jenseits der Grenze ihre Stammesbrüder haben, die eine größere nationale Unabhängigkeit genießen (es genügt, allein an die West- und Südgrenzen des Landes zu erinnern: an die Finnen, Schweden, Polen, Ukrainer, Rumänen); 4. daß die Entwicklung des Kapitalismus und das allgemeine Kultur-niveau in den „fremdstämmigen“ Randgebieten häufig höher ist als im Zentrum des Landes. Schließlich sehen wir, daß gerade in den asiatischen Nachbarstaaten die Periode der bürgerlichen Revolutionen und nationalen Bewegungen begonnen hat, die teilweise auf die stammverwandten Nationalitäten in den Grenzen Rußlands übergreifen.

Somit sind es gerade die historischen konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der gegenwärtigen Epoche zu einem besonders dringenden Erfordernis machen.

Übrigens ist die Behauptung Rosa Luxemburgs, daß im Programm der österreichischen Sozialdemokraten nichts von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen enthalten sei, selbst von der rein faktischen Seite her unrichtig. Wir brauchen nur das Protokoll des Brünner Parteitags aufzuschlagen, der das nationale Programm angenommen hat, und wir finden die im Namen der gesamten ukrainischen (ruthenischen) Delegation abgegebene Erklärung des ruthenischen Sozialdemokraten Hankiewicz (S. 85 des Protokolls) und die im Namen der gesamten polnischen Delegation abgegebene Erklärung des polnischen Sozialdemokraten Reger (S. 108), daß die österreichischen Sozialdemokraten der beiden genannten Nationen in ihre Bestrebungen auch das Streben nach nationaler Vereinigung, Freiheit und Selbständigkeit ihrer Völker einschließen. Folglich hat die österreichische Sozialdemokratie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zwar nicht direkt als Programmpunkt aufgestellt, findet sich aber gleichzeitig völlig damit ab, daß Teile der Partei die Forderung nach nationaler Selbständigkeit erheben. Faktisch bedeutet das natürlich eben die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen! Das Beispiel Österreichs, auf das sich Rosa Luxemburg beruft, spricht also in jeder Beziehung gegen Rosa Luxemburg.

#### 4. DER „PRAKTIZISMUS“ IN DER NATIONALEN FRAGE

Mit besonderem Eifer haben die Opportunisten das Argument Rosa Luxemburgs aufgegriffen, daß der Paragraph 9 unseres Programms nichts „Praktisches“ enthalte. Rosa Luxemburg selbst ist von diesem Argument so entzückt, daß wir in ihrem Artikel mitunter auf Seiten stoßen, wo diese „Losung“ an die achtmal wiederholt ist.

Sie schreibt: Der Paragraph 9 „gibt keinerlei praktischen Hinweis für die Tagespolitik des Proletariats, keinerlei praktische Lösung der nationalen Probleme“.

Untersuchen wir dieses Argument, das auch so formuliert wird, daß der Paragraph 9 entweder überhaupt nichts ausdrücke oder daß er verpflichte, alle nationalen Bestrebungen zu unterstützen.

Was bedeutet die Forderung nach dem „Praktischen“ in der nationalen Frage?

Entweder die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen; oder die Beantwortung der Frage nach der Lostrennung jeder Nation mit „Ja oder Nein“; oder überhaupt die unmittelbare „Erfüllbarkeit“ der nationalen Forderungen.

Untersuchen wir jede dieser drei möglichen Deutungen der Forderung nach dem „Praktischen“.

Die Bourgeoisie, die am Anfang jeder nationalen Bewegung natürlicherweise als deren Hegemon (Führer) auftritt, bezeichnet als praktische Angelegenheit die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen. Die Politik des Proletariats in der nationalen Frage (wie auch in den übrigen Fragen) unterstützt die Bourgeoisie jedoch nur in einer bestimmten Richtung, stimmt aber niemals mit der Politik der Bourgeoisie völlig überein. Die Arbeiterklasse unterstützt die Bourgeoisie nur im Interesse des nationalen Friedens (den die Bourgeoisie niemals ganz herzustellen vermag und der nur nach Maßgabe der *völligen* Demokratisierung verwirklicht werden kann), um der Gleichberechtigung, um möglichst günstiger Bedingungen für den Klassenkampf willen. Deshalb gerade stellen die Proletarier dem *Praktizismus* der Bourgeoisie eine *prinzipielle* Politik in der nationalen Frage *entgegen* und unterstützen die Bourgeoisie stets *nur bedingt*. Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privi-

legen für ihre eigene Nation oder exklusive Vorteile für sie; das nennt man eben „praktisch“. Das Proletariat ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität. Von ihm „Praktizismus“ verlangen heißt im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln, heißt dem Opportunismus verfallen.

Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit „Ja oder Nein“ antworten? Das scheint eine eminent „praktische“ Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in theoretischer Hinsicht, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich nicht im voraus mit Sicherheit sagen, ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist in beiden Fällen wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben zugunsten der Aufgaben der „eigenen“ Nation in den Hintergrund schiebt. Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation irgend etwas auf Kosten einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten.

Das mag nicht „praktisch“ sein, garantiert aber in der Praxis am sichersten die demokratischste aller möglichen Lösungen; das Proletariat braucht nur diese Garantien, die Bourgeoisie jeder Nation dagegen braucht Garantien für ihre Vorteile ohne Rücksicht auf die Lage (die möglichen Nachteile) anderer Nationen.

Die Bourgeoisie ist vor allem an der „Erfüllbarkeit“ einer gegebenen Forderung interessiert; daher die ewige Politik des Kuhhandels mit der Bourgeoisie anderer Nationen auf Kosten des Proletariats. Für das Proletariat aber ist das Erstarken seiner Klasse gegenüber der Bourgeoisie, die Erziehung der Massen im Geiste der konsequenten Demokratie und des Sozialismus wichtig.

Das mag für die Opportunisten nicht „praktisch“ sein, aber es ist die einzige wirkliche Garantie, eine Garantie maximaler nationaler Gleichberechtigung und maximalen nationalen Friedens sowohl entgegen den Feudalen als auch entgegen der nationalistischen Bourgeoisie.

Die ganze Aufgabe der Proletarier in der nationalen Frage ist vom Standpunkt der *nationalistischen* Bourgeoisie jeder Nation aus gesehen „unpraktisch“, denn die Proletarier fordern „abstrakte“ Gleichberechtigung, grundsätzliche Aufhebung selbst der geringsten Privilegien, sind sie doch Feinde jedweden Nationalismus. Da Rosa Luxemburg das nicht begriffen hat, hat sie durch ihre unvernünftigen Lobpreisungen des Praktizismus gerade den Opportunisten, insbesondere opportunistischen Zugeständnissen an den großrussischen Nationalismus, Tür und Tor geöffnet.

Warum an den großrussischen? Weil die Großrussen in Rußland die unterdrückende Nation sind und sich der Opportunismus in nationaler Hinsicht in unterdrückten und unterdrückenden Nationen natürlich verschieden äußert.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen wird im Namen des „praktischen“ Sinns ihrer Forderungen das Proletariat zur bedingungslosen Unterstützung ihrer Bestrebungen aufrufen. Am praktischsten ist es, einfach „ja“ zu sagen, sich für die Lostrennung einer *bestimmten* Nation, nicht aber für das *Recht* der Lostrennung aller und jedweder Nationen zu erklären!

Das Proletariat ist gegen einen derartigen Praktizismus: Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung *unter dem Gesichtspunkt* des Klassenkampfes der Arbeiter wertet. Die Losung des Praktizismus ist in Wirklichkeit nur die Losung eines unkritischen Übernehmens der bürgerlichen Bestrebungen.

Man sagt uns: Durch die Unterstützung des Rechts auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. Das sagt Rosa Luxemburg, und das plappert ihr der Opportunist Semkowski nach – übrigens der einzige, der in der Liquidatorenzeitung in dieser Frage die liquidatorischen Ideen vertritt!

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine „praktische“ Lösung wichtig, für die Arbeiter aber ist es wichtig, zwei Tendenzen *prinzipiell* hervorzuheben. *Insofern* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *insofern* sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die



kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.

Wenn wir die *Losung des Rechts auf Lostrennung* nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der *unterdrückenden Nation* in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky seit langem gegen Rosa Luxemburg vorgebracht, und dieses Argument ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu „helfen“, unterstützt Rosa Luxemburg dadurch, daß sie das *Recht auf Lostrennung* im Programm der Marxisten *Rußlands* verneint, in *Wirklichkeit* die großrussischen Schwarzhunderter. Sie trägt in *Wirklichkeit* zur opportunistischen Aussöhnung mit den Privilegien (und mit Schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen bei.

Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade *dieser* Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Hauptthema für die Demokratie und den proletarischen Kampf. *Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich *gegen* die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen.

Das ist „unpraktisch“ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.

Anerkennung des Rechts auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostrennung unter einem Gesichtspunkt, der jede Rechtsungleichheit, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.

Nehmen wir die Stellung einer unterdrückenden Nation. Kann ein Volk frei sein, das andre Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der

Freiheit der großrussischen Bevölkerung\* erfordern den Kampf gegen eine derartige Unterdrückung. Die lange, Jahrhunderte umfassende Geschichte der Niederhaltung der Bewegungen der unterdrückten Nationen, die durch die „oberen“ Klassen betriebene systematische Propagierung dieser Niederhaltung schufen für die Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst gewaltige Hindernisse in seinen Vorurteilen usw.

Von den großrussischen Schwarzhundertern werden diese Vorurteile bewußt gepflegt und geschürt. Die großrussische Bourgeoisie findet sich mit diesen Vorurteilen ab oder paßt sich ihnen an. Das großrussische Proletariat kann *seine* Ziele nicht erreichen, kann sich den Weg zur Freiheit nicht bahnen, ohne systematisch gegen diese Vorurteile zu kämpfen.

Die Schaffung eines selbständigen und unabhängigen Nationalstaates bleibt in Rußland bis jetzt das Privileg allein der großrussischen Nation. Wir großrussischen Proletarier, die wir keinerlei Privilegien verteidigen, verteidigen auch dieses Privileg nicht. Wir kämpfen auf dem Boden des gegebenen Staates, vereinigen die Arbeiter aller Nationen des gegebenen Staates, wir können uns nicht für diesen oder jenen Weg der nationalen Entwicklung verbürgen, wir verfolgen auf *allen* möglichen Wegen unser Klassenziel.

Aber dieses Ziel kann man nicht verfolgen, ohne gegen jeden Nationalismus zu kämpfen und ohne die Gleichheit der verschiedenen Nationen zu verfechten. Ob es zum Beispiel der Ukraine beschieden sein wird, einen selbständigen Staat zu bilden, das hängt von 1000 Faktoren ab, die im voraus nicht bekannt sind. Und ohne zu versuchen, ins Blaue hinein zu „raten“, treten wir entschieden für das ein, was außer Zweifel steht: das Recht der Ukraine auf einen solchen Staat. Wir achten dieses Recht, wir unterstützen nicht die Privilegien der Großrussen gegenüber den Ukrainern, wir *erziehen* die Massen im Geiste der Anerkennung dieses

\* Einem gewissen L. Wl.<sup>109</sup> aus Paris erscheint dieses Wort als unmarrxistisch. Dieser L. Wl. ist erheiternd „superklug“ [„superklug“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*]. Der „superkluge“ L. Wl. schickt sich offenbar an, eine Untersuchung über die Ausmerzungen der Wörter „Bevölkerung“, „Volk“ usw. aus unserem Minimalprogramm (vom Standpunkt des Klassenkampfes!) zu schreiben.

Rechts, im Geiste der Ablehnung staatlicher Privilegien einer Nation, welche es auch sei.

Bei den Sprüngen, die alle Länder in der Epoche der bürgerlichen Revolutionen durchgemacht haben, sind Konflikte und Kämpfe wegen des Rechts auf den Nationalstaat möglich und wahrscheinlich. Wir Proletarier erklären uns von vornherein als *Gegner* der großrussischen Privilegien und betreiben in dieser Richtung unsere gesamte Propaganda und Agitation.

Auf der Jagd nach dem „Praktizismus“ hat Rosa Luxemburg die wichtigste praktische Aufgabe sowohl des großrussischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten übersehen: die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen.

Mag diese Propaganda „unpraktisch“ sein sowohl vom Standpunkt der großrussischen Unterdrücker als auch vom Standpunkt der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen (die einen wie die anderen verlangen ein *bestimmtes* Ja oder Nein und bezichtigen die Sozialdemokraten der „Unbestimmtheit“). In Wirklichkeit verbürgt gerade diese Propaganda, und nur sie, eine wahrhaft demokratische und wahrhaft sozialistische Erziehung der Massen. Nur eine solche Propaganda garantiert sowohl die größten Chancen für den nationalen Frieden in Rußland, wenn es ein Staat von bunter nationaler Zusammensetzung bleibt, als auch eine maximal friedliche (und für den proletarischen Klassenkampf am wenigsten schädliche) Teilung Rußlands in verschiedene Nationalstaaten, wenn die Frage einer solchen Teilung akut werden sollte.

Zur konkreteren Erläuterung dieser, der einzig proletarischen Politik in der nationalen Frage wollen wir die Stellungnahme des großrussischen Liberalismus zur „Selbstbestimmung der Nationen“ und das Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden untersuchen.

## 5. DIE LIBERALE BOURGEOISIE UND DIE SOZIALISTISCHEN OPPORTUNISTEN IN DER NATIONALEN FRAGE

Wir haben gesehen, daß Rosa Luxemburg das folgende Argument als einen ihrer Haupt„trümpfe“ im Kampf gegen das Programm der Marxisten Rußlands betrachtet: die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts komme einer Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen gleich. Verstehe man andererseits, sagt Rosa Luxemburg, unter diesem Recht nur den Kampf gegen jede Vergewaltigung von Nationen, dann sei ein besonderer Punkt im Programm unnötig, denn die Sozialdemokraten seien überhaupt gegen jede nationale Vergewaltigung und Rechtsungleichheit.

Das erste Argument wälzt, wie Kautsky vor fast 20 Jahren unwiderleglich bewiesen hat, die Schuld des Nationalismus auf einen Unschuldigen ab, denn es erweist sich, daß Rosa Luxemburg aus Furcht vor dem Nationalismus der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen *in Wirklichkeit* dem Nationalismus der großrussischen Schwarzhunderter in die Hände spielt! Das zweite Argument ist im Grunde ein ängstliches Ausweichen vor der Frage: Schließt die Anerkennung der nationalen Gleichberechtigung die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung ein oder nicht? Wenn ja, dann erkennt Rosa Luxemburg also die grundsätzliche Richtigkeit des Paragraphen 9 unseres Programms an. Wenn nicht, dann erkennt sie also die nationale Gleichberechtigung nicht an. Hier nützen keine Ausweichmanöver und keine Ausflüchte!

Indessen ist die beste Probe auf die obenerwähnten und alle ähnlichen Argumente das Studium der Stellungnahme der *verschiedenen* Gesellschaftsklassen zu dieser Frage. Für den Marxisten ist eine derartige Probe unerlässlich. Man muß vom Objektiven ausgehen, muß das gegenseitige Verhältnis der Klassen in diesem gegebenen Punkt nehmen. Da Rosa Luxemburg das unterläßt, verfällt gerade sie in die Sünde des Metaphysischen, des Abstrakten, der Gemeinplätze, der Vagheiten usw., deren sie ihre Gegner vergeblich zu überführen sucht.

Es geht um das Programm der Marxisten *Rußlands*, d. h. der Marxisten aller Nationalitäten Rußlands. Muß man da nicht die Stellungnahme der *herrschenden* Klassen Rußlands in Betracht ziehen?

Die Stellungnahme der „Bürokratie“ (man verzeihe das ungenaue Wort\*) und der feudalen Gutsbesitzer vom Schlage des vereinigten Adels ist allgemein bekannt: unbedingte Ablehnung sowohl der Gleichberechtigung der Nationalitäten als auch des Rechts auf Selbstbestimmung. Die alte, aus der Zeit der Leibeigenschaft übernommene Losung: Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit, Volkstum, wobei mit dem letzteren nur das großrussische gemeint ist. Sogar die Ukrainer sind zu „Fremdstämmigen“ erklärt, sogar ihre Muttersprache wird verfolgt.

Werfen wir einen Blick auf die Bourgeoisie Rußlands, die zu einer allerdings sehr bescheidenen, aber dennoch zu einer Beteiligung an der Macht, am Gesetzgebungs- und Verwaltungssystem vom „3. Juni“ „berufen“ worden ist. Daß die Oktobristen in dieser Frage tatsächlich den Rechten folgen, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Leider widmen manche Marxisten der Stellungnahme der liberalen großrussischen Bourgeoisie, der Progressisten und der Kadetten, viel weniger Aufmerksamkeit. Indessen aber wird derjenige, der diese Stellungnahme nicht studiert und sie nicht durchdenkt, bei der Erörterung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen unvermeidlich der Sünde der Abstraktheit und der Phrasendrescherei verfallen.

Im vergangenen Jahr hat die Polemik der „Prawda“ mit der „Retsch“ dieses im diplomatischen Ausweichen vor direkten Antworten auf „peinliche“ Fragen so gewandte Hauptorgan der Kadettenpartei dennoch gezwungen, einige wertvolle Eingeständnisse zu machen. Die ganze Aufregung entstand wegen des gesamtukrainischen Studentenkongresses in Lwow im Sommer 1913. Der professionelle „Ukrainist“ oder ukrainische Mitarbeiter der „Retsch“, Herr Mogiljanski, veröffentlichte einen Artikel, in dem er die Idee der Separation (Lostrennung) der Ukraine, für die der Nationalsoziale Donzow eingetreten war und der der erwähnte Kongreß zugestimmt hatte, mit den erlesensten Schimpfwörtern („Fieberphantasien“, „Abenteurertum“ u. dgl. m.) überschüttete.

Die Zeitung „Rabotschaja Prawda“, die sich keineswegs mit Herrn Donzow solidarisierte und geradeheraus sagte, daß er ein Nationalsozialer sei, daß viele ukrainische Marxisten mit ihm nicht einverstanden seien, erklärte jedoch, daß der *Ton* der „Retsch“, richtiger: die *prinzipielle Fragestellung* der „Retsch“, für einen großrussischen Demokraten oder

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 111. *Der Übers.*

für jemanden, der als Demokrat gelten will, durchaus ungehörig, unzulässig sei.\* Möge die „Retsch“ die Herren Donzow direkt widerlegen, doch für ein großrussisches Organ der angeblichen Demokratie ist es prinzipiell unzulässig, die Freiheit der Lostrennung, das Recht auf Lostrennung außer acht zu lassen.

Einige Monate später veröffentlichte Herr Mogiljanski in Nr. 331 der „Retsch“ „Erläuterungen“, als er der Lwower ukrainischen Zeitung „Schljachi“<sup>110</sup> die Er widerungen des Herrn Donzow entnommen hatte, der unter anderem bemerkt hatte, daß „nur die russische sozialdemokratische Presse den chauvinistischen Ausfall der ‚Retsch‘ gebührend angekreidet (gebrandmarkt?) hat“. Die „Erläuterungen“ des Herrn Mogiljanski bestanden darin, daß er dreimal wiederholte: „Die Kritik an den Rezepten des Herrn Donzow“ „hat mit einer Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nichts zu tun“.

„Man muß sagen“, schrieb Herr Mogiljanski, „daß auch das ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘ nicht irgendein Fetisch“ (hört! hört!) „ist, an dem keine Kritik geübt werden darf: ungesunde nationale Lebensbedingungen können ungesunde Tendenzen in der nationalen Selbstbestimmung erzeugen, und diese aufzeigen heißt noch nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verneinen.“

Wie man sieht, waren diese Phrasen eines Liberalen über den „Fetisch“ ganz im Geiste der Phrasen Rosa Luxemburgs. Augenscheinlich wollte Herr Mogiljanski einer direkten Antwort auf die Frage ausweichen: Erkennt er das Recht auf politische Selbstbestimmung, d. h. auf Lostrennung, an oder nicht?

Und die „Proletarskaja Prawda“ (Nr. 4 vom 11. Dezember 1913) hat sowohl Herrn Mogiljanski als auch der Partei der Kadetten diese Frage geradeheraus gestellt.\*\*

Die Zeitung „Retsch“ veröffentlichte darauf (in Nr. 340) eine nicht gezeichnete, d. h. offizielle redaktionelle Erklärung, die auf diese Frage Antwort gibt. Diese Antwort läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Im Paragraph 11 des Programms der Kadettenpartei werde direkt, präzise und klar vom „Recht auf freie kulturelle Selbstbestimmung“ der Nationen gesprochen.

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 236/237, russ. Die Red.

\*\* Siehe ebenda, S. 475–477, russ. Die Red.

2. Von der „Proletarskaja Prawda“ werde, wie die „Retsch“ versichert, die Selbstbestimmung „hoffnungslos durcheinandergebracht“ mit dem Separatismus, der Lostrennung dieser oder jener Nation.

3. „Die Kadetten haben es in der Tat auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf ‚Lostrennung der Nationen‘ vom russischen Staat einzutreten.“ (Vgl. den Artikel „Der Nationalliberalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ in der „Proletarskaja Prawda“ Nr. 12 vom 20. Dezember 1913\*.)

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst dem zweiten Punkt der Erklärung der „Retsch“ zu. Wie deutlich zeigt er den Herren Semkowski, Libman, Jurkewitsch und anderen Opportunisten, daß ihr Gezeter und Gerede über die angebliche „Unklarheit“ oder „Unbestimmtheit“ des Sinns der „Selbstbestimmung“ in Wirklichkeit, d. h. infolge des objektiven Wechselverhältnisses der Klassen und des Klassenkampfes in Rußland, nur ein einfaches Wiederkäuen der Reden der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ist!

Als die „Proletarskaja Prawda“ den Herren aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ von der „Retsch“ drei Fragen stellte: 1. Bestreiten sie, daß in der ganzen Geschichte der internationalen Demokratie, besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, unter Selbstbestimmung der Nationen eben die politische Selbstbestimmung, das Recht auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates, verstanden wird? 2. Bestreiten sie, daß der bekannte Beschluß des Londoner Internationalen Sozialistenkongresses vom Jahre 1896 den gleichen Sinn hat? und 3., daß Plechanow, der schon im Jahre 1902 über die Selbstbestimmung schrieb, darunter eben die politische Selbstbestimmung verstanden hat? – als die „Proletarskaja Prawda“ diese drei Fragen stellte, haben sich die Herren Kadetten in Schweigen gebüllt!!

Sie antworteten mit keinem Wort, weil sie nichts zu antworten wußten. Sie mußten schweigend eingestehen, daß die „Proletarskaja Prawda“ unbedingt recht hatte.

Das Gezeter der Liberalen über die Unklarheit des Begriffs „Selbstbestimmung“ und darüber, daß die Sozialdemokraten ihn mit dem Separatismus „hoffnungslos durcheinanderbringen“, ist nichts anderes als das Bestreben, die Frage zu verwirren, sich um die Anerkennung des von der

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 43–45. Die Red.

Demokratie allgemein aufgestellten Prinzips zu drücken. Wären die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch nicht solche Ignoranten, dann würden sie sich schämen, vor den Arbeitern in *liberalem* Geiste aufzutreten.

Aber gehen wir weiter. Die „Proletarskaja Prawda“ hat die „Retsch“ gezwungen einzugestehen, daß die Worte von der „kulturellen“ Selbstbestimmung im Programm der Kadetten den Sinn eben einer *Verneinung* der *politischen* Selbstbestimmung haben.

„Die Kadetten haben es in der Tat auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf ‚Lostrennung der Nationen‘ vom russischen Staat einzutreten“ – diese Worte der „Retsch“ hat die „Proletarskaja Prawda“ nicht umsonst dem „Nowoje Wremja“ und der „Semschtschina“ als Musterbeispiel der „Loyalität“ unserer Kadetten empfohlen. Die Zeitung „Nowoje Wremja“, die sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, den „Juden“ zu erwähnen und den Kadetten alle möglichen Anzüglichkeiten zu sagen, erklärte jedoch in Nr. 13 563:

„Was für die Sozialdemokraten ein Axiom politischer Weisheit darstellt“ (d. h. die Anerkennung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung), „das fängt heutzutage sogar unter den Kadetten an, Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen.“

Die Kadetten haben prinzipiell durchaus den gleichen Standpunkt wie das „Nowoje Wremja“ bezogen, als sie erklärten, sie hätten es „auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf Lostrennung der Nationen vom russischen Staat einzutreten“. Darauf beruht ja unter anderem der *Nationalliberalismus* der Kadetten, ihre Verwandtschaft mit den Purischkewitsch, ihre ideologisch-politische und praktisch-politische Abhängigkeit von diesen. „Die Herren Kadetten haben die Geschichte studiert“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „und wissen sehr gut, zu welchen, gelinde gesagt, ‚pogromartigen‘ Handlungen die praktische Anwendung dieses angestammten Rechts der Purischkewitsch ‚festhalten und nicht loslassen‘ oft geführt hat.“ Obwohl die Kadetten den feudalen Ursprung und Charakter der Allmacht der Purischkewitsch sehr wohl kennen, stellen sie sich dennoch völlig *auf den Boden* der gerade von dieser Klasse geschaffenen Verhältnisse und der von ihr gezogenen Grenzen. Obwohl sie sehr gut wissen, wieviel Uneuropäisches, Antieuropäisches (Asiatisches) würden wir sagen, wenn das nicht wie eine unverdiente Mißachtung der



Japaner und Chinesen klänge) an den Verhältnissen und Grenzen ist, die von dieser Klasse geschaffen oder festgelegt worden sind, erkennen die Herren Kadetten sie als unüberschreitbare Schranke an.

Das ist eben die Anpassung an die Purischkewitsch, die Bauchkriecherei vor ihnen, die Angst, deren Stellung zu erschüttern, die Verteidigung der Purischkewitsch gegen die Volksbewegung, gegen die Demokratie. „Das bedeutet in Wirklichkeit“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „die Anpassung an die Interessen der Fronherren und an die schlimmsten nationalistischen Vorurteile der herrschenden Nation an Stelle eines systematischen Kampfes gegen diese Vorurteile.“

Als Leute, die etwas von Geschichte verstehen und auf Demokratismus Anspruch erheben, machen die Kadetten nicht einmal den Versuch zu behaupten, daß die demokratische Bewegung, die in unseren Tagen sowohl für Osteuropa als auch für Asien kennzeichnend ist, die dieses wie jenes nach dem Muster der zivilisierten kapitalistischen Länder umzugestalten sucht – daß diese Bewegung die Grenzen in jedem Fall unverändert lassen müsse, die in der feudalen Epoche festgelegt worden sind, in der Epoche der Allmacht der Purischkewitsch und der Rechtlosigkeit breiter Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums.

Daß die durch die Polemik zwischen der „Proletarskaja Prawda“ und der „Retsch“ aufgeworfene Frage keineswegs nur eine literarische Frage, sondern eine wirklich brennende politische Tagesfrage war, das hat unter anderem die letzte Konferenz der Kadettenpartei vom 23. bis 25. März 1914 bewiesen. Im offiziellen Bericht der „Retsch“ (Nr. 83 vom 26. März 1914) über diese Konferenz lesen wir:

„Die nationalen Fragen wurden ebenfalls besonders lebhaft erörtert. Die Kiewer Delegierten, denen sich N. W. Nekrassow und A. M. Koljubakin anschlossen, verwiesen darauf, daß die nationale Frage ein heranreifender gewichtiger Faktor sei, dem man sich entschlossener als bisher zuwenden müsse. F. F. Kokoschkin verwies jedoch darauf“ (das ist dasselbe „jedoch“, das dem Schtschedrinschen „aber“ entspricht – „die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, das tun sie nicht“), „daß sowohl das Programm als auch die bisherige politische Erfahrung eine sehr vorsichtige Behandlung der ‚dehnbaren Formeln‘ der ‚politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten‘ erforderlich machen.“

Diese im höchsten Grade bemerkenswerten Betrachtungen auf der

Kadettenkonferenz verdienen die größte Aufmerksamkeit aller Marxisten und aller Demokraten. (In Parenthese sei bemerkt, daß die „Kiewskaja Mysl“, die offenbar sehr gut unterrichtet ist und die Gedanken des Herrn Kokoschkin zweifellos richtig wiedergibt, hinzufügte, daß er, natürlich als Warnung an seine Opponenten, die Gefahr eines „Zerfalls“ des Staates besonders hervorhob.)

Der offizielle Bericht der „Retsch“ ist virtuos diplomatisch abgefaßt, damit er möglichst wenig offenbare, damit möglichst viel verborgen bleibe. Aber dennoch ist in den Grundzügen klar, was auf der Kadettenkonferenz vor sich gegangen ist. Die Delegierten, liberale Bourgeois, die mit der Sachlage in der Ukraine vertraut sind, und „linke“ Kadetten stellten die Frage *gerade nach der politischen Selbstbestimmung der Nationen*. Sonst hätte Herr Kokoschkin gar keine Veranlassung gehabt, zu einer „vorsichtigen Behandlung“ dieser „Formel“ zu ermahnen.

Im Programm der Kadetten, das den Delegierten der Kadettenkonferenz selbstverständlich bekannt war, steht nämlich *nicht* politische, sondern „kulturelle“ Selbstbestimmung. Herr Kokoschkin *verteidigte* also das Programm *gegen* die Delegierten aus der Ukraine, *gegen* die linken Kadetten, verteidigte die „kulturelle“ *gegen* die „politische“ Selbstbestimmung. Es ist ganz offensichtlich, daß Herr Kokoschkin, als er gegen die „politische“ Selbstbestimmung auftrat, die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ an die Wand malte und die Formel „politischer Selbstbestimmung“ als „*dehnbar*“ bezeichnete (ganz im Geiste Rosa Luxemburgs!), damit den großrussischen Nationalliberalismus gegen die „linkeren“ oder die demokratischeren Elemente der Kadettenpartei und gegen die ukrainische Bourgeoisie verteidigte.

Herr Kokoschkin hat auf der Kadettenkonferenz gesiegt, wie aus dem verräterischen Wörtchen „jedoch“ im Bericht der „Retsch“ ersichtlich ist. Der großrussische Nationalliberalismus hat unter den Kadetten triumphiert. Wird dieser Sieg nicht dazu beitragen, die Geister jener wenigen Unvernünftigen unter den Marxisten Rußlands zu klären, die in die Fußstapfen der Kadetten getreten sind und gleichfalls begonnen haben, die „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten“ zu fürchten?

Untersuchen wir „jedoch“ den Gedankengang des Herrn Kokoschkin auf seinen Kern. Als Herr Kokoschkin sich auf die „bisherige politische

Erfahrung" berief (d. h. offenbar auf die Erfahrung des Jahres 1905, in dem die großrussische Bourgeoisie um ihre nationalen Privilegien Angst bekam und durch ihre Angst der Kadettenpartei Angst einjagte), als er die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ hervorhob, offenbarte er ein hervorragendes Verständnis dafür, daß politische Selbstbestimmung nichts anderes bedeuten kann als das Recht auf Lostrennung und auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates. Es fragt sich nun, wie hat man diese Befürchtungen des Herrn Kokoschkin zu betrachten, vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes im besonderen?

Herr Kokoschkin will uns glauben machen, daß die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ vergrößere. Das ist der Standpunkt des Stadtpolizisten Mymrezow mit seiner Devise: „festhalten und nicht loslassen“. Vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen ist es gerade umgekehrt: Die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung verringert die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“.

Herr Kokoschkin urteilt völlig im Geiste der Nationalisten. Sie donnerten auf ihrem letzten Parteitag gegen die ukrainischen „Masepisten“ los. Die ukrainische Bewegung – riefen Herr Sawenko und Co. aus – droht die Verbundenheit der Ukraine mit Rußland zu schwächen, denn Österreich verstärkt durch seine ukrainophile Politik die Verbundenheit der Ukrainer mit Österreich!! Es bleibt unverständlich, weshalb denn Rußland nicht versuchen kann, die Verbundenheit der Ukrainer mit Rußland durch die gleiche Methode zu „stärken“, die die Herren Sawenko Österreich zum Vorwurf machen, d. h. dadurch, daß man den Ukrainern freien Gebrauch der Muttersprache, Selbstverwaltung, einen autonomen Landtag u. dgl. m. gewährt?

Die Gedankengänge der Herren Sawenko und der Herren Kokoschkin sind völlig gleichartig und gleich lächerlich und albern von der rein logischen Seite her. Ist es nicht klar, daß die ukrainische Nationalität um so fester mit einem bestimmten Land verbunden sein wird, je mehr Freiheit diese Nationalität in diesem Land haben wird? Es scheint, daß man diese Binsenwahrheit nicht bestreiten kann, ohne mit allen Prämissen des Demokratismus entschieden zu brechen. Kann es aber für eine Nationalität als solche eine größere Freiheit geben als die Freiheit der Lostrennung, die Freiheit der Bildung eines selbständigen Nationalstaates?

Um diese Frage, die von den Liberalen (und jenen, die ihnen aus Unverstand nachbeten) verwirrt wird, noch weiter aufzuhellen, wollen wir ein ganz einfaches Beispiel anführen. Nehmen wir die Frage der Ehescheidung. Rosa Luxemburg schreibt in ihrem Artikel, daß in einem zentralisierten demokratischen Staat bei aller Autonomie der einzelnen Gebiete die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung, darunter auch die Gesetzgebung über die Ehescheidung, dem zentralen Parlament vorbehalten bleiben müssen. Diese Sorge um die Sicherung der Freiheit der Ehescheidung durch die zentrale Regierungsgewalt des demokratischen Staates ist durchaus begrifflich. Die Reaktionäre sind gegen die Freiheit der Ehescheidung, sie verlangen, daß man sie „vorsichtig behandle“, und schreien, daß sie den „Zerfall der Familie“ bedeute. Die Demokratie dagegen ist der Auffassung, daß die Reaktionäre heucheln und in Wirklichkeit die Allmacht der Polizei und der Bürokratie, die Privilegien des einen Geschlechts und die schlimmste Unterdrückung der Frau verteidigen; daß die Freiheit der Ehescheidung in Wirklichkeit nicht den „Zerfall“ der Familienbände, sondern im Gegenteil ihre Festigung auf den in der zivilisierten Gesellschaft einzig möglichen und dauerhaften demokratischen Grundlagen bedeute.

Die Anhänger der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Freiheit der Lostrennung, zu beschuldigen, sie förderten den Separatismus, ist die gleiche Dummheit und die gleiche Heuchelei, wie die Anhänger der Freiheit der Ehescheidung zu beschuldigen, sie förderten die Zerstörung der Familienbände. Ähnlich wie in der bürgerlichen Gesellschaft die Verteidiger der Privilegien und der Käuflichkeit, auf denen die bürgerliche Ehe beruht, gegen die Freiheit der Ehescheidung auftreten, so bedeutet im kapitalistischen Staat die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Lostrennung der Nationen, nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung zum Schaden der demokratischen Methoden.

Zweifellos bringt das durch die gesamten Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft hervorgebrachte Politikasterium zuweilen äußerst leichtsinnige und sogar einfach alberne Schwätzereien von Parlamentariern oder Publizisten über die Lostrennung dieser oder jener Nation mit sich. Aber nur Reaktionäre können sich durch dergleichen Geschwätz erschrecken lassen (oder so tun, als seien sie erschreckt). Wer auf dem Standpunkt

der Demokratie, d. h. der Entscheidung der Fragen des Staates durch die Masse der Bevölkerung steht, der weiß sehr wohl, daß es vom Geschwätz der Politikaster bis zur Entscheidung der Massen noch „ganz enorme Distanzen sind“<sup>111</sup>. Die Massen der Bevölkerung kennen auf Grund ihrer täglichen Erfahrungen ausgezeichnet die Bedeutung der geographischen und ökonomischen Zusammenhänge, die Vorzüge eines großen Marktes und eines großen Staates, und auf eine Lostrennung werden sie nur dann eingehen, wenn die nationale Unterdrückung und die nationalen Reibungen das Zusammenleben völlig unerträglich machen und alle und jedwede wirtschaftlichen Beziehungen stören. Und in einem solchen Fall werden die Interessen der kapitalistischen Entwicklung und der Freiheit des Klassenkampfes gerade durch diejenigen vertreten, die sich lostrennen.

Von welcher Seite man also auch die Erwägungen des Herrn Kokoschkin anpackt, sie erweisen sich stets als ein Gipfel von Albernheit und als Hohn auf die Prinzipien der Demokratie. Aber eine gewisse Logik wohnt diesen Erwägungen inne; es ist die Logik der Klasseninteressen der großrussischen Bourgeoisie. Herr Kokoschkin ist, ebenso wie die Mehrheit der Kadettenpartei, ein Lakai des Geldsacks dieser Bourgeoisie. Er verteidigt ihre Privilegien schlechthin, ihre *staatlichen* Privilegien im besonderen, verteidigt sie zusammen mit Purischkewitsch, in einer Front mit ihm – nur glaubt Purischkewitsch mehr an den Knüppel der Leibeigenschaft, während die Kokoschkin und Co. sehen, daß dieser Knüppel im Jahre 1905 einen tüchtigen Knacks bekommen hat, und sich mehr auf die bürgerlichen Mittel des Volksbetrugs verlassen, zum Beispiel darauf, die Kleinbürger und Bauern mit dem Gespenst des „Zerfalls des Staates“ zu schrecken und sie mit Redensarten von der Vereinigung der „Volksfreiheit“ mit den historischen Traditionen usw. zu betrügen.

Die liberale Feindschaft gegen das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen hat nur eine einzige reale Klassenbedeutung: Nationalliberalismus, Verfechtung der staatlichen Privilegien der großrussischen Bourgeoisie. Und die Opportunisten unter den Marxisten Rußlands, die gerade jetzt, in der Epoche des Systems vom 3. Juni, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu Felde gezogen sind, der Liquidator Semkowski, der Bundist Libman, der ukrainische Kleinbürger Jurkewitsch und wie sie alle heißen, trotten *in der Tat* einfach hinter dem National-

liberalismus einher und suchen die Arbeiterklasse durch nationalliberale Ideen zu demoralisieren.

Die Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus erfordern volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiter aller Nationen, sie erfordern Gegenwehr gegen die nationalistische Politik der Bourgeoisie, welcher Nationalität sie auch sei. Deshalb wäre es ein Ausweichen vor den Aufgaben der proletarischen Politik und eine Unterordnung der Arbeiter unter die bürgerliche Politik, sowohl wenn die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht, d. h. das Recht der unterdrückten Nationen auf Lostrennung, leugnen wollten, als auch wenn die Sozialdemokraten dazu übergingen, jede nationale Forderung der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen zu unterstützen. Dem Lohnarbeiter ist es ganz gleichgültig, ob er vorwiegend von der großrussischen Bourgeoisie ausgebeutet wird, die gegenüber der fremdstämmigen den Vorrang hat, oder von der polnischen Bourgeoisie, die gegenüber der jüdischen den Vorrang hat usw. Dem Lohnarbeiter, der sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist, sind die staatlichen Privilegien der großrussischen Kapitalisten ebenso gleichgültig wie die Versprechungen der polnischen oder ukrainischen Kapitalisten, die das Paradies auf Erden verheißen, wenn sie selbst staatliche Privilegien erlangen. Die Entwicklung des Kapitalismus schreitet fort und wird fortschreiten, so oder anders, in einem bunten Einheitsstaat wie in gesonderten Nationalstaaten.

In jedem Fall bleibt der Lohnarbeiter ein Objekt der Ausbeutung, und ein erfolgreicher Kampf dagegen erfordert die Unabhängigkeit des Proletariats vom Nationalismus, sozusagen absolute Neutralität der Proletarier im Kampf der Bourgeoisie der verschiedenen Nationen um den Vorrang. Die geringste Unterstützung der Privilegien der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie durch das Proletariat irgendeiner Nation wird notwendigerweise Mißtrauen beim Proletariat der anderen Nation hervorrufen, wird die internationale Klassensolidarität der Arbeiter schwächen, wird sie zur Freude der Bourgeoisie untereinander entzweien. Die Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung oder Lostrennung bedeutet in der Praxis jedoch notwendigerweise Unterstützung der Privilegien der herrschenden Nation.

Wir können uns davon noch anschaulicher überzeugen, wenn wir das konkrete Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden heranziehen.

## 6. DIE LOSTRENNUNG NORWEGENS VON SCHWEDEN

Rosa Luxemburg führt eben dieses Beispiel an und knüpft daran folgende Betrachtungen:

„Das letzte Ereignis in der Geschichte der föderativen Beziehungen, die Lostrennung Norwegens von Schweden – seinerzeit von der sozialpatriotischen polnischen Presse (siehe den Krakauer ‚Naprzód‘<sup>412</sup>) eiligst als erfreuliche Äußerung der Kraft und Fortschrittlichkeit der Tendenzen zur staatlichen Lostrennung aufgegriffen –, verwandelte sich alsbald in einen schlagenden Beweis dafür, daß der Föderalismus und die aus ihm entspringende staatliche Lostrennung durchaus nicht ein Ausdruck von Fortschrittlichkeit oder Demokratismus sind. Nach der sogenannten norwegischen ‚Revolution‘, die in der Absetzung des schwedischen Königs und seiner Entfernung aus Norwegen bestand, wählten sich die Norweger seelenruhig einen anderen König, nachdem sie in aller Form in der Volksabstimmung den Plan der Errichtung einer Republik abgelehnt hatten. Was die oberflächlichen Verehrer jeder nationalen Bewegung und jedes Scheins von Unabhängigkeit als ‚Revolution‘ proklamierten, war einfach die Äußerung eines bäuerlichen und kleinbürgerlichen Partikularismus, des Wunsches, für sein Geld einen ‚eigenen‘ König zu haben an Stelle eines durch die schwedische Aristokratie aufgezwungenen, war folglich eine Bewegung, die mit revolutionärem Geist entschieden gar nichts gemein hatte. Zugleich hat diese Geschichte der Sprengung der schwedisch-norwegischen Union von neuem bewiesen, bis zu welchem Grade auch in diesem Falle die bis dahin bestehende Föderation nur der Ausdruck rein dynastischer Interessen und folglich eine Form des Monarchismus und der Reaktion war.“ („Przegląd“.)

Das ist buchstäblich alles, was Rosa Luxemburg zu diesem Punkt sagt!! Und man muß offen sagen, es wäre schwer, die Hilflosigkeit der eigenen Stellung plastischer auszudrücken, als es Rosa Luxemburg mit diesem Beispiel getan hat.

Die Frage war und ist die, ob für die Sozialdemokraten in einem Staat mit bunter nationaler Zusammensetzung ein Programm notwendig ist, das das Recht auf Selbstbestimmung oder Lostrennung anerkennt.

Was sagt uns nun zu dieser Frage das von Rosa Luxemburg selbst herangezogene Beispiel Norwegens?

Unsere Verfasserin dreht und wendet sich, witzelt und wettet gegen den „Naprzód“, aber die Frage beantwortet sie nicht!! Rosa Luxemburg

redet von allem möglichen, um nicht ein Wort zum Wesen der Frage zu sagen!!

Zweifellos haben die norwegischen Kleinbürger, die für ihr Geld ihren eigenen König haben wollten und den Plan der Errichtung einer Republik bei der Volksabstimmung zu Fall brachten, sehr üble Philistereigenschaften an den Tag gelegt. Zweifellos hat der „Naprzód“, wenn er das nicht bemerkte, ebenso üble und ebenso philisterhafte Qualitäten bewiesen.

Aber was soll das alles??

Es war doch die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen und von der Stellung des sozialistischen Proletariats zu diesem Recht! Warum antwortet Rosa Luxemburg nicht auf diese Frage, sondern geht wie um den heißen Brei darum herum?

Man sagt, für die Maus gebe es kein stärkeres Raubtier als die Katze. Für Rosa Luxemburg gibt es offenbar kein stärkeres Raubtier als die „Fracy“. „Fracy“ nennt man in der Umgangssprache die „Polnische Sozialistische Partei“, die sogenannte revolutionäre Fraktion, und das Krakauer Blättchen „Naprzód“ teilt die Ideen dieser „Fraktion“. Ihr Kampf gegen den Nationalismus dieser „Fraktion“ hat unsere Verfasserin in einem Maße verblendet, daß sie alles aus den Augen verliert und nur noch den „Naprzód“ sieht.

Sagt der „Naprzód“ „ja“, dann hält Rosa Luxemburg es für ihre heilige Pflicht, unverzüglich „nein“ zu rufen, ohne auch nur daran zu denken, daß sie durch diese Methode nicht ihre Unabhängigkeit vom „Naprzód“, sondern, genau umgekehrt, ihre ergötzliche Abhängigkeit von den „Fracy“ und ihre Unfähigkeit beweist, die Dinge etwas tiefgehender und umfassender zu sehen als vom Standpunkt des Krakauer Maulwurfshügels aus. Der „Naprzód“ ist gewiß ein sehr schlechtes und durchaus nicht marxistisches Organ, aber das darf uns nicht hindern, das Beispiel Norwegens, haben wir es einmal herangezogen, auf seinen Wesensgehalt hin zu untersuchen.

Um dieses Beispiel marxistisch zu untersuchen, müssen wir nicht auf die schlechten Eigenschaften der entsetzlich schrecklichen „Fracy“ eingehen, sondern 1. auf die konkreten historischen Besonderheiten der Lostrennung Norwegens von Schweden und 2. darauf, welches die Aufgaben des Proletariats beider Länder bei dieser Lostrennung waren.

Norwegen ist mit Schweden durch geographische, ökonomische und



sprachliche Bande nicht weniger eng verbunden als viele nichtgroßrussische slawische Nationen mit den Großrussen. Aber die Union Norwegens mit Schweden war keine freiwillige, so daß Rosa Luxemburg ganz ohne Grund von einer „Föderation“ spricht, einfach weil sie nicht weiß, was sie sagen soll. Norwegen wurde zur Zeit der Napoleonischen Kriege von den Monarchen gegen den Willen der Norweger an Schweden *ausgeliefert*, und die Schweden mußten Truppen nach Norwegen schicken, um es sich zu unterwerfen.

Danach gab es lange Jahrzehnte hindurch, trotz der außerordentlich weitgehenden Autonomie, die Norwegen genoß (eigener Landtag usw.), ununterbrochen Reibungen zwischen Norwegen und Schweden, und die Norweger trachteten aus allen Kräften, das Joch der schwedischen Aristokratie abzuschütteln. Im August 1905 schüttelten sie es endlich auch ab: Der norwegische Storting faßte den Beschluß, daß der schwedische König nicht mehr König von Norwegen sei, und das daraufhin durchgeführte Referendum, die Befragung des norwegischen Volkes, ergab eine erdrückende Stimmenmehrheit (ungefähr 200 000 gegen einige Hundert) für die völlige Lostrennung von Schweden. Die Schweden fanden sich nach einigem Schwanken mit der Tatsache der Lostrennung ab.

Dieses Beispiel zeigt uns, auf welcher Grundlage unter den heutigen ökonomischen und politischen Verhältnissen Fälle der Lostrennung einer Nation möglich sind und vorkommen, und welche *Form* die Lostrennung unter den Verhältnissen der politischen Freiheit und des Demokratismus zuweilen annimmt.

Kein einziger Sozialdemokrat, sofern er sich nicht für völlig uninteressiert an den Fragen der politischen Freiheit und des Demokratismus erklären will (und in diesem Fall würde er selbstverständlich aufhören, Sozialdemokrat zu sein), wird leugnen können, daß dieses Beispiel *faktisch* beweist: Die klassenbewußten Arbeiter haben die *Pflicht*, systematisch dafür *Propaganda zu treiben und Vorbereitungen zu treffen*, daß wegen der Lostrennung von Nationen mögliche Konflikte *nur so* gelöst werden, wie der Konflikt zwischen Norwegen und Schweden im Jahre 1905 gelöst worden ist, nicht aber „auf russische Art“. Eben das wird denn auch durch die Programmforderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zum Ausdruck gebracht. Und Rosa Luxemburg mußte vor der für ihre Theorie unangenehmen Tatsache zu

grimmigen Angriffen auf das Philistertum der norwegischen Kleinbürger und auf den Krakauer „Naprzód“ ihre Zuflucht nehmen, denn sie begriff sehr gut, wie sehr diese historische Tatsache *ein für allemal* ihre Phrasen *widerlegt*, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei eine „Utopie“, es sei dasselbe wie das Recht, „von goldenen Tellern zu essen“ u. dgl. m. Solche Phrasen sind nur der Ausdruck eines beschränkt-selbstgenügsamen opportunistischen Glaubens an die Unabänderlichkeit des bestehenden Kräfteverhältnisses zwischen den Nationalitäten Osteuropas.

Gehen wir weiter. In der Frage der Selbstbestimmung der Nationen, wie in jeder anderen Frage, interessiert uns vor allem und mehr als alles andere die Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb der Nationen. Rosa Luxemburg umging bescheiden auch diese Frage, da sie fühlte, wie unangenehm es für ihre „Theorie“ wäre, diese Frage an dem von ihr gewählten Beispiel Norwegens zu untersuchen.

Welche Haltung hat das norwegische und das schwedische Proletariat im Konflikt wegen der Lostrennung eingenommen und welche mußte es einnehmen? Die klassenbewußten Arbeiter Norwegens hatten natürlich *nach* der Lostrennung für die Republik zu stimmen\*, und wenn es Sozialisten gab, die anders stimmten, so beweist das nur, wieviel stumpfsinnigen, kleinbürgerlichen Opportunismus es zuweilen im europäischen Sozialismus noch gibt. Darüber kann es nur eine Meinung geben, und wir erwähnen diesen Punkt nur, weil Rosa Luxemburg das Wesen der Sache durch *nicht zum Thema gehörendes* Gerede zu vertuschen sucht. Wir wissen nicht, ob das norwegische sozialistische Programm die norwegischen Sozialdemokraten in der Frage der Lostrennung verpflichtete, sich an eine bestimmte Meinung zu halten. Nehmen wir an, daß dem nicht so war, daß die norwegischen Sozialisten die Frage offengelassen hatten, wieweit für die Freiheit des Klassenkampfes die Autonomie Norwegens ausreichend war und in welchem Grade die ewigen Reibungen und Konflikte mit der schwedischen Aristokratie die Freiheit des Wirtschaftslebens beeinträchtigten. Daß aber das norwegische Proletariat gegen diese Aristo-

\* Wenn die Mehrheit der norwegischen Nation für die Monarchie, das Proletariat aber für die Republik war, so standen dem norwegischen Proletariat, allgemein gesprochen, zwei Wege offen: entweder die Revolution, wenn die Bedingungen dafür reif waren, oder die Unterordnung unter die Mehrheit und eine langwierige Propaganda- und Agitationstätigkeit.

kratie und für die norwegische bäuerliche Demokratie (trotz aller ihrer kleinbürgerlichen Beschränktheiten) Partei nehmen mußte, das ist unbestreitbar.

Und das schwedische Proletariat? Bekanntlich propagierten die schwedischen Gutsbesitzer, unterstützt von den schwedischen Pfaffen, den Krieg gegen Norwegen; und da Norwegen weit schwächer ist als Schweden, da es schon eine schwedische Invasion durchgemacht hat, da ferner die schwedische Aristokratie in ihrem Lande ein sehr großes Gewicht hat, so stellte diese Propaganda eine sehr ernsthafte Bedrohung dar. Man kann sich dafür verbürgen, daß die schwedischen Kokoschkin auf die schwedischen Massen lange und eifrig demoralisierend wirkten, indem sie zur „vorsichtigen Behandlung“ der „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationen“ ermahnten, den drohenden „Zerfall des Staates“ ausmalten und versicherten, die „Volksfreiheit“ sei mit den Traditionen der schwedischen Aristokratie vereinbar. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die schwedische Sozialdemokratie die Sache des Sozialismus und der Demokratie verraten hätte, wenn sie nicht aus allen Kräften sowohl gegen die gutsherrliche als auch gegen die „Kokoschkinsche“ Ideologie und Politik angekämpft hätte, wenn sie *außer* der Gleichberechtigung der Nationen schlechthin (die auch von den Kokoschkin anerkannt wird) nicht auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Freiheit der Lostrennung Norwegens verteidigt hätte.

Das enge Bündnis der norwegischen und schwedischen Arbeiter, ihre einmütige brüderliche Klassensolidarität hat durch diese Anerkennung des Rechts der Norweger auf Lostrennung seitens der schwedischen Arbeiter nur *gewonnen*. Denn die norwegischen Arbeiter haben sich davon überzeugt, daß die schwedischen Arbeiter nicht vom schwedischen Nationalismus angesteckt sind und daß ihnen der Bruderbund mit den norwegischen Proletariern höher steht als die Privilegien der schwedischen Bourgeoisie und Aristokratie. Das Zerreißen der Bande, die Norwegen von europäischen Monarchen und schwedischen Aristokraten aufgezwungen worden waren, hat die Bande zwischen den norwegischen und den schwedischen Arbeitern fester geknüpft. Die schwedischen Arbeiter haben bewiesen, daß sie in *allen* schroffen Wendungen der bürgerlichen Politik – auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse ist eine neue gewaltsame Unterwerfung der Norweger unter die Schweden durchaus mög-

lich! – die volle Gleichberechtigung und die Klassensolidarität der Arbeiter beider Nationen im Kampf gegen die schwedische wie gegen die norwegische Bourgeoisie zu wahren und zu verteidigen wissen werden.

Daraus ist unter anderem ersichtlich, wie unbegründet, ja sogar einfach unernst die von den „Fracy“ gelegentlich unternommenen Versuche sind, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Rosa Luxemburg gegen die polnische Sozialdemokratie „auszuschlachten“. Die „Fracy“ sind keine proletarische, keine sozialistische, sondern eine kleinbürgerliche nationalistische Partei, eine Art polnischer Sozialrevolutionäre. Von einer Einheit der Sozialdemokraten Rußlands mit dieser Partei war nie die Rede und konnte es niemals sein. Dagegen hat kein Sozialdemokrat Rußlands die Annäherung und Vereinigung mit den polnischen Sozialdemokraten jemals „bereut“. Der polnischen Sozialdemokratie gebührt das gewaltige historische Verdienst, in dem durch und durch von nationalistischen Bestrebungen und Leidenschaften erfüllten Polen zum erstenmal eine wirklich marxistische, wirklich proletarische Partei geschaffen zu haben. Aber dieses Verdienst der polnischen Sozialdemokraten ist ein großes Verdienst nicht dank dem Umstand, daß Rosa Luxemburg gegen den Paragraphen 9 des Programms der Marxisten Rußlands Unsinn geredet hat, sondern trotz dieses bedauerlichen Umstands.

Gewiß hat das „Selbstbestimmungsrecht“ für die polnischen Sozialdemokraten nicht so große Bedeutung wie für die russischen. Es ist vollkommen begreiflich, daß der Kampf gegen das nationalistisch verblendete Kleinbürgertum Polens die polnischen Sozialdemokraten zwang, mit besonderem (manchmal vielleicht mit etwas übermäßigem) Eifer den „Bogen zu überspannen“. Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie – wie Rosa Luxemburg – zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten *Rußlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß.

Das heißt, im Grunde genommen, Verhältnisse, die unter dem Krakauer Gesichtswinkel begreiflich sind, auf die Gesamtheit der Völker und Nationen Rußlands einschließlich der Großrussen übertragen. Das heißt, ein „umgestülpter polnischer Nationalist“, jedoch kein Sozialdemokrat sein, der auf dem gesamt-russischen, dem internationalen Standpunkt steht.

Denn die internationale Sozialdemokratie steht gerade auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Dem wollen wir uns jetzt zuwenden.

## 7. DIE RESOLUTION DES LONDONER INTERNATIONALEN KONGRESSES VON 1896

Diese Resolution lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“\*

Wie wir schon aufgezeigt haben, kennen unsere Opportunisten, die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch, diesen Beschluß einfach nicht. Rosa Luxemburg aber kennt ihn und führt ihn in vollem Wortlaut an, in dem der gleiche Ausdruck enthalten ist wie in unserem Programm: „Selbstbestimmung“.

Es fragt sich also, wie Rosa Luxemburg dieses Hindernis beseitigt, das ihrer „originellen“ Theorie im Wege steht?

Nun, ganz einfach: ... der Schwerpunkt liege hier im zweiten Teil der Resolution ... ihr deklarativer Charakter ... nur aus einem Mißverständnis heraus könne man sich auf sie berufen!!

Hilflosigkeit und Verwirrung unserer Verfasserin sind einfach erstaunlich. Gewöhnlich weisen auf den deklarativen Charakter konsequent demokratischer und sozialistischer Programmpunkte nur Opportunisten hin, die einer direkten Polemik gegen sie feige ausweichen. Offenbar

\* Vgl. den offiziellen deutschen Bericht über den Londoner Kongreß „Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896“, Berlin 1897, S. 18. Es gibt eine russische Broschüre mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse, wo statt „Selbstbestimmung“ fälschlich „Autonomie“ übersetzt ist.

befindet sich Rosa Luxemburg diesmal nicht umsonst in der traurigen Gesellschaft der Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch. Rosa Luxemburg kann sich nicht entschließen, geradeheraus zu erklären, ob sie die angeführte Resolution für richtig oder für falsch hält. Sie windet und versteckt sich, als rechne sie auf einen unaufmerksamen und unwissenden Leser, der den ersten Teil der Resolution vergißt, sobald er beim zweiten angelangt ist, oder von den Debatten in der sozialistischen Presse vor dem Londoner Kongreß niemals etwas gehört hat.

Aber Rosa Luxemburg irrt sehr, wenn sie sich einbildet, daß es ihr vor den klassenbewußten Arbeitern Rußlands so leicht gelingen wird, eine Resolution der Internationale zu einer wichtigen grundsätzlichen Frage mit Füßen zu treten, ohne auch nur zu geruhen, sie kritisch zu untersuchen.

In den Debatten vor dem Londoner Kongreß – hauptsächlich in den Spalten der Zeitschrift der deutschen Marxisten, „Die Neue Zeit“ – ist der Standpunkt Rosa Luxemburgs dargelegt worden, *und dieser Standpunkt hat vor der Internationale im wesentlichen eine Niederlage erlitten!* Darin liegt das Wesen der Sache, das insbesondere der russische Leser im Auge behalten muß.

Den Anlaß zu den Debatten bildete die Frage der Unabhängigkeit Polens. Drei Standpunkte wurden vertreten:

1. Der Standpunkt der „Fracy“, in deren Namen Häcker auftrat. Sie wollten, daß die Internationale in *ihrem* Programm die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens anerkenne. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

2. Der Standpunkt Rosa Luxemburgs: Die polnischen Sozialisten dürfen die Unabhängigkeit Polens nicht fordern. Von einer Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen konnte von diesem Standpunkt aus nicht einmal die Rede sein. Auch dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

3. Der Standpunkt, den damals am ausführlichsten Karl Kautsky entwickelte, der Rosa Luxemburg entgegentrat und die extreme „Einseitigkeit“ ihres Materialismus nachwies. Von diesem Standpunkt aus könne die Internationale heute die Unabhängigkeit Polens nicht in ihr Programm aufnehmen, aber die polnischen Sozialisten – sagte Kautsky – könnten eine derartige Forderung durchaus aufstellen. Vom sozialistischen Stand-

punkt aus sei es absolut falsch, unter den Verhältnissen einer nationalen Unterdrückung die Aufgaben der nationalen Befreiung zu ignorieren.

In der Resolution der Internationale sind denn auch die wesentlichsten, grundlegendsten Leitsätze dieses Standpunkts wiedergegeben: einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert.

Wir glauben, daß diese Resolution absolut richtig ist und daß für die Länder Osteuropas und Asiens am Anfang des 20. Jahrhunderts eben diese Resolution, und zwar ihre beiden Teile in unlösbarem Zusammenhang genommen, der proletarischen Klassenpolitik in der nationalen Frage die einzig richtige Direktive gibt.

Gehen wir etwas ausführlicher auf die drei oben angeführten Standpunkte ein.

Bekanntlich waren Karl Marx und Friedrich Engels der Auffassung, daß es unbedingte Pflicht der gesamten westeuropäischen Demokratie und um so mehr der Sozialdemokratie ist, die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens aktiv zu unterstützen. Für die vierziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Epoche der bürgerlichen Revolution in Österreich und Deutschland, die Epoche der „Bauernreform“ in Rußland, war dieser Standpunkt durchaus richtig und der einzige konsequent demokratische und proletarische Standpunkt. Solange die Volksmassen Rußlands und der meisten slawischen Länder noch in tiefem Schlaf lagen, solange es in diesen Ländern *keine* selbständigen demokratischen Massenbewegungen *gab*, solange hatte die Befreiungsbewegung der *Schlachtschitzen* in Polen, vom Standpunkt nicht nur der gesamtrussischen, nicht nur der gesamtslawischen, sondern auch der gesamteuropäischen Demokratie aus gesehen, gewaltige, erstrangige Bedeutung.\*

\* Es wäre eine sehr interessante historische Arbeit, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Standpunkt eines polnischen aufständischen Schlachtschitzen von 1863, dem Standpunkt Tschernyschewskis, des Vertreters der gesamtrussischen revolutionären Demokratie, der auch (gleich Marx) die Bedeutung der polnischen Bewegung einzuschätzen wußte, und dem Standpunkt des viel später hervorgetretenen ukrainischen Kleinbürgers Dragomanow, der die Auffassung des Bauern zum Ausdruck brachte, der noch so barbarisch,

War dieser Marxsche Standpunkt für das zweite Drittel oder das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts völlig richtig, so hat er jedoch gegen das 20. Jahrhundert zu aufgehört, richtig zu sein. In den meisten slawischen Ländern und sogar in einem der rückständigsten slawischen Länder, in Rußland, sind selbständige demokratische Bewegungen und sogar eine selbständige proletarische Bewegung erwacht. Das Polen der Schlachtschützen ist verschwunden und hat einem Polen der Kapitalisten Platz gemacht. Unter diesen Umständen mußte Polen seine *Sonderstellung* in der revolutionären Bewegung verlieren.

Wenn die PPS (die „Polnische Sozialistische Partei“, die heutigen „Fracy“) im Jahre 1896 versuchte, den Standpunkt von Marx aus einer anderen Epoche zu „verewigen“, so hieß das bereits, den Buchstaben des Marxismus gegen den Geist des Marxismus ausspielen. Daher waren die polnischen Sozialdemokraten völlig im Recht, als sie gegen die nationalistischen Neigungen des polnischen Kleinbürgertums auftraten, die zweit-rangige Bedeutung der nationalen Frage für die polnischen Arbeiter aufzeigten, zum erstenmal eine rein proletarische Partei in Polen schufen und das überragend wichtige Prinzip des engsten Bündnisses des polnischen mit dem russischen Arbeiter in ihrem Klassenkampf verkündeten.

Bedeutete das aber, daß die Internationale am Anfang des 20. Jahrhunderts für Osteuropa und Asien das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen, ihr Recht auf Lostrennung, für überflüssig erklären durfte? Das wäre eine ungeheure Absurdität gewesen, die (theoretisch) gleichbedeutend damit gewesen wäre, die bürgerlich-demokratische Umgestaltung des türkischen, russischen, chinesischen Staates als abgeschlossen anzuerkennen, was (praktisch) einem Opportunismus gegenüber dem Absolutismus gleichgekommen wäre.

Nein. In Osteuropa und Asien muß in der Epoche der bereits begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolutionen, in der Epoche des Erwachens und der Verschärfung der nationalen Bewegungen, in der verschlafen, so mit seinem Misthaufen verwachsen war, daß er aus berechtigtem Haß gegen den polnischen Pan die Bedeutung des Kampfes dieser Pans für die gesamtrussische Demokratie nicht begreifen konnte. (Vgl. „Das historische Polen und die großrussische Demokratie“ von Dragomanow.) Dragomanow hat die verzückten Küsse durchaus verdient, mit denen ihn späterhin der schon zum Nationalliberalen gewordene Herr P. B. Struve belohnte.



Epoche des Entstehens selbständiger proletarischer Parteien, die Aufgabe dieser Parteien in der nationalen Politik eine zweifache sein: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen, denn die bürgerlich-demokratische Umgestaltung ist noch nicht abgeschlossen, denn die Arbeiterdemokratie verfährt konsequent, ernsthaft und aufrichtig, nicht auf liberale, nicht auf Kokoschkinsche Art, die Gleichberechtigung der Nationen – und ein enges unlösbares Bündnis im Klassenkampf der Proletarier aller in einem gegebenen Staate lebenden Nationen bei allen und jeglichen Wendungen in der Geschichte dieses Staates, bei allen und jeglichen Veränderungen der Grenzen einzelner Staaten durch die Bourgeoisie.

Eben diese zweifache Aufgabe des Proletariats wird in der Resolution der Internationale von 1896 formuliert. Eben dieser Art ist, in ihren prinzipiellen Grundzügen, die Resolution der Sommerberatung 1913 der Marxisten Rußlands. Es gibt Leute, denen es „widerspruchsvoll“ erscheint, daß diese Resolution in ihrem vierten Punkt, wo das Recht auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung anerkannt wird, dem Nationalismus sozusagen ein Maximum „einräumt“ (in Wirklichkeit enthält die Anerkennung des *Rechts aller Nationen auf Selbstbestimmung* ein Maximum an *Demokratismus* und ein Minimum an *Nationalismus*), im fünften Punkt aber die Arbeiter vor den nationalistischen Losungen warnt, von welcher Bourgeoisie sie auch kommen mögen, und die Vereinigung und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen in international einheitlichen proletarischen Organisationen fordert. Hier einen „Widerspruch“ zu entdecken, das vermögen nur ausgemachte Schwachköpfe, unfähig, beispielsweise zu begreifen, warum die Einheit und Klassensolidarität des schwedischen und norwegischen Proletariats *gewonnen* hat, als die schwedischen Arbeiter die Freiheit Norwegens, sich als selbständiger Staat loszutrennen, verteidigten.

#### 8. DER UTOPIST KARL MARX UND DIE PRAKTISCHE ROSA LUXEMBURG

Rosa Luxemburg, die die Unabhängigkeit Polens für eine „Utopie“ erklärt und dies bis zum Überdruß oft wiederholt, ruft dabei ironisch aus: Warum sollte man nicht die Forderung nach der Unabhängigkeit Irlands stellen?

Offenbar ist der „praktischen“ Rosa Luxemburg unbekannt, wie sich Karl Marx zur Frage der Unabhängigkeit Irlands verhalten hat. Es lohnt sich, darauf einzugehen, um die Analyse einer *konkreten* Forderung nach nationaler Unabhängigkeit vom wirklich marxistischen und nicht opportunistischen Standpunkt aus zu zeigen.

Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, „auf den Zahn zu fühlen“, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen.<sup>143</sup> Nachdem er Lopatin kennengelernt hat, schreibt er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Urteil über den jungen russischen Sozialisten, fügt dem jedoch hinzu:

„Schwacher Punkt: *Polen*. Hier spricht er ganz wie ein Engländer – say an English chartist of the old school“ [etwa wie ein englischer Chartist der alten Schule] „– von Irland.“<sup>144</sup>

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) *gemeinsam* ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der „Großmacht“-bourgeoisie.

Ehe wir uns den positiven Erklärungen von Marx über Irland zuwenden, muß vorausgeschickt werden, daß sich Marx und Engels zur nationalen Frage allgemein streng kritisch verhielten, sie als historisch bedingt einzuschätzen wußten. So schrieb Engels am 23. Mai 1851 an Marx, daß er durch das Studium der Geschichte zu pessimistischen Schlüssen hinsichtlich Polens gekommen sei, daß Polen zeitweilig, nur bis zur Agrarrevolution in Rußland, von Bedeutung sei. Die Rolle der Polen in der Geschichte sei, „tapfre krakeelsüchtige Dummheit“ zu spielen. „Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.“ In Rußland gebe es viel mehr Elemente der Zivilisation, der Bildung, der Industrie, des Bürgertums, als in dem „chevaleresk-bärenhäuternden Polen“. „Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw.“<sup>145</sup> Engels glaubt nicht an den Erfolg polnischer Adelsinsurrektionen.

Aber alle diese Gedanken, in denen so viel genialer Weitblick steckt, haben Engels und Marx nicht im geringsten gehindert, zwölf Jahre später, als Rußland immer noch schlief, Polen aber brodelte, den tiefsten und glühendsten Anteil an der polnischen Bewegung zu nehmen.

Im Jahre 1864, als Marx die Inauguraladresse für die Internationale verfaßte, schrieb er an Engels (am 4. November 1864), daß man gegen den Nationalismus Mazzinis kämpfen müsse. Marx schreibt: „Soweit in der Adresse International Politics“ [internationale Politik] „vorkommt, spreche ich von countries“ [Ländern], „nicht von nationalities“ [Nationalitäten] „und denunziere Rußland, nicht die *minores gentium*“ [kleineren Länder]. Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der „Arbeiterfrage“ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegungen ist seine Theorie himmelweit entfernt.

Es kam das Jahr 1866. Marx schreibt an Engels über die „Proudhonclique“ in Paris: Sie „erklärt... Nationalitäten für Unsinn, attackiert Bismarck und Garibaldi usw. Als Polemik gegen den Chauvinismus ist ihr Treiben nützlich und erklärlich. Aber als Proudhongläubige (meine hiesigen sehr guten Freunde Lafargue und Longuet gehören auch dazu), die meinen, ganz Europa müsse und werde still auf dem Hintern sitzen, bis die Herren in Frankreich ‚La misère et l’ignorance‘“ [„Das Elend und die Unwissenheit“] „abgeschafft,... sind sie grotesk.“ (Brief vom 7. Juni 1866.)

„Gestern“, schreibt Marx am 20. Juni 1866, „war im International Council“ [Internationalen Rat] „Debatte über die jetzige Kriegssache... Die Diskussion was wound up“ [schloß ab], „wie vorherzusehn, mit der ‚question of nationality‘“ [Nationalitätenfrage] „überhaupt und der Stellung, die wir dazu einzunehmen... Übrigens rückten die (*Nichtarbeiter*) Repräsentanten der ‚jeune France‘“ [des „jungen Frankreich“] „damit heraus, daß alle Nationalität und Nationen selbst ‚des préjugés surannés‘“ [veraltete Vorurteile] „sind. Proudhonisierter Stirnerianismus... die ganze Welt wartet, bis die Franzosen reif sind, eine soziale Revolution zu machen... Die Engländer lachten sehr, als ich meinen speech“ [Rede] „damit eröffnete, daß unser Freund Lafargue etc., der die Nationalitäten abgeschafft hat, uns ‚französisch‘, i. e. in einer Sprache angeredet, die <sup>9/10</sup> des Auditoriums nicht verstand. Ich deutete weiter an, daß gänzlich un-

bewußt er unter Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehn schein<sup>e</sup>.“<sup>116</sup>

Die Schlußfolgerung aus allen diesen kritischen Bemerkungen von Marx ist klar: Die Arbeiterklasse darf am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt *alle* Nationen zu selbständigem Leben. Sich aber, wenn nationale Massenbewegungen einmal entstanden sind, von ihnen abwenden, auf eine Unterstützung des Fortschrittlichen in ihnen verzichten, hieße in Wirklichkeit *nationalistischen* Vorurteilen unterliegen, nämlich: in der „eigenen“ Nation die „Musternation“ sehen (oder, fügen wir von uns aus hinzu, die Nation, die das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzt).\*

Aber kehren wir zur Frage Irland zurück.

Am klarsten kommt die Stellungnahme von Marx zu dieser Frage in folgenden Auszügen aus seinen Briefen zum Ausdruck:

„Diese Demonstration der englischen Arbeiter für Fenianismus habe ich auf alle Art zu provozieren gesucht . . . Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich halte sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag.“ Das schrieb Marx im Brief an Engels vom 2. November 1867.

Im Brief vom 30. November desselben Jahres fügte er hinzu:

„. . . was sollen wir den *englischen* Arbeitern raten? Nach meiner Ansicht müssen sie Repeal“ [Aufhebung] „der Union“ (Irlands mit England, d. h. die Lostrennung Irlands von England), „kurz den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt zu einem Artikel ihres Pronunziamento“ [Kampfprogramms] „machen. Es ist dies die einzig legale und daher einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer *englischen* Partei aufgenommen werden kann. Die Erfahrung muß später zeigen, ob die bloße Personalunion zwischen den 2 Ländern fortexistieren könnte . . .

Was die Irländer brauchen, ist:

\* Vgl. noch den Brief von Marx an Engels vom 3. Juni 1867: „Mit wahren Vergnügen aus der Pariser Korrespondenz der *Times* die polenfreundlichen Exklamationen der Pariser wider Alex[ander] etc. ersehnen. Herr Proudhon und seine kleine doktrinäre Clique sind nicht das French People“ [französische Volk].<sup>117</sup>

1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England.
2. Agrarische Revolution . . . "

Marx, der der irischen Frage ungeheure Wichtigkeit beimaß, hielt in einem Londoner deutschen Arbeiterverein einen anderthalbstündigen Vortrag über dieses Thema. (Brief vom 17. Dezember 1867.)<sup>118</sup>

Engels erwähnt in seinem Brief vom 20. November 1868 den „Haß gegen die Irländer unter den englischen Arbeitern“, und fast ein Jahr später (24. Oktober 1869) schreibt er, auf dasselbe Thema zurückkommend:

„Von Irland nach Rußland il n'y a qu'un pas“ [ist es nur ein Schritt] „. . . An der irischen Geschichte kann man sehen, welch ein Pech es für ein Volk ist, wenn es ein andres unterjocht hat. Alle englischen Schweineereien haben ihren Ursprung in der irischen Pale\*. Die Cromwellsche Zeit muß ich noch oxsen, so viel aber scheint mir gewiß, daß die Sache auch in England eine andre Wendung genommen, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen.“

Erwähnen wir beiläufig noch den Brief von Marx an Engels vom 18. August 1869:

„In Posen . . . haben die *polnischen* Arbeiter . . . siegreich einen strike beendet durch Hilfe ihrer Berliner Kollegen. Dieser Kampf gegen Monsieur le Capital – selbst in der untergeordneten Form des strike – wird anders mit den nationalen Vorurteilen fertig als die Friedensdeklamationen der Herrn Bourgeois.“<sup>119</sup>

Die von Marx in der Internationale vertretene Politik in der irischen Frage läßt sich aus folgendem ersehen:

Am 18. November 1869 schreibt Marx an Engels, daß er im Generalrat der Internationale eine Rede von ungefähr fünf Viertelstunden über das Verhalten des britischen Ministeriums zur irischen Amnestiefrage gehalten und dazu die folgende Resolution vorgeschlagen habe:

„Es wird erklärt,  
daß Herr Gladstone in seiner Antwort auf die irischen Forderungen nach Freilassung der eingekerkerten irischen Patrioten . . . die irische Nation bewußt beleidigt;

\* Von den Engländern zuerst unterworfenen Teil Irlands. *Der Übers.*

daß er die politische Amnestie an Bedingungen knüpft, die gleicherweise erniedrigend für die Opfer der Mißregierung wie für das Volk sind, dem sie angehören;

daß er, der trotz seiner verantwortlichen Stellung der Rebellion der amerikanischen Sklavenhalter öffentlich und begeistert Beifall gespendet hat, jetzt auftritt, um dem irischen Volk die Doktrin der passiven Unterwerfung zu predigen;

daß sein ganzes Verhalten in der irischen Amnestiefrage das wahre und echte Produkt jener ‚Eroberungspolitik‘ ist, durch deren leidenschaftliche Brandmarkung Herr Gladstone seine Tory-Rivalen aus dem Amt gedrängt hat;

daß der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation seiner Bewunderung Ausdruck gibt für die tapfere, entschlossene und hochherzige Art, in der das irische Volk seine Amnestiebewegung führt;

daß diese Resolutionen allen Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation und allen mit ihr in Verbindung stehenden Arbeitergesellschaften in Europa und Amerika zur Kenntnis gebracht werden sollen.“<sup>120</sup>

Am 10. Dezember 1869 schreibt Marx, er werde die irische Sache im Generalrat der Internationale in folgender Art vorbringen:

„... daß, ganz abgesehen von aller ‚internationalen‘ und ‚humanen‘ justice for Irland-Phrase“ [Gerechtigkeit für Irland] – „die sich im international council“ [Internationalen Rat] „von selbst versteht –, es *das direkte absolute Interesse der English Working Class* ist, to get rid of their present connexion with Ireland“ [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]. „Und dies ist meine vollste Überzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English Working Class ascendancy“ [Aufstieg der englischen Arbeiterklasse] „zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der New York Tribune“ (amerikanische Zeitung, an der Marx lange Zeit mitarbeitete) „vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die englische Working Class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland“ [ehe sie sich von Irland gelöst hat] „... die englische Reaktion in England wurzelt in der Unterjochung Irlands.“<sup>121</sup> (Hervorhebungen von Marx.)

Jetzt dürfte den Lesern die Marxsche Politik in der irischen Frage völlig klar sein.

Der „Utopist“ Marx ist so „unpraktisch“, für die Lostrennung Irlands einzutreten, die auch ein halbes Jahrhundert später nicht verwirklicht ist.

Wodurch wurde nun diese Marxsche Politik hervorgerufen, und war sie nicht ein Fehler?

Anfangs hatte Marx geglaubt, daß nicht die nationale Bewegung der unterdrückten Nation, sondern die Arbeiterbewegung in der unterdrückenden Nation Irland befreien werde. Marx macht aus den nationalen Bewegungen nichts Absolutes, denn er weiß, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse die volle Befreiung aller Nationalitäten bringen kann. Im voraus alle möglichen Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Nationen und der proletarischen Befreiungsbewegung in der unterdrückenden Nation in Betracht zu ziehen (gerade das Problem, das die nationale Frage im heutigen Rußland so schwierig macht), ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Umstände fügten sich jedoch so, daß die englische Arbeiterklasse auf recht lange Zeit unter den Einfluß der Liberalen geriet, ihr Nachtrab wurde und sich durch eine liberale Arbeiterpolitik selbst enthaupdete. Die bürgerliche Befreiungsbewegung in Irland erstarkte und nahm revolutionäre Formen an. Marx überprüft seine Auffassung und berichtigt sie. „Welch ein Pech ist es für ein Volk, wenn es ein andres unterjocht hat.“ Die Arbeiterklasse Englands wird sich nicht befreien, solange Irland nicht von der englischen Unterdrückung befreit ist. Die Reaktion in England wird gestärkt und genährt durch die Versklavung Irlands (wie die Reaktion in Rußland durch die Versklavung einer Reihe von Nationen genährt wird!).

Marx, der in der Internationale eine Sympathieresolution für die „irische Nation“, das „irische Volk“ zur Annahme bringt (der kluge L. Wl. hätte den armen Marx wegen Vergessens des Klassenkampfes wahrscheinlich in Grund und Boden gedonnert!), propagiert die *Lostrennung* Irlands von England, „obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag“.

Welches sind die theoretischen Prämissen dieser Marxschen Schlußfolgerung? In England ist die bürgerliche Revolution im allgemeinen längst abgeschlossen. In Irland aber ist sie noch nicht beendet; sie wird

erst jetzt, ein halbes Jahrhundert später, durch die Reformen der englischen Liberalen zu Ende geführt. Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamt nationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, ihr einen revolutionären Anstoß zu geben und sie im Interesse ihrer eigenen Freiheit zu Ende zu führen.

Die ökonomischen Bindungen Irlands mit England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren gewiß noch enger als die Bindungen Rußlands mit Polen, der Ukraine usw. Das „Unpraktische“ und die „Undurchführbarkeit“ einer Lostrennung Irlands (allein schon infolge der geographischen Verhältnisse und infolge der unermesslichen kolonialen Macht Englands) waren augenfällig. Obwohl grundsätzlicher Gegner des Föderalismus, will Marx in diesem Falle sogar einer Föderation\* zustimmen, wenn nur die Befreiung Irlands nicht auf reformistischem, sondern auf revolutionärem Wege erfolge, kraft der Bewegung der Volksmassen in Irland, unterstützt von der englischen Arbeiterklasse. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und für eine schnelle gesellschaftliche Entwicklung am günstigsten wäre.

Es kam anders. Sowohl das irische Volk als auch das englische Proletariat erwiesen sich als zu schwach. Erst jetzt wird die irische Frage in

\* Übrigens ist leicht zu begreifen, weshalb vom sozialdemokratischen Standpunkt aus unter Recht der Nationen auf „Selbstbestimmung“ weder eine Föderation noch Autonomie verstanden werden kann (obwohl, abstrakt gesprochen, das eine wie das andere unter den Begriff „Selbstbestimmung“ fällt). Recht auf Föderation ist überhaupt Unsinn, denn eine Föderation ist ein Vertrag zwischen zwei Partnern. Die Marxisten können unmöglich die Verteidigung des Föderalismus schlechthin in ihr Programm aufnehmen; davon kann gar nicht die Rede sein. Was die Autonomie anbelangt, so verteidigen die Marxisten nicht das „Recht auf“ Autonomie, sondern die Autonomie selbst als allgemeines, universales Prinzip eines demokratischen Staates mit bunter nationaler Zusammensetzung und schroffen Unterschieden in den geographischen u. a. Bedingungen. Daher wäre es ebenso unsinnig, das „Recht der Nationen auf Autonomie“ wie das „Recht der Nationen auf Föderation“ anzuerkennen.



einem kläglichen Schacher der englischen Liberalen mit der irischen Bourgeoisie *gelöst* (und das Beispiel Ulsters zeigt, wie schwer das geht) durch eine Bodenreform (mit Loskauf) und eine (bis jetzt noch nicht eingeführte) Autonomie. Was heißt das? Folgt daraus etwa, daß Marx und Engels „Utopisten“ waren, daß sie „undurchführbare“ nationale Forderungen stellten, daß sie dem Einfluß der irischen kleinbürgerlichen Nationalisten unterlagen (der kleinbürgerliche Charakter der Bewegung der „Fenier“ ist nicht zu bezweifeln) u. dgl. m.?

Nein. Marx und Engels betrieben auch in der irischen Frage eine konsequent proletarische Politik, die die Massen wirklich im Geist des Demokratismus und Sozialismus erzog. Nur diese Politik war geeignet, es sowohl Irland als auch England zu ersparen, daß die notwendigen Umgestaltungen ein halbes Jahrhundert verschleppt und durch die Liberalen der Reaktion zuliebe verunstaltet wurden.

Die Politik von Marx und Engels in der irischen Frage hat ein höchst bedeutsames Beispiel, das bis auf den heutigen Tag gewaltige *praktische* Bedeutung bewahrt hat, dafür gegeben, wie sich das Proletariat der unterdrückenden Nationen zu nationalen Bewegungen zu verhalten hat; sie hat gewarnt vor jener „knechtischen Eilfertigkeit“, mit der die Spießbürger aller Länder, Hautfarben und Sprachen bereit sind, jede Veränderung der Staatsgrenzen, die durch die Gewalttaten und die Privilegien der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie *einer* Nation gezogen worden sind, als „utopisch“ zu bezeichnen.

Hätte das irische und das englische Proletariat die Marxsche Politik nicht angenommen, die Lostrennung Irlands nicht als ihre Losung aufgestellt, so wäre das ihrerseits der schlimmste Opportunismus, ein Vergessen der Aufgaben eines Demokraten und Sozialisten, eine Konzession an die *englische* Reaktion und Bourgeoisie gewesen.

## 9. DAS PROGRAMM VON 1903 UND SEINE LIQUIDATOREN

Das Protokoll des Parteitags von 1903, auf dem das Programm der Marxisten Rußlands angenommen wurde, ist zu einer großen Seltenheit geworden, und die übergroße Mehrheit der heutigen Funktionäre der

Arbeiterbewegung kennt die Begründung für die einzelnen Programmpunkte nicht (um so weniger, als bei weitem nicht alle darauf bezügliche Literatur sich der Wohltaten der Legalität erfreut...). Deshalb ist es notwendig, darauf einzugehen, wie die uns interessierende Frage auf dem Parteitag von 1903 behandelt worden ist.

Wir bemerken vorweg, daß aus der russischen sozialdemokratischen Literatur über das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, wie dürftig sie auch sein mag, dennoch ganz klar zu ersehen ist, daß dieses Recht stets im Sinne des Rechts auf Lostrennung verstanden wurde. Die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch, die das anzweifeln, die den Paragraphen 9 als „unklar“ bezeichnen u. dgl. m., rasonieren nur aus krasser Unwissenheit oder Leichtfertigkeit über „Unklarheit“. Schon im Jahre 1902 schrieb Plechanow in der „Sarja“, als er für das „Selbstbestimmungsrecht“ im Programmwurf eintrat, daß diese für die bürgerlichen Demokraten unverbindliche Forderung „für die Sozialdemokraten verbindlich“ sei. „Ließen wir sie außer acht oder könnten wir uns nicht entschließen, sie zu erheben“, schrieb Plechanow, „aus Furcht, die nationalen Vorurteile unserer Landsleute großrussischer Abstammung zu verletzen, so würde der... Ruf... ‚Proletarier aller Länder, vereint euch!‘ auf unseren Lippen zu einer schändlichen Lüge werden.“<sup>122</sup>

Das ist eine sehr treffende Charakteristik des Hauptarguments für den zur Erörterung stehenden Punkt, so treffend, daß die „sich ihrer Herkunft nicht erinnernden“ Kritiker unseres Programms sie nicht umsonst ängstlich umgingen und umgehen. Ein Verzicht auf diesen Punkt, welche Motive man dafür auch vorschützen möge, bedeutet in *Wirklichkeit* ein „schändliches“ Zugeständnis an den *großrussischen Nationalismus*. Warum an den großrussischen, wo doch vom Selbstbestimmungsrecht *aller Nationen* die Rede ist? Weil es sich um die Lostrennung von den Großrussen handelt. Um der *Vereinigung der Proletarier* willen, um ihrer *Klassensolidarität* willen ist die Anerkennung des Rechts der *Nationen auf Lostrennung* erforderlich – das ist es, was Plechanow vor 12 Jahren in den zitierten Worten anerkannt hat; hätten unsere Opportunisten sich darüber Gedanken gemacht, so hätten sie wahrscheinlich nicht soviel Unsinn über die Selbstbestimmung geredet.

Auf dem Parteitag von 1903, wo dieser von Plechanow vertretene Programmwurf bestätigt wurde, konzentrierte sich die Hauptarbeit in

der *Programmkommission*. In ihr wurde leider kein Protokoll geführt. Und gerade in diesem Punkt wäre das Protokoll besonders interessant, denn *nur* in der Kommission versuchten die Vertreter der polnischen Sozialdemokraten, Warszawski und Hanecki, ihre Auffassungen zu vertreten und die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts“ anzufechten. Wollte ein Leser ihre Argumente (dargelegt in der Rede Warszawskis sowie in seiner und Haneckis Erklärung, S. 134–136 und S. 388–390 des Protokolls) mit den Argumenten Rosa Luxemburgs in ihrem von uns untersuchten polnischen Artikel vergleichen, so würde er finden, daß sie völlig identisch sind.

Wie wurden diese Argumente von der Programmkommission des II. Parteitags bewertet, in der vor allem Plechanow den polnischen Marxisten entgegentrat? Man hat diese Argumente grausam verspottet! Wie töricht das Ansinnen an die Marxisten *Rußlands* war, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu streichen, wurde so klar und einleuchtend dargelegt, daß die polnischen Marxisten *nicht einmal wagten, ihre Argumente vor dem Plenum des Parteitags zu wiederholen!!* Nachdem sie sich von der Hoffnungslosigkeit ihrer Stellung vor dem höchsten Forum der Marxisten, der großrussischen, der jüdischen, georgischen und armenischen, überzeugt hatten, verließen sie den Parteitag.

Diese historische Episode ist selbstverständlich für jeden von sehr großer Bedeutung, der sich für *sein* Programm ernsthaft interessiert. Die völlige Zerschlagung der Argumente der polnischen Marxisten in der Programmkommission des Parteitags und ihr Verzicht auf jeden Versuch, ihre Ansichten vor dem Plenum des Parteitags zu vertreten, sind eine außerordentlich kennzeichnende Tatsache. Nicht ohne Grund hat sich Rosa Luxemburg in ihrem Artikel vom Jahre 1908 darüber „bescheiden“ ausgesprochen – die Erinnerung an den Parteitag war offensichtlich allzu peinlich! Sie schwieg auch von dem bis zur Lächerlichkeit verunglückten „Verbesserungs“antrag zu Paragraph 9 des Programms, den Warszawski und Hanecki 1903 im Namen aller polnischen Marxisten gestellt hatten und den zu wiederholen sich weder Rosa Luxemburg noch andere polnische Sozialdemokraten je entschlossen haben (noch entschließen werden).

Hat aber Rosa Luxemburg, um ihre Niederlage vom Jahre 1903 zu verbergen, von diesen Tatsachen geschwiegen, so werden es sich die-

jenigen, die sich für die Geschichte ihrer Partei interessieren, angelegen sein lassen, diese Tatsachen zu erfahren und ihre Bedeutung zu erfassen.

„Wir beantragen“, schrieben Rosa Luxemburgs Freunde an den Parteitag von 1903, als sie ihn verließen, „dem 7. (jetzt 9.) Punkt des Programmentwurfs folgende Fassung zu geben: § 7: *Institutionen, die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren.*“ (Protokoll, S. 390.)

Die polnischen Marxisten vertraten also damals derartig unbestimmte Auffassungen von der nationalen Frage, daß sie *statt* der Selbstbestimmung im Grunde genommen nichts anderes vorschlugen als ein Pseudonym für die berüchtigte „national-kulturelle Autonomie“!

Das klingt fast unglaublich, ist aber leider eine Tatsache. Auf dem Parteitag selbst fand sich, obwohl es dort fünf Bundisten mit fünf Stimmen und drei Kaukasier mit sechs Stimmen gab, ohne die beratende Stimme Kostrows zu rechnen, *nicht eine einzige Stimme für die Streichung* des Punkts über die Selbstbestimmung. Für eine Ergänzung dieses Punkts durch die „national-kulturelle Autonomie“ (für die Formel Goldblatts: „Gründung von Institutionen, die den Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“) sprachen sich drei und für die Libersche Formel („Recht auf Freiheit ihrer – der Nationen – kulturellen Entwicklung“) vier Delegierte aus.

Jetzt, da eine russische liberale Partei, die Partei der Kadetten, auf der Bildfläche erschienen ist, wissen wir, daß in *ihrem* Programm die politische Selbstbestimmung der Nationen durch die „kulturelle Selbstbestimmung“ ersetzt ist. Die polnischen Freunde Rosa Luxemburgs, die gegen den Nationalismus der PPS „kämpften“, taten das also mit derartigem Erfolg, daß sie beantragten, das marxistische Programm durch ein *liberales* Programm zu ersetzen! Und dabei beschuldigten sie unser Programm noch des Opportunismus – ist es da verwunderlich, daß diese Beschuldigung in der Programmkommission des II. Parteitags nur Gelächter hervorrief!

In welchem Sinne wurde die „Selbstbestimmung“ von den Delegierten des II. Parteitags verstanden, unter denen sich, wie wir gesehen haben, *kein einziger* fand, der gegen die „Selbstbestimmung der Nationen“ gewesen wäre?

Davon legen die nachstehenden drei Zitate aus dem Protokoll Zeugnis ab:

„Martynow ist der Ansicht, daß man das Wort ‚Selbstbestimmung‘ nicht in weitem Sinne auslegen darf; es bedeutet nur das Recht der Nation auf Absonderung zu einer besonderen politischen Einheit, keineswegs aber eine Gebiets selbstverwaltung.“ (S. 171.) Martynow war Mitglied der Programmkommission, in der die Argumente der Freunde Rosa Luxemburgs widerlegt und verlacht wurden. Seinen Auffassungen nach war Martynow damals Ökonomist, heftiger Gegner der „Iskra“, und ihm wäre, falls er eine von der Mehrheit der Programmkommission nicht geteilte Meinung geäußert hätte, natürlich widersprochen worden.

Als nach der Kommissionsarbeit der Paragraph 8 (jetzt Paragraph 9) des Programms auf dem Parteitag erörtert wurde, nahm als erster der Bundist Goldblatt das Wort.

„Gegen das ‚Selbstbestimmungsrecht‘“, sagte Goldblatt, „ist nichts einzuwenden. Falls irgendeine Nation für die Selbständigkeit kämpft, darf man sich dem nicht widersetzen. Wenn Polen keine Lust hat, eine gesetzliche Ehe mit Rußland einzugehen, so soll man es in Ruhe lassen, wie sich Gen. Plechanow ausgedrückt hat. In diesem Rahmen stimme ich dieser Meinung zu.“ (S. 175/176.)

Plechanow hat in der Plenarsitzung des Parteitags zu diesem Punkt überhaupt nicht das Wort genommen. Goldblatt bezieht sich auf Äußerungen Plechanows in der Programmkommission, wo das „Selbstbestimmungsrecht“ ausführlich und populär im Sinne des Rechts auf Lostrennung erläutert worden war. Liber, der nach Goldblatt sprach, bemerkte:

„Natürlich, wenn irgendeine Nationalität nicht innerhalb der Grenzen Rußlands leben kann, so wird ihr die Partei keine Hindernisse bereiten.“ (S. 176.)

Der Leser sieht, daß es auf dem II. Parteitag, der das Programm angenommen hat, nur die eine Meinung gab, daß Selbstbestimmung „nur“ das Recht auf Lostrennung bedeutet. Sogar die Bundisten machten sich damals diese Wahrheit zu eigen, und erst in unserer traurigen Zeit der fortdauernden Konterrevolution und des „Lossagens“ aller Art haben sich Leute gefunden, die mit dreister Ignoranz das Programm als „unklar“ bezeichnen. Aber bevor wir auf diese traurigen „Auch-Sozialdemo-

kraten“ Zeit verwenden, wollen wir mit dem Verhalten der Polen zum Programm zu Ende kommen.

Zum zweiten Parteitag (1903) kamen sie mit einer Erklärung über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Vereinigung. Sie verließen jedoch nach ihrem „Mißerfolg“ in der Programmkommission den Parteitag, und ihr *letztes Wort* war die schriftliche Erklärung, die im Parteitagsprotokoll abgedruckt ist und den obenerwähnten Vorschlag enthält, die Selbstbestimmung durch die national-kulturelle Autonomie zu *ersetzen*.

Im Jahre 1906 traten die polnischen Marxisten der Partei bei, dabei haben sie *niemals*, weder bei ihrem Eintritt noch später (weder auf dem Parteitag 1907 noch auf den Konferenzen 1907 und 1908, noch auf dem Plenum 1910), auch nur einen einzigen Antrag auf Abänderung des Paragraphen 9 des russischen Programms *eingebracht!!*

Das ist Tatsache.

Und diese Tatsache beweist deutlich, entgegen allen Phrasen und Beteuerungen, daß die Freunde Rosa Luxemburgs mit den Debatten in der Programmkommission des II. Parteitags und dem Beschluß dieses Parteitags die Frage als erschöpft betrachteten, daß sie schweigend ihren Fehler einsahen und ihn wiedergutmachten, als sie 1906, nachdem sie 1903 den Parteitag verlassen hatten, in die Partei eintraten, ohne jemals den Versuch zu machen, auf dem *Parteiwege* die Frage einer Revision des Paragraphen 9 aufzurollen.

Rosa Luxemburgs Artikel, von ihr gezeichnet, ist 1908 erschienen – selbstverständlich ist es keinem Menschen je in den Sinn gekommen, den Parteipublizisten das Recht auf Kritik am Programm abzusprechen –, und auch *nach* diesem Artikel hat *keine einzige* offizielle Instanz der polnischen Marxisten die Frage einer Revision des Paragraphen 9 aufgeworfen.

Daher erweist Trotzki manchen Verehrern Rosa Luxemburgs einen wahren Bärendienst, wenn er in Nr. 2 der „Borba“ (März 1914) im Namen der Redaktion schreibt:

„Die polnischen Marxisten sind der Ansicht, daß das ‚Recht auf nationale Selbstbestimmung‘ jedes politischen Gehalts bar und aus dem Parteiprogramm zu entfernen ist.“ (S. 25.)

Ein diensteifriger Trotzki ist gefährlicher als ein Feind! *Nichts* anderem als „Privatgesprächen“ (d. h. einfach dem Klatsch, von dem Trotzki stets

lebt) konnte er Beweise dafür entnehmen, daß die „polnischen Marxisten“ schlechthin mit jedem Artikel Rosa Luxemburgs einverstanden sind. Trotzki hat die „polnischen Marxisten“ als Leute ohne Ehre und Gewissen hingestellt, die nicht einmal ihre eigene Überzeugung und das Programm ihrer Partei zu achten wissen. Ein diensteifriger Trotzki!

Als die Vertreter der polnischen Marxisten im Jahre 1903 wegen des Selbstbestimmungsrechts den II. Parteitag verließen, damals hätte Trotzki sagen können, daß sie der Auffassung waren, dieses Recht sei jedes Gehalts bar und aus dem Programm zu entfernen.

Danach aber sind die polnischen Marxisten in die Partei eingetreten, die ein solches Programm hat, und haben niemals einen Antrag auf seine Revision eingebracht.\*

Warum hat Trotzki diese Tatsachen den Lesern seiner Zeitschrift verschwiegen? Nur weil es für ihn vorteilhaft ist, auf die Schürung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen und den russischen Gegnern des Liquidarentums zu spekulieren und die russischen Arbeiter in der Programmfrage zu betrügen.

Noch niemals, in keiner einzigen bedeutsamen Frage des Marxismus, hatte Trotzki eine feste Meinung, stets „kroch er in die Spalten“ zwischen den verschiedenen Meinungen und pendelte von einer Seite zur anderen. Gegenwärtig befindet er sich in der Gesellschaft der Bundisten und Liquidatoren. Nun, und diese Herren machen mit der Partei nicht viel Umstände.

Man höre den Bundisten Libman:

„Als die Sozialdemokratie Rußlands“, schreibt dieser Gentleman, „vor 15 Jahren den Punkt über das Recht jeder Nationalität auf ‚Selbstbestimmung‘ in ihr Programm aufnahm, da fragte sich jedermann (!), was denn eigentlich

---

\* Man teilt uns mit, daß die polnischen Marxisten an der Sommerberatung der Marxisten Rußlands 1913 nur mit beratender Stimme teilgenommen und sich an der Abstimmung in der Frage des Rechts auf Selbstbestimmung (auf Lostrennung) überhaupt nicht beteiligt haben, wobei sie sich gegen dieses Recht im allgemeinen aussprachen. Selbstverständlich hatten sie das volle Recht, so vorzugehen und nach wie vor in Polen gegen dessen Lostrennung zu agitieren. Aber das ist nicht ganz dasselbe, wovon Trotzki spricht, denn die polnischen Marxisten haben nicht gefordert, den Paragraphen 9 „aus dem Programm zu entfernen“.

dieser Modeausdruck (!!) bedeute? Eine Antwort gab es darauf nicht (!!). Dieses Wort blieb (!!) nebelhaft. In der Tat war es damals schwer, diesen Nebel zu zerstreuen. Die Zeit, da man diesen Punkt konkretisieren könnte, ist noch nicht gekommen – sagte man damals –, soll er jetzt nebelhaft (!!) bleiben, das Leben selbst wird zeigen, welcher Inhalt in diesen Punkt hineinzulegen ist.“

Ist es nicht großartig, wie dieser „Knabe ohne Hosen“<sup>123</sup> mit dem Parteiprogramm seinen Spott treibt?

Und warum treibt er seinen Spott?

Nur weil er ein völliger Ignorant ist, der nichts studiert, nicht einmal etwas über die Parteigeschichte gelesen hat, sondern einfach unter die Liquidatoren geraten ist, wo es „zum guten Ton gehört“, in Fragen der Partei und der Parteiideologie durch nichts beschwert zu sein.

Bei Pomjalowski prahlt ein Seminarist damit, daß er „in ein Krautfäß gespuckt“ habe. Die Herren Bundisten sind weiter gekommen. Sie lassen die Libman los, damit besagte Gentlemen öffentlich in das eigene Faß spucken. Daß es einen Beschluß eines internationalen Kongresses gegeben hat, daß auf dem Parteitag der eigenen Partei zwei Vertreter des eigenen „Bund“ vollauf die Fähigkeit an den Tag legten (und was waren das doch für „strenge“ Kritiker und entschiedene Gegner der „Iskra“!), den Sinn der „Selbstbestimmung“ zu begreifen, und ihr sogar zugestimmt haben – was geht das alles die Herren Libman an? Und wird es nicht leichter sein, die Partei zu liquidieren, wenn die „Parteipublizisten“ (Spaß beiseite!) mit der Geschichte und dem Programm der Partei auf Seminaristenart umgehen werden?

Hier ist der zweite „Knabe ohne Hosen“, Herr Jurkewitsch vom „Dswin“. Herr Jurkewitsch hatte wahrscheinlich das Protokoll des II. Parteitags in Händen, denn er zitiert die von Goldblatt wiedergegebenen Worte Plechanows und zeigt sich mit der Tatsache vertraut, daß Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung bedeuten kann. Aber das hindert ihn nicht, unter dem ukrainischen Kleinbürgertum die Verleumdung gegen die russischen Marxisten zu verbreiten, sie träten für die „staatliche Unversehrtheit“ Rußlands ein (1913, Nr. 7/8, S. 83 u. a.). Gewiß, um die ukrainische Demokratie der großrussischen zu entfremden, hätten sich die Herren Jurkewitsch keine bessere Methode ausdenken können als diese Verleumdung. Diese Entfremdung aber liegt in der Linie der ganzen Politik der Literatengruppe um den „Dswin“, die eine



*Absonderung der ukrainischen Arbeiter in eine besondere nationale Organisation propagiert!\**

Einer Gruppe nationalistischer Kleinbürger, die das Proletariat spalten – eben das ist die objektive Rolle des „Dswin“ –, steht es natürlich durchaus an, heillose Konfusion in der nationalen Frage zu verbreiten. Es versteht sich von selbst, daß die Herren Jurkewitsch und Libman – die „furchtbar“ gekränkt sind, wenn man von ihnen sagt, daß sie „an der Peripherie der Partei“ stehen – kein Wort, buchstäblich kein Sterbenswörtchen darüber gesagt haben, wie sie denn im Programm die Frage des Rechts auf Lostrennung lösen wollten.

Und nun der dritte und wichtigste „Knabe ohne Hosen“, Herr Semkowski, der in den Spalten der Liquidatorenzeitung vor dem großrussischen Publikum den Paragraphen 9 des Programms „zerpflückt“ und gleichzeitig erklärt, daß er „aus gewissen Erwägungen nicht für den Vorschlag ist“, diesen Paragraphen zu streichen!!

Unglaublich, aber Tatsache.

Im August 1912 rollt die Liquidatorenkonferenz offiziell die nationale Frage auf. In anderthalb Jahren erscheint, außer dem Artikel des Herrn Semkowski, kein einziger Artikel über die Frage des Paragraphen 9. Und in diesem Artikel *bekämpft* sein Verfasser das Programm, ist aber „aus gewissen“ (wohl eine geheimzuhaltende Krankheit?) „Erwägungen nicht für“ den Vorschlag, es zu verbessern!! Garantiert findet man auf der ganzen Welt nicht leicht Beispiele eines ähnlichen Opportunismus, ja schlimmer als Opportunismus, des Lossagens von der Partei, der Liquidierung der Partei.

Welcherart die Argumente Semkowskis sind, dafür genügt ein Beispiel:

„Was wäre“, schreibt er, „wenn das polnische Proletariat gewillt wäre, im Rahmen eines Staates gemeinsam mit dem gesamten Proletariat Rußlands den Kampf zu führen, während dagegen die reaktionären Klassen der polnischen Gesellschaft Polen von Rußland trennen wollten und bei einem Referendum (allgemeine Volksbefragung) dafür die Mehrheit der Stimmen bekämen:

---

\* Vgl. besonders das Vorwort des Herrn Jurkewitsch zu dem Buch von Herrn Lewinski „Naris rosmitku ukrainskoho robitnitschoho ruchu w Galitschini“, Kiew 1914. (Abriß der Entwicklung der ukrainischen Arbeiterbewegung in Galizien, Kiew 1914. Die Red.)

Müßten wir russischen Sozialdemokraten im zentralen Parlament gemeinsam mit unseren polnischen Genossen *gegen* die Lostrennung oder, um das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ nicht zu verletzen, *für* die Lostrennung stimmen?“ („Nowaja Rabotschaja Gaseta“ Nr. 71.)

Daraus ist ersichtlich, daß Herr Semkowski nicht einmal begreift, *wovon die Rede ist!* Er hat nicht bedacht, daß das Recht auf Lostrennung voraussetzt, daß die Frage gerade *nicht* durch das zentrale Parlament, sondern nur durch das Parlament (Landtag, Referendum u. dgl. m.) *des sich lostrennenden* Gebiets entschieden wird.

Durch das kindische Bedenken „was wäre“, wenn in der Demokratie die Mehrheit für die Reaktion wäre, wird die Frage der wirklichen, echten, lebendigen Politik verschleiert, *wo sowohl* die Purischkewitsch *als auch* die Kokoschkin schon den bloßen Gedanken an Lostrennung für verbrecherisch halten! Wahrscheinlich sollen die Proletarier *ganz* Rußlands heute nicht gegen die Purischkewitsch und Kokoschkin, sondern sie beiseite lassend gegen die reaktionären Klassen Polens den Kampf führen!!

Und dergleichen unglaublicher Unsinn wird im Organ der Liquidatoren verzapft, in dem Herr L. Martow einer der ideologischen Führer ist. Derselbe L. Martow, der den Programmentwurf mit verfaßt und ihn im Jahre 1903 mit durchgebracht hat, der auch später noch die Freiheit der Lostrennung schriftlich verteidigt hat. L. Martow urteilt jetzt offenbar nach der Regel:

Das zu tun genügt ein Tor,  
Schickt nur ruhig Read vor,  
Und ich indes schau zu.<sup>126</sup>

Er schickt Read-Semkowski vor und erlaubt ihm, in einer Tageszeitung, vor neuen Leserschichten, die unser Programm nicht kennen, es zu verdrehen und endlos Verwirrung zu stiften!

Ja, ja, das Liquidatorentum hat es weit gebracht – von Parteigeist ist bei sehr vielen sogar angesehenen früheren Sozialdemokraten nicht die Spur mehr geblieben.

Rosa Luxemburg darf man natürlich nicht mit den Libman, Jurkewitsch oder Semkowski auf eine Stufe stellen, aber die Tatsache, daß sich gerade derartige Leute an ihren Fehler klammern, beweist mit besonderer Deutlichkeit, welchem Opportunismus sie verfallen ist.

## 10. SCHLUSS

Ziehen wir das Fazit.

Vom Standpunkt der marxistischen Theorie im allgemeinen bietet die Frage des Selbstbestimmungsrechts keine Schwierigkeiten. Ernsthaft kann die Rede weder davon sein, die Londoner EntschlieÙung von 1896 anzufechten, noch davon, die Tatsache zu bestreiten, daß unter Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung zu verstehen ist, oder die Tatsache, daß die Bildung selbständiger Nationalstaaten eine Tendenz aller bürgerlich-demokratischen Umwälzungen ist.

Schwierigkeiten entstehen bis zu einem gewissen Grade dadurch, daß in Rußland das Proletariat der unterdrückten Nationen und das Proletariat der unterdrückenden Nation Seite an Seite kämpfen und kämpfen müssen. Die Einheit des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus zu wahren, allen von der Bourgeoisie und den Schwarzhundertern ausgehenden Einflüssen des Nationalismus zu widerstehen – darin besteht die Aufgabe. Bei den unterdrückten Nationen führt die Formierung des Proletariats zu einer selbständigen Partei mitunter zu einem so erbitterten Kampf gegen den Nationalismus der betreffenden Nation, daß sich die Perspektive verzerrt und der Nationalismus der unterdrückenden Nation vergessen wird.

Aber eine solche Verzerrung der Perspektive ist nur auf kurze Zeit möglich. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes der Proletarier verschiedener Nationen zeigt nur zu klar, daß wir die politischen Fragen nicht vom „Krakauer“, sondern vom gesamtrussischen Gesichtspunkt aus stellen müssen. In der gesamtrussischen Politik aber herrschen die Puriskewitsch und Kokoschkin. Ihre Ideen herrschen, ihre Hetze gegen die Fremdstämmigen wegen des „Separatismus“, wegen der Gedanken an eine Lostrennung wird in der Duma, in den Schulen, in den Kirchen, in den Kasernen, in Hunderten und Tausenden von Zeitungen propagiert und betrieben. Und dieses großrussische Gift des Nationalismus durchdringt die gesamte politische Atmosphäre in ganz Rußland. Es ist das Pech des Volkes, daß es, indem es andere Völker unterjocht, die Reaktion in ganz Rußland stärkt. Die Erinnerungen an die Jahre 1849 und 1863 stellen eine lebendige politische Tradition dar, die, wenn nicht Stürme von sehr großem Ausmaß hereinbrechen, noch lange Jahrzehnte jede

demokratische und insbesondere jede sozialdemokratische Bewegung zu erschweren droht.

Wie natürlich mitunter der Standpunkt mancher Marxisten der unterdrückten Nationen auch scheinen mag (deren „Pech“ zuweilen darin besteht, daß die Bevölkerungsmassen durch die Idee „ihrer“ nationalen Befreiung verblendet sind), so steht es in *Wirklichkeit*, auf Grund des objektiven Verhältnisses der Klassenkräfte in Rußland, doch außer Zweifel, daß der Verzicht auf die Verfechtung des Selbstbestimmungsrechts dem schlimmsten Opportunismus, einer Infizierung des Proletariats mit den Ideen der Kokoschkin gleichkommt. Diese Ideen aber sind im Grunde die Ideen und die Politik der Purischkewitsch.

Konnte also der Gesichtspunkt Rosa Luxemburgs anfänglich noch als eine für Polen, für „Krakau“ spezifische enge Sicht\* entschuldigt werden, so wird heute, wo der Nationalismus, und besonders der großrussische Regierungsnationalismus, überall erstarkt, wo er die Politik bestimmt, eine derart enge Sicht bereits unverzeihlich. In der Tat klammern sich daran die Opportunisten aller Nationen, die vor der Idee der „Stürme“ und „Sprünge“ zurückscheuen, die die bürgerlich-demokratische Umwälzung als abgeschlossen ansehen und dem Kokoschkinschen Liberalismus nachstreben.

Der großrussische Nationalismus durchläuft wie jeder Nationalismus verschiedene Phasen, je nach der Vorherrschaft dieser oder jener Klassen in einem bürgerlichen Lande. Bis 1905 kannten wir fast nur Nationalreaktionäre. Nach der Revolution kamen bei uns die *Nationalliberalen* auf.

Auf diesem Standpunkt stehen bei uns faktisch sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten (Kokoschkin), d. h. die ganze heutige Bourgeoisie.

---

\* Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Anerkennung des *Rechts* der Nationen auf Lostrennung durch die Marxisten ganz Rußlands und in erster Linie durch die großrussischen keineswegs ausschließt, daß die Marxisten dieser oder jener unterdrückten Nation gegen die Lostrennung *agitieren*, so wie die Anerkennung des Rechts auf Ehescheidung die Agitation gegen die Scheidung in diesem oder jenem Falle nicht ausschließt. Wir glauben daher, daß unvermeidlich die Zahl der polnischen Marxisten zunehmen wird, die über den nichtbestehenden „Widerspruch“ lachen werden, der von Semkowski und Trotzki jetzt „aufgewärmt“ wird.

Im weiteren aber ist das Aufkommen von großrussischen Nationaldemokraten *unvermeidlich*. Einer der Gründer der „volkssozialistischen“ Partei, Herr Peschechonow, brachte diesen Standpunkt schon zum Ausdruck, als er (im Augustheft des „Russkoje Bogatstwo“, Jahrgang 1906) zur Vorsicht gegenüber den nationalistischen Vorurteilen des Bauern ermahnte. Wie sehr man uns Bolschewiki auch wegen der angeblichen „Idealisierung“ des Bauern verleumden möge, so haben wir doch stets streng unterschieden und werden unterscheiden zwischen dem bauerlichen Urteil und dem bauerlichen Vorurteil, zwischen dem Demokratismus des Bauern, der gegen Purischkewitsch gerichtet ist, und dem Bestreben des Bauern, mit den Pfaffen und Gutsbesitzern friedlich auszukommen.

Mit dem Nationalismus der großrussischen Bauern muß die proletarische Demokratie schon jetzt rechnen (nicht im Sinne von Zugeständnissen, sondern im Sinne des Kampfes), und sie wird vermutlich noch ziemlich lange mit ihm zu rechnen haben.\* Das Erwachen des Nationalismus bei den unterdrückten Nationen, das sich nach 1905 so stark geltend machte (wir erinnern nur an die Gruppe der „Autonomisten-Föderalisten“ in der I. Duma, an das Anwachsen der ukrainischen Bewegung, der mohammedanischen Bewegung usw.), wird unvermeidlich ein Erstarken des Nationalismus beim großrussischen Kleinbürgertum in Stadt und Land hervorrufen. Je langsamer die demokratische

\* Es wäre interessant zu verfolgen, wie sich z. B. der Nationalismus in Polen modifiziert, der sich aus einem Nationalismus der Schlachta in einen bürgerlichen und dann in einen bauerlichen verwandelt. Ludwig Bernhard, der selbst auf dem Standpunkt eines deutschen Kokoschkin steht, beschreibt in seinem Buch „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat“ (es ist eine russische Übersetzung vorhanden) eine außerordentlich charakteristische Erscheinung: die Bildung einer Art von „Bauernrepublik“ der Polen in Deutschland in Form eines engen Zusammenschlusses aller möglichen genossenschaftlichen und sonstigen Verbände der *polnischen* Bauern im Kampfe für die Nationalität, die Religion, für die „polnische“ Erde. Die deutsche Unterdrückung schloß die Polen zusammen, sonderte sie ab und erzeugte den Nationalismus zuerst der Schlachta, dann des Bourgeois, schließlich der Bauernmasse (besonders seit dem 1873 begonnenen Feldzug der Deutschen gegen die polnische Sprache in den Schulen). Dahin treiben die Dinge auch in Rußland, und zwar nicht nur in bezug auf Polen allein.

Umgestaltung Rußlands vor sich geht, um so hartnäckiger, gröber und erbitterter werden die nationale Hetze und der nationale Hader zwischen der Bourgeoisie in den verschiedenen Nationen. Dabei wird der besonders reaktionäre Charakter der russischen Purischkewitsch bei diesen oder jenen unterdrückten Nationen, die sich manchmal in den Nachbarstaaten weit größerer Freiheit erfreuen, „separatistische“ Bestrebungen hervorrufen (bzw. verstärken).

Diese Lage der Dinge stellt das Proletariat Rußlands vor eine zweifache oder, richtiger, zweiseitige Aufgabe: Kampf gegen jeden Nationalismus und in erster Linie gegen den großrussischen Nationalismus; Anerkennung nicht nur der Gleichberechtigung aller Nationen im allgemeinen, sondern auch der Gleichberechtigung hinsichtlich der staatlichen Konstituierung, d. h. des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung; und gleichzeitig damit, eben im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen jeglichen Nationalismus aller Nationen, Verteidigung der Einheit des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisationen, ihrer engsten Verschmelzung in einer internationalen Gemeinschaft, entgegen den bürgerlichen Bestrebungen nach nationaler Absonderung.

Volle Gleichberechtigung der Nationen; Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen – dieses nationale Programm lehrt die Arbeiter der Marxismus, lehrt die Erfahrung der ganzen Welt und die Erfahrung Rußlands.

Der Artikel war schon gesetzt, als ich Nr. 3 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ erhielt, in der Herr Wl. Kossowski über die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen schreibt:

„Mechanisch aus der Resolution des I. Parteitags (1898) übernommen, der es seinerseits den Entschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse entlehnt hatte, wurde es vom Parteitag 1903, wie aus den Debatten ersichtlich ist, in dem gleichen Sinne aufgefaßt, den die sozialistische Internationale ihm gegeben hatte: im Sinne der politischen Selbstbestimmung, d. h. der Selbstbestimmung der Nation in der Richtung der politischen Selbständigkeit. Die Formel der nationalen Selbstbestimmung, die das Recht auf territoriale Absonderung bedeutet, berührt also überhaupt nicht die Frage, wie innerhalb eines bestimmten Staatsorganismus die nationalen Beziehungen für jene Na-

tionalitäten zu regeln sind, die aus dem bestehenden Staat nicht austreten können oder wollen.“

Hieraus ist ersichtlich, daß Herr Wl. Kossowski das Protokoll des II. Parteitags von 1903 in Händen hatte und den wirklichen (und einzigen) Sinn des Begriffs der Selbstbestimmung sehr wohl kennt. Dem stelle man die Tatsache gegenüber, daß die Redaktion der bundistischen Zeitung „Zait“ Herrn Libman vorschickt, damit er mit dem Programm seinen Spott treibe und es als unklar bezeichne!! Merkwürdige „Partei“-sitten haben die Herren Bundisten . . . Weshalb Kossowski die Annahme der Selbstbestimmung durch den Parteitag ein *mechanisches* Übernehmen nennt, das „weiß Allah“. Es gibt eben Leute, die „das Bedürfnis haben, zu widersprechen“, aber was, wie, warum, wozu, dazu reicht es bei ihnen nicht.

## DIE METHODEN DES KAMPFES DER BÜRGERLICHEN INTELLEKTUELLEN GEGEN DIE ARBEITER

In allen kapitalistischen Ländern der Welt bringt die Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterbewegung und die Arbeiterparteien zwei Methoden zur Anwendung. Die erste Methode besteht in Gewalt, Verfolgungen, Verboten, Unterdrückung. Das ist im Grunde genommen eine Methode aus der Zeit der Fronherrschaft, aus dem Mittelalter. Überall – in den fortgeschrittenen Ländern weniger, in den zurückgebliebenen mehr – gibt es Schichten und Gruppen der Bourgeoisie, die dieser Methode den Vorzug geben, und in gewissen, besonders kritischen Momenten des Kampfes der Arbeiter gegen die Lohnklaverei vereint diese Methode die *gesamte* Bourgeoisie, alle ihre Schichten. Beispiele solcher historischer Momente liefern uns der Chartismus in England und die Jahre 1849 und 1871 in Frankreich.

Die andere Methode der Bourgeoisie im Kampf gegen die Bewegung besteht in der Spaltung der Arbeiterschaft, in der Desorganisierung ihrer Reihen, in der Bestechung einzelner Vertreter oder einzelner Gruppen des Proletariats, um sie auf die Seite der Bourgeoisie hinüberzuziehen. Die Methoden dieser Art sind keine frönherrlichen, sondern *rein* bürgerliche, moderne, sie entsprechen den entwickelten und zivilisierten Zuständen des Kapitalismus, entsprechen dem demokratischen System.

Denn das demokratische System ist eine Art der bürgerlichen Ordnung, es ist die reinste und vollkommenste bürgerliche Ordnung, wo sich neben maximaler Freiheit, Ausdehnung und Klarheit des Klassenkampfes ein Maximum an Schlichen, Kniffen, Listen und „ideologischer“ Einwirkung der Bourgeoisie auf die Lohnsklaven zum Zwecke ihrer Ablenkung vom Kampf gegen die Lohnklaverei beobachten läßt.



In Rußland überwiegen, entsprechend seiner grenzenlosen Zurückgebliebenheit, bei weitem die fröhlichen Methoden des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung. Seit dem Jahre 1905 zeigt sich jedoch bereits ein sehr großer „Fortschritt“ in der Anwendung von liberalen und demokratischen Methoden des Betrugs und der Demoralisierung der Arbeiter. Zu den liberalen Methoden gehören z. B. das Anwachsen des Nationalismus, die verstärkten Bemühungen um Auffrischung und Belebung der Religion „für das Volk“ (sowohl direkt als auch indirekt in Form der Entwicklung der idealistischen, kantianischen und machistischen Philosophie), die „Fortschritte“ der bürgerlichen Theorien in der politischen Ökonomie (Vereinigung mit der Arbeitstheorie oder Ersetzung jener durch diese) usw. usf.

Zu den demokratischen Methoden der Verdummung der Arbeiter und ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie gehören die Methoden der Liquidatoren, der Volkstümler und der Kadetten. Gerade darauf wollen wir im vorliegenden Artikel die Aufmerksamkeit des Lesers lenken, wozu uns einige aktuelle Ereignisse *an der Peripherie* der Arbeiterbewegung Anlaß geben.

## 1. DAS BÜNDNIS DER LIQUIDATOREN UND DER VOLKSTÜMLER GEGEN DIE ARBEITER

Man sagt, die Geschichte liebe die Ironie, liebe es, mit den Menschen Späße zu treiben. Man wollte in ein Zimmer – und geriet in ein anderes. Dies pflegt in der Geschichte stets und ständig mit Leuten, Gruppen und Richtungen vorzukommen, die ihr wahres Wesen nicht verstanden, nicht erkannt haben, das heißt sich nicht bewußt geworden sind, zu *welchen Klassen sie in Wirklichkeit* (und nicht in ihrer Einbildung) hinneigen. Ob dieses Nichtverstehen aufrichtig oder geheuchelt ist, das ist eine Frage, die den Biographen dieser oder jener Persönlichkeit interessieren mag: für den Politiker aber ist das jedenfalls eine zweitrangige Frage.

Wesentlich ist, wie Geschichte und Politik die Grüppchen und Richtungen *entlarven* und ihr unter der „auch-sozialistischen“ oder „auch-marxistischen“ Phrase verborgenes bürgerliches Wesen bloßlegen. In der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen hielten sich überall,

in der ganzen Welt Dutzende von Grüppchen und Richtungen für „sozialistisch“ und gaben sich dafür aus (siehe beispielsweise die Aufzählung einiger von ihnen im dritten Abschnitt des „Kommunistischen Manifests“ von Marx und Engels<sup>125</sup>). Die Geschichte hat sie schnell, in nicht mehr als 10–20 Jahren und sogar in kürzerer Zeit entlarvt.

Rußland macht gerade eine solche Epoche durch.

Mehr als 10 Jahre sind seit jener Zeit vergangen, als bei uns die „Ökonomen“ begannen, sich von der Arbeiterbewegung abzuspalten, dann begannen ihre Nachfolger, die „Menschewiki“, und dann wieder die Nachfolger der Menschewiki, die „Liquidatoren“, sich abzuspalten.

Die Menschewiki lärmten und tobten besonders laut über die „Annäherung“ der Bolschewiki an die Volkstümmler...

Und nun stehen wir vor einem heute bereits völlig herausgebildeten Bündnis der Liquidatoren und Volkstümmler gegen die Arbeiterklasse und die dieser Klasse treu gebliebenen Bolschewiki.

Das Bündnis der kleinbürgerlichen Intellektuellen – der liquidatorischen und der volkstümmlerischen – gegen die Arbeiter hat sich spontan entwickelt und entwickelt sich so weiter. Zuerst trieb sie die „Praxis“ dazu; man sagt nicht umsonst, die Praxis gehe der Theorie voraus (besonders bei jenen, die sich von einer falschen Theorie leiten lassen). Als in Petersburg die Arbeiter die Liquidatoren „ihrer Posten enthoben“ und diese Vertreter des bürgerlichen Einflusses aus den Leitungen der Gewerkschaften und von den verantwortlichen Posten in den Versicherungsbehörden wegjagten, fanden sich die Liquidatoren von selbst im Bündnis mit den Volkstümmlern.

„Sobald wir“, schrieb ein aufrichtiger und naiver Volkstümmler in Nr. 5 der „Stoikaja Mysl“, „in den Raum traten“ (bei den Wahlen zum Versicherungsrat), „wurde uns sofort die eng fraktionelle Haltung der Prawdisten klar, aber wir verlieren die Hoffnung nicht. Zusammen mit den Liquidatoren stellen wir eine gemeinsame außerfraktionelle Liste auf, in der uns ein Platz unter den Mitgliedern des Rates und zwei unter ihren Stellvertretern eingeräumt sind.“ (Siehe „Put Prawdy“ Nr. 38, 16. März 1914.)

Arme Liquidatoren! Wie übel hat ihnen die Geschichte mitgespielt! Wie schonungslos hat ihr neuer „Freund und Verbündeter“, der linke Volkstümmler, sie entlarvt!

Die Liquidatoren sind nicht einmal dazu gekommen, sich von ihren eigenen, ganz offiziellen Erklärungen und Resolutionen von 1903 und von anderen Jahren loszusagen, in denen die linken Volkstümmler als bürgerliche Demokratie bezeichnet wurden.

Die Geschichte hat die Phrasen hinweggefegt, die Illusionen zerstreut und den Klassencharakter der Grüppchen an den Tag gebracht. Sowohl die Volkstümmler als auch die Liquidatoren sind Grüppchen kleinbürgerlicher Intellektueller, Grüppchen, die von der marxistischen Arbeiterbewegung beiseite geschoben worden sind und sich durch Betrug in sie hineindrängen wollen.

Zum Betrug dient das Wörtchen „Fraktionswesen“ – dasselbe Wörtchen, mit dem der berüchtigte Akimow, der Führer der „Ökonomisten“, auf dem II. Parteitag im Jahre 1903 gegen die Iskristen kämpfte. Dieses Wörtchen Akimows, das Wörtchen eines extremen Opportunisten, ist den Liquidatoren und den Volkstümlern als einzige Waffe verblieben. Das Zeitschriftchen „Sowremennik“ scheint eigens zu dem Zwecke das Licht der Welt erblickt zu haben, um allen Leuten, die lesen und schreiben können, recht anschaulich zu zeigen, wie verrottet, untauglich und verrostet diese Waffe ist.

Dieser „Sowremennik“ stellt eine in unserer demokratischen Zeitschriftenwelt noch nie dagewesene Erscheinung dar. Neben zufälligen Namen von Mitarbeitern (wen doch alles bei uns die Not dazu treibt, in fremden Zeitschriften Verdienst zu suchen!) sehen wir eine offensichtlich demonstrative Vereinigung von Namen, die eine Vereinigung von Richtungen bedeuten soll.

Der Liberale Bogutscharski, die Volkstümmler Suchanow, Rakitnikow, B. Woronow, W. Tschernow u. a., die Liquidatoren Dan, Martow, Trotzki, Scher (Potressow stand in Nr. 66 der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ neben Plechanow, verschwand aber aus . . . irgendeinem Grunde), die Machisten Basarow, Lunatscharski, schließlich der Hauptheld der „Einheit“ (sowohl der mit kleinem als auch der mit großem Anfangsbuchstaben\*), G. W. Plechanow – das sind die demonstrativen Namen, die im Mitarbeiterverzeichnis des „Sowremennik“ prunken. Und in völliger Übereinstimmung damit ist der Kern der Richtung der Zeit-

\* Das heißt sowohl der Einheit (russ. mit kleinem Anfangsbuchstaben) als auch der Zeitschrift „Einheit“ („Jedinstwo“). Der Übers.

schrift die Propaganda (der Volkstümler) für das Bündnis der Volkstümler und der „Marxisten“ (Spaß beiseite!).

Wie diese Propaganda aussieht, darüber möge der Leser an Hand der Artikel des Hauptes der Zeitschrift, des Herrn Suchanow, urteilen. Hier einige der *wesentlichen* „Gedanken“ dieses Herrn:

„Die alten Gruppierungen sind jedenfalls liquidiert. Es läßt sich nicht mehr feststellen, wo der Marxismus aufhört und wo die volkstümlerische Ideologie beginnt. Wie auf der einen so auch auf der anderen Seite gibt es sowohl volkstümlerische Ideologie als auch Marxismus. Und beide Seiten sind sowohl nicht marxistisch als auch nicht ‚volkstümlerisch‘. Konnte und kann es denn auch überhaupt anders sein? Muß denn im 20. Jahrhundert nicht jeder Kollektivist marxistisch denken? Und muß in Rußland nicht jeder Sozialist Volkstümler sein?“

„Vom heutigen marxistischen Agrarprogramm ist genau dasselbe zu sagen, was letzthin von dem der Volkstümler gesagt wurde: Es ist ein marxistisches Programm den Methoden seiner Begründung und ein volkstümlerisches seinen praktischen Aufgaben nach. Es appelliert an den ‚historischen Gang der Dinge‘ und erstrebt die Verwirklichung der Losung: Land und Freiheit.“ (Nr. 7, S. 75/76.)

Das genügt doch wohl?

Dieser Herr Suchanow prahlt öffentlich damit, daß Plechanow mit ihm einverstanden sei. Plechanow aber schweigt!

Man betrachte jedoch die Erwägungen des Herr Suchanow.

Der neue Verbündete Plechanows und der Liquidatoren hat den Unterschied zwischen Marxismus und volkstümlerischer Ideologie mit der Begründung „liquidiert“, daß beide Strömungen in ihren praktischen Aufgaben angeblich die Losung „Land und Freiheit“ verwirklichen.

Das ist ganz und gar und buchstäblich eine Argumentation, die die „Einheit“ der Arbeiter mit der Bourgeoisie verflucht. Zum Beispiel: ihren „praktischen“ Aufgaben nach „erstreben“, so kann man sagen, die Arbeiterklasse und die liberale Bourgeoisie die „Verwirklichung“ der Losung: Konstitution. Der kluge Herr Suchanow muß daraus folgern, daß die Gruppierung in Proletariat und Bourgeoisie „liquidiert“ sei, daß sich „nicht feststellen läßt“, wo die proletarische Demokratie „aufhört“ und wo die bürgerliche beginnt.

Man nehme den Text des marxistischen Agrarprogramms zur Hand. Suchanow verfährt wie alle liberalen Bourgeois, die die „praktische“

Losung („Konstitution“!) herausgreifen und den Unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Weltanschauung als einen „abstrakt-theoretischen“ bezeichnen!! Wir erlauben uns jedoch anzunehmen, daß für den klassenbewußten Arbeiter wie auch für jeden denkenden Politiker Bedeutung und Sinn der praktischen Losungen nicht ohne Interesse sind, daß es für sie nicht ohne Interesse ist, welcher Klasse diese Losungen dienen und namentlich, auf welche Weise sie ihr dienen.

Schlagen wir das marxistische Agrarprogramm auf (das Herr Suchanow erwähnt, um es gewissenlos zu entstellen), sofort finden wir, neben solchen unter den Marxisten umstrittenen praktischen Punkten (z. B. der Munizipalisierung), *unbestrittene* Punkte:

„Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten, und um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern . . .“ So beginnt das marxistische Agrarprogramm. Für Herrn Suchanow ist dies eine unwichtige „abstrakte Theorie“! Ob wir die Konstitution im Interesse der freien Entfaltung des Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie oder im Interesse der „sozialen Versöhnung“ der Arbeiter und der Kapitalisten wollen, das sei ja nicht wichtig, das sei „abstrakte Theorie“. So versichern alle Bourgeois.

Die Bourgeois bringen ihre Klasseninteressen richtig zum Ausdruck, wenn sie das den Arbeitern versichern. Herr Suchanow benimmt sich ganz wie ein Bourgeois, wenn er die Frage *beiseite schiebt*, wofür wir Umgestaltungen in den Agrarverhältnissen brauchen: für die freie Entfaltung des Klassenkampfes des Lohnarbeiters gegen Groß- und Kleinunternehmer oder für ihre „soziale Versöhnung“ mittels des bürgerlichen Geredes über die „Arbeits“wirtschaft.

Lesen wir im marxistischen Agrarprogramm etwas weiter: Die Marxisten . . . „werden sich immer und stets allen Versuchen widersetzen, den Gang der ökonomischen Entwicklung zu hemmen“. Bekanntlich bezeichnen eben deshalb die Marxisten jegliche, selbst die allergeringste Einschränkung der freien Mobilisierung (Kauf und Verkauf, Verpfändung u. a.) des bäuerlichen Grund und Bodens als eine *reaktionäre*, für die Arbeiter und für die ganze gesellschaftliche Entwicklung äußerst schädliche Maßnahme.

Die Volkstümler, vom „Sozialkadetten“ Peschekonow bis zu den lin-

ken Volkstümlern von der „Smelaja Mysl“, sind für die eine oder andere Einschränkung der freien Mobilisierung. Die Volkstümler sind in dieser Frage schlimmste *Reaktionäre*, sagen die Marxisten.

Herr Suchanow umgeht das! Er will sich nicht daran erinnern, wie Plechanow die Volkstümler deswegen „Sozialreaktionäre“ genannt hat. Die „abstrakte Theorie“ schiebt Herr Suchanow von sich weg, indem er sich auf die „Praxis“ beruft, und die „Praxis“ (die freie Mobilisierung des bäuerlichen Grund und Bodens) schiebt er von sich weg unter allgemeiner Berufung auf die Losung „Land und Freiheit“.

Die Schlußfolgerung ist klar: Herr Suchanow ist nichts anderes als ein Bourgeois, der den Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Besitzenden *verdunkelt*.

Und gerade solche Bourgeois hat das marxistische Agrarprogramm im Auge, wenn es sagt:

„In allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen“ . . . (man beachte: in allen Fällen und bei jedem Stand, d. h. sowohl bei der Munizipalisierung als auch bei der Aufteilung und im Falle einer beliebigen anderen Möglichkeit) . . . „machen“ die Marxisten es sich „zu ihrer Aufgabe, unentwegt eine selbständige Klassenorganisation des Landproletariats anzustreben, ihm den *unversöhnlichen* Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie klarzumachen, *es davor zu warnen, seine Hoffnungen auf das System der Kleinwirtschaft zu setzen, das beim Bestehen der Warenproduktion niemals imstande sein wird, das Elend der Massen zu beseitigen*“ usw.

So lautet das marxistische Agrarprogramm. So lautet gerade jener seiner Punkte, den die Menschewiki auf dem Stockholmer Parteitag *aus dem Entwurf der Bolschewiki* angenommen haben, *das heißt* der unter den Marxisten am wenigsten umstrittene und allgemein anerkannte Punkt.

So lautet der in der Frage der Volkstümlerideologie wesentlichste Punkt, der gerade das „System der Kleinwirtschaft“ behandelt.

*Und Herr Suchanow übergeht diesen Punkt mit Stillschweigen!!*

Herr Suchanow hat die „alte Gruppierung“ der Richtungen, ihre Trennung in Marxismus und Volkstümlerrichtung *in der Weise* liquidiert, daß er die klaren und genauen Worte des „marxistischen Agrarprogramms“ *gegen die Volkstümlerideologie verschwiegel!*

Zweifel sind unmöglich: Herr Suchanow ist ein ganz hohler Schwätzer,

wie es ihrer so viele gibt in den Salons unserer liberalen „Gesellschaft“, die vom Marxismus keine Ahnung hat und gern bereit ist, irgend so eine Gruppierung der Sozialisten in Marxismus und Volkstümlerrichtung zu „liquidieren“.

In Wirklichkeit aber sind Marxismus und Volkstümlerrichtung sowohl theoretisch als auch praktisch durch einen Abgrund voneinander geschieden. Die Marxsche Theorie ist die Theorie von der Entwicklung des Kapitalismus und des Klassenkampfes der Lohnarbeiter gegen die Unternehmer. Die Theorie der Volkstümpler ist die bürgerliche Beschönigung des Kapitalismus mit Hilfe des Geredes von der „Arbeitswirtschaft“, die Theorie des Verwischens, der Verdunklung und des Bremsens des Klassenkampfes mit Hilfe desselben Geredes, mit Hilfe der Verteidigung der Beschränkung der Mobilisierung usw.

Historisch wurde der tiefe Abgrund zwischen Marxismus und Volkstümlerrichtung in Rußland durch die Praxis aufgerissen . . . natürlich nicht der Losungen, denn nur ganz einfältige Leute können „Losungen“ als „Praxis“ betrachten . . . sondern durch die Praxis des offenen Massenkampfes von Millionen in den Jahren 1905–1907. Diese Praxis zeigte die Verschmelzung des Marxismus mit der Bewegung der Arbeiterklasse und die Verschmelzung (oder den Beginn der Verschmelzung) der Volkstümplerideologie mit der Bewegung der kleinbürgerlichen Bauernschaft (Bauernbund, Wahlen zur I. und II. Reichsduma, Bauernbewegung u. a.).

Die Volkstümplerbewegung ist die bürgerliche Demokratie in Rußland.

Das ist durch die Evolution dieser Richtung im Laufe eines halben Jahrhunderts und durch das offene Auftreten von Millionen in den Jahren 1905–1907 bewiesen worden. Das ist von den höchsten Instanzen der marxistischen „Gesamtheit“ in den Jahren 1903–1907 und bis zur Sommerberatung von 1913 vielfach in entschiedenster und offiziellster Weise festgestellt worden.

Wenn wir jetzt das Literatenbündnis der Führer der Volkstümplerrichtung (Tschernow, Rakitnikow, Suchanow) und verschiedener Fraktionen sozialdemokratischer Intellektueller sehen, ob sie nun direkt gegen die Illegalität, d. h. gegen die Arbeiterpartei, auftreten (die Liquidatoren\*

\* Wie sorgfältig verteidigt Herr Woronow im „Sowremennik“ die Liquidatoren!!

Dan, Martow, Tscherewanin) oder ob es denselben Liquidatoren helfende *Grüppchen ohne Arbeiter* (Trotzki und Scher, Basarow, Lunatscharski, Plechanow) sind, so haben wir in *Wirklichkeit* nichts anderes vor uns als ein *Bündnis bürgerlicher Intellektueller gegen die Arbeiter*.

Die Einheit der Arbeiter auf dem Boden tatsächlicher Anerkennung der Illegalität und exakter Beschlüsse, die im alten Geiste die Taktik vereinheitlichen und ihr die Richtung geben (die Beschlüsse vom Januar 1912 und vom Februar und Sommer 1913), sehen wir im Prawdismus. Es ist Tatsache, daß der Prawdismus vom 1. Januar 1912 bis zum 13. Mai 1914 5674 Arbeitergruppen wirklich vereinigt hat, gegenüber 1421 der Liquidatoren und Null oder fast Null der Grüppchen der „Wperjod“-Leute, Plechanows, Trotzki mit Scher usw. (Siehe die Zeitung „Rabotschi“ Nr. 1, „Aus der Geschichte der Arbeiterpresse in Rußland“, S. 19, und die „Trudowaja Prawda“ Nr. 2 vom 30. Mai 1914\*.)

Es ist Tatsache, daß diese Einheit der Arbeiter auf der unerschütterlichen Grundlage von prinzipiell festen, konsequenten und umfassenden Beschlüssen über *alle* Lebensfragen der marxistischen Arbeiter beruht. Hier ist die *Gesamtheit*, denn  $\frac{4}{5}$  haben unbedingt das Recht, im Namen der „Gesamtheit“ aufzutreten, zu handeln und zu sprechen.

Aber das im „Sowremennik“ zum Ausdruck kommende Bündnis der Führer der Volkstümler und aller möglichen sozialdemokratischen Grüppchen ohne Arbeiter (ohne klare Taktik, ohne exakte Beschlüsse, nur mit Schwankungen zwischen der Strömung und der Gesamtheit des Prawdismus einerseits und den Liquidatoren anderseits) – dieses Bündnis ist *spontan* entstanden. *Nicht eins* der „sozialdemokratischen Grüppchen ohne Arbeiter“ hat es gewagt, direkt, klar und offen – so wie die Sommerberatung von 1913 sich gegen das Bündnis mit den Volkstümlern wandte – für ein solches Bündnis einzutreten! Kein einziges Grüppchen – weder die Liquidatoren noch die „Wperjod“-Leute, weder Plechanow und Co. noch Trotzki und Co.! Sie alle schwimmen einfach mit dem Strom, mitgerissen von der Opposition gegen den Prawdismus und von dem Wunsch getrieben, ihn zu zerschlagen oder zu schwächen, wobei sie instinktiv beieinander Hilfe suchen *gegen* die  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter – die Liquidatoren bei Suchanow und Tschernow, Suchanow und Tschernow bei Plechanow, Plechanow bei den vorigen, Trotzki ebenfalls bei ihnen usw. Weder eine

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 242–250 und 319–321. *Die Red.*



einheitliche Politik noch eine einigermaßen bestimmte Taktik, noch ein offenes Auftreten vor den Arbeitern mit der Verteidigung des Bündnisses mit den Volkstümlern – nichts Derartiges sehen wir bei allen diesen Grüppchen.

Es ist ein ganz prinzipienloses Bündnis bürgerlicher Intellektueller gegen die Arbeiter. Wir bedauern Plechanow, daß er in eine so traurige Gesellschaft geraten ist, wir wollen aber der Wahrheit offen ins Auge sehen. Möge, wer will, das Bündnis dieser Grüppchen als „Einheit“ bezeichnen – wir nennen es einen *Abfall* von der proletarischen Gesamtheit, und die *Tatsachen* beweisen die Richtigkeit unserer Ansicht.

## 2. WIE DIE LIBERALEN DIE „EINHEIT“ DER ARBEITER MIT DEN LIQUIDATOREN VERFECHTEN

Der Besuch des Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Büros, Emile Vandervelde, in Rußland hat die Diskussion über die Frage der Einheit selbstverständlich belebt. Es war die direkte Aufgabe E. Vanderveldes, Material über diese Frage zu sammeln, den Boden zu sondieren und mögliche Schritte zugunsten der Einheit zu unternehmen. Aus den Zeitungen ist bekannt, daß er die Redaktionen beider Zeitungen, der marxistischen und der liquidatorischen, besuchte und auf einem „Bankett“ ein Meinungsaustausch mit den Vertretern der einen sowie der anderen stattfand.

Sobald E. Vandervelde von Rußland nach Hause, d. h. nach Brüssel zurückgekehrt war, erschienen in den zwei wichtigsten sozialistischen Tageszeitungen in französischer Sprache, in der Pariser „Humanité“<sup>126</sup> und im Brüsseler „Peuple“ am Sonntag, dem 21. Juni neuen Stils, Interviews mit dem Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Büros. Vandervelde hat dabei die Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten ungenau formuliert. Die einen, sagte er, „wollen sich legal organisieren und fordern das Koalitionsrecht, die anderen wollen unmittelbar die Verkündung der ... „Grundforderung“\* ... und die

\* Aus Zensurgründen ist hier von Lenin das Wort „Republik“ durch „Grundforderung“ ersetzt. *Der Übers.*

Expropriation des Grund und Bodens erreichen". Diese Meinungsverschiedenheit bezeichnete Vandervelde als „ziemlich kindisch“.

Wir werden kaum fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die klassenbewußten Arbeiter Rußlands beim Lesen dieses Urteils Vanderveldes „ziemlich gutnützig“ lächeln werden. Wenn „die einen“ „sich legal organisieren wollen“, d. h. für eine offene, legale Partei eintreten, so widersprechen offenbar die anderen in diesem Punkt nicht mit dem Hinweis auf die „Grundforderung“ oder die „Grundforderungen“, sondern mit der Verteidigung der Illegalität und mit der kategorischen Weigerung, am „Kampf für die offene Partei“ teilzunehmen. Eine solche Meinungsverschiedenheit bedeutet ein Auseinandergehen in der Frage der Existenz der Partei, und hier ist, der verehrte Genosse E. Vandervelde möge das nicht übelnehmen, keinerlei „Versöhnung“ möglich. Man kann nicht die Illegalität ein wenig begraben und sie ein wenig durch eine legale Partei ersetzen . . .

Vandervelde erkundigte sich jedoch nicht nur nach den Meinungsverschiedenheiten: in der Aktenmappe des Vorsitzenden und Sekretärs des ISB liegt eine Menge von Papieren, Berichten und Briefen von Vertretern aller und jeglicher, tatsächlicher und fiktiver „leitender Instanzen“ zu dieser Frage. Vandervelde suchte offenbar seinen Aufenthalt in Petersburg dazu zu benutzen, einige *faktische* Angaben darüber zu sammeln, wie groß der Einfluß ist, den die verschiedenen Strömungen und Gruppen des Sozialismus (und des „Auch-Sozialismus“) in Rußland auf die *Massen* ausüben. Vandervelde ist ein Mann mit nicht geringer politischer Erfahrung, und er weiß natürlich ausgezeichnet, daß man in der Politik im allgemeinen und in der Arbeiterbewegung im besonderen nur solche Richtungen ernst nehmen kann, die in den Massen verbreitet sind.

Über diese Frage finden wir in den beiden obengenannten, in französischer Sprache erscheinenden sozialistischen Zeitungen die folgende Mitteilung Vanderveldes: „Die Sozialisten in Rußland haben drei Tageszeitungen. Die Revolutionäre“ (gemeint sind offenbar die linken Volkstümmler) „geben Zeitungen in einer Auflage von 10 000–12 000 Exemplaren heraus; die Leninisten von 35 000–40 000; die Gemäßigten“ (modérés) (gemeint sind offenbar die Liquidatoren) „von etwa 16 000.“

E. Vandervelde ist hier ein kleiner Irrtum unterlaufen: Die Zeitung der linken Volkstümmler erscheint bekanntlich nicht täglich, sondern dreimal in der Woche. Außerdem ist das Maximum der Auflage der prawdisti-

schen Zeitung nach unseren Informationen zu niedrig angesetzt: es erreichte die Höhe von 48 000. Es wäre wünschenswert, über diese wichtige Frage (wichtig für die Selbsterkenntnis in der Arbeiterbewegung) genaue Angaben z. B. für einen ganzen Monat zu sammeln, falls sie nicht für ein ganzes Jahr zusammengestellt werden können.

Wie groß ist aber der Unterschied zwischen dem wirklichen Europäer Vandervelde, der dem asiatischen „Aufs-Wort-Glauben“ oder „Über-den-Daumen-Schätzen“ keine Bedeutung beimißt, sondern *Tatsachen* sammelt, und den russischen, sich als „Europäer“ gebärdenden liquidatorischen und bürgerlich-liberalen Schwätzern! In der Zeitung „Retsch“ schrieben z. B. die offiziellen Vertreter der Kadetten im Artikel „E. Vandervelde und die russischen Sozialisten“ (Nr. 152 vom 7. [20.] Juni, genau einen Tag vor Veröffentlichung des Interviews mit Vandervelde in Paris und Brüssel):

„Als beim Mittagessen einer der Bolschewiki Vandervelde versicherte, daß niemand da sei, mit dem sie sich vereinigen könnten, da, in den Fabriken, in der Arbeiterklasse bereits alles um das eine prawdistische Banner vereinigt ist, abseits dessen nur eine Handvoll Intellektueller steht, beging er natürlich eine übermäßige polemische Übertreibung.“

Da haben wir ein Musterbeispiel der liquidatorischen und liberalen Lüge, gekleidet in glatte, gedrechselte Phrasen.

Eine „übermäßige polemische Übertreibung“! Als ob es andere als übermäßige Übertreibungen gäbe... Doch die offiziellen Kadetten schreiben nicht nur einen schlechten Stil, sondern betrügen die Leser direkt. Wenn bei den Bolschewiki eine „polemische Übertreibung“ vorliegt, warum, ihr Herren Kadetten, bringt ihr denn, wenn ihr schon einmal darangeht, in der Presse über die von euch aufgeworfene Frage zu sprechen, keine *Angaben*, solche, die nicht übertrieben sind, in denen keine Polemik steckt?

Vandervelde, der nicht russisch kann, vermochte in den 3–4 Tagen seines Aufenthalts in Rußland *objektive* Angaben zu sammeln. Dagegen haben die Herren Petersburger Kadetten, genauso wie die Petersburger Liquidatoren\*, in den Zeitungen *kein einziges Mal irgendwelche objek-*

\* Die liberale „Kiewskaja Mysl“, für die eine ganze Anzahl von Liquidatoren schreibt, druckte das Interview Vanderveldes aus dem „Peuple“ ab, verschwieg aber gerade die Auflageziffern!! („Kiewskaja Mysl“ Nr. 159.)

tiven Angaben angeführt. Und dabei bezichtigen sie die Prawdisten unbegründet und heuchlerisch der „Übertreibung“!

Nehmen wir die Angaben Vanderveldes. Gemäß diesen Angaben kommt die Wochenaufgabe der marxistischen, der liquidatorischen und der Zeitung der Volkstümmer in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

		%	%	
Marxistische Zeitung	240 000	64,5	71,4	} 100%
Liquidatorische Zeitung	96 000	25,8	28,6	
Volkstümmer-Zeitung	36 000	9,7		
Insgesamt	372 000	100		

Das sind objektive Angaben, gesammelt von dem Vorsitzenden des ISB. Selbst bei Einbeziehung der Volkstümmer, mit denen sich *nur* die Liquidatoren, die Machisten und Plechanow „vereinigen“ wollen, obwohl sie sich fürchten, dies direkt zu sagen, ergibt sich eine Mehrheit von fast  $\frac{2}{3}$  für die Prawdisten. Und rechnet man die Volkstümmer nicht, so beträgt die Mehrheit der Prawdisten gegenüber den Liquidatoren 71,4%, d. h. *mehr als 7 Zehntel!*

Doch die Zeitungen werden nicht nur von den Arbeitern gelesen und finanziert. Die sowohl in der Zeitung der Marxisten als auch in der der Liquidatoren veröffentlichten objektiven Angaben über Geldsammlungen zeigen (für die Zeit vom 1. Januar bis zum 13. März 1914) bei den Prawdisten 80% Arbeitergruppen, wobei sich für Petersburg dieser Prozentsatz auf 86% erhöht. Von 21 000 Rubel, gesammelt von den Prawdisten, wurden über  $\frac{8}{10}$  von Arbeitern aufgebracht, während bei den Liquidatoren *mehr als die Hälfte von der Bourgeoisie stammte*.\* Es ist also völlig und unbedingt erwiesen, daß die Angaben über die Auflageziffern der Zeitungen das Überwiegen der Prawdisten *nicht genügend zum Ausdruck bringen*, denn die Zeitung der Liquidatoren wird von der Bourgeoisie *ausgehalten*. Und die nicht weniger objektiven Angaben über die Wahlen zu den Versicherungseinrichtungen zeigen, daß die Prawdisten bei den Wahlen zur gesamtrossischen Versicherungseinrichtung 47 von 57 Bevollmächtigten, d. h. 82,4%, hatten.

\* Siehe den Artikel „Arbeiterklasse und Arbeiterpresse“ in der „Trud. Prawda“ vom 14. Juni. (Siehe den vorliegenden Band, S. 365–373. *Die Red.*)

Wenn die Kadetten durch ihre Presse die Prawdisten vor den Massen der „Übertreibung“ (und sogar der „übermäßigen Übertreibung“) beschuldigen und dabei weder über die Auflage der Zeitungen noch über die Arbeitergruppen, noch über die Wahlen zu den Versicherungseinrichtungen die geringsten objektiven Angaben bringen, so lügen sie gewissenlos, um die Liquidatoren herauszustreichen.

Die Klasseninteressen der liberalen Bourgeoisie Rußlands zwingen diese natürlich, die Liquidatoren in Schutz zu nehmen, die von den Marxisten (Beschluß von 1910) einstimmig als „Vermittler des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat“ bezeichnet wurden. Wenn sich aber die Liberalen dabei als „Unvoreingenommene“ aufspielen, so wird ihre Lüge besonders heuchlerisch und widerwärtig.

Die politische Bedeutung des Geredes der Kadetten ist die, und nur die: Sie sind bestrebt, durch die Liquidatoren den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben.

„Es unterliegt keinem Zweifel“, fährt die „Retsch“ fort, „daß die wahre (!!) Arbeiterintelligenz, jene Arbeiter, auf deren Schultern in den schwersten Jahren die sozialdemokratische Arbeit lastete“ (!! nach der Beurteilung der Kadetten, dieser Kenner des Sozialdemokratismus), „nicht mit den Bolschewiki, sondern mit ihren Gegnern“ (Liquidatoren, Menschewiki) „sympathisiert. Die Eliminierung dieser Elemente aus der russischen Arbeiterpartei würde für diese eine so gewaltige intellektuelle Einbuße bedeuten, daß die Bolschewiki selbst in Schrecken geraten würden über die Folgen, die das Werk ihrer eigenen Hände hätte.“

So schreiben die Kadetten in einem redaktionellen Artikel der „Retsch“.

Und hier nun zum Vergleich, was der ideologische Führer der Liquidatoren, Herr L. M., in Nr. 3 der „Nascha Sarja“ (1914, S. 68) schreibt:

„Das ist eine Rebellion“ (der prawdistischen Arbeiter) „gegen die Dementjew, Gwosdew, Tschirkin, Romanow, Bulkin, Kabzan usw. als die Vertreter einer in den Hauptstädten ziemlich dichten ganzen Schicht marxistischer Arbeiter, die das kindlich-romantische Stadium der russischen Arbeiterbewegung zu ‚liquidieren‘ suchten und suchen.“

Eine, wie man sieht, restlose Übereinstimmung. Die Kadetten singen in den redaktionellen Artikeln der „Retsch“ im eigenen Namen alles, was L. M. in der „Nascha Sarja“ vorsingt. Die geringe Auflage der „Nascha

Sarja" und der „Nascha Likwidatorskaja Gaseta" wird *wettgemacht* durch die Zeitungen der Kadetten, die sich dem Publikum für die sozialdemokratische Gesinnung der Bulkin, Tschirkin und Co. verbürgen.

Herr L. M. zählt die Namen eines Häufleins liquidatorisch gesinnter Arbeiter auf. Gern wollen wir diese Namen wiederholen. Alle klassenbewußten Arbeiter Rußlands werden in ihnen sofort die *liberalen Arbeiter* erkennen, die seit langem durch ihren Kampf gegen die Illegalität, d. h. gegen die Partei, bekannt sind. Man lese in derselben „Nascha Sarja", was, Seite an Seite mit L. M., Bulkin schreibt, und man wird sehen, wie sich beide von der Illegalität lossagen und auf sie zum Vergnügen der Liberalen losschimpfen.

So werden wir denn notieren, so werden wir denn wissen, daß die von Herrn L. M. genannten „Dementjew, Gwodew, Tschirkin, Romanow, Bulkin, Kabzan" laut *Versicherung der Kadetten* die „wahre Arbeiterintelligenz" sind. In der Tat, es sind wahre liberale Arbeiter! Der Artikel Bulkins hat dies vollständig bewiesen. Wir empfehlen ihn nachdrücklich der Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter, die die Reden der genannten liberalen Proletarier noch nicht selbst gehört haben.

Die liberale „Retsch" will uns durch die Aussicht auf eine „Eliminierung aus der Arbeiterpartei" dieser (laut Versicherung der „Retsch") Sozialdemokraten, dieser von der „Retsch" über den grünen Klee gelobten Sozialdemokraten, schrecken.

Doch wir lächeln nur als Antwort, denn jedermann weiß, daß die genannten paar Leute sich selbst dadurch eliminiert haben, daß sie zu den liberalen Liquidatoren gegangen sind, und daß diese „Eliminierung" die Bürgerschaft und das Fundament war für die Bildung einer tatsächlichen Arbeiterpartei (und nicht einer liberalen Arbeiterpartei).

Die „Retsch" lobt in demselben redaktionellen Artikel die „*Zivilcourage der ruhigen, manchmal abkühlenden Worte*" der Liquidatoren und der liberalen Arbeiter. Wie sollten denn auch die „Retsch" und die Liberalen sie nicht loben! Die Arbeiter direkt beeinflussen können die Liberalen in Rußland, besonders nach dem Jahr 1905, nicht. Wie sollten sie da nicht die Liquidatoren schätzen, die unter der Maske des Sozialdemokratismus dieselbe liberale „Abkühlungs"arbeit leisten, denselben „bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat" vermitteln (siehe den Beschluß vom Jahre 1910!).

„Die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen“ (den sozialdemokratischen Fraktionen) „werden nicht so bald beseitigt sein“, schreibt die „Retsch“, „doch auch wenn sie ihr eigenes Gesicht wahren, müssen sie sich vereinigen und ihre Zwistigkeiten nicht in die Arbeitermasse tragen, die eben erst zum bewußten politischen Leben erwacht. Die Spaltung in der Arbeiterschaft bereitet der Reaktion große Freude. Schon das allein sollte genügen, um die ehrlichen Leute beider Fraktionen zu veranlassen, aufrichtig und ernsthaft nach einer Vereinigung zu streben.“

So schreibt die „Retsch“.

Wir sind sehr froh, daß wir *nicht* zu der liberalen Gesellschaft der „ehrliehen“ Leute und auch nicht zu jenen gehören, die von dieser Gesellschaft zu den „Ehrlichen“ gezählt werden. Wir würden es für uns als *Schande* betrachten, zu diesen Leuten zu gehören. An die „Unvoreingenommenheit“ der liberalen Bourgeois können nach unserer Überzeugung nur ganz naive oder nicht sehr kluge Leute glauben, besonders wenn es sich um die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse, d. h. um ihre gegen die Bourgeoisie gerichtete Bewegung handelt.

Vergeblich glauben die Kadetten, die russischen Arbeiter seien so naive wie Kinder, seien imstande, an die „unvoreingenommene“ Bewertung der „Ehrlichkeit“ durch die liberale Bourgeoisie zu glauben. Die liberalen Bourgeois halten die Liquidatoren und ihre Verteidiger *deshalb und nur deshalb* für „ehrlieh“, weil das Liquidatorentum der Bourgeoisie einen politischen Dienst erweist, indem es den bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat vermittelt.

Die vereinigten Marxisten Rußlands haben direkt, offen, vor allen Arbeitern Rußlands, die volle Verantwortung für ihre Taten übernehmend, festgestellt, daß eine bestimmte Gruppe der Liquidatoren, die Gruppe „Nascha Sarja“ und „Lutsch“ usw., *außerhalb der Partei* steht. Dies wurde im Januar 1912 erklärt. Seit dieser Zeit haben sich während der 2½ Jahre 5674 Arbeitergruppen, gegenüber den 1421 der Liquidatoren und aller ihrer Verteidiger, d. h.  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands dem „Prawdismus“ angeschlossen, d. h. den Januarbeschuß *gutgebeissen*. Die Liquidatoren haben sich in der Praxis so aufgeführt, daß die Arbeiter ihnen *wegliefen*. Das Leben und die Erfahrung der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter haben unseren Beschuß bekräftigt.

Die Liberalen verteidigen die „Einheit“ (der Arbeiter mit den Liqui-

datoren) in ihrem *eigennütigen Klasseninteresse*. Einzig und allein die Absonderung der Liquidatoren von der Arbeiterpartei hat es dieser ermöglicht, die Periode der schweren Jahre *ebrenvoll* – wir verstehen dieses Wort anders, meine Herren von der „Retsch“! – durchzustehen. Die Absonderung der Liquidatoren von der Arbeiterpartei hat der Reaktion keine „Freude“, sondern *Kummer* bereitet, denn die Liquidatoren behinderten die Anerkennung der alten Formen, der alten „Hierarchie“, der alten Beschlüsse usw., wobei sie selbst 2½ Jahre lang ihre absolute Unfähigkeit zeigten, auch nur irgendeine Organisation zu schaffen. Der „August“block (1912) der Liquidatoren und ihrer Freunde ist zerfallen.

Nur trotz der Liquidatoren, nur *ohne* sie und *gegen* sie, führten und konnten die Arbeiter jene glänzende Kampagne der Streikbewegung, der Versicherungsbewegung und der Gründung von Zeitungen durchführen, eine Kampagne, die jetzt überall eine Mehrheit von  $\frac{4}{5}$  für die Gegner der Liquidatoren ergeben hat.

Unter „Spaltung“ verstehen die Liberalen die Entfernung der Gegner der Illegalität, einer Handvoll liquidatorischer Intellektueller aus den Reihen der Arbeiter. Unter „Einheit“ verstehen die Liberalen die *Erhaltung des Einflusses* der Liquidatoren auf die Arbeiter.

Wir betrachten die Sache anders: „Einheit“ nennen wir den Zusammenschluß von  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter unter dem alten Banner; Abspaltung nennen wir die Weigerung des Grüppchens der Liquidatoren, den Willen der Mehrheit der Arbeiter anzuerkennen und sich ihm unterzuordnen, nennen wir die Verletzung dieses Willens durch sie. Nachdem wir uns durch die Erfahrung davon überzeugt haben, daß der Prawdismus in 2½ Jahren  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter zusammengeschlossen hat, halten wir es für notwendig, *auf demselben Wege* weiterzugehen zu einer noch vollständigeren Einheit der Arbeiter, von  $\frac{4}{5}$  zu  $\frac{9}{10}$  und dann zu  $\frac{10}{10}$ .

Die zwei entgegengesetzten Ansichten über die Liquidatoren, unsere Anschauung und die liberale Anschauung, entspringen dem Unterschied der Lage und des Standpunkts von Proletariat und Bourgeoisie.

Wodurch erklärt sich die Stellung Plechanows? Er hat im Jahre 1908 mit den Liquidatoren so entschieden gebrochen und eine Zeitlang in der Presse die gegen die Liquidatoren gerichteten Beschlüsse der Partei so energisch verfochten, daß manche auf das Ende der Schwankungen Plechanows hofften. Jetzt, wo sich  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter um den Prawdismus zu-



sammengeschlossen haben, beginnt Plechanow erneut zu schwanken. Durch nichts anderes als durch seine persönlichen Schwankungen – eine Krankheit, die bei ihm im Jahre 1903 anfang – läßt sich seine „Position“ erklären, die dem Wesen der Sache nach heute *vollständig* mit der Position der liberalen „Retsch“ zusammenfällt.

Analog der „Retsch“ bezeichnet jetzt Plechanow als „Einheit“ die Sicherung des Einflusses der Liquidatoren auf die Arbeiter, entgegen dem Willen der Arbeiter, entgegen den Parteibeschlüssen, trotz der Verletzung dieser Beschlüsse durch die Liquidatoren. Plechanow, der gestern Herrn Potressow mit Judas verglichen und mit Recht gemeint hat, *ohne* Judas seien die Apostel stärker gewesen als *mit* Judas, wendet sich heute, wo die *Tatsachen* endgültig bewiesen haben, daß die Liquidatoren mit Potressow völlig solidarisch sind und auf die Parteibeschlüsse pfeifen – heute wendet sich Plechanow wieder den Liquidatoren zu und rät den Prawdisten, mit ihnen nicht „in der Sprache der Sieger“ zu reden!!! Das heißt, direkter und einfacher gesagt, die Mehrheit der Arbeiter soll von der Minderheit, die den offenen Übertretern der Parteibeschlüsse folgt, *nicht* die Anerkennung ihres Willens und die Beachtung ihrer Beschlüsse fordern!!!

Die klassenbewußten Arbeiter werden mit Bedauern feststellen müssen, daß Plechanows politische Krankheit des Wankens und Schwankens, die bei ihm vor zehn Jahren begonnen hat, von neuem ausgebrochen ist – und werden daran vorbei weitergehen.

Es gibt übrigens noch eine andere Erklärung für die Schwankungen Plechanows, die wir an die zweite Stelle setzen, da sie für Plechanow weit schlechter ist. Zwischen den kämpfenden *Strömungen*: den Liquidatoren (die ihre soziale Kraft aus der Sympathie der liberalen Bourgeoisie schöpfen) und den „Prawdisten“ (die ihre Kraft aus dem Bewußtsein und der Geschlossenheit der Mehrheit der aus der Finsternis zum Licht erwachenden Arbeiter Rußlands schöpfen), entstehen unvermeidlich schwankende Grüppchen von Intellektuellen. Eine soziale Kraft haben sie nicht hinter sich, Einfluß auf die Massen der Arbeiter können sie nicht haben, politisch sind sie Nullen. Statt einer festen und klaren, die Arbeiter anziehenden und durch die Lebenserfahrung bestätigten Linie herrscht in diesen Grüppchen *Zirkeldiplomatie*. Das Fehlen der Verbindung mit den Massen, das Fehlen geschichtlicher Wurzeln in den Massenströmungen

der Sozialdemokratie in Rußland (die Sozialdemokratie ist in Rußland seit den Streiks von 1895 eine Massenbewegung geworden), das Fehlen einer festen, einheitlichen, klaren, bis zu Ende bestimmten und in langjähriger Erfahrung erprobten Linie, d. h. das Fehlen von Antworten auf die Fragen der Taktik, der Organisation, des Programms – das ist der Boden, auf dem die Zirkeldiplomatie gedeiht, das sind ihre Merkmale.

Auf die Plechanowsche Zeitung „Jedinstwo“ als politisches Kollektiv treffen diese Merkmale durchaus zu (wie auch auf die Trotzkiische „Borba“: apropos, mögen die Leser über die *Ursachen* der Trennung dieser angeblichen „Vereiniger“, der „Borba“ und des „Jedinstwo“, nachdenken...). Der Abgeordnete Burjanow, der wie jeder Abgeordnete unter den gar nicht langlebigen Politikern Rußlands relativ „langlebig“ ist, war lange Zeit Liquidator, ist nun aber zu Plechanow „hingeschwankt“. Ob auf lange und wohin er eigentlich geschwankt ist, das weiß er selbst nicht. Aber für die Zirkeldiplomatie gibt es natürlich kein größeres Glück als einen solchen „schwankenden“ Abgeordneten, der träumt von der „Einheit“ der Sechs, die davon träumen, den Liquidatoren der Partei zu helfen, den Willen der Mehrheit der Arbeiter zu *durchkreuzen*, mit den anderen sechs Abgeordneten, die diesem Willen gemäß handeln wollen.

Man stelle sich die „Einheit“ der beiden Sechs *unabhängig* vom Willen der Mehrheit der Arbeiter vor. Das ist, wird man einwenden, eine ungeheuerliche Vorstellung, denn die Abgeordneten müssen den Willen der Mehrheit ausführen! Doch gerade das, was für das Proletariat ungeheuerlich ist, bezeichnen ja die *Liberalen* als Tugend, Wohltat, Nutzen, Ehrlichkeit, wahrscheinlich sogar als etwas Heiliges (Struve wird gewiß morgen in der „Russkaja Mysl“ mit Hilfe Berdjajews, Isgojews, Mereshkowskis und Co. beweisen, daß die „Leninisten“ sündhafte „Spalter“, die Liquidatoren und der sie heute vor den proletarischen „Siegern“ schützende Plechanow dagegen heilige Vollstrecker des göttlichen Willens sind).

Man stelle sich für einen Augenblick auf diesen (faktisch liberalen) Standpunkt der „Einheit“ der beiden Sechs in der Duma *unabhängig* von der Mehrheit der Arbeiter. Man wird, wenn man diesen Standpunkt einnimmt, sogleich das Zirkelinteresse begreifen, das Burjanow und das Literatengrüppler „Jedinstwo“ daran haben, die Differenzen zwischen

den beiden Sechs *auszuschlachten*, ihre Meinungsverschiedenheiten auszunutzen, um ewig die Rolle des . . . „Friedensstifters“ zu spielen!

Einerseits, kann ein solcher Friedensstifter, ein Burjanow, Trotzki, Plechanow, Scher, Tschernow, Suchanow oder ganz gleich wer, erklären – einerseits sind die sechs Liquidatoren im Unrecht, denn sie liquidieren die Parteibeschlüsse. Andererseits sind die sechs Prawdisten im Unrecht, denn sie reden mit ihren Kollegen in dem unpassenden, unanständigen und sündhaften „Tone der Sieger“, angeblich im Namen irgendwelcher Mehrheit. Vielleicht wird gar ein solcher „Friedensstifter“ sein eklektisches und intrigantes Verhalten als „dialektisch“ bezeichnen und auf den Namen eines „Vereinigers“ Anspruch erheben . . . Ist dies doch in unserer Partei schon dagewesen: man erinnere sich nur an die Rolle der Bundisten und Tyszkas auf dem Stockholmer und auf dem Londoner Parteitag und überhaupt in der Periode von 1906 bis 1911!

So glückliche Zeiten für die Zirkeldiplomaten, so traurige Zeiten für die Arbeiterpartei hat es gegeben, damals, als der Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter den Vermittlern des bürgerlichen Einflusses gegenüber, den „Ökonomen“ und den „Menschewiki“, noch nicht genügend erstarkt war.

Diese Zeiten gehen jetzt vorüber. Die „Retsch“ der Herren Kadetten *beweint* das „Hineinragen von Zwistigkeiten in die Arbeitermasse“. Das ist der Standpunkt eines liberalen gnädigen Herrn. Wir *begrüßen* das „Hineinragen von Zwistigkeiten in die Arbeitermasse“, denn gerade diese Masse und nur sie wird die „Zwistigkeiten“ von den Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache *trennen*, wird sich in den Meinungsverschiedenheiten *selbst* zurechtfinden, wird sich eine *eigene* Meinung bilden, wird die Frage entscheiden, nicht „mit wem gehen, sondern wohin gehen“\*, d. h. die Frage nach einer eigenen, bestimmten, klaren, von ihr selbst durchdachten und erprobten Linie.

Diese Zeit ist bereits angebrochen, sie kommt. Die Masse der prawdistischen Arbeiter sieht *schon*, was „Zwistigkeiten“ sind, sie hat sich in den Meinungsverschiedenheiten schon zurechtgefunden, sie hat schon ihre Linie selbst festgelegt. Die Angaben über die Arbeitergruppen *nach* zwei

\* Ein ausgezeichnete Ausdruck Moskauer Arbeiter (siehe Nr. 6 des „Rabotschi“ vom 29. Mai 1914), die mit einem Schlage die ganze Falschheit des Plechanowschen „Jedinstwo“ bloßgestellt haben.

Jahren offenen Kampfes (1912 und 1913) sind ein *faktischer* Beweis dafür.

Die Zirkeldiplomatie geht ihrem Ende entgegen.\*

### 3. WARUM HABEN DIE ARBEITERORGANISATIONEN DIE LIQUIDATOREN ÖFFENTLICH ALS VERLEUMDER GEBRANDMARKT?

In Nr. 92 des „Put Prawdy“ vom 21. Mai 1914 ist die Resolution der *Vertreter von 10 Gewerkschaftsvereinigungen der Stadt Moskau* abgedruckt. In dieser Resolution wird der desorganisierende Abgang Malinowskis aufs entschiedenste und schärfste als „Verbrechen“ verurteilt, ferner der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma das volle Vertrauen ausgesprochen („Geht entschlossen euren Weg – die Arbeiterklasse ist mit euch!“) und werden schließlich die Liquidatoren der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ öffentlich als Leute gebrandmarkt, „die dem ausgeschiedenen Abgeordneten schmutzige Verleumdungen nachwerfen“; die Handlungsweise dieser Leute wird gleichgestellt mit der „von der rechtsstehenden Presse betriebenen Verbreitung verleumderischer Gerüchte zu dem Zweck, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen“.

„Es ist die heilige Pflicht aller, denen die Arbeitersache teuer ist“, schreiben die Vertreter der 10 Gewerkschaftsvereinigungen der Stadt Moskau in ihrer Resolution, „sich zusammenzuschließen und die Verleumder einmütig zurückzuweisen.“ „Die Arbeiterklasse wird als Antwort darauf ihre Reihen um ihre Vertreter“ (d. h. die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands) „noch enger schließen und die Verleumder mit Verachtung strafen.“

\* Die Beteiligung der *Führer* der verschiedenen Gruppen, der Liquidatoren (Dan und Martow), Plechanows, Trotzki und Lunatscharski, am Bündnis mit den Volkstümlern („Sowremennik“) ist ebenfalls eins der Musterbeispiele der Zirkeldiplomatie, denn *keiner* wagte es, von vornherein den Arbeitern offen und deutlich zu erklären: Ich trete diesem Bündnis aus diesem und jenem Grunde und zu diesem und jenem Zwecke bei. Als Frucht der Zirkeldiplomatie ist der „Sowremennik“ ein totgeborenes Unternehmen.

Wir haben keinen Anlaß, die zahlreichen anderen, ihrem Inhalt nach gleichartigen Resolutionen der Arbeiter zu zitieren, die Äußerung der lettischen Arbeiterzeitung\* usw. Das hieße sich wiederholen.

Betrachten wir, was geschehen ist.

Weshalb haben die klassenbewußten Arbeiter Rußlands, in Person der Vertreter der 10 Gewerkschaftsvereinigungen Moskaus und vieler anderer, die Liquidatoren von der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ öffentlich als schmutzige Verleumder verurteilt und die Arbeiterklasse aufgefordert, sie mit Verachtung zu strafen?

Was hat die „Nascha Rabotschaja Gaseta“ getan?

Sie hat anonyme Gerüchte und dunkle Anspielungen über eine angebliche Spitzeltätigkeit Malinowskis verbreitet.

Kein einziger Name eines Anklägers wurde genannt. Keine einzige genaue Tatsache wurde angeführt. Kein einziger bestimmt formulierter Beweis, durch Angabe wenigstens von Decknamen, Verhaftungen, Orten und Daten bekräftigt – kein einziger solcher Beweis ist beigebracht worden.

Einzig dunkle Gerüchte, einzig das Aufbauschen der „fehlenden Motivierung“ für den Austritt aus der Duma. Doch gerade wegen der fehlenden Motivierung seines Austritts, wegen seiner heimlichen Flucht haben ja die organisierten Arbeiter, die Mitglieder der Arbeiterpartei Malinowski hart verurteilt.

Die organisierten marxistischen Arbeiter haben sogleich alle und sämtliche ihrer leitenden Instanzen, die lokalen, die gewerkschaftlichen, die gesamtrussische Leitung sowie auch die Dumafraktion zusammengerufen und dem Proletariat und der ganzen Welt direkt, offen, so daß es alle hören konnten, erklärt: Malinowski hat uns seinen Austritt nicht motiviert und uns davon vorher nicht verständigt. Diese fehlende Motivierung, diese unerhörte Eigenmächtigkeit macht seinen Schritt zum Schritt eines Deserteurs in einer Zeit, wo wir einen ernsten, schweren und verantwortungsvollen Klassenkrieg führen. Wir haben über den Deserteur zu

---

\* „Auf die Gerüchte, die in der Presse verbreitet werden, auf die bloßen Verleumdungen gegen Malinowski und gegen die ganze Fraktion und ihre konsequente Richtung einzugehen, halten wir nicht für nötig, weil sie stets mit unehrlichen Absichten ausgestreut werden und sich stets als ungerechtfertigt herausstellen.“ („Trudowaja Prawda“ Nr. 1, 23. Mai 1914.)

Gericht gesessen, wir verurteilen ihn und haben ihn rücksichtslos verurteilt. Und damit Schluß. Die Sache ist erledigt.

„Der einzelne ist nichts. Die Klasse ist alles. Verteidigt standhaft die Positionen, die ihr einnehmt. Wir sind mit euch.“ (Telegramm von vierzig kaufmännischen Angestellten aus Moskau an die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands. Siehe Nr. 86 des „Put Prawdy“ vom 14. Mai 1914.)

Die Sache ist erledigt. Die organisierten Arbeiter haben die Sache *organisiert* zu Ende geführt und ihre Reihen zur weiteren Arbeit zusammengeslossen. Vorwärts an die Arbeit!

Die Intellektuellenzirkel dagegen verhalten sich anders. Das „Fehlen der Motivierung“ ruft bei ihnen kein *organisiertes* Verhalten zur Sache hervor (*keine einzige leitende Instanz der Liquidatoren oder ihrer Freunde hat ein offenes, direktes, vollständiges Urteil über das Wesen der Sache abgegeben!!!*), sondern das Interesse für den *Klatsch*. Aha, „keine Motivierung“ – die Klatschbasen der Intellektuellengesellschaft sind gespannt.

Tatsachen stehen den Klatschmäulern nicht zur Verfügung. Die Klatschbasen des Zirkels Martows sind *außerstande, organisiert* zu handeln: dieses oder jenes Kollegium einzuberufen, Material zu sammeln, das von politischem Interesse und von Bedeutung wäre, gemeinsam zu prüfen, zu analysieren, zu überdenken und zu einer formellen, verantwortlichen Entscheidung zu kommen, die dem Proletariat als Richtschnur dienen kann. Dazu sind die Klatschbasen unfähig.

Dagegen schwatzen und klatschen, bei Martow (oder anderen, ihm ähnlichen schmutzigen Verleumdern) ein- und ausgehen und dunkle Gerüchte aufwärmen, Anspielungen erhaschen und weitergeben – oh, darin sind die Intellektuellen-Klatschbasen große Meister! Wer auch nur einmal in seinem Leben dieses Milieu der intrigierenden Intellektuellen-Klatschbasen kennengelernt hat, der wird gewiß (wenn er nicht selbst eine solche Klatschbase ist) sein ganzes Leben lang Abscheu vor diesen nichtswürdigen Kreaturen haben.

Jedem das Seine. Jede Gesellschaftsschicht hat ihre „Lebensart“, ihre Gewohnheiten, ihre Neigungen. Jedes Insekt hat die ihm eigene Kampfeswaffe: Es gibt Insekten, denen dazu die Ausscheidung übelriechender Flüssigkeit dient.

Die organisierten marxistischen Arbeiter haben organisiert gehandelt. Organisiert haben sie die Angelegenheit des eigenmächtigen Weggangs eines ehemaligen Kollegen erledigt, und organisiert sind sie an die weitere Arbeit, in den weiteren Kampf gegangen. Die Intellektuellen-Klatschbasen der Liquidatoren konnten über schmutzige Klatschereien und Verleumdungen nicht hinauskommen, und sie sind auch nicht darüber hinausgekommen.

Die organisierten marxistischen Arbeiter haben schon gleich nach den ersten Artikeln der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ diese Klatschbasen erkannt und sie sogleich absolut richtig eingeschätzt: „schmutzige Verleumdung“, „mit Verachtung strafen“. Keine Spur von Vertrauen zu den „Gerüchten“ Martows und Dans, der feste Entschluß, ihnen keine Aufmerksamkeit zu schenken, ihnen keine Bedeutung beizumessen.

Übrigens: in den Resolutionen der über die Liquidatoren empörten Arbeiter wurde von den Liquidatoren im allgemeinen gesprochen. Meines Erachtens wäre es weit richtiger gewesen, nur von den Herren Martow und Dan zu sprechen, wie dies im Telegramm Lenins<sup>127</sup> und in einigen Artikeln und Resolutionen getan wurde. Wir haben keinen Grund, insgesamt *alle* Liquidatoren zu beschuldigen und öffentlich wegen schmutziger Verleumdung zu brandmarken; dagegen haben gerade Martow und Dan im Laufe von 10 Jahren, angefangen von ihren Versuchen, den Willen des II. Parteitags (1903) zu durchkreuzen, wiederholt ihre „Manier“ offenbart, den Kampf mit Hilfe von Insinuationen und schmutzigen Verleumdungen zu führen. Vergeblich versteckten sich diese zwei Subjekte hinter der Behauptung, daß angeblich jemand verrate, wer die tatsächlichen Redakteure der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ sind. Kein Wort, kein Ton verlautete irgendwo darüber, weder über die Redaktion überhaupt noch darüber, wer die tatsächlichen Redakteure sind.

Doch die Verleumder, die der Arbeiterpartei aus ihrer zehnjährigen Geschichte bekannt sind, mußten beim Namen genannt werden, und sie wurden genannt.

Die Verleumder versuchten, ganz unerfahrene oder ganz denkfähige Leute durch die „angemessene“ Forderung eines „inoffiziellen“ Gerichts zu verwirren: Wir wissen ja nichts ganz Bestimmtes, wir beschuldigen ja niemanden, die Gerüchte sind für eine Anklage „unzureichend“, sie genügen nur für eine „Untersuchung“!

Doch gerade darin besteht eben der ganze, juristisch gesprochen, „Tatbestand“ der schmutzigen Verleumdung, daß man dunkle, anonyme Gerüchte in die Presse bringt, ohne imstande zu sein, auch nur einen einzigen ehrlichen Bürger, auch nur eine einzige solide, verantwortliche demokratische Institution als Bürgen für die *Glaubhaftigkeit* dieser Gerüchte anzuführen!

Darin besteht ja eben der ganze Kern der Sache.

Martow und Dan sind längst bekannte, wiederholt entlarvte Verleumder. Davon ist in den im Ausland erscheinenden Presseorganen Dutzende von Malen gesprochen worden. Als Martow unter Mitwirkung und Mitverantwortung Dans eigens die verleumderische Broschüre „Retter oder Zerstörer“ schrieb, da wurde diese *sogar* von dem milden und vorsichtigen, in der letzten Zeit zu „Zugeständnissen“ an die Liquidatoren besonders geneigten Kautsky als „widerwärtig“ bezeichnet.

Das ist Tatsache. Darüber ist in der ausländischen Presse schon vor langer Zeit geschrieben worden.

Und nach all dem wollen Martow und Dan, daß wir uns auf *ihre* Initiative, auf *ihre* verleumderische Auftreten hin bereit erklären, eine Untersuchung durchzuführen *unter Teilnahme* jener Grüppchen, die Martow und Dan decken!!!

Das ist der Gipfel der Frechheit der Verleumder und der Gipfel der Ungereimtheit.

Wir *glauben nicht* einem einzigen Wort von Dan und Martow. Wir werden *niemals* auf irgendwelche „Untersuchung“ dunkler Gerüchte *unter Teilnahme* der Liquidatoren und der sie unterstützenden Grüppchen eingehen. Denn das würde bedeuten, das Verbrechen Martows und Dans zu *decken*, doch wir wollen es vor der Arbeiterklasse restlos aufdecken.

Wenn Martow und Dan, samt ihren Spießgesellen, den Bundisten, Tschcheidse und Co., den „Augustleuten“ u. dgl. m., uns direkt oder indirekt zu einer gemeinsamen „Untersuchung“ auffordern, antworten wir ihnen: Martow und Dan glauben wir nicht. Wir halten sie nicht für ehrliche Bürger. Wir werden sie wie gemeine Verleumder behandeln – nur so und nicht anders.

Mögen die Spießgesellen Dans und Martows oder nervenschwache Intellektuelle, die den „Gerüchten“ dieser Herren glauben, bei dem Gedanken an ein bürgerliches Gericht weh und ach schreien. Damit schreckt



man uns nicht. Gegenüber Erpressern sind wir *immer und unbedingt* für die bürgerliche Legalität des bürgerlichen Gerichts.

Wenn ein Mensch sagt: geben Sie mir 100 Rubel, sonst enthülle ich, daß Sie Ihre Frau betrügen und mit der N. N. leben, so ist das eine kriminelle Erpressung. Wir sind in diesem Fall für das bürgerliche Gericht.

Wenn ein Mensch sagt: macht mir politische Zugeständnisse, erkennt mich an als gleichberechtigten Genossen der marxistischen Gesamtheit, sonst werde ich Lärm schlagen über Gerüchte von der Spitzeltätigkeit Malinowskis, so ist das politische Erpressung.

Wir sind in diesem Fall für das bürgerliche Gericht.

Die Arbeiter *selbst* haben gerade diesen Standpunkt eingenommen, als sie auf Grund gleich der ersten Artikel Dans und Martows diesen kein Vertrauen bezeugten, sich nicht fragten: In der Tat, diese „Gerüchte“ werden wohl richtig sein, da doch Martow und Dan davon schreiben? – Nein, die Arbeiter haben *sofort* den Kern erfaßt und ausgerufen: „Die Arbeiterklasse straft die schmutzige Verleumdung mit Verachtung.“

Entweder ihr erhebt eine mit eurer Unterschrift versehene offene Anklage, damit das bürgerliche Gericht euch entlarven und bestrafen kann (andere Mittel zur Bekämpfung von Erpressungen gibt es nicht), oder ihr bleibt als Leute gebrandmarkt, die von den Vertretern von 10 Gewerkschaftsvereinigungen der Arbeiter öffentlich als Verleumder bezeichnet worden sind. Das ist die Wahl, die euch, ihr Herren Martow und Dan, bleibt!

Die leitende Instanz hat die Gerüchte untersucht und sie für Unsinn erklärt. Die Arbeiter Rußlands glauben dieser Instanz, und diese wird die Verbreiter der Verleumdung *restlos* entlarven. Martow soll nicht glauben, daß er unentlarvt bleiben wird.

Aber die politischen Grüppchen, die die Liquidatoren verteidigen oder wenigstens teilweise mit ihnen sympathisieren, glauben doch unserer leitenden Instanz nicht? Natürlich nicht! Wir bedürfen ihres Vertrauens nicht, wir gehen *auf keinen* Schritt ein, der auch nur eine Spur von Vertrauen zu ihnen offenbaren würde.

Wir sagen: Bitte sehr, ihr Herren Mitglieder der Grüppchen, die Martow und Dan *vertrauen* und sich mit ihnen zu „vereinigen“ wünschen, ihr alle, Augustleute, Trotzlisten, „Wperjod“-Leute, Bundisten usw. uf., tretet hervor, zeigt euch! Eins von beiden, meine Herren:

Wenn ihr selbst euch mit Martow und Dan „vereinigen“ wollt und auch die Arbeiter dazu auffordert, so habt ihr also (was uns fehlt) elementares Vertrauen zu ihnen, den erklärten Führern der ideologisch-politischen Richtung der Liquidatoren. Da ihr nun einmal dieses Vertrauen habt, da ihr nun einmal die Möglichkeit einer „Vereinigung“ mit ihnen zulaßt, anerkennt und propagiert, so geht doch zur *Tat* über und beschränkt euch nicht auf *Worte*!

Entweder ihr verlangt von Dan und Martow (ihr vertraut ihnen, sie vertrauen euch) die Angabe der Quellen der „Gerüchte“, untersucht diese selbst und erklärt öffentlich vor der Arbeiterklasse: Wir bürgen dafür, daß es sich hier nicht um eine dumme Klatscherei von Klatschbasen, nicht um eine böswillige Einflüsterung gereizter Liquidatoren, sondern um *schwerwiegende, ernsthafte* Indizien handelt. Wenn ihr dies tätet und wenn bewiesen würde, daß die leitenden Instanzen der Liquidatoren, der Plechanowleute usw. gleich beim Auftauchen der Gerüchte sie geprüft und der leitenden Instanz der Prawdisten unverzüglich davon Mitteilung gemacht haben, so würden wir antworten: Wir sind überzeugt davon, daß ihr euch irrt, ihr Herren, und werden euch euern Irrtum beweisen, erkennen aber an, daß ihr wie ehrliche Demokraten gehandelt habt.

Oder ihr versteckt euch, ihr Herren Führer der „Strömungen“ und Grüppchen, die die Arbeiter auffordern, sich mit den Liquidatoren zu vereinigen, versteckt euch hinter den Rücken Dans und Martows und überlaßt es ihnen, zu verleumden, soviel sie nur wollen, ohne von ihnen die Angabe der Quellen zu verlangen und ohne die Mühe (*und die politische Verantwortung*) auf euch zu nehmen, die Glaubhaftigkeit der Gerüchte zu prüfen.

Dann werden wir den Arbeitern offen erklären: Genossen, seht ihr denn nicht, daß alle diese Führer der Grüppchen *Mitwirkende* und *Helfersbelfer* der schmutzigen Verleumder sind?

Wir wollen sehen, wie die Arbeiter entscheiden werden.

Zur Erklärung der Sache nehmen wir den konkreten Fall. Als die von  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands anerkannte leitende Instanz erklärte, daß sie die Gerüchte untersucht habe und von ihrer völligen Unsinnigkeit (wenn nicht schlimmer) unbedingt überzeugt sei, da traten in der Presse *zwei* Gruppen auf: 1. die Gruppe Tschcheidse, Tschchenkeli, Skobelew, Chaustow, Tuljakow, Mankow und Jagiello; 2. die

„Augustleute“, d. h. die leitende, im August gebildete Instanz der Liquidatoren.

Was haben sie nun erklärt?

Nur, daß sie an der Untersuchung der Gerüchte durch die leitende Instanz der Prawdisten *nicht teilgenommen* haben!! Nur das!

Prüfen wir diesen Fall.

Stellen wir uns erstens vor, daß wir statt der Gruppe Tschcheidse und Co. ehrliche Demokraten vor uns hätten. Diese Leute hätten Malinowski zum stellvertretenden Vorsitzenden *ihrer* Dumafraktion gewählt. Und plötzlich wird in der Presse, in einem Organ, für das sie politisch verantwortlich sind, das Gerücht verbreitet, Malinowski sei ein Spitzel!

Kann es denn wirklich zwei Meinungen darüber geben, was in einem solchen Fall die elementarste und unbedingteste Pflicht jedes ehrlichen Demokraten ist?

Unverzüglich aus der eigenen Mitte oder mit wem man nur will ein Kollegium zu bilden, unverzüglich zu untersuchen, woher diese Gerüchte stammen, wer sie verbreitet hat und wann, zu prüfen, ob diese Gerüchte *wohlbegründet* und ernsthaft sind, und der Arbeiterklasse öffentlich, direkt und ehrlich zu erklären: Genossen, wir haben uns mit der Sache befaßt, *wir haben sie untersucht*, wir garantieren euch dafür, daß es sich hier um eine ernste Angelegenheit handelt.

So würden ehrliche Demokraten handeln. Zu schweigen, nicht zu untersuchen, fortzufahren, die Verantwortung für ein Presseorgan zu tragen, das dunkle Gerüchte verbreitet, das ist der Gipfel der Gemeinheit und Niedertracht und ehrlicher Bürger unwürdig.

Stellen wir uns zweitens vor, daß wir an Stelle von Tschcheidse und Co. Mithelfer und Spießgesellen der schmutzigen Verleumdungsgeschichte vor uns haben, die *entweder* die dunklen Gerüchte von Martow oder seinen Freunden *selbst gehört*, aber niemals auch nur daran gedacht haben, sie ernst zu nehmen (denn wer von denen, die mit der sozialdemokratischen Arbeit in Berührung kommen, hat nicht schon dutzendemal dumme, offenkundig unsinnige „Gerüchte“ vernommen, denen Beachtung zu schenken lächerlich wäre?), oder die nichts gehört haben, aber, wohlvertraut mit der „Manier“ Dans und Martows, es vorziehen, „sich an einer schwierigen und heiklen Frage vorbeizudrücken“<sup>128</sup>, weil sie einerseits fürchten, sich durch einen direkten Ausdruck des Vertrauens zur Ernst-

haftigkeit der von Martow und Dan in der Presse verbreiteten Gerüchte zu beschmutzen und fürs ganze Leben zu blamieren, andererseits wünschen, Martow und Dan *insgeheim* zu decken.

Solche Leute, die unserer zweiten Annahme entsprechen, *würden ebenso handeln, wie Tschcheidse und Co. gehandelt haben.*

Das Gesagte bezieht sich voll und ganz auch auf die „Augustleute“.

Mögen die Arbeiter selbst eine von den zwei Annahmen auswählen, mögen sie das Verhalten der Tschcheidse und Co. selbst prüfen und überdenken.

Betrachten wir nun noch die Haltung Plechanows. In Nr. 2 des „Jedinstwo“ bezeichnet er die Artikel der Liquidatoren über Malinowski als „empörend“ und „abscheulich“, gleichzeitig fügt er aber, mit deutlichem Vorwurf gegen die Prawdisten, hinzu: Das sind die Früchte *eurer* Spaltung, „verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf“!

Was ist der Sinn dieses Verhaltens Plechanows?

Wenn er trotz der direkten Erklärung Dans und Martows, daß sie die Gerüchte für ernsthaft und wohlbegründet halten (denn sonst hätten sie keine Untersuchung verlangt) – wenn Plechanow trotzdem die Artikel der Liquidatoren als empörend und abscheulich bezeichnet, so hat er also nicht das geringste Vertrauen zu Dan und Martow!! Also betrachtet er sie *ebenfalls* als schmutzige Verleumder!!

Denn wieso, aus welchem vernünftigen Grunde könnte man sonst die Artikel von Leuten öffentlich für „abscheulich“ erklären, die (ihren Worten nach) der Demokratie und dem Proletariat durch die Aufdeckung eines ernsten und furchtbaren Übels, einer Spitzeltätigkeit, Nutzen bringen wollen??

Aber wie kann denn Plechanow, wenn er keinem einzigen Wort Martows und Dans glaubt, wenn er sie für schmutzige Verleumder hält – wie kann er dann diese Kampfmethoden der aus der Partei ausgeschlossenen Liquidatoren *uns*, den Prawdisten, zur Last legen? *Wie* kann er schreiben: „Verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf“? Das heißt doch, daß er Dan und Martow *mit der „Spaltung“ entschuldigt!!*

Das ist ungeheuerlich, aber es ist Tatsache.

Plechanow *entschuldigt* die schmutzigen Verleumder, denen er selbst nicht über den Weg traut, damit, daß die Prawdisten schuld seien, weil sie sie aus der Partei ausgeschlossen haben.

Ein derartiges Verhalten Plechanows ist eine „diplomatische“ (wie bereits eine „Gruppe von Marxisten“, die Plechanow zu glauben bereit war, sich aber bald enttäuscht sah, ihm öffentlich erklärt hat) – eine diplomatische, d. h. eine durch die Zirkeldiplomatie hervorgerufene Verteidigung der Erpresser, die objektiv gleichbedeutend ist mit der Anspornung der Erpresser zur Fortsetzung ihrer Heldentaten.

Wenn wir – müssen Martow und Dan sich sagen – mit einem Schlage erreicht haben, daß der „Antiliquidator“ Plechanow, der uns nicht glaubt, die Prawdisten, wenn auch nur indirekt, wenn auch nur zum Teil dafür *anklagt*, daß sie uns durch die „Spaltung“ zu einem so verzweifelten Kampf getrieben haben, so heißt das . . . heißt das: *Immer feste drauf los! Fahrt in demselben Geist fort! Plechanow macht uns Hoffnung, daß wir als Belohnung für unsere Erpressung Zugeständnisse erhalten werden!!\**

Die Zirkeldiplomatie Plechanows hat sich vor den Arbeitern bereits unverzüglich bloßgestellt. Das beweisen das Urteil der Moskauer über die Nr. 1 des „Jedinstwo“ und die Antwort der „Gruppe von Marxisten“, die bereit war, Plechanow Vertrauen zu schenken, und die ihn jetzt einen „Diplomaten“ genannt hat. Die Zirkeldiplomatie Plechanows wird sich sehr bald restlos bloßstellen.

Die Vertreter der Arbeiter haben im Januar 1912 eine bestimmte Gruppe von Liquidatoren, an ihrer Spitze Martow und Dan, offen und in aller Form aus der Partei ausgeschlossen. Seit jener Zeit, in diesen 2½ Jahren, haben die Arbeiter Rußlands mit Vierfünftelmehrheit diesen Beschluß gutgeheißen und als den *ibrigen* anerkannt. Der Erpressungsversuch und die Verleumdungen Martows und Dans werden die Arbeiter

---

\* Eine ganz gleichartige Verteidigung der Erpressung wie die Plechanows, nur in einer noch verhüllteren und feigeren Form, kann der Leser bei Trotzki finden. In Nr. 6 der „Borba“ tadelt er, ein *Mitarbeiter* der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“, die „Kampagne“ Dans und Martows mit keinem Ton, dagegen beschuldigt er die Prawdisten der Ausstreuung „giftiger Samen des Hasses und der Spaltung“ (S. 44)!! Also nicht im Verleumden, nein, keineswegs, sondern in der Ausführung der Beschlüsse der Partei über die Vermittler des bürgerlichen Einflusses und die Schmäher der Illegalität muß man das „Gift“ sehen. Das wollen wir uns merken.

nicht zu „Zugeständnissen“ veranlassen, sondern zu der noch festeren Überzeugung bringen, daß die zu  $\frac{4}{5}$  bereits errichtete proletarische marxistische „Gesamtheit“ nur *ohne* die Liquidatoren und *gegen* sie geschaffen werden kann.

Jedermann spricht heute vom Wachstum des politischen Bewußtseins der russischen Arbeiter, vom Übergang der Angelegenheiten der Arbeiterpartei völlig und ausschließlich in ihre Hände, von der gewaltigen Zunahme ihrer Reife und Selbständigkeit nach der Revolution. An die Arbeiter appellieren gegen die „Intellektuellenzirkel“ oder das „Fraktionswesen der Intellektuellen“ sowohl Trotzki wie Plechanow. Aber – ein bemerkenswerter Umstand! – sobald die Rede ist von den *objektiven* Angaben darüber, welche politische Richtung die *heutigen* klassenbewußten Arbeiter Rußlands wählen, gutheißen, schaffen, dann wechseln sowohl Plechanow als auch Trotzki sowie die Liquidatoren die Front und schreien: Diese Arbeiter, diese prawdistischen Arbeiter, die die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands ausmachen, sie folgen nur aus „Kopfllosigkeit“ („Borba“ Nr. 1, S. 6) dem Prawdismus, sie *erliegen* nur der „Demagogie“ oder dem Fraktionswesen usw. usf.

Es ergibt sich somit, daß die Liquidatoren, Plechanow und Trotzki den Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter *nicht* in der Gegenwart, sondern in der Zukunft anerkennen, und zwar in der und nur in der Zukunft, wo die Arbeiter mit ihnen, mit den Liquidatoren, mit Plechanow, mit Trotzki einverstanden sein werden!!

Ein ergötzlicher Subjektivismus! Eine ergötzliche Furcht vor den objektiven Tatsachen! Wenn man sich aber nicht damit befassen will, sich einfach gegenseitig eines Intellektuellenzirkelwesens zu beschuldigen, so muß man doch gerade die *heutigen* und gerade die *objektiven* Tatsachen nehmen.

Über die politische Aufklärung der Arbeiter, die, wie allgemein anerkannt wird, Fortschritte macht, urteilen unsere Versöhnler, Plechanow, Trotzki und Co., wiederum mit ergötzlichem Subjektivismus. Plechanow und Trotzki *schwanken* zwischen den zwei miteinander kämpfenden Strömungen in der sozialdemokratischen Klassenbewegung und wollen ihre subjektiven Schwankungen den Arbeitern aufzwingen, indem sie erklären: Die Beteiligung der Arbeiter am Kampf der Strömungen zeugt

von einem Mangel an Aufklärung bei den Arbeitern, sowie sie aber aufgeklärter sind, werden sie zu kämpfen aufhören, werden sie nicht „fraktionell“ sein (Plechanow wiederholt, ebenso wie Trotzki, „aus alter Gewohnheit“ das eingelernte Wort „Fraktionswesen“, obwohl die „Prawda“-Anhänger im Januar 1912, d. h. vor 2½ Jahren, dem „Fraktionswesen“ ein Ende gemacht und die Liquidatoren direkt und offen ausgeschlossen haben).

Der Subjektivismus in dieser Beurteilung der Sache durch Plechanow und Trotzki springt in die Augen. Man nehme die Geschichte – es ist doch für einen Marxisten keine Sünde, zur Geschichte der Bewegung zu greifen! –, sie zeigt den *fast zwanzigjährigen* Kampf gegen die bürgerlichen Strömungen des „Ökonomismus“ (1895–1902), des Menschewismus (1903–1908) und des Liquidatorentums (1908–1914). Der unzertrennliche Zusammenhang und die Kontinuität dieser drei Abarten des „bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat“ unterliegt keinem Zweifel. Daß die fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands an diesem Kampf jedesmal teilnahmen und auf die Seite der „Iskristen“ gegen die „Ökonomen“, auf die Seite der Bolschewiki gegen die Menschewiki (was Lewizki, gezwungen durch die Unmenge der objektiven Tatsachen, *selbst* zugegeben hat) und schließlich auf die Seite des „Prawdismus“ gegen das Liquidatorentum traten – das ist eine historische Tatsache.

Es fragt sich nun, ob diese historische Tatsache, die sich auf die sozialdemokratische *Massenbewegung* der Arbeiter bezieht, uns nicht etwas Gewichtigeres sagt als die subjektiven frommen Wünsche Plechanows und Trotzki, die nun schon seit 10 Jahren ihr Verdienst darin erblicken, daß es ihnen auf keine Weise gelingt, mit der sozialdemokratischen Massenströmung der Arbeiter gleichen Schritt zu halten.

Die aus beiden Quellen, von den Liquidatoren und von den Prawdisten, genommenen objektiven Tatsachen der gegenwärtigen Periode und dann auch die zwanzigjährige Geschichte beweisen ganz offensichtlich, daß sich *gerade* im Kampf gegen das Liquidatorentum und im Sieg darüber die politische Aufklärung der russischen Arbeiter und die Schaffung einer *tatsächlichen* Arbeiterpartei vollzieht, die vor den kleinbürgerlichen Einflüssen in einem kleinbürgerlichen Lande *nicht* die Segel streicht.

Plechanow und Trotzki, die den Arbeitern ihre subjektiven (weder mit der Geschichte noch mit den Massenströmungen in der Sozialdemokratie

rechnenden), frommen Wünsche nach Vermeidung des Kampfes servieren, betrachten die Sache der politischen Aufklärung der Arbeiter ganz trivial. Bis jetzt hat es eine Geschichte gegeben – wie Marx gegen Proudhon spottete –, aber jetzt gibt es keine mehr!<sup>129</sup> Bis jetzt ist im Verlauf von 20 Jahren die politische Aufklärung der Arbeiter nicht anders vor sich gegangen als im Kampf gegen die bürgerliche Strömung des „Ökonomismus“ und gegen die späteren Erscheinungen einer gleichartigen Richtung – jetzt aber, nach ein paar von Plechanow und Trotzki servierte „triviale“ Wahrheiten über den Schaden des Kampfes, wird die Geschichte ihren Lauf einstellen, werden die Wurzeln des Liquidarentums, das dank der Unterstützung durch die Bourgeoisie in die Massen eindringen kann, verschwinden, wird der „Prawdismus“ als Massenströmung (zu der er ausschließlich dank der „Kopflösigkeit“ der Arbeiter geworden ist!) verschwinden und wird etwas „Echtes“ entstehen . . . Wie ergötzlich doch Plechanow und Trotzki urteilen!

Die tatsächliche politische Aufklärung der Arbeiter kann nicht anders verlaufen als im unbeugsamen, konsequenten, bis zu Ende geführten Kampf der proletarischen Einflüsse, Bestrebungen und Richtungen gegen die bürgerlichen. Daß aber das Liquidarentum (analog dem Ökonomismus der Jahre 1895–1902) ein Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat ist, das wagt *sogar* Trotzki nicht zu bestreiten, und Plechanow hat *selbst*, vor langer, langer Zeit, vor ganzen  $1\frac{1}{2}$ – $2\frac{1}{2}$  Jahren jenen Parteibesluß verfochten, der diese Wahrheit feststellte.

Doch die bürgerlichen Einflüsse auf die Arbeiter bestanden niemals und nirgends in der Welt nur in ideologischen Einflüssen. Wenn der ideologische Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiter zurückgeht, untergraben wird, schwächer wird, nahm und nimmt die Bourgeoisie *überall und immer* Zuflucht zur verzweifeltsten Lüge und Verleumdung. Martow und Dan haben immer gerade dann, wenn sie den Willen der Mehrheit der organisierten Marxisten durchkreuzten, gerade dann, wenn es ihnen an Waffen des ideologischen Kampfes fehlte, nach der Waffe der Insinuation und der Verleumdung gegriffen.

Nur haben sie das bis jetzt unter den Verhältnissen der Emigration gemacht, vor verhältnismäßig engen Kreisen von „Zuhörern“, und vieles ist ihnen durchgegangen. Jetzt sind sie vor Zehntausenden von russischen Arbeitern aufgetreten – und gleich war es mit ihrer Kunst aus. Die



„Programmnummer“ des Emigrantenklatsches und der Emigrantenverleumdung ist durchgefallen. Es hat sich erwiesen, daß die Arbeiter politisch schon so bewußt sind, daß sie die Unaufrichtigkeit, die Gewissenlosigkeit des Auftretens Martows und Dans sogleich *am Charakter* dieses Auftretens erkannten und sie offen, vor ganz Rußland, als Verleumder brandmarkten.

Die fortgeschrittenen Arbeiter Rußlands haben auf dem Wege ihrer politischen Aufklärung einen weiteren Schritt getan, indem sie einer bürgerlichen Gruppe (den Liquidatoren) die Waffe der Verleumdung aus den Händen *geschlagen haben*.

Weder das bürgerliche Bündnis der Führer der Liquidatoren, Plechanows und Trotzki mit den Volkstümlern noch die Anstrengungen der liberalen Presse, die Vereinigung der Arbeiter mit den Liquidatoren der Arbeiterpartei als Aufgabe der „ehrlichen“ Leute zu erklären, noch die Verleumdungskampagne Martows und Dans werden das Wachstum und die Entwicklung der proletarischen Geschlossenheit auf dem Boden der Ideen, des Programms, der Taktik und der Organisation des „Prawdismus“ aufhalten.

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 6,  
Juni 1914.

Unterschrift: *W. I l j i n*.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„*Prosweschtschenije*“.

## UBER DIE „WPERJOD“-LEUTE UND DIE GRUPPE „WPERJOD“

A. Bogdanow hat in der Zeitung der Petersburger Liquidatoren die schärfsten Beschuldigungen gegen die „Prawda“ und den „Prawdismus“ erhoben. Jetzt steht in der Zeitschrift Trotzki's, der gestern noch gut Freund mit den Liquidatoren war, sich aber heute halb und halb von ihnen abgewandt hat, ein Brief des Pariser und des Genfer Zirkels der ideologischen und marxistischen Gruppe „Wperjod“ (Nr. 4, S. 56).

In Rußland hat sich nur eine Gruppe im Kaukasus gefunden, die für diese Gruppe in Paris und Genf, die seit 1909, d. h. seit ungefähr 5 Jahren besteht, eintritt. Vielleicht sollte man in Anbetracht dessen auch keine Zeit daran verschwenden, den im „Put Prawdy“\* bereits gegebenen Erläuterungen noch weitere hinzuzufügen?

Doch die Beharrlichkeit der Liquidatoren und ihres gestrigen Freundes Trotzki in der Verteidigung der „Wperjod“-Leute veranlaßt uns, diesen noch einmal zu antworten, um so mehr, als das immer deutlicher in Erscheinung getretene faktische Bündnis der Liquidatoren, Trotzki's und der „Wperjod“-Leute die Möglichkeit bietet, den Arbeitern in Rußland zu erläutern, worin die prinzipielle und politische Bedeutung dieses Bündnisses besteht.

Die Gruppe „Wperjod“ hat sich im Jahre 1909 im Ausland von den Bolschewiki abgespalten. Am Ende dieses Jahres gab sie eine gedruckte kleine Broschüre heraus mit einer Darlegung ihrer „Plattform“ unter dem Titel „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“.

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 113–116. *Die Red.*

„An der Ausarbeitung der Plattform“, lesen wir auf S. 32 dieser Broschüre, „beteiligten sich 15 Parteimitglieder: 7 Arbeiter und 8 Intellektuelle. Der größte Teil der Plattform wurde einstimmig angenommen. Nur in der Frage der Reichsduma enthielten sich drei der Stimme (zwei ‚Otsowisten‘ und ein ‚Antiboykottist‘).“

In der Plattform (S. 17 u. a.) wurde die „proletarische Philosophie“ verfochten.

Von den Namen der „Wperjod“-Leute, die von ihnen selbst in der Presse genannt wurden, vermerken wir: N. Maximow, Woinow, Alexinski, Lunatscharski, Ljadow, St. A. Wolski, Domow, A. Bogdanow.<sup>130</sup>

Was ist nun mit diesen „Wperjod“-Leuten geschehen?

N. Maximow hat die Gruppe „Wperjod“ verlassen.

Woinow und Alexinski sind in ihr verblieben, haben aber miteinander gebrochen und gehören jetzt zwei verschiedenen Gruppen „Wperjod“ an, was in Paris offiziell bekanntgegeben wurde.

A. Lunatscharski hat sich von Alexinski getrennt.

Ljadow scheint sich zurückgezogen zu haben; über seine Stellung nach der neuen Spaltung des „Wperjod“ ist nichts bekannt.

St. A. Wolski ist zu den linken Volkstümlern gegangen, nach seiner systematischen Mitarbeit an ihren Organen zu schließen (siehe „Sawety“).

Domow hat in Nr. 3 des Sammelbandes „Wperjod“ (Mai 1911) eine Erklärung veröffentlicht, daß „er an den Publikationen der Gruppe ‚Wperjod‘ keinen Anteil mehr nimmt“ (S. 78).

A. Bogdanow hat in der Presse erklärt, er habe die Gruppe „Wperjod“ verlassen.

Das sind die Tatsachen.

Und nun vergleiche man mit diesen Tatsachen die von Trotzki veröffentlichte Erklärung der Pariser und Genfer „Wperjod“-Leute:

„Die Behauptung des ‚Put Prawdy‘, die Gruppe ‚Wperjod‘ sei von allem Anfang ihres Bestehens an aus verschiedenartigen antimarxistischen Elementen zusammengeleimt gewesen, die bei der Belebung der Arbeiterbewegung auseinandergefallen seien, entspricht nicht der Wirklichkeit.“

Der Leser ersieht daraus, daß Trotzki, der sämtliche angeführten Namen und die ganze Geschichte der Gruppe „Wperjod“, der er mehr

als einmal geholfen hat, ausgezeichnet kennt, eine empörende, himmel-schreiende Unwahrheit der „Wperjod“-Leute abdruckt und daß der „Put Prawdy“ die reine Wahrheit gesagt hat.

Erinnern wir noch an folgende Tatsache: Im „Sowremenny Mir“ erschien, wohl im Jahre 1910 oder 1911, eine Besprechung von G. A. Alexinski über ein Werk A. A. Bogdanows, in der dieser vom Verfasser als ein „Herr“ behandelt wurde, der mit dem Marxismus nichts gemein habe.

Worum handelt es sich also?

Es handelt sich darum, daß die Gruppe der „Wperjod“-Leute tatsächlich aus verschiedenartigen antimarxistischen Elementen zusammengesetzt war. Solcher Elemente gab es, im Sinne der ideologischen Richtungen, zwei: den „Machismus“ und den „Otsowismus“, was übrigens schon aus den angeführten Zitaten hervorgeht.

Der „Machismus“ ist die Philosophie von Mach und Avenarius, mit Korrekturen von Bogdanow, die von diesem, von Lunatscharski und von Wolski verfochten wurde und die sich in der Plattform des „Wperjod“ unter dem Pseudonym „proletarische Philosophie“ verbirgt. In Wirklichkeit ist diese Philosophie eine Spielart des philosophischen Idealismus, d. h. der verfeinerten Verfechtung der Religion, und nicht zufällig ist Lunatscharski von dieser Philosophie zur Propagierung der Vereinigung von wissenschaftlichem Sozialismus und Religion hinabgeglitten. A. Bogdanow vertritt auch heute in einer Reihe „neuer“ Bücher diese durch und durch antimarxistische und durch und durch reaktionäre Philosophie, gegen die sowohl der Menschewik G. W. Plechanow als auch der Bolschewik W. Iljin entschieden gekämpft haben.

Wir fragen alle und jeden, ob die Liquidatoren, A. Bogdanow, Trotzki und die Pariser und Genfer „Wperjod“-Leute ehrlich handeln, wenn sie bei der Veröffentlichung von Erklärungen des „Wperjod“ und über den „Wperjod“ den russischen Arbeitern *verheimlichen*:

1. daß die Gruppe „Wperjod“ selber die „proletarische Philosophie“, das heißt den „Machismus“, in ihre Plattform aufgenommen hat;
2. daß unter den Marxisten der verschiedenen Fraktionen gegen den „Machismus“ als eine durch und durch reaktionäre Philosophie ein langer und hartnäckiger Kampf geführt worden ist;
3. daß sogar der leidenschaftliche „Wperjod“-Mann Alexinski, der

zusammen mit den Machisten die Plattform selbst unterschrieben hatte, kurze Zeit darauf gezwungen war, sich in der schärfsten Weise gegen den Machismus zu wenden.

Gehen wir zum Otsowismus über.

Wir haben oben gesehen, daß die „Otsowisten“ an der Gruppe „Wperjod“ teilgenommen haben. Die Plattform dieser Gruppe selbst enthält, wie sogleich nach ihrer Veröffentlichung in der im Ausland erscheinenden Presse erklärt wurde, einen verhüllten Otsowismus, unstatthafte Zugeständnisse an ihn, z. B. im Punkt d) auf S. 16 der Plattform, wo gesagt wird, daß (bis zu einer gewissen Zeit)

„alle halblegalen und legalen Methoden und Wege des Kampfes der Arbeiterklasse, darunter auch die Beteiligung an der Reichsduma, keine selbständige und entscheidende Bedeutung haben können“.

Das ist der nämliche „Otsowismus“, nur verhüllt, unklar, verworren. Sowohl die parteitreuen, d. h. die dem Liquidarentum feindlich gesinnten Bolschewiki als auch die parteitreuen Menschewiki haben ständig und viele Male erläutert, daß eine derartige Plattform für Sozialdemokraten unzulässig ist, daß dies eine Verteidigung, eine durch und durch falsche und durch und durch schädliche Verteidigung des „Otsowismus“ ist.

Die Otsowisten waren gegen die Beteiligung an der III. Duma, und die Ereignisse haben klar gezeigt, daß sie sich geirrt haben, daß ihr Standpunkt *faktisch* zum Anarchismus führte.

Die von uns angeführte *faktische*, verhüllte und abgeschwächte, Verteidigung des „Otsowismus“ hätte nicht die Durchführung jener Linie ermöglicht, die von der „Prawda“ siegreich durchgeführt wurde und die den Prawdisten in der gewaltigen Mehrheit der legalen und legalsten Arbeiterorganisationen den Sieg über die Zerstörer der Partei, die Liquidatoren, gebracht hat.

Eben darum sind wir, wenn die „Wperjod“-Leute heute noch von dem „uneingeschränkt-linken Marxismus“ sprechen, verpflichtet, das Wort zu ergreifen und die Arbeiter zu warnen, wir sind verpflichtet zu erklären, daß sich hinter diesen tönenden Worten eine antimarxistische, gegen den Marxismus gerichtete Lehre verbirgt, die der Arbeiterbewegung den größten Schaden zufügt und mit ihr vollkommen unvereinbar ist.

Diese „Wperjod“-Spielart eines „uneingeschränkt-linken Marxismus“ ist eine Karikatur auf den Bolschewismus, wie das von den Bolschewiki schon längst, vor mehr als 5 Jahren, gesagt und aufgezeigt worden ist; wir haben es hier in Wirklichkeit, auch selbst wenn die „Wperjod“-Leute sich dessen nicht bewußt sind, mit einer Abweichung vom Marxismus zum Anarchismus zu tun.

Das Januarplenium 1910 – jenes Plenum, auf das sich die „Wperjod“-Leute in der Zeitschrift Trotzki's berufen, von dem sie sagen, es habe ihre Gruppe bestätigt – *verurteilte einstimmig diese Abweichung*, die ebenso schädlich ist wie die liquidatorische Abweichung. Im Verlauf des ganzen Jahres 1910 haben die vom Plenum zur Durchführung seiner Beschlüsse eingesetzten leitenden Instanzen, z. B. die Redaktion des Zentralorgans, in ihren Veröffentlichungen *vielfach* und eingehend gezeigt, daß die „Wperjod“-Leute, gleich den Liquidatoren, die Beschlüsse des Plenums *verletzt haben*; daß sie, gleich den Liquidatoren, in Wirklichkeit *Vermittler des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat sind*.

Wenn sich die „Wperjod“-Leute jetzt in der Zeitschrift Trotzki's auf die „erste und zweite ‚Wperjod‘-Schule“ berufen, so sind wir verpflichtet, an die Tatsachen zu erinnern: Aus der ersten Schule ist die Hälfte der Arbeiter *weggegangen*, nachdem sie sich an Hand der Erfahrung von der antimarxistischen und desorganisierenden Rolle dieser Schule überzeugt hatten. Vor der zweiten Schule hat das Zentralorgan in Durchführung der Beschlüsse des Plenums die Arbeiter besonders gewarnt, wobei es gerade die soeben genannte Rolle dieser Schule erläuterte.

Wer aber hat diese zweite Schule unterstützt?

Nur die Liquidatoren und Trotzki, *entgegen* der offiziellen Warnung des offiziellen Organs der Partei.

In dieser zweiten Schule sehen wir augenfällig, genauso wie jetzt auf den Seiten der Petersburger Zeitung der Liquidatoren und der „Borba“ Trotzki's, den tatsächlichen Block, das Bündnis zwischen den Liquidatoren, den „Wperjod“-Leuten und dem Grüpplein Trotzki's.

Das ist ein Bündnis antimarxistischer, desorganisierender Gruppen, denen der Marxismus der „Prawda“ und die kameradschaftliche Disziplin, die Parteidisziplin, die die gewaltige Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands um die „Prawda“ vereinigt, verhaßt sind.

Wir können *nicht umbin*, dieses Bündnis wie auch die Gruppe „Wpe-

rjod“ und die ganze „Wperjod“-Richtung selbst als „Abenteurertum“ zu bezeichnen, in dem Sinne, daß aus der „Wperjod“-Richtung und ihrem „Block“ mit Trotzki und den Liquidatoren nichts hervorgehen kann außer Prinzipienlosigkeit, Förderung antimarxistischer Ideen (ohne sie direkt zu verteidigen) und Desorganisierung der Arbeiterbewegung.

Doch haben wir, die wir dem „Wperjod“ und der „Wperjod“-Richtung prinzipiell und unwiderruflich feindlich gesinnt sind, den „Wperjod“-Leuten, die diese Gruppe verlassen (wie die Mehrheit der Begründer des „Wperjod“) und gesonnen sind, der durch den „Prawdismus“ zusammengeschlossenen und vereinigten Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands zu helfen, niemals die Tür verschlossen und werden das auch nie tun. Keinerlei Nachsicht gegenüber der Verfechtung des „Machismus“ (in den sich leider Bogdanow endgültig „verrannt“ hat) oder der „Wperjod“-Richtung und keinerlei Hindernisse für die Genossen, die die Fehler des „Wperjod“ ehrlich eingesehen haben und vom „Wperjod“ zur Partei zurückkehren.

Zu den Ausfällen und Schimpfereien Bogdanows in der Zeitung der Liquidatoren und der „Wperjod“-Leute in der Zeitschrift Trotzkis gegen die „Literaten Iljin, Sinowjew und Kamenew“ bemerken wir kurz: Die genannten Literaten haben stets die *Beschlüsse* der vereinigten marxistischen Arbeiter durchgeführt, die durch ihren Zusammenschluß um den „Prawdismus“ oder ihre Abstimmung bei den Wahlen zu den hauptstädtischen und zu der gesamtrossischen Versicherungseinrichtung der ganzen Welt offen bewiesen haben, daß sie die erdrückende Mehrheit der organisierten und klassenbewußten Arbeiter Rußlands darstellen.

Da sie in Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen und in deren Geist handeln, haben die genannten Literaten allen Grund zu der Meinung, daß ihre Tätigkeit sich im Einklang befindet mit dem Willen der Mehrheit der marxistischen Arbeiter, und durch ihre zänkischen Ausfälle bringen es die „Wperjod“-Leute, Trotzki und die Liquidatoren natürlich nicht fertig, sie von ihrer Tätigkeit abzuhalten.

Die Geschichte der Gruppe „Wperjod“, ihres Zerfalls, ihrer beständigen Blocks mit Trotzki und den Liquidatoren ist von einem gewissen allgemeinen Interesse für die Arbeiter und sogar von einem gewissen Interesse für die ganze Gesellschaft, denn wir sehen hier die typische Erscheinung der Bildung besonderer Grüppchen aus Intellektuellen in der

Zeit des Niedergangs und Zerfalls. Ein jeder hat die Freiheit, eine besondere ideologische Gruppe zu bilden und dem Proletariat einen besonderen Weg zu weisen, aber von jedem Begründer einer neuen Gruppe „wird viel verlangt“. Unnötig zu sagen, daß ein Versehen kein Vergehen ist, aber auf Fehlern, die durch die Theorie und die Praxis einer mehr als fünfjährigen Bewegung klargestellt worden sind, zu beharren bedeutet direkt in den Krieg ziehen gegen den Marxismus, gegen die geschlossene und vereinigte Mehrheit der Arbeiter.

Die Schwankungen oder Abweichungen der Liquidatoren und der „Wperjod“-Leute sind kein Zufall, sondern ein Erzeugnis der Periode des Niedergangs und Zerfalls. Zu beiden Seiten des Weges des Klassenkampfes der marxistischen Arbeiter sehen wir diese bürgerlichen Abweichungen, die jedem klassenbewußten Arbeiter als Warnung dienen.

PS. Die vorstehenden Zeilen waren bereits geschrieben, als wir die Nummer der „Borba“ Trotzki mit einem neuen Brief der „Genfer, Pariser und Tifliser marxistischen Zirkel ‚Wperjod‘ und der St.-Petersburger Gesinnungsgenossen“ erhielten.

Aus der Unterschrift des Briefes ersehen wir, daß die „Wperjod“-Leute, die ganz zu Ende 1909 mit einer „eigenen“ Plattform aufgetreten sind, im Verlauf von 4½ Jahren in Rußland *einen einzigen*, den „Tifliser Zirkel“ und wahrscheinlich *zwei* „Petersburger Gesinnungsgenossen“ gewonnen haben (denn drei würden gewiß einen Petersburger oder hauptstädtischen oder gesamttrussischen marxistischen ideologischen Zirkel bilden!). Für Menschen, die über Politik einigermaßen ernsthaft urteilen, genügt allein schon dieses Ergebnis der vierjährigen „Tätigkeit“ des „Wperjod“ vollauf zur Beurteilung dieser Gruppe. Möge Trotzki sich ergötzen, wenn er sich auf den Seiten „seines“ Zeitschriftchens mit ihr vereinigt, mögen die „Wperjod“-Leute und die Trotzkiisten „Mächte“ und „Richtungen“ spielen, die miteinander Vereinbarungen abschließen! Das ist lediglich das kindische Vergnügen von Menschen, die durch wichtigtuereische Worte die grenzenlose Hohlheit und Gehaltlosigkeit ihrer „Grüppchen“ verdecken wollen.

Man muß lachen, wenn man liest, wie diese Grüppchen über Einheit und Spaltung lamentieren! Versteht doch, Verehrteste, daß wohl von der Einheit der proletarischen Massenbewegung, von der Einheit der



Arbeiterpartei die Rede sein kann; von der Einheit mit Intellektuellenzirkeln aber, die in 4 Jahren unter den Arbeitern Rußlands keine Sympathien gefunden haben, könnt ihr mit Trotzki schwätzen. Es lohnt sich gar nicht, darüber zu streiten.

„Prosweschtschenije“ Nr. 6,  
Juni 1914.

Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift  
„Prosweschtschenije“.

ANMERKUNG „VON DER REDAKTION“  
ZUM „AUFRUF AN DIE UKRAINISCHEN ARBEITER“  
VON OKSEN LOLA<sup>131</sup>

Mit Vergnügen drucken wir den Aufruf unseres Genossen, eines ukrainischen Marxisten, an die klassenbewußten Arbeiter der Ukraine ab. Zusammenschluß ohne Unterschied der Nation. Dieser Ruf ist jetzt in Rußland besonders aktuell. Schlechte Berater der Arbeiter, die kleinbürgerlichen Intellektuellen vom „Dswin“, überschlagen sich schier in dem Bemühen, die ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiter von den großrussischen zu trennen. Der „Dswin“ besorgt die Sache der nationalistischen Spießbürger.

Wir dagegen werden für die Sache der internationalen Arbeiter wirken: die Arbeiter aller Nationen zu einheitlicher gemeinsamer Arbeit zusammenfassen, vereinigen, verschmelzen.

Es lebe das innige brüderliche Bündnis der Arbeiter der ukrainischen, großrussischen und aller anderen Nationen Rußlands!

„Trudowaja Prawda“ Nr. 28,  
29. Juni 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

BERICHT DES ZK DER SDAPR  
UND INSTRUKTIVE HINWEISE  
FÜR DIE DELEGATION DES ZK  
ZUR BRUSSELER KONFERENZ<sup>132</sup>

*Geschrieben 23.–30. Juni  
(6.–13. Juli) 1914.*

*Zuerst veröffentlicht 1929  
in der 2.–3. Ausgabe der  
Werke W. J. Lenins, Band XVII.*

*Nach dem Manuskript.*



Bevor ich mit dem Bericht, den ich im Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu erstatten habe, beginne, benutze ich vor allem die Gelegenheit, einer angenehmen Pflicht nachzukommen und im Namen des ZK dem Genossen Vandervelde, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros, herzlich dafür zu danken, daß er unser Land besucht und sich persönlich mit den Funktionären der Arbeiterbewegung in Petersburg bekannt gemacht hat. Wir sind dem Genossen Vandervelde um so dankbarer, als er als erster unter den prominenten Mitgliedern der Internationale den Anfang damit gemacht hat, die klassenbewußten und führenden Arbeiter Rußlands unmittelbar kennenzulernen und auch in der ausländischen sozialistischen Presse (wir haben „*Le Peuple*“ und „*l'Humanité*“ im Auge) objektive Angaben über die Arbeiterbewegung Rußlands zu veröffentlichen, Angaben, die an Ort und Stelle bei den Redaktionen der Zeitungen der drei Strömungen: der „*Prawdisten*“ (d. h. unserer Partei), der „*Liquidatoren*“ und der „*Sozialrevolutionäre*“, gesammelt wurden.

Mein Bericht über die Frage der Einheit der Sozialdemokratie Rußlands setzt sich aus folgenden vier Teilen zusammen: 1. zuerst werde ich das *Wesen* der wichtigsten Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialdemokraten darlegen; 2. darauf werde ich die Angaben über die proletarische Massenbewegung in Rußland darlegen, die die *Überprüfung* unserer Parteilinie durch die *Erfahrung dieser Bewegung* klarstellen; 3. werde ich die Überprüfung der Tätigkeit, der Linie und der Stellung unserer Gegner durch die gleiche Erfahrung darlegen, und schließlich

4. werde ich im Namen des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands konkrete, positive, *praktische* Vorschläge zur Einheit formulieren.

## I

Es bestehen zwei grundlegende Ansichten darüber, was in der Sozialdemokratie Rußlands gegenwärtig vor sich geht.

Die eine Ansicht, die Rosa Luxemburg in ihrem Vorschlag vom Vorjahr (Dezember 1913) an das Internationale Sozialistische Büro dargelegt hat und die sowohl von den Liquidatoren als von den sie verteidigenden Gruppen geteilt wird, besteht in folgendem: In Rußland herrsche ein „Chaos“ des Fraktionskampfes einer Unmenge von Fraktionen, unter denen die schlimmste, die „Leninsche“, die Spaltung am meisten schüre. In Wirklichkeit schlossen die Meinungsverschiedenheiten die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit keineswegs aus. Der Weg zur Einheit führe über eine Verständigung oder ein Kompromiß zwischen allen Strömungen und Fraktionen.

Die andere, von uns geteilte Ansicht besteht darin, daß in Rußland nichts ist, was einem „Chaos des Fraktionskampfes“ gleicht. Es gibt dort *nur* einen Kampf gegen die Liquidatoren, und *nur* in diesem Kampf bildet sich eine *tatsächlich* proletarische sozialdemokratische Partei, die schon jetzt die *erdrückende Mehrheit*,  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands vereinigt hat. Die illegale Partei, in der die Mehrheit der Arbeiter Rußlands vereinigt ist, wurde durch die Konferenzen und Beratungen vom Januar 1912, vom Februar 1913 und vom Sommer 1913 vertreten. Das legale Organ ist die Zeitung „Prawda“ („Vérité“); daher die Bezeichnung: Prawdisten. Diese Ansicht ist übrigens von jenem Petersburger Arbeiter zum Ausdruck gebracht worden, der auf dem Bankett in St. Petersburg, an dem Gen. Vandervelde teilgenommen hat, erklärte, daß die Arbeiter der Fabriken und Werke von St. Petersburg vereinigt sind und außerhalb dieser Einheit der Arbeiter nur „Generalstäbe ohne Armee“ stehen.

Ich werde im zweiten Teil meines Reférats zur Darlegung der objektiven Angaben übergehen, die die Richtigkeit unserer Ansicht beweisen. Jetzt aber will ich auf das Wesen des Liquidarentums eingehen.

Der formelle Ausschluß der Gruppe der Liquidatoren aus der Partei

erfolgte auf der Januarkonferenz der SDAPR 1912. Indessen wurde die Frage des Liquidatorentums von unserer Partei schon weit früher aufgerollt. Schon die Gesamttrussische Konferenz der SDAPR, die im Dezember 1908 stattfand, nahm in aller Form eine klare, formgerechte Resolution an, die für die ganze Partei verbindlich ist und die das Liquidatorentum bedingungslos verurteilt. Diese Resolution definiert das Liquidatorentum folgendermaßen:

(Das Liquidatorentum ist) „der Versuch eines gewissen Teils der Parteiintellektuellen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei“.

Daraus geht hervor, daß das Liquidatorentum schon im Jahre 1908 in aller Form für eine *Intellektuellenströmung* erklärt und als solche anerkannt worden ist und daß sein Wesen in der *Lossage* von der illegalen Partei, in ihrer *Ersetzung* oder in der Propaganda für ihre Ersetzung durch eine legale Partei besteht.

Die Plenarsitzung des ZK im Januar 1910 hat das Liquidatorentum nochmals *einstimmig* als „*Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat*“ verurteilt.

Daraus geht hervor, wie irrtümlich die Meinung ist, als seien unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Liquidatoren nicht tiefer, sondern weniger bedeutend als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den sogenannten Radikalen und Gemäßigten in Westeuropa. In keiner, buchstäblich in keiner einzigen westeuropäischen Partei kann man auch nur einen einzigen Beschluß der gesamten Partei finden, gerichtet gegen Leute, die die Partei *auflösen* und sie durch eine neue *ersetzen* wollen!!

Nirgends in Westeuropa stand, steht und kann die Frage auf der Tagesordnung stehen, ob es erlaubt sei, den Namen eines Parteimitglieds zu tragen und *gleichzeitig* die Auflösung dieser Partei, ihre Untauglichkeit und Unnötigkeit, ihre Ersetzung durch eine andere zu predigen. Nirgends in Westeuropa steht die Frage so, wie sie bei uns steht: als Frage des *Bestehens* der Partei selbst, der *Existenz* der Partei.

Das ist eine Meinungsverschiedenheit nicht organisatorischer Art, nicht darüber, *wie* die Partei aufzubauen ist, sondern es ist ein Auseinander-

gehen in der Frage der *Existenz* der Partei. Hier kann weder von irgendeiner Versöhnung noch von irgendeiner Verständigung, noch von irgendeinem Kompromiß auch nur die Rede sein.

Wir hätten unsere Partei nicht anders aufbauen können (zu  $\frac{4}{5}$ ) und können sie nicht anders weiter aufbauen als im entschiedenen Kampf gegen die Literaten, die in der legalen Presse gegen die „Illegalität“ (d. h. die illegale Partei) kämpfen, sie als ein „Übel“ bezeichnen, die Flucht aus ihr rechtfertigen und verherrlichen und eine „legale Partei“ predigen.

Im heutigen Rußland, wo nicht einmal die Partei der gemäßigtesten Liberalen legalisiert ist, kann unsere Partei nur als illegale Partei existieren. Die Originalität, die Eigenart unserer Lage – die etwas an die Lage der deutschen Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz erinnert (obwohl die Deutschen auch damals hundertmal mehr legale Möglichkeiten besaßen als wir heute in Rußland) – besteht in folgendem. Unsere illegale sozialdemokratische Arbeiterpartei besteht aus *illegalen* Arbeiterorganisationen (oft „Zellen“ genannt), die von einem mehr oder weniger dichten Netz *legaler* Arbeitervereine umgeben sind (Versicherungskassen, Gewerkschaften, Bildungsvereine, Sportvereine, Abstinenzvereine usw.). In der Hauptstadt gibt es mehr legale Vereine, in der Provinz gibt es oft überhaupt keine.

Die illegalen Organisationen haben zuweilen eine ziemlich breite Basis, zuweilen eine ganz enge, sie beschränken sich zuweilen sogar auf „Vertrauensleute“<sup>433</sup>.

Mittels der legalen Vereine wird eine gewisse *Tarnung* der illegalen Organisationen und eine breite, legale Propaganda der Idee des Zusammenschlusses der Arbeiter unter den Massen ermöglicht. Die Vereinigung der führenden Organisationen der Arbeiterklasse in ganz Rußland, die Schaffung eines Zentrums (ZK), die Ausarbeitung klarer Resolutionen der Partei in allen Fragen – all das geschieht natürlich gänzlich illegal und erfordert die größte Konspiration und das Vertrauen erprobter, fortschrittlicher Arbeiter.

Wer in der legalen Presse *gegen* die „Illegalität“ auftritt oder für eine „legale Partei“ eintritt, der *desorganisiert* unsere Partei direkt, und wir müssen solche Leute als *unversöhnliche Feinde* unserer Partei betrachten.



Es ist natürlich, daß die Verneinung der „Illegalität“ mit der Verneinung der revolutionären Taktik, mit der Verfechtung des Reformismus verknüpft ist. Rußland macht die Epoche bürgerlicher Revolutionen durch. In Rußland sind heute sogar die gemäßigtsten Bourgeois, die „Kadetten“ und die „Oktobristen“, mit der Regierung entschieden unzufrieden. Aber sie alle sind Feinde der Revolution und hassen uns wegen der „Demagogie“, wegen unseres Bestrebens, die Massen von neuem, wie im Jahre 1905, auf die Barrikaden zu führen. Sie alle, die Bourgeois, predigen nur „Reformen“ und verbreiten unter den Massen die diese aufs tiefste demoralisierende Überzeugung von der *Vereinbarkeit* der Reformen mit der heutigen zaristischen Monarchie.

Unsere Taktik ist eine andere. Wir nutzen jedwede Reform (z. B. Versicherung) und jedwede legalen Vereine. Aber wir nutzen sie, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen und den revolutionären Kampf der Massen zu entwickeln. Und in Rußland, wo es bis jetzt noch keine politische Freiheit gibt, haben diese Worte heute für uns eine viel unmittelbare Bedeutung als in Westeuropa. Unsere Partei führt die *revolutionären Streiks*, die in Rußland wie nirgends in der Welt zunehmen; nehmen wir zum Beispiel allein den Monat Mai. Es nahmen im Mai 1912 – 64 000, 1914 – 99 000 Personen an wirtschaftlichen Streiks teil.

An politischen Streiks jedoch nahmen 1912 – 364 000, 1914 – 647 000 Personen teil. Die Verbindung des politischen mit dem ökonomischen Kampf ergibt den revolutionären Streik, der die bäuerlichen Millionenmassen aufrüttelt und sie zur Revolution erzieht. Unsere Partei führt eine Kampagne *revolutionärer Kundgebungen* und *revolutionärer Straßendemonstrationen* durch. Unsere Partei verbreitet zu diesem Zweck *revolutionäre Proklamationen* und eine *illegale Zeitung*, das Zentralorgan der Partei. Zur ideologischen Vereinigung dieser gesamten Propaganda- und Agitationstätigkeit unter den Massen dienen uns die von den höchsten Organen unserer Partei angenommenen Losungen: 1. Achtstundentag; 2. Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und 3. demokratische Republik. Angesichts der heutigen Lage in Rußland, der völligen Rechtlosigkeit und Willkür, angesichts dessen, daß die zaristische Monarchie alle Gesetze mit Füßen tritt, können *nur* diese Losungen die gesamte Propaganda und Agitation der Partei

tatsächlich im Sinne einer wirklichen Unterstützung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zusammenfassen und lenken.

Es ist für uns lächerlich, zu hören, wie die Liquidatoren zum Beispiel sagen, wir seien gegen die „Koalitionsfreiheit“; denn wir haben nicht nur die Bedeutung dieses Paragraphen unseres Programms in einer speziellen Resolution der Januarkonferenz 1912 betont, sondern auch in der Tat die eingeschränkten Rechte auf Koalitionen (z. B. auf Versicherungskassen) zehnmal erfolgreicher ausgenutzt als die Liquidatoren. Wenn jedoch Leute in der legalen Presse erklären, die Losungen Konfiskation der Ländereien und Republik könnten nicht als Gegenstand der Agitation unter den Massen dienen, so erklären wir, daß von einer Einheit solcher Leute und einer solchen Gruppe von Literaten mit unserer Partei gar keine Rede sein kann.

Da ich mir in diesem ersten Teil meines Berichts die Aufgabe stelle, das *Wesen* der Meinungsverschiedenheiten darzulegen, beschränke ich mich auf das bereits Gesagte, wobei ich darauf verweise, daß im vierten Teil meines Berichts im Zusammenhang mit den praktischen Vorschlägen sämtliche Abweichungen der Liquidatoren vom Programm und von den Beschlüssen der Partei genau aufgezählt werden.

Auf die Geschichte des *Abfalls* der Liquidatoren von unserer illegalen Partei, der SDAPR, werde ich hier nicht im einzelnen eingehen. Ich will nur die *drei* wichtigsten Perioden dieser Geschichte erwähnen.

Die erste Periode: vom Herbst 1908 bis Januar 1910. Die Partei kämpft gegen das Liquidatorentum mit präzisen offiziellen Parteibeschlüssen und verurteilt es.

Die zweite Periode: vom Januar 1910 bis Januar 1912. Die Liquidatoren *hindern* die Wiederherstellung des ZK der Partei, die Liquidatoren sprengen das ZK der Partei und *lösen* seinen letzten Überrest, die Technische Kommission des „Auslandsbüros des ZK“, *auf*.<sup>136</sup> Darauf bilden die Parteikomitees *in Rußland* zwecks Wiederherstellung der Partei die „Organisationskommission für Rußland“ (Herbst 1911). Diese beruft die Januarkonferenz von 1912 ein. Diese Konferenz stellt die Partei wieder her, wählt ein ZK und schließt die Gruppe der Liquidatoren aus der Partei aus.

Die dritte Periode: vom Januar 1912 bis zur gegenwärtigen Zeit. Das *Wesen* dieser Periode besteht darin, daß die klassenbewußten Arbeiter

Rußlands sich mit einer Mehrheit von  $\frac{4}{5}$  gerade auf dem Boden der von der Januarkonferenz von 1912 gefaßten Beschlüsse und um die von ihr eingesetzten Körperschaften zusammenschließen.

Nun gehe ich zum zweiten Teil meines Berichts über, zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage unserer Partei und der Liquidatoren vom Gesichtspunkt der proletarischen Massenbewegung in Rußland. Ich werde die Frage zu beleuchten suchen, inwieweit die *Erfahrung der Massenbewegung* die Linie unserer Partei oder die der Liquidatoren bestätigt.

## II

Am 22. April 1912 alten Stils begann in Rußland die Arbeitertageszeitung „Prawda“ zu erscheinen, die geschaffen wurde *dank* der Wiederherstellung der Partei auf der Januarkonferenz 1912 und die die Beschlüsse dieser Konferenz durchführt (oft durch Andeutungen, stets eingeschränkt). Es ist verständlich, daß wir niemals, *in keiner Veröffentlichung* von der illegalen Verbindung zwischen der illegalen Konferenz der Partei vom Januar 1912 und dem von ihr geschaffenen ZK einerseits und der legalen Zeitung „Prawda“ andererseits sprechen. Im September 1912 begann das Konkurrenzorgan der Liquidatoren zu erscheinen, der „Lutsch“, jetzt „Nascha Rabotschaja Gaseta“. Ferner fanden im Herbst 1912 die Wahlen in die IV. Reichsduma statt. Im Jahre 1913 trat in Rußland ein neues Versicherungsgesetz in Kraft, das Krankenkassen für die Arbeiter einführt. Schließlich entstehen legale Gewerkschaften, wie streng die Regierung sie auch verfolgt und so oft sie auch aufgelöst werden, immer wieder aufs neue.

Es ist unschwer zu verstehen, daß alle die aufgezählten Erscheinungsformen der Massenbewegung der Arbeiter – besonders die Tageszeitungen *beider* Richtungen – eine ganz gewaltige Anzahl von offenen, eine Überprüfung gestattenden *objektiven* Angaben liefern. Wir halten es für unsere Pflicht, vor dem Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros entschieden gegen die bei den Liquidatoren und ihren ausländischen Verteidigern übliche Methode zu protestieren, mit leeren Behauptungen, Versicherungen und Deklamationen aufzutreten und die objektiven Tatsachen der proletarischen Massenbewegung in Rußland zu *ignorieren*.

Gerade diese Tatsachen sind es auch, die uns in unserer Überzeugung von der Richtigkeit unserer Linie unbedingt bestärkt haben.

Im Januar 1912 fand die Konferenz der SDAPR statt, die die illegale Partei wiederhergestellt hat. Die Liquidatoren und die Auslandsgruppen (darunter auch Plechanow) nahmen das mit wüstem Geschimpfe auf. Und die Arbeiter in Rußland?

Darauf haben die Wahlen zur IV. Reichsduma eine Antwort gegeben.

Diese Wahlen fanden im Herbst 1912 statt. Wenn in der III. Duma 50 % der Abgeordneten der Arbeiterkurie Anhänger unserer Richtung waren (4 von 8), so waren in der IV. Duma von den Abgeordneten der Arbeiterkurie 6 von 9, d. h. 67 % auf der Seite der Partei. Das beweist, daß die Arbeitermassen sich auf die Seite der Partei gestellt und das Liquidatorentum abgelehnt haben. Wenn jetzt die sechs zum Liquidatorentum hinneigenden Mitglieder der Duma die Einheit der *Parteifraktion* in der Duma, mit der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands, tatsächlich wollen, so sind wir zu sagen verpflichtet: Die Bedingung der Einheit ist die Anerkennung dessen, daß die Abgeordneten den Willen der Mehrheit der Arbeiter durchzuführen haben.

Weiter. Die Tageszeitungen sind ein sehr wichtiges Werkzeug zur *Organisierung* der Arbeiterklasse. In den Zeitungen findet sich eine Menge Material, das darauf hinweist. Beispielsweise die Angaben über die *Zahl der Geldbeiträge von Arbeitergruppen*. Beide Zeitungen, sowohl die der Prawdisten (d. h. die der Partei) als auch die der Liquidatoren, veröffentlichen Abrechnungen über die von Arbeitergruppen erhaltenen Geldspenden. Diese Abrechnungen stellen den in Rußland denkbar besten Gradmesser – einen offenen und legalen – des tatsächlichen Standes der *Organisiertheit* der Arbeitermassen dar.

In Westeuropa, wo die sozialistischen Parteien legal sind, ist die Zahl der Parteimitglieder allgemein bekannt und wird bei jeder Betrachtung über die organisierte Arbeiterbewegung stets zur Grundlage genommen.

In Rußland gibt es keine offene, legale Partei. Die Organisationen der Partei sind illegal, geheim, „unterirdisch“, wie man bei uns sagt. Aber als ein *indirekter* – und dabei unfehlbarer – Gradmesser für den Stand dieser Organisationen dient die *Anzahl der Geldspenden von Arbeitergruppen*.

Da diese Angaben bei uns im Laufe von mehr als 2 Jahren und bei den Liquidatoren im Laufe von mehr als 1 ½ Jahren offen und regelmäßig in beiden Zeitungen veröffentlicht werden, wobei jede Unrichtigkeit und jeder Fehler sofort den Protest der Arbeiter selbst hervorrufen würde, so sind diese Angaben *unbedingt zuverlässig* und von allen offenen und legalen Angaben über die Organisiertheit der Arbeitermassen die besten.

Wenn unsere Liquidatoren und die sie verteidigenden Auslandsgruppen diese Angaben hartnäckig ignorieren, sie in ihrer Presse verschweigen, so erblicken unsere Arbeiter darin nur den Ausdruck des Wunsches, den *Willen der Mehrheit der Arbeiter zu durchkreuzen*, erblicken sie darin einen Ausdruck von Gewissenlosigkeit.

Hier die Angaben für das *ganze* Jahr 1913. Bei den Prawdisten betrug die Anzahl der Spenden von Arbeitergruppen 2181, bei den Liquidatoren 661. Im Jahre 1914 (bis zum 13. Mai) waren es bei den Prawdisten 2873 Arbeitergruppen, bei den Liquidatoren 671. Das bedeutet, daß der Prozentsatz der von den Prawdisten organisierten Arbeitergruppen im Jahre 1913 77% und im Jahre 1914 81% betrug.

Die Prawdisten veröffentlichen seit 1912 diese Angaben systematisch, wobei sie zu ihrer Überprüfung auffordern, auf ihre Objektivität hinweisen und die *tatsächlichen* (und nicht heuchlerischen) Freunde der „Einheit“ auffordern, den Willen der Mehrheit der Arbeiter offen und ehrlich anzuerkennen. *Obne* das ist alles Gerede über die Einheit pure Heuchelei.

Die klassenbewußten Arbeiter Rußlands haben nach einem anderthalbjährigen Kampf der Liquidatoren gegen die Partei mit einer Mehrheit von  $\frac{4}{5}$  die Linie der „Prawdisten“, die Treue zur „Illegalität“ und zur revolutionären Taktik *gut geheißen*. Und wir erwarten von den Liquidatoren und ihren Freunden nicht Phrasen über die „Einheit“ gegen den Willen der Partei, sondern eine direkte Erklärung, ob sie diesen Willen der gewaltigen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands endlich anerkennen wollen oder nicht.

Es ist leicht, leere Versicherungen abzugeben. Doch eine wirkliche Arbeiterzeitung zu schaffen, die tatsächlich von den Arbeitern unterhalten wird, ist gar nicht leicht. Das wissen alle ausländischen Genossen, die darin mehr Erfahrung haben als wir. Eine tatsächlich proletarische, d. h.

tatsächlich aus Geldern der Arbeiter unterhaltene Zeitung, die die Partei-  
linie befolgt, ist ein gewaltiger organisatorischer Apparat.

Und was sagen uns nun die Angaben? Die objektiven Angaben sagen  
uns, daß die „Prawda“ tatsächlich eine Arbeiterzeitung ist, während die  
Zeitung der Liquidatoren, die gegen die „Illegalität“, d. h. gegen die Partei  
ist, *in Wirklichkeit* sowohl ihren Ideen als auch der Quelle ihrer  
Finanzierung nach eine *bürgerliche* Zeitung ist.

Vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914 veröffentlichten, wie immer, beide  
Zeitungen die Abrechnungen über die Geldsammlungen, und diese Ab-  
rechnungen wurden in unserer Zeitung zusammengefaßt. Hier die Ergeb-  
nisse. Die „Prawda“ hat 21 584,11 Rbl. gesammelt, davon 18 934,10 Rbl.  
von Arbeitergruppen. Das heißt, 87% ergeben die Sammlungen der  
organisierten Arbeiter, und nur 13% stammen von der Bourgeoisie.

Die Liquidatoren dagegen haben 12 055,89 Rbl. aufgebracht, davon  
5296,12 Rbl., d. h. *weniger als die Hälfte*, nur 44%, von  
Arbeitergruppen. *Mehr als die Hälfte* der Gelder gibt den  
Liquidatoren die Bourgeoisie.

Hinzu kommt noch, daß die ganze bürgerlich-liberale Presse die Liqui-  
datoren tagaus, tagein lobt, ihnen *hilft*, den Willen der Mehrheit der  
Arbeiter zu durchkreuzen, und den Reformismus der Liquidatoren sowie  
die Verneinung der Illegalität durch sie *fördert*.

Als Beispiel für die Tätigkeit der Auslandsgruppen führe ich die  
Zeitung „Jedinstwo“ des Gen. Plechanow, des Abgeordneten Burja-  
now u. a. an. Vor mir liegen drei Nummern dieser Zeitung, die erste  
vom 18. Mai und die dritte vom 15. Juni dieses Jahres. Aus den Abrech-  
nungen geht hervor, daß jemand durch den im Ausland lebenden Ge-  
nossen Olgin der Zeitung 1000 Rbl. gab, dazu kamen Sammlungen im  
Ausland in Höhe von 207,52 Rbl. *Sechs* (sechs!) Arbeitergruppen  
gaben 60 Rbl.

Und diese Zeitung also, die sich in Rußland auf sechs Arbeitergruppen  
stützt, ruft die Arbeiter auf, nicht auf die Beschlüsse der Partei zu hören,  
und sie erklärt diese Partei für „spalterisch“!! Eine Partei, die in 2½ Jah-  
ren auf dem Boden präziser Beschlüsse *dreier* illegaler Konferenzen  
in den Jahren 1912 und 1913 5600 Arbeitergruppen vereinigt hat, soll  
eine „Spalter“partei sein. Die Gruppe Plechanows dagegen, die in Ruß-  
land sechs Arbeitergruppen vereinigt und im Ausland 1200 Rbl. für die

*Durchkreuzung* des Willens der russischen Arbeiter gesammelt hat, ist, sehen Sie, eine „vereinigende“ Gruppe!!

Plechanow beschuldigt andere des Fraktionswesens – als ob eine besondere Geldsammlung für eine besondere Gruppe und die Aufforderung an die Arbeiter, die Beschlüsse einer Vierfünftelmehrheit nicht auszuführen, *kein* Fraktionswesen wäre.

Was uns betrifft, so erklären wir offen, daß für uns die Haltung der Gruppe Plechanows ein Musterbeispiel von *Desorganisation* ist. Die Haltung Plechanows bedeutet das gleiche, als wenn Mehring in Deutschland sechs Arbeitergruppen um sich geschart und in einer besonderen Zeitung die deutschen Sozialdemokraten aufgefordert hätte, nicht auf die Partei zu hören, wenn sie, sagen wir, mit den Polen gebrochen hätte.

Plechanow und wir sprechen verschiedene Sprachen. Wir bezeichnen den Zusammenschluß von  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter Rußlands als eine Einheit in der Tat, nicht in Worten. Den Kampf der Auslandsgruppen mit Hilfe von im Ausland gesammeltem Geldes gegen die Mehrheit der russischen Arbeiter dagegen bezeichnen wir als *Desorganisation*.

Die „Prawda“ erscheint laut der Angaben, die Gen. Vandervelde in St. Petersburg gesammelt und veröffentlicht hat, in 40 000 Exemplaren, die Zeitung der Liquidatoren dagegen in 16 000. Die „Prawda“ deckt ihre Kosten, sie wird von den Arbeitern unterhalten, die Liquidatoren dagegen werden von jenen unterhalten, die unsere Zeitung *reiche Freunde aus der Bourgeoisie* nennt.

Wir legen dem Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros die in den beiden Zeitungen veröffentlichten Finanzberichte vor; das wird für die ausländischen Genossen, die wissen, was für eine ernste Sache eine Arbeiterzeitung ist, besser sein als Beteuerungen, Versprechungen, Erklärungen und Geschimpfe über die „Leninisten“.

Wir fragen die Liquidatoren: Beliebt es ihnen, auch weiterhin nicht der *objektiven Tatsache* Rechnung zu tragen, daß die Zeitung ihrer Gruppe *faktisch* ein bürgerliches Unternehmen ist, das den Zweck verfolgt, den Verzicht auf die Illegalität zu predigen und den Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands zu *durchkreuzen*?

Wenn ja, so wird ihr Gerede über „Einheit“ nach wie vor den bitteren Hohn unserer Arbeiter hervorrufen.

Wer die Einheit ernsthaft will, der möge die vollständige Verfehltheit der ganzen Linie der Liquidatoren loyal anerkennen, eine Verfehltheit, die sowohl in den Parteibeschlüssen, angefangen mit dem Jahre 1908, als auch durch die *Erfahrung* des zweieinhalbjährigen Kampfes der *Arbeitermassen* bewiesen worden ist.

Weiter. Hier die objektiven Angaben über die Wahlen der Arbeiter zu den Versicherungseinrichtungen. Wir lehnen jedes Gerede über politische, konstitutionelle Reformen im heutigen, zaristischen Rußland als liberal ab, aber *wirkliche* Reformen, wie die Versicherung, machen wir uns *in der Tat* und nicht in Worten zunutze. Die *gesamte* Arbeitergruppe in der gesamtrussischen Versicherungseinrichtung besteht aus *Prawdisten*, d. h. aus Arbeitern, die das Liquidatorentum verurteilt und abgelehnt haben. Bei den Wahlen zu dieser gesamtrussischen Versicherungseinrichtung waren von den 57 Bevollmächtigten 47, d. h. 82% Prawdisten. Bei den Wahlen zur hauptstädtischen, zur St.-Petersburger Versicherungseinrichtung, waren es 37 Bevollmächtigte der Prawdisten und 7 Liquidatoren, d. h., der Prozentsatz der Prawdisten betrug 84%.

Das gleiche gilt auch von den Gewerkschaften. Die ausländischen Genossen glauben vielleicht, wenn sie die Reden der im Ausland lebenden russischen Sozialdemokraten über das „Chaos des Fraktionskampfes“ in Rußland anhören (so tönt es in den Reden Rosa Luxemburgs, Plechanows, Trotzki und anderer), daß bei uns in der Gewerkschaftsbewegung Spaltung herrsche.

Nichts dergleichen.

Es gibt in Rußland keine Parallelgewerkschaften. Sowohl in Petersburg als auch in Moskau sind die Gewerkschaften *einheitlich*. Die Sache ist die, daß in diesen Gewerkschaften die *Prawdisten* *vollständig* überwiegen.

Von 13 Gewerkschaften Moskaus steht keine einzige hinter den Liquidatoren.

Von den 20 Gewerkschaften St. Petersburgs, die unter Angabe der Mitgliederzahl in unserem Arbeiterkalender aufgezählt werden, sind nur die Zeichner, die Pharmazeuten und die Büroangestellten Liquidatoren, und zur Hälfte die Buchdrucker. In allen übrigen Gewerkschaften, sowohl bei den Metallarbeitern als auch bei den Textilarbeitern, sowohl bei den



Schneidern als auch bei den Holzarbeitern und den Handlungsgehilfen usw. überwiegen die Prawdisten *vollständig*.

Und wir erklären offen: Die Liquidatoren sollen gar nicht von „Einheit“ reden, wenn sie nicht ihre ganze Taktik entschieden ändern und den desorganisierenden Kampf gegen die organisierte Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands einstellen wollen.

Die „Prawda“ preist tagtäglich, wenn auch nur in Andeutungen, die *Illegalität* und tadelt diejenigen, die sich von ihr lossagen. Und die Arbeiter stehen hinter *ihrer* „Prawda“.

Hier die Zusammenfassung der Angaben über die im Ausland erscheinende illegale Presse. *Nach* der Augustkonferenz der Liquidatoren 1912 gab unsere Partei bis zum Juni 1914 *fünf* Nummern der illegalen, führenden politischen Zeitung heraus, die *Liquidatoren null*, die Sozialrevolutionäre *neun*. Die Proklamationen in Rußland, Proklamationen, die zur revolutionären Agitation bei Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen dienen, sind hier nicht eingerechnet.

Hinweise auf illegale Organisationen gab es bei unserer Partei in diesen 5 Nummern *44*, bei den Liquidatoren *null*, bei den Sozialrevolutionären *21* (hauptsächlich Studenten und Bauernschaft).

Schließlich, als sich im Oktober 1913 in der Duma die selbständige Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands bildete, die zum Unterschied von den Liquidatoren den Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands *vollstrecken* und nicht verletzen wollte, da erschienen in *beiden* Zeitungen *Resolutionen* von Arbeitern aus allen Ecken und Enden Rußlands, die sich für die eine oder die andere Fraktion, für die der Partei oder die der Liquidatoren aussprachen. *Unterschriften* wurden dabei veröffentlicht: *6722* für die „Prawdisten“, d. h. die Dumafraktion der Partei, und *2985* für die der Liquidatoren (darunter *1086* Unterschriften von Arbeitern, die dem „Bund“ angehören, und *719* von Arbeitern aus dem Kaukasus). Die Liquidatoren haben folglich mit allen ihren Verbündeten zusammen *weniger als ein Drittel* aufzubringen vermocht.

Das sind, kurz gesagt, jene objektiven Angaben, die wir den leeren Versicherungen der Liquidatoren entgegenstellen. Diese objektiven Angaben über die *Massenbewegung* der Arbeiterklasse in Rußland in  $2\frac{1}{2}$

Jahren beweisen endgültig, auf Grund der Erfahrung der klassenbewußten Arbeiter, die Richtigkeit unserer Parteilinie.

Ich muß hier etwas abschweifen und bei einem konkreten Beispiel verweilen, um zu zeigen, warum bei uns von einer „Einheit“ oder sogar einem „Frieden“ mit der heutigen Zeitung der heutigen Liquidatoren gar keine Rede sein kann.

Es ist dies ein äußerst wichtiges Beispiel, das das Verhalten der Liquidatoren zur illegalen Arbeit unserer Partei erläutert, und ich bitte deshalb die Genossen um besondere Aufmerksamkeit.

Es ist bekannt, daß sich in Rußland der revolutionäre Massenstreik seit dem Jahre 1912 mit bemerkenswertem Erfolg entwickelt. Die Fabrikanten versuchten, dagegen die Aussperrung zur Anwendung zu bringen. Um das Verhalten der Partei zu dieser Kampfmaßnahme festzulegen, verfaßte und veröffentlichte die Februarberatung unserer Partei 1913 (man beachte das Datum: 1913!) *illegal* eine Resolution.<sup>135</sup>

In dieser Resolution wird (S. 11 der illegalen Ausgabe) direkt als „nächste Aufgabe die Veranstaltung von revolutionären Straßendemonstrationen“ gestellt. In dieser Resolution wird (ebendort) direkt empfohlen, „zwecks Abwehr der Aussperrungen neue Kampfformen ausfindig zu machen, zum Beispiel den italienischen Streik, und die politischen Streiks durch revolutionäre Kundgebungen und revolutionäre Straßendemonstrationen zu ersetzen“.

Das war, wir wiederholen es, im Februar 1913, d. h. *ein halbes Jahr* nach der Augustkonferenz (1912) der Liquidatoren, derselben Konferenz, die der ganzen Welt einreden wollte, die Liquidatoren seien *nicht* gegen die Illegalität. Weder in diesem halben Jahr, von August 1912 bis Februar 1913, *noch im folgenden Jahr*, von Februar 1913 bis Februar 1914, hat der Augustblock in dieser Frage *irgendeine Resolution* gefaßt. Absolut keine!! Hören Sie nun aber weiter.

Am 20. März 1914 beschließen die Unternehmer St. Petersburgs, auf die Streiks mit der Aussperrung zu antworten. An einem Tage wurden in St. Petersburg 70 000 Personen auf die Straße geworfen.

Die illegale Organisation unserer Partei in St. Petersburg, das „Petersburger Komitee der SDAPR“, beschließt, in Übereinstimmung mit der Resolution der Partei, auf die Aussperrung mit einer revolutionären

Demonstration am Jahrestag des Blutbades an der Lena, dem 4. April, zu antworten.

Es wird eine illegale Proklamation an die Arbeiter erlassen, die ich hier vor mir liegen habe. Sie ist unterzeichnet: „St.-Petersburger Komitee der SDAPR“. Sie wiederholt die Losungen der Partei (Republik und Konfiszierung der Ländereien) und schließt mit den Worten:

„Genossen! Erscheint am 4. April, morgens 11 Uhr, auf dem Newski-Prospekt!“

Es versteht sich von selbst, daß die legale Zeitung „Prawda“ selber diese Proklamation nicht nur nicht abdrucken kann, sondern sie nicht einmal erwähnen darf.

Was ist zu tun? Wie kann vor den Arbeiterlesern, wenigstens vor den klassenbewußtesten und fortgeschrittensten, der *Gedanke* über die Notwendigkeit einer Unterstützung des illegalen Aufrufs zu der illegalen revolutionären Demonstration ausgedrückt werden?

Es bleibt nur übrig, zu einer Andeutung Zuflucht zu nehmen, wie wir das beständig tun.

Und so erscheint denn am Tage der Demonstration, am Freitag, dem 4. April 1914, in unserer Zeitung („Put Prawdy“ Nr. 54) ein nicht gezeichneter, redaktioneller Artikel unter dem bescheidenen Titel „Von den Formen der Arbeiterbewegung“\*. In diesem Artikel wird der „formelle Beschluß der Marxisten vom Februar 1913“ *direkt genannt* und auf die Demonstration revolutionären Charakters in folgenden Worten *angespielt*:

„Die klassenbewußten Arbeiter kennen sehr wohl auch einige konkrete Formen der Höherentwicklung“ (d. h. Höherentwicklung der Formen des Kampfes), „die in der Geschichte wiederholt erprobt wurden und nur für die Liquidatoren ‚unverständlich‘ und ‚fremd‘ sind.“ („Put Prawdy“, 1914, Nr. 54.)

Die russische Polizei und die Staatsanwälte verstanden die Anspielung nicht. Doch die klassenbewußten Arbeiter haben sie verstanden.

Die Demonstration fand statt. Von ihr sprachen alle bürgerlichen Zeitungen, die am Abend des 4. April erschienen. Darauf *zitiert* unsere Zeitung (siehe „Put Prawdy“ Nr. 55) am folgenden Tag, dem 5. April, Auszüge aus bürgerlichen Zeitungen, in denen es heißt, daß

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 205–208. *Die Red.*

„in den letzten Tagen unter den Arbeitern massenhaft Flugblätter verteilt worden sind, die zu demonstrativen Aktionen am 4. April, am Jahrestag der Ereignisse an der Lena, aufriefen und vom Petersburger Komitee der SDAPR unterzeichnet sind.“

Wegen eines *solchen* Zitats aus bürgerlichen Zeitungen kann man unsere Zeitung nicht vor Gericht bringen. Bei uns ergibt sich so die Erfüllung des Beschlusses der illegalen Partei: die Organisierung einer revolutionären Demonstration und die *Unterstützung* dieser Arbeit durch die legale Zeitung, die von vierzigtausend Arbeitern gelesen wird.

Was machen nun aber die Liquidatoren?

Wie ich bereits gesagt habe, gab es bei ihnen weder im Halbjahr von August 1912 bis Februar 1913 noch auch im ganzen folgenden Jahr *irgendwelche illegalen Beschlüsse* des Augustblocks.

Niemand hat in St. Petersburg irgend etwas von irgendwelchen illegalen Aufrufen der Liquidatoren zum 4. April 1914 gehört, und die bürgerlichen Zeitungen haben nichts davon erwähnt. Man muß aber sagen, daß das Zeugnis der bürgerlichen Zeitungen *sehr wichtig* ist, denn wenn Proklamationen tatsächlich massenhaft verbreitet werden, so wissen das die bürgerlichen Zeitungen stets, und sie sprechen davon. Umgekehrt, wenn die Proklamationen in geringfügiger Zahl verbreitet werden, so wissen dies die Massen nicht, und die bürgerlichen Zeitungen schweigen darüber.

Die Liquidatoren selbst haben also nichts getan zur Organisierung der revolutionären Demonstration vom 4. April 1914. Sie hielten sich abseits.

Nicht genug damit. Die legale Zeitung der Liquidatoren erzählt am folgenden Tag von der Demonstration,

*ohne die Mitteilungen der bürgerlichen Zeitungen über die Verbreitung von Flugblättern mit der Unterschrift des St.-Petersburger Komitees unserer Partei abzudrucken!!*

Das ist ungeheuerlich, aber wahr. Und ich lege hier die Nummer der Zeitung der Liquidatoren vom 5. April 1914 („Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ Nr. 48) bei, um diese Tatsache vor dem Angesicht des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros zu brandmarken.

Man bedenke nur, was das bedeutet!! Leute, die so laut von dem

Wunsch nach „Einheit“ mit unserer Partei reden, Leute, die sich gern als Sozialdemokraten bezeichnen, *verheimlichen* vor den Arbeitern das *Bestehen* einer illegalen Organisation unserer Partei, des St.-Petersburger Komitees der SDAPR, seine *revolutionären*, illegalen, „unterirdischen“ Proklamationen und die Veranstaltung von Demonstrationen zum 4. April 1914 *durch dieses Komitee*.

Leute, die über „Einheit“ mit unserer Partei schreien, *drucken* die Mitteilungen der bürgerlichen Zeitungen über die massenhafte Verbreitung *illegaler*, vom St.-Petersburger Komitee unserer Partei unterzeichneter Flugblätter *nicht ab!*

Die Genossen von den ausländischen Parteien können hieraus ermes- sen, warum die Frage der illegalen Arbeit für uns von so wesentlicher, grundlegender Bedeutung ist.

Aber auch das ist noch nicht genug. Eine Woche später, am 11. April 1914, erscheint in der Zeitung der Liquidatoren („Sewernaja Rabo- tschaja Gaseta“ Nr. 51) ein Artikel, in dem der Verfasser sich über den in der „Prawda“ vom 4. April, am Tage der Demonstration erschienenen Artikel über die „höheren Formen“ des Kampfes *direkt lustig macht*, sich darüber *lustig macht*, daß die „Prawda“

*„ihre Gedanken in eine schwerverständliche Form gekleidet hat“ !!*

Man denke nur: Die legale Zeitung der Liquidatoren, die die illegale Arbeit stets und ständig tadeln und beschimpfen, *macht* sich dar- über *lustig*, daß unsere legale Zeitung, die die illegale Arbeit *unterstützen* will, dies nur in Form von Anspielungen macht!!

Und wegen der *Anspielung* unserer Zeitung auf die „höheren Formen“, d. h. auf die vom St.-Petersburger Komitee unserer Partei ver- anstaltete revolutionäre Demonstration, bezeichnen uns die Liquidatoren in ihrer Zeitung in demselben Artikel öffentlich als „*Abenteurer*“ und als „ganz prinzipienlose Abenteurer“, als „*Anarchosyndi- kalisten*“, die „die Arbeiter *provizieren*“ !!

Ich habe sämtliche Dokumente bei mir, sowohl die Proklamation des St.-Petersburger Komitees als auch unsere Zeitung sowie die Zeitung der Liquidatoren. Die sich dafür interessierenden Genossen mögen ersuchen, daß ihnen diese Dokumente vollständig übersetzt werden.

Und ich erkläre im Namen des ZK unserer Partei und im Namen der gewaltigen Mehrheit der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter

Rußlands: *Keine „Einheit“ und keinen „Frieden“ mit einer derartigen Gruppe von Liquidatoren, solange eine derartige Zeitung besteht!!*

*Wir können unsere revolutionäre Arbeit unter den Massen in „Einheit“ mit einer solchen Zeitung nicht leisten.*

### III

Ich gehe nun zum dritten Teil meines Berichts über. Nachdem ich die *Erfahrung* der Massenbewegung der Arbeiter Rußlands, die unsere Linie bestätigt hat, untersucht habe, will ich nun die *Erfahrung* unserer Gegner untersuchen.

Unsere Gegner, sowohl die Liquidatoren als auch die Auslandsgrüppchen, wie etwa dasjenige Plechanows, lieben es, uns als „Usurpatoren“ zu beschimpfen. Sie haben dieses Geschimpfe in den Spalten des „Vorwärts“ im März 1912 wiederholt. Uns aber hat der „Vorwärts“ nicht antworten lassen!! Betrachten wir nun aber, worin der politische Sinn dieser Beschuldigung der „Usurpation“ bestehen könnte.

Ich habe bereits gesagt, daß die Konferenz im Jahre 1912 von der „Organisationskommission für Rußland“ einberufen wurde, die nach Sprengung des alten ZK durch die Liquidatoren von den Parteikomitees geschaffen worden war. Wir rechnen uns diese Wiederherstellung der illegalen Partei als Verdienst an, und die Mehrheit der Arbeiter Rußlands hat dies anerkannt.

Aber nehmen wir für einen Augenblick an, daß unsere so zahlreichen (vom Standpunkt des Auslands und der Intellektuellengrüppchen aus zahlreichen) Gegner im Recht seien. Nehmen wir an, wir seien der „Usurpation“, der „Spaltungstätigkeit“ u. dgl. m. schuldig. Müßte man nicht in diesem Falle naturgemäß erwarten, daß unsere Gegner uns *nicht mit Worten, sondern durch die Erfahrung* ihrer Tätigkeit und ihrer Vereinigung widerlegen?

Wenn wir nicht recht haben mit der Behauptung, die Partei könne nicht anders als gegen die Gruppe der Liquidatoren aufgebaut werden, müßte dann nicht erwartet werden, daß die mit uns nicht übereinstimmenden Gruppen und Organisationen die Möglichkeit einer Einheit mit den Liquidatoren *durch die Erfahrung ihrer Arbeit beweisen* werden?

Indessen zeigt uns die Erfahrung unserer Gegner das Folgende: Im Januar 1912 wurde die illegale Partei von unserer Konferenz, auf der die Mehrzahl der in Rußland bestehenden Organisationen vertreten war, wiederhergestellt.

Im März 1912 vereinigten sich in den Spalten des „Vorwärts“ im Geschimpfe über uns:

sowohl die Liquidatoren  
als auch der „Bund“  
als auch die Letten  
als auch die Polen  
als auch die „Trotzkisten“  
als auch die „Wperjod“-Leute.

So viele „Strömungen“ und „Gruppen“, nicht wahr? Wie leicht wäre es für sie, durch ihre Einheit den Arbeitern Rußlands ein gutes Beispiel zu geben!!

Als man jedoch daranging, die „August“konferenz der Liquidatoren einzuberufen, zeigte sich, daß unsere Gegner *nicht* zusammengehen können.

Sowohl die Polen als auch Plechanow weigerten sich, auf der „August“-konferenz der Liquidatoren auch nur zu erscheinen.

Warum?

Darum, weil sie sich *nicht* einmal über den Begriff der Parteimitgliedschaft verständigen *konnten!!!*

Und so antworten wir, wenn jetzt die Gruppe Plechanows oder Rosa Luxemburgs oder jemand anders sich und anderen versichert, es sei *möglich*, sich mit den Liquidatoren zu vereinigen: Versuchen Sie einmal selbst, teure Genossen, sich mit den Liquidatoren *nicht in Worten, sondern in der Tat* über die Bestimmung der Parteimitgliedschaft zu „einigen“.

Weiter. Die „Wperjod“-Leute sind zur Augustkonferenz gegangen, haben sie aber unter Protest und Entlarvung ihres fiktiven Charakters *verlassen*.

Nun fand im Februar 1914, anderthalb Jahre nach der „Augustkonferenz“ der Liquidatoren, der Kongreß der lettischen Partei statt. Die Letten waren stets für die „Einheit“. Die lettischen Arbeiter *wollten*

mit den Liquidatoren zusammenarbeiten und bewiesen das nicht in Worten, sondern durch Taten, durch die *Erfahrung*.

Und nach anderthalbjähriger Erfahrung erklärten die Letten, *streng neutral bleibend*, auf ihrem Kongreß, daß sie aus dem Augustblock austreten, denn

– so lautet die Resolution des lettischen Kongresses:

„Der Versuch der Versöhner, sich um jeden Preis mit den Liquidatoren zu vereinigen (Augustkonferenz 1912), hat sich als nutzlos erwiesen, und die Vereiniger sind selbst in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten.“

Möge nun die „Erfahrung der Vereinigung mit den Liquidatoren“ wiederholen wer will. Wir aber erklären, daß keinerlei Vereinigung mit ihnen möglich ist, solange sie nicht entschieden damit Schluß machen, ihre liquidatorische Linie zu verfolgen.

Schließlich sind sowohl die Gruppe Trotzki's als auch die Kaukasier, an ihrer Spitze ihr Führer An, sowie eine Reihe anderer Liquidatoren („Em-El“ z. B.) faktisch vom Augustblock *abgefallen*, als sie eine *besondere* Zeitschrift, die „Borba“, gründeten. Diese Zeitschrift hat keinerlei Verbindungen zu den Arbeitern, aber allein durch ihre Existenz, durch ihre Kritik am Opportunismus der Liquidatoren, durch ihre Trennung von den Liquidatoren hat diese Zeitschrift einer Gruppe gestriger Liquidatoren *bewiesen*, durch die Tat, durch die Erfahrung bewiesen, daß eine Einheit mit den Liquidatoren unmöglich ist.

Die Einheit ist nur möglich, wenn die Liquidatoren bereit sind, mit ihrer ganzen Taktik entschieden zu brechen und aufzuhören, Liquidatoren zu sein.

So gehe ich denn zur Darlegung der präzisen, formellen Bedingungen für eine solche „Einheit“ über.

#### IV

Hier die von unserem ZK formulierten praktischen, konkreten Bedingungen, die unserer Partei die „Einheit“ mit den Liquidatoren möglich machen würden.

*Erste Bedingung:*

1. Die Resolutionen der Gesamtpartei vom Dezember 1908 und vom Januar 1910 über das Liquidatorentum werden in ihrer Anwendung



gerade auf das Liquidatorentum in entschiedenster und vorbehaltlosester Weise bestätigt.

Damit diese Bestätigung von allen klassenbewußten Arbeitern Rußlands als etwas tatsächlich Ernsthaftes und Endgültiges aufgenommen wird und damit für keinerlei Zweideutigkeiten Platz bleiben kann, wird anerkannt, daß derjenige Verurteilung verdient und in den Reihen der illegalen SDAPR nicht geduldet werden kann, der (besonders in der legalen Presse) gegen die „Illegalität“, d. h. die illegale Organisation auftreten, sie als einen „Leichnam“ bezeichnen und erklären wird, sie bestehe nicht, ihre Wiederherstellung sei eine reaktionäre Utopie u. dgl. m. – der überhaupt auf irgendeine Art und Weise die Rolle und Bedeutung der „Illegalität“ herabsetzen wird.

Es wird anerkannt, daß derjenige Verurteilung verdient und in den Reihen der illegalen Partei nicht geduldet werden kann, der (besonders in der legalen Presse) gegen die „Reklame für die illegale Presse“ auftreten sollte. Mitglied der illegalen Partei kann nur sein, wer aufrichtig und mit aller Kraft die illegale Presse, die illegalen Proklamationen usw. fördert.

Es wird anerkannt, daß derjenige Verurteilung verdient und in den Reihen der illegalen Partei nicht geduldet werden kann, der in irgendeiner Form im heutigen Rußland eine „offene“ (d. h. legale) Arbeiterpartei propagiert – denn diese würde objektiv eine zaristisch-monarchistische Arbeiterpartei bedeuten –, der die Losung der „offenen Partei“ oder des „Kampfes“ für eine solche aufstellt.

Es wird anerkannt, daß derjenige Verurteilung verdient und in den Reihen der illegalen Partei nicht geduldet werden kann, der in irgendeiner Form (besonders in der legalen Presse) gegen revolutionäre Massenstreiks (d. h. Streiks, die den ökonomischen und politischen Kampf und die revolutionäre Agitation miteinander verbinden), gegen revolutionäre Kundgebungen und Straßendemonstrationen auftritt. Zu solchen unzulässigen Ausfällen gegen die revolutionäre Arbeit der Partei, die Streiks und Demonstrationen organisiert, zählt zum Beispiel die Verurteilung des „Streikfiebers“ der Arbeiter oder der „höheren Formen des Kampfes“ (= das legale Pseudonym für Demonstrationen) in der legalen Presse.

Es wird anerkannt, daß die angeführten Abweichungen von der sozial-

demokratischen Linie nach der Seite des „bürgerlichen Einflusses“ hin gerade von der Zeitschrift „Nascha Sarja“ und der Zeitung „Nascha Rabotschaja Gaseta“ begangen werden.

2. Es wird anerkannt, daß derjenige Verurteilung verdient und nicht Mitglied der illegalen Partei sein kann, der in irgendeiner Form (besonders in der legalen Presse) die Losungen der demokratischen Republik und der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien als für die Agitation unter den Massen ungeeignet oder wenig geeignet bezeichnet – Losungen, die ins Programm unserer Partei aufgenommen wurden und die besonders brennend sind im heutigen Rußland, wo die zaristische Monarchie die formelle Anerkennung der Verfassung durch den Zaren in eine Verhöhnung des Volkes verwandelt hat.

Es wird anerkannt, daß in Anbetracht des Umstands, daß die liberale Presse unter den Massen in großem Umfang die Ideen des Reformismus verbreitet, die Idee von der Vereinbarkeit der politischen Freiheit mit der Zarenmonarchie, die Idee, der revolutionäre Sturz des Zarismus sei unnötig, schädlich und sündhaft – daß in Anbetracht dessen die Agitation für eine solche konstitutionelle Reform wie das Koalitionsrecht ständig in breitem Umfang betrieben werden muß, im klaren Bewußtsein der Feindseligkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Propaganda der liberalen Reformen und in untrennbarer Verbindung mit der Erläuterung und Verbreitung der Losung der Republik als einer Losung des revolutionären Ansturms der Massen gegen die zaristische Monarchie.

3. Es wird anerkannt, daß das Eingehen irgendeines Teils unserer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, auf einen Block oder ein Bündnis mit einer *anderen* Partei absolut unzulässig und mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar ist.

Als ein solcher unzulässiger Block wird der *gegen* den Willen und ohne die Zustimmung der *polnischen* Sozialdemokratie und ohne den Beschluß eines Parteitags der SDAPR gebildete Block des „Bund“ und der Liquidatoren mit der *nichtsozialdemokratischen* Partei „PPS-Lewica“ betrachtet.

Der Abgeordnete Jagiello kann sich als Mitglied einer *nichtsozialdemokratischen* Partei der Dumafraktion unserer Partei nur anschließen, keineswegs aber Mitglied dieser Fraktion sein.

4. Es wird anerkannt, daß in jeder Stadt und in jedem Ort nur eine

einzig einheitliche sozialdemokratische Organisation bestehen darf, die die Arbeiter aller Nationalitäten vereinigt und ihre Arbeit in allen Sprachen des Proletariats der betreffenden Gegend leistet.

Verurteilt wird der jüdischnationale Separatismus des „Bund“, der sich bis heute trotz des Beschlusses des Stockholmer Parteitags der SDAPR vom Jahre 1906 und dessen Bestätigung durch die Konferenz vom Dezember 1908 weigert, das Prinzip der internationalen Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter in den örtlichen Organisationen in die Praxis umzusetzen, ein Prinzip, das im Kaukasus seit dem Jahre 1898 so glänzend erprobt worden ist.<sup>136</sup>

5. Es wird anerkannt, daß die die Arbeiter nach Nationalitäten trennende und einen verfeinerten Nationalismus predigende Losung der „national-kulturellen Autonomie“, die durch einen formellen Beschluß des II. Parteitags der SDAPR (1903) abgelehnt worden ist, dem Programm der Partei widerspricht (ebenso wie auch das Pseudonym für die national-kulturelle Autonomie, die sogenannte „Gründung von Institutionen, die eine freie nationale Entwicklung gewährleisten“).

Sämtliche Beschlüsse aller lokalen, nationalen oder besonderen Organisationen unserer Partei (darunter auch der Dumafraktion), die das Prinzip der national-kulturellen Autonomie zulassen, werden rückgängig gemacht, und ihre Erneuerung ohne Beschluß eines Parteitags der SDAPR wird für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei erklärt.

6. Die sozialdemokratischen Arbeiter aller Schattierungen werden unverzüglich von allen Organisationen der Partei, in allen ihren Publikationen, in allen Sprachen aufgerufen, ohne Verzug die *Einheit von unten* zu verwirklichen, d. h. allerorts illegale sozialdemokratische Zellen, Organisationen und Gruppen zu bilden oder, wo solche schon vorhanden sind, in diese Organisationen einzutreten. Dabei wird das Prinzip der Föderation oder der Gleichberechtigung aller „Strömungen“ unbedingt verworfen und nur das Prinzip der loyalen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkannt. Die Anzahl der Geldbeiträge von Arbeitergruppen für die Zeitungen der verschiedenen Richtungen seit dem Jahre 1913 wird in der legalen Presse als der genaueste, wenn auch nur annähernde Maßstab für das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung genommen. Diese Zahl wird deshalb in sämtlichen Publikationen der Partei veröffentlicht, und sämtliche

Publikationen haben allen Sozialdemokraten an Ort und Stelle zu empfehlen, sich bis zu einem neuen Parteitag der SDAPR bei allen praktischen Schritten von diesen Angaben leiten zu lassen.

In der Frage der Bestimmung der Parteimitgliedschaft wird anerkannt, daß nur die Zugehörigkeit zu einer illegalen Zelle, Gruppe oder anderen Organisation (ganz gleich ob Lokal-, Betriebs-, Bezirksorganisation oder einer sozialdemokratischen Gruppe innerhalb legaler Vereinigungen), nur die illegale Arbeit an der Veranstaltung von Versammlungen, an der Erörterung der Parteibeschlüsse, an der Verbreitung illegaler Literatur – daß *nur* dies bei der Bestimmung der Parteimitgliedschaft in Betracht gezogen wird.

Alle Gruppen und „Strömungen“ sind verpflichtet, sogleich völlig klare und bestimmte illegale Aufrufe darüber herauszugeben.

7. Die Existenz zweier miteinander konkurrierender Zeitungen in ein und derselben Stadt oder Ortschaft wird als absolut unzulässig anerkannt. Die Minderheit besitzt das Recht, vor der ganzen Partei die programmatischen, taktischen und organisatorischen Meinungsverschiedenheiten in einer besonders zu schaffenden Diskussionszeitschrift zu behandeln, sie darf jedoch nicht in einer konkurrierenden Zeitung auftreten und die Tätigkeit und die Beschlüsse der Mehrheit desorganisieren.

Bei Berücksichtigung des Umstands, daß die Zeitung der Liquidatoren in Petersburg, unterhalten hauptsächlich von bürgerlichen und nicht von proletarischen Geldern, entgegen dem Willen der offenkundigen und unbestreitbaren\* Mehrheit der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter St. Petersburgs herausgegeben wird und durch ihre Propaganda für die Ignorierung des Willens der Mehrheit äußerste Desorganisation

---

\* In ihrer Zeitung („Nascha Rabotschaja Gaseta“ Nr. 34 vom 13. VI. 1914) errechnen die Liquidatoren in St. Petersburg 72% Prawdisten und 28% Liquidatoren. Diese seltsame Berechnung nimmt nicht die Anzahl der Arbeitergruppen, sondern die Summe der sowohl von den Arbeitern als auch von der Bourgeoisie gesammelten Rubel zur Grundlage, so daß 10 000 Arbeiter, wenn sie je 10 Kopeken gesammelt haben, einem Bourgeois gleichgestellt werden, der 1000 Rubel gegeben hat. In Wirklichkeit betrug vom 1. Januar bis 13. Mai 1914 die Anzahl der Beiträge von Arbeitergruppen in St. Petersburg bei den Prawdisten 2024 und bei den Liquidatoren 308, d. h. 86% und 14%.

stiftet, wird die unverzügliche Einstellung dieser Zeitung, bei gleichzeitiger Schaffung einer Diskussionszeitschrift, als notwendig anerkannt.

8. Die Resolution des II. Parteitags vom Jahre 1903 wie auch die Resolution des Londoner Parteitags vom Jahre 1907 über den bürgerlich-demokratischen Charakter der Richtung der Volkstümmler im allgemeinen, darunter auch der Partei der Sozialrevolutionäre, werden in ganz bestimmter und vorbehaltloser Weise bestätigt.

Irgendwelche Blockbildungen oder Bündnisse oder zeitweilige Abkommen zwischen einem Teil der Sozialdemokraten und den Sozialrevolutionären (und überhaupt den Volkstümlern) gegen einen anderen Teil der Sozialdemokraten werden für absolut unzulässig erklärt.

Direkt und vorbehaltlos werden die Petersburger Liquidatoren verurteilt, die, ohne selbst auf ihrer eigenen „Augustkonferenz“ irgendeine neue Linie der Sozialdemokratie gegenüber den Sozialrevolutionären verkündet zu haben, gegen die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter in Petersburg bei den Wahlen zu den Versicherungseinrichtungen zu Blockbildungen und Abkommen mit den Sozialrevolutionären griffen und greifen.

Für unzulässig erklärt wird der literarische Block zwischen den prominentesten Liquidatoren und prominenten Sozialdemokraten aus den das Liquidatorentum verteidigenden Grüppchen (Plechanow, Trotzki u. a.) und den Sozialrevolutionären, die in der St.-Petersburger Zeitschrift „Sowremennik“ propagieren, daß „die alten Gruppierungen jedenfalls liquidiert sind“, daß „sich nicht feststellen läßt, wo der Marxismus aufhört und wo die volkstümmlerische Ideologie beginnt“ („Sowremennik“ Nr. 7, S. 76).

Diejenigen Literaten, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein wollen und die an diesem Organ nicht nur deshalb mitarbeiten, weil sie bei bürgerlichen Verlagen Verdienst suchen müssen, werden aufgefordert, aus dem Mitarbeiterstab dieser Zeitschrift auszutreten und ihren Austritt öffentlich bekanntzugeben.

9. In Anbetracht der äußersten Desorganisierung, die in die Arbeiterbewegung Rußlands durch einzelne, abgesonderte Auslandsgruppchen hineingetragen wird, die ohne jedes Mandat irgendeiner Parteiorganisation Rußlands und ohne jede Übereinkunft mit einer solchen Organisation handeln, wird für unbedingt notwendig erkannt, zu beschließen und

durchzuführen, daß alle Auslandsgruppen ohne jede Ausnahme mit den in Rußland tätigen Organisationen nur über das ZK der Partei Beziehungen unterhalten können.

Die Auslandsgruppen, die sich dem russischen Zentrum für die sozialdemokratische Arbeit, d. h. dem Zentralkomitee, nicht unterordnen und durch separate Verbindungen mit Rußland, unter Umgehung des ZK, Desorganisation stiften, dürfen sich nicht des Namens SDAPR bedienen.

Im Ausland soll aus den Beträgen der im Ausland veranstalteten Sammlungen eine sozialdemokratische Diskussionszeitschrift gegründet werden für die allseitige zensurfreie Erörterung programmatischer, taktischer und organisatorischer Fragen.

Bestätigt und unbedingt durchgeführt werden muß die Bestimmung des Parteistatuts (§ 3), daß nur „eine bestätigte Organisation der Partei das Recht hat, Parteiliteratur herauszugeben“.

10. Für alle Sozialdemokraten wird die von der Londoner Sitzung des ZK (Anfang Januar 1908) einstimmig angenommene Resolution als unbedingt verbindlich anerkannt, die lautet:

„Die verstärkte Arbeit der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung, die durch die ganze gegenwärtige Lage der Dinge bedingt wird, muß im Geiste der Londoner\* und der Stuttgarter\*\* Resolutionen geführt werden, d. h. auf keinen Fall im Geiste einer prinzipiellen Anerkennung der Neutralität oder Unparteilichkeit der Gewerkschaften, sondern umgekehrt im Geiste eines konsequenten Strebens nach einer möglichst engen Annäherung der Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei.“

Es wird festgestellt, daß die Versuche, innerhalb der Gewerkschaften eine Agitation gegen die illegale SDAPR zu betreiben, mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar sind.

Die Liquidatoren verpflichten sich, nicht zur Mißachtung der Unterordnung unter die Gewerkschaftsleitungen aufzufordern, sich der marxistischen Mehrheit der Gewerkschaften loyal zu fügen und in keinem Falle spalterische Parallelgewerkschaften zu gründen.

Dasselbe gilt für die Tätigkeit in allen möglichen anderen Arbeitervereinen – Klubs usw.

\* d. h. des Londoner Parteitags der SDAPR 1907.

\*\* d. h. des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907.

Alle Sozialdemokraten sind verpflichtet, den illegalen sozialdemokratischen Zellen anzugehören, die innerhalb jeder Gewerkschaft, jedes Kultur- und Bildungsvereins usw. bestehen. Die Beschlüsse der illegalen Partei sind für diese Zellen verbindlich.

Als notwendig anerkannt wird der Kampf aller Sozialdemokraten gegen die Trennung der Gewerkschaften nach Nationalitäten.

11. Es wird anerkannt, daß es *unzulässig* ist, in der Zeitung gegen die von den St.-Petersburger Arbeitern gewählte Vertretung in den Versicherungseinrichtungen (Gesamtrussischer Versicherungsrat, Hauptstädtische Versicherungsbehörde usw.) aufzutreten und dazu aufzufordern, sich ihren Weisungen nicht zu fügen u. dgl. m. Es wird anerkannt, daß das von dieser Vertretung der Arbeiter gebilligte Versicherungsprogramm *verbindlich* ist.

Die Zeitschrift „Strachowanije Rabotschich“<sup>137</sup>, die mit dem offiziellen Organ der Arbeitervertretung in den Versicherungsinstitutionen („Woprossy Strachowanija“) konkurriert, stellt ihr Erscheinen ein.

12. Die kaukasischen Sozialdemokraten müssen die Unzulässigkeit der Agitation für die vom Programm der SDAPR abgelehnte national-kulturelle Autonomie anerkennen.

Die kaukasischen Sozialdemokraten müssen sich verpflichten, das Prinzip der einheitlichen internationalen Organisation in jeder Stadt nicht zu verletzen und in keinem Fall, weder in einer politischen noch in einer gewerkschaftlichen Organisation, zur Trennung der Arbeiter nach Nationalitäten überzugehen.

13. Die sechs Abgeordneten der Reichsduma (Fraktion Tschcheidse) wie auch der Abgeordnete Burjanow müssen alle oben angeführten Bedingungen anerkennen.

Die Fraktion Tschcheidse muß von der Dumatribüne herab erklären, daß sie, im Einklang mit dem Programm der Sozialdemokraten Rußlands, die Verkündung der „national-kulturellen Autonomie“ (und ihres Pseudonyms: „Institutionen“ usw.) *zurücknimmt*.

Die Fraktion Tschcheidse muß die führende Rolle des auf der Januar-konferenz vom Jahre 1912 gewählten Zentralkomitees der Partei, die Verbindlichkeit aller Parteibeschlüsse sowie das Vetorecht des Zentralkomitees anerkennen.

Das sind die Bedingungen, unter denen das ZK unserer Partei die Verwirklichung der Einheit für möglich hält und bereit ist, Maßnahmen zugunsten der Einheit einzuleiten. Mit der Gruppe der Liquidatoren, die die „Nascha Sarja“ und die „Nascha Rabotschaja Gaseta“ herausgibt, halten wir, bei der *heutigen* Taktik dieser Gruppe, jedwede Verhandlungen und Beziehungen für absolut unmöglich. Alle anderen Gruppen, Strömungen, Fraktionen und Körperschaften jedoch, die die Liquidatoren verteidigen oder die Einheit oder ein Kompromiß mit ihnen predigen, halten wir vom Gesichtspunkt der politischen Realität in der Arbeiterbewegung Rußlands für Fiktionen.

Wir erklären, daß man der Sache einen sehr schlechten Dienst erweist und Phrasen für Realitäten ausgibt, wenn man die Arbeiterklasse Rußlands mit leeren Versicherungen und Versprechungen über die Möglichkeit und Leichtigkeit einer Einheit mit der Gruppe der Liquidatoren abspeist.

Wir machen deshalb folgenden praktischen Vorschlag:

Schon vor einem Jahr ist in unserer Partei die Frage der Einberufung eines Parteitags aufgeworfen worden. Das wurde in den Resolutionen der Sommerberatung 1913 beim ZK der SDAPR publik gemacht. Jetzt ist dieser Plan der Einberufung eines Parteitags schon seiner Verwirklichung nahe. Wahrscheinlich wird in nächster Zukunft, sogleich nach dem Wiener Kongreß oder sogar während desselben, ein Parteitag unserer Partei stattfinden.<sup>138</sup> Wir bitten die Genossen natürlich, das nicht zu veröffentlichen und nicht davon zu sprechen. Wenn die Verhaftungen sehr zahlreich sein werden, so wird möglicherweise an Stelle eines Parteitags eine Konferenz stattfinden.

Und nun also schlagen wir – unter Ablehnung jedes Entgegenkommens gegenüber der Gruppe der Liquidatoren oder ihren Verteidigern, *solange die oben aufgeführten Bedingungen nicht erfüllt sind* – allen Gruppen, Strömungen, Fraktionen, die, zum Unterschied von uns, glauben, daß eine Einheit oder ein Frieden oder ein Kompromiß mit der heutigen Gruppe der Liquidatoren bei ihrer heutigen Taktik, so wie sie ist, möglich sei – schlagen wir allen diesen Gruppen vor, den Wiener Kongreß zu benutzen, um eine gemeinsame offizielle Besprechung unserer Bedingungen zu veranstalten.

Mögen diejenigen, die einen Frieden oder ein Kompromiß mit den



Liquidatoren predigen, sich nicht auf das Predigen beschränken, sondern die Möglichkeit einer Einheit mit den heutigen Liquidatoren durch *Taten* beweisen.

Wir aber wären unsererseits sehr froh, wenn wir den Vertretern von  $\frac{4}{5}$  der Arbeiter Rußlands auf dem Parteitag oder auf der Konferenz unserer Partei über die Ergebnisse der Beratung sämtlicher die Liquidatoren verteidigenden Gruppen mit der Gruppe der Liquidatoren berichten könnten.

14. Ich muß zum Schluß noch einen Punkt berühren, der sehr unangenehm ist, der sich aber bei einem loyalen und offenherzigen Meinungsaustausch über die Frage der Einheit der Sozialdemokratie Rußlands nicht umgehen läßt.

Es handelt sich um folgende Sache:

Unsere Gegner, die Liquidatoren, führen in ihrer Presse eine erbitterte persönliche Kampagne gegen einige Mitglieder unserer Partei, wobei sie öffentlich, vor den Massen, einer ganzen Menge ehrloser, niedriger und krimineller Handlungen bezichtigen oder in ihrer Zeitung „Gerüchte“ über solche Handlungen mitteilen. Die Presse unserer Partei antwortet auf diese Ausfälle, indem sie die Liquidatoren – und besonders zwei ihrer Führer, Dan und Martow – direkt, bestimmt, im Namen des ZK unserer Partei als Verleumder bezeichnet.

Man kann sich leicht vorstellen, was für eine Desorganisation und Demoralisierung eine solche „Kampagne“ der Liquidatoren, auf die wir nach dem Prinzip „à corsaire – corsaire et demi“\* antworten und immer antworten werden, in die Massen hineinträgt. Wir verweisen kurz auf vier Beispiele:

1. Im Jahre 1911 veröffentlichte L. Martow in Paris die Broschüre „Retter oder Zerstörer“, deren Hauptinhalt in Beschuldigungen gegen Lenin wegen ehrloser und krimineller Handlungen bestand. Martow schickte eine deutsche Übersetzung dieser Broschüre an Kautsky, der damals in einer Streitfrage der Sozialdemokratie Rußlands Schiedsrichter war. In einem Brief an Lunatscharski (Gruppe „Wperjod“) bezeichnete Kautsky diese Broschüre Martows als „widerwärtig“, und dieses Urteil wurde in der russischen sozialdemokratischen Presse von Plechanow bekanntgegeben. Gegenwärtig beginnt die Zeitung der Liquidatoren, den

\* Aus dem Französischen: Auf einen Schelmen anderthalbe. *Die Red.*

Inhalt dieser Broschüre nach und nach in Form von Andeutungen unter das russische Publikum zu bringen.

2. Im Jahre 1913 und bis auf den heutigen Tag bezichtigt die Zeitung der Liquidatoren das Mitglied unserer Partei Danskı, der bei Versicherungsanstalten beschäftigt ist, öffentlich der Ehrlosigkeit. Der Anlaß zu dieser Beschuldigung ist die Anstellung Danskıs in einer privatkapitalistischen Gesellschaft, der Dienst bei der Bourgeoisie. Unsere Partei hat in Gestalt verschiedener Instanzen (Redaktion der „Prawda“ und der Zeitschrift „Prosweschtschenije“, Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma, einige Gewerkschaften usw.) diese Beschuldigungen untersucht und festgestellt, daß Danskı vom Dienst für die Unternehmer allmählich zum Dienst für die Arbeiterbewegung übergegangen ist, wobei er anfänglich anonymer Mitarbeiter der „Prawda“ war. Als Danskı endgültig in unsere Partei eintrat, wurde er aufgefordert, in Ausführung der Resolutionen unserer Partei die private Gesellschaft gänzlich zu verlassen. Danskı kam dem nach und trat aus diesem Dienst aus. Ich wiederhole im Namen des ZK, daß unsere Partei ihn als einen ehrlichen Genossen betrachtet und niemandem erlauben wird, ungestraft seine Ehre anzutasten. Unsere Presse, die die Liquidatoren der Verleumdung Danskıs bezichtigte, wies darauf hin, daß die Liquidatoren im gegebenen Falle besonders gewissenlos handeln, denn Martow arbeitet selbst unter einem anderen Pseudonym ständig an einer bürgerlichen Zeitung mit (hier gebe ich die Tatsache restlos bekannt: *Jegorow* in der „Kiewskaja Mysl“), und von den nächsten Mitarbeitern der Zeitung der Liquidatoren war *Jeshow* in einer Privatgesellschaft beschäftigt, und *Jermanski* war oder ist dort beschäftigt.

3. Das Mitglied der Duma, Malinowski, ist plötzlich, ohne Darlegung der Gründe, aus der Duma ausgetreten und hat seine Vollmachten niedergelegt. Unsere Arbeiter beriefen die lokalen und zentralen leitenden Instanzen ein und verurteilten Malinowski zum Ausschluß aus der Partei, weil er in desorganisierender, fahnenflüchtiger Weise, ohne die Sache aufzuklären und ohne vorhergehende Besprechung der Frage im Kollegium den Kampfposten verlassen hatte. Die Zeitung der Liquidatoren begann daraufhin mit der Veröffentlichung anonymer Gerüchte über eine Spitzeltätigkeit Malinowskis und verlangte eine interfraktionelle Untersuchung dieser Gerüchte. Unser ZK erklärte, daß es für Malinowski

bürge, die Gerüchte untersucht habe und dafür einstehe, daß Dan und Martow ehrlose Verleumdungen ausgestreut haben. Das ZK lehnt jegliche gemeinsamen Kommissionen mit den Liquidatoren ab und bezichtigt, wie es die Vertreter von 10 Gewerkschaften Moskaus bereits getan haben, diejenigen Leute der Verleumdung, die es wagen, in der Presse anonyme „Gerüchte“ über Spitzeltätigkeit erscheinen zu lassen, anstatt diese Gerüchte auf dem Organisationswege entweder an unser ZK oder an das eigene ZK („Organisationskomitee“), den „Bund“ und die Kollektive der den Liquidatoren vertrauenden Gruppen zu leiten zwecks Untersuchung der Gerüchte durch Kollegien und verantwortliche Instanzen. Burzew erklärte, daß er den Gerüchten nicht glaube. Die Untersuchungskommission unseres ZK erklärte, sie werde Angaben veröffentlichen, wer diese Gerüchte verbreite. Ich kann nur hinzufügen, daß diese Verbreiter Liquidatoren sind.

4. Die Zeitung der Liquidatoren brachte kürzlich einen offenen Brief des früheren Abgeordneten der II. Duma, Alexinski, der den Genossen Antonow, ein in der Zwangsarbeit gewesenes Mitglied unserer Partei, des Verrats beschuldigte. Indessen war das Verhalten des Genossen Antonow sowohl von einer besonderen Kommission von Genossen, die mit ihm zusammen in der Zwangsarbeit waren, als auch durch Beschluß des ZK der Partei aus den Jahren 1907/1908 in Finnland, da dem ZK sowohl die Menschewiki (d. h. die heutigen Liquidatoren) als auch alle „nationalen Organisationen“ angehörten, als einwandfrei anerkannt worden. Die Antwort unserer Presse kommt wiederum einer Anklage gegen Dan und Martow wegen Verbreitung von Verleumdungen gleich.

Ich habe im Auftrag des ZK vor dem Forum des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros aus diesem Anlaß einen konkreten Vorschlag zu machen. Wir betrachten die Methoden der Liquidatoren als eine bestimmte politische Kampfmethodik seitens der Partei ausgeschlossener Leute. Wir hoffen deshalb nicht, daß sich die Sache durch moralische Sentenzen „bessern“ wird. Aber wenn die die Liquidatoren deckenden Körperschaften (zum Beispiel das „OK“ und der „Bund“, auch Trotzki) und ebenso zahlreiche Auslandsgruppen (darunter Plechanow) uns von einer „Einheit“ mit diesen Liquidatoren sprechen, so machen wir ihnen vor dem Forum des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros folgenden Vorschlag:

Sie mögen offen und öffentlich, ohne Umschweife, erklären, ob sie die „Kampagne“ der Liquidatoren in allen erwähnten 4 Punkten (zu denen die Liquidatoren, wir sind überzeugt, noch 44 hinzufügen werden) billigen, oder ob sie sie nicht billigen.

Wenn sie sie nicht billigen, so sollen die Arbeiter Rußlands das wissen.

Wenn sie sie billigen, so mögen *sämtliche* Gruppen, die uns die „Einheit“ oder ein Kompromiß mit den Liquidatoren vorschlagen, eine gemeinschaftliche Kommission wählen und eine begründete, sachliche, offene Anklage gegen bestimmte Mitglieder unserer Partei wegen ehrloser Handlungen erheben. Wir werden diese Anklage unserem Parteitag vorlegen und werden den Vertretern der von sämtlichen die Liquidatoren verteidigenden Gruppen gebildeten Kommission vorschlagen, auf unserem Parteitag zu erscheinen und ihre Beweise vorzubringen.

Wir betrachten es als unsere Pflicht zu erklären, daß, wenn dies nicht geschieht, in unserer Partei die in ihren Reihen schon jetzt ausgesprochene Meinung erstarken wird, daß alle die „Einheit“ mit den Liquidatoren verfechtenden Gruppen die Verleumder *insgeheim* unterstützen.

Die Organisation unserer Partei werden wir im Namen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands gegen die Desorganisatoren verteidigen, und eine andere Verteidigung als die von uns angewandte und oben angegebene erkennen wir nicht an (wenn man von dem bürgerlichen Gericht absieht, an das wir uns bei erster Gelegenheit wenden werden).

Ich bin am Ende meines Berichts, den im Namen des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu halten ich beauftragt worden war. Ich erlaube mir, den Bericht in zwei kurzen Thesen zusammenzufassen:

Formell ist die Lage so: Unsere Partei, die auf der Januarkonferenz 1912 gegen den Widerstand der Gruppe der Liquidatoren wiederhergestellt worden ist, hat diese aus der Partei ausgeschlossen. Die überwältigende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands hat *nach* diesem Ausschluß, nach 2½ Jahren Bewegung, unsere Parteilinie gebilligt. Wir haben daher allen Grund, noch fester als bisher von der Richtigkeit unserer Linie überzeugt zu sein, *und wir werden nicht von ihr abgehen*. Wenn die Liquidatoren und die sie verteidigenden Gruppen wünschen, daß wir die Resolution über den Ausschluß der Liquidatoren aus der Partei aufheben, so ist unser ZK *nur* zu den von

mir aufgezählten Bedingungen bereit, unserem Parteitag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten und ihn zu vertreten.

Materiell, d. h. dem Wesen der Sache nach, ist die Lage so: Rußland durchlebt die Epoche bürgerlicher Revolutionen, wo nicht standfeste Grüppchen von Intellektuellen zuweilen geneigt sind, sich als Sozialdemokraten zu betrachten oder jene opportunistische Richtung innerhalb der Sozialdemokratie zu unterstützen, gegen die unsere Partei seit 20 Jahren kämpft (der „Ökonomismus“ in den Jahren 1895–1902; der „Menschewismus“ in den Jahren 1903–1908 und das „Liquidatorenium“ der Jahre 1908–1914). Die Erfahrung des Augustblocks (1912) der Liquidatoren und seines Zerfalls hat gezeigt, daß die Liquidatoren und ihre Beschützer selbst absolut unfähig sind, eine Partei, eine Organisation zu schaffen. Nur im Kampf gegen diese Gruppen entsteht und kann eine tatsächlich proletarische sozialdemokratische Partei Rußlands entstehen, die schon jetzt, trotz ungeheurer Schwierigkeiten,  $\frac{8}{10}$  der klassenbewußten Arbeiter (wenn man nur die Sozialdemokraten rechnet) oder  $\frac{7}{10}$  (wenn man sowohl die Sozialdemokraten als auch die Sozialrevolutionäre rechnet) vereinigt hat.

Beilagen

## INSTRUKTIVE HINWEISE

*I. Bemerkungen privées\**

Auf die Frage, was die Angaben über die Mehrheit oder Minderheit der Arbeiter Rußlands, die mit den Prawdisten gehen oder, richtiger, Prawdisten sind, mit der „Einheit“ zu tun haben, ist zu bemerken:

1. Wenn eine gewisse Partei oder Gruppe bestimmt und präzise ein Programm oder eine Taktik aufstellt, mit der sich unsere Partei prinzipiell nicht einverstanden erklären kann, so ist natürlich die Frage nach der Mehrheit nicht von Bedeutung. Wenn zum Beispiel die Partei der Sozialrevolutionäre (linke Volkstümler), die sich von der unsrigen sowohl durch das Programm als auch durch die Taktik unterscheidet, die Mehrheit der Arbeiter Rußlands für sich gewänne, so würde dies uns keineswegs veranlassen, von unserer Linie abzuweichen. Dasselbe bezieht sich auch auf jene, die die „unterirdische“ (= illegale) Partei im heutigen Rußland direkt und bestimmt ablehnen.

Aber gewisse Gruppen von Sozialdemokraten und ein Teil der Liquidatoren behaupten, daß sie mit uns keine unversöhnlichen prinzipiellen Differenzen haben. Wir sehen uns genötigt, solche Gruppen und Personen auf ihre Inkonsequenz hinzuweisen, wenn sie sich weigern, sich der Mehrheit zu fügen.

2. Von der Richtigkeit unserer taktischen und organisatorischen Linie überzeugte uns vor allem unsere vieljährige Bekanntschaft mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Rußlands und die Beteiligung an ihr sowie unsere theoretische, marxistische Überzeugung. Wir sind jedoch

\* private. *Die Red.*

der Meinung, daß die Praxis der proletarischen *Massen* bewegung keinesfalls weniger wichtig ist als die Theorie und daß nur diese Praxis unsere Prinzipien einer ernsthaften *Erprobung* unterziehen kann. „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum“ (Faust). Darum bestärkt uns die Tatsache, daß sich nach zweieinhalbjährigem Kampf gegen das Liquidatorentum und seine Verbündeten  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter für den „Prawdismus“ ausgesprochen haben, in der Überzeugung von der Richtigkeit unserer Linie und macht diese Überzeugung unerschütterlich.

3. Bei uns in Rußland erhebt fast jede Gruppe oder „Fraktion“ (nach der alten Bezeichnung) gegen die andere die Beschuldigung, sie sei *keine* Gruppe von Arbeitern, sondern eine solche von bürgerlichen Intellektuellen. Wir halten diese Beschuldigung oder, richtiger, diese Auffassung, diesen Hinweis auf die soziale Bedeutung dieser oder jener Gruppe für *prinzipiell äußerst wichtig*. Aber eben darum, weil wir dies für äußerst wichtig halten, erachten wir es als unsere Pflicht, *unseren* Hinweis auf die soziale Bedeutung anderer Gruppen nicht nur mit leeren Worten vorzubringen, sondern ihn durch *objektive* Tatsachen zu bekräftigen. Denn die objektiven Tatsachen zeigen unwiderleglich und unanfechtbar, daß *nur* der Prawdismus eine *Arbeiter* richtung in Rußland ist, das Liquidatorentum und die Sozialrevolutionäre *in Wirklichkeit* aber Richtungen bürgerlicher Intellektueller sind.

## II. Bemerkungen privées

Wenn der Versuch gemacht werden sollte (ganz gleich, ob von irgendwem aus dem Internationalen Sozialistischen Büro oder von den Gegnern), die Angaben über unsere Mehrheit, objektive Angaben, „zurückzuweisen“ oder *beiseite zu schieben*, dann muß man unbedingt das Wort zu einer formellen Erklärung im Namen der ganzen Delegation ergreifen, um einen formellen Protest folgenden Inhalts vorzubringen:

Wir protestieren kategorisch gegen die Erklärung (oder den Versuch, den Hinweis u. dgl. m.), unsere objektiven Angaben darüber, auf wessen Seite die gewaltige Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands

steht, könnten nicht der Beurteilung durch das Exekutivkomitee unterliegen, da sie von ihm nicht nachgeprüft worden seien (oder da sie sich nicht auf die Frage der Einheit beziehen). Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß es das unzweifelhafte Interesse der ganzen Internationale und der in der Resolution des ISB (vom Dezember 1913) klar ausgedrückte Wille des ISB ist, eine vollständige, genaue und dokumentarisch belegte Information über die wirkliche Lage der Arbeiterbewegung in Rußland zu erhalten.

Wir sind der Meinung, daß unsere Gegner, denen der Beschluß des ISB vom Dezember bekannt war, ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind, da sie von sich aus bis jetzt keine objektiven Angaben über die Arbeiterbewegung in Rußland gesammelt haben.

Wir erklären, daß es nach der erfolgreichen Reise des Gen. Vandervelde nach Rußland keinerlei Zweifel unterliegt, daß das Exekutivkomitee des ISB sich durch Gen. Vandervelde auf vollständig legalem Wege mit einem offenen Brief an die Redaktionen aller Arbeiterzeitungen (oder solcher, die Arbeiterzeitungen sein wollen) in Rußland und an alle Mitglieder der Vorstände aller legalen Arbeitervereine in Rußland wenden könnte, um aus direkter Quelle Angaben darüber zu erhalten, wie sich die klassenbewußten Arbeiter Rußlands auf die Prawdisten, die Liquidatoren, die Sozialrevolutionäre (linke Volkstümmler) und andere Richtungen verteilen.

Ohne derartige objektive Angaben besitzen die subjektiven Erklärungen der Vertreter einzelner „Gruppen“ absolut keinerlei Wert.

### *III. Nicht für den Bericht*

Nach einigen hingeworfenen Erklärungen der Liquidatoren auf dem lettischen Parteitag und nach einigen Andeutungen in der Presse zu schließen, besteht einer der Pläne des „Vereinigungs“schwinds der Liquidatoren in dem Projekt eines „gemeinsamen Parteitags“.

Dieses Projekt, mit dem man offenbar beabsichtigt, die vertrauensseligen Ausländer einzuwickeln, besteht etwa in folgendem: Es wird entweder ein „föderatives“ Organisationskomitee zur Einberufung eines gemeinsamen Parteitags eingesetzt, oder das ZK unserer Partei wird zur



Einberufung eines gemeinsamen Parteitags durch Vertreter irgendeiner der liquidatorischen Organisationen „ergänzt“.

Dieser Plan ist, in welcher Form auch immer, für uns absolut unannehmbar, und wenn er so oder anders auf der „Konferenz“ in Brüssel auftaucht, dann muß die Delegation des ZK erklären:

Auf irgendwelche Schritte in Richtung zu einem gemeinsamen Parteitag oder einer Föderation oder einer Annäherung auch nur im geringsten Grade können wir absolut nicht eingehen, solange die Gruppe der Liquidatoren die von uns gestellten Bedingungen nicht erfüllt hat. Denn anders als *n a c h* Erfüllung dieser Bedingungen durch sie ist es uns unmöglich, der Gruppe der Liquidatoren, die aus der Partei ausgeschlossen ist und die in ihrer Zeitung tagtäglich ihre desorganisierende Arbeit fortsetzt, auch nur das geringste Vertrauen entgegenzubringen.

Dieser Gruppe von unserer Seite Vertrauen entgegenzubringen, würde bedeuten, sie zur Fortsetzung ihrer desorganisierenden Arbeit *auf z u m u n t e r n*. Wir fordern dagegen, auf Grund der Beschlüsse unserer Parteitage, unserer Konferenzen und unseres ZK die *E i n s t e l l u n g* dieser Tätigkeit der Liquidatoren als eine *conditio sine qua non\** des „Friedens“.

Die Deckung der Liquidatoren durch Gruppen oder Organisationen, die formell nicht aus der Partei ausgeschlossen sind (zum Beispiel der „Bund“ oder das Kaukasische Gebietsbüro oder die „Sechsergruppe“ der Abgeordneten usw.), ändert an der Sache absolut nichts. Wesentlich und real ist in Rußland, vom Standpunkt der Arbeit in Rußland, *n u r* eins, und zwar nur diese Gruppe der Liquidatoren mit ihrer Zeitung, die dazu auffordert, den Willen der Mehrheit zu verletzen.

Mögen der „Bund“, die „Sechsergruppe“ der Abgeordneten Tschcheidse u. a. oder das Kaukasische Gebietskomitee oder Trotzki oder das OK oder wer immer eine Annäherung mit uns wünscht, zuerst die Annahme unserer Bedingungen durch die Gruppe der Liquidatoren *e r r e i c h e n* oder diese entschieden verurteilen und mit ihr brechen. Ohne das kann *n i c h t v o n d e n g e r i n g s t e n* Schritten, die unser Vertrauen zur Gruppe der Liquidatoren zum Ausdruck bringen würden, auch nur die Rede sein.

Mögen sich diejenigen, die tatsächlich die Einheit der Sozialdemokratie

---

\* unerläßliche Bedingung. *Die Red.*

Rußlands wollen, keine Illusionen machen und nicht subjektiven Versicherungen, Versprechungen u. dgl. m. erliegen. Es gibt einen, nur einen Weg zur Einheit: die Minderheit, die die illegale Partei verlassen hat, sie desorganisiert und die Arbeit und den Willen der Mehrheit untergräbt, zu veranlassen, mit ihrer Praxis zu brechen und den Wunsch, den Willen der Mehrheit zu achten, *durch Taten zu beweisen*.

Dagegen wird jedwedes direktes oder indirektes Bestärken der Gruppe der Liquidatoren in ihrer *heutigen* Haltung oder das Erwecken von Hoffnungen bei ihnen auf die Möglichkeit einer „Föderation“ oder „Versöhnung“ oder eines „gemeinsamen Parteitags“ oder einer „Annäherung“ u. dgl. m. mit dieser Gruppe zu nichts führen, *solange* sie ihre jetzige Tätigkeit nicht einstellt und nicht *in der Tat* zur Unterordnung unter den Willen der Mehrheit übergeht. Die Partei der sozialdemokratischen Arbeiter in Rußland, die  $\frac{4}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter vereinigt hat, *wird nicht gestatten*, ihren Willen zu durchkreuzen.

Mögen jene Gruppen oder Körperschaften, die sich und anderen „versichern“, die Liquidatoren seien gar nicht so schlecht (der „Bund“, das OK, das Kaukasische Gebietskomitee), begreifen, daß wir nicht Worte, sondern Taten brauchen. Mögen *sie*, wenn sie den Liquidatoren Vertrauen entgegenbringen, ihren *eigenen* Parteitag mit ihnen zusammen veranstalten, diesem Parteitag *unsere* Bedingungen vorlegen, von den Liquidatoren eine günstige Antwort und die tatsächliche Erfüllung dieser Bedingungen erreichen. Wir werden uns die Resultate ansehen, wir werden die *Taten* abwarten, Versprechungen dagegen glauben wir nicht.

Nach der Erfüllung unserer Bedingungen in der Tat und nur danach sind ein gemeinsamer Parteitag und Schritte in dieser Richtung möglich.

Die ausländischen sozialistischen Genossen irren sich zuweilen besonders schwer, wenn sie glauben, dadurch zur Einheit beizutragen, daß sie den Liquidatoren Hoffnungen machen, wir würden mit ihnen zusammenarbeiten, *ohne* daß die Liquidatoren ihre Haltung vollständig und radikal ändern, *ohne* daß sie sich dem Willen der Mehrheit unterordnen. Nicht Förderung der Einheit, sondern Förderung der Spalter – darauf läuft eine solche Taktik objektiv hinaus.

Unsere Bedingungen sind unser Entwurf eines „pacte d'unité“ (Ver-

trages über die Einheit), und bevor die Liquidatoren diesen Vertrag nicht unterschrieben haben, bevor sie ihn nicht tatsächlich erfüllt haben, kann von keinen Schritten zu einer Annäherung die Rede sein.

#### IV

Zur Frage der Demonstration am 4. IV. 1914.\* 1. Ich habe aus Petersburg noch die Nr. 18 der „Stoikaja Mysl“ (sozialrevolutionär) und bürgerliche Zeitungen vom 4./5. IV. 1914 bestellt (auf den Namen Popows). Wenn sie kommen, muß man sie zur Ergänzung der Dokumente für das Referat ausnutzen.

Wir behaupten *nicht*, daß die Liquidatoren niemals Flugblätter herausgegeben haben. Sie haben 1913 ein Maiflugblatt herausgegeben (das Wiener), 1914 aber, *wie die Petersburger sagen*, keins. Es heißt, es wäre eins über den Streik herausgekommen.

Doch *einer* der typischen Fälle für die Sabotage der illegalen Arbeit ist der 4. IV. 1914.

Wenn Plechanow oder Rubanowitsch eine Erklärung abgeben wollen, sollen wir für ihre Anwesenheit stimmen? Ich würde sagen: „Wir müßten *dagegen* stimmen, denn Rubanowitsch ist kein Sozialdemokrat, und Plechanow *vertritt aus Rußland nichts*. Aber da unser Referat einen direkten Angriff gegen die Gruppe Plechanows und die Richtung Rubanowitschs enthält, wollen wir nicht dagegenstimmen und *enthalten uns der Stimme*.“

Garantien für die Minderheit? wird man uns fragen.

„Nein, wir sind nicht bereit, über irgendwelche Garantien zu sprechen, weder mit der aus der Partei ausgeschlossenen Gruppe der Liquidatoren noch über diese Gruppe. Wir fordern selbst Garantien von den Liquidatoren und ihren Freunden.“

NB: der allgemeine Sinn unserer Bedingungen – Kampf gegen die Abweichungen vom *Alten* und **gegen die Wendung zu einer neuen**

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 520–524. *Die Red.*

**Partei.** Nous ne marchons pas!\* Vergleiche Axelrod über die „Partei-reform *oder richtiger über die Parteirevolution*“\*\*.

NB. ||| Wer so schreibt, macht sich lächerlich, wenn er sich über die Spaltung beklagt!!!

Ist die Partei berechtigt, sich ohne die Nationalen „SDAP **Rußlands**“ zu nennen?

Sie ist berechtigt, denn sie war eine Partei *Rußlands* von 1898 bis 1903 ohne Polen und Letten, von 1903 bis 1906 ohne Polen, Letten und den „Bund“!!

Wir haben die Nationalen nicht ausgeschlossen, sie sind selbst der Liquidatoren wegen ausgetreten. Tant pis pour eux!\*\*\*

Für die Veröffentlichung der Konferenzprotokolle *mit aller Kraft* kämpfen, und bei einer Ablehnung *schriftlich* Protest einlegen (wenn allgemein abgelehnt wird, die Veröffentlichung unserer Resolutionen fordern – *wir werden sie sowieso veröffentlichen* – und die der *Gegenresolutionen* (wobei das Exekutivkomitee „persönliche“ Angriffe ausmerzen kann)).

Wir haben ein Ziel: Liquidatoren + „Bund“ + PPS + Plechanow zu veranlassen, Gegenresolutionen und Gegenvorschläge zu *formulieren*. Wir selbst gehen *auf keinen Fall auf irgend etwas* ein und gehen weg mit dem *Versprechen*, die „Gegenvorschläge“ der *teuren* Genossen auf unserem Parteitag einzubringen.

Als Wichtigstes (am besten in der Antwort) unterstreichen, daß unsere „Bedingungen“ *im Prinzip längst von den Arbeitern veröffentlicht* worden sind. Ich schicke die entsprechenden Nummern der „Prawda“ an Popow.

Welche Tagesordnung wäre von unserem Standpunkt für die Konferenz in Brüssel wünschenswert?

\* Wir machen nicht mit! *Die Red.*

\*\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 154–165, russ. *Die Red.*

\*\*\* Um so schlimmer für sie!! *Die Red.*

Zuerst die Referate *aller* Organisationen und Gruppen, was ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Dann kurze Erwidierungen und danach die *Formulierung konkreter* Vorschläge durch *sämtliche* Organisationen und Gruppen.

Wenn alle Konferenzteilnehmer ihre konkreten Vorschläge formuliert haben, dann möge sich jeder äußern, ob er *auf der Grundlage der unterbreiteten* Vorschläge weitere Schritte zur Annäherung oder Gespräche über eine Annäherung für möglich hält oder aber, ob er, weil er das für unmöglich hält, *sämtliche* Vorschläge seiner Organisation übergeben wird.

Es ist klar, daß wir unerseits die Vorschläge der Liquidatoren, des „Bund“, Rosas und Plechanows (sowie auch Kautskys und Vanderveldes) *auf keinen Fall annehmen*, sondern sie unserem Parteitag oder unserer Konferenz vorlegen werden.

Unsere Aufgabe besteht nur darin, unsere Bedingungen so klar wie möglich auszusprechen, *„ihre“* Bedingungen *aufzuschreiben* und wegzugehen.

Man wird uns fragen, ob unsere Bedingungen ultimativ sind. Nein. Wir werden sehen, was man uns für Gegenvorschläge unterbreitet, und dann die Frage beantworten, ob für uns ein weiteres Gespräch auf dieser Grundlage möglich ist oder nicht (*alle* abwarten, *alle* bitten, zu *allen* Fragen Gegenvorschläge zu machen, und weggehen. Voilà notre programme!\*)).

Soll man die polnischen Angelegenheiten von den russischen trennen? Ich denke, wir sollten gegen eine Trennung sein. Wir werden mit unserem polnischen Genossen beraten.

Es ist klar, daß man auf jede Art und Weise versuchen wird, uns wegen unserer „ungeheuerlichen“ Forderungen anzugreifen. Wir sollen uns auf die Resolutionen unserer Konferenzen und Beratungen und auf die Resolutionen über die Einheit berufen, die von den Petersburgern, Moskauern, Kaukasiern etc. gefaßt wurden. Eine Kollektion dieser Resolutionen schicke ich. Wir *ziehen das Fazit* der Ansichten unserer Organisationen. Wollen sie nicht damit rechnen – na schön! Nous n'y pouvons rien.\*\*

Nach den Worten der Zeitung der Liquidatoren zu urteilen, klopfte

\* Das ist unser Programm! *Die Red.*

\*\* Wir können da nichts machen. *Die Red.*

Vandervelde in Petersburg auf den Busch, ob wir uns damit einverstanden erklären würden, daß das Exekutivkomitee *nicht als Vermittler*, sondern als *Schiedsrichter*, d. h. als *endgültiger „Richter“* über unsere Meinungsverschiedenheiten auftritt.

Unsere Antwort lautet: Als Bebel 1905 diesen Vorschlag machte, hat unser Parteitag ihn abgelehnt, mit Dank, aber mit der Erklärung, daß wir eine autonome Partei sind.<sup>139</sup> Ich denke, daß unser Parteitag auch jetzt die gleiche Antwort geben wird. (Das ZK wenigstens ist dieser Meinung.)

Was die „Verleumdungs“geschichten betrifft, so werden „sie“ wahrscheinlich vorschlagen, daß *alle Beschuldigungen von allen zurückgenommen werden*. Darum bitten, daß abgestimmt wird! *Wir sind dagegen*. Ihren Vorschlag aber werden wir auf unserem Parteitag vorbringen. (Sie werden sich gehörig in die Tinte setzen, wenn sie einen solchen Vorschlag machen und durchbringen werden.) [[Wir setzen die Schuld desjenigen, der Verleumdungen verbreitet, nicht mit der Tat desjenigen gleich, der einen Verleumder einen Verleumder nennt.]]

Überhaupt werden „sie“ zweifellos alle nach „mittleren“, „versöhnenden“ Formeln suchen. Wir werden darauf hinweisen, daß man diesen Versuch im Januar 1910 mit uns gemacht hat und mit den Letten im August 1912 und daß wir *ihn nicht wiederholen werden*. Soll sich die Konferenz in zwei klare Lager teilen: diejenigen, die eine Annäherung mit den *jetzigen* Liquidatoren für möglich halten, und diejenigen, die ohne eine *radikale Änderung in der Taktik und Haltung* der Liquidatoren auf keine Annäherung eingehen.

Die „versöhnenden“ Formeln muß man *ganz sorgfältig aufschreiben* (das ist das wichtigste), dann ein kleines bißchen kritisieren und – – alle ablehnen.

---

DIE ANTWORT DER ARBEITER AUF DIE BILDUNG  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
ARBEITERFRAKTION RUSSLANDS  
IN DER REICHSDUMA <sup>140</sup>

Es ist verständlich, daß der *offene* Kampf gegen die Liquidatoren im Zusammenhang mit der Bildung der selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Russlands in der Reichsduma besonders stark und heftig entbrennen mußte. Einen günstigeren und äußerlich besser begründeten Anlaß für die Liquidatoren der Partei (und für deren offene und versteckte Verteidiger), nach „Einheit“ zu schreien, könnte man sich gar nicht vorstellen. Dem Spießbürger scheint sich die Frage darin zu erschöpfen, ob eine oder zwei Gruppen in der Duma sich als sozialdemokratisch bezeichnen wollen; aber zu untersuchen, wessen Willen die eine oder die andere Gruppe vollstreckt, auf wessen Seite die Beschlüsse der Mehrheit der klassenbewußten und organisierten Arbeiter sind, was „Illegalität“ ist, das zu untersuchen ist der Spießbürger außerstande, und er scheut sich sogar, darüber eine Untersuchung anzustellen.

Wenn deshalb den Liquidatoren die Sympathien der Spießer und Philister, die da auf so etwas wie eine „Partei“ pfeifen, in irgendeinem Punkt sicher waren, so gerade in dem Punkt der sogenannten „Spaltung“ der sozialdemokratischen Dumafraktion. Das Gezeter der Spießer, die Sozialdemokraten genannt werden möchten, ist nie so laut und so teilnahmsvoll gewesen. Der offene Charakter der ganzen Angelegenheit erleichterte den Arbeitern und dem Publikum ihre Beurteilung ganz besonders, und die „Prawda“ hat ebenso wie die Zeitung der Liquidatoren das klassenbewußte Proletariat aufgefordert, seine Meinung zu äußern.

Beide Zeitungen begannen sich mit Briefen, Erklärungen und Beschlüssen der Arbeiter zu füllen.

Seit Bildung der selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Russlands (Ende Oktober 1913) sind schon viele Monate verflossen. Die

Resolutionskampagne in beiden Zeitungen für die „Sechs“ (Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands) und die „Sieben“ (Liquidatoren) ist bereits abgeschlossen.

Es fragt sich nun, welches denn ihre Ergebnisse sind.

Darüber besitzen wir vor allem folgende Erklärung des Herrn L. Martow in Nr. 10/11 der „Nascha Sarja“:

„Wie verhielt sich“, schreibt Herr L. Martow, „das Proletariat zur Spaltung der Dumafraktion, die es sich als ein einheitliches Ganzes vorzustellen gewohnt war? Darüber läßt sich auf Grund der in der Presse vorhandenen Angaben schwer (!??) urteilen. Mehr als zehntausend Arbeiter haben sich in der ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta‘ und in der ‚Sa Prawdu‘ über diese Frage geäußert. Von dieser Zahl hat *etwas mehr als die Hälfte*“ (hervorgehoben von uns) „die Handlungsweise der ‚Sechs‘ gebilligt. Doch wird die Bedeutung dieses Übergewichts durch die Tatsache gemindert“ (man höre!), „daß gegen die Spaltung und folglich für die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion sich eine Menge von Parteikollektiven ausgesprochen hat, darunter einige, die eine verhältnismäßig bedeutende Zahl von Arbeitern vereinigen.“ („Nascha Sarja“, 1913, Nr. 10/11, S. 97.)

Da haben Sie ungekürzt die Betrachtungen des Herrn Martow, die uns zum tausendsten Male in anschaulicher Weise seine wahrhaft Burenschen Methoden, die Wahrheit zu entstellen, demonstrieren! „Etwas mehr als die Hälfte“!! Kann man sich ausweichender ausdrücken? Sowohl 51 als auch 99 von 100 sind „etwas mehr als die Hälfte“.

Auf welche Weise kann das Übergewicht durch eine Menge von Parteikollektiven „gemindert“ werden? Erstens fehlen auch hier Zahlen; unter „Menge“ kann jeder verstehen, was er will; Herr Martow hat diese Formulierung wie absichtlich dazu ausgedacht, um die Wahrheit zu *verbüllen*. Zweitens – und das ist die Hauptsache –, wenn eine Menge angeblicher Parteikollektive die *Minderheit* der Arbeiter hinter sich hat, so ist es klar, daß dies *fiktive* Kollektive sind. Denn nur ein völlig unkundiger oder unaufmerksamer Leser wird Herrn L. Martow glauben, es sei ein *nicht-fiktives* Kollektiv möglich, das in einer wichtigen und aktuellen Frage in der Zeitung *nicht alle Stimmen* der von ihm vertretenen Arbeiter *sammeln* würde.

Herr L. Martow wollte allzu schlaue sein. Er hat nicht nur zugegeben, daß die *Mehrheit* der Arbeiter den *liquidatorischen* Teil der sozialdemokratischen Fraktion, die „Sieben“, verurteilt hat, sondern er hat auch



zugegeben, daß die Herren Liquidatoren mit *fiktiven* Kollektiven prunken, hinter denen *keine* Arbeiter stehen.

Herr Martow gab die Niederlage zu, aber er versuchte dabei durch Berufung auf fiktive „Kollektive“ das *Ausmaß* der Niederlage auf Bureninsche Art zu verhüllen. Darin aber besteht der ganze Kern der Sache. Und über dieses Ausmaß sind *schon genaue Zahlen* veröffentlicht und den Freunden Martows in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros vom 1. (14.) Dezember 1913 mitgeteilt worden! Warum haben denn die Liquidatoren in der Presse *kein einziges Mal* über diese Zahlen *auch nur ein einziges Wort* gesagt? Etwa deshalb nicht, weil ihr Gewissen nicht rein ist?

Diese Zahlen zeigten das Ergebnis bis zum 20. November 1913. Gezählt wurden nur die *Unterschriften* unter Stellungnahmen von Arbeitern, d. h. Angaben, die am genauesten sind und die *überhaupt* kein einziges Mal bestritten wurden. Die Ergebnisse wiesen auf: 4850 Unterschriften zugunsten der „Sechs“ und nur 2539 (davon 1086 der „Bund“ und 636 der Kaukasus) für die Liquidatoren, d. h. für die „Sieben“.

Und nun möge man bedenken, wie die Methoden eines Publizisten zu charakterisieren sind, der dem Publikum einzureden versucht, das Übergewicht der Gegner des Liquidatorentums werde „gemindert“ durch eine „Menge“ (fiktiver) Kollektive, die *alle zusammen* genommen in ganz Rußland nur ein *Drittel* der Arbeiter zu sammeln vermochten, die sich überhaupt geäußert haben!

Wir wollen jetzt die Angaben anführen über die Zahl der *Unterschriften* in den eindeutig gehaltenen und in den beiden Zeitungen veröffentlichten Resolutionen während der *ganzen* Kampagne (die Anfang Januar abgeschlossen wurde):

	Veröffentlichte Resolutionen und Erklärungen mit Zahl der Unterschriften		
	für die „Sechs“ (für die Partei)	für die „Sieben“ (für die Liquidatoren)	zusammen
St. Petersburg	5003	621	5624
Übriges Rußland	1511	559	2070
Kaukasus	208	719	927
„Bund“	—	1086	1086
<i>Insgesamt</i>	6722	2985	9707

Die Liquidatoren haben das ihre Schriften lesende Publikum durch eine unglaublich freche Wiederholung verlogener Behauptungen, für die sie absolut keine Beweise anführen und die keine Überprüfung zulassen, derart verdorben, daß wir die Bedeutung der angeführten Zahlen nicht nachdrücklich genug betonen können. Sie sind den beiden miteinander konkurrierenden Zeitungen entnommen, und jeder des Lesens und Schreibens Kundige kann unsere Aufstellung überprüfen und sie durch seine eigene Berechnung ersetzen.

Diese Zahlen geben überhaupt ein außerordentlich lehrreiches Bild von der Lage der marxistischen Partei in Rußland. Nicht eine, buchstäblich nicht eine einzige politische Partei in Rußland kann für die ganze Periode der Konterrevolution im allgemeinen und für das Jahr 1913 im besonderen eine derart offene und im Massenumfang durchgeführte Befragung sämtlicher Parteimitglieder über eine der wichtigsten Fragen des Parteiens Lebens aufweisen. Nicht eine der legalisierten Parteien Rußlands, nicht eine der reichen und über eine Unmenge intellektueller Kräfte und aller Arten von Presseorganen verfügenden liberalen und demokratischen Parteien hat das gezeigt, was die Partei der Arbeiterklasse, die Partei der in die Illegalität getriebenen besitzlosen Proletarier gezeigt hat, die ihr kleines Zeitungsblatt mit ihren Groschen unterhalten.

Die Arbeiterpartei hat *allen* Parteien in Rußland ein Beispiel dafür gegeben, wie die *Masse* der einfachen Parteimitglieder zu einer offenen und allseitigen Erörterung der Streitfragen heranzuziehen ist. Die Liberalen und die Philister aller Parteien, aller Altersstufen und aller Gattungen lieben es, die „Spaltungen“ der Sozialdemokratie zu bejammern. Diese guten Leute haben keine Ahnung davon, daß der Wille der Mehrheit nicht ohne Kampf durchgesetzt werden und ohne Durchführung des Willens der Mehrheit weder von einer Partei noch selbst von organisiertem politischem Handeln überhaupt die Rede sein kann.

Die Dummköpfe bezeichnen als „Einheit“ eine solche „Ordnung“, wo 13 Dumaabgeordnete *entgegen* dem Willen der *Mehrheit* der organisierten und klassenbewußten marxistischen Arbeiter Rußlands handeln, und als „Spaltung“ bezeichnen sie es, wenn sechs Dumaabgeordnete *gemäß* dem Willen der Mehrheit dieser Arbeiter und *zwecks* Durchführung dieses Willens eine selbständige Dumafraktion bilden.

Machen sich diese Dummköpfe nicht lächerlich? Sind sie nicht wert, verachtet zu werden?

Allen und jedem, außer denjenigen, die die Arbeiter betrügen wollen, muß jetzt klar sein, daß die berüchtigte „Einheit“ der dreizehn Abgeordneten (von der die Liquidatoren und die Versöhnler schwatzen) eine *Durchkreuzung* des Willens der Partei, eine *Verböhnung* des Willens der Mehrheit der Arbeiter war.

Und umgekehrt. Man gehe an die Frage von der anderen Seite heran. Kein einziger Mensch, der nicht den Verstand verloren hat, hat in Zweifel zu ziehen versucht, daß im Sommer 1913 eine Beratung der Marxisten stattfand (eine durchaus *nicht* legale), deren von der leitenden Parteiinstanz bestätigter Beschluß zum Willen und zum Beschluß der Partei geworden ist. Dieser Beschluß verlangte ein selbständiges Auftreten der „Sechs“.\* Ihr beschimpft diese Beratung, ihr Herren Liquidatoren und Versöhnler? Ihr nennt sie einen Zirkel, eine Schiebung, eine Fiktion usw.? Sehr schön! Aber euer Geschimpfe bleibt nur ein Ausdruck eurer Ohnmacht, denn die objektiven Tatsachen sind unbestreitbar: auf Grund des Beschlusses dieses „Zirkels“ sind  $\frac{2}{3}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands wie ein Mann für die Beratung, für die Durchführung ihres Willens eingetreten.

Das eben nennt man *Partei*, meine Herren, die ihr über die „Einheit“ nur leeres Geschwätz produziert und in Wirklichkeit als „Einheit“ bezeichnet, wenn den Liquidatoren *erlaubt* wird, den Willen der Partei zu *durchkreuzen*.

Man beachte, daß bei Vorhandensein zweier täglich erscheinender, konkurrierender Presseorgane keine Rede davon sein konnte, daß irgend jemand auch nur einen einzigen klassenbewußten Arbeiter, der seine Meinung aussprechen wollte, hätte daran hindern können, dies zu tun. Und es stellte sich heraus, daß hinter den Liquidatoren weniger als ein Drittel steht, wobei von der Gesamtzahl der für die Liquidatoren abgegebenen Stimmen mehr als die Hälfte auf den „Bund“ und den Kaukasus entfällt. Dabei sind in der von uns gebrachten Statistik der *Unterschriften* die lettischen Arbeiter fast gar nicht inbegriffen (sie gaben 98 Unterschriften für die Sechs und 70 für die Liquidatoren, während von den lettischen Arbeitern, die über diese Frage abstimmten, aber keine

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 382/383, russ. *Die Red.*

Unterschriften gaben, 863 für die „Sechs“ und 347 für die Liquidatoren gestimmt haben), und überhaupt nicht inbegriffen sind mehr als 800 polnische sozialdemokratische Arbeiter, die ebenfalls für die „Sechs“ stimmten, ohne ihre Unterschriften zu geben. (In derselben Lage befinden sich etwa 400 Anhänger der „Lewica“, die für die Liquidatoren gestimmt haben.)

### WOVON SPRICHT DIE ERFAHRUNG DES ERSTEN VIERTELJAHRHS DER TÄTIGKEIT DER ZWEI FRAKTIONEN?

Wir können hier nicht auf den politischen Inhalt dieser Tätigkeit eingehen. Die höchst interessante Frage, wie jetzt die Arbeit der Sechs von dem Gesichtspunkt aus gewonnen hat, wie die Anfragen, Forderungen, Anschauungen und der Wille der Mehrheit der Arbeiter von der Duma-tribüne herab verkündet werden, müssen wir leider für ein anderes Mal aufsparen. Nur in ein paar Worten sei bemerkt, daß die Vertreter der Sechs in der Reichsduma, Badajew und Malinowski, in ihren Reden vom 4. März 1914 in der Reichsduma zum erstenmal die Frage der Pressefreiheit nicht auf eine liberale, sondern auf eine des Proletariats würdige Art und Weise gestellt haben, während die Liquidatoren in dieser Frage sowohl in der literarischen Gesellschaft als auch in den Spalten ihrer Presseorgane sowie in den Dumareden ihrer „Sieben“ rein liberalistische Verwirrung zeigten; noch in der Nummer vom 13. März der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ konnte man auf Seite 2 die Betrachtung lesen: „Die Reklame für die illegale Presse“ sei „nur geeignet, den Kampf der Arbeiter für ihre legale Presse zu schwächen“. Davon, wie sehr die Bildung der selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma prinzipiell notwendig war für den Kampf gegen derart schändliche und renegatenhafte Erklärungen und Ansichten, wie es die soeben zitierte ist, haben wir im Text des Buches wiederholt gesprochen, und wir werden noch wiederholt davon sprechen.

Gegenwärtig aber stellen wir uns die bescheidenere Aufgabe, die Aufmerksamkeit des Lesers auf die „äußeren“, wenn man sich so ausdrücken darf, Beweise dafür zu lenken, was die Sozialdemokratische Arbeiter-

fraktion Rußlands in der Reichsduma zum *Unterschied* von den Sieben der Liquidatoren auf einen Schlag geworden ist.

Jede Fraktion veröffentlicht in ihrer Zeitung die Finanzberichte ihres Kassierers über die Summen, die durch die Hände der betreffenden Fraktion gehen. Diese Summen, die für die Verfolgten, für die Unterstützung von Streikenden verschiedener Fabriken und Industriezweige und für verschiedene andere Bedürfnisse der Arbeiterbewegung bestimmt sind, zeigen uns eine ganze Reihe von Seiten des *Arbeiterlebens* auf, zeigen anschaulich – durch genaue, unbestreitbare, objektive Zahlen –, wie die *Verbindung* der einen oder anderen Fraktion der Reichsduma mit der Arbeiterbewegung eigentlich ist.

Die jüngste Abrechnung der geschilderten Art umfaßt in beiden Zeitungen und in beiden Fraktionen die Zeit bis zum 21. Januar 1914. Wir besitzen also alles in allem Abrechnungen für die Zeit von drei Monaten, in denen beide Fraktionen gesondert bestanden: von Ende Oktober bis Ende Januar. Hier die Endbeträge der Abrechnungen beider Fraktionen für dieses Vierteljahr:

Geldsammlungen, die über die Fraktionen gingen:

	Gesamtbetrag der Samm- lungen Rbl.	darunter:		Zahl der Arbeiter- gruppen
		nicht von Arbeitern Rbl.	von Arbeitern Rbl.	
1. Durch die Sozial- demokratische Arbeiterfraktion Rußlands	6173,-	71,31	6101,69	719
2. Durch die Sozial- demokratische Fraktion	2212,78	765,80	1446,98	94*

Diese trockenen Zahlen bieten ein bemerkenswert klares Bild der *organisatorischen* Verbindungen und des ganzen Lebens der beiden Fraktionen. Die Zahl der Arbeitergruppen, die sich im Verlauf eines Viertel-

\* Diese Summen sind im Text nur bis zum 21. Januar 1914 berechnet (seit der Bildung der SDAFR, d. h. seit Ende Oktober 1913).

Wir halten es für unsere Pflicht, hier vollständigere Angaben anzuführen

jahrs an die Fraktion der Liquidatoren gewandt haben, beträgt nur *ein Achtel* der Zahl jener Gruppen, die sich an die Fraktion der Partei gewandt haben.

Dafür ist bei der Fraktion der Liquidatoren die Summe der Beiträge, die durch die Hände der Fraktion gegangen sind und *nicht* von Arbeitern\* stammen, *zehnmal* größer: 765 Rubel gegenüber 71 Rubel. Bei der Partefraktion betragen die Beiträge von *Nichtarbeitern\** *ein* Prozent der Gesamtsumme der Beiträge (71 Rbl. von 6173 Rbl.). Bei den Liquidatoren betragen sie *vierunddreißig* Prozent der Gesamtsumme der Beiträge (765 Rbl. von 2213 Rbl.).

Diese Zahlen geben dem breiten Publikum, das dem Leben der Dumafractionen fernsteht, die Möglichkeit, jene Tatsachen genau abzuwägen und

gemäß der Berechnung des Gen. W. A. T., und zwar für die ganze Zeit seit der Bildung der SDAFR bis zum Juni 1914.

Die Höhe der Geldbeträge (für Verfolgte usw.), die laut Abrechnungen der marxistischen und der liquidatorischen Zeitungen vom Oktober 1913 bis 6. Juni 1914 durch die Hände jeder der beiden Dumafractionen gingen:

	Insgesamt Rbl.	darunter:		Zahl der Arbeiter- gruppen
		nicht von Arbeitern Rbl.	von Arbeitern Rbl.	
Durch die Sozialdemo- kratische Arbeiter- fraktion Rußlands	12 891,24	828,63	12 062,61	1295
Durch die Sozialdemo- kratische Fraktion	6 114,87	2828,04	3 286,83	215

Nicht von Arbeitern erhielt die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands 6% der Gesamtsumme, die liquidatorische („Sozialdemokratische“) Fraktion dagegen 46% aller Beiträge. Die Zahl der Arbeitergruppen, die sich an die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands wandten, beträgt 85,7% der Gesamtzahl (1295 von 1510), dagegen die Zahl jener Arbeitergruppen, die sich an die „Sozialdemokratische“ Fraktion wandten, 14,3% der Gesamtzahl.

\* Hierher gehören Beiträge, die von Privatpersonen, ferner aus dem Ausland und von Studierenden einliefen.

gut zu überdenken, die den Nahestehenden aus tausend „Kleinigkeiten“ des tagtäglichen Umgangs bekannt sind, nämlich:

– Daß die Fraktion der Liquidatoren (die Sieben) eine Fraktion ohne Arbeiter ist;

– daß die Fraktion der Liquidatoren dreißigmal mehr Verbindungen mit *nicht*proletarischen Kreisen hat als die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands.

Diese Tatsachen sind längst und von verschiedenen Seiten vermerkt worden. Die liberale Zeitung „Retsch“ hat die Fraktion der Liquidatoren richtig als eine Fraktion von „Intellektuellen“ bezeichnet, und die ganze liberale Presse hat dies vielfach bestätigt. Plechanow hat schon früher darauf hingewiesen, daß die Liquidatoren nicht wenig kleinbürgerlich-opportunistische Elemente aufgesogen haben, abgesehen von Herrn Potressow. Auf die Überfülle von Liquidatoren, die Mitarbeiter an liberalen Zeitungen sind und umgekehrt (Ensis, Jegorow, St. Nowitsch, J. Smirnow, Antid Oto, Newedomski, Lwow-Rogatschewski, Tscherewanin<sup>141</sup> und viele andere), ist im „Put Prawdy“ bereits hingewiesen worden.

Ihrer tatsächlichen sozialen Bedeutung nach sind die Liquidatoren eine Filiale der bürgerlich-liberalen Partei, die besteht, um die Ideen einer liberalen Arbeiterpolitik unter die Proletarier zu tragen und um den Willen der Mehrheit der organisierten und klassenbewußten Arbeiter Rußlands zu durchkreuzen.

*Geschrieben März–April 1914,  
ergänzt im Juni 1914.*

*Veröffentlicht 1914 im Sammelband  
„Marxismus und Liquidatorentum“,  
Teil II, Verlag „Priboi“,  
St. Petersburg.*

*Nach dem Text des  
Sammelbandes.*

## VOR ALLEM KLARHEIT!

(Zur Frage der Einheit)

### 1. VON LEUTEN, DIE ZWEI MEINUNGEN HABEN

Kann man ernsthaft mit Leuten sprechen, die offensichtlich nicht imstande sind, sich ernststen Fragen gegenüber ernsthaft zu verhalten? Es ist schwer, Genossen, sehr schwer! Indessen ist die Frage, über die gewisse Leute nicht ernsthaft zu sprechen imstande sind, an sich so ernst, daß es nicht schadet, sogar die offensichtlich unernsten Antworten auf diese Frage zu untersuchen.

Die ernste Frage ist die Frage der Einheit der russischen Arbeiterbewegung. Die Leute, die sich ihr gegenüber nicht ernsthaft verhalten können, sind die Mitarbeiter der Zeitung „Jedinstwo“.

Hier das erste Beispiel. In Nr. 4 des „Jedinstwo“ ist ein Gespräch mit dem Abgeordneten Tschcheidse veröffentlicht. Die Redaktion des „Jedinstwo“ hofft, dieses Gespräch werde „zur Vereinigung der russischen Arbeiterklasse beitragen“. Sehr schön. Sehen wir uns jedoch an, was denn Tschcheidse über die die russischen Arbeiter interessierenden organisatorischen und taktischen Fragen gesagt hat.

Tschcheidse drückte sich folgendermaßen aus: „Persönlich teile ich vollauf die Ansichten über die taktischen und organisatorischen Fragen, die in der letzten Zeit von dem Genossen An in der Presse entwickelt worden sind.“

Welche Ansichten hat nun in der letzten Zeit Gen. An in der Presse entwickelt?

Was hat er beispielsweise über die Ansichten der Anhänger des „Lutsch“, auch Liquidatoren genannt, gesagt?



Ans – ein bekannter Menschewik und Gegner des „Prawdismus“ – entwickelte „in der letzten Zeit in der Presse“ die Ansicht, daß „die Liquidatoren den Kurs auf Reformen halten“, daß ihre Ansicht über die Illegalität, über die Streiks, über die „uneingeschränkten Losungen“ usw. untrennbar verknüpft ist mit ihrem allgemeinen Reformismus, daß, wenn die Arbeiter auf ihre Ratschläge hörten, die Arbeiter in der Provinz auf Streiks verzichten müßten usw.

Diese Ansichten Ans bedeuteten, daß er anfängt, sich aus dem Bann der Liquidatoren zu befreien, und diesen Beginn der Befreiung haben wir begrüßt.

Heute nun erklärt Tschcheidse, er teile „vollauf“ diese Ansichten Ans. Sehr angenehm zu hören. Die Erkenntnis vom Wesen des Liquidatorentums und die direkte Lossage von ihm ist der erste Schritt zur Weisheit, nicht wahr? Und wir wären bereit, die Erleuchtung des Abgeordneten Tschcheidse über die Rolle des Liquidatorentums als Strömung, die Erleuchtung, die so lange auf sich hat warten lassen, zu begrüßen.

Aber einer ersten Frage gegenüber muß man sich ernsthaft verhalten, und deshalb ist es nützlich, nicht nur die Erklärungen Tschcheidses im „Jedinstwo“, sondern seine Taten genau anzusehen.

Für das *Werk* der Einheit hätte die Antwort der Sozialdemokratischen Dumafraktion (deren Vorsitzender der Abgeordnete Tschcheidse ist) an die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands auf die von dieser vorgeschlagenen Bedingungen der Einheit eine große Rolle spielen können.

Diese Antwort erschien vor nicht langer Zeit in Nr. 2 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ in Form eines Aufrufs an die Arbeiter.

In diesem Aufruf an die Arbeiter antworten der Abgeordnete Tschcheidse und seine Gesinnungsgenossen unter anderem auch auf die Frage nach ihrem Verhältnis zum Liquidatorentum in Gestalt seines Organs, das damals die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ war.

„Was die marxistische ‚Sewernaja Rabotschaja Gaseta‘ anbetrifft“, schreiben der Abgeordnete Tschcheidse und seine Freunde, „so wird unser Verhältnis zu ihr durch *unsere volle Solidarität mit ihrer Richtung* bestimmt.“

Also: der Abgeordnete Tschcheidse erklärt in einem offiziellen Aufruf an die Arbeiter seine „*volle Solidarität*“ mit der Richtung der Zeitung der Liquidatoren, während er in einer Unterredung im „Jedinstwo“ beteuert,

er „teile vollauf“ die Ansichten Ans, der diese Zeitung als ein Organ der Reformisten kritisiert, die in der heutigen Arbeiterbewegung die schädliche Rolle eines Hemmschuhs spielen.

Ist das zulässig? Zeugt das von einem ernsthaften Verhalten zu einer ersten Frage? Kann der Abgeordnete Tschcheidse irgend etwas Ernsthaftes über die Frage der Einheit mit den Liquidatoren sagen, wenn er selbst es im Verlauf von zwei Monaten fertiggebracht hat, über die Liquidatoren zwei diametral entgegengesetzte Ansichten zu äußern?

Aber – wird man uns sagen – der Abgeordnete Tschcheidse hat wahrscheinlich in jenem Augenblick, als die „Offene Antwort der Sozialdemokratischen Fraktion“ verfaßt wurde, die Ansichten Ans noch nicht gekannt und sich deshalb die Bedeutung des Liquidatorentums noch nicht klarmachen können.

Leider würde das der Wahrheit nicht entsprechen, denn der Artikel Ans erschien viel früher als die „Offene Antwort“.

Man beachte noch etwas.

Einige Tage nach dem Erscheinen der Artikel von An trat L. M. in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ entschieden zur Verteidigung der Liquidatoren gegen die Kritik Ans auf. Und Tschcheidse? Ließ er auch nur ein einziges Wort fallen zur Verteidigung der Ansichten, die er, wie sich heute herausstellt, „vollauf teilt“? Nein, Tschcheidse schwieg, und sein Fraktionskollege, der Abgeordnete Tuljakow, fungierte gerade zu dieser Zeit als Herausgeber der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ ...

Wir wiederholen: Ist ein solches Verhalten zu einer Frage, die breite Arbeitermassen lebhaft beschäftigt, die auf Beratungen, Konferenzen usw. wiederholt behandelt worden ist, seitens des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion statthaft? Kann man bei Tschcheidse eine Antwort auf die Frage der Einheit suchen? Wird hier nicht die Frage der Einheit verdrängt durch diplomatisch-zirkelmäßige Erwägungen über die Rettung der Liquidatoren?

Und das ist das allgemeine Unglück unserer „Vereiniger“: Sie haben keine klare Antwort auf die auf der Tagesordnung stehenden Fragen, sie wissen selbst nicht, was sie wollen.

Eins ist in ihren Artikeln klar: Sie haben sich entschlossen, die Liquidatoren zu retten und zu diesem Zweck Klarheit und Genauigkeit beim Aufwerfen und Entscheiden von Fragen zu vermeiden.

---

Klarheit und Genauigkeit ist gegenwärtig für die Liquidatoren am gefährlichsten. Davon werden wir uns noch überzeugen, wenn wir zu den anderen Artikeln des „Jedinstwo“ übergehen.

Die Arbeiter wollen jedoch Klarheit, und sie werden sie erreichen, denn sie wollen die Einheit ihrer Organisation nicht auf Diplomatie und Zweideutigkeiten errichten, sondern auf der genauen Berücksichtigung der politischen Bedeutung der verschiedenen „Richtungen“. Leute, die in dieser Frage zwei oder sogar noch mehr Meinungen haben, sind hier schlechte Ratgeber.

*„Trudowaja Prawda“ Nr. 30,  
2. Juli 1914.*

*Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.*

## ZU DEN ERGEBNISSEN DES TAGES DER ARBEITERPRESSE

Aus dem Bericht der Zeitung „Put Prawdy“

Erst jetzt können wir eine gewisse Bilanz des „Tages der Arbeiterpresse“ vom 22. April ziehen.<sup>142</sup>

Der Tag des zweijährigen Jubiläums der „Prawda“ ist zu einem Tag der Heerschau der marxistischen Kräfte geworden.

Alle klassenbewußten Arbeiter sind an diesem Tag ihren proletarischen Zeitungen zu Hilfe geeilt. Und so sind aus Groschen Hunderte und Tausende von Rubeln geworden.

Erst am 14. Juni erschien in Nr. 15 der „Trudowaja Prawda“ die letzte Verrechnung über die zum Tage der Arbeiterpresse eingegangenen Beiträge. Der „Tag der Presse“ hat sich auf fast zwei Monate ausgedehnt.

„Besser spät als nie“ – schrieben viele Genossen, die ihr Scherflein nach dem 22. April beisteuerten.

Resolutionen trafen in der Redaktion in solcher Anzahl ein, daß es nicht nur ganz unmöglich war, sie alle abzudrucken, sondern sogar sie alle aufzuzählen.

Aber sie haben ihre Sache getan, sie haben uns davon überzeugt, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden und daß die gewaltige Mehrheit der Arbeiter sich den Losungen des konsequenten Marxismus anschließt.

Bekanntlich ist der Tag des zweijährigen Jubiläums der Zeitungen der „Prawda“-Richtung von den Liquidatoren auch für ihre Zeitungen zum „Pressetag“ erklärt worden. Sie haben seinerzeit großen Lärm geschlagen, um zu beweisen, daß sie das Recht haben, sich gerade dem Pressetag am 22. April anzuschließen. Schon damals schlugen sie eine Föderation vor und machten den Vorschlag, das Sammlungsergebnis zu gleichen Teilen aufzuteilen. Der 22. April hat gezeigt, daß die Zeitung der Liqui-

datoren zu früh angefangen hat, von „Föderation“ und „Gleichberechtigung“ zu reden.

Die Arbeiter der Stadt Petersburg lehnten „gemeinsame Sammlungen“ vollkommen ab. Diese Aufforderung der liquidatorischen Zeitung fand nur bei einem Teil der Studenten und in einigen Fabriken der Provinz einen gewissen Widerhall.

Auf die Endresultate der Spenden zum Tag der Presse haben diese Beträge der gemeinsamen Sammlungen fast gar keinen Einfluß ausgeübt. „Nascha Rabotschaja Gaseta“ hat in Nr. 34 vom 13. Juni bereits den Versuch gemacht, die Sammlungen für die eigene Zeitung mit denen für den „Put Prawdy“ zu vergleichen. Wir sagen Versuch, denn die Vergleiche der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ können keineswegs als endgültig und vollständig anerkannt werden. Und wenn wir von der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ einen derartigen vollständigen Vergleich erwarten wollten, so müßten wir bis in alle Ewigkeit warten, da es für die Liquidatoren außerordentlich vorteilhaft ist, mit allgemeinen Zahlen zu operieren, ohne sich in eine eingehende Analyse dieser Beträge einzulassen, ohne klarzustellen, von wem denn diese Gelder eingegangen sind.

Deshalb müssen wir die Mühe einer detaillierten Untersuchung auch der Abrechnungen der Liquidatoren auf uns nehmen.

„Nascha Rabotschaja Gaseta“ gelangt zu höchst tröstlichen Schlüssen: erstens, daß die „Prawdisten“ nicht ganze  $\frac{3}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter Rußlands hinter sich haben; zweitens, daß die „Prawdisten“ nur in Petersburg stark überwiegen, in der Provinz dagegen überwiegen umgekehrt die Anhänger der „Nascha Rabotschaja Gaseta“.

Vor allem müssen wir eine kleine Ergänzung zu der endgültigen Summe unserer Sammlungen einfügen, die die „Nascha Rabotschaja Gaseta“ der Nummer der „Trudowaja Prawda“ vom 11. Juni entnommen hat. – Dort stand das Ergebnis bis zum 1. Juni; da aber die „Nascha Rabotschaja Gaseta“ das Ergebnis ihrer Sammlungen bis zum 10. Juni nimmt, so schließen wir, um einen richtigen Vergleich anstellen zu können, noch die Abrechnung über die Beträge vom 1. bis 10. Juni ein, die in Nr. 15 vom 14. Juni d. J. veröffentlicht wurde. Dazu kommt noch, daß die Ergebnisse vom 10. Juni nicht ganz genau waren, da einige kleine, aus der Provinz eingegangene Beträge in die Ergebnisse für Petersburg einberechnet wurden.

Unter Vornahme aller dieser Korrekturen erhalten wir die folgenden entgeltigen Summen, mit denen wir im weiteren auch operieren:

In Petersburg	11 680,96 Rbl.
In Rußland	6 325,28 "
Aus dem Ausland	104,97 "

*Insgesamt 18 111,21 Rbl.*

*Die entsprechenden Zahlen der Sammlungen für die „Nascha Rabotschaja Gaseta“:*

Petersburg	4 446,13 Rbl.
Rußland	6 409,12 "
Ausland	946,55 "

*Insgesamt 11 801,80 Rbl.*

Der Unterschied ist auf den ersten Blick nicht allzu bedeutend und scheint zu beweisen, daß hinter der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ in der Tat  $\frac{2}{5}$  der klassenbewußten Arbeiter stehen. Aber man braucht diese Zahlen nur in Beiträge von Arbeitern und solche, die nicht von Arbeitern stammen, zu teilen, und das Bild ändert sich grundlegend.

Auf den Appell des „Put Prawdy“ zum „Tag der Arbeiterpresse“ haben in ganz Rußland reagiert:

*1915 Arbeitergruppen, die für den Fonds der Arbeiterpresse 16 163,71 Rbl. gesammelt haben.*

Auf den Appell der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ haben reagiert: *588 Arbeitergruppen, die 5651,78 Rbl. gesammelt haben.*

Nicht von Arbeitern erhielt der „Put Prawdy“ 1842,53 Rbl., die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ dagegen 6062,02 Rbl., d. h. mehr als von den Arbeitern.

Diese Zahlen der Sammlungen anlässlich des Tages der Arbeiterpresse zeigen das gleiche Bild, das sich uns auch bei der Berechnung der gesammelten Beiträge und der Gruppen, angefangen mit dem 1. Januar 1914, gezeigt hat. Von der Gesamtzahl der Arbeitergruppen, die auf den „Tag der Arbeiterpresse“ reagierten, entfällt nur etwas mehr als  $\frac{1}{5}$  auf die Zeitung der Liquidatoren. Dabei haben die Liquidatoren alles mögliche getan, um zum Tag der Arbeiterpresse das Kräfteverhältnis zu ihren

Gunsten zu ändern. Das ist ihnen nicht gelungen. Vier Fünftel der klassenbewußten Arbeiter stehen hinter dem Prawdismus – diese Tatsache, die auf der Grundlage der Zahlen für die ganzen zwei Jahre des Bestehens legaler Zeitungen festgestellt wurde, ist auch durch den Tag der Arbeiterpresse *bestätigt* worden.

Gehen wir zur Lage der Dinge in Petersburg und in der Provinz über. In Petersburg betrug die Zahl der Sammlungen (der Gruppen) für die Zeitung der Prawdisten 1276, die 10 762,46 Rbl. ergaben; für die Zeitung der Liquidatoren 224 mit 2306,27 Rbl. Der Unterschied ist so auffallend, daß es auch die Liquidatoren nicht wagen, das Überwiegen der „Prawdisten“ unter dem fortgeschrittensten, energischsten, organisertesten und politisch erfahrensten Proletariat der Hauptstadt zu bestreiten.

Aber sie erheben Anspruch auf die Provinz.

„In der Provinz“, schrieb die „Nascha Rabotschaja Gaseta“, „sehen wir die umgekehrte Erscheinung wie in Petersburg; in der Provinz hat die ‚Sewernaja Rabotschaja Gaseta‘ allein *mehr* gesammelt als das prawdistische Organ.“

Das ist ein Musterbeispiel von *Betrug*, das genau zu betrachten wir den Genossen Arbeitern besonders empfehlen. Was wahr ist, ist wahr: Die Prawdisten haben in der Provinz 6325,28 Rbl. gesammelt, die Liquidatoren aber 6409,12 Rbl. Das ist mehr, nicht wahr? Wollen wir aber, wenn es recht ist, folgende Zahlen betrachten.

In der Provinz gingen für die Zeitung der Prawdisten von 639 Arbeitergruppen 5401,25 Rbl. ein und 924,03 Rbl. von Nichtarbeitern.

Für die Zeitung der Liquidatoren dagegen gingen von 364 Arbeitergruppen 3345,51 Rbl. ein und von 78 Gruppen von Nichtarbeitern und von Einzelpersonen 3004,89 Rbl.

Jawohl, in der Provinz *überwiegen* die Liquidatoren zweifellos, nur nicht unter den Arbeitern, sondern unter den wohlhabenden „Freunden und Sympathisierenden“.

Die Liquidatoren haben sich die Sache sehr einfach gemacht: um ihr „Überwiegen“ in der Provinz zu beweisen, zählten sie zu den Groschen der Arbeiter die Kapitalien ihrer Freunde aus der Bourgeoisie und „erdrückten“ dadurch die Prawdisten!

Vielleicht ist das auch geschickt gemacht, aber, meine guten Herren, damit habt ihr nicht euer Überwiegen in der Provinz bewiesen, sondern

lediglich eure Losgelöstheit von den Arbeitern in der Provinz, die nicht geringer ist als in Petersburg.

Bei der Schaffung einer *Arbeiter* presse und einer *Arbeiter* gesamtheit soll, darf und muß man nur mit der aktiven Tätigkeit der Arbeiter selbst, nicht aber mit den Kapitalien reicher „Freunde“ rechnen.

Bei der Sache der Arbeiterzeitung und der Arbeitergesamtheit ist die Tatsache, daß die Liquidatoren von Nichtarbeitern fast ebensoviel erhalten haben wie von Arbeitern (5115 Rbl. und 5651 Rbl.), unseres Erachtens kein Plus, sondern ein Minus, ein weiterer Beweis für die sehr enge Verbindung des Liquidatorentums mit bürgerlichen Intellektuellenkreisen.

Und wir unserseits sind nur stolz darauf, daß unser „eiserner Fonds“ fast gänzlich aus Groschen von Arbeitern besteht, die in 6 Wochen mehr als 16 000 Rubel für ihre Zeitung gesammelt haben.

Wie setzt sich diese Summe zusammen? Die Arbeiter welcher Berufe und welcher Gebiete haben, und in welchem Maße, bei der Schaffung einer konsequent-marxistischen Zeitung geholfen?

Darauf gibt die folgende Tabelle Antwort, die zugleich ein höchst charakteristisches Dokument über den Zustand der heutigen Arbeiterbewegung ist.

Hier diese Tabelle über die Beiträge an den „Put Prawdy“, nach Produktionszweigen (Berufen) gegliedert. An der Spitze stehen natürlich die Metallarbeiter. Wir grüßen euch, Genossen!

	St. Petersburg		Provinz	
	Gruppen	Rbl.	Gruppen	Rbl.
Metallarbeiter	393	5304,95	108	1319,02
Holzarbeiter	116	1014,73	24	172,10
Buchdrucker	113	966,34	37	236,47
Eisenbahner	24	165,93	34	345,24
Handlungsgehilfen	59	238,11	18	132,76
Gaststättenpersonal	27	107,58	3	68,73
Schneider	49	203,21	28	245,82
Lederarbeiter	36	271,50	5	23,89
Elektriker	31	275,35	6	39,76
Textilarbeiter	41	303,88	24	130,32



	St. Petersburg		Provinz	
	Gruppen	Rbl.	Gruppen	Rbl.
Kommunale Unternehmen (Straßenbahn u. a.)	32	340,93	11	132,14
Bauarbeiter	12	57,14	4	15,71
Wasserleitungsarbeiter	10	27,10	1	3,-
Gold- und Silberschmiede	29	128,45	2	16,50
Bäcker	39	124,06	11	28,60
Bergarbeiter	—	—	14	71,44
Arbeiterorganisationen	9	79,97	9	112,04
Maler	12	50,20	3	14,60
Wurstmacher	8	31,45	2	5,63
Chemische Produktion	22	92,59	6	32,04
Stellmacher	16	78,62	1	5,-
Konditoreiarbeiter	12	79,76	3	14,25
Kartonagenarbeiter	5	13,45	—	—
Tabakarbeiter	12	83,63	—	—
Erdölarbeiter in Baku	—	—	12	83,98
Angestellte (Kontoristen u. a.)	38	273,11	18	123,65
Verbannte	—	—	23	67,72
Dienstboten (Hausknechte)	12	27,90	—	—
Verschiedene Produktions- zweige und ungeklärt	99	422,52	232	1960,84
<i>Insgesamt</i>	1276	10 762,46	639	5401,25

## IN PETERSBURG

An der Spitze der Arbeiterbewegung der letzten Jahre schreitet Petersburg. Während das Proletariat in einigen (heute bereits nicht mehr vielen) Orten des Landes aus dem tiefen Schlaf der Zeitspanne 1907–1911 noch nicht erwachen kann und in anderen Gegenden erst noch die ersten Schritte unternimmt, um mit dem Petersburger Proletariat in eine Reihe zu treten, hat dieses eine gewaltige Aktivität entfaltet und reagiert wie ein empfindliches Barometer auf alle Ereignisse, die zur Arbeiterbewegung in Beziehung stehen. Das Petersburger Proletariat steht an erster Stelle – das wird auch die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ nicht zu bestreiten wagen.

Das Proletariat Petersburgs hat nun folgendermaßen auf den „Tag der Arbeiterpresse“ reagiert.

Hier wurden von 1276 Gruppen Sammlungen für den „Put Prawdy“ veranstaltet, die 10 762,46 Rbl. ergaben; für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ kamen von 224 Gruppen 2306,27 Rbl. ein.

Nach der Anzahl der Gruppen stellen die Liquidatoren in der Arbeiterbewegung Petersburgs schon nicht mehr  $\frac{1}{5}$ , sondern  $\frac{1}{7}$  der klassenbewußten Arbeiter dar, während der von ihnen gesammelte Betrag, gemessen an der Summe der Sammlungen der Prawdisten, etwas mehr als  $\frac{1}{6}$  beträgt.

Diese Angaben zeigen, daß das Petersburger Proletariat, das an der Spitze der Arbeiterbewegung marschiert, sich in seiner Masse von den Liquidatoren abgewandt hat und die alten, uneingeschränkten Losungen vertritt.

Sogar unter den Buchdruckern, diesem einzigen Zufluchtsort der Liquidatoren bei den organisierten Arbeitern, wurde für die „prawdistische“ Presse fast fünfmal mehr gesammelt als für die liquidatorische (966,34 Rbl. für den „Put Prawdy“ gegenüber 201,21 Rbl. für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“).

Dasselbe zeigen die Angaben über die Sammlungen der Metallarbeiter. Hier wurden für den „Put Prawdy“ 5075,49 Rbl. gesammelt, für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ dagegen 1283,66 Rbl. Wiederum das Vierfache, was denn auch während des Bestehens der Gewerkschaft durch die beständigen Mißerfolge der Liquidatoren bei den Wahlen, bei ihrem Auftreten in allgemeinen Versammlungen usw. bewiesen worden ist.

Noch schlechter stehen die Dinge für die Liquidatoren bei den anderen Berufen Petersburgs. Während die Holzarbeiter dem „Put Prawdy“ 1014,73 Rbl. gaben, gingen von ihnen für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ insgesamt nur 38,14 Rbl. ein.\*

Die Liquidatoren haben in ihren Publikationen wiederholt austrompetet, daß der „Prawda“ die unaufgeklärtesten Massen folgen, die sich

\* Wir entschuldigen uns im voraus bei der „Sewernaja Rabotschaja Gasete“, wenn wir bei der Durchsicht ihrer Berichte ein oder zwei Betriebe übergangen haben, wo der Beruf nicht angegeben ist. Dies wäre nicht geschehen, wenn die „Sewernaja Rabotschaja Gasete“ ihr Material eingehender bearbeitet hätte.

in den ernststen Fragen der Bewegung nicht auskennen. In dem soeben erschienenen Juniheft der „Nascha Sarja“ behauptet der übereifrige Liquidator Herr A. Gorew, daß die die „Prawda“ unterstützenden Geldsammlungen und Resolutionen „aus solchen Arbeiterschichten kommen, die zum erstenmal in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung in die Sphäre der Interessen und Debatten der Sozialdemokratie einbezogen werden“, aus den Kreisen der unaufgeklärten, nicht klassenbewußten Jugend und der zurückgebliebenen Arbeiter.

Haben die Herren Liquidatoren wirklich den Mut, zu diesen „Schichten“ auch die Metallarbeiter und die Buchdrucker zu rechnen, die stets in den ersten Reihen der Arbeiterbewegung gestanden haben? Natürlich hat Herr Gorew keinerlei Beweise zugunsten seines Arguments, er geht von subjektiven Schlußfolgerungen aus. Möge er dabei bleiben. Wir dagegen haben durch unwiderlegbare Zahlen bewiesen, daß die Liquidatoren auch unter so fortgeschrittenen Berufen, wie es die Buchdrucker und die Metallarbeiter Petersburgs sind, kaum den fünften Teil ausmachen.

Wir können hier die vergleichenden Zahlen der Sammlungen für alle übrigen Berufe nicht anführen, da dies allzuviel Raum beanspruchen würde. Wir wollen deshalb nur die Gesamtangaben für alle diese Berufe anführen.

Außer von den Arbeitern der aufgezählten Berufe erhielt der „Put Prawdy“ 3700 Rbl. von anderen Arbeitern, die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ aber 500 Rbl. (in runden Zahlen). Das sind die Spenden von Handlungsgehilfen, Schneidern, Lederarbeitern, Textilarbeitern, Bäckern usw., von Arbeitern, die in der Kleinindustrie beschäftigt sind.

Auch hier wurde für den „Put Prawdy“ siebenmal mehr gesammelt als für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“. Es gibt nicht einen Beruf, der der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ mehr gegeben hätte als dem „Put Prawdy“. Selbst die Kontoristen und Angestellten sammelten für den „Put Prawdy“ 273,11 Rbl., für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ dagegen sammelten die Kontoristen und die Handlungsgehilfen (Angaben der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“) zusammen 262,32 Rbl.; die Handlungsgehilfen gaben dem „Put Prawdy“ 238,11 Rbl.

Wir wollen noch das Verzeichnis der Betriebe anführen, die ihre Arbeiterzeitung am aktivsten unterstützt haben:

1. Betrieb „Nowy Aiwas“ 791,37 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 464,67 Rbl.); 2. Putilow-Werke 335,46 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 59,38 Rbl.); 3. St.-Petersburger Metallwerke 273,36 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 116,92 Rbl.); 4. Geschoßfabrik 243,80 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 113,41 Rbl.); 5. Siemens-Schuckert 229,26 Rbl.; 6. Ericsonwerke 228,82 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 55,13 Rbl.); 7. Parviainen 183,93 Rbl.; 8. Werke Leßner sen. 168,30 Rbl.; 9. Französisch-Russische Werke 148,82 Rbl.; 10. Werke Leßner jun. 116,25 Rbl.; 11. Kabelwerke 112,62 Rbl.; 12. Siemens-Halske 104,30 Rbl.; 13. Obuchow-Werke 91,02 Rbl.; 14. Staatspapierdruckerei 79,12 Rbl. (für die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ 54 Rbl.).<sup>143</sup>

„Trudowaja Prawda“ Nr. 30 und 31,  
2. und 3. Juli 1914.

Nach dem Text der  
„Trudowaja Prawda“.

---

## DIE POLNISCHE SOZIALDEMOKRATISCHE OPPOSITION AM SCHEIDEWEGE

Der Übergang der polnischen sozialdemokratischen Opposition auf die Seite der Liquidatoren auf der Brüsseler Konferenz kam vielen unerwartet und traf alle Parteimitglieder äußerst hart. Man hatte angenommen, daß die polnische sozialdemokratische Opposition den Prawdisten nicht weniger nahestehe als die Letten. Und plötzlich – die Letten stehen auf Posten gegen die Liquidatoren, die polnischen Sozialdemokraten aber sind abtrünnig geworden!!

Woran liegt das?

Es liegt daran, daß es bei den polnischen Sozialdemokraten zwei Strömungen gibt: die einen wollen Tyszka und Rosa Luxemburg absetzen, um selbst die Politik Tyszkas fortzuführen. Diese Politik ist eine Politik der prinzipienlosen Diplomatie und des „Spiels“ zwischen Bolschewiki und Menschewiki, zwischen der Partei und ihren Liquidatoren. Heute stimmt man für die einen, morgen für die anderen. Unter Vorspiegelung von „Unvoreingenommenheit“ verrät man der Reihe nach alle, wobei man für sich „Vorteile und Privilegien“ herauschindet. Die Punkte föderativen Charakters im Stockholmer Abkommen (1906) der polnischen Sozialdemokraten mit den russischen<sup>144</sup> sind ein bequemes Instrument für diese widerliche Politik, die Tyszka und Rosa Luxemburg virtuos betrieben haben.

Die andere Strömung ist für den vollständigen Bruch mit den Liquidatoren, mit dem Föderalismus, sie ist dagegen, die Rolle eines „Pendels“ zwischen den beiden kämpfenden Seiten zu „spielen“, sie ist für ein ehrliches und enges Bündnis mit den Prawdisten, mit der Partei.

In Brüssel hat die erstgenannte Strömung in der polnischen Sozial-

demokratie den Sieg davongetragen. Verständlicherweise ist daher unsererseits das vollste Mißtrauen gegenüber den polnischen Sozialdemokraten unausbleiblich. Wir werden mit der Zeit sehen, ob es der zweiten Richtung gelingt, sich zusammenzuschließen, das klare, präzise, bestimmte Banner einer konsequenten, prinzipienfesten Politik zu hissen, einer Politik, die sich nicht nur gegen den Zirkel Tyszkas richtet, sondern auch gegen das Wesen der Tyszkaschen Methoden. Es erübrigt sich zu sagen, daß eine Vereinigung des polnischen sozialdemokratischen Proletariats nur auf der Grundlage einer solchen Politik möglich ist.

Die bevorstehenden Schritte zur Verwirklichung einer solchen Vereinigung werden endgültig die Wahrheit über die tatsächliche Lage in der polnischen Sozialdemokratie aufdecken und dadurch unser Verhältnis zu ihr bestimmen.

*Geschrieben nach dem 7. (20.) Juli 1914.*

*Zuerst veröffentlicht 1937  
im Lenin-Sammelband XXX.*

*Nach dem Manuskript.*

ANTWORT AUF EINEN ARTIKEL  
DER „LEIPZIGER VOLKSZEITUNG“<sup>445</sup>

In der Nummer 157 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. Juli 1914 erschien ein Z. L. gezeichneter Artikel „Zur Einigungsfrage in Rußland“. Die mangelnde Objektivität des Autors des Artikels zwingt uns, die deutschen Genossen auf einige Tatsachen hinzuweisen. Der Klarheit halber geben wir eine Tabelle wieder, die in der Prawda veröffentlicht wurde.\*

*Sammlungen für die marxistischen (prawdistischen) und liquidatorischen Zeitungen in St. Petersburg vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914.*

	Prawdisten		Liquidatoren	
	Sammlungen	Höhe des Betrages	Sammlungen	Höhe des Betrages
Arbeitergruppen	2873	18 934,10	671	5 296,12
Nicht von Arbeitergruppen	713	2 650,01	453	6 759,77
davon:				
Schüler- und Jugendgruppen	54	650,92	45	630,22
Gruppen der „Anhänger“, „Freunde“ usw.	42	458,82	54	2 450,60
Die übrigen Gruppen	33	125,29	30	186,12
Einzelne Personen	531	1 046,62	266	1 608,32
Ohne Angaben	43	318,57	24	175,34
Aus dem Ausland	10	49,79	34	1 709,17
<i>Im ganzen</i>	3586	21 584,11	1124	12 055,89

1. Ist bei uns genau angegeben, von welcher bis zu welcher Frist Abrechnung erteilt wird (vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914). Bei den

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 366. *Die Red.*

Liquidatoren ist eine Frist nicht angegeben. Ist es nun gewissenhaft, Tatsachen zu vergleichen, die nicht verglichen werden können und unglaublich sind?

2. Die Liquidatoren haben selbst erklärt und veröffentlicht (in Nr. 34 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“), daß 948 Gruppen die Anzahl *aller* Gruppen darstellen, die sie haben, also nicht allein der Arbeitergruppen. Indessen ist in unserer Statistik klar und deutlich gesagt, daß die Zahlen 2873 und 671 *nur* Arbeitergruppen darstellen. Die ganze Anzahl der Gruppen ist in unserer Tabelle *angegeben*, und diese Zahl *stimmt* mit der Anzahl der Arbeitergruppen *nicht überein*. Ist es gewissenhaft, dies zu verschweigen?

3. In unserer Zeitung wurde erklärt, daß wir bei beiden Zeitungen die Beiträge von Arbeitergruppen angeben und keine Angaben über wiederholte Beiträge von ein und denselben Gruppen haben. Für beide Zeitungen sind die Angaben gleich. Es ist absolut unbegreiflich, wie ein ehrlicher Kritiker hierin bei uns einen „Fehler“ entdecken konnte!

4. Wir haben *parallele* Angaben gemacht, d. h. für ein und dieselbe Frist, aus beiden Zeitungen, und die Angaben beider Zeitungen *auf gleiche Weise* bearbeitet.

Die Liquidatoren machen überhaupt keine parallelen Angaben, wodurch sie die elementarsten, allgemein bekannten Regeln jeglicher statistischen Arbeit vermissen lassen. Ein jeder, der sich für diese Frage interessiert, kann leicht beide Zeitungen beziehen und unsre Angaben prüfen.

Wir sind gewiß, daß die Art der „Kritik“ seitens Z. L. kein einziger objektiver Mensch für gewissenhaft halten wird.

„Leipziger Volkszeitung“ Nr. 165,  
21. Juli 1914.  
Unterschrift: Die Redaktion  
der „Prawda“.

Nach dem Text der „Leipziger  
Volkszeitung“, verglichen mit  
der russischen Ausgabe.



## ANMERKUNGEN



- <sup>1</sup> Den Artikel „*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*“ schrieb Lenin im Oktober–Dezember 1913; er wurde im selben Jahr in der bolschewistischen legalen Zeitschrift „*Prosweschtschenije*“ Nr. 10, 11 und 12 veröffentlicht.

Bevor Lenin an die Niederschrift des Artikels ging, hielt er im Sommer 1913 in mehreren Schweizer Städten – in Zürich, Genf, Lausanne und Bern – Referate zur nationalen Frage.

Im Herbst 1913 hielt Lenin auf der „August“- („Sommer“-) Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären, die vom 23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober) in der Ortschaft Poronin stattfand und aus konspirativen Gründen als „August“- („Sommer“-) Beratung bezeichnet wurde, ein Referat zur nationalen Frage. Zu Lenins Referat wurde eine von ihm geschriebene Resolution angenommen. Nach Beendigung der Beratung begann Lenin an dem Artikel „*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*“ zu arbeiten. <sup>1</sup>

- <sup>2</sup> „*Sewernaja Prawda*“ – einer der Titel der legalen bolschewistischen Tageszeitung „*Prawda*“, die in Petersburg herausgegeben wurde.

„*Prawda*“ (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, die im April 1912 auf Initiative der Petersburger Arbeiter gegründet wurde und in Petersburg erschien.

Die „*Prawda*“ war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „*Prawda*“ mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „*Prawda*“ betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte in manchen Monaten 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda“ vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremjew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda“ tatkräftig mit.

Die „Prawda“ war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47½ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda“ von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda“ (Prawda des Nordens), „Prawda Truda“ (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda“ (Proletarische Prawda), „Put Prawdy“ (Weg der Prawda), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda“ (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda“ konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda“ als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda“. Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda“ von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda“, den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok „Prawdy““ (Blatt der „Prawda“), „Proletari“ (Der Proletarier), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda“. 3

<sup>3</sup> „Zeit“ (Zeit) – Wochenzeitung, Organ des „Bund“; erschien in Petersburg von Dezember 1912 bis Juni 1914. 3

<sup>4</sup> „Dswin“ (Die Glocke) – legale nationalistische Monatsschrift menschowistischer Richtung, die in ukrainischer Sprache von Januar 1913 bis Mitte 1914 in Kiew erschien. 3

- <sup>5</sup> „*Russkoje Slowo*“ (Das russische Wort) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien in Moskau ab 1895. Sie wurde im November 1917 verboten. 4
- <sup>6</sup> Der „*Bund*“ – „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland“ – wurde 1897 in Wilna gegründet und vereinigte hauptsächlich halbproletarische jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. Auf dem I. Parteitag der SDAPR im März 1898 schloß sich der „*Bund*“ der SDAPR als autonome Organisation an, die nur in den Fragen selbständig ist, die das jüdische Proletariat betreffen. Der „*Bund*“ war Träger von Nationalismus und Separatismus in der Arbeiterbewegung Rußlands. Nachdem der II. Parteitag der SDAPR die Forderung des „*Bund*“, ihn als einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, abgelehnt hatte, trat der „*Bund*“ aus der Partei aus. Im Jahre 1906 kehrte der „*Bund*“ auf Grund eines Beschlusses des IV. („Vereinigungs“-) Parteitags in die SDAPR zurück. Die Bundisten unterstützten innerhalb der SDAPR stets den opportunistischen Flügel der Partei („*Okonomisten*“, Menschewiki, Liquidatoren) und führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bolschewiki. Der Programmforderung der Bolschewiki – Recht der Nationen auf Selbstbestimmung – stellte der „*Bund*“ die Forderung nach national-kultureller Autonomie entgegen. Während der Stolypinschen Reaktion nahm der „*Bund*“ eine liquidatorische Haltung ein und beteiligte sich aktiv an der Bildung des parteifeindlichen Augustblocks. Während des ersten Weltkriegs 1914–1918 standen die Bundisten auf dem Boden des Sozialchauvinismus. Im Jahre 1917 unterstützte der „*Bund*“ die konterrevolutionäre Provisorische Regierung und kämpfte auf seiten der Feinde der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In den Jahren der ausländischen Intervention und des Bürgerkriegs schloß sich die Führung des „*Bund*“ den Kräften der Konterrevolution an. Zur gleichen Zeit begann in den Reihen der einfachen Mitglieder des „*Bund*“ ein Umschwung zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht. Im März 1921 löste sich der „*Bund*“ selbst auf, ein Teil seiner Mitglieder trat nach den allgemein geltenden Bestimmungen der KPR(B) bei. 11
- <sup>7</sup> *SERP* (Sozialistitscheskaja Ewrejskaja Rabotschaja Partija) – Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei – kleinbürgerliche nationalistische Organisation, gegründet 1906. Dem Programm der *SERP* lag die Forderung nach der nationalen Autonomie der Juden zugrunde – nach der Schaffung exterritorialer jüdischer Parlamente (Landtage), die bevollmächtigt wären, die Fragen der politischen Ordnung der Juden in Rußland zu entscheiden. Die *SERP* stand den Sozialrevolutionären nahe und kämpfte gemeinsam mit ihnen gegen die SDAPR. 21

<sup>8</sup> Die *Beilis-Affäre* – ein provokatorischer Prozeß, der 1913 in Kiew von der zaristischen Regierung gegen den Juden Beilis inszeniert wurde. Man beschuldigte Beilis wider besseres Wissen, den christlichen Knaben Juschtschinski aus rituellen Motiven ermordet zu haben. (In Wirklichkeit war der Mord von Schwarzhundertern organisiert worden.) Durch die Inszenierung dieses Prozesses wollte die zaristische Regierung den Antisemitismus entfachen und Judenpogrome hervorrufen, um die Massen von der im Lande immer mehr um sich greifenden revolutionären Bewegung abzulenken. Der Prozeß rief starke Erregung in der Öffentlichkeit hervor. In einer Reihe von Städten führten die Arbeiter Protestdemonstrationen durch. Beilis wurde vom Schwurgericht freigesprochen. 22

<sup>9</sup> PPS (Polska Partia Socjalistyczna) – Polnische Sozialistische Partei – reformistische nationalistiche Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica“ und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica“ („Fracy“).

Die PPS-„Lewica“ nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein.

Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica“ eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exil-„regierung“.

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten“ nannte, schloß sich mit der Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). 23

<sup>10</sup> „Lutsch“ (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren, die von September 1912 bis Juli 1913 in Petersburg herausgegeben

wurde; sie existierte „von Mitteln reicher Freunde aus der Bourgeoisie“ (Lenin). Statt des „Lutsch“ erschien ab Juli 1913 die Zeitung „Shiwaja Shisn“ (Lebendiges Leben) und später die „Nowaja Rabotschaja Gaseta“.

23

- <sup>11</sup> Lenin bezieht sich auf den Artikel J. W. Stalins „Marxismus und nationale Frage“, wo im vierten Kapitel der Text des auf dem Brüner Parteitag der österreichischen sozialdemokratischen Partei angenommenen nationalen Programms zitiert wird. Der Artikel J. W. Stalins war in der Zeitschrift „Proswechtschenije“ Nr. 3, 4 und 5 vom Jahre 1913 unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“ mit der Unterschrift K. Stalin veröffentlicht.

„Proswechtschenije“ (Die Aufklärung) – gesellschaftlich-politische und literarische bolschewistische Monatsschrift; erschien ab Dezember 1911 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl“ (Der Gedanke). Lenin leitete die Zeitschrift „Proswechtschenije“ vom Ausland her; sie veröffentlichte seine Arbeiten: „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne“, „Die Wahlergebnisse“, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ und andere. Den Teil Kunst und Literatur redigierte A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5000 Exemplare.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg – im Juni 1914 – wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „Proswechtschenije“ erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer der Zeitschrift, in der die Arbeiten Lenins „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ und „Zur Revision des Parteiprogramms“ veröffentlicht wurden. 25

- <sup>12</sup> „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ (Neue Arbeiterzeitung) – legale Tageszeitung der menschowistischen Liquidatoren; erschien ab August 1913 in Petersburg. Vom 30. Januar (12. Februar) 1914 an erschienen an ihrer Stelle die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung des Nordens) und dann „Nascha Rabotschaja Gaseta“ (Unsere Arbeiterzeitung). Lenin nannte diese Zeitung wiederholt „Nowaja Likwidatorskaja Gaseta“ (Neue Liquidatorenzeitung). 25
- <sup>13</sup> Die angeführten Daten entnahm Lenin der statistischen Aufstellung „Eintageszählung der Elementarschulen im Reich, durchgeführt am 18. Januar 1911. Lieferung I, Teil 2, St.-Petersburger Schulbezirk. Gouvernements:

- Archangelsk, Wologda, Nowgorod, Olonez, Pskow und St. Petersburg", St. Petersburg 1912, S. 72. 29
- <sup>14</sup> Dragomanow, M. P. (1841–1895) – ukrainischer Historiker und Publizist. Vertrat die Ideologie des ukrainischen bürgerlichen Nationalliberalismus. 32
- <sup>15</sup> „Przeгляд Socjaldemokratyczny“ (Sozialdemokratische Rundschau) – Zeitschrift; wurde von polnischen Sozialdemokraten bei aktiver Teilnahme Rosa Luxemburgs in Krakau von 1902 bis 1904 und von 1908 bis 1910 herausgegeben. 32
- <sup>16</sup> „Westnik Jewropy“ (Europäischer Bote) – Monatsschrift; erschien von 1866 bis zum Frühjahr 1918 in Petersburg. Die Zeitschrift vertrat die Ansichten der russischen liberalen Bourgeoisie; vom Beginn der neunziger Jahre an führte sie einen systematischen Kampf gegen den Marxismus. 35
- <sup>17</sup> Das *Internationale Sozialistische Büro* (ISB) war das ausführende Organ der II. Internationale, das auf Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 gegründet wurde. Am 14. Dezember 1913 beschloß das ISB, durch das Exekutivkomitee des Büros eine Beratung „sämtlicher Fraktionen der Arbeiterbewegung innerhalb des Russischen Reiches“ einzuberufen, um mit Hilfe einer „gemeinsamen Aussprache“ die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu klären, angeblich, um die Einheit in der SDAPR wiederherzustellen. Die liquidatorische „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ veröffentlichte im Zusammenhang mit dem Beschluß des ISB ein Telegramm aus London, in dem mitgeteilt wurde, daß auf der Sitzung des ISB die Forderung der Bolschewiki nach Entsendung eines Vertreters der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion in der Reichsduma (der „Sechs“) in die interparlamentarische Sektion der II. Internationale abgelehnt worden sei. Im Auftrag Lenins wandte sich der Vertreter des ZK in Brüssel an den Sekretär des ISB, Huysmans, mit der Frage, wie er auf diesen Ausfall der Liquidatoren zu reagieren gedenke. Huysmans sah sich gezwungen, die von der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ gemachte falsche Mitteilung offiziell zu dementieren. 38
- <sup>18</sup> D. – Th. I. Dan – einer der Führer der menschewistischen Liquidatoren. 38
- <sup>19</sup> L. S. (Kolzow, L. Sedow) – Pseudonyme des menschewistischen Liquidators B. A. Ginsburg. 39
- <sup>20</sup> Lenin meint die „Resolution über den Beschluß des Sozialistischen Büros“ mit der Unterschrift „Eine Gruppe organisierter Marxisten“, die in der „Proletarskaja Prawda“ Nr. 9 vom 17. Dezember 1913 veröffentlicht wurde. 40



- <sup>21</sup> „Drei Grundpfeiler“ – in der legalen bolschewistischen Presse und in offenen, legalen Versammlungen aus Zensurgründen gewählte Bezeichnung für die drei grundlegenden („uneingeschränkten“) revolutionären Lösungen: demokratische Republik, Konfiskation der gesamten Gutsbesitzerländereien, Achtstundentag. 40
- <sup>22</sup> „Retsch“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; unter anderen Namen erschien sie bis August 1918. 43
- <sup>23</sup> „Rossija“ (Rußland) – von der Polizei unterstützte Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg erschien. Ab 1906 – offizielles Organ des Innenministeriums.  
„Nowoje Wremja“ (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt-liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der bürokratischen Beamtenschaft. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „Nowoje Wremja“ als Musterbeispiel einer korrupten Zeitung.  
„Semschtschina“ (Der Bauernstand) – Tageszeitung der Schwarzhunderter; Organ der extremen rechten Abgeordneten der Reichsduma; erschien von Juli 1909 bis Februar 1917 in Petersburg. 44
- <sup>24</sup> „Sewernaja Mysl“ (Gedanke des Nordens) – einer der Titel der „Shiwaja Mysl“ (Lebendiger Gedanke), einer legalen Zeitung der linken Volkstümpler (Sozialrevolutionäre), die von August 1913 bis Juli 1914 zuerst zweimal, dann dreimal wöchentlich in Petersburg erschien. In dieser Zeit wechselte die Zeitung zehnmal ihren Titel: „Sawetnaja Mysl“ (Erhabener Gedanke), „Wolnaja Mysl“ (Freier Gedanke), „Wernaja Mysl“ (Wahrer Gedanke) und andere. 46
- <sup>25</sup> Lenin meint die *Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären*, die vom 23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober) 1913 in der Ortschaft Poronin stattfand und aus konspirativen Gründen als „August“- („Sommer“-) Beratung bezeichnet wurde. Die Resolution „Über die Volkstümpler“, um die es sich hier handelt, war von Lenin geschrieben worden. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 387/388, russ.) 46
- <sup>26</sup> „Sawety“ (Das Vermächtnis) – legale sozialrevolutionäre Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von April 1912 bis Juli 1914 in Petersburg. 47

- <sup>27</sup> Die vorliegende Notiz ist das Nachwort zu einem Brief Kautskys, der im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie – im „Vorwärts“ – veröffentlicht und in der „Proletarskaja Prawda“ Nr. 12 vom 20. Dezember 1913 nachgedruckt worden war. Der Brief Kautskys war die Antwort auf einen Brief Rosa Luxemburgs an die Redaktion des „Vorwärts“. 51
- <sup>28</sup> „Den“ (Der Tag) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die ab 1912 in Petersburg erschien. An der Zeitung arbeiteten menschewistische Liquidatoren mit, in deren Hände die Zeitung nach dem Februar 1917 vollständig übergang. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 60
- <sup>29</sup> „Russkaja Mysl“ (Russischer Gedanke) – Monatsschrift der liberalen Bourgeoisie, die ab 1880 in Moskau erschien. Nach der Revolution von 1905 war sie das Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. In dieser Zeit bezeichnete Lenin die „Russkaja Mysl“ als „Tschernosotennaja Mysl“ (Schwarzhunderter-Gedanke). Die Zeitschrift wurde Mitte 1918 verboten. 60
- <sup>30</sup> Lenin meint die Halbmonatsschrift der liberalen Bourgeoisie „Oswoboshdenije“ (Die Befreiung), die unter der Redaktion von P. B. Struve von 1902 bis 1905 im Ausland erschien. Von Januar 1904 an wurde sie zum Organ des liberal-monarchistischen „Bundes der Befreiung“. Die Anhänger des „Oswoboshdenije“ bildeten später den Kern der führenden bürgerlichen Partei Rußlands, der Partei der Kadetten. 62
- <sup>31</sup> Lenin meint die Beschlüsse der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (der Fünften Konferenz der SDAPR) und des Januarplenums des ZK der SDAPR im Jahre 1910.

Die *Fünfte Konferenz der SDAPR* wurde vom 21. bis 27. Dezember 1908 (3. bis 9. Januar 1909) in Paris abgehalten. Auf der Konferenz waren 16 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: 5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten und 3 Bundisten. Vertreter des ZK der SDAPR war Lenin. Lenin hielt auf der Konferenz ein Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ sowie Reden über die sozialdemokratische Dumafraktion, über die Organisationsfrage und andere Fragen. Auf der Konferenz führten die Bolschewiki den Kampf gegen zwei Arten des Opportunismus in der Partei: gegen das Liquidatorenentum und gegen den Otsowismus. Auf Vorschlag Lenins verurteilte die Konferenz das Liquidatorenentum und rief alle Parteiorganisationen zu entschiedenem Kampf gegen die Versuche auf, die Partei zu liquidieren.

Eine Einschätzung der Beschlüsse der Konferenz ist enthalten in den

Artikeln Lenins „Auf den Weg“ und „Die Liquidierung des Liquidatorentums“ (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 15, S. 316–326; 417–424, russ.).

Die *Plenartagung des ZK der SDAPR* fand vom 2. bis 23. Januar (15. Januar bis 5. Februar) 1910 in Paris statt. Das Plenum wurde entgegen Lenins Willen, mit Unterstützung der heimlichen Verbündeten Trotzki – Sinowjews, Kamenews, Rykows – einberufen. Außer den Bolschewiki nahmen Vertreter aller Fraktionen und fraktionellen Gruppierungen sowie Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Organisationen teil. Als Gegengewicht zu Lenins Plan, der eine Annäherung an die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) vorsah, um mit ihnen gegen das Liquidatorentum zu kämpfen, forderten die Versöhner, heimliche Trotzkiisten, die Auflösung sämtlicher Fraktionen und die Vereinigung der Bolschewiki mit den Liquidatoren und Trotzkiisten. Die versöhnerischen Elemente erhielten auf dem Plenum das Übergewicht, so daß es ihnen möglich war, eine Reihe von Beschlüssen durchzubringen, die gegen die Leninsche Linie gerichtet waren. Nur auf hartnäckiges Drängen Lenins hin nahm das Plenum einen Beschluß über die Verurteilung des Liquidatorentums und des Otsowismus an. 63

<sup>32</sup> Der Kopenhagener Kongreß der II. Internationale fand vom 28. August bis 3. September 1910 statt. Im Zusammenhang mit der Erörterung der tschechisch-österreichischen Spaltung sprach sich der Kongreß gegen die „bundistisch-nationalistischen“ Prinzipien der tschechischen Separatisten aus. 64

<sup>33</sup> *Th. D., Gamma, L. M., Em-El, Rakitin* sind die Pseudonyme folgender Menschewiki: Th. D. von Th. I. Dan, Gamma und L. M. von L. Martow (J. O. Zederbaum), Em-El von M. J. Lukomski, Rakitin von W. Lewizki (W. O. Zederbaum). 80

<sup>34</sup> Die Gruppe „*Wperjod*“ war eine parteifeindliche Gruppe, die aus Otsowisten, Ultimatisten, Gottbildnern und Empiriomonisten (Anhängern der reaktionären, idealistischen Philosophie von Mach und Avenarius) bestand; sie entstand im Dezember 1909 im Ausland unter der Führung von A. Bogdanow und G. Alexinski; sie hatte einige kleine Zirkel, die vorwiegend aus Intellektuellen bestanden, in Paris, Genf und Tiflis. Die Ansichten der Gruppe „*Wperjod*“ waren, wie Lenin sagte, „eine Karikatur auf den Bolschewismus“. Da die Gruppe „*Wperjod*“ unter den Arbeitern keine Unterstützung fand, zerfiel sie faktisch 1913. Über die Gruppe „*Wperjod*“ siehe den vorliegenden Band, S. 496–503. 82

<sup>35</sup> *An* – Pseudonym des Führers der kaukasischen Menschewiki, N. N. Shordanija. 86

<sup>36</sup> „*Nascha Sarja*“ (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschenwissenschaftlichen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „*Nascha Sarja*“ gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. 87

<sup>37</sup> Lenin meint J. W. Stalins Artikel „Marxismus und nationale Frage“. 89

<sup>38</sup> „*Belorussische Hromada*“ – kleinbürgerliche nationalistische Organisation vom Typ der Volkstümmler, deren erster Parteitag 1903 stattfand. Während der Revolution von 1905 bis 1907 forderte sie die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 trat sie mit der Losung der belorussischen Nationalisten hervor, die die Lostrennung Belorußlands vom revolutionären Rußland verlangten. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution zerfiel die Organisation.

*Daschnakzutjun* (Daschnaken) – armenische bürgerlich-nationalistische Organisation, die Anfang der neunziger Jahre entstand und die Interessen der armenischen Bourgeoisie verfocht; sie entfachte nationalen Hader zwischen den Völkern, betrieb eine Politik der nationalen Isolierung Armeniens und wollte so die Massen des armenischen Volkes von der gesamt-russischen revolutionären Bewegung fernhalten.

In den Jahren 1918–1920 standen die Daschnaken an der Spitze der bürgerlich-nationalistischen Regierung Armeniens und verwandelten das Land in einen Stützpunkt der englischen und französischen Interventen und der russischen Weißgardisten im Kampf gegen die Sowjetmacht.

*Georgische föderalistische Sozialisten* – bürgerlich-nationalistische Partei, gegründet 1904. Sie forderte die nationale Autonomie für Georgien innerhalb des russischen Staates der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. In den Jahren der Reaktion wurden die föderalistischen Sozialisten zu offenen Feinden der Revolution.

Nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland organisierten die föderalistischen Sozialisten zusammen mit den georgischen Menschewiki, den Daschnaken und Mussawatisten einen konterrevolutionären Block, der zuerst von den deutschen und türkischen, später von den englischen und französischen Interventen unterstützt wurde. 90

<sup>39</sup> Gemeint ist das Buch „Statistik der Landwirtschaft im Jahre 1905. Zusammenstellung von Daten aus 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands“, St. Petersburg, herausgegeben vom Zentralen Komitee für Statistik beim Innenministerium, 1907. 93

<sup>40</sup> „*Russkoje Bogatstwo*“ (Russischer Reichtum) – Monatsschrift, die von 1876 bis Mitte 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümmler. Von 1906 an war

das „Russkoje Bogatstwo“ faktisch Organ der halbkadettischen Partei der „Volksozialisten“. Lenin bezeichnete die Richtung des „Russkoje Bogatstwo“ in dieser Zeit als „volkstümlerisch, volkstümlerisch-kadettisch“. 95

- <sup>41</sup> *Nikolai-on* – Pseudonym N. F. Danielsons, eines der Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 95
- <sup>42</sup> Lenin meint die *Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“*, die in Paris vom 8. bis 17. (21. bis 30.) Juni 1909 stattfand. An der Beratung nahmen 9 Mitglieder des bolschewistischen Zentrums (das von der bolschewistischen Fraktion auf dem V. [Londoner] Parteitag der SDAPR im Jahre 1907 gewählt worden war) mit Lenin an der Spitze teil, Vertreter der Petersburger Organisation, der Moskauer Gebietsorganisation und der Organisation des Urals.

Die Beratung war einberufen worden, um über das Verhalten der Otsowisten und Ultimatismen zu verhandeln.

Von der Beratung wurden folgende Fragen erörtert: 1. über Otsowismus und Ultimatismus; 2. über die Gottbildertendenzen innerhalb der Sozialdemokratie; 3. über die Stellung zur Dumatätigkeit in Verbindung mit anderen Gebieten der Parteiarbeit; 4. die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei; 5. über die Parteischule, die im Ausland (auf Capri) eingerichtet wurde; 6. über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag oder eine Konferenz der Bolschewiki; 7. über die Abspaltung des Gen. Maximow, und andere Fragen.

Die Beratung wurde von Lenin geleitet. Lenin sprach zu allen grundlegenden Fragen der Tagesordnung. Der Otsowismus und Ultimatismus wurde auf der Beratung von A. Bogdanow (Maximow) und W. Schanzer (Marat) vertreten und verteidigt. Eine doppelzünglerische Position bezogen Kamenew, Sinowjew, Rykow und Tomski.

Die Beratung verurteilte den Otsowismus und Ultimatismus als „Liquidorentum mit umgekehrtem Vorzeichen“. Die von den Otsowisten organisierte „Partei“schule auf Capri wurde von der Beratung als „Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion“ gekennzeichnet. A. Bogdanow weigerte sich, sich den Beschlüssen der erweiterten Redaktion des „Proletari“ unterzuordnen, und wurde aus der bolschewistischen Organisation ausgeschlossen.

Die Beratung verurteilte auch die Gottbilderei und beschloß, einen entschiedenen Kampf dagegen zu führen und ihren antimarxistischen Charakter zu entlarven. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 15, S. 391–416, russ.)

- <sup>43</sup> *Ilijn* – Pseudonym W. I. Lenins. Unter dem Pseudonym *Wl. Ilijn* erschien 1909 Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie“. 114
- <sup>44</sup> *Veteran* – P. I. Stutschka. 117
- <sup>45</sup> „*Marxismus und Liquidatorentum. Sammelband von Artikeln über Grundfragen der modernen Arbeiterbewegung, Teil II*“ erschien im Juli 1914 im Parteiverlag „Priboi“. In seinem Manuskript, das den Plan für diesen Sammelband enthält, gab Lenin die Artikel an, deren Aufnahme in den Sammelband er für notwendig hielt, sowie ein Verzeichnis der Zeitungsnummern, denen die Artikel entnommen werden sollten (im Sammelband änderte Lenin die Titel einer Reihe von Artikeln). Diesem Plan entsprechend sollte der Sammelband aus zwei Teilen bestehen, über deren Inhalt im „Put Prawdy“ Nr. 42 vom 21. März 1914 berichtet wurde.

Der erste Teil des Sammelbandes ist nicht erschienen. Einige Dutzend Exemplare des zweiten Teils des Sammelbandes, die der Verlag nicht rechtzeitig aus der Druckerei fortbringen konnte, wurden konfisziert. Es gelang jedoch, den Hauptteil der Auflage zu verbreiten.

In den zweiten Teil des Sammelbandes wurden außer dem vom Februar 1914 datierenden Vorwort und dem Nachwort 14 Arbeiten Lenins aufgenommen: „Die legale Partei und die Marxisten“, „Ein Manifest der liberalen Arbeiterpartei“, „Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt“, „Über den Separatismus des ‚Bund‘“, „Marxismus und Reformismus“, „Die liberale Bourgeoisie und der Reformismus“, „Liberale Blindheit“, „Eine notwendige Erklärung“, „Wirtschaftlicher und politischer Streik“, „Lektion über die ‚Kadettenfresserei‘“, „Über den Charakter und die Bedeutung unserer Polemik mit den Liberalen“, „Die liberale Bourgeoisie und die Liquidatoren“, „Arbeiterklasse und Arbeiterpresse“, „Materialien zur Geschichte der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Duma“.

Zu der letzten Arbeit wurde speziell für den Sammelband eine Ergänzung geschrieben, der Artikel „Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 549–557.) Im Juni 1914 schrieb Lenin zu diesem Artikel eine Fußnote (siehe S. 555/556), die neue Angaben über die Geldsammlungen für die marxistischen und liquidatorischen Zeitungen enthält, die durch die Hände der Dumafractionen gegangen sind. 118

- <sup>46</sup> „*Wechi*“ (Marksteine) – Sammelband der Kadetten; erschien im Frühjahr 1909 in Moskau mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen

Bourgeoisie. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi“-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter W. G. Belinskis und N. G. Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen“ „vor der Volkswut“ rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. W. I. Lenin verglich das Programm der „Wechi“ sowohl in der Philosophie wie auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedomosti“ (Moskauer Nachrichten) und bezeichnete den Sammelband als „Enzyklopädie des liberalen Renegatentums“, als eine „einzige Flut reaktionären Spülichts, das über die Demokratie ausgegossen wird“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 107 und 112, russ.) 121

<sup>47</sup> Lenin meint die „Wirtschaftsstatistische Sammlung, Lieferung VII. Gemüse- und Gartenbau im Kreis Moskau“, Moskau 1913. 124

<sup>48</sup> Das Organ des Metallarbeiterverbandes war die Halbmonatsschrift „Rabotschi po Metallu“ (Der Metallarbeiter).

Die Zeitschrift erschien vom 30. August (12. September) 1906 bis 12. (25.) Juni 1914 in Petersburg; auf Grund der Zensurbedingungen wechselte sie sechsmal den Namen: „Rabotschi po Metallu“, „Kusnez“ (Der Schmied), „Westnik Rabotschich po Obrabotke Metalla“ (Bote der Arbeiter der Metallverarbeitung), „Nadeshda“ (Die Hoffnung), „Jedinstwo“ (Die Einheit), „Nasch Put“ (Unser Weg), „Metallist“ (Der Metallarbeiter).

Anfangs befand sich die Redaktion der Zeitschrift wie auch die Leitung des Verbandes in den Händen der Liquidatoren. Nach der Neuwahl der Leitung des Verbandes im Jahre 1913 ging die Führung des Verbandes und die Redaktion der Zeitschrift an die Bolschewiki über. In der Zeitschrift „Metallist“ Nr. 7 (31), 8 (32) und 10 (34) von 1913 ist W. I. Lenins Artikel „Die Metallarbeiterstreiks im Jahre 1912“ veröffentlicht. Die Zeitschrift spielte eine große Rolle bei dem Zusammenschluß der Arbeiter um die bolschewistische Partei.

Lenin meint hier die Leitartikel der Zeitschriften „Nasch Put“ Nr. 20 vom 11. August 1911 und „Metallist“ Nr. 3 vom 27. Oktober 1911. 133

<sup>49</sup> „Russkije Wedomosti“ (Russische Nachrichten) – Tageszeitung, die in Moskau ab 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwoleuten herausgegeben wurde. Die Zeitung vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. Sie veröffentlichte auch Artikel liberaler Volkstümmler. 1905 wurde sie zum Organ des rechten

Flügels der Kadetten. Lenin wies darauf hin, daß die „Russkije Wedomosti“ auf eigentümliche Art den „rechten Kadettismus mit einem Schuß Volkstümlerideologie“ verbinden. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 111, russ.) Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde die Zeitung verboten. 136

<sup>50</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, III. Band, Berlin 1950, S. 525 und 543. 142

<sup>51</sup> Die *Januarkonferenz von 1912 – die Sechste („Prager“) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR* – fand vom 5. bis 17. (18. bis 30.) Januar 1912 statt. Auf der Konferenz waren mehr als 20 Parteiorganisationen vertreten. Die Konferenz hatte faktisch die Bedeutung eines Parteitags. Lenin sprach auf der Konferenz zur Konstituierung der Konferenz und hielt Referate über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros, über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger, zur Organisationsfrage, über die Arbeit des Zentralorgans „Sozial-Demokrat“ und zu anderen Fragen.

Auf Beschluß der Konferenz wurden die menschowistischen Liquidatoren aus der Partei ausgeschlossen; ein für allemal wurde mit der formalen Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki in einer Partei Schluß gemacht. Auf der Prager Konferenz formierten sich die Bolschewiki zu einer selbständigen Partei. Die Konferenz wählte ein Zentralkomitee, dem W. I. Lenin, G. K. Ordshonikidse, S. S. Spandarian und andere angehörten. Auf der Sitzung des ZK wurde J. W. Stalin, der damals in der Verbannung weilte, in Abwesenheit als Mitglied ins ZK kooptiert; später wurde auch J. M. Swerdlow kooptiert. Für den Fall der Verhaftung von ZK-Mitgliedern waren zur Kooptation in das ZK vorgesehen: A. S. Bubnow, M. I. Kalinin, S. G. Schaumian, J. D. Stassowa. Zur Leitung der Parteiarbeit in Rußland wurde das Russische Büro des ZK geschaffen, dem G. K. Ordshonikidse, S. S. Spandarian und J. W. Stalin angehörten. Die Tätigkeit des Russischen Büros des ZK wurde von W. I. Lenin gelenkt. 151

<sup>52</sup> „*Borba*“ (Der Kampf) – Zeitschrift Trotzki; erschien von Februar bis Juli 1914 in Petersburg. Unter der Maske der „Fraktionslosigkeit“ bekämpfte Trotzki in den Spalten der Zeitschrift Lenin und die bolschewistische Partei. 151

<sup>53</sup> *Jeshow* – der menschowistische Liquidator S. O. Zederbaum. 153

<sup>54</sup> *Gegen zwei „Grundpfeiler“*, d. h. gegen die bolschewistischen Losungen: demokratische Republik und Konfiskation der gesamten Gutsbesitzereiländerien. 153



- <sup>55</sup> Es handelt sich um den IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands, der vom 26. Januar bis 8. Februar 1914 in Brüssel stattfand.

Lenin nahm regen Anteil an der Vorbereitung und der Arbeit des Parteitags. Im Mai 1913 schrieb er für die lettischen Bolschewiki den „Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands“, der im November 1913 als Sonderdruck aus der Nr. 8 des vom Büro der Auslandsgruppen der Sozialdemokratie Lettlands herausgegebenen „Bulletins“ („Biletens“) und danach in Nr. 9/10 des „Bulletins“ veröffentlicht wurde. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 87–94, russ.)

Lenin nahm als Ehrengast vom ZK der SDAPR an dem Parteitag teil. Er hielt ein Referat, in dem er die Tätigkeit des ZK der lettischen Sozialdemokratie kritisierte; das eine opportunistische Linie bezogen hatte. Lenin betonte später, daß er auf dem Parteitag einen heftigen Kampf gegen die starken versöhnlerischen Tendenzen auf dem Parteitag führen mußte. Lenin erreichte es, daß die lettischen Sozialdemokraten aus dem Augustblock ausschieden. 173

- <sup>56</sup> Hier führt Lenin die Resolution des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands mit den „zwangsläufigen Änderungen“ – gemäß den Bedingungen der zaristischen Zensur – an. So heißt es statt „der Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands“ – „die Vertreter aller lettischen marxistischen Arbeiter“, statt „SDAPR“ – „marxistische Gesamtheit“, statt „gesamtrussische Konferenz 1908 und Plenum des ZK der SDAPR 1910“ – „die gesamtrussische Vertretung der Marxisten vom Dezember 1908 und Januar 1910“, statt „ZK der Sozialdemokratie Lettlands“ – „ihre leitende Instanz“. 173

- <sup>57</sup> Der Artikel „*Noch eine Vernichtung des Sozialismus*“ erschien im März 1914 in der Zeitschrift „Sowremenny Mir“ Nr. 3.

„*Sowremenny Mir*“ (Die Welt der Gegenwart) – Monatsschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von 1906 bis 1918 in Petersburg erschien. Zu den engsten Mitarbeitern der Zeitschrift zählten Menschewiki, unter ihnen G. W. Plechanow. In der Periode des Blocks mit der Plechanowschen Gruppe der parteitreuen Menschewiki arbeiteten an der Zeitschrift auch Bolschewiki mit. 181

- <sup>58</sup> L. N. Tolstoi spricht darüber im Vorwort zu dem Bildband „Russische Bauern“ von N. Orlow, 1909. 183

- <sup>59</sup> „*Sbissn*“ (Das Leben) – Monatsschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von 1897 bis 1901 in Petersburg, 1902 im Ausland erschien. Mitarbeiter waren „legale Marxisten“ und fortschrittliche Schriftsteller.

Lenin veröffentlichte in dieser Zeitschrift den Artikel „Antwort an Herrn

P. Neshdanow" (Nr. 12, Dezember 1899) und zwei Artikel unter der Überschrift „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)" in den Nummern 1 und 2, Januar und Februar 1900. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 151–157 und 95 bis 150.) 187

<sup>60</sup> Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Berlin 1959, S. 207/208. 189

<sup>61</sup> Der Artikel „*Von den Formen der Arbeiterbewegung*" wurde im Zusammenhang mit der Aussperrung geschrieben, die am 20. März (2. April) 1914 von den Petersburger Unternehmern als Antwort auf die Streiks der Arbeiter verhängt wurde. Unter den Bedingungen der Aussperrung den Massenstreik auszurufen war unzweckmäßig, deshalb rief die bolschewistische „Prawda" die Arbeiter zu anderen Kampfformen auf – zu Massenkundgebungen in den Betrieben, zu Straßendemonstrationen. Zu einer revolutionären Demonstration, die auf den zweiten Jahrestag des Blutbades an der Lena anberaumt wurde, rief auch ein vom Petersburger Komitee der SDAPR herausgegebenes illegales Flugblatt auf.

Die Demonstration fand am 4. (17.) April statt. Am Tag der Demonstration erschien die fällige Nummer des „Put Prawdy" mit Lenins Artikel „*Von den Formen der Arbeiterbewegung*". Über das Stattfinden der revolutionären Demonstration schrieben alle bürgerlichen Zeitungen. Die liquidatorische „Sewernaja Rabotschaja Gaseta", die eine Meldung über das Stattfinden der Demonstration brachte, verschwie, daß das Petersburger Komitee ein Flugblatt verbreitet hatte, und wandte sich dann gegen Lenins Artikel „*Von den Formen der Arbeiterbewegung*".

In dem Bericht des ZK der SDAPR zur Brüsseler Konferenz brandmarkte Lenin das Verhalten der Liquidatoren und ihres Organs. (Siehe den vorliegenden Band, S. 519–524.) 205

<sup>62</sup> Gemeint ist die *Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären*, die vom 26. Dezember 1912 bis 1. Januar 1913 (8. bis 14. Januar 1913) in Krakau stattfand und aus konspirativen Gründen als „Februar"beratung bezeichnet wurde. An der Beratung nahmen 14 Personen teil, darunter Mitglieder des ZK und bolschewistische Abgeordnete der IV. Reichsduma: W. I. Lenin, A. J. Badajew, G. K. Petrowski, N. R. Schagow, J. W. Stalin sowie N. K. Krupskaja, J. F. Rosmirowitsch, A. A. Trojanowski und andere. Die Beratung wurde unter Lenins Vorsitz durchgeführt; er sprach zu einer Reihe von Fragen, schrieb die Resolutionen und die Mitteilung über die Beratung.

Die Beratung nahm die von Lenin geschriebenen Resolutionen an: „Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei" (von

ihr ist hier die Rede), „Der Aufbau der illegalen Organisation“, „Die sozialdemokratische Dumafraktion“, „Über die illegale Literatur“, „Über die Versicherungskampagne“, „Über das Verhältnis zum Liquidatorentum und über die Einheit“, „Über die ‚nationalen‘ sozialdemokratischen Organisationen“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 426–436, russ.) 207

- <sup>63</sup> Die Wahlen zum Versicherungsrat in Petersburg fanden am 2. (15.) März 1914 statt. Im Zusammenhang mit den Wahlen entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Bolschewiki auf der einen und den Liquidatoren und linken Volkstümlern (Sozialrevolutionären) auf der anderen Seite. Auf der Grundlage des Beschlusses der „August“- („Sommer“-) Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären 1913 – „Über die Arbeit in den legalen Vereinigungen“ – entfalteten die Bolschewiki den Kampf um die Eroberung der legalen Arbeiterorganisationen und Arbeitervereine. In diesem Kampf spielte die „Prawda“ eine gewaltige Rolle. In Verbindung mit den Wahlen zum Versicherungsrat wurde in der „Proletarskaja Prawda“, in der Zeitschrift „Woprossy Strachowanija“ und dann im „Put Prawdy“ ein Wählerauftrag der Bolschewiki an die Arbeitervertreter in den Versicherungsbehörden und im Versicherungsrat veröffentlicht.

Die Liquidatoren traten in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“ mit einem eigenen Wählerauftrag auf, der die Forderung nach Absonderung der Arbeitervertreter zu einer selbständigen, von der Partei unabhängigen Gruppe erhob. Doch bei den Wahlen zum Versicherungsrat erlitten die Liquidatoren eine völlige Niederlage – drei Viertel der Teilnehmer an der Versammlung der Wahlmänner sprachen sich für den Wählerauftrag der Bolschewiki aus und verwarfen den vom Block der Liquidatoren und Sozialrevolutionäre vorgeschlagenen Wählerauftrag. Alle Kandidaten der „prawdistischen“ Liste wurden in den Versicherungsrat gewählt. 207

- <sup>64</sup> *Batrak* – der Sozialrevolutionär M. Satoriski. 209

- <sup>65</sup> Lenins Arbeit „Zur Frage der nationalen Politik“ ist der Entwurf einer Rede, die einer der bolschewistischen Abgeordneten in der Reichsduma halten sollte. Da die linken Abgeordneten am 22. April (5. Mai) 1914 für die Dauer von 15 Sitzungen aus der Duma ausgeschlossen wurden (siehe den vorliegenden Band, S. 273–275), konnte diese Rede nicht gehalten werden. Das Manuskript des Entwurfs ist nicht vollständig erhalten geblieben, auf die fehlenden Textstellen wird in Fußnoten hingewiesen. 213

- <sup>66</sup> „*Grasbdanin*“ (Der Staatsbürger) – reaktionäre Zeitschrift, die von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel

der Zeitschrift waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. 213

- <sup>67</sup> „*Kiewskaja Mysl*“ (Kiewer Gedanke) – bürgerlich-liberale Tageszeitung, die von Dezember 1906 bis Dezember 1918 in Kiew erschien. Ständige Mitarbeiter der Zeitung waren die menschwewistische Liquidatoren. 217
- <sup>68</sup> Lenin meint die Antwort des ZK der Partei mit der Einwilligung, an einer Konferenz der Vertreter der verschiedenen sozialdemokratischen Strömungen in Rußland teilzunehmen, die vom Internationalen Sozialistischen Büro einberufen worden war, um angeblich eine „gemeinsame Aussprache“ über die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit in der SDAPR durchzuführen. In dieser Antwort war der „offizielle Bericht“ des ZK enthalten, den Lenin in seinem Brief vom 18./19. Januar (31. Januar/1. Februar) 1914 an Huysmans versprochen hatte. (Siehe den vorliegenden Band, S. 62–69.) 230
- <sup>69</sup> „*Kolokol*“ (Die Glocke) – politische Zeitschrift, die unter der Devise „*Vivos voco!*“ („Ich rufe die Lebenden!“) erschien. Sie wurde von A. I. Herzen und N. P. Ogarkow in der von A. I. Herzen gegründeten Freien russischen Typographie von 1857 bis April 1865 in London und von 1865 bis Dezember 1868 in Genf herausgegeben. 1868 erschien die Zeitschrift in französischer Sprache, gleichzeitig wurden Beilagen in russischer Sprache veröffentlicht. Eine Charakteristik des „*Kolokol*“ gibt Lenin in seinem Artikel „Dem Gedächtnis Herzens“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 18, S. 9–15, russ.) 242
- <sup>70</sup> Den „*Brief an Gogol*“ schrieb W. G. Belinski im Juli 1847; er wurde zum erstenmal 1855 von A. I. Herzen in der „*Poljarnaja Swesda*“ (Der Polarstern) veröffentlicht. (Siehe W. G. Belinski, „Über die Klassiker der russischen Literatur“, Leipzig 1953, S. 298–308.) 243
- <sup>71</sup> „*S.-Peterburgski Rabotschi Listok*“ (St.-Petersburger Arbeiterblatt) – illegale Zeitung, Organ des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im Februar (datiert Januar) 1897, hergestellt in Rußland auf einem Mimeographen in einer Auflage von 300 bis 400 Exemplaren, und Nr. 2 im September 1897 in Genf (Schweiz). 245
- <sup>72</sup> „*Wperjod*“ (Vorwärts) – illegale bolschewistische Zeitung, die vom 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905) bis zum 5. (18.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde; es erschienen 18 Nummern. Die organisatorische und ideologische Leitung lag in den Händen W. I. Lenins. Dem Redaktionskollegium gehörten ferner W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an.

Der III. Parteitag der SDAPR hob in einer besonderen Resolution die hervorragende Rolle hervor, die der „Wperjod“ im Kampf gegen den Menschewismus, für die Wiederherstellung des Parteiprinzips und bei der Erörterung und Klärung der durch die revolutionäre Bewegung aufgeworfenen taktischen Fragen gespielt hatte, und sprach der Redaktion der Zeitung seinen Dank aus.

„Proletari“ (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß am 27. April (10. Mai) 1905, W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO zu bestellen.

Der „Proletari“ wurde vom 27. (14.) Mai bis 25. (12.) November 1905 in Genf herausgegeben. Es erschienen 26 Nummern. Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski und M. S. Olminski. Der „Proletari“ setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra“ und des bolschewistischen „Wperjod“ fort. Lenin schrieb für die Zeitung etwa 90 Artikel und Notizen. Seine Artikel im „Proletari“ wurden von den lokalen Presseorganen der Bolschewiki nachgedruckt und erschienen auch als Flugblätter.

Bald nachdem Lenin im November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari“ sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (25 und 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski. 248

<sup>73</sup> „Nowaja Shisn“ (Neues Leben) – erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Als Lenin Anfang November aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. Die „Nowaja Shisn“ war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Ständige Mitarbeiter waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, A. W. Lunatscharski und andere. Maxim Gorki beteiligte sich rege an der Zeitung und erwies ihr auch große materielle Unterstützung.

In Nr. 9 der „Nowaja Shisn“ vom 10. November 1905 erschien Lenins erster Artikel „Über die Reorganisation der Partei“. Im weiteren wurden dann noch über zehn Artikel Lenins veröffentlicht. Die tägliche Auflage der Zeitung erreichte bis zu 80000 Exemplare. Die „Nowaja Shisn“ war zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Von 27 Nummern wurden 15 beschlagnahmt und eingestampft. Nach Erscheinen der Nr. 27 vom 2. (15.) Dezember wurde die „Nowaja Shisn“ von der Regierung verboten. Die letzte Ausgabe, Nr. 28, erschien illegal. 249

<sup>74</sup> „Natschalo“ (Der Anfang) – legale menschewistische Tageszeitung, die im November und Dezember 1905 in Petersburg erschien. 249

<sup>75</sup> „*Wolna*“ (Die Woge) – legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 26. April (9. Mai) bis 24. Mai (6. Juni) 1906 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 25 Nummern. Ab Nr. 9 vom 5. (18.) Mai 1906 (nach Schluß des IV. Parteitags und nach der Ankunft Lenins aus Stockholm) wurde die Zeitung faktisch von Lenin redigiert. Es wurden in ihr mehr als 20 Artikel Lenins veröffentlicht. An der Redaktionsarbeit beteiligten sich W. W. Worowski und M. S. Olminski. Die Zeitung war fortwährend polizeilichen Repressalien ausgesetzt; sie wurde von der zaristischen Regierung verboten. An ihrer Stelle erschien die legale bolschewistische Zeitung „*Wperjod*“.

„*Echo*“ – legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 22. Juni (5. Juli) bis zum 7. (20.) Juli 1906 in Petersburg an Stelle der von der Regierung verbotenen Zeitung „*Wperjod*“ herausgegeben wurde. Es erschienen 14 Nummern. Redakteur der Zeitung war faktisch Lenin. In jeder Nummer wurden Artikel von Lenin veröffentlicht. Er arbeitete auch unmittelbar an der Spalte „Aus Zeitungen und Zeitschriften“ mit.

Fast alle Nummern des „*Echo*“ waren Repressalien ausgesetzt. Kurz vor der Auflösung der I. Reichsduma wurde die Zeitung verboten. 249

<sup>76</sup> „*Narodnaja Duma*“ (Volksduma) – menschewistische Tageszeitung, die im März und April 1907 in Petersburg erschien. 249

<sup>77</sup> Die *Sozialistische Partei Amerikas* – eine reformistische, opportunistische Partei, die 1901 gegründet wurde. Während des ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 rechtfertigte die rechte Mehrheit der Partei den imperialistischen Krieg und unterstützte die Politik des amerikanischen Imperialismus. Die auf dem Boden des Internationalismus stehende revolutionäre Minderheit trat gegen den Krieg auf und bildete unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland einen linken Flügel, der 1921 die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Partei der USA ergriff und ihren Kern bildete.

Gegenwärtig ist die Sozialistische Partei Amerikas eine zahlenmäßig schwache Organisation, die keinen Einfluß in der Arbeiterbewegung der USA hat.

*Amerikanische Föderation der Arbeiterklasse oder Amerikanische Föderation der Arbeit* (American Federation of Labor – AFL) – Vereinigung eines Teils der Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika, die 1881 von Compers gegründet wurde.

Die Führer der Föderation betrieben eine Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. In der internationalen Arbeiterbewegung führten sie eine spalterische Tätigkeit durch. 1955 verschmolz die AFL mit einer an-

deren Gewerkschaftsvereinigung, dem Congress of Industrial Organisations (CIO), und die neue Vereinigung heißt jetzt AFL-CIO. 251

- <sup>78</sup> Lenin meint das Verhältnis der höheren zaristischen Beamtschaft zu den demokratischen Semstwoangestellten – den Ärzten, Statistikern, Lehrern, Agronomen u. dgl. m., die der Vizegouverneur von Samara, Kondoidi, 1900 in einer Rede als „drittes Element“ bezeichnet hatte. Der Ausdruck „drittes Element“ wurde in der Literatur zur Bezeichnung der demokratischen Semstwointelligenz gebräuchlich. 253
- <sup>79</sup> Die koloniale Frage war einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart im August 1907. Der opportunistische Teil des Kongresses hatte eine Resolution vorgeschlagen, die die kolonialen Eroberungen rechtfertigte. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 59–77, russ.) 254
- <sup>80</sup> „Sozialistische Monatshefte“ – Zeitschrift, wichtigstes Organ der Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie und eines der Organe des internationalen Opportunismus. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 nahm sie eine sozialchauvinistische Haltung ein. Sie erschien in Berlin von 1897 bis 1933. 254
- <sup>81</sup> „Potschin“ („L'Initiative“) – Zeitschrift liquidatorisch-volkstümlicher Richtung; wurde von einer Gruppe von Sozialrevolutionären herausgegeben. Es erschien nur eine Nummer im Juni 1912 in Paris. 264
- <sup>82</sup> „Towarischtsch“ (Der Gefährte) – bürgerliche Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. 269
- <sup>83</sup> „Sa Partiju“ (Für die Partei) – Blatt der Pariser Gruppen der Menschewiki und Versöhnler; erschien unregelmäßig von April 1912 bis Februar 1914 in Paris.  
Burjanow, A. F. – Mitglied der IV. Reichsduma, gehörte den menschestischen „Sieben“ an. 270
- <sup>84</sup> Am 22. April (5. Mai) 1914 stellten die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands (die bolschewistischen „Sechs“), die Sozialdemokratische Fraktion (die Menschewiki) und die Trudowiki in der Duma den Antrag, die Erörterung des Budgets von der Tagesordnung abzusetzen, solange der Gesetzentwurf über die Redefreiheit der Abgeordneten nicht angenommen ist.  
Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der Reichsduma abgelehnt. Daraufhin trieben die Bolschewiki, Menschewiki und Trudowiki während der

Rede Goremykins, des Vorsitzenden des Ministerrats, Obstruktion. Als Antwort darauf wurden alle Sozialdemokraten und Trudowiki auf Antrag des Dumapäsidenten Rodsjanko für die Dauer von 15 Sitzungen aus der Reichsduma ausgeschlossen. Die Petersburger und Moskauer Arbeiter beantworteten den Ausschluß der Abgeordneten mit Proteststreiks. 273

- <sup>85</sup> „*Proletari*“ (Der Proletarier) – illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan. Faktisch war der „*Proletari*“ das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus, davon die ersten 20 in Finnland. Vom 13. (26.) Februar bis zum 1. (14.) Dezember 1908 erschien der „*Proletari*“ in Genf, ab 8. (21.) Januar 1909 in Paris.

In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „*Proletari*“ eine hervorragende Rolle für die Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen. Auf dem Plenum des Zentralkomitees der SDAPR im Januar 1910 gelang es den „Versöhnlern“, einen Beschluß über die Einstellung der Herausgabe des „*Proletari*“ herbeizuführen. 278

- <sup>86</sup> Der „*Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten*“ sollte von der bolschewistischen Fraktion in der Reichsduma eingebracht werden.

Am 6. (19.) Mai 1914 legte Lenin in einem Brief an S. G. Schaumian den Plan des „Entwurfs“ dar. Der Einbringung dieses „Entwurfs“ in der Duma maß Lenin besondere Bedeutung bei: „Mir scheint“, schrieb er, „auf diese Weise könnte man die Torheit der national-kulturellen Autonomie in populärer Form erklären und die Anhänger dieser Dummheit endgültig erledigen.“

Es gelang nicht, den Gesetzentwurf in der Duma einzubringen. 280

- <sup>87</sup> „*Sowremennik*“ (Der Zeitgenosse) – Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von 1911 bis 1915 in Petersburg. Um die Zeitschrift gruppieren sich die liquidatorischen Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und linke Liberale. Die Zeitschrift hatte keinerlei Verbindung mit den Arbeitermassen. 295

- <sup>88</sup> Lenin meint das Ausscheiden des Dumamitglieds Malinowski aus der Reichsduma. Da Malinowski wie ein Deserteur seinen Kampfposten ver-



lassen und desorganisierend gewirkt hatte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

In der Folgezeit stellte sich heraus, daß Malinowski ein Spitzel war. 1918 wurde er nach dem Urteil des Revolutionstribunals erschossen. 301

- <sup>89</sup> „*Woprossy Strachowanija*“ (Fragen des Versicherungswesens) – legale bolschewistische Zeitschrift; erschien mit Unterbrechungen von Oktober 1913 bis März 1918 in Petersburg. Die Zeitschrift stand unter der Leitung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei. Sie kämpfte nicht nur für die Verwirklichung der Arbeiterversicherung, sondern auch für die bolschewistischen „uneingeschränkten Losungen“. 307
- <sup>90</sup> „*Jedinstwo*“ (Die Einheit) – legale Zeitung, die von der Gruppe der parteitreuen Menschewiki mit Plechanow an der Spitze und von versöhnlerischen Bolschewiki in Petersburg von Mai bis Juni 1914 herausgegeben wurde; insgesamt erschienen 4 Nummern. 309
- <sup>91</sup> Lenin meint die Resolution „Über das Liquidatorenentum und über die Gruppe der Liquidatoren“, die von der Sechsten („Prager“) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 angenommen wurde. Die Resolution war von Lenin verfaßt worden. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 17, S. 431/432, russ.) 310
- <sup>92</sup> Die Arbeit „*Zur Frage des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft*“ ist der von Lenin geschriebene Entwurf für eine Rede, die einer der bolschewistischen Abgeordneten in der Reichsduma halten sollte. Die Rede wurde am 28. Mai (10. Juni) 1914 von G. I. Petrowski gehalten.  
In den vorhergehenden Ausgaben der Werke W. I. Lenins war der Entwurf der Rede nach dem Manuskript gedruckt, von dem 4 Seiten verlorengegangen waren. In der vorliegenden Ausgabe wurde der Entwurf durch einige fehlende, 1941 aufgefundene Seiten ergänzt. Der Schluß des Manuskripts ist nicht aufgefunden worden. 313
- <sup>93</sup> *Rat des vereinigten Adels* – konterrevolutionäre Organisation der Gutsbesitzer, die im Mai 1906 gegründet wurde. Sie übte einen großen Einfluß auf die Politik der Regierung aus. Zur Zeit der III. Reichsduma gehörten viele Mitglieder dieses Rats dem Reichsrat und den leitenden Zentren der Schwarzhunderterorganisationen an. 313
- <sup>94</sup> Gemeint ist die Resolution „Die Einheit der Partei“, die im August 1904 vom Amsterdamer Kongreß der II. Internationale angenommen wurde. 320
- <sup>95</sup> „*Der Kampf*“ – theoretische Monatsschrift des Austromarxismus. Sie nahm eine opportunistische, zentristische Position ein, die sie hinter linken Phrasen verbarg. Sie erschien von 1907 bis 1938 in Wien.

F. A. – Friedrich Adler – einer der Führer der österreichischen Sozialdemokratie. 322

<sup>96</sup> „Le Peuple“ (Das Volk) – Tageszeitung, Zentralorgan der belgischen (reformistischen) Arbeiterpartei, das seit 1884 in Brüssel erscheint. 323

<sup>97</sup> In Nr. 50 des „Put Prawdy“ vom 30. März 1914 war die Resolution des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands über die Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion veröffentlicht. In der Resolution wurde die Notwendigkeit der Einheit der sozialdemokratischen Dumafraktion betont unter der Bedingung, daß das Programm und das Statut der Partei, die Beschlüsse des V. Parteitags der SDAPR, die Beschlüsse der Fünften Konferenz der SDAPR im Dezember 1908 und des Plenums des Zentralkomitees der SDAPR im Januar 1910 anerkannt würden.

Im Zusammenhang mit der Resolution des lettischen Parteitags brachte dieselbe Nr. des „Put Prawdy“ eine „Offene Anfrage“ an die menschewistischen Abgeordneten, wie sie zu den von den lettischen Arbeitern aufgestellten Prinzipien stünden. Die Anfrage der bolschewistischen Zeitung übergangen die Menschewiki mit Stillschweigen. Daraufhin veröffentlichte die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands in der Duma in Nr. 63 des „Put Prawdy“ vom 17. April 1914 einen „Offenen Brief“, in dem sie eine präzise und klare Antwort auf die gestellte Frage forderte.

Auf den „Offenen Brief“ erfolgte eine „Offene Antwort“ der Fraktion Tschcheidse, deren Analyse der vorliegende Artikel gewidmet ist. 352

<sup>98</sup> Gemeint ist das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das vom II. Parteitag im Jahre 1903 angenommen wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 37–43, russ.) 352

<sup>99</sup> W. I. Lenin zitiert die Resolution der Fünften Konferenz der SDAPR – „Die Gesamtrussische Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. (Dezember 1908)“. Herausgegeben von der Zeitung „Proletari“, Paris 1909, S. 38, russ. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 195, russ.) 354

<sup>100</sup> W. A. J. – Initialen des Mitarbeiters der „Prawda“ W. A. Tichomirnow. 365

<sup>101</sup> Bevor Lenin den Artikel „Objektive Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung“ schrieb, sammelte, überprüfte

und analysierte er sorgfältig die Zahlen und Fakten über die Geldsammlungen für die Arbeiterpresse, die objektives Zeugnis von der Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung Rußlands ablegten. Das Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau ist im Besitz der Manuskripte Lenins – einer Berechnung der von der „Prawda“ durchgeführten Geldsammlungen, einer Berechnung der von der Zeitung „Zait“ vereinigten Arbeitergruppen, von Berechnungen zu der im Artikel angeführten Tabelle (siehe den vorliegenden Band, S. 385–387), Zusammenstellungen von Zahlenmaterial, das zeigt, wo und welche Sammlungen zugunsten der verschiedenen Zeitungen durchgeführt wurden. Außerdem sind erhalten: der ursprüngliche Entwurf des Konzepts und das Konzept des Artikels „Objektive Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung“. Auf die in diesem Artikel angeführten Zahlen griff Lenin später wiederholt in seinen Arbeiten zurück. 383

- <sup>102</sup> Die estnische prawdistische Zeitung „*Jõõ Hää!*“ (Stimme der Arbeit) erschien ab Januar 1914 dreimal wöchentlich in Narwa. Die litauische prawdistische Zeitung „*Vilnis*“ (Die Woge) erschien ab November 1913 in Riga. 388
- <sup>103</sup> In der „*Trudowaja Prawda*“ Nr. 12 vom 11. Juni 1914 war eine Notiz unter der Überschrift „Wie wird das gemacht?“ veröffentlicht. In der Notiz wurde eine Reihe von Fällen angeführt, wo das Organ der Liquidatoren, die „*Nascha Rabotschaja Gaseta*“ Berichte aus bürgerlichen Zeitungen nachdruckte, die sie als Arbeiterkorrespondenzen ausgab und die die tatsächlichen Fakten aus dem Leben der Arbeiter entstellten. 389
- <sup>104</sup> „*Weggefährte des Arbeiters für das Jahr 1914*“ – Taschenkalender, der vom Parteiverlag „*Priboi*“ im Dezember 1913 herausgegeben wurde. Die Auflage des Kalenders war innerhalb eines Tages vergriffen. Im Februar 1914 erschien eine zweite, überarbeitete Auflage.  
 Lenin veröffentlichte in dem „*Weggefährten des Arbeiters*“ den Artikel „*Die Streiks in Rußland*“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 19, S. 484–487, russ.) 389
- <sup>105</sup> Lenin meint die Resolution des II. Parteitags der SDAPR 1903 „Über die Sozialrevolutionäre“, die Resolution des V. Parteitags der SDAPR 1907 „Über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien“, die Resolution der „August“- („Sommer“-) Beratung des Zentralkomitees der SDAPR 1913 „Über die Volkstümmer“. (Siehe „*Die KPdSU in Resolutionen und Be-*

schlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 49/50, 158–160, 316/317, russ.) 391

- <sup>106</sup> Im August 1914 sollte auf Beschluß des Internationalen Sozialistischen Büros in Wien der X. Internationale Sozialistenkongreß stattfinden, auf dessen Tagesordnung auch die Frage der Vereinigung der sozialdemokratischen Strömungen in Rußland stehen sollte.

Die Bolschewiki kämpften hartnäckig darum, daß zu diesem Kongreß Arbeiterdelegierte geschickt werden und daß sie möglichst viel bolschewistische Mandate bekommen. Lenin widmete der Vorbereitung zum Kongreß und der Zusammensetzung der Delegation der Bolschewiki besondere Aufmerksamkeit. Im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau befindet sich ein Manuskript Lenins – der Plan für den Bericht an den Wiener Kongreß, in dem ausführlich alle Punkte des in Vorbereitung befindlichen Berichts des Zentralkomitees der SDAPR dargelegt sind. Einen besonderen Platz nimmt in diesem Bericht die Entlarvung der Liquidatoren ein. 393

- <sup>107</sup> „Die Neue Zeit“ – theoretische Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien und bis 1917 von Karl Kautsky redigiert wurde. In der „Neuen Zeit“ wurden erstmalig einige Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit“ arbeiteten hervorragende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit: August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, G. W. Plechanow, Paul Lafargue u. a. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, veröffentlichte die Zeitschrift systematisch Artikel von Revisionisten. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezog sie einen zentristischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 399

- <sup>108</sup> Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, Berlin 1961, S. 804. 401

- <sup>109</sup> *L. Wl.* – L. Wladimirow (Pseudonym M. K. Scheinfinkels). 416

- <sup>110</sup> „Schljachi“ (Wege) – Organ des Ukrainischen Studentenbundes nationalisticischer Richtung; erschien von April 1913 bis März 1914 in Lwow. 420

- <sup>111</sup> Lenin zitiert einen Ausspruch aus der Komödie „Geist bringt Kummer“ von A. S. Gribojedow. (Siehe A. S. Gribojedow, „Geist bringt Kummer“, Berlin 1948, S. 43.) 427

- <sup>112</sup> Es handelt sich um das Zentralorgan der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens, die Zeitung „*Naprzód*“ (Vorwärts), die ab 1892 in Krakau erschien. 429
- <sup>113</sup> Lenin meint die Erinnerungen W. Liebknechts an Marx. (Siehe „Erinnerungen an Karl Marx“, Berlin 1953, S. 116.) 440
- <sup>114</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, IV. Band, Berlin 1950, S. 399. 440
- <sup>115</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, I. Band, Berlin 1949, S. 251, 252. 440
- <sup>116</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, III. Band, Berlin 1950, S. 237, 402/403, 407/408. 442
- <sup>117</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, III. Band, Berlin 1950, S. 469. 442
- <sup>118</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, III. Band, Berlin 1950, S. 552/553. 443
- <sup>119</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, IV. Band, Berlin 1950, S. 269. 443
- <sup>120</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, IV. Band, Berlin 1950, S. 288. 444
- <sup>121</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel, IV. Band, Berlin 1950, S. 309/310. 444
- <sup>122</sup> Lenin zitiert Plechanows Artikel „Der Programmwurf der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“, der in der „*Sarja*“ Nr. 4, Jahrgang 1902, veröffentlicht wurde.  
„*Sarja*“ (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der Zeitung „*Iskra*“ in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen vier Nummern (drei Hefte). In der „*Sarja*“ wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen“, „Die Verfolger des Semstwo und die Hannibale des Liberalismus“, die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker‘ in der Agrarfrage“), „Innerpolitische Rundschau“ und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. 448
- <sup>123</sup> Der Ausdruck stammt aus Saltykow-Schtschedrins Skizzen „Im Ausland“ (deutsch in M. Saltykow, „Reise nach Paris“, Berlin 1958, S. 44–57). 454

- <sup>124</sup> Lenin führt die Worte eines Sewastopoler Soldatenliedes an, eines Liedes über die Schlacht an dem Fließchen Tschornaja am 4. August 1855 während des Krimkrieges. Das Lied stammt von L. N. Tolstoi. (Siehe L. N. Tolstoi, Gesamtausgabe, Bd. 4, 1935, S. 307/308, russ.) 456
- <sup>125</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1960, S. 23–54. 464
- <sup>126</sup> „*l'Humanité*“ – Tageszeitung, 1904 von J. Jaurès als Organ der französischen Sozialistischen Partei gegründet. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 wurde die Zeitung vom extrem rechten Flügel der französischen Sozialistischen Partei geleitet und stand auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag im Dezember 1920 und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Organ; auch jetzt erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 471
- <sup>127</sup> Lenins Telegramm, das von Martow und Dan forderte, sie sollten eine offene, von ihnen unterzeichnete Anklage erheben, nicht aber dunkle Gerüchte und schmutzige Verleumdungen verbreiten, wurde im „*Rabotschi*“ Nr. 4 vom 25. Mai 1914 veröffentlicht. 485
- <sup>128</sup> Lenin zitiert mit einigen Änderungen N. A. Nekrassows Gedicht „Mit vierzig Jahren“. (Siehe N. A. Nekrassow, *Ausgewählte Werke*, 1947, S. 144, russ.) 489
- <sup>129</sup> Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“, Berlin 1957, S. 141/142. 494
- <sup>130</sup> N. Maximow und A. Bogdanow – Pseudonyme A. A. Malinowskis; Woinow – A. W. Lunatscharski; Ljadow – M. N. Mandelstam; St. A. Wolski – A. W. Sokolow; Domow – M. N. Pokrowski. 497
- <sup>131</sup> Der von Oksen Lola unterzeichnete, in ukrainischer Sprache in Nr. 28 der „*Trudowaja Prawda*“ vom 29. Juni 1914 veröffentlichte „*Aufruf an die ukrainischen Arbeiter*“ rief die Arbeiter auf, sich ohne Unterschied der Nation zum Kampf gegen das Kapital zu vereinigen und bei der „*Trudowaja Prawda*“ ein „*Blatt der ukrainischen Arbeiter*“ herauszugeben.  
Der Entwurf des „*Aufrufs*“ war von Lenin im Frühjahr 1914 in russischer Sprache geschrieben und durch I. Armand an Oksen Lola geschickt worden. Die Herausgabe des „*Blattes der ukrainischen Arbeiter*“ kam nicht zustande. 504
- <sup>133</sup> Der Bericht des Zentralkomitees der SDAPR zur Brüsseler Konferenz ist in zwei (unvollständigen) Manuskripten erhalten geblieben: eins ist

das Manuskript Lenins, das andere eine von J. W. Krupskaja angefertigte, von Lenin korrigierte Kopie. Daneben sind folgende Manuskripte Lenins erhalten: die instruktiven Hinweise für die Vertreter des ZK auf der Konferenz: „Bemerkungen privées“, die Bemerkungen „Nicht für den Bericht“ und der Brief an die Delegation (der Brief kommt erstmalig zur Veröffentlichung; siehe den vorliegenden Band, S. 545–548).

Der von Lenin in der Zeit vom 23. bis 30. Juni (6. bis 13. Juli) 1914 geschriebene Bericht des ZK wurde auf der Konferenz von Inès Armand in französischer Sprache vorgetragen. Lenin leitete von Poronin (Galizien) aus die Arbeit der Delegation der Bolschewiki auf der Brüsseler Konferenz.

Die Brüsseler „Vereinigungs“konferenz, die das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros „zwecks gemeinsamer Aussprache“ über die Möglichkeit, die Einheit in der SDAPR wiederherzustellen, einberufen hatte, fand vom 16. bis 18. Juli statt. Auf der Konferenz waren vertreten: das Zentralkomitee der SDAPR (Bolschewiki); das Organisationskomitee (Menschewiki) mit den ihm angeschlossenen Organisationen, dem Kaukasischen Gebietskomitee und der Gruppe „Borba“ (Trotzkisten); die Sozialdemokratische Dumafraktion (Menschewiki); die Plechanowsche Gruppe „Jedinstwo“; die Gruppe „Wperjod“; der „Bund“; die Sozialdemokratie Lettlands; die Sozialdemokratie Litauens; die polnischen Sozialdemokraten; die polnische sozialdemokratische Opposition; die PPS („Le-wica“).

Obwohl sich die Konferenz nur auf eine gemeinsame Aussprache beschränken und keine bindenden Beschlüsse fassen sollte, kam eine Resolution Kautskys über die Vereinigung der SDAPR zur Abstimmung. Die Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Bolschewiki und die lettischen Sozialdemokraten lehnten es ab, an der Abstimmung über diese Resolution teilzunehmen. 505

- <sup>133</sup> „Vertrauensleute“ – fortschrittliche Arbeiter, die bestimmt wurden, um eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem ZK und den örtlichen sozialdemokratischen Gruppen herzustellen sowie bewegliche Formen der Leitung der örtlichen Arbeit in den großen Zentren der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Die Aufgabe, ein System von Vertrauensleuten zu schaffen, wurde von der 1913 stattgefundenen „Februar“beratung des ZK der SDAPR gestellt. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 294, russ.) 510

- <sup>134</sup> Die *Technische Kommission des „Auslandsbüros des ZK“* wurde von der Beratung von Mitgliedern des ZK der SDAPR im Juni 1911 als provisorisches Organ bis zur Einberufung eines Plenums des ZK geschaffen, um technische Funktionen auszuführen (Verlagsarbeit, Transport u. dgl. m.). Die Technische Kommission des „Auslandsbüros des ZK“ wurde der Gruppe von ZK-Mitgliedern unterstellt, die an der Juniberatung 1911 teilnahmen. Ihr gehörten je ein Vertreter der Bolschewiki, der Versöhner und der polnischen Sozialdemokratie an. Die versöhnlerische Mehrheit der Kommission sabotierte die organisatorischen Maßnahmen der Bolschewiki, lehnte es ab, sich den Beschlüssen der Organisationskommission für Rußland unterzuordnen, sperrte die Mittel für die Herausgabe des Zentralorgans der SDAPR – der Zeitung „Sozial-Demokrat“ – und richtete in der Presse (in Flugblättern und in ihrem „Informationsbulletin“) Angriffe gegen Lenin und die Bolschewiki.
- Am 19. Oktober (1. November) 1911 trat der Vertreter der Bolschewiki, M. F. Wladimirski, aus der Kommission aus, und die Bolschewiki brachen jede Verbindung mit ihr ab. 512

- <sup>135</sup> Lenin meint die Resolution der „Februar“-beratung des Zentralkomitees der SDAPR 1913 „Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei“, die in der Broschüre „Mitteilung und Resolutionen der Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären, Februar 1913“ veröffentlicht worden war. Herausgegeben vom ZK der SDAPR. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 291–293, russ.) 520
- <sup>136</sup> Es handelt sich um die sozialdemokratischen bolschewistischen Organisationen des Kaukasus, die in ihren Reihen die fortschrittlichen Proletarier verschiedener Nationen vereinten. 529
- <sup>137</sup> „*Strachowanije Rabotschich*“ (Arbeiterversicherung) – Zeitschrift der bolschewistischen Liquidatoren; erschien von Dezember 1912 bis Juni 1918 in Petersburg. 533
- <sup>138</sup> Es handelt sich um die Einberufung eines Parteitags, die von der „August“- („Sommer“-) Beratung des ZK der SDAPR 1913 beschlossen worden war. Im April 1914 wurden auf der von Lenin geleiteten Beratung der ZK-Mitglieder mit Vertretern der Dumafraktion der Bolschewiki die praktischen Maßnahmen zur Organisierung des Parteitags erörtert. Es wurde beschlossen, eine spezielle Kommission für die Vorbereitung des Parteitags zu schaffen, die besten Parteifunktionäre in die Provinz zu schicken und zu



diesem Zweck die Flucht J. M. Swerdlows, S. S. Spandarians und J. W. Stalins aus der Verbannung zu organisieren. Außerdem waren Organisations- und Agitationsreisen der bolschewistischen Dumaabgeordneten durch Rußland vorgesehen.

Ferner wurde die Tagesordnung des Parteitags festgelegt: 1. Bericht des ZK und Berichte von den örtlichen Organisationen; 2. die politische Lage; 3. die organisatorischen Aufgaben der Partei; 4. die Aufgaben der Streikbewegung; 5. die Stellung zu den Liquidatoren; 6. Wahl des ZK und der Redaktion des Zentralorgans, und andere Fragen.

Der Parteitag wurde für den gleichen Zeitpunkt anberaumt wie der Internationale Sozialistenkongreß. Dadurch konnte die Vorbereitung zum Parteitag als Vorbereitung zum Sozialistenkongreß getarnt werden.

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs verhinderte den Parteitag. 534

- <sup>139</sup> Im Februar 1905 wandte sich August Bebel im Namen des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit einem Brief an Lenin, in dem er sich als Schiedsrichter zwischen den Anhängern der menschewistischen „Iskra“ und der bolschewistischen Zeitung „Wperjod“ anbot. Lenin antwortete, daß sich weder er noch irgend ein anderer der ihm bekannten Anhänger des „Wperjod“ das Recht anmaße, Schritte zu unternehmen, die die gesamte Partei binden würden, und daß der Vorschlag Bebels dem vom russischen Büro einberufenen Parteitag zur Erörterung vorgelegt werden muß. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 166.)

Auf dem III. Parteitag der SDAPR wurde die Ablehnung des Vorschlags von Bebel bestätigt. 548

- <sup>140</sup> Dem Artikel „Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma“ liegen eine Reihe vorbereitender Materialien zugrunde. Im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau werden folgende Manuskripte Lenins aufbewahrt – Zählungen der Unterschriften für die bolschewistischen „Sechs“ und die menschewistischen „Sieben“, Zählungen der Geldbeträge, die durch die Hände der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands und der Sozialdemokratischen Fraktion von Oktober 1913 bis zum 6. (19.) Juni 1914 gingen. 549

- <sup>141</sup> Es handelt sich um folgende menschewistische Liquidatoren: *Ensis* – W. N. Rosanow; *Jegorow* – L. Martow (J. O. Zederbaum); *St. Nowitsch* – S. I. Portugeis; *J. Smirnow* – E. L. Gurewitsch; *Antid Oto* – L. Trotzki; *Newedomski* – M. P. Miklaschewski; *Lwow-Rogatschewski* – W. L. Rogatschewski; *Jscherewanin* – F. A. Lipkin. 557

<sup>142</sup> Am 22. April (5. Mai) 1912 erschien die erste Nummer der Massenzeitung der Arbeiter, die „Prawda“. Am 21. März (3. April) 1914 wurde in der Nr. 42 des „Put Prawdy“ ein offener Brief mit der Unterschrift „eine Gruppe von Prawdisten“ veröffentlicht, der dazu aufrief, den 22. April 1914 zu Ehren der Gründung der bolschewistischen Tageszeitung zum Tag der Arbeiterpresse zu erklären.

Die Arbeiter in Rußland reagierten begeistert auf diesen Aufruf. Der zweite Geburtstag der „Prawda“ wurde von den Bolschewiki unter dem Zeichen der weiteren Festigung und Vertiefung der Verbindungen zwischen der Zeitung und den Arbeitermassen begangen. 562

<sup>143</sup> Am Ende des Artikels stand die redaktionelle Anmerkung „Fortsetzung folgt“. In den folgenden Nummern wurde die versprochene Fortsetzung jedoch nicht veröffentlicht, und am 8. (21.) Juli 1914 wurde die Zeitung verboten. 570

<sup>144</sup> Es handelt sich um die Bedingungen für den Zusammenschluß der Sozialdemokratie Polens und Litauens mit der SDAPR, die auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR 1906 in Stockholm angenommen worden waren. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 132/133, russ.) 571

<sup>145</sup> In der „Leipziger Volkszeitung“ wurde der Artikel unter der folgenden Überschrift veröffentlicht: „Eine Erwiderung. Uns wird geschrieben“. Der Titel des Artikels „Antwort auf einen Artikel der ‚Leipziger Volkszeitung‘“ stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau.

„Leipziger Volkszeitung“ – Organ des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie. Die Zeitung erschien täglich von 1894 bis 1933. Mehrere Jahre lang wurde sie von Franz Mehring und Rosa Luxemburg redigiert. Von 1917 bis 1922 war die „Leipziger Volkszeitung“ das Organ der „Unabhängigen“, danach das Organ der rechten Sozialdemokraten. 573

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN  
W. I. LENINS

(Dezember 1913 bis August 1914)



1913

- Oktober-Dezember* Lenins Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ erscheint in den Nummern 10, 11 und 12 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“.
- 19. Dezember (1. Januar 1914)* In Nr. 11 der „Proletarskaja Prawda“ wird Lenins Artikel „Noch einmal über das Internationale Sozialistische Büro und über die Liquidatoren“ veröffentlicht.
- 20. Dezember (2. Januar 1914)* In Nr. 12 der „Proletarskaja Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Der Nationalliberalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, „Die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum als Elemente des Zerfalls in der Arbeiterbewegung“ und „Zu Kautskys Brief“.
- Als Antwort auf die Einladung, am IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands teilzunehmen, erkundigt sich Lenin bei den lettischen Bolschewiki nach der Zusammensetzung, dem Tagungsort und dem Einberufungstermin des Parteitags.
- 25. Dezember (7. Januar 1914)* In einem Brief an die lettischen Bolschewiki bezeichnet Lenin es als ihre Aufgabe, sich zu dem bevorstehenden Parteitag der lettischen Sozialdemokratie zusammenzuschließen.
- Lenins Artikel „,Nowoje Wremja‘ und ‚Retsch‘ über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ wird in Nr. 16 der „Proletarskaja Prawda“ veröffentlicht.
- 26.–27. Dezember (8.–9. Januar 1914)* Lenin reist von Krakau nach Berlin, um sich mit lettischen Bolschewiki anlässlich der Einberufung des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands zu treffen.
- 27.–29. Dezember (9.–11. Januar 1914)* Lenin führt in Krakau mit Mitgliedern des ZK der SDAPR eine Beratung über Fragen der Arbeit der bolschewistischen Dumafraktion durch.

1914

1. (14.) Januar Lenin Artikel „4000 Rubel im Jahr und sechsständiger Arbeitstag“ wird in Nr. 19 der „Proletarskaja Prawda“ veröffentlicht.
- Spätestens Lenin trifft in Paris ein.
5. (18.) Januar
5. (18.) Januar Lenin berichtet in Paris auf einer Versammlung der Bolschewiki über das Eingreifen des Internationalen Sozialistischen Büros in die Angelegenheiten der SDAPR zwecks Versöhnung der Bolschewiki mit den Menschewiki.
9. (22.) Januar Lenin spricht in Paris auf zwei sozialdemokratischen Kundgebungen, die dem Jahrestag des 9. Januar 1905 gewidmet sind.
10. (23.) Januar Lenin hält im großen Saal der Geographischen Gesellschaft in Paris ein Referat zum Thema „Die nationale Frage“.
- Spätestens Lenin trifft in Brüssel ein.
12. (25.) Januar
13. (26.) Januar Lenin schickt die von ihm redigierten Materialien für das „Bulletin ZK RSDRP“ (Bulletin des ZK der SDAPR) Nr. 1 nach Paris. Das Bulletin erscheint am 28. Januar in Paris.
- 13.–20. Januar Lenin nimmt an der Arbeit des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands teil und hält eine Rede, in der er die Tätigkeit des ZK der lettischen Sozialdemokratie, das eine opportunistische Stellung bezog, kritisiert.
- (26. Januar bis 2. Februar)
18. (31.) Januar Lenins Artikel „Ist eine obligatorische Staatssprache notwendig?“ wird in Nr. 14 (32) der „Proletarskaja Prawda“ veröffentlicht.
- 18.–19. Januar Lenin schreibt für Huysmans, den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, einen kurzen Bericht über die Hauptpunkte der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ZK der SDAPR und dem liquidatorischen OK.
- (31. Januar bis 1. Februar)
20. Januar Lenin hält in Lüttich ein Referat zum Thema „Die nationale Frage“.
- (2. Februar)

- Zwischen dem 21. und 24. Januar (3. und 6. Februar) Lenin hält in Leipzig ein Referat zum Thema „Die nationale Frage“.
24. Januar (6. Februar) Lenin kehrt nach Krakau zurück.
25. Januar (7. Februar) Die Nr. 1 (Jahrgang 1913) der Zeitschrift „Prosveschtschenije“ erscheint mit Lenins Artikel „Zur Frage der Aufgaben der Semstwestatistik“ und der Rezension des Buches „Exponate über Arbeitsschutz auf der Gesamtrussischen Hygiene-Ausstellung in St. Petersburg im Jahre 1913“.
31. Januar (13. Februar) Lenins Artikel „Liberale Demoralisierung der Arbeiter“ und der „Brief an die Redaktion“ werden in Nr. 9 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
4. (17.) Februar In Nr. 12 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Der Führer der Liquidatoren über die Bedingungen der Liquidatoren für die ‚Einheit‘“.
5. (18.) Februar Lenins Artikel „Zur Geschichte des nationalen Programms in Osterreich und in Rußland“ und „Ein erlauchter liberaler Gutsbesitzer über das ‚neue Semstworußland‘“ werden in Nr. 13 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
18. Februar (3. März) Lenins Artikel „Die Volkstümlerrichtung und die Klasse der Lohnarbeiter“ wird in Nr. 15 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
20. Februar (5. März) Lenins Artikel „Noch einmal über ‚Nationalismus‘“ und „Bauernschaft und Lohnarbeit“ werden in Nr. 17 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
21. Februar (6. März) In Nr. 18 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Herr Struve über die ‚Sanierung der Staatsgewalt‘“.
22. Februar (7. März) Lenins Artikel „Die Volkstümler über N. K. Michailowski“ wird in Nr. 19 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
25. Februar (10. März) Lenins Artikel „Über A. Bogdanow“ wird in Nr. 21 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
- Nr. 2 der Zeitschrift „Prosveschtschenije“ erscheint mit Lenins Artikel „Anmerkung der Redaktion zu dem Artikel von Veteran ‚Die nationale Frage und das lettische Proletariat‘“.

- Februar – April Lenin stellt einen Plan für den Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum“ auf und schreibt das Vor- und Nachwort für den Sammelband.
- Februar – Mai Lenin schreibt den Artikel „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“.
1. (14.) März Lenins Artikel „Politische Auseinandersetzungen unter den Liberalen“ wird in Nr. 25 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
  2. (15.) März Lenins Artikel „Die ‚werkttätige‘ Bauernschaft und der Handel mit Grund und Boden“ wird in Nr. 26 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
  6. (19.) März In Nr. 29 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Das Anliegen der Liberalen“.
  7. (20.) März Lenins Artikel „Die Volkstümmler und die Liquidatoren in der Gewerkschaftsbewegung (Wertvolle Eingeständnisse)“ wird in Nr. 30 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
  8. (21.) März Lenin hält in Krakau ein Referat zum Thema „Die Sozialdemokratie Rußlands und die nationale Frage“.
  9. (22.) März Lenins Artikel „Fromme Wünsche“ wird in Nr. 32 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
  11. (24.) März Lenin lehnt das Angebot der Redaktion des „Sowremennik“, an der Zeitschrift mitzuarbeiten, mit der Begründung ab, daß er mit dem Programm der Zeitschrift nicht einverstanden ist. In Nr. 33 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Ein liberaler Professor über die Gleichheit“.
  12. (25.) März Lenins Artikel „Die englischen Liberalen und Irland“ wird in Nr. 34 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
  13. (26.) März In Nr. 35 des „Put Prawdy“ wird Lenins Artikel „Das Taylorsystem – die Versklavung des Menschen durch die Maschine“ veröffentlicht.
  14. (27.) März Lenins Artikel „Die ‚verantwortungsbewußte Opposition‘ und die Beteiligung der Kadetten an der Beratung vom ersten März“ erscheint in Nr. 36 des „Put Prawdy“.
  15. (28.) März Lenins Artikel „Der Zerfall des ‚August‘blocks“ wird in Nr. 37 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.



19. März  
(1. April) Lenin schickt den von ihm geschriebenen Entwurf für den „Aufruf an die ukrainischen Arbeiter“ für Oksen Lola ab.
20. März  
(2. April) Lenins Artikel „Kapitalismus und Presse“ erscheint in Nr. 41 des „Put Prawdy“.
22. März  
(4. April) Die Nr. 3 der Zeitschrift „Proswechtschenije“ erscheint mit Lenins Artikeln „Ein radikaler Bourgeois über die russischen Arbeiter“ und „Politische Lehren“.
28. März  
(10. April) Der von Lenin geschriebene „Gesetzentwurf über die nationale Gleichberechtigung“ wird in Nr. 48 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
29. März  
(11. April) In Nr. 49 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Die Löhne der Landarbeiter“.
30. März  
(12. April) Lenins Artikel „Die lettischen Arbeiter über die Spaltung in der sozialdemokratischen Dumafraktion“ und „Die Entlarvung der ‚August‘fiktion“ werden in Nr. 50 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
- März Lenins Artikel „Noch eine Vernichtung des Sozialismus“ wird in der Zeitschrift „Sowremenny Mir“ Nr. 3 veröffentlicht.
- März – April Lenin schreibt den Artikel „Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma“.
4. (17.) April In Nr. 54 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Von den Formen der Arbeiterbewegung (Aussperrung und marxistische Taktik)“.
6. (19.) April Lenins Artikel „Beschönigung der Bourgeoisie durch die linken Volkstümler“ wird in Nr. 56 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
- Nach dem 6.  
(19.) April Lenin schreibt den Entwurf für die Rede „Zur Frage der nationalen Politik“ für die Fraktion der Bolschewiki in der Reichsduma.
10. (23.) April Lenins Artikel „Die Verfassungskrise in England“ wird in Nr. 57 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
12. (25.) April In Nr. 59 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Einheit“.

15. (28.) April Lenins Artikel „Die organisierten Marxisten zum Eingreifen des Internationalen Büros“ wird in Nr. 61 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
16. (29.) April Lenins Artikel „Die nationale Gleichberechtigung“ und „Die Liquidatoren und die lettische Arbeiterbewegung“ werden in Nr. 62 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
20. April In Nr. 66 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Die Fronwirtschaft auf dem Lande“.  
(3. Mai)
22. April Lenins Artikel „Aus der Vergangenheit der Arbeiterpresse in Rußland“ wird in Nr. 1 des „Rabotschi“ veröffentlicht.  
(5. Mai)
- Die Nr. 4 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“ erscheint mit Lenins Artikeln „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, „Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll“ und der Rezension von N. A. Rubakins Buch „Unter Büchern“.
- Vor dem 26. April Lenin führt eine Beratung von ZK-Mitgliedern mit einem  
(9. Mai) Vertreter der bolschewistischen Dumafraktion über die Teilnahme am Wiener Kongreß der II. Internationale und über die Vorbereitung eines Parteitags durch.
26. April Lenin übersiedelt von Krakau nach Poronin.  
(9. Mai)
29. April Lenins Artikel „Eine Begriffsbestimmung des Liquidatoren-  
(12. Mai) tums“ wird in Nr. 73 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
3. (16.) Mai In Nr. 76 des „Put Prawdy“ erscheint Lenins Artikel „Noch etwas zur politischen Krise“.
4. (17.) Mai Lenins Artikel „Der ideologische Kampf in der Arbeiter-  
bewegung“ wird in Nr. 77 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
- Nach dem 6. Lenin schreibt den „Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung  
(19.) Mai der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten“.
8. (21.) Mai Lenins Artikel „Gutsnachbarn“ wird in Nr. 80 des „Put  
Prawdy“ veröffentlicht.
9. (22.) Mai Lenins Artikel „Die Volkstümler und die ‚fraktionelle Ver-  
gewaltigung‘“ wird in Nr. 81 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.

10. (23.) Mai Lenins Artikel „Demoralisierung der Arbeiter durch verfeinerten Nationalismus“ wird in Nr. 82 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
13. (26.) Mai Lenins Artikel „Zur politischen Lage“ und „Die Einheit der Arbeiter und die ‚Strömungen‘ der Intellektuellen“ werden in Nr. 85 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
14. (27.) Mai Lenins Artikel „Über die linken Volkstümler“ wird in Nr. 86 des „Put Prawdy“ veröffentlicht.
24. Mai (6. Juni) Lenins Artikel „Von zwei Wegen“ wird in Nr. 3 des „Rabotschi“ veröffentlicht.
25. Mai Die Nr. 4 des „Rabotschi“ erscheint mit Lenins Artikel (7. Juni) „Plechanow, der nicht weiß, was er will“.
- Vor dem 28. Mai Lenin schreibt für die bolschewistische Fraktion in der Reichsduma den Entwurf für eine Rede „Zur Frage des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft“.
- (10. Juni)
30. Mai Lenins Artikel „Über die Einheit“ wird in Nr. 2 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
- (12. Juni)
1. (14.) Juni. Die Nr. 5 der Zeitschrift „Prosweščtschenije“ erscheint mit Lenins Artikeln „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Fortsetzung), „Blinder Eifer schadet nur“, „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit“ und der Rezension des Buches von I. Drosdow „Die Löhne der Landarbeiter in Rußland im Zusammenhang mit der Agrarbewegung 1905/1906“.
5. (18.) Juni Lenins Artikel „Es ist Klarheit geschaffen. Den klassenbewußten Arbeitern zur Beachtung“ wird in Nr. 7 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
9. (22.) Juni Die Nr. 7 des „Rabotschi“ erscheint mit Lenins Artikeln „Über Abenteuerertum“ und „Die Beschlüsse der lettischen Marxisten und die Liquidatoren“.
13. und 14. Lenins Artikel „Arbeiterklasse und Arbeiterpresse“ wird in (26. und 27.) Juni Nr. 14 und 15 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
19. Juni Lenins Artikel „Die linken Volkstümler und der Marxismus“ (2. Juli) wird in Nr. 19 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.

22. Juni  
(5. Juli) Lenins Artikel „Die Bodenfrage in Rußland“ wird in Nr. 22 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
23. Juni  
(6. Juli) Lenin schlägt die Zusammensetzung der Delegation des ZK der SDAPR für die Brüsseler Konferenz vor, die vom Internationalen Sozialistischen Büro einberufen worden war und an der Vertreter aller Strömungen in der russischen Sozialdemokratie teilnahmen.
- 23.–30. Juni  
(6.–13. Juli) Lenin schreibt den Bericht des ZK der SDAPR und die instruktiven Hinweise für die Delegation des ZK auf der Brüsseler Konferenz.
24. Juni  
(7. Juli) Lenins Artikel „Über die politische Bedeutung des Geschimpfes (Zur Frage der Einheit)“ wird in Nr. 23 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
26. Juni  
(9. Juli) In Nr. 25 der „Trudowaja Prawda“ erscheint Lenins Artikel „Objektive Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung“.
28. Juni  
(11. Juli) Lenins Artikel „Wie stark die Strömung der linken Volkstümler unter den Arbeitern ist“ wird in Nr. 27 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
- Die Nr. 6 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“ erscheint mit Lenins Artikeln „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Schluß), „Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiter“ und „Über die ‚Wperjod‘-Leute und die Gruppe ‚Wperjod‘“.
29. Juni  
(12. Juli) Die von Lenin geschriebene „Anmerkung ‚von der Redaktion‘ zum ‚Aufruf an die ukrainischen Arbeiter‘ von Oksen Lola“ wird in Nr. 28 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
30. Juni  
(13. Juli) Lenin schickt den von ihm geschriebenen Bericht des ZK an die Delegation der Bolschewiki auf der Brüsseler Konferenz.
2. (15.) Juli In Nr. 30 der „Trudowaja Prawda“ erscheint Lenins Artikel „Vor allem Klarheit! (Zur Frage der Einheit)“.
2. und 3.  
(15. und 16.) Juli Lenins Artikel „Zu den Ergebnissen des Tages der Arbeiterpresse. Aus dem Bericht der Zeitung ‚Put Prawdy‘“ wird in Nr. 30 und 31 der „Trudowaja Prawda“ veröffentlicht.
5. (18.) Juli Der von Lenin vorbereitete Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum“, Teil II, erscheint.

- Nach dem 5. (18.) Juli* Lenin schreibt an W. M. Kasparow in Berlin einen Brief und bittet, ihn über die Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Rußland zu informieren.
- Vor dem 6. (19.) Juli* Lenin leitet eine Beratung von ZK-Mitgliedern mit aus Rußland eingetroffenen Parteifunktionären über Fragen, die die Arbeit der Dumafraktion und die Vorbereitung eines Parteitags betreffen.
- Nach dem 6. (19.) Juli* Lenin entwirft einen Plan für den Bericht des ZK der SDAPR an den Wiener Kongreß.
- Nach dem 7. (20.) Juli* Lenin schreibt den Artikel „Die polnische sozialdemokratische Opposition am Scheidewege“.
8. (21.) Juli Lenins Antwort auf einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wird in Nr. 165 der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht.
15. (28.) Juli Lenin gibt sein Einverständnis, den Artikel „Karl Marx“ für Granats Lexikon fertigzustellen.
- Zwischen dem 15. und 17. (28. und 30.) Juli* Lenin legt den Inhalt der laufenden Nummer der Zeitung „Sozial-Demokrat“ fest, entwirft einen Plan für den Leitartikel „Revolution und Krieg“; er arbeitet die technischen Fragen der Ausgabe aus (Umfang der Nummer, Zahl der typographischen Zeichen u. a.).
25. Juli (7. August) Die österreichischen Behörden lassen bei Lenin in Poronin (Galizien) eine Haussuchung vornehmen.
26. Juli (8. August) Lenin wird in Nowy Targ (Galizien) verhaftet.
6. (19.) August Entlassung Lenins aus dem Gefängnis.
13. und 16. (26. und 29.) August Lenin erhält in Poronin und dann in Krakau die notwendigen Papiere, um von Österreich-Ungarn in die Schweiz zu fahren. Lenin reist in die Schweiz.
23. August (5. September) Lenins Ankunft in Bern (Schweiz).



## INHALTSVERZEICHNIS

*Vorwort* . . . . . VII-VIII

### 1913

Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage . . . . .	1-37
1. Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage . . . . .	4
2. „Nationale Kultur“ . . . . .	7
3. Das nationalistische Schreckgespenst des „Assimilantentums“ . . . . .	11
4. „National-kulturelle Autonomie“ . . . . .	18
5. Die Gleichberechtigung der Nationen und die Rechte der nationalen Minderheit . . . . .	25
6. Zentralisation und Autonomie . . . . .	30
Noch einmal über das Internationale Sozialistische Büro und über die Liquidatoren . . . . .	38-42
Der Nationalliberalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen . . . . .	43-45
Die Volkstümlerrichtung und das Liquidatorentum als Elemente des Zerfalls in der Arbeiterbewegung . . . . .	46-50
Zu Kautskys Brief . . . . .	51-52
„Nowoje Wremja“ und „Retsch“ über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen . . . . .	53-54
Brief an die Redaktion . . . . .	55

### 1914

4000 Rubel im Jahr und sechsständiger Arbeitstag . . . . .	56-58
Ist eine obligatorische Staatssprache notwendig? . . . . .	59-61

An C. Huysmans .. .. .	62-69
I .. .. .	62
II .. .. .	63
III .. .. .	64
IV .. .. .	64
V .. .. .	65
VI .. .. .	66
Zur Frage der Aufgaben der Semstwestatistik .. .. .	70-77
Rezension. „Exponate über Arbeitsschutz auf der Gesamtrossischen Hygiene-Ausstellung in St. Petersburg im Jahre 1913.“ St. Peters- burg 1913. 78 Seiten. Preis nicht angegeben .. .. .	78
Liberaler Demoralisierung der Arbeiter .. .. .	79-81
Brief an die Redaktion .. .. .	82-83
Der Führer der Liquidatoren über die Bedingungen der Liquidatoren für die „Einheit“ .. .. .	84-87
Zur Geschichte des nationalen Programms in Österreich und in Ruß- land .. .. .	88-90
Ein erlauchter liberaler Gutsbesitzer über das „neue Semstworußland“	91-94
Die Volkstümlerrichtung und die Klasse der Lohnarbeiter .. .. .	95-98
Noch einmal über „Nationalismus“ .. .. .	99-101
Bauernschaft und Lohnarbeit .. .. .	102-104
Herr Struve über die „Sanierung der Staatsgewalt“ .. .. .	105-107
Die Volkstümler über N. K. Michailowski .. .. .	108-112
Über A. Bogdanow .. .. .	113-116
Anmerkung der Redaktion zu dem Artikel von Veteran „Die nation- ale Frage und das lettische Proletariat“ .. .. .	117
Vorwort zum Sammelband „Marxismus und Liquidatorenentum“ ..	118-120
Politische Auseinandersetzungen unter den Liberalen .. .. .	121-123
Die „werkstätige“ Bauernschaft und der Handel mit Grund und Boden	124-127
Das Anliegen der Liberalen .. .. .	128-129
Die Volkstümler und die Liquidatoren in der Gewerkschaftsbewe- gung (Wertvolle Eingeständnisse) .. .. .	130-134
Fromme Wünsche .. .. .	135-136
Ein liberaler Professor über die Gleichheit .. .. .	137-140
Die englischen Liberalen und Irland .. .. .	141-144





Die nationale Gleichberechtigung .. .. .	234-235
Die Liquidatoren und die lettische Arbeiterbewegung .. .. .	236-238
Die Fronwirtschaft auf dem Lande .. .. .	239-241
Aus der Vergangenheit der Arbeiterpresse in Rußland .. .. .	242-250
Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll ..	251-255
Rezension. N. A. Rubakin, „Unter Büchern“, Band II (Verlag „Nauka“ [Die Wissenschaft]). Moskau 1913. Preis 4 Rubel. (2. Auflage) .. .. .	256-259
Eine Begriffsbestimmung des Liquidatorentums .. .. .	260-262
Nachwort zum Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum“ ..	263-272
Noch etwas zur politischen Krise .. .. .	273-275
Der ideologische Kampf in der Arbeiterbewegung .. .. .	276-279
Gesetzentwurf über die Gleichberechtigung der Nationen und über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten .. .. .	280-282
„Gutsnachbarn“ .. .. .	283-284
Die Volkstümpler und die „fraktionelle Vergewaltigung“ .. .. .	285-287
Demoralisierung der Arbeiter durch verfeinerten Nationalismus ..	288-290
Zur politischen Lage .. .. .	291-292
Die Einheit der Arbeiter und die „Strömungen“ der Intellektuellen..	293-296
Über die linken Volkstümpler .. .. .	297-300
Die Liquidatoren und die Biographie Malinowskis .. .. .	301-304
Von zwei Wegen .. .. .	305-308
Plechanow, der nicht weiß, was er will .. .. .	309-312
Zur Frage des Etats des Ministeriums für Landwirtschaft .. .. .	313-318
Über die Einheit .. .. .	319-321
Blinder Eifer schadet nur .. .. .	322-324
Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit .. .. .	325-348
I. Über das „Fraktionswesen“ .. .. .	328
II. Über die Spaltung .. .. .	332
III. Über den Zerfall des Augustblocks .. .. .	337
IV. Ratschläge eines Versöhnlers an die „Sieben“ .. .. .	340
V. Die liquidatorischen Ansichten Trotzki's .. .. .	343
Rezension. I. Drosow, „Die Löhne der Landarbeiter in Rußland im Zusammenhang mit der Agrarbewegung 1905/1906“. St. Peters- burg (Verlag M. I. Semjonow) 1914. 68 Seiten. Preis 50 Kop. ..	349-351

Es ist Klarheit geschaffen. Den klassenbewußten Arbeitern zur Beachtung .. .. .	352-357
1. Das Programm und die nationale Frage .. .. .	353
2. Der Beschluß vom Jahre 1908 .. .. .	354
3. Der Beschluß vom Jahre 1910 .. .. .	355
4. Die „Strömungen“ .. .. .	356
Über Abenteuerertum .. .. .	358-361
Die Beschlüsse der lettischen Marxisten und die Liquidatoren .. ..	362-364
Arbeiterklasse und Arbeiterpresse .. .. .	365-373
Die linken Volkstümmler und der Marxismus .. .. .	374-376
Die Bodenfrage in Rußland .. .. .	377-379
Über die politische Bedeutung des Geschimpfes (Zur Frage der Einheit) .. .. .	380-382
Objektive Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung .. .. .	383-390
Wie stark die Strömung der linken Volkstümmler unter den Arbeitern ist .. .. .	391-394
Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen .. .. .	395-461
1. Was ist Selbstbestimmung der Nationen?.. .. .	397
2. Die historische konkrete Fragestellung .. .. .	403
3. Die konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland und seine bürgerlich-demokratische Umgestaltung .. .. .	407
4. Der „Praktizismus“ in der nationalen Frage .. .. .	412
5. Die liberale Bourgeoisie und die sozialistischen Opportunisten in der nationalen Frage .. .. .	418
6. Die Lostrennung Norwegens von Schweden .. .. .	429
7. Die Resolution des Londoner Internationalen Kongresses von 1896 .. .. .	435
8. Der Utopist Karl Marx und die praktische Rosa Luxemburg.. ..	439
9. Das Programm von 1903 und seine Liquidatoren .. .. .	447
10. Schluß .. .. .	457
Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiter .. .. .	462-495
1. Das Bündnis der Liquidatoren und der Volkstümmler gegen die Arbeiter.. .. .	463
2. Wie die Liberalen die „Einheit“ der Arbeiter mit den Liquidatoren verfechten .. .. .	471

3. Warum haben die Arbeiterorganisationen die Liquidatoren öffentlich als Verleumder gebrandmarkt? .. .. .	482
Über die „Wperjod“-Leute und die Gruppe „Wperjod“ .. .. .	496–503
Anmerkung „von der Redaktion“ zum „Aufruf an die ukrainischen Arbeiter“ von Oksen Lola .. .. .	504
Bericht des ZK der SDAPR und instruktive Hinweise für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz .. .. .	505–548
I .. .. .	508
II .. .. .	513
III .. .. .	524
IV .. .. .	526
Beilagen. Instruktive Hinweise .. .. .	540–548
I. Bemerkungen privées .. .. .	540
II. Bemerkungen privées .. .. .	541
III. Nicht für den Bericht .. .. .	542
IV. .. .. .	545
Die Antwort der Arbeiter auf die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma .. .. .	549–557
Wovon spricht die Erfahrung des ersten Vierteljahrs der Tätigkeit der zwei Fraktionen? .. .. .	554
Vor allem Klarheit! (Zur Frage der Einheit) .. .. .	558–561
1. Von Leuten, die zwei Meinungen haben .. .. .	558
Zu den Ergebnissen des Tages der Arbeiterpresse. Aus dem Bericht der Zeitung „Put Prawdy“ .. .. .	562–570
In Petersburg .. .. .	567
Die polnische sozialdemokratische Opposition am Scheidewege ..	571–572
Antwort auf einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ .. .. .	573–574
Anmerkungen .. .. .	575–608
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins .. .. .	609–619

## ILLUSTRATIONEN

Porträt W. I. Lenins – 1914 .. .. .	VIII–1
Die Seiten 29 und 30 von W. I. Lenins Brief an C. Huysmans – 31. Januar–1. Februar 1914 .. .. .	67–68
Eine Seite aus dem Manuskript W. I. Lenins mit einem Entwurf der Tabelle zu dem Artikel „Objektive Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung“ – Juni 1914	384–385